

# **Der Mythos von der Amerikanisierung**

**Über die Leistungen und die zwiespältige Rolle von Qualitätsmedien  
in mediatisierten Wahlkämpfen**

**Dissertation  
zur Erlangung des akademischen Grades  
Doktor der Philosophie  
in der Fakultät Kulturwissenschaften  
der Universität Dortmund**

**vorgelegt von  
Frank Siebel  
im Dezember 2007  
Band 2 (Anhang)**

**1. Gutachter:  
Professor Dr. Horst Pöttker  
2. Gutachter:  
Privatdozent Dr. Christoph Strünck**

## **Inhaltsverzeichnis Anhang**

### **A1: Autorisierte Interviewtexte**

A 1.1. Interview mit Dr. Frank-Walter Steinmeier, Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts, am 5. September 2005 im Kanzleramt, Berlin.

A 1.2. Interview mit Carsten Brosda, Mitarbeiter im Planungsstab des Willy-Brandt-Haus und zuständig für Grundsatzfragen, Themen und Texte sowie Reden des Parteivorsitzenden, am 6. September 2005 in Berlin.

A 1.3. Interview mit Mario Voigt, Vorsitzender der Jungen Union Thüringen und Berater der Agentur McCann-Erickson im CDU-Bundestagswahlkampf 2005, am 8. September 2005 im Konrad-Adenauer-Haus der CDU, in Berlin.

A 1.4. Interview mit Axel Tantzen, Mitarbeiter der Stabsstelle Strategische Planung/ Wahlkämpfe in der CDU-Zentrale, am 7. Dezember 2005 im Konrad-Adenauer-Haus, Berlin.

A 1.5. Interview mit Johannes Schwarz, CvD der SPD-Pressestelle, am 17. Februar 2006, in Berlin

A 1.6. Interview mit Dietmar Huber, persönlicher Wahlkampfberater von Joschka Fischer in den Bundestagswahlkämpfen 1998, 2002 und 2005 und Pressesprecher der grünen Bundestagsfraktion von 1998 bis 2006, am 21. März 2007 in Berlin.

### **A 2: Inhaltsanalyse**

A.2.1. Quantitative Inhaltsanalyse: Statistische Auswertung

A 2.2. Qualitative Inhaltsanalyse

A 2.2.1. Codierbuch Gerhard Schröder

A 2.2.2. Codierbuch Edmund Stoiber

A 2.2.3. Codierbuch Süddeutsche Zeitung

A 2.2.4. Codierbuch der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

### **A 3: Ausdrucke der Dokumente, die aus dem Internet heruntergeladen wurden**

## **A1: Authorisierte Interviewtexte**

A 1.1. Interview mit Dr. Frank-Walter Steinmeier, Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts, am 5. September 2005 im Kanzleramt, Berlin (Steinmeier 2005).

A 1.2. Interview mit Carsten Brosda, Mitarbeiter im Planungsstab des Willy-Brandt-Hauses und zuständig für Grundsatzfragen, Themen und Texte sowie Reden des Parteivorsitzenden, am 6. September 2005 in Berlin (Brosda 2005).

A 1.3. Interview mit Mario Voigt, Vorsitzender der Jungen Union Thüringen und Berater der Agentur McCann-Erickson im CDU-Bundestagswahlkampf 2005, am 8. September 2005 im Konrad-Adenauer-Haus der CDU, in Berlin (Voigt 2005).

A 1.4. Interview mit Axel Tantzen, Mitarbeiter der Stabsstelle Strategische Planung/Wahlkämpfe in der CDU-Bundeszentrale, am 7. Dezember 2005 im Konrad-Adenauer-Haus, Berlin (Tantzen 2005).

A 1.5. Interview mit Johannes Schwarz, Chef vom Dienst (CvD) der SPD-Pressestelle, am 17. Februar 2006 in Berlin (Schwarz 2006).

A 1.6. Interview mit Dietmar Huber, persönlicher Wahlkampfberater von Joschka Fischer in den Bundestagswahlkämpfen 1998, 2002 und 2005 und Pressesprecher der grünen Bundestagsfraktion von 1998 bis 2006, am 21. März 2007 in Berlin (Huber 2007).

## **A 1.1. Interview mit Dr. Frank-Walter Steinmeier, Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts**

**Datum und Ort: 05. September 2005 im Kanzleramt, Berlin**

**Interviewer:** Ja, meine erste Frage wäre: Wir würden Sie bisher den Wahlkampf 2005 charakterisieren?

**Frank Steinmeier:** Na, ich selbst bedauere, dass der Wahlkampf seine Chancen bisher auslässt. Und das liegt nicht in erster Linie an denjenigen, die ihn führen, sondern das liegt auch an den Verbreitungsmöglichkeiten, die Politiker in Wahlkämpfen haben. Wir haben ja eben kurz gesprochen über die Anlage, das Setting in den so genannten politischen Talkshows. Und was besonders seit geraumer Zeit festzustellen ist, ist eine wahrscheinlich den Zuschauer quälende Wiederholung von Fragen, meist langer Fragen ...*(Unterbrechung, fs)*

**Frank Steinmeier:** Wo waren wir gerade?

**Interviewer:** Wir waren bei den ewig gleichen Fragen.

**Frank Steinmeier:** Ah ja.

**Interviewer:** Und den langen Fragen...

**Frank Steinmeier:** Ja, wir waren bei den politischen Talkshows und ich hatte gerade gesagt, dass den Zuschauer wahrscheinlich auch die ewige Wiederholung derselben Fragen quält, die dazu führt, dass Politiker häufig dieselben Antworten geben müssen. Und gestern Abend war das ein besonders auffälliges Beispiel bei dem groß angekündigten Duell. Dort hätte ja die Möglichkeit bestanden, dass man die Kandidatin der Opposition und den Bundeskanzler in ein dichtes Gespräch über ein, zwei oder drei Politikbereiche bringt. Dann, glaube ich, hätte es auch die Chance für etwas überraschend und jedenfalls nicht häufig ausgetauschte Antworten gegeben. Die Chance ist nicht genutzt worden, weil jeder der vier Moderatoren seine wichtigen Fragen stellen konnte. Insofern ist man leider nicht dichter unter die Oberfläche gedrungen in vielen Bereichen. Was ich bedauere, weil immer dann, wenn es konkret wurde, Frau Merkel doch deutliche Defizite hat erkennen lassen.

**Interviewer:** Wie würden Sie die Kommunikationsstrategie der SPD beschreiben im Wahlkampf 2005?

**Frank Steinmeier:** Also die Kommunikationsstrategie machen wir, das muss ich vorab sagen, natürlich nicht im Kanzleramt, sondern dafür ist das Willy Brandt-Haus zuständig, das dafür einen eigenen Arbeitsstab ausgegliedert hat. Und zunächst mal wird eine solche Kommunikationsstrategie natürlich komplett angelegt, das heißt, bedient sowohl den Medienmarkt, wie sie natürlich in solchen Zeiten verstärkt sich auch der so genannten Gegnerbeobachtung widmet. Und die neueren Kommunikationsformen, das gehört heute dazu selbstverständlich auch in dem Segment, also wie bedient man die Internetmedien? Entweder mit eigenen Aktivitäten oder aber indem man sich in andere Webseiten entsprechend einbringt. Ich glaube, es ist deutlich geworden jetzt in den letzten Wochen und Monaten, dass wir in einer Situation, in der wir nicht gerade begünstigt sind von den Chefredakteuren der großen Tageszeitungen, die sich eher auf einen Wechsel festgelegt haben, zwar Mühe hatten, uns mit den eigenen programmatischen Vorschlägen und Ansätzen bekannt zu machen, aber dass die Frühform der andere Seite dafür gesorgt hat, dass im Verlaufe dieses Wahlkampfes doch das Interesse am Kanzler und seiner Partei wiedererwacht ist. Das wäre gleichzeitig natürlich nicht geschehen, wenn man sich in der Berichterstattung nur auf Konzeptionelles oder Programmatisches verlegt hätte, sondern das ist immer begleitet gewesen - und so vertaktet muss dann auch Öffentlichkeitsarbeit sein -, dass die Sichtbarmachung des Kanzlers über die elektronischen Medien einen solchen Prozess begleitet. Das ist, finde ich, einigermaßen gelungen, wobei eben die drei jüngsten Auftritte des Kanzlers, so auch dann wieder sichtbar in den Kommentierungen der Magazine dieser Woche, auf große, sprich positive Überraschung gestoßen ist.

**Interviewer:** Wir haben ja 1998 mit der SPD - ob das jetzt ein Professionalisierungsschub war oder nicht, sei dahingestellt -, aber ich sage mal, den Durchbruch der Professionalisierung erlebt und das hat sich ja dann 2002 fortentwickelt. Expecten Sie jetzt für den Wahlkampf 2005 einen weiteren Professionalisierungsschub in der Politikvermittlung?

**Frank Steinmeier:** Also für mich ist das schwer zu beurteilen. Ich hatte Gelegenheit,

an zwei Landtagswahlkämpfen 1994 und 1998 in Niedersachsen mitzuwirken und dann im selben Jahr beschränkter, weil ich damals noch eine tagesausfüllende Funktion in Niedersachsen hatte, beschränkter an dem Bundestagswahlkampf 1998. In der Tat ist er von der taktischen Anlage her auch nach meinem Eindruck und von dem Umgang mit Medien sehr professionell gehandhabt worden. Ob das eine völlige Veränderung gewesen ist, über Politikkonzepte oder mit Politikkonzepten zu werben, ich weiß es nicht wirklich. Aber ich habe natürlich auch in Erinnerung, dass wir damals sehr über die Amerikanisierung des Wahlkampfes gestritten haben. Aber man muss dabei auch im Kopf haben, das war nach 16 Jahren Kohl. Die Leute hatten natürlich vier Wahlkämpfe hinter sich, in denen immer dieselbe Figur mit immer ähnlichen Reden sie entweder begeistert, gelangweilt, aber jedenfalls ihnen begegnet ist. Und gemessen an dieser sehr langen Zeit, für die demokratischen Üblichkeiten eigentlich eine ungewöhnlich lange Zeit, war der Wahlkampf 1998 wirklich eine völlige Veränderung. Zum ersten Mal stand man in einer Situation, dass ein Gegenkandidat des Altkanzlers Kohl ernsthafte Chancen hatte. Und was die öffentliche Darstellung angeht, muss man noch mal sehr kritisch zurückdenken, ob das, was als Professionalisierung beschrieben ist und als Amerikanisierung hängen geblieben ist beim Zuschauer, ob das eigentlich wirklich so stimmt. Was die Amerikanisierung angeht, habe ich etwas Zweifel. Dass die Parteien insgesamt zu diesem Zeitpunkt sich ein bisschen was abgeschaut hatten von den Wahlkämpfen im benachbarten Ausland, möglicherweise auch transatlantisch, mag schon sein. Wir haben auch in dieser Phase nach meiner Erinnerung auch das erste Mal auf dem deutschen Büchermarkt eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vorbereitung von amerikanischen Wahlkämpfen gehabt. Morris und andere haben in dieser Zeit zum ersten Mal, glaube ich, eine richtig europäische Wahrnehmung gehabt. Das alles mag zu diesem Eindruck geführt haben. Aber ob das eine wirkliche Amerikanisierung war und ob wir jetzt vor einem neuen Sprung stehen, wage ich zu bezweifeln.

**Interviewer:** Können Sie noch was sagen zur Rolle der Arbeitslosigkeit oder dem Thema Arbeitslosigkeit jetzt 2005? Wie beurteilen Sie das für die Auseinandersetzung?

**Frank Steinmeier:** Erkennbar spielt das Thema Arbeitslosigkeit die größte Rolle. Das kann man auch am Verlauf des Wahljahres insgesamt weit vor dem 22. Mai se-

hen oder sich in Erinnerung rufen. Die SPD hatte als größte Regierungspartei mit dem Jahr 2004 vielleicht das schwierigste Jahr mit Blick auf die öffentliche Auseinandersetzung hinter sich. Wir haben ja im Frühsommer 2004 so etwas wie eine Hysterie im Angesicht der angekündigten Veränderungen in der Arbeitsmarktgesetzgebung gehabt. Da war es sehr schwierig, den breit ausgelegten Nebel von geschürten Ängsten und Befürchtungen zu durchdringen. Das ist im Verlaufe des Spätsommers und Herbstes gelungen. Wie sich dann kurz vor Weihnachten zeigte, ja auch mit so nachhaltigem Erfolg, dass trotz dieser Debatte, die über fast ein halbes Jahr lief, die SPD in den Umfragen dann vor der CDU wieder die Nase vorn hatte. Das spricht dafür jedenfalls, dass das beharrliche Kommunikationskonzept, das über mehrere Monate im Grunde genommen - ich weiß nicht, ob das bemerkt worden ist - Vorurteil für Vorurteil aufgegriffen hat und es mit Beispielen versucht hat zu widerlegen, dass diese beharrliche Kommunikation immer am Fall, um sozusagen dann die ganze Bandbreite von Befürchtungen auch zu entmystifizieren, dass diese Kommunikationsstrategie aufgegangen ist. Und wir sind deshalb guten Mutes in das Jahr 2005 gegangen, zumal dann am Beginn des Jahres sowohl die mit Skepsis betrachtete Einrichtung der Maut wie auch das ALG 2 zu funktionieren begannen. Ich sage das nur deshalb, weil dann mit Bekanntgabe der Februar-Arbeitslosenzahlen, die dann bei 5,2 Millionen wegen der Einbeziehung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger lag, dieser ganze Vorsprung nicht nur in sich zusammenschmolz, sondern die SPD danach wirklich abstürzte auf Größenordnungen, wie sie wir sie dann zunächst in der 30-, 31-Größenordnung, nach der Landtagswahl in Nordrheinwestfalen sogar weit unter 30 Prozent hatten. Was nur zeigt, dass jedenfalls die 5-Millionen-Zahl einen so gewaltigen Symbolcharakter entwickelt hat, dass nicht mit derselben Kommunikationsstrategie wie im Vorjahr daran zu arbeiten war.

**Interviewer:** Ich möchte Ihnen gerne einige Fragen zur Medienstrategie der SPD stellen, immer unter dem Vorbehalt, den Sie schon gemacht haben, dass diese nicht im Kanzleramt gemacht wird, sondern in der Kampa, wobei man immer, zumindest 2002, vom Kanzleramt als strategisches Zentrum gesprochen hat. Die Medienarbeit jetzt im Wahlkampf, wird die speziell geplant oder läuft die nach dem Permanent Campaigning ab, also dass man die Kontakte, die man sonst hat, und die Routinen, die sonst eingespielt sind, dass man die weiter nutzt? Oder gibt's ein Papier, wo

drauf steht „Medienstrategie für den Wahlkampf“?

**Frank Steinmeier:** Vielleicht sollten Sie wirklich noch mal einen von denen interviewen. Wenn ich da mit einem Kontakt behilflich sein kann, will ich das gerne tun. Aber natürlich verändert man in einer solchen Situation seine Routinen, jedenfalls so würden wir es, so haben wir es hier auch getan, was die Medienauftritte des Kanzlers angeht. Ich habe das vorhin an einem Beispiel schon mal beschrieben, man versucht in einer solchen Situation natürlich sehr viel genauer als in der sonstigen Tagesroutine, in der Kabinettsangelegenheiten, Auslandsreisen und sonstiges mitzuteilen sind. Was eine Strecke wie der Wahlkampf bedeutet, heißt, acht bis zwölf Wochen über eine kaum noch überschaubare Themenvielfalt den Wechsel nationalen, sprich bundesweiten Medien im Zusammenhang zu den regionalen Medien so zu takten, dass man wirklich vorkommt. Und das bedeutet nicht, dass diese Strategie über zwölf und mehrere Wochen festgelegt werden kann, sondern man muss es sich dann selbst immer wieder auferlegen und sehen, ob das so aufgeht. Und wenn, wie jetzt vor einiger Zeit, wir erkennen, dass mit den nationalen Medien, auch mit den seriösen Medien eher weniger zu machen ist, dann kann es auch durchaus richtig sein, sich sehr viel konzentrierter und sehr viel stärker mit den regionalen Medien zu beschäftigen, die vielleicht sogar mehr Offenheit und mehr Wertschätzung gegenüber einer politischen Berichterstattung, die sie dann aus erster Hand bekommen können, haben.

**Interviewer:** Wer bestimmt Ihrer Meinung nach die Themen im Wahlkampf?

**Frank Steinmeier:** Vielleicht in einem viel zu hohen Maße nicht die Politik. Nehmen Sie das Thema Benzin, wo es in den letzten Tagen oder der letzten Woche erlebt haben. Da würde ich nicht sagen, dass das kein politisches Thema ist. Ein politisches Thema ist es zumal dann, wenn es die Leute ärgert, in hohem Maße ärgert. Aber wenn man sich den Vorgang noch mal in Erinnerung ruft, so habe ich sehr den Eindruck, dass da auch eine Benzin-Wut herbeigeschrieben worden ist, die mit einer anderen Berichterstattung den Leuten auch anders hätte verständlich gemacht werden können. Wir haben ja Situationen erlebt, nehmen Sie das Jahr 2001, in der die Börsen natürlich auch sofort die Terrorängste als „Prämien“ nach dem 11.09. eingepreist haben in den höheren Preisen an den Tankstellen und so. Es gibt Situationen, in denen den Menschen auch klargemacht werden kann, dass solche Preisent-

wicklungen von Politik, na, sagen wir, von nationaler Politik unabhängige Ursachen haben, die im Augenblick durch nationale Politik jedenfalls nicht günstiger beeinflusst werden. Wir haben jetzt von der Entwicklung der letzten Tage nach dem Verschwinden von Ölplattformen im Golf von Mexiko und Raffineriekapazitäten an der Südküste der USA ebenfalls wieder eine Verknappungssituation, die sich sofort im Preis des Rohöls und vor allem in der Verarbeitung bemerkbar macht. All das sind Dinge, die kann man erklären. Wenn Sie die Pressedarstellung dagegenhalten, dann sehen Sie, dass das, was sich gerade nicht verändert hat, nämlich der Anteil der Ökosteuer, beim Benzinpreis verantwortlich gemacht hat für die Preissprünge. Und das Ausnutzen von langfristig gehegten Vorurteilen gegen die Ökosteuer und ihre Sinnhaftigkeit wird dann genutzt, um Prozesse entweder zu initiieren oder mindestens zu beschleunigen, die man mit etwas gutem Willen auch geduldiger und vor allem sachlich richtiger hätte erklären können.

**Interviewer:** Sie haben es schon angedeutet ein bisschen, wie es ist mit den Medien, den regionalen Medien. Ich möchte Sie fragen, welche Rolle die Medien denn die Qualitätsmedien, also die Qualitätszeitungen wie Süddeutsche, FAZ, die vier großen generell für die SPD im Wahlkampf haben vielleicht im Vergleich zum Fernsehen.

**Frank Steinmeier:** Das ist vielleicht auch nicht für alle gleich. Für mich haben sie eine große Bedeutung. Das liegt natürlich auch ein bisschen an den unterschiedlichen Rollen, die wir in dem Politikfeld insgesamt haben. Also meine Rolle ist ja sozusagen eher diejenige, die an Entwürfen arbeitet, die versucht, aus Entwürfen Konzepte zu machen. Und wenn Konzepte innerhalb der Regierung auf Mehrheiten stoßen, dann auch Gesetzgebungsprojekte daraus zu initiieren. Ich schaue natürlich sehr genau hin, wie unter den besser ausgebildeten, besser recherchierenden Journalisten solche Überlegungen aufgenommen werden. Und die findet man dann in der Regel bei den Organen, die eine so breite Redaktion haben, dass man weiß, da gibt es ein paar Kollegen, die sind da mit dem Sozialressort etwas genauer vertraut als die Journalisten, die in einem Organ arbeiten, wo er möglicherweise allein für den ganzen Politikbetrieb in Berlin und die nationale Politik zuständig ist. Insofern für mich persönlich spielen die so genannten Qualitätsmedien eine wirklich große Rolle. Als Feedback sowieso, aber auch in der Diskussion mit Journalisten, die wir hier re-

lativ häufig im Kanzleramt haben. Und ich suche auch durchaus häufiger das Gespräch dann. Das Zweite, das betrifft das, dass man Gelegenheit hat, das eine oder andere dann auch mal anzutesten und einer Überprüfung auf die Tragfähigkeit der eigenen Argumentation hinzukriegen. Ihre Frage zielt aber wahrscheinlich eher darauf ab, ob Regierungspolitik eigentlich sich weitgehend auf die so genannten Qualitätsmedien stützt und stützen kann. Und wenn ich den Blick mal etwas wegnehme von der Süddeutschen Zeitung ... (*Unterbrechung, fs*)

**Frank Steinmeier:** Der zweite Punkt, zu dem ich eben kommen wollte, war der, dass sich die so genannten Qualitätsmedien selbst verändern. Ihr Interesse ist es jetzt wahrscheinlich nicht, auf einzelnen Organen besonders herumzuhauen, aber wenn ich die Entwicklung des Spiegels in den letzten zehn Jahren betrachte, so stelle ich doch fest, dass die Veränderung beim Spiegel nicht nur eine der politischen Grundausrichtung ist. Die ist jetzt ja eindeutig - ob das so bleibt, weiß keiner - aber die ist jetzt ja eindeutig und beteiligt sich an Auseinandersetzungen, wo der Spiegel jedenfalls die Position bezieht „Weg mit Rot-Grün“ und es gibt eigentlich seit Wochen und Monaten keinen einzigen Artikel mehr, in der ich eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unseren Konzepten und selbst mit den positiven, sich als positiv abzeichnenden Konsequenzen aus unserer Reformarbeit sehe. Das ist das eine, aber ich sage eben auch, es ist nicht nur eine Veränderung in der Grundausrichtung etwa des Spiegels, sondern ich stelle eben auch fest, dass die Bereitschaft, sich sehr populistischer Themen anzunehmen beim Spiegel ebenfalls gewachsen ist. Mit all der Verführung, die darin liegt. Und die Verführung hat, glaube ich, dann zur Konsequenz, wenn man sich - und das ist das Entscheidende - mit den Themen um die Bildzeitung balgt, man auch dem Schicksal dieser Zeitung unterworfen wird. Und das hat aus meiner Sicht zur Folge, dass dem Spiegel so ein bisschen die Ernsthaftigkeit abhanden gekommen ist, oder sagen wir besser, die Ernsthaftigkeit in der Wahrnehmung des Lesers abhanden gekommen ist. So dass im Ergebnis dessen, was ich sage, aus meiner Sicht durchaus leider, weil der Spiegel einen auch durch viele, viele Jahrzehnte begleitet hat, aus meiner Sicht leider seine Funktion als politisches Leitmedium jedenfalls verloren hat. Unter den Tageszeitungen hat sich das sehr deutlich differenziert. Also das kann man heute, glaube ich, sehr klar sagen, dass, sagen wir mal, im liberalen Spektrum die Frankfurter Rundschau nicht mehr ganz dieselbe Bedeutung

hat wie vor zehn, fünfzehn Jahren, dort die Süddeutsche nachdrücklich ihren Anspruch als Leitmedium unterstrichen hat und, sagen wir mal, im konservativen Bereich, in der seriösen Presse oder wie sagen Sie, nicht seriös?

**Interviewer:** Ich sage lieber Qualität.

**Frank Steinmeier:** Qualitätspresse. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung es geblieben ist. Neben den beiden ist es für andere schwer geworden.

**Interviewer:** Dort sehen Sie nicht diese Entwicklung, die Sie gerade beim Spiegel beschrieben haben, bei SZ und FAZ in Bezug auf die Qualität?

**Frank Steinmeier:** Bei der SZ ganz sicher nicht. Also ich finde eher, das hat in den letzten Jahren was das Spektrum der Berichterstattung angeht, positiv zugenommen. Bei der FAZ muss man sich noch mal einen Augenblick zurücknehmen, weil ich mich über vieles ärgere, was ich dort lese. Aber im Vergleich zur Qualitätsanalyse, die man vielleicht vor zehn Jahren angestellt hat, kann man sagen, dass die Inlandsberichterstattung sich, glaube ich, nicht verändert hat. Zurückgegangen ist die Qualität der Auslandsberichterstattung bei der FAZ. Auch hier ausdrücklich: leider.

**Interviewer:** Sie haben es ja eben schon ein bisschen angedeutet, ich möchte Sie aber trotzdem noch mal konkret danach fragen, wie Sie versuchen, Themen, Deutungen, Interpretationen, Positionen, vielleicht auch Akteure in diesen Qualitätszeitungen, nehmen wir jetzt das Beispiel SZ und FAZ, unterzubringen. Sind da immer noch die Hintergrundgespräche und Hintergrundzirkel der Kanal der Wahl?

**Frank Steinmeier:** In erster Linie ja. Und in selten Fällen dann das Interview mit den Leitfiguren der Regierung bis hin zum Bundeskanzler, der sich jedenfalls dann, wenn es anstand, auch der Süddeutschen Zeitung gegenüber nie verweigert hat. Wobei das Interview eigentlich immer erst dann kommen kann, wenn ein Thema in gewisser Weise vorbereitet ist und diejenigen, die fragen, jedenfalls in etwa eine Ahnung davon haben, in welche Richtung die Antworten sich entwickeln könnten. Es gelingt nicht immer, dass man mit dem entsprechenden Vorlauf arbeitet, aber da gibt es schon, glaube ich, relativ dichte Beziehungen zwischen uns und nicht nur der Süddeutschen Zeitung, auch den anderen, die gewährleisten, dass in den Hintergründen das ausgetauscht wird, was man zur Vorbereitung von Interviews braucht.

**Interviewer:** Da behandelt man die SZ ein bisschen, ich sage mal, in Bezug auf Exklusivinformationen und Positionspapiere, wie sie eben gesagt haben, Zeitungen, die Ihnen näher stehen, FR und SZ, behandeln Sie die dann anders als FAZ?

**Frank Steinmeier:** Also was die Weitergabe von Papieren angeht, bin ich ja sowieso nicht so ein großer Verfechter davon, dass man da pausenlos irgendwelche Regierungspapiere lanciert. Was das Austauschen von Argumenten angeht, haben Sie mit Ihrer Vermutung Recht, dass man vielleicht in erster Linie bei denen schaut und sich selbst kontrolliert, bei denen das versucht, die am stärksten in den eigenen Bezugsrahmen von Partei und Regierung hineinwirken. Also natürlich weiß ich, dass bei vielen derjenigen, die sich jedenfalls prinzipiell vorstellen könnten, eine der beiden Regierungsparteien zu wählen, auch eine große Schnittmenge mit den Lesern der SZ besteht. Und von daher ist die Indienstnahme für die sich selbst kontrollierenden Gespräch auch am sinnreichsten.

**Interviewer:** Wenn Sie jetzt mal die letzten zwanzig Jahre anschauen, Sie machen ja auch schon lange Wahlkampf, Landtagswahlkampf, Bundestagswahlkampf, wie hat sich die Art, Wahlkampf zu machen, verändert, speziell die Medienarbeit?

**Frank Steinmeier:** Ich meine, ich habe vorhin schon mal gesagt, das stimmt auf der einen Seite, auf der anderen Seite würde ich nach wie vor schon unterscheiden zwischen dem, was auf Landesebene möglich ist, und dem, was auf Bundesebene nötig ist. Auf der Landesebene, und das hat vieles durchaus auch angenehmer gemacht, auf der Landesebene erreichen Sie durch den direkten Kontakt in vielen Veranstaltungen natürlich eine unheimlich viel größere Zahl der Landesbevölkerung als dies in einem bundesweiten Wahlkampf möglich ist. Das heißt nicht, dass Medien keine Rolle spielen im Landtagswahlkampf, natürlich nicht. Aber neben einer professionellen Werbe- und Marketingarbeit, die notwendig ist, ist natürlich auch die vorhandene Landespresse, Sie haben ja vorhin die Situation etwa im Ruhrgebiet geschildert, ist natürlich wesentlich überschaubarer, kalkulierbarer, das kann positiv und negativ sein. Wenn Sie da mal eine Monopolzeitung haben, von der Sie wissen, dass Sie deutlich gegen Sie arbeitet, dann ist das leider sehr kalkulierbar. Aber es kann ja ebenso gut sein, diesen Zustand hatten wir jedenfalls damals, dass wir in Niedersach-

sen eine offene, themenoffene und was die politischen Ausrichtungen angeht eher konservative, aber nicht in jeder Hinsicht unfreundliche Tageszeitung in Hannover hatten. Das ist alles etwas leichter zu handhaben als in dem Gemenge in Berlin, in dem Sie hunderte von Medien im Blick haben müssen und mit einer gewissen zeitlichen Vorplanung bedienen müssen.

**Interviewer:** Es wird immer wieder gesagt, gerade durch die Privatisierung des Fernsehens hätte es zumindest eine Anpassung der Politik an die Ideale vor allem TV-Logik gegeben habe. Lassen wir mal die These mal dahingestellt, ob sie stimmt oder nicht. Gibt es denn Ihrer Meinung nach auch Anpassungen an den Qualitätszeitungen? Also richtet man vielleicht heute den Wahlkampf stärker nach den Qualitätszeitungen aus als vor zwanzig Jahren?

**Frank Steinmeier:** Ich würde liebend gerne mit „ja“ antworten, aber sehe zumindest den Punkt noch nicht gekommen, habe allerdings gestern Abend in der Diskussion nach diesem Duell gesagt, es könnte durchaus sein, dass der Zenit, dass der Hype dieser Medienduelle mit dieser Veranstaltung gestern auch schon ein bisschen überschritten ist. Will sagen, so viel Wind, wie um dieses Duell gemacht worden ist, und sich auch viele Journalisten selbst einreden, solche Veranstaltungen würden eigentlich die Wahl entscheiden, die werden ja insofern alle enttäuscht werden, als dass dieses Duell am Ende nicht unwichtig ist für den gesamten Wahlkampf, aber doch das Wahlergebnis nicht so wesentlich prägen wird, wie viele der Macher in den elektronischen Medien sich das erhoffen. Ich glaube, dass am Ende der Wähler, wenn er alleine in der Wahlkabine steht, doch so etwas wie eine menschliche Betrachtung machen wird. Die menschliche Betrachtung meint auch nicht nur die sechs, acht Wochen des Wahlkampfes, sondern auch die Monate, die dem Wahlkampf vorausliegen. Und es ist richtig, dass die elektronischen Medien auch über Bilder Erinnerungen transportieren, positive wie negative, aber ich glaube, am Ende ist es eher die Langzeitbetrachtung, die sich der Wähler in der Wahlurne in Erinnerung ruft und danach entscheidet. Das heißt, ich glaube, dass es sich lohnt, in die Berichterstattung der so genannten Qualitätsmedien zu investieren, weil sie alleine die Chance bieten, zu einer etwas differenzierteren Auseinandersetzung mit dem Pro und Contra bestimmter Vorschläge oder vielleicht sogar das Pro und Contra überhaupt auszuhalten. Ich meine, was in unserer Medienkultur ja verloren geht, ist, dass die Notwen-

digkeit von Diskussionen, vielleicht auch das Bestehen von Interessensdivergenzen überhaupt zur Politik gehört. Und das ist etwas, das kann sich die Süddeutsche leisten und die Bildzeitung nach eigenem Empfinden eben nicht. Und ich glaube jedenfalls, dass mit noch mehr Selbstbewusstsein die Qualitätsmedien die Argumente, die für oder gegen Politikkonzepte sprechen, auch noch mehr tragen könnten, als sie es gegenwärtig tun. Mit anderen Worten: Auch in den Qualitätsmedien hat es in den letzten Wochen viel zu viel Spekulation über Koalitionsmöglichkeiten gegeben, von denen jeder weiß, dass sie am Wahltag alle belanglos werden, weil wir dann ein Ergebnis haben, mit dem wir umgehen müssen. Und am Wahltag selbst gibt es dann neue Wahrheiten, über die im Vorfeld und über die die befragten Politiker im Vorfeld selbst nur spekulieren können.

**Interviewer:** Ja, das führt mich zu meiner nächsten Frage: Woran sind Ihrer Erfahrung nach denn solche Qualitätszeitungen im Wahlkampf besonders interessiert?

**Frank Steinmeier:** Das habe ich fast schon mit beantwortet. Nach dem gegenwärtigen Stand finde ich auch in der Süddeutschen zu viele Spekulationen über Personen und Koalitionen und noch zu wenig Interesse, was die fachlichen und sachlichen Auseinandersetzungspunkte angeht. Ich hätte mir auch gewünscht jetzt im laufenden Wahlkampf, dass sich auch die Süddeutsche Zeitung vielleicht noch stärker, noch kritischer mit einer Medieninszenierung auseinandersetzt, die da unter der Überschrift Kirchhof läuft. Eine wirkliche Hülle, die ja nichts transportiert und die einem Wahlkampf, der mit einer gewissen Ehrlichkeit geführt wird von der anderen Seite, geradezu ins Gesicht schlägt, weil eine Leerformel nach vorne gestellt wird und das, was die Leerformel an Vor- und Nachteilen materiell für die Menschen mit sich bringt, offensichtlich versucht wird, was aus guten Gründen unter Verschluss gehalten wird. Das ist nach meinem eigenen Empfinden ein Skandal. Davon kriege ich von der Süddeutschen auch keine angemessene Berichterstattung. Ich bleibe dabei, die Qualitätsmedien haben den Platz, haben die Möglichkeiten, haben, glaube ich, die Leser, die interessiert sind an den auch durchaus fachlichen Auseinandersetzungen. Und davon sollte man auch mehr Gebrauch machen.

**Interviewer:** Wenn ich behaupten würde, in den Qualitätsmedien ist in den letzten vier Jahren das Interesse an Politics- und Prozessthemen immer stärker geworden,

während das Interesse an Policy-Themen abgenommen hat, würden Sie mir da zustimmen?

**Frank Steinmeier:** Ich versuche, mich an ein Gespräch mit den Chefredakteuren zu erinnern, die mir sagen, dass Politik eigentlich überhaupt nicht mehr verkäuflich ist. Das kann ich nicht so ganz begreifen, weil ich nicht immer mit der Darstellungspolitik einverstanden bin, aber schon sehe, dass Politik zu verkaufen ist. Sie können viele Vergleichparameter suchen und finden von der Schlange am Reichstag, die jeden Tag etliche Stunden dort steht, dass wir halt, dass politische Institutionen jedenfalls nicht auf Ekel und Ablehnung stoßen, sondern durchaus auf Interesse. Bis zu den jährlich 30.000, die hier ins Kanzleramt kommen am Tag der offenen Tür, die zwanzig Millionen, die sich so ein Fernsehduell ankucken, oder fünf Millionen, die sowohl bei Frau Merkel und Gerhard Schröder zugeschaut haben. In vielen, ich finde immer, unglaublich vielen, die bei den täglichen Polittalkshows am Fernseher sitzen, also dass von einigen jedenfalls verbreitet wird, Politik sei nicht verkäuflich, kann ich so ganz nicht nachvollziehen, gebe aber zu, dass das Zuschauerinteresse auch dadurch initiiert wird, dass man es eben in einen solches Wettkampfritual einbindet. Das bleibt am Ende auch in Erinnerung.

**Interviewer:** Die Qualitätszeitungen, das geht auch in die Richtung, erheben immer wieder immer den Vorwurf, das kann man inhaltanalytisch nachweisen, deutsche Wahlkämpfe würden immer inhaltsleerer, immer mehr amerikanisiert, es würde immer mehr Show geben und sie würden immer mehr von Spin-Doctors dominiert. Wie beurteilen Sie solche Aussagen?

**Frank Steinmeier:** Na, ich glaube, dass der Hype der so genannten Spin-Doctors hinter uns liegt. Wir haben da vorher an anderer Stelle schon mal drüber gesprochen: Die Faszination, die die Leute sich hier in etwas Neuem ausgesucht haben, hängt ja auch damit zusammen, dass man für eine Phase geglaubt hat, dass man Themen über so genannte Spin-Doctors wirklich in einer Weise setzen kann, dass alleine der Spin das Thema trägt. Und ich habe den Eindruck, mindestens in Großbritannien ist da mittlerweile große Ernüchterung eingetreten, das können Sie auch an dem Schicksal der Personen ablesen, die dafür standen in Großbritannien. Und hier ist es ein bisschen anders jetzt, hier hatte ich den Eindruck, ist das Konzept schon deshalb immer auf Skepsis gestoßen, weil die Ernsthaftigkeit der politischen Ausei-

nanderetzungen in der deutschen Öffentlichkeit und der Berichterstattung über Politik jedenfalls in der zurückliegenden Vergangenheit immer noch eine größere Rolle gespielt hat, so dass das, was wir mit der Neugier am amerikanischen Wahlkampf oder an der britischen Politik beobachtet haben, dennoch nicht mit derselben Überzeugung hier implementiert werden konnte, weil die Skepsis gegenüber solchen Politikinstrumenten oder man muss ja sagen, eher Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit, weit verbreitet war.

**Interviewer:** Was sagen Sie speziell zum Vorwurf der Inhaltsleere, Verflachung, Schlagworte?

**Frank Steinmeier:** Das Schlimme ist, dass diejenigen, die Sie zitieren, die Mitverantwortung dafür tragen, weil ich nehme für mich in Anspruch, dass ich Gespräche wie dieses auch, aber vor allen Dingen mit den vielen Journalisten, die hier in der Woche ein- und ausgehen, mit großer Ernsthaftigkeit deshalb führe, weil ich versuche, über Inhalte zu orientieren oder Meinungen und unsere Sicht der Dinge klarzulegen. In der Berichterstattung allerdings finden wir dann häufig dann doch die Situation wieder, dass der Bericht über Inhalte nur dann für interessant befunden wird in den Redaktionen, wenn er gleichzeitig verknüpft wird, über ein, zwei oder drei Personen, die dafür oder dagegen stehen und insofern auch da die Wiederholung der Duellsituation gesucht wird und das, was für das eine und gegen das andere sprechen könnte, in den Hintergrund tritt. Diese Anlage der Berichterstattung, ich unterstelle, dass das verkaufsfördernde Gründe und Gesichtspunkte hat, erleichtert eben die Wendung zu den Inhalten nicht gerade.

**Interviewer:** Würden Sie die Grenze ziehen und sagen: Inhalte sind grundsätzlich Policy-Fragen und Politics-Fragen können keine Inhalte sein? Oder sollte man diesen Strich so nicht ziehen?

**Frank Steinmeier:** Na, ich glaube, ganz so scharf kann man ihn nicht ziehen, ganz so scharf kann man ihn nicht ziehen. Auch Politics können Inhalte haben oder sind, wenn sie über Personen mit Inhalten verknüpft werden, auch Inhalte trage. Das ist nicht ganz so puristisch. Aber wenn sich die Berichterstattung in Politics erschöpft, ist es zu wenig.

**Interviewer:** Eine Frage noch zu diesem Komplex: Die Wahlkampfberichterstattung in den vier zitierten Qualitätszeitungen ist zwischen 1980 und 1994 drastisch zurückgegangen.

**Frank Steinmeier:** Ist das wahr? Ist das so?

**Interviewer:** Das ist so, ja. Mit einem erstaunlichen Anteil an Politics. Mit einem sehr geringen Politics-Anteil, was zum Beispiel 1976 oder 1957 ganz anders war. Und auch 1957 unter Adenauer kam der Vorwurf der Amerikanisierung. Das ist also so ein Thema bei den Qualitätsmedien. Auch 1976 war ein sehr inhaltsleerer Wahlkampf nach Aussagen der Medien. 1998 ist er sehr stark angestiegen und 2002 noch mal sehr stark, fast verdoppelt. Wie erklären Sie sich das?

**Frank Steinmeier:** Was ist jetzt angestiegen?

**Interviewer:** Also man hat von 1983 bis 1990 hat es einen Rückgang gegeben, einen sehr rapiden Rückgang auf das Niveau von 1969, immer von den Anteilen.

**Frank Steinmeier:** Wahlkampfberichterstattung insgesamt?

**Interviewer:** Am Politik-Teil. Also der lag 1969 bei 15 Prozent, das war sehr hoch, dann und 1990 war nur noch 6 Prozent. Also fast ein Rückgang auf ein Drittel. 1994 ein leichter Anstieg, auch wieder ein starker Politics-Anstieg. 1994 leichter Anstieg, 1998 sehr starker Anstieg, 2002 noch mal übermäßig starker Anstieg.

**Frank Steinmeier:** Und jetzt im Augenblick ist noch nicht gemessen?

**Interviewer:** Nein, das kommt noch. Das dauert alles. Wie erklären Sie sich diese Veränderungen?

**Frank Steinmeier:** Ich glaube, 2002 hatten wir schon eine besondere Situation, weil die Wähler wussten ahnten, dass mit dieser Wahl irgendwie auch über Krieg und Frieden entschieden wird und das hat, glaube ich, der Wahlkampfauseinandersetzung schon eine besondere Zuspitzung gegeben, die wir in sonstigen Wahlkämpfen auch nach meiner etwas längeren Erinnerung so noch nicht hatten. 1998 war die Wahlkampfberichterstattung so stark, weil es ein öffentliches Gespür dafür gab, dass

der Wechsel möglich sein könnte, wenngleich die Berichterstattung damals völlig orientiert war auf eine große Koalition. Da hat der Wähler dann anders entschieden. Und das würde jedenfalls erklären, warum die Situation 1998 und 2002 aus zwei unterschiedlichen Gesichtspunkten größer war als in den Jahren zuvor. Der Wahlkampf im Jahr 1990, wenn ich jetzt mal eines weiter zurückgreife, war ja im Grunde genommen keiner. Der ist ausgefallen wegen Deutscher Einheit.

**Interviewer:** (lacht)

**Frank Steinmeier:** Das war eine ganz komische Situation, die für die SPD absolut unbequem war, weil es völlig auf der Hand lag, dass es gar keine Alternative gab als diese deutsche Einheit zu wollen. Und Lafontaine leidet ja bis heute darunter, dass das Rummäkeln an Finanzierungskonzepten, dass es dafür einiges intellektuelles Verständnis gab, aber jedenfalls keinen Zulauf, den er sich aus der Anlage des Wahlkampfes erhofft hat. 1994 kann ich mir so ganz nicht erklären, außer der Tatsache, dass wir da in der Frühphase des Wahlkampfes drei Monate vor dem Wahltermin auch tatsächlich eine Situation hatten, dass in den Meinungsumfragen Rudolph Scharping so weit und die SPD so weit vorne lagen, dass hier der Wechsel möglich schien. Das schmolz dann aber relativ schnell und relativ deutlich ab. Also ich würde jetzt gar nicht so sehr einen durchgehenden Trend entdecken wollen, sondern es gibt für das Ansteigen des Interesses 1998 und 2002 aus meiner Sicht unterschiedliche Gründe, die ich aber noch für erklärbar halte. Interessant wäre jetzt, und dann könnte man vielleicht da auch von einem Trend, wenn das jetzt 2005 so weiterginge.

**Interviewer:** Jetzt würde ich gerne zu meinen letzten beiden Fragen kommen, nämlich, wie Sie die inhaltliche und programmatische Entwicklung der beiden Volksparteien in den letzten fünfzehn Jahren beurteilen. Es gibt immer wieder die These auch von prominenten Politologen einer Entideologisierung.

**Frank Steinmeier:** Entideologisierung?

**Interviewer:** Ja.

**Frank Steinmeier:** Der beiden großen Volksparteien?

**Interviewer:** Vor allem der SPD. Würden Sie dem zustimmen?

**Frank Steinmeier:** Die SPD ist in der noch größeren Schwierigkeit als die CDU und die CDU ist in einer Schwierigkeit, die sie nicht erkennt. Für die SPD ist, glaube ich, die Schwierigkeit eingetreten, dass sie nicht mehr automatisch als Partei eines mittleren Weges begriffen wird, dessen rechte und linke Leitplanke feststeht. Wir haben als SPD in den 70er-Jahren und 80er-Jahren, wir haben politisch - und das war das innere Empfinden der Partei ebenso wie die öffentliche Kommunikation - sehr gut davon und damit gelebt, dass wir uns sehr deutlich, sehr nachdrücklich und sehr glaubwürdig vom real existierenden Sozialismus abgrenzen konnten und auf der anderen Seite alle Vorstellungen vom Manchester-Liberalismus ablehnen konnten, mit denen wir nichts zu tun haben wollten. Dazwischen lag eine Partei des sozialen Ausgleichs, die wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Prosperität befürwortet, sie sogar als Voraussetzung für Sozialpolitik begriff. Und das war eine Linie, mit der man wirklich sehr gut konnte. Immer schon pragmatisch angelegt, aber durch das Bestehen von Leitplanken auch, sagen wir mal, ideologisch sicher eingespart. 1989 mit der Perestroika begann die eine Leitplanke zu wackeln, zu wanken und mit der deutschen Einheit fiel sie dann ganz weg und die SPD war dann zum ersten Mal für die Öffentlichkeit in einer Situation ohne das Mitte-Argument, das vorher selbstverständlich war, für sich zu beanspruchen, selbst zu definieren, wo sie steht. Das ist ein Prozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist aus meiner Sicht, weil die Konkurrenz der Gesellschaftsbilder, um die man wirbt, auch auf der anderen Seite ja nicht wirklich feststeht. Wir haben außerhalb von Wahlkämpfen innerhalb der Gesellschaft kein sehr nachdrückliches Ringen um die unterschiedlichen Zukunftsideen für diese Gesellschaft, sondern in alter Gewohnheit delegieren wir das noch an die Politik und wollen dann vor allem in den Wahlkämpfen sehen, ob sich da inzwischen sozusagen wieder ideologische Trittfestigkeit ergeben hat. Das, glaube ich, ist der etwas verfehlte Blickwinkel in Deutschland, auf Politik und politische Parteien haben. Was die Parteien jetzt nicht in Schutz nimmt. Ich bin durchaus der Meinung, dass wir viele Debatten sehr viel offener und mit größerem Ernst führen müssten. Aber zumal bei Regierungsparteien, das ist ein sehr altes Phänomen, kommt sozusagen diese Form der Parteiarbeit während der Regierungszeit eher ein bisschen in den Rückstand und die Aufgaben bei der pragmatischen Bewältigung des Alltags stehen im Vordergrund. So ist das, aber das erledigt keine der Aufgaben, besagt nur, sie sind letzt nicht an die Parteien und ihre herausragenden Leitfiguren zu delegieren, sondern dieser Prozess einer Neuorientierung, der notwendig ist nach 1990, der ist auch gesellschaftliche

Aufgabe und außerhalb der Parteien zu tun

**Interviewer:** Was sagen Sie denn zu der These, dass sich die großen Volksparteien immer mehr über Kommunikations- und Kampagnenleistungen als über politische Inhalte definieren und profilieren vor allen Dingen?

**Frank Steinmeier:** Ja, der Satz ist so alt wie ich politisch denken kann.

**Interviewer:** (lacht)

**Frank Steinmeier:** Und nie war er so falsch wie im Augenblick. Ich finde schon, dass in diesen Wahlkämpfen, dass er nicht genug ernstgenommen wird. Also ich finde jedenfalls, dass in diesem Wahlkampf mit großem Erfolg gestritten werden könnte, etwa um so egalisierende - in Anführungszeichen natürlich - Vorstellungen, wie sie der Herr Kirchhof zur Besteuerung hat, die - in Verbindung gebracht mit der Kopfpauschale bei der Gesundheitspolitik - eine so eklatante Veränderung von Gesellschaft und ihren solidarischen Zusammenhängen in Deutschland hat, dass wir das Umstürzende dieser Idee und ich sage bewusst Idee, weil ich nicht glaube, dass die CDU das Thema bis zum Ende gedacht hat, dass das Umstürzende dieser Idee wirklich sichtbar gemacht werden könnte, wenn denn der entsprechende Ehrgeiz und die entsprechende Neugier auch bei denjenigen vorhanden ist, die darüber Bericht erstatten. Mir geht's manchmal schlicht auf den Senkel, dass jemand wie Herr Merz mit einer Idee vom Bierdeckel über jetzt, ich weiß nicht, fünf Monate mit einem solchen Satz die Gazetten beherrscht, wir aber nicht in einen wirklichen Streit darüber kommen, was jetzt sinnvoll ist. Aber ich glaube schon, dass jedenfalls in diesem Wahlkampf deutlich wird, worüber gestritten werden kann, aus meiner Sicht gestritten werden muss.

**Interviewer:** Wenn Sie sich jetzt entscheiden müssten auf ein Wahlkampfmedium zwischen den Qualitätszeitungen und dem Fernsehen, welches würden Sie bevorzugen?

**Frank Steinmeier:** Ich weiß, dass man das zwar nicht macht, aber hier würde ich ausnahmsweise mal sagen: So ist die Frage falsch gestellt. Das kann man sich nicht aussuchen.

**Interviewer:** Sind beide wichtig? Kann man sich darauf einigen?

**Frank Steinmeier:** Sie müssen sich ein Setting zurechtlegen, in dem sie erstens die Stärken der eigenen Leute betrachten und dann das Maß an Fernsehen bestimmen, das danach nötig und möglich ist. Auslassen, Verzicht auf Fernsehen, auf die Idee wird heute keiner mehr kommen können. Und die Qualitätsmedien müssen so gut wie möglich bedient werden, weil, wie ich vorhin gesagt habe, die Qualitätsmedien die einzigen Medien sind, über die Sie neben dem Vorschlag auch das Argument transportieren können und ich glaube, das täte der Auseinandersetzung in Deutschland gut, wenn wir mehr über Argumente stritten als über Bierdeckel oder sonstige Inszenierungen.

**Interviewer:** Die letzte Frage ist ein bisschen eine Tellerrandfrage, es geht um die USA. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Inhalte und Qualitätsmedien im amerikanischen Wahlkampf? Wenn Sie jetzt alles, was wir hier erörtert haben, ein bisschen auf die USA beziehen?

**Frank Steinmeier:** Ja, der US-amerikanische Zeitungsmarkt ist bekanntlich noch schwieriger als der unsrige. Das Verhältnis, würde ich sagen, von Qualitätsmedien ist noch anders, aus Sicht der Qualitätsmedien noch knapper als bei uns. Also Sie wissen, dass in den USA vor allen Dingen in den Wirtschafts- und Börsenzeitungen, die Qualitätsmedien, wenn Sie so wollen, einen hohen Anteil haben, und die New York Times auf weiter Flur als überregionale Tageszeitung fast die Einzige ist, die man nach unseren Maßstäben als Qualitätsmedium einordnen könnte. Dies alles vorausgeschickt, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, dass ich immer noch sagen würde, dass die Qualitätsmedien hier bei uns eine ungleich größere Bedeutung in- und außerhalb von Wahlkämpfen haben als in den USA.

**Interviewer:** Und wenn immer die Rede ist von den inhaltleeren US-Wahlkämpfen, was halten Sie davon?

**Frank Steinmeier:** Die haben halt ein anderes Parteiensystem in den USA. Wir leiten uns in Europa - nicht nur in Deutschland, in Europa, sage ich bewusst - aus bestimmten Parteientraditionen ab und das wiederum ist eine Besonderheit, die in den USA bei den Demokraten und Republikanern so nicht vorkommt. Beide würden es auch gar nicht als Vorwurf empfinden, dass man sich in erster Linie scharf um ein-

flussreiche, kreative Leitfiguren und mit diesen Leitfiguren das Themensetting für eine nächste Wahlperiode vorbereitet. Insofern eine Frage etwa wie die nach den Partei- oder ideologischen Grundlagen würden Sie wahrscheinlich bei US-amerikanischen Parteien so gar nicht stellen. Es gibt eine gewisse Zwangsläufigkeit über die Haltung in der Steuerfrage. Bei den Republikanern gehen die Steuern immer runter und die Gefahr besteht bei den Demokraten nach meiner Erinnerung jedenfalls so nicht im Vordergrund. In der außen- und sicherheitspolitischen Einordnung - und da sollten wir jetzt mal von der aktuellen Situation abgehen - finden Sie auch in den USA eine relativ große Kontinuität.

**Interviewer:** Okay. Das war's. Vielen Dank!

## **A 1.2. Interview mit Carsten Brosda, Mitarbeiter im Planungsstab des Willy-Brandt-Hauses, zuständig für Grundsatzfragen, Themen und Texte sowie Reden des Parteivorsitzenden**

**Datum und Ort: 6. September 2005 in Berlin**

**Interviewer:** Die erste Frage wäre: Kannst Du etwas sagen zu Deiner Person, also was Du machst bei der SPD?

**Carsten Brosda:** Derzeit arbeite ich im Planungsstab, bin zuständig für Grundsatzfragen, Themen und Texte. Darunter fallen auch Reden des Parteivorsitzenden. Ich war von 2000 bis Anfang 2005 in der Pressestelle im redaktionellen Bereich tätig und im Wahlkampf 2002 zuständig für den Redaktionspool, sprich für das Bearbeiten von Textanfragen von Printmedien vorwiegend. Und danach aber auch schon regelmäßig im Einsatz als Redenschreiber für den Parteivorsitzenden und Generalsekretär. Ausbildung als Journalist, das kennst Du ja, Diplom-Journalismus in Dortmund, Abschluss im Jahr 2000. Volontariat bei einem Print-Medium.

**Interviewer:** Wie würdest Du denn den Wahlkampf 2005 bisher charakterisieren?

**Carsten Brosda:** Den Wahlkampf 2005?

**Interviewer:** Ja. Den Verlauf.

**Carsten Brosda:** Den Verlauf? Ich sehe schon, dass die Vokabel, die auch die beiden großen Parteien verwenden, dass es sich um eine Richtungsentscheidung handelt, zutreffend ist und dass auch gerade in den letzten Tagen und Wochen diese Richtungsentscheidung noch mal deutlicher geworden ist, weil parteipolitisch gesprochen es einfach gelungen ist, mittlerweile die Union in die Fläche zu kriegen und da hat die Person Kirchhof sicherlich eine Rolle gespielt und für was für eine Programmatik der steht. Und sich da jetzt noch mal deutlich davon abzugrenzen. Schon zu zeigen, das sind schon fundamentale Unterschiede, die in diesem Land eingeschlagen werden ab dem 18.09. Und da wird es jetzt noch mal drauf ankommen, das in den kommenden zwei Wochen klarzumachen weiterhin. Damit den Leuten dann auch bewusst ist, zwischen welchen beiden Positionen sie sich entschieden. Dass der Wahlkampf am Anfang verzögerte startete, bis der Bundespräsident entschieden hatte und man dann erst mit der Kampagne richtig beginnen konnte, hat sicher eine Rolle gespielt. Das hat natürlich die Kampagne auch geprägt.

**Interviewer:** Wie würdest Du nach Deiner Erkenntnis die Kommunikationsstrategie beschreiben? Ich weiß, das ist sehr komplex, Kommunikationsstrategie, aber so mit ein paar Charakterisierungen.

**Carsten Brosda:** Kommunikationsstrategie für eine Partei heißt in erster Linie und wird im Wahlkampf heißen, die Parteimitgliedschaft als Resonanzkörper zum Schwingen zu bringen. Also wirklich die 600.000 Mitglieder, die die SPD noch hat, als Kommunikatoren vor Ort in ihren sozialen Umfeldern auch dazu zu bringen, für die Partei zu sprechen. Insofern haben wir, was das angeht, ein sehr breites Materialangebot an unsere Mitgliedschaft und dann auch noch mal spezifisch an Multiplikatoren in der Partei, da die Grundlage dafür bereit zu stellen, auch versucht, sehr breit das Manifest zu streuen. Also tatsächlich spielt Programmatik und Programm in diesem Wahlkampf eine größere Rolle, als das in früheren der Fall war. Was ansonsten die Kommunikationsstrategie auch in medialer Ebene angeht ist Klartext und ist, wie Franz Müntefering sagt, weniger Inszenierung, weniger Design. Also es ist tatsächlich der Versuch einer Reduktion, auch thematischer Gegenüberstellung. Auch da wieder gemäß der Richtungsentscheidung. Wenn man sich die ersten Plakate und ersten Materialien ankuckt, haben wir sehr pointiert mit den Gegensätzen auch gearbeitet, ohne diese Wohlfühlbilder, die man in solchen Kampagnen sonst gerne nutzt. Es ist also ein sachorientierterer Ansatz und ein sehr polarisierter Ansatz in der Kommunikationsstrategie zu finden. Sowohl medial als dann eben auch außermedial über die Parteimitgliedschaft. Aber sicherlich der Versuch, Parteimitgliedschaft da in Bewegung zu setzen auch stärker, als das in vorangegangenen Kampagnen der Fall gewesen ist.

**Interviewer:** Erwartest Du dann jetzt für den Wahlkampf 2005, ich meine, gut, der läuft noch jetzt, ist aber bald vorbei, aber das es ein „Back to the Roots“ gibt, also dass der Organisationswahlkampf stärker ist und es keine nennenswerten Professionalisierungen dieses Mal gibt?

**Carsten Brosda:** Also erst mal glaube ich, dass Professionalisierungen nicht nur auf einer medialen Ebene, sondern auch auf einer organisationskommunikativen Eben stattfinden können, und da sicherlich, was den Einsatz von Online-Innovationen angeht zum Beispiel, sind Professionalisierungsschritte da sind, was auch Materialangebote angeht und dass da einiges geleistet wird. Back to the Roots würde ich nicht

sagen, weil man einfach Medienaufmerksamkeit nicht ignorieren kann und nicht ignorieren sollte. Die muss auch professionell bedient werden, die Frage ist nur, inwiefern leistet man dem Vorschub und hat es Sinn, so etwas zu machen, wie es die Union in der Westfalenhalle mit ihrem Parteitag gemacht hat, also mit einer Cover-Rockband vorneweg und einem Kulturprogramm vor dem Parteitagsbeginn. Da kann man geteilter Meinung drüber sein. Der Leipziger Parteitag 1998 bhat mit dem Einmarsch des Spitzenkandidaten und des Parteivorsitzenden begonnen(und war danach ein Parteitag inklusive einer Aussprache. So dass da von Unionsseite sicherlich - ob man das Professionalisierung nennt oder nicht - ein neuer Schritt in der medialen Performance eines Ereignisses geschehen ist. Davon haben wir dieses Mal Abstand genommen und tatsächlich einen anderen Akzent gesetzt. Aber ich glaube nicht, dass man hinter Dinge zurück kann, die man 1998 und 2002 gemacht hat, und auch nicht sollte.

**Interviewer:** Neigen Oppositionsparteien Deiner Erfahrung nach eher zu solchen der Inszenierungen oder Professionalisierungsschritten?

**Carsten Brosda:** Sie haben potenziell mehr Spielraum, das zu tun. Das glaube ich schon. Das kann man sich vorstellen, weil eine Oppositionspartei ohne Bilanz in so einen Wahlkampf geht und auch ohne ein vorgefertigtes Bild der Menschen. Natürlich hat eine Partei immer einen Markenkern, aber natürlich ist der Markenkern einer regierenden Partei von Ereignissen der Regierungszeit sehr viel stärker geprägt als bei einer Oppositionspartei, die immer ein Stück weit die Chance hat, sich neu zu definieren. Das sieht man ja gerade auch bei Angela Merkel, die ja nun also in der Imageberatung würde man fast von einem Reventing sprechen, was da statt gefunden hat, weil das gesamte Image ja komplett neu aufgebaut worden ist im Laufe dieses Jahres. Das würde bei einem Amtsinhaber im Vergleich gar nicht gehen. Sollte auch nicht. Insofern ist da der Spielraum größer. Ob er dann genutzt wird, ist die andere Frage. Also man hat auch sehr nüchterne Oppositionswahlkämpfe schon gesehen in der Vergangenheit, die funktionieren und auch funktioniert haben.

**Interviewer:** Wir würdest Du die Rolle des Themas Arbeitslosigkeit beschreiben in diesem Wahlkampf?

**Carsten Brosda:** Also das Thema Arbeitslosigkeit ist ein Zentralthema in diesem Wahlkampf. Für die Union ganz sicherlich unter der Überschrift „Vorfahrt für Arbeit“ das zentrale Wahlkampfthema, aufgehängt auch an der Zahl fünf Millionen, die die Union sehr stark in den Fokus rückt, weil es auch eine psychologische Zahl ist. Und darüber die Debatte, wie die sich zusammensetzt, wie die sich im Unterschied zu früheren Arbeitslosenzahlen zusammengesetzt hat, in den Hintergrund gerät. Aber auch für uns ist das Thema. Das Wahlmanifest beginnt inhaltlich mit dem Punkt Wirtschaftswachstum, Arbeit und das ist die entscheidende Frage, an der sich die Wahl maßgeblich mitentscheiden wird. Und die Debatte, die jetzt gerade geführt werden muss und auch geführt wird, ist um die Frage: Wie generieren wir das Wachstum, mit dem ich dann Arbeitsplätze schaffen kann? Und da, finde ich, kann man exemplarisch sehen, wie unterschiedliche Richtungen verfolgt werden von den beiden Parteien, zwischen denen man sich entscheiden muss. Ob man auf den Schwerpunkt von Binnenkaufkraft setzt, wie es die SPD stark propagiert mit verschiedenen Maßnahmen, oder ob man auf eine Absenkung von Lohnnebenkosten und Umschichtung setzt. Wobei das die SPD in partiellen Teilen auch hat. Aber da liegen die Differenzen des Themas. Das ist das Erste, was überall angesprochen wird. Das ist ein Thema, um das keiner herumkommt in diesem Wahlkampf.

**Interviewer:** Interessieren sich die Medien denn für dieses Thema?

**Carsten Brosda:** Für das Thema Arbeitslosigkeit?

**Interviewer:** Ja.

**Carsten Brosda:** Ja. Also ganz klar. Die Frage kommt immer, es kommt mindestens die Frage: Warum haben Sie es nicht geschafft, Hartz IV zu kommunizieren? Es kommt die Frage nach den fünf Millionen, nach dem Schock kommt regelmäßig. Und es kommt auch die Frage in dem Moment immer wieder: Wie sollen denn neue Arbeitsplätze entstehen? Die Debatte darüber. Wenn man sich anschaut, wie die Diskussion über die Erhöhung der Mehrwertsteuer läuft und deren Auswirkungen eben auch auf Arbeitsplätze generierende Maßnahmen, dann ist da ein hohes Interesse da, das sicherlich auf der Inhaltsebene, würde ich sagen, auch von medialer Seite eines der Hauptthemen ist. Wenn denn von medialer Seite in diesem Wahlkampf über Inhalte geredet wird, es gab ja auch Phasen, in denen das nicht unbedingt der

Fall hat, in denen man versucht hat, Themen zu setzen und damit nicht so richtig ...

**Interviewer:** Kommen wir noch dazu.

**Carsten Brosda:** Okay.

**Interviewer:** Jetzt würde ich gerne ein paar Fragen stellen zur Medienstrategie der SPD. Wird die Medienarbeit jetzt speziell geplant in einem Wahlkampf wie 2005 oder läuft das in dem Sinne des Permanent Campaignings? Also dass man Kontakte, Wege und Mittel, die man sonst auch nutzt im normalen Geschäft, jetzt auch praktisch nutzt.

**Carsten Brosda:** Na, man hat ja mit den gleichen Akteuren zu tun, insofern gibt's da ja keinen komplett neuen Aufbau. Die Medienvertreter vor Ort sind die gleichen und unsere Pressevertreter sind die gleichen. Das wird aufgestockt, natürlich ist es intensiver, natürlich gibt's mehr Parteiereignisse, über die berichtet werden kann, als das in Nicht-Wahlkampfzeiten der Fall ist, aber ansonsten gibt's vorwiegend eine Intensivierung des Kontakts. Und man macht sich natürlich Gedanken stärker darüber noch mal, wie man als Partei - weil ja Medienarbeit sich ja hauptsächlich auf Partei konzentriert und eben nicht mehr dieses Bündel wie bisher von Fraktion, von Regierung etc., sondern alles im Rahmen von Partei abgeht - wie man das koordiniert, wie man das harmonisiert, wie man das abstimmt auf externe Ereignisse. Das ist klar. Aber gerade in dem Wahlkampf jetzt zeigt sich, da ist deutlich weniger planbar als in anderen Wahlkämpfen vielleicht. Und es ist definitiv deutlich weniger planbar, als von außen angenommen wird. Also es sind sehr kurze Reaktionszeiten, man muss sehr schnell reagieren auf das, was passiert. Und da gibt's dann wirklich, wenn man Permanent Campaigning meint, dann ist es eigentlich das. Also es gibt ein relativ schnelles Reback oder wie die Amerikaner das dann auch nennen mögen, also ein sehr, sehr schnelles Hin und Her zwischen verschiedenen Aussagen, das dann auch an der tagtäglichen Basis läuft. So dass man nur sehr schwer sagen kann: Nächste Woche wollen wir mal dieses Thema machen. Aber man weiß ja nicht, was nächste Woche ist.

**Interviewer:** Also ist Medienarbeit auch in Wahlkämpfen ein Tagesgeschäft?

**Carsten Brosda:** Medienarbeit konkret ja, auf jeden Fall.

**Interviewer:** Wer bestimmt denn Deiner Meinung nach im Wahlkampf die Themen?

**Carsten Brosda:** Der Zufall, kann man wahrscheinlich zum guten Teil sagen, also das ist halb ironisch. Also ich glaube schon, dass Parteien die Chance haben, Themen zu setzen. Was ja auch gelungen ist. Also wir haben es ja sehr wohl geschafft, dass über das Thema Mehrwertsteuer kontrovers diskutiert worden ist. Wo wir aber sicherlich eben auch eine medial vorgeformte Stimmung eher verstärkt haben mit unserer Kampagne und das dann noch mal deutlicher fokussiert haben. Zweites Beispiel ist sicherlich Kirchhof, wo auch eine Debatte war, die auch sowohl durch Parteiinitiativen als auch durch Medieninteresse ausgelöst wurde. Meistens kann man es so richtig genau nicht sagen. Selbst diese Stoiber-Debatte über die Ostdeutschen ist ja letztlich aus einer Melange heraus entstanden. Das war ein Zitat, das in einer entlegenen Regionalzeitung gelaufen ist, das dann hier in Berlin jemandem aufgefallen ist und daraufhin dann zum nationalen Thema geworden ist. So dass man bezogen auf die Agendasettingfunktion wirklich sagen kann: mal die Medien, mal die politischen Parteien. Ob man da ein Über- oder Unterordnungsverhältnis feststellen kann, also mir ist das jetzt nicht bewusst.

**Interviewer:** Also die Medien haben auch eine hohe Themensetzungskompetenz, oder -Hoheit, sagen wir mal?

**Carsten Brosda:** Ja, auf jeden Fall eine Hoheit, weil es natürlich auch Versuche geben kann von beiden Parteien, also von allen Parteien, auch Themen auf die Agenda zu setzen, die es dann nicht auf die Agenda schaffen.

**Interviewer:** Welche Rolle spielen denn tagesaktuelle Qualitätsmedien, die vier großen Qualitätszeitungen überhaupt für den Wahlkampf? Vielleicht im Vergleich zum Fernsehen.

**Carsten Brosda:** Die spielen eine große Rolle vorwiegend, was die Analyse angeht des Wahlkampfs. Also man orientiert sich, also man nimmt zur Kenntnis und liest, was die Leitartikler und Kommentatoren dort schreiben, nimmt auch die Analyse

ernst und wertet das schon sehr genau aus. Eine Tageszeitung hat es ein bisschen einfacher auch wirklich relevant wahrgenommen zu werden, weil man sie kopieren kann und auf den Schreibtisch legen kann, während so eine Fernsehsendung, die kann man zwar mit den modernen Technologien auch alle kopieren und nutzen, aber es ist deutlich schwieriger, da eine vergleichbare Durchdringung in der Analyse und Auswertung zu haben. So dass das da schon relativ anders ist. Aber sie spielen eine große Rolle. Sie spielen auch eine Rolle sicherlich, was die angeht, weil man da eine relativ enge Zusammenarbeit hat und man bei Qualitätsmedien auch noch eher davon ausgehen kann, dass Journalisten sich noch an Konventionen des Umgangs zwischen Pressestellen und Medienredaktionen halten, so dass man eben auch dementsprechend mit ihnen sprechen und etwas verabreden kann.

**Interviewer:** Das ist jetzt eher eine Frage, die auch an den Medienwissenschaftler geht: Wie hat sich denn die Bedeutung Deiner Meinung nach der Qualitätszeitungen in den letzten Wahlkämpfen, in den letzten drei, vier Wahlkämpfen entwickelt? Sind die wichtiger geworden oder ist das gleich geblieben?

**Carsten Brosda:** Ich kann da keinen signifikanten Unterschied feststellen. Also ich glaube, dass ... Also wissenschaftlich kenne ich da zu wenig Daten auch, um dazu etwas sagen zu können. Sozusagen aus der Praxis heraus sind sie gleichwertig geblieben. Also sie haben vielleicht die Themensetzungsführerschaft innerhalb des Medienverbundes an das Fernsehen verloren oder an die Bildzeitung. Also ich glaube schon, dass die Bildzeitung in einem etwas höheren Maße die Themen, auch die politischen Themen des Tages bestimmt, als das früher der Fall war, dass das eine Entwicklung ist, die ich jetzt auch nicht empirisch verifiziert sehe, aber wo ich zumindest einige Anhaltspunkt dafür sehe, dass dem so ist. Also dass die Qualitätsmedien eher im Medienverbund etwas eingebüßt haben. Aber nach wie vor sind sie für uns relevant als Ansprechpartner.

**Interviewer:** Also die These von der Dominanz des TV in der politischen Kommunikation würdest Du dann auch eher kritisch sehen?

**Carsten Brosda:** Also das TV spielt eine sehr wichtige Rolle, prägt auch Wahrnehmungsstrukturen in der Bevölkerung zur Politik auf die wir reagieren müssen. Hat

eine teilweise viel größere, höher Aufmerksamkeit. Also wenn ich mir ankucke, dass bei Sabine Christiansen bis zu 6 Millionen, beim TV-Duell bis 21 Millionen zusehen, sind das wirklich Zahlen, die ich mit einem Zeitungsartikel auf vielfache Weise nicht erreiche. Das spielt also eine ganz, ganz zentrale Rolle. Ein bisschen sind ja hier diese Aktionen von Pressestellen und bestimmten Medienhäusern ja eher Elitediskurse letztlich. Und in den Elitediskursen sind die also dieses Binnenverhältnis mehr oder minder Qualitätszeitungs-Journalisten, Herr Bannas, Herr Schwenicke und wie sie alle heißen mögen, ist sicherlich genauso wichtig wie zum Beispiel Thomas Roth oder wen auch immer man da jetzt vom Fernsehen nimmt. Was dann die Wahrnehmung von Politik angeht, hat Fernsehen sicherlich eine dominierende Funktion.

**Interviewer:** Das ist also der Unterschied zwischen Agendabuilding und Agendasetting.

**Carsten Brosda:** Ja.

**Interviewer:** Ja, dann wollte ich fragen, wenn die Qualitätsmedien so wichtig sind, wie die SPD versucht, die Themen, Botschaften, Deutungen, Positionen und die Akteure in solchen Medien unterzubringen.

**Carsten Brosda:** Also es gibt einen fast täglichen Kontakt mit den Vertretern dieser Medien, und zwar beidseitigen. Also da wird einfach regelmäßig telefoniert. Und seit Erfindung des Handys sicherlich noch mal viel, viel, viel mehr als vorher. Es gibt regelmäßige, gerade im Wahlkampf, regelmäßige Hintergrundkreise, es gibt einen wöchentlichen Hintergrundkreis des Parteivorsitzenden. Und ansonsten durch die üblichen Redaktionsgesuche und Interviews. Und man kann auch davon ausgehen, dass in den großen Zeitungen weitestgehend regelmäßig auch immer jemand bei den öffentlichen Veranstaltungen unserer Hauptakteure ist. Also da ist einfach auch, das werden Dir die Kollegen ja auch sagen, mit denen Du sprichst, eine Beobachtung von der Seite aus eine sehr regelmäßige. Da werden Leute abgestellt für die Parteien, so dass sich da auch das aufbaut, was man teilweise auch Vertrauensbeziehung nennen kann.

**Interviewer:** Wie werden die Hintergrundkreise organisiert? Also gibt's da einen für die Qualitätsmedien, einen für alle, einen für TV? Oder wie ist das?

**Carsten Brosda:** Wir haben einen Hintergrundkreis, den wir einladen, in den von allen relevanten größeren Zeitungen, Fernsehsendern etc. - das sind fünfzig oder sechzig Leute - dann eingeladen werden. Daneben gibt's dann eben die journalistisch selbst organisierten Hintergrundkreise und die organisieren sich nach unterschiedlichen Prinzipien. Und da gibt's auch zwei, drei, die sehr, sehr exklusiv, sehr, sehr klein sind. Aber die haben dann eben die eigene Hoheit darüber, wer was macht. Das sind dann natürlich auch personengebundene Kreise.

**Interviewer:** Laufen die stark an den Parteilinien entlang, also inhaltlich, journalistisch?

**Carsten Brosda:** Nicht mehr. Nicht mehr. Würde ich nicht sagen. Also eher die Jüngeren dann und dann gibt's den Wohnzimmerkreis, das sind dann so die (gestandenen hauptsächlich fünf, sechs, die sich immer nach Hause einladen. Dann gibt's noch ein paar andere. Vielleicht noch zwei, drei traditionelle klassische Tendenzen, aber da würde ich nicht sagen, das sind SPD-Kreise.

**Interviewer:** Trotzdem noch mal die Frage: Qualitätsmedien wie die FR und auch die SZ stehen ja der SPD traditionell näher als Die Welt und die FAZ. Spielt die redaktionelle Linie denn eine Rolle für die Arbeit und für den Kontakt?

**Carsten Brosda:** Also ich habe ja von meinem damaligen Pressesprecherchef Michael Donnermeyer gelernt: Behandle die, die gegen Dich sind, besonders gut. Wenn man es so herum nimmt, müsste man sagen: ja. Ich glaube aber de facto: nein. Also man kann sich das gar nicht leisten, eine Zeitung in irgendeiner Art und Weise schlechter zu behandeln. Dass es sicherlich dann im Einzelfall sensible Informationen gibt, die man jemandem, dem man vertraut, eher gibt als anderen, ist, glaube ich, auch klar. Aber man muss auch sehen, heute ist der Druck innerhalb des Mediengeschehens so groß, dass Parteiinteressen eine sekundäre Rolle spielen. Also es gibt eine Ausnahme im momentanen Wahlkampf, wo ich schon sehe, dass es ein paar Zeitungen gibt, die sich auch politisch-inhaltlich committed haben auf einen bestimmten Wahlausgang. Aber im Großen und Ganzen kann ich als Partei nicht sagen: Ihr habt mich schlecht behandelt, Euch schließe ich aus. Oder Euch vertraue ich nicht oder Ihr schreibt Kommentare, die gegen uns sind, und deswegen ignoriere

ich Euch jetzt mal für ein halbes Jahr. Das ist nicht leistbar und passiert auch nicht. Also Vertreter aller dieser genannten Medien sind in unserem Hintergrundkreis. Natürlich.

**Interviewer:** Na gut, aber kann ja sein, dass man graduell versucht, vielleicht den einen mal mit einer exklusiven einer Hintergrundinformation versorgt. Gerade, wenn Du sagst, es gibt Leute, denen man vertraut.

**Carsten Brosda:** Also es gibt sicherlich den Fall, das Politiker sagen, sie haben eine bessere Beziehung zu dem als zu dem und würden dann auch lieber mit dem sprechen. Und klar gibt es Journalisten, die den engeren Kontakt suchen, und welche, die einen weniger engen Kontakt suchen. Wobei man auch da wieder unterscheiden muss zwischen denen, die einen engeren Kontakt suchen zur formell institutionalisierten Schnittstelle, sprich zur Pressestelle, oder die, die versuchen, quer ins Haus hinein anderweitig Informationen herauszubekommen. Die also jeden Versuch der Professionalisierung von Kommunikation unterlaufen. Das gibt's auch, ist ja klar. Und da gibt's dann natürlich, kann es geben oder hat es gegeben natürlich auch Fälle, wo es da ganz anders gelagerte Interessen entstehen. Aber das ist keine Frage eines Kommunikationskonzeptes. Also sicherlich gibt es individuell Unterschiede, aber es gibt keine strukturellen, systematischen, institutionalisieren.

**Interviewer:** Ja, die Frage nach den persönlichen Kontakten und Beziehungen zwischen Spitzenpolitikern und Journalisten der Qualitätszeitungen, der ist weiter ein ganz wichtiger Punkt in dem Beziehungsgeflecht oder in der Interaktion?

**Carsten Brosda:** Also auf jeden Fall zwischen den institutionalisierten Politikvermittlungsexperten einer Partei und den Journalisten. Auf jeden Fall. Bei den Politikern, die ja so eine Dichte an Kontakten täglich haben, ist das natürlich noch mal eine andere Sache. Wobei man auch da sagen muss, dass es nicht nur Qualitätsjournalisten also Journalisten von Qualitätsmedien sind. Es gibt ja durchaus Kollegen von Regionalzeitungen hier vor Ort, die innerhalb des Medienverbunds eine sehr, sehr starke Rolle spielen, teilweise sogar eine stärkere als es Vertreter einer Qualitätszeitung und die entsprechend dann auch genauso häufig da sind und mit denen man auch auf die gleiche Art und Weise dann kooperiert. Also es gibt im Alltag keine Separie-

rung zwischen den vier, ganz oben sind. Also wenn ich ein Thema platzieren will, kucke ich natürlich schon, will ich es national platzieren oder reicht es, das regional zu platzieren. Aber wenn ich da national nehme, so ist mittlerweile sicherlich die Financial Times und ein paar andere, auch das Handelsblatt, Zeitungen, die da eine Rolle spielen. Oder die Sonntagszeitungen natürlich auch.

**Interviewer:** Wenn Du die letzten zwanzig Jahre so Revue passieren lässt, wie hat sich Deiner Meinung nach die Art, Wahlkampf zu machen, und vor allen Dingen auch die Medienarbeit der SPD verändert?

**Carsten Brosda:** Die letzten zwanzig Jahre?

**Interviewer:** Ja, das ist so die Mediatisierung. Wenn wir so 1985 anfangen.

**Carsten Brosda:** Ja, da ist zum einen natürlich tatsächlich eine deutlich höhere, gewachsene Relevanz des Fernsehens. Heute gibt es ja keinen Abend, an dem nicht drei oder vier Sendungen laufen, wo irgendwelche Spitzenpolitiker miteinander über die kommende Legislaturperiode debattieren. Das ist wirklich neu, das hat es in dieser Form noch nicht gegeben. Das hat eine höhere Öffentlichkeit erst mal im Sinne für den Wahlkampf, glaube ich schon, noch mal erreicht. Wobei ich andererseits schon glaube, dass die Dichte von Auftritten nicht geringer geworden ist. Also Gerhard Schröder zum Beispiel macht in dieser Wahlkampagne mehr Termine vor Ort als er noch 2002 gemacht hat. Das ist beides, das ist die mediale Präsenz, den gleichbleibenden Druck und dann sich auch in Eins-Zu-Eins-Situationen oder eben in Real-Life-Situation zu begeben. Was hat sich verändert? Man hat natürlich, glaube ich, eine Zeit lang, und das ist vielleicht eine Sache, die sich in jeder Kampagne wieder ändert, aber das muss man mal sehen, aber es hat sicherlich in den beiden Kampagnen eine stärkere Medienorientierung gegeben. Also ich glaube, man kann bis 2002 sagen, dass man einen kontinuierlichen Trend in der Wahlkampfführung hin zur Medienorientierung hat. Nicht in der Radikalität wie es da Peter Radunski gefordert hat: Schafft die Mitglieder ab und sammelt Spenden und schaltet die gekaufte Kommunikation. Aber immerhin doch in der Richtung, dass man schon stärker drauf kuckt, wie erreiche ich über Medien Bürgerinnen und Bürger. Und da ist, glaube ich, aber auch nicht nur für die SPD, sondern generell, ein Trend ein Stück ausgereizt gewesen, auch schon 2002 innerhalb der Kampagne ausgereizt. Weil man da auch

gemerkt hat, also Nölle-Neumann hat ja diesen bekannten Text über die Rückkehr des Meinungsführers geschrieben. Ich glaube schon, dass da was dran ist, dass auch diese Bottom-up-Kommunikation, zu der Parteien natürlich auch fähig sind, zentral ist. Das eben tatsächlich zu nutzen und das entgegenzusetzen und das mit der Wahlkampagne noch mal zu versuchen verstärken, ich glaube, dass das eine Rolle spielt. Sind ja nicht nur wir, also die Union mit ihrem Unterstützerteam versucht ja gerade ein ähnliches Ding? das zu machen. So dass man versucht, die Medienschiene, die, glaube ich, ganz professionell läuft und ausgebaut ist, jetzt wieder zu ergänzen um die Parteikommunikationsschiene. Und da würde ich sagen, das könnte unter Umständen vielleicht sogar ein neuer Trend in der Kommunikation werden. Für die großen Parteien, für die kleinen bietet sich das nicht an. Wenn man sich an- kuckt die Grünen zum Beispiel, auch die FDP (taucht im Wahlkampf gar nicht auf.

**Interviewer:** Also ist jetzt durch die Mediatisierung, wenn man das jetzt mal so nennt, ist der Wahlkampf auf jeden Fall mehr präsenter geworden, also öffentlicher geworden. Und das würde ja auch einen Anstieg des Angebots innerhalb der Medien bedeuten. Also das ist ja irgendwie ein bisschen paradox, also die Parteien - ich bin jetzt noch beim Fernsehen - verlieren ja durch die Privatisierung ihren Exklusiv- Vorbehalt; das Angebot wird riesig größer, die Nachfrage wird auch riesig größer. Da könnte man ja den Schluss ziehen, dass, wenn die Nachfrage so groß ist, kann man das Angebot ja auch, sage ich mal, weitgehend bestimmen, wenn man so eine große Nachfrage hat. Jetzt ist aber die These, die aufgestellt wird, genau die gegenteilige, dass nämlich durch die Mediatisierung die Parteien sich einen Schritt weiter an die mediale Logik angepasst haben. Würdest Du das auch so beurteilen?

**Carsten Brosda:** Man müsste das auf verschiedenen Ebenen differenzieren, aber im Prinzip in Teilen ja. Also was die Präsentationsformen angeht, ja. Ganz klar. Also die Art und Weise, wie ich mich öffentlich darstelle, die muss mediengerecht sein, sonst komme ich nicht weiter. Das ist einer der Punkte, wo ich sagte, da komme ich mit der Professionalisierung nicht mehr dahinter zurück. Also jetzt zu sagen, wir bauen wieder einen Tapeziertisch auf und stellen einen Sonnenschirm auf und das reicht, um Wahlkampf zu machen, die Zeiten werden nie wiederkommen. Und das ist auch gut so, müssen sie auch nicht. Was das andere angeht, ist die Frage des Angenda- settings und auf der inhaltlichen Ebene die Art und Weise, wie bereite ich Themen

Themen auf. Ich glaube, da habe ich zurzeit immer noch Handlungsspielräume, auch noch eigenständig zu kommunizieren, aber natürlich muss ich Themen so aufbereiten, dass sie mediengerecht sind. Und bin noch zusätzlich davon abhängig, dass ich nicht weiß, ob diese Themen tatsächlich kommen. Das heißt, ich habe schon einen Hoheitsverlust im Laufe dieser zwanzig Jahre, dem würde ich zustimmen, gegenüber Medien. Es gab Zeiten, in denen ich Wahlkampf stärker extramedial noch gemacht habe und der Wahlkampf wirklich mehr in Veranstaltungen vor Ort noch stattgefunden hat. Was er ja immer noch tut und, glaube ich, nicht weniger tut. Ich meine, die Marktplätze der Schröder-Veranstaltungen sind voll, da sind sehr viele Leute jedes Mal. Aber die sehen eben Schröder nicht nur da das eine Mal, sondern sehen ihn im TV-Duell, sehen in bei Christianen, lesen acht Tageszeitungen und weiß der Hintern noch was alles. So dass da sicherlich noch eine, ich will nicht sagen, die Deutungshoheit verloren gegangen ist aber der Medieneinfluss darauf, worüber im Walkampf geredet wird und wie Parteien sich präsentieren können, welche Chancen sie haben, sich darzustellen, ist klar gestiegen in den letzten zwanzig Jahren. Was vielleicht auch ein Grund dafür ist, dass man sagte, okay, man muss versuchen, diesen Parteilkommunikationsaspekt zu verstärken.

**Interviewer:** Die These, sage ich mal, wenn man von der TV-Logik ausgeht, sagt man, man muss halt die Bilderwelten bedienen, nicht? Man muss die Bilder inszenieren oder stellen oder wie auch immer, das ist dann die zentrale Anpassungsleistung.

**Carsten Brosda:** Auch ein radikales Brechen mit der Medienlogik kann ja, wenn es bewusst geschieht, wiederum mediale Aufmerksamkeit und sogar neuen Schub bedeuten. Also ich glaube, dieser Trend des „Ich passe mich möglichst genau dem an, was gerade State of the Art ist“, das ist ja nicht, also das nicht es nicht zwangsläufig. Weil sonst gehe ich unter Umständen im medialen Gewitter ja auch unter. Also wenn mein Spot genauso aussieht wie der Spot von allen anderen. Also es geht immer um dieses Aufmerksamkeit-Erregen.

**Interviewer:** Gut, das war vielleicht ungenau ausgedrückt. Nehmen wir mal die Nachrichtenfaktoren des TV, Überraschung zum Beispiel. Also einer hat mir letztens jemand erzählt, die hatten von der Stiftung Marktwirtschaft, die haben eine Wissen-

schaftlerin, die sähe total gut aus und da wären alle hinterher. Das ist ja auch interessant, das ist ja auch ein Brechen der Erwartung. Aber sagen wir, das ist ja eher auf einer instrumentellen Ebene, nicht auf einer inhaltlichen Ebene. Da könnte man ja jetzt sagen, hat es auch inhaltliche Anpassungsprozesse gegeben, zum Beispiel in Richtung der Qualitätsmedien. Hat sich da auch die Logik verändert?

**Carsten Brosda:** Bei den Qualitätsmedien und in der Folge dann ...

**Interviewer:** Nein, bei den Parteien, in Bezug auf das Angebot. Wenn man jetzt mal davon ausgeht, dass die sachliche Auseinandersetzung im Wahlkampf hauptsächlich in den Qualitätsmedien stattfindet. Da gibt's ja Untersuchungen, die das bestätigen. Wie würdest Du da die Entwicklung beurteilen?

**Carsten Brosda:** Also da möchte ich nicht spekulieren, weil bei da zu wenig Wahlkämpfen wirklich über den Zeitverlauf dabei war und ich ja auch nicht 2002 mitgemacht habe. Ich würde tippen, dass die nicht so groß sind, die Veränderungen. Ganz einfach, weil die Darstellungsformen der Qualitätsmedien sich nicht wirklich verändert haben. Also ich kenne jetzt keine Studien, aber als Leser einer Zeitung sehe ich nicht, dass irgendwie Texte dramatisch verpackt worden wären in oder dass dramatisch verändert hätten in der Gewichtung, sondern nach wie vor haben die längere Berichte, haben die größere Hintergrundstücke, haben die längere Leitartikel und haben die auch den Platz, mal die ganze Seite 3 mit einem Portrait über zwei Tage „Begleitung eines Spitzenpolitikers“ voll zu schreiben. Und wenn ich das richtig aus den Archiven sehe, die ich kriege, war es in den 80ern genauso. Insofern glaube ich, dass es da gering ist. Außer vielleicht, was ich mir schon vorstellen kann, aber das ist eine Mutmaßung, dass der Zeitfaktor auch hier eine viel größere Rolle spielt, weil die Konkurrenzsituation größer geworden ist und eine Qualitätszeitung auch nicht mehr sagen kann: Okay, ich habe Informationen, der hat jetzt noch fünf Tage Zeit, die auszurecherchieren. Unter Umständen muss man auch das, was man hat, eben am Abend zusammenschreiben und am nächsten Tag raushauen. Das könnte es unterscheiden.

**Interviewer:** Woran sind denn Deiner Erfahrung, jetzt vielleicht für den Wahlkampf 2005, Qualitätsmedien oder Qualitätszeitungen besonders interessiert in punkto

SPD? Wenn sie jetzt zum Beispiel selber Themen setzen oder konkrete Sachen anfragen.

**Carsten Brosda:** Da kann ich für 2005 nichts Konkretes sagen, weil ich kein Medienkontakt habe.

**Interviewer:** Und 2002?

**Carsten Brosda:** 2002 woran sie besonders interessiert sind?

**Interviewer:** Zum Beispiel an Koalitionsspekulationen?

**Carsten Brosda:** Ja, gut, da sind ja alle dran interessiert. Also das ist klar, über Koalitionen wird immer gerne spekuliert. Da brauchen die aber keine Informationen aus der Parteizentrale, das sind ja genau die Sachen, die eben quer laufen, nicht über die institutionalisierten Kanäle laufen. Über die institutionalisierten Schnittstellen ist es zum Einen die Logistik, ganz klar, also wann ist wer wo wie und wo kann ich den sehen und wie komme ich dahin und wie kann ich mich akkreditieren. Das ist zum zweiten detailliertere Hintergrundinformationen zu den programmatischen Vorhaben, das heißt, die werden abgefragt auch für diese großen Programmgegenüberstellungen. Da gibt's dann auch Nachfragen: Erklären Sie mir doch mal, was heißt das, wie soll das funktionieren? Und dann natürlich drittens dieser alltägliche Routinekontakt, also das Interpretieren, Miteinander-Sprechen. Und viertens Gespräche mit den Spitzenpolitikern, unter Umständen eben auch in Hintergrundform. Das sind so die nachgefragten Dinge. Aber da geht's tatsächlich in den institutionalisierten Kanälen vorwiegend um Informationen zu programmatischen Fragen oder um Stellungnahmen zu in den Medien sich bereits befindlichen Themen. Das ist auch noch mal ein Klassiker. Da habe ich auf dem informellen Kanal oder über irgendeine quer gelaufene Äußerung von irgendeinem Politiker, dann brauche ich natürlich die offizielle Linie der Partei und die erfrage ich auf dem institutionalisierten Kanal.

**Interviewer:** Spielen die institutionalisierten Kanäle wie Pressesprecher denn eine große Rolle in Wahlkämpfen oder läuft es doch mehr über informelle Kontakte?

**Carsten Brosda:** Da muss man die Journalisten fragen, weil natürlich wer einen informellen Kontakt aufrecht erhält bei uns, den er eigentlich nicht aufrecht erhalten sollte, da nicht offen drüber sprechen wird. Wie gesagt, dass ich zum Beispiel gar keinen Kontakt zu Journalisten habe, außer zu solchen, mit denen ich befreundet bin

und mit denen ich mich privat treffe, wo ich sage, das hat nichts mit dem Job zu tun. Und was sollen die schon machen? Insofern spielt die Pressestelle, nicht nur der Pressesprecher, sondern die Pressestelle eine sehr große Rolle, was das angeht. Also die sind der Kontakt zu den Journalisten. Auf unterschiedlichen Ebenen dann eben, für die Anfragen logistischer Art natürlich dann eben auch Referentinnen und Referenten. Geht dann eben hoch bis zum Sprecher, der das auch richtig einschätzt und dann auch behandelt und diskutiert. Und der eben auch zu einem Journalisten seit in paar Jahren? noch natürlich auch informelle Kontakte hat. Mit informell meine ich jetzt nicht das informelle Beisammensitzen beim Bier abends zwischen denen. Das ist wie bei jedem anderen Unternehmen ja auch. Also ich will ja, wenn ich ein Autohändler bin, will ich ja auch nicht, dass ein Geschäftsstellenmitarbeiter der Öffentlichkeit erklärt, wie viele Autos ich verkaufe, sondern das soll die Kommunikationsabteilung machen.

**Interviewer:** Aber nichts desto trotz ist das natürlich ein wesentlicher Teil des Wahlkampfes, mit der politischen PR das auszubügeln, was an Querschüssen oder Interviewäußerungen von anderer Seite kommt.

**Carsten Brosda:** Klar. Auf jeden Fall. Weil eben so viele Leute sich da äußern. Also all die, die immer behaupten, man könnte ein integriertes Kommunikationsmodell für eine Partei erstellen, das man nur durchhalten müsse, das stimmt nicht. Also es stimmt schon, dass Wahlkämpfe zu einer höheren Disziplin zwingen kommunikativ als Nicht-Wahlkampfzeiten. Aber natürlich ist es ganz klar, dass auch Stadträte irgendwie auf lokaler Ebene mit SPD-Buch Dinge sagen, die wir nicht gut finden. Das kann passieren und mit dem muss man umgehen. Das kann man denen nicht verbieten, das will auch keiner. Aber da muss dann einfach auch wahrscheinlich mittelfristig an der öffentlichen Debattenkultur gearbeitet werden, dass nicht jeder Widerspruch in der Öffentlichkeit gleich ein Indiz dafür ist, dass eine Partei führungsschwach ist und danieder liegt, sondern dass ja auch Streit innerhalb Institution wie Partei stellvertretend für die Gesellschaft Erklärungsprozess vorantreiben könnte. Ich glaube, da haben alle miteinander noch was zu lernen.

**Interviewer:** Ja, das wäre auch meine Frage: Wie beurteilst Du denn die politische

Streitkultur? Also man hat ja zum Beispiel im Fernsehen hat man das Gefühl, es sind doch immer nur die gleichen Positionen, die ausgetauscht werden und das habe ich schon hundertmal gehört und es gibt nichts Neues. Haben wir in Deutschland eine politische Streitkultur also zwischen den Parteien, die funktioniert? Also gibt es einen Diskurs im Wahlkampf?

**Carsten Brosda:** Im Wahlkampf? Na ja, einen Diskurs, wie ich ihn definiere, wahrscheinlich nicht, also Diskurs bietet ja auch Verständigungsorientierung. Dass SPD und CDU sich gemeinsam verständigen, halte ich in Wahlkampfzeiten für ausgeschlossen. Also okay, das müssen sie auch nicht. Ich würde da nach Medienebenen differenzieren und da kann man dann auch die Qualitätsmedien gleich mit reinholen. Also ich glaube schon, dass das Fernsehen, das sehe ich eher wie so einen Signalanzeiger für Themen. Also auch das TV-Duell. Wer sich beschwert, dass er beim TV-Duell kein neues Argument bekommen hat, der soll es halt nicht kucken. Aber man hat natürlich ein Drittel der Bevölkerung, die gar nicht wussten, dass Bundestagswahl war bis zu dem Abend. Das sieht man ja auch an den entsprechenden Umfragen. Also man sagt, siebzig bis achtzig Prozent der Leute wussten, dass Bundestagswahl ist, zwanzig Prozent wussten es nicht. Da ist die Durchdringung nicht so hoch, dass man davon ausgehen kann, jeder hat alle Argumente schon gehört. Es wird viele gegeben haben, die am Samstag zum ersten Mal Angela Merkel überhaupt länger im Fernsehen gesehen haben und sich zum ersten Mal ein Bild von ihr haben machen können. Also das spielt eine Rolle. Und für den informierten politischen Beobachter bringt das TV-Duell auf einer inhaltlichen Ebene nichts Neues. Das ist eher wie ein Fußballspiel, kucken, wer schlägt sich wie. Also sie kucken auf die B-Note, weil das, was sie sagen, kennen sie tatsächlich schon. Ist ja auch okay. Also wir jetzt als politisch interessierte Staatsbürger. Aber in dieser Funktion trotzdem wichtig, weil es demjenigen, der da einen Ansatzpunkt findet, zeigt, da gibt's was, das interessant sein könnte. Und dann gibt's eben mediale Angebote, wie ich finde, wo man sich dann schon auf einer tieferen Ebene informieren kann. Da sehe ich die Qualitätsmedien ganz vorne an als ein Angebot, das auch Diskurs und Debatte befördert. Wo auch abgewogen wird zwischen Für und Wider, wo Politiker mal eine längere Strecke Interview haben, wo sie Dinge erklären können potenziell. Dass die da nicht jeden Tag die Welt neu erfinden, ist ja auch klar. Also es geht ja auch um ein Programm, dass durchgesetzt werden soll und wofür Mehrheiten gewonnen werden sollen.

Sprich, es müssen auch die Botschaften wiederholt werden, sonst dringt das nicht durch. Aber da sehe ich schon die Möglichkeit, eben ausführlicher auch Argumente für die Position darzustellen, als das nur in einer kurzen Nachricht möglich ist.

**Interviewer:** Es wird ja in den Qualitätsmedien nicht quantitativ, aber doch qualitativ der Vorwurf erhoben, deutsche Wahlkämpfe würden inhaltsleerer, amerikanisiert, würden vom Spin Doctoring beherrscht. Wie beurteilst Du solche Aussagen?

**Carsten Brosda:** Ich halte das für eine aus medialer Sicht verständliche Abgrenzungsstrategie. Medien haben - da haben wir drüber gesprochen - eine höhere Bedeutung in Wahlkämpfen gewonnen. Darauf haben sich die Parteien professionell eingestellt. Und um trotzdem Unabhängigkeit demonstrieren zu können, sind Medien ja geradezu gezwungen, zu dekuvirieren, was Parteien angeblich alles tun, und überziehen dabei teilweise auch maßlos. Also die Spin-Doctor-Kultur in Deutschland ist kein Vergleich zu dem, was in den USA los ist. Also zu den Spin Doctors, wenn man fragt: Wer ist das denn? Dann gibt's immer die beiden Namen Machnig und Spreng, die fallen. Und die sind mittlerweile, journalistisch tätig und nicht mehr in oder für eine Partei. Insofern sehe ich das nicht so eng. Das sind nette Themen. Wenn man über Wahlkampf schreiben will, dann macht man halt mal eine Metathematisierung vom Wahlkampf. Das ist sicherlich 1998 dadurch gefördert worden, dass der Wahlkampf der SPD da in seiner Professionalität als Wahlkampf auch eine Modalität für die darauf folgende Politik sein sollte und das natürlich auch eine Debatte auf die Metaebene gehoben hat. Das hat schon 2002 in der Form nicht mehr stattgefunden. 2002 sehe ich auch relativ wenig Themensetzungen der Parteien tatsächlich erfolgreich. Es gab zwar welche, aber es waren die externen Ereignisse, die dann letztlich die Agenda beschäftigt haben. Jetzt 2005 sind wir noch mittendrin, da würde ich sagen, stehe ich noch zu dicht davor, um das beurteilen zu können. Aber dass das Spin Doctoring jetzt das Ausschlaggebende wäre, das sehe ich eher auch so, dass man als Journalist über sein Nahumfeld schreibt und dann muss man das mal wieder thematisieren.

**Interviewer:** Wie hat sich denn Deiner Meinung nach die Berichterstattung gerade in den Qualitätsmedien über Policy- und Politics-Themen in den letzten Jahren entwi-

ckelt?

**Carsten Brosda:** Ich glaube, dass wir auch da eine Zunahme der Berichterstattung über Politics haben, was ja leicht zu generieren ist, weil über Politics auch leichter Exklusivität hergestellt werden kann. Weil, wenn ich einen Quote habe, was die anderen nicht haben und ich das als Erster habe, habe ich halt einen Vorteil.

**Interviewer:** Was war das? Ein Quote? Oder was meinst Du mit Quote?

**Carsten Brosda:** Ich meine, da gibt's dann einen Leitartikel, der geschrieben werden soll und der Redakteur weiß, was er machen muss. Kister von der SZ meint, er hätte ein Notizbuch und da stehen sechs, sieben Namen drin, die er anrufen muss, wenn er einen Konflikt mit SPD-Spitze haben möchte. Und das funktioniert ja tatsächlich so. Wenn ich weiß, Clement sagt was, weiß ich, wen ich anrufen muss, um eine kritische Aussage dazu zu bekommen aus seiner eigenen Partei.

**Interviewer:** Das weiß ich ja sogar.

**Carsten Brosda:** Genau. Ob das dann aber die Debatte weiterbringt, ist eine andere Frage, weil da natürlich tatsächlich auch noch mal bekannte Konflikte hochgezogen werden zu einer Schlagzeile, die man sonst nicht hat. Und ich hätte mir manchmal tatsächlich gewünscht, gerade auch in den letzten Jahren im Rahmen der fundamentalen Policy-Umbrüche, die wir ja durchaus auch haben, und auch durchaus einen Reformbedarf, der notwendig ist, dass die Debatte darüber anders geführt worden wäre als sie geführt worden ist. Wenn man sich die Mediendebatte in Deutschland ankuckt über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reformen, ist die sehr stark verengt auf ein Ökonomiemodell, das in den USA, in England und in anderen Ländern spätestens Ende der 80er-Jahre zu den Akten gelegt worden ist, das aber bei uns immer noch als sakrosankt vor sich hergetragen wird. Und dass die inhaltliche Debatte, Auseinandersetzung wenig stattfindet. Dann wird von der Financial Times ein bisschen Leben reingebracht, weil die ja dezidiert ein anderes geschäftliches Programm verfolgt, aber man ist sonst immer noch sehr schnell dabei mit dem Argumentationsstrang: Steuern runter, weniger Staat, Sozialabgaben runter, mehr Freiheit, weniger Bürokratie, dass das alleine der Pfad wäre, der zu Wachstum der Wirtschaft und zu neuen Arbeitsplätzen führen würde.

**Interviewer:** Also neoliberale Deutungsmuster?

**Carsten Brosda:** Ja. Genau. Und ich finde diese sehr stark, auch wirklich unabhängig von den sonstigen Blattlinien in den Medien vertreten. Und die werden eben nicht als politische Entscheidung, als solche sind sie ja legitim, so kann man sie ja debattieren, behandelt, sondern als wissenschaftliche Wahrheit. Wo ich mit wissenschaftlicher Wahrheit in der Wissenschaft schon meine Probleme habe. Da hätte mir teilweise mehr an Diskurs in den Medien gewünscht. Und man hätte auf der Ebene der Policy-Auseinandersetzung durchaus Diskurse organisieren können, wo es nicht nur darum ging, Politiker X und Politiker Y gegenüberzustellen, sondern tatsächlich: Was gibt's denn da? Also sich beteiligen am Führungsprozess eines Landes. In der Form würde ich eine Involviertheit von Journalismus tatsächlich normativ erwarten und nicht zu sagen: Ich stehe daneben. Also wie die Idee des Public Journalism in den USA, dass Journalisten Teil der Gesellschaft sind, über die sie berichten. Das ist manchmal unterentwickelt in Deutschland.

**Interviewer:** Wie beurteilst Du denn die Entwicklung der redaktionellen Linien und Profile der vier großen Tageszeitung in den letzten Jahren? Hat sich da Deiner Meinung nach etwas verändert?

**Carsten Brosda:** Also die Welt hat sich modernisiert und ist aus dieser klassischen konservativen Ecke herausgegangen in eine eher neokonservative, will ich das mal nennen. Also mit einem wirtschaftsliberalen Programm einerseits und schon konservativen gesellschafts- und kulturpolitischen Aspekten andererseits. Bei der FR sehe ich keine größeren Wandlungsprozesse. Bei der SZ, die hat ja nun gerade auch mit den jüngsten Berufungen hier in Berlin eigentlich ihren Kurs noch mal bestätigt und hat da nicht groß etwas geändert. Und die FAZ halte ich ja, was dann tatsächlich die Hauptstadtpolitik-Berichterstattung angeht, für weniger homogen als häufig unterstellt wird. Es bleibt zwar ein konservatives Blatt, aber keines, das in seiner Politikberichterstattung, jetzt zumindest was die Berliner Kollegen angeht, auf irgendeiner Kampflinie wäre, ganz und gar nicht. Also auch bei der FAZ gibt ja im politischen Teil Leute, die von der taz dahin gekommen sind und ihre politischen Überzeugungen ja nicht vergessen haben. So die größte Veränderung innerhalb dieses Spektrums sehe ich tatsächlich bei der Welt.

**Interviewer:** Wenn man sich mal die Wahlberichterstattung in den Qualitätsmedien anguckt, so ist die zwischen 1980 und 1990 stetig zurückgegangen. Dann 1994 leicht angestiegen, 1998 exorbitant angestiegen und 2002 noch mal exorbitant angestiegen. Wie erklärst Du Dir das?

**Carsten Brosda:** Zum einen darüber, dass Wahlkampf selber stärker zum Thema geworden ist als früher, zum anderen, dass Qualitätsmedien auch Nachberichterstattung zu Fernsehauftritten machen. Und insofern diese Konkurrenzsituation, dass sie einerseits etwas haben müssen, was das Fernsehen noch nicht hat, aber andererseits auch über alles berichten müssen, was im Fernsehen stattfindet. So dass also eine entsprechende Replikation innerhalb des Mediensystems wieder stattfindet. Und den Marken, die das Fernsehen ausbaut, müssen die dann folgen. Und vielleicht auch in Teilen genau deswegen, dass sie noch nicht genau ein neues Rollenbild gefunden haben, wie sie ihre Rolle auch vielleicht neu definieren könnten in einem sich in der Gesamtformation verändernden Medienverbund. Also lass uns mal kucken, ob da was drin ist. Aber klar ist, dass Wahlkämpfe in viel, viel stärkeren Maße eigenständige Kommunikationsereignisse geworden sind und als solche dann auch journalistisch verarbeitet werden.

**Interviewer:** Jetzt habe ich noch zwei Fragen zu der Entwicklung der beiden Volksparteien. Wie Du die Entwicklung der beiden großen Volksparteien, die programmatische und inhaltliche Entwicklung der letzten fünfzehn Jahren siehst und ob Du die These der Entideologisierung in den 90er-Jahren bestätigen kannst? Vielleicht besonders die der SPD.

**Carsten Brosda:** Besonders die der SPD?

**Interviewer:** Im Hinblick auf die SPD.

**Carsten Brosda:** Eine Entideologisierung? Da müsste man den Begriff klären. Also es ist kein Vergleich zu einer Geschichtsphilosophie, die mal am Anfang der Arbeiterbewegung die programmatischen Äußerungen der SPD unterlegt hat. Was allerdings die Betonung von bestimmten Grundwertemustern von Politik angeht, glaube ich, ist deren Bedeutung nicht zurückgegangen, sondern ich habe irgendwie da Gefühl, die steigt momentan wieder. Also ich glaube, dass da ein Bedürfnis ist, ein gesellschaftliches Bedürfnis, das Politik natürlich auch bedienen muss, von dem Politik

sich nicht frei machen kann, nach orientierenden Leitmarken für politisches Handeln. Dass Wirtschaftspolitik unideologischer in der Hinsicht geworden ist, dass wir nicht mehr sagen, die einen machen die reine Angebotspolitik und die anderen machen die reine Nachfragepolitik, sondern beide wollen letztlich irgendeine Form von Policy-Mix. Das, glaube ich, kann man feststellen in den 90er-Jahren, da wird sich auch nichts dran geändert haben. Aber selbst da, finde ich, wenn man die aktuellen programmatischen Angebote gegeneinander legt, sehe ich nicht, dass das zur Mitte hin konvergiert in den 90er-Jahren, wie Leute behauptet haben, sondern tatsächlich eher, wie ich am Anfang gesagt habe, sich zwei Richtungen da gegenüber stehen, die durchaus große Unterschiede haben, vor allen Dingen im Hinblick auf den Umgang - und da wird's dann vielleicht auf eine umgekehrte Art und Weise ideologisch - auf den Umgang mit den gewachsenen Strukturen und den Wachstumspfaden, die wir in Deutschland seit 1949, wenn man es genau nimmt, eigentlich seit der Entwicklung der kooperativen Marktwirtschaft, die seit Ende des 19. Jahrhunderts angelegt war, haben. Und ob man die jetzt weiterentwickeln will - sozusagen so würde ich die Position der SPD zusammenfassen - oder ob man an Stellen wirklich einen Bruch damit herbeiführen will im Hinblick eben auf eine Durchsetzung eines ganz anderen Verständnisses von Kapitalismus und von Marktwirtschaft, was die Union will. Und insofern sehe ich momentan tatsächlich die größere Entideologisierung verglichen mit der klassischen Ideologie bei der Union, weil die sich verabschiedet haben von bestimmten Grundbestandteilen des deutschen Konservatismus, zu dem die katholische Soziallehre gehörte, sind weg. An die Stelle ist eine andere Ideologie getreten und das ist an der Stelle die wirtschaftsliberale Ideologie, die Merkel sehr, sehr stark in die Partei noch mal reingetragen hat. Also da hat sich seit 1998 bei der Union fundamental etwas verändert, was diesen Aspekt angeht, nämlich die sind gerade, ist mein Eindruck, was den kultur- und gesellschaftspolitischen Teil angeht, in der Deutungsphase. Also um ihre eigene Programmatik in wirtschaftlicher Hinsicht, die ihr sehr nahe steht, durchzuhalten, nimmt sie momentan in Kauf, dass sie gesellschafts- und kulturpolitisch konservative Ideologen hat. Also eine Annette Schawan und dieser Bildungselitimus oder ein Paul Kirchhof und dieses Familienbild, das sind klassische Bestandteile konservativen Denkens, die da in dem Bereich eben dann um so dichter gemauert werden, damit auf der anderen Seite die Liberalisierungen machen kann. Und bei der SPD muss man sehen, die steckt ja mitten in einem Programmprozess, der eigentlich zu einer Weiterentwicklung des Berliner Programms führen

muss, weil der Prozess des Berliner Programms 1980 bis 1989 ging und danach sich schon fundamental etwas verändert hat. Den wird man wieder aufnehmen müssen, aber ich glaube, dass dieses, was ja eher auch eine Feuilleton-Debatte war, nach dem Regierungsumzug hierhin, dass in der Berliner Republik jetzt irgendwie alles postmoderner und anders werden würde. Ich habe das damals nicht so gesehen und sehe das heute noch viel weniger so. Es gibt Leute, die das propagieren, aber ich glaube nicht, dass ein Weg ist, der etwas bringen kann. Ich glaube schon, man muss das Ziel beschreiben und dann auch den Weg zu diesem Ziel. Und insofern bleibt ein Ideologierestgehalt.

**Interviewer:** Was sagst Du zu der These, dass sich die großen Volksparteien immer mehr über Kommunikations- und Kampagnenleistung profilieren, weniger über Policy-Ebene?

**Carsten Brosda:** Geht ja nicht gut. Also würde nicht klappen. Die FDP, die hat versucht, sich über einen reinen Kampagneninhalte wie dieses Projekt 18 zu profilieren. Und man kann 2002 sehen, wo sie gelandet ist. Also eine Kampagne professioneller Art ist wichtig und gut. Aber sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie einen politischen Inhalt, ein Policy-Angebot machen kann. Das muss sie dann auch verkaufen können. Also die reine Kampagne, die ich virtuell abspule, trägt vielleicht durch einen Wahlkampf, wenn ich das mit hoher Disziplin mache, aber wird nicht dazu führen, dass ich dauerhaft Gestaltungsoptionen in der Gesellschaft habe und wiedergewählt werde oder Politik betreiben kann. Ich muss ein Produkt haben, das ich verkaufen kann. Weil früher oder später mit der Medieninszenierung, und da sind wir wieder bei dieser Thematisierung durch die Journalisten, die fliegen ja auf. Stell Dir vor, die SPD würde jetzt anfangen, irgendwie ein neues Image für Gerhard Schröder entwickeln zu wollen. Keine Ahnung, ich bin kein Werber, vielleicht kriegt man das mit ganz wahnsinnig viel Aufwand und unglaublich viel Geld und gekaufter Kommunikation ja sogar hin. Aber was habe ich davon? Gerhard Schröder bleibt Gerhard Schröder und wenn er danach im Amt wäre unter anderen Prämissen, würde er ja keine andere Politik machen. Und das ist insofern nicht unspannend, als das partiell ja das ist, was die Union bei Merkel, das muss man sehen, versucht. Aber dieser Imagewandel ist ja schon passiert, mal sehen, ob der sich mit der Entwicklung dahinter in Kongruenz befindet und das tatsächlich einfach jetzt in dem Medienimage dieses neuen Anfangs

inszeniert wird, das nicht viel zu tun hat, mit dem, wie nachher Politik entsteht. Also wenn der Wahlkampf zu deren Erfolg ausgehen würde, dass das lange tragen würde.

**Interviewer:** Letzte Frage, es geht um die. Welche Rolle spielen Deiner Meinung nach die Inhalte und die Qualitätsmedien in den amerikanischen Wahlkämpfen?

**Carsten Brosda:** Gute Frage. Also nicht wirklich. Also ich frage mich gerade. Ich glaube, einen wirklich vergleichbare Qualitätsmedien-Struktur, zumindest im Tagesjournalismus gibt's ja in der Form nicht, weil das ist ja alles regionalisiert. Also ich glaube, die spielen, was dieses Binnenverhältnis angeht, (ist das genauso wie hier auch unsere?) Ansprechpartner von FR und SZ, eine ähnliche Rolle. Aber da ist die Dominanz des Fernsehens dann noch mal viel größer. Du kannst hier immer noch darauf setzen, dass, wenn Du es heute in der FAZ hast, es morgen ein Großteil der Regionalzeitungen auch hat. Selbst wenn Du den gleichen Effekt, und da habe ich schon mal Zweifel, in den USA auch hinbekämst, danach trotzdem ja immer noch einem relativ geringen Anteil von Bevölkerung überhaupt

**Interviewer:** Gut, vielen Dank.

### **A 1.3. Interview mit Mario Voigt, Vorsitzender Jungen Union Thüringen und Berater der Agentur McCann-Erickson im CDU-Bundestagswahlkampf 2005**

**Datum und Ort:** 8. September 2005 im Konrad-Adenauer-Haus, Berlin

**Interviewer:** Vielleicht können Sie noch mal kurz zusammenfassen, wie würden Sie den Wahlkampf 2005 bisher beschreiben?

**Mario Voigt:** Das ist ein sehr faktenbasierter Wahlkampf, der trotzdem sehr oder dadurch sehr nüchtern daherkommt und jetzt erst im Schlussspurt eine gewisse Emotionalisierung erlebt.

**Interviewer:** Können Sie kurz die Kommunikationsstrategie der Union beschreiben für den jetzt laufenden Wahlkampf?

**Mario Voigt:** Die Union versucht, eine ganz klare Wechsel-Bilanz beziehungsweise eine Bilanz der Regierung zu ziehen auf den Feldern Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik. Natürlich auch mit einem ganz klaren Bezugspunkt im Bereich der Sozialpolitik, also das Thema Familie spielt für die Union auch eine Rolle. Wo man versucht, über diese Bilanzierung eine Wechsel-Botschaft zu kommunizieren, die sagt: Die Regierung Schröder steht für fünf Millionen Arbeitslose, Deutschland kann mehr und deswegen geht es um einen neuen Anfang, eine zweite Gründerwelle in Deutschland. Und für diesen neuen Anfang steht Angela Merkel als eine gesamtdeutsche Politikerin, die ihre Erfahrung aus dem Osten auch einbringen wird in eine gesamtdeutsche Perspektive.

**Interviewer:** Und welche Rolle spielt das Thema Arbeitslosigkeit für die Union?

**Mario Voigt:** Das ist das Topp-Thema, weil man dadurch eine einerseits sehr starke wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Komponente aufmachen kann, und natürlich auch die größte Flanke der Sozialdemokraten bearbeitet kann, nämlich die Aussage Gerhard Schröders, dass er sich an der signifikanten Absenkung der Arbeitslosigkeit in Deutschland messen lassen will, ansonsten hat er es nicht verdient, wiedergewählt zu werden. Und an diesem Zitat misst ihn auch die Union und plakatiert: Dafür steht Rot-Grün, fünf Millionen Arbeitslose.

**Interviewer:** Aber mit einer ähnlichen Strategie ist Herr Stoiber ja 2002 schon mal

gescheitert.

**Mario Voigt:** Er ist mit der Strategie nicht gescheitert, sondern es kam zu einer Dethematisierung des Themas Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik durch die Flut und durch den Irakkrieg. Und dadurch sind natürlich auch - und das belegen die unterschiedlichen Analysen auch - sind die für die Menschen eigentlich wichtigen Themen kurze Zeit aus dem Blickpunkt geraten und erst wieder im Oktober so richtig zum Erwachen gekommen, was ja dann auch dazu führte, dass es zu einem Lügen-Ausschuss kam. Das sind alle Aspekte, wo man, glaube ich, sagen muss, es kam zu einer kurzen Dethematisierung, aber das Thema Arbeitsmarktpolitik hat doch sehr weit getragen, denn die Union war 2002 bis weit in den August hinein stark führend.

**Interviewer:** Können Sie auch noch was zur Professionalisierung sagen, inwieweit sich der Wahlkampf 2005 noch einmal professionalisiert hat?

**Mario Voigt:** Also ich glaube, dass es 2002 keine weitergehende Professionalisierung im Vergleich zu 1998 gegeben hat. Dass allerdings 2005 es schon zu einer sehr viel stärkeren Professionalisierung gekommen ist, gerade in dem Bereich der Basis-mobilisierung, gerade in dem Bereich auch im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein in der Schlussmobilisierung. Zentrale Steuerung von Kommunikationsprozessen zu einem möglichst breiten Kommunikationsmix, das ist eigentlich der Wahlkampf 2005. Auch das Internet ist als eigener Kommunikationskanal durchaus anerkannt worden. Sicherlich nicht so weitgehend wie in den USA, aber doch in einer weitergehenden Professionalisierung.

**Interviewer:** Heißt das dann vielleicht auch, dass die Professionalisierung der Medienkommunikation an eine Grenze gestoßen ist? Dass man jetzt versucht, stärker die Professionalisierung des organisationszentrierten Wahlkampfs zu betreiben?

**Mario Voigt:** Ich glaube man muss eben für sich selbst oder für eine Kampagne überlegen, welche unterschiedlichen Kommunikationsziele möchte ich verfolgen? Optimalerweise ist natürlich permanent eine positive Botschaft zu kommunizieren und das auf unterschiedlichen Kanälen. Und da sind sicherlich die Medien der Hauptkommunikationsweg, weil ihre Reichweite einfach viel größer ist. Aber ich muss mir natürlich auch die Frage stellen, wie kann ich unterhalb des Radarschirms Themen

kommunizieren, die gerade auch mobilisierenden Charakter haben. Und dafür ist weiterhin die personalisierte Botschaftsübermittlung entweder durch den Kandidaten oder durch seine eigenen Unterstützer am wichtigsten. Und da werden wahrscheinlich traditionelle Infostände durch eine Kampagnenführung aus deutschen Wohnzimmern abgelöst.

**Interviewer:** Kampagnenführung aus deutschen Wohnzimmern, was wäre das jetzt?

**Mario Voigt:** Das bedeutet, dass man dazu übergegangen ist, Unterstützern konkret Informationen zuzuleiten und ihnen zu sagen: „Ihr könnt in Eurem nachbarschaftlichen Umfeld für die CDU werben oder für die Kampagne werben und sagen, es geht um den Wechsel in Deutschland.“ Und mit Argumenten die Leute auszustatten, damit sie in ihrem Bekannten- und Freundeskreis die Positionen vertreten können. Und das eigentlich sehr viel stärker auch an jedes einzelne Mitglied, jedes einzelne Unterstützerteam heranzutragen, ohne dass diejenigen nur über zentrale parteiliche Strukturen gesteuert werden.

**Interviewer:** Also praktisch eine Rückkehr zu den Parteimitgliedern als Multiplikatoren?

**Mario Voigt:** Das stimmt. Das ist, wie ich vorhin schon erwähnte, eine Refokussierung auf traditionelle Wahlkampfformen, die wirklich auch dadurch lebt, dass im heutigen Medienzeitalter auch eine Eins-Zu-Eins-Kommunikation möglich ist. Gerade das Internet ermöglicht Prozesse, wo ich jeden einzeln ansprechen und anschreiben kann ohne großartige Ressourcenverluste.

**Interviewer:** Ich würde Sie jetzt gern ein bisschen zur Medienstrategie der Union fragen. Die Medienarbeit für den Wahlkampf, wird die jetzt speziell geplant, gibt es jetzt zum Beispiel ein Kompendium, wo drübersteht „Medienstrategie der Union 2005“? Oder läuft das mehr in so einer Art Permanent Campaigning ab?

**Mario Voigt:** Das ist natürlich immer ein Learning by Doing, also in dem Moment, wo man bestimmte Prozesse sieht, werden natürlich Anpassungen gemacht, aber es gibt natürlich auch Kommunikationsleitfäden, wie man die Union positionieren möchte.

**Interviewer:** Aber sind das nicht mehr inhaltliche Aspekte?

**Mario Voigt:** Das sind auf jeden Fall inhaltliche Aspekte, aber natürlich auch in der Frage Agendasetting überlegt man sich, wo man bestimmte Sachen platziert, um dann auch die positive Botschaft über den Verlauf der Wahlkampagne selbst steuern zu können.

**Interviewer:** Also es gibt jetzt, sage ich mal, keine eigene abgeschlossene Medienstrategie, aber man geht das Thema doch ein bisschen strategischer und ein bisschen geplanter an als zu normalen Zeiten?

**Mario Voigt:** Auf jeden Fall, weil ein großer Aspekt parteilicher Kommunikation heutzutage ist natürlich die Kommunikation über freie Berichterstattung. Also der Earned-Media-Aspect bei Wahlkampfplanungen ist ein ganz zentraler Punkt. Von der Präsentation eines Kompetenzteams über die Präsentation eines Heinrich von Pierers, das sind natürlich Aspekte, die eine inhaltliche Komponente haben, aber die natürlich auch dazu dienen, mediale Aufmerksamkeit zu erreichen und das dann auch weiterzutragen.

**Interviewer:** Wer bestimmt denn Ihrer Meinung nach im Wahlkampf die Themen? Die Medien oder die Parteien?

**Mario Voigt:** Also ich glaube schon, dass die politischen Kampagnen durchaus in der Lage sind, das Agendasetting zu betreiben. Man ist nicht davor gefeit, bestimmte Themen, die auch in den Medien hochgezogen werden, entweder selbst thematisieren oder zu dethematisieren. Ich glaube, am Ende des Tages sind es aber doch weiterhin die politischen Akteure, die inhaltliche Stoßrichtungen des Wahlkampfes vorgeben.

**Interviewer:** Aber die Medien haben dennoch auch eine Thematisierungshoheit für sich entwickelt?

**Mario Voigt:** Ja, natürlich. Das sind Katalysatoren, also sie verstärken oder schwächen eben bestimmte Effekte ab und eine Diskussion um die Frage „Ist das Kirchhof-Modell, was ja gar nicht zur Wahl steht, eigentlich relevant für die Wahlentscheidung?“, das habe ich bisher noch nicht in allzu vielen Medien gelesen, sondern die

Medien schreiben eben einfach darüber, was natürlich zu der Schlussfolgerung führt, dass die Medien halt natürlich auch eine eigene Agendasetting-Funktion innehaben.

**Interviewer:** Die überregionalen tagesaktuellen Qualitätsmedien, ich denke jetzt mal die vier FAZ, die SZ, FR und Welt, lassen wir mal die taz außen vor, welche Bedeutung haben die für die Union im Wahlkampf?

**Mario Voigt:** Die haben eine große Bedeutung, sowohl was die Themen angeht, das heißt also, welche Themen stehen bei diesen Zeitungen in den Headlines? Darüber wird dann auch ein bisschen entschieden, wie man damit umgeht.

**Interviewer:** Also haben die eine große Bedeutung?

**Mario Voigt:** Die haben eine große Bedeutung, weil es natürlich auch darum geht, welchen in Anführungszeichen Spin gebe ich bestimmten Berichterstattungen. Und wenn nun mal ein Thema präsent ist, was positiv für die Union läuft, dann versuche ich natürlich, das zu verstärken als so eine Art Re-Enforcement-Effekt oder ich versuche, es abzuschwächen oder ein Konterthema zu setzen.

**Interviewer:** Also man reagiert sehr stark auf die Agenda, die diese Zeitungen setzen?

**Mario Voigt:** Ja, man reagiert insofern, als dass man da natürlich ein genaues Media-Monitoring macht und darüber dann entscheidet, lohnt sich, dieses Thema weiter zu positionieren oder nicht. Ein banales Beispiel, das war jetzt nicht von Ihnen genannt, aber der Tagesspiegel, wenn da Hans Eichel sagt, dass er die Mehrwertsteuer auch erhöhen würde nach der Wahl, dann ist das natürlich ein Aspekt, den wir unbedingt weiter thematisieren müssen, weil das natürlich in unsere Kommunikationslinie passt, dass Rot-Grün den Menschen verschweigt, was sie eigentlich machen wollen.

**Interviewer:** Wie sehen Sie so die Abgrenzung zum Fernsehen von diesen Zeitungen? Würden Sie sagen, die sind beide wichtig, aber das Fernsehen hat schon eine größere Bedeutung für das Imagebuilding?

**Mario Voigt:** Wenn die These richtig ist, dass Kommunikation zu achtzig Prozent über Visualisierung stattfindet, das heißt, über Bilder, dann ist es trotzdem so, dass Fernsehen und Zeitungen gleichberechtigt nebeneinander stehen, weil das Fernsehen die Bilder produziert, die wir nötig haben, um in ganz Deutschland zu kommunizieren, aber weil die Zeitungen die Meinungsführerschaft oder die kommunikative Hoheit bei den Meinungsführern und sichert, also weil natürlich da Themen viel, viel stärker ausgeführt werden können und dadurch eine viel, viel langfristige Wirkung erzielt werden kann. Und deswegen stehen die gleichberechtigt nebeneinander.

**Interviewer:** Wenn Sie innerhalb der Qualitätsmedien, wenn wir jetzt auch noch mal den Spiegel und die Zeit dazunehmen, würden Sie da zwei Medien herausnehmen, wo Sie sagen würden, die sind besonders wichtig, oder das sind die so die wirklichen Prestigemedien für uns auch in der Kommunikation?

**Mario Voigt:** Ich weiß nicht, ob der Spiegel zwingend ein Prestigemedium für unsere Kommunikation ist, aber man darf eben nicht unterschätzen, was im Spiegel dann als Hauptthema und Leitthema steht. Also insofern ist der Spiegel ein Element davon. Ich glaube, dass die Bildzeitung wirklich einen ganz hohen Wert hat, auch wenn Sie sie jetzt nicht bei den Qualitätsmedien einsortiert haben. Aber bei einer Leserschaft, die so über zehn Millionen wohl liegt, kann man nicht davon sprechen, dass man dieses Medium außer acht lassen kann.

**Interviewer:** Sie würden jetzt aber nicht sagen, dass die Bildzeitung wichtiger ist als Qualitätsmedien-Zeitungen?

**Mario Voigt:** Das würde ich nicht sagen, weil ich, wie gesagt, auf der einen Seite diesen Emotionalisierungsaspekt sehe, der sehr stark über Fernsehen, aber eben auch über die Bildzeitung hergestellt werden kann, aber auf der anderen Seite eben auch die langfristige Beeinflussung der politischen Meinungsmacher, die über die Qualitätsmedien stattfindet, und die stehen da meiner Meinung nach gleichberechtigt nebeneinander.

**Interviewer:** Wie versucht denn die Union, die Qualitätsmedien zu beeinflussen mit Themen, Botschaften, Deutungen, Positionen und Akteuren? Geht das immer noch

über die Hintergrundgespräche hauptsächlich oder geht das über Anrufe oder über Pressekonferenzen?

**Mario Voigt:** Da ist es so, dass viel an Einzelartikeln natürlich versucht wird, einerseits über Hintergrundgespräche anzuschließen, Angebote auch zu schaffen.

Manchmal ist es ja auch so, dass man vom politischen Gegner bei Veranstaltungen etwas erfährt, wo die Medien gar nicht so den Augenmerk drauf richten, wo man dann eben noch mal nachbearbeitet und sagt: Okay, das ist vielleicht ein interessantes Thema für Euch. Es findet sehr viel über Gespräche der Mitglieder des Kompetenzteams oder der Ministerpräsidenten statt, was im Endeffekt auch logisch ist, dass man natürlich auch mögliche handelnde Personen den Journalisten vorstellt, um auch Leute mit konkreten Themen in Verbindung zu bringen. Und natürlich das dritte Element, weil es die Funktionalität sowohl von Informationen als auch von Darstellung ermöglicht, in Pressekonferenzen, wo man natürlich auch Bilder erzeugen kann. Also das heißt, Pressekonferenzen sind ein zentrales Element und wenn man ein Ranking aufstellen möchten, dann kann man fast sagen, dass im Wahlkampf Pressekonferenzen dazu dienen, die großen Themen hochzuziehen.

**Interviewer:** Wie nutzen Sie Pressemitteilungen? Was ist das für Instrument, wofür setzen Sie das ein?

**Mario Voigt:** Also Pressemitteilungen werden in unterschiedlicher Art und Weise eingesetzt, sowohl im positiven Bereich, also dass wir versuchen, unsere eigenen Themen noch mal zu verstärken, aber ganz besonders natürlich auch im Bereich Kritik am politischen Gegner, also da sind zentrale Pressemitteilungen doch ein schnelles und probates Mittel, um Themen noch mal einen weiteren Pusch zu geben.

**Interviewer:** Also ein Reaktionsinstrument, ist ein starkes Reaktionsinstrument?

**Mario Voigt:** Ist ein starkes Reaktionsinstrument.

**Interviewer:** Erklären Sie sich auch deswegen die hohen Politics-Anteile, die oft in Pressemitteilungen gemessen werden?

**Mario Voigt:** Das ist schwer zu sagen. Ich glaube, in Nicht-Wahlkampfzeiten dürfte es sich die Waage halten, nur, ich glaube, in Kampagnenzeiten natürlich, weil Kom-

munikation dann auch sehr viel stärker fokussiert ist. Und insofern würde ich die These vertreten, dass es eine sehr stark kampagnenorientierte Analyse ist.

**Interviewer:** Wie beurteilen Sie generell die Policy- und Politics-Berichterstattung? Oder überhaupt, sehen Sie da eine Tendenz, dass vielleicht die Prozessthemen mittlerweile wichtiger sind als die Inhaltsthemen?

**Mario Voigt:** Na, ich bin ein wenig überrascht, dass relativ wenig über die Professionalisierung der Wahlkämpfe oder des Wahlkampfes 2005 geschrieben wurde bisher. Was mich zu der Analyse führt, dass es vielen Journalisten weniger um das ganze Brimborium des Wahlkampfes geht, sondern sehr viel stärker um den Aspekt der inhaltlichen Diskussion. Nichts desto trotz sind natürlich Medienevents wie die Eröffnung eines Wahlkampfhauptquartiers oder die Präsentation eines Unterstützerteams oder ein TV-Duell weiterhin Aspekte, die durch die Medien vor- und nachbereitet werden. Gerade der Wahlkampf durch die starke Faktenorientiertheit, die die Unionskampagne versucht zu stabilisieren, denke ich, ist auch ein sehr starker Policy-Aspekt. Wobei natürlich, wenn man das bedenkt, die einzelnen Kompetenzteammmitglieder also auf Seiten der Union jetzt natürlich nicht zwingend wegen ihrer politischen Projekte vorgestellt wurden, sondern sehr viel stärker auch, welche Persönlichkeiten da am Start sind. Und so verwundert es natürlich auch nicht, dass Paul Kirchhof und Heinrich von Pierer schnell diejenigen waren, über die am meisten berichtet wurde.

**Interviewer:** Medien wie die Welt oder die FAZ stehen der CDU oder der Union ja traditionell näher als die SZ und die FR und die taz sowieso.

**Mario Voigt:** Ist die taz auch ein Qualitätsmedium?

**Interviewer:** Ich glaube nicht. Aber manchmal wird sie auch in der Wissenschaft in manchen Untersuchungen in einem Atemzug genannt mit den anderen vier großen überregionalen Tageszeitungen.

**Mario Voigt:** Aber ist nicht die taz die, die auch das Ferkel als Button anbietet?

**Interviewer:** Das Ferkel? Wer ist denn das Ferkel? Die Frau Merkel?

**Mario Voigt:** Ja.

**Interviewer:** Na gut, das spricht erneut gegen die These als Qualitätsmedium.

**Mario Voigt:** Ja, das wollte ich sagen.

**Interviewer:** Welche Rolle spielt denn die redaktionelle Linie also für die Arbeit, für die Medienarbeit? Werden solche Medien eher bedient, exklusiver bedient, besser bedient, die der Union näher stehen?

**Mario Voigt:** Da muss ich gestehen, das müssen Sie mit jemandem aus der Presseabteilung sprechen, weil ich jetzt nicht sagen kann, wie die täglichen Pressekontakte aussehen. Mein Eindruck ist, dass es auch an der Stelle eine ungefähre Gleichberechtigung gibt, wobei man natürlich ganz klar abwägt, welches Medium bietet uns die Chance erstens in Reichweite, aber zweitens auf in der Form der Berichterstattung, ein Thema zu platzieren. Da ist das natürlich logisch, dass man gerade wirtschaftspolitische Themen oder so natürlich auch über die Medien aufzieht, die einen dann auch in der Berichterstattung ein wenig unterstützen.

**Interviewer:** Tja, ich weiß nicht, ob Sie die Frage beantworten können, aber welche Rolle spielen persönliche Kontakte und Beziehungen zwischen Spitzenpolitikern und Journalisten der Qualitätszeitungen? Also die Hintergrundgespräche und Hintergrundzirkel?

**Mario Voigt:** Das ist ein ganz großer Aspekt von politischer Kommunikation und vom Zusammenspiel zwischen Politik und Medien. Und ich glaube, dass gerade da die Union noch einen größeren Nachholbedarf hat. Nicht, was den Kontakt an sich angeht, aber was die gezielte Nutzung solcher Kontakte angeht. Das merkt man einfach in der Berichterstattung auch und ich glaube aber auch, dass es hier einen Aufholprozess gibt, weil gerade Ministerpräsidenten der Union doch versuchen, einen sehr guten Kontakt gerade zu den Berliner Hauptstadtjournalisten der Qualitätsmedien zu pflegen, um so natürlich auch über die Lokal ... oder wie sagt man? Bundesstaatliche Ebene? Nein. Also über diese Kommunikations- und Politikebene in den Bundesländern hinaus auf die Bundesebene zu wirken.

**Interviewer:** Überregional.

**Mario Voigt:** Quasi in die überregionale Presse hineinzukommen. Also das ist eine Sache, die ganz, ganz normal ist und, glaube ich, auch ganz gut gepflegt wird.

**Interviewer:** Wenn Sie sich jetzt mal die letzten zwanzig Jahre anschauen im Wahlkampf, auch was die Forschung und die Entwicklung jetzt in Deutschland angeht, man ja sagen kann, okay, da war die Privatisierung der Medien, also des Fernsehens. Hat sich die Art, Wahlkampf zu machen, sehr verändert in den letzten zwanzig Jahren?

**Mario Voigt:** Auf jeden Fall. Also ich glaube erstens, dass Medien oder die Medienlandschaft viel fragmentierter geworden ist, was Chancen und Einflussnahme natürlich erhöht. Heutzutage kann man als bundesweite Partei auch in eine Regionalzeitung, die ja mannigfaltig sind, ich kann aber auch gleichzeitig auch in kostenlose Parteiblätter hineingehen, ich kann im Privatfernsehen inserieren, private Hörfunkstationen, also das heißt, eine relative Kommunikationsbreite herstellen. Wo ich mich aber natürlich auch strategisch dazu entscheiden muss, welche Zielgruppe ich jetzt eigentlich ansprechen möchte, weil natürlich auch unterschiedliche Medien unterschiedliche Zielgruppen bedienen. Und das hat dazu geführt, dass Wahlkämpfe mehr geworden sind als nur Auftritt auf Marktplätze. Sie sind heutzutage ... sie erfordern heutzutage eine integrierte Medienstrategie, die darüber hinausgeht, einfach nur darüber zu berichten, was man tut, sondern man muss noch viel mehr dazu beitragen auch, Interpretationen zu liefern über Wahlkämpfe. Und das erfordert insofern von den Wahlkämpfern eine sehr viel stärkere Fokussierung auf den kommunikativen Spin.

**Interviewer:** Das war bisher noch nicht so in Deutschland?

**Mario Voigt:** Ich glaube, Interpretationen wurden schon immer geliefert, nur es gab auch in der Medienlandschaft eine klarere Polarisierung, die ja heutzutage auch durch die Marktbedingungen aufgelöst und aufgebrochen ist.

**Interviewer:** Was meinen Sie damit?

**Mario Voigt:** Ja, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Medien der Union halt näher stehen oder andere Medien der SPD. Man kann heute nicht mehr davon spre-

chen, dass es Medien gibt, die eindeutig auf der einen oder auf der anderen politischen Seite stehen. Insofern ist der politische Wettbewerb von Politikern zu Journalisten, aber auch von Journalisten zu den Politikern sehr viel stärker geworden.

**Interviewer:** Na ja, da gibt's aber Untersuchungen, die sagen was anderes. (lacht) Es gibt da so ein großes Forschungsprojekt, die haben die Kommentare untersucht von den vier großen Zeitungen, da können Sie die Parallelen eindeutig erkennen. Also die sagen auch, es gibt einen Wandel von der formellen zur informellen Parteipresse. Aber mit dem Eindruck, dass auch das eigene Lager kritisiert wird, also nicht alles nachgebetet wird, aber in wichtigen Fragen weiterhin Parallelstrukturen herrschen zwischen bestimmten Parteien und Qualitätszeitungen.

**Mario Voigt:** Ist das die Kommentierung oder sind das die Fakten in den Artikeln?

**Interviewer:** Nein, das ist die Kommentierung.

**Mario Voigt:** Die Kommentierung?

**Interviewer:** Also aus der Kommentierung heraus da wird das Profil natürlich am deutlichsten. Und übrigens auch, dass die parteipolitische Linie auch die Qualität beeinflusst, nämlich 25 Prozent der Nachrichten bestehen aus Meinungsäußerungen zu einer bestimmten Partei. Und vor allen Dingen die Positionen werden objektiv richtig wiedergegeben von den Parteien, denen man nahe steht.

**Mario Voigt:** Also das spricht nicht gegen meine These, aber Sie haben natürlich Recht. Ich glaube, das es weiterhin auch noch klar zuordenbare Medien...

**Interviewer:** Aber früher war das spitzer...

**Mario Voigt:** Aber ich halte das früher für spitzer, wobei, also Sie haben mich ja danach gefragt, wie ich die Kampagnen heutzutage einschätze, und da glaube ich natürlich eben, dass es schon zu einer ... also dass wir schon eine Form von postmoderner Kampagnenführung erleben in Deutschland. Und insofern auch Tendenzen, die wir in anderen Ländern sehen, auch für Deutschland zutreffen, dass eben Parteien in dem Kommunikationsprozess an Kraft verloren haben, also die Organisationsstärke von Parteien dominiert nicht mehr den Erfolg der Wahlkämpfe, sondern sie trifft unterstützend dazu.

**Interviewer:** Woran sind denn Ihrer Meinung nach überregionale Qualitätszeitungen oder Qualitätsmedien insgesamt in Wahlkämpfen in Bezug auf die Union besonders interessiert? Also sind das Sachthemen oder Kampagnen oder also das Drumherum und Wahlkampf-Bahoo, wie man so sagt?

**Mario Voigt:** Ich glaube schon, dass es Sachthemen sind. Also zumindest für den Wahlkampf 2005 kann man sagen, dass relativ schnell klar war, dass es eine Diskussion darum geben würde, was jetzt die konkreten Wahlvorschläge der Union sind. Das ist sicherlich eine Strategie, die ... ja, eine Strategie, die in gewisser Weise mutig ist, weil man natürlich auch mit angreifbaren Punkten herausgeht, aber es ist natürlich auch eine Strategie, die ganz klar darauf setzt, dass die Leute sich mit den Themen auseinandersetzen müssen. Und wenn man für sich selbst erkannt hat, dass man eine Themenhoheit im Bereich Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik hat, man natürlich auch es durchaus unterstützt, dass Leute sich mit unseren Themen, mit unserer Agenda auseinandersetzen. Das eröffnet aber gleichzeitig dem politischen Gegner Einfallstore, wie es jetzt auch momentan erlebt wird.

**Interviewer:** Im Wahlkampf 2002, da hat sich dann auch von den Qualitätsmedien kaum noch jemand in den letzten vier Wochen für das Thema Arbeitslosigkeit interessiert, obwohl die Bevölkerung weiter, das bleibt immer bei 80 Prozent, also es waren immer 80 Prozent, die gesagt haben, das ist das wichtigste Thema. Aber für die Medien war es kein Thema. Jetzt haben Sie eben gesagt, dass das ein wichtiges Thema ist und auch die Medien danach fragen. Wie erklären Sie sich das? Also dass mal so ein großes Interesse ist und mal nicht? Das Problem ist ja nicht weniger geworden?

**Mario Voigt:** Das mag schon sein. Aber wenn Sie jeden Tag ein Butterbrot mit Nutella präsentiert bekommen, dann werden Sie nach einer Woche sich auch die Frage stellen: Möchte ich nicht mal Marmelade essen? Ja? Also das heißt, ich glaube, dass man keine eindimensionale Kampagnenkommunikation um ein Thema aufbauen kann. Gerade amerikanische Studien belegen ja, dass man idealtypisch drei Themen haben muss, mit denen man kommuniziert. Das ist eine genügend große Anzahl, um auch mal die Themen zu wechseln, aber es ist auch eine genügend große Verengung, um eine nicht zu große Kommunikationsbreite zu haben. Und das ist sicherlich auch etwas, was man beachten muss. Ich würde sagen, der Wahlkampf 2002 ist

nicht nur an den Ereignissen der Flut und dem Irakkrieg oder dem herannahenden Irakkrieg der Union schlecht bekommen, sondern es ist auch eine zu starke Verengung gewesen auf ein Thema, dass man irgendwann, ja, dem dann die Journalisten überdrüssig geworden sind. Dasselbe kann man auch im Wahlkampf, im amerikanischen Wahlkampf 2004 beobachten, dass das Image von John Kerry ein Flip-Flop war, ja? Einer, der sich bei jedem Thema mal so und mal so positioniert. Ist hervorragend platziert worden von der Bush-Kampagne, nur Ende August war es quasi ein Thema, dass so eingesickert war, dass die Medien nach etwas Neuem suchten. Und da ist die Bush-Kampagne dann auch ins Schwimmen gekommen.

**Interviewer:** Na ja, gut. Was ich noch sagen wollte, was mir aufgefallen ist, es sind ja bei polic-de.de, da ist ja fast ein „Junge-Union-Netzwerk“, oder?

**Mario Voigt:** Nein, ist nicht, da sind viele, aber es sind auch Grüne dabei.

**Interviewer:** Ja, aber viele von der Jungen Union und da waren drei davon dabei, die an der Kampagne von John Kerry mitgearbeitet haben. Das hat mich etwas gewundert.

**Mario Voigt:** Das waren zwei.

**Interviewer:** Oder zwei, ja. Eine Frau und ein Mann.

**Mario Voigt:** Genau, die waren drüben.

**Interviewer:** Na ja, also Konservative, die einen Demokraten unterstützen?

**Mario Voigt:** Na gut, die politische Landschaft zwischen USA und Deutschland ist ja schon eine unterschiedliche. Also ich glaube, ein eher konservativer Demokrat ist wahrscheinlich, das, als was man in Deutschland einen CDU-Mann bezeichnen würde. Wobei, jedem steht es ja frei, darüber zu entscheiden, für wen er Kampagne macht.

**Interviewer:** Okay. Was ich noch fragen wollte, jetzt haben Sie eben gesagt, okay, immer Butterbrot, immer nur Arbeitslosigkeit und wenn man das ein halbes Jahr lang

hört, dann hat man irgendwann keine Lust mehr. Aber wäre jetzt, ich sage mal, aus demokratietheoretischer Sicht, haben Medien, vor allen Dingen Qualitätsmedien nicht die Aufgabe darüber zu berichten? Die letzten vier Wochen sind ja immer die wichtigsten, nicht? Also viele Leute, die unentschlossen sind, entscheiden sich anhand der Themen. So, dann wird über Irak und dann wird über die Flut geredet, über Themen, die zwei Monate später, sage ich mal, keinen mehr interessieren, aber die Arbeitslosigkeit, die ist noch da. Wäre es dann nicht Ihrer Meinung nach, frage ich mal, auch die Aufgabe für die Qualitätsmedien, das Thema selber zu thematisieren? Oder stoßen sie dann an ihre ökonomischen, publizistischen und nachrichtentechnischen Grenzen?

**Mario Voigt:** Na, ich glaube, jede Zeitung hat natürlich auch gewisse Leitlinien, an denen sie sich schon ein bisschen orientiert. Das hat die Bildzeitung und das haben auch andere Qualitätsmedien. Also das haben Qualitätsmedien. Insofern ist sicherlich deren oberster Leitspruch immer die Aktualität und dann zu entscheiden, dass sie Aktualität über die tatsächliche Bedeutung von Themen hinausgeht, dann muss das jemand, der politische Kampagne macht, akzeptieren. Dann muss man sich selbst überlegen, wie kann man das Thema wieder auf die Agenda bringen. Also ich gehöre da bei weitem nicht zu der Kategorie der Wahlkämpfer, die schon wissen, die berichten schlecht über uns oder die berichten halt das Falsche. Im Endeffekt ist es unsere Aufgabe, genau das herzustellen, nämlich dass sie über uns berichten und über unsere Themen. Das setzt aber auch voraus, dass wir Themen so aufbereiten, dass sie von den Medien berichtet werden, und nicht immer wieder jeder Woche dasselbe erzählen, dann ist dieser Butterbroteffekt eben da.

**Interviewer:** Okay. Besonders Qualitätsmedien erheben immer wieder den Vorwurf, deutsche Wahlkämpfe würden immer inhaltsleerer, seien amerikanisiert und würden von Spin-Doctors dominiert. Das ist vor allem eine Entwicklung, die 1998 und 2002 zu beobachten war. Wie beurteilen Sie solche Aussagen?

**Mario Voigt:** Ich glaube, dass in Deutschland eine große Fehlinterpretation dazu existiert, was Amerikanisierung eigentlich bedeutet. Ich würde Amerikanisierung an der Stelle schon mit Professionalisierung übersetzen und auch sagen, wenn man es

mit Professionalisierung übersetzt, dann ist es vollkommen richtig. Deutsche Wahlkämpfe professionalisieren sich, sie haben klare Kommunikationslinien, es gibt eine klar Organisationsstruktur, es ist sehr viel stärker auch durch externe politische Berater dominiert, es findet eine sehr viel stärkere Verwissenschaftlichung statt. Und all diese Komponenten führen zu einer stärkeren Personalisierung natürlich und all diese Komponenten führen am Ende dazu, dass man sagen muss: Okay, die Parteien wissen mehr über das Wahlvolk und versuchen natürlich dann auch, eine sehr viel stärkere Fokussierung auf die Themen, die für sie Gewinnerthemen sind. Und da sind wir bei einem Punkt, klar, wir haben eine Professionalisierung und wir wenden das auch an. Und dann würde ich nicht sagen, dass es eine sehr viel stärker Entthematization oder eine weniger stärkere inhaltliche Auseinandersetzung gibt. Ich glaube, gerade dieser Wahlkampf 2005 belegt doch, dass es zumindest von den Parteien gewollt eine sehr viel stärker Faktenorientiertheit gibt, also man stellt politische Konzepte gegenüber. Nur, mein Eindruck ist, dass Medien diesen Duellcharakter, diesen Horse-Race-Journalismus über Inhalte weniger herstellen können als über Personen. Also insofern versuchen auch politische Kampagnen natürlich, dem gerecht zu werden, und bringen mit den jeweiligen politischen Themen auch politische Köpfe in Verbindung. Und das ist das, was diskutiert wird.

**Interviewer:** Was glauben Sie denn, steckt da hinter dem oder könnte dahinterstecken Ihrer Meinung nach, hinter diesem Vorwurf der Inhaltsleere? Wenn Sie sagen, das stimmt nicht.

**Mario Voigt:** Das ist schwer zu sagen. Also ich glaube, dass wir es nicht - und das gilt für alle politischen Parteien - nicht ausreichend genug schaffen, auch große politische Linien darstellen zu können und darin dann auch die Einzelfragen einzubetten. Häufig, das hat man auch bei dem TV-Duell gesehen, häufig diskutieren die Politiker kleine politische Sachfragen, die für den Normalbürger und unter Umständen auch für den Durchschnittsjournalisten nicht ganz zu erfassen sind. Und dafür lässt man eigentlich eine Lektion, die man in jedem Kommunikationstraining lernt, dass man natürlich den Zuhörer mitnehmen muss, und das gilt für Journalisten wie auch für den Zuschauer. Und da, glaube ich, müssten Kampagnen wieder zurückkehren, auch Metakommunikation zu betreiben, das heißt, klare politische Richtungen auch deutlicher herauszustreichen.

**Interviewer:** Vielleicht ist es aber auch schwerer geworden. Es gibt ja die These einer erneuten Entideologisierung in den 90er-Jahren und dass die Zeit der großen politischen Ideen und Visionen spätestens seit dem Zusammenbruch des Ostblocks vorbei sind.

**Mario Voigt:** Also ich weiß nicht, ob wir uns am Ende der Geschichte befinden, ja? Also ich halte von der These nur bedingt etwas, das ist jetzt aber, glaube ich, ein politischer Kommentar. Weil ich schon glaube, dass es weiterhin auch Frontstellungen gibt und - ich sage das auch als jemand, der aus den neuen Bundesländern kommt - diese Frontstellungen auch in Deutschland existent sind. Nur, zwischen New Economy und zwischen der Spaßgesellschaft sind eben ein paar Sachen auch verloren gegangen. Aber auf der anderen Seite erlebt man es ja jetzt auch, wie ein Pabst hochgejubelt wird in Deutschland, die Bildzeitung titelt „Wir sind Pabst.“ Das sind ja auch Aspekte, wo zumindest Fundamente von politischen Grundsatzdiskussionen durchaus angelegt sind.

**Interviewer:** Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Berichterstattung von Policy- und Politics-Themen in den Qualitätszeitungen in den letzten Jahren entwickelt im Wahlkampf?

**Mario Voigt:** Also ich glaube, es gibt eine viel stärkere Fokussierung auf Politics-Themen natürlich. Also das ...

**Interviewer:** Warum natürlich?

**Mario Voigt:** Ja, weil ich schon glaube, dass es für Medien viel interessanter ist, über strukturelle und machtpolitische Konsequenzen zu diskutieren. Wieder der erwähnte Horse-Race-Journalismus, also das Duell zwischen zwei politischen Gladiatoren ist natürlich viel interessanter, das auszuleuchten, mit Homestories zu begleiten, auch Durchsetzungsgeschichten innerhalb der Partei und Entscheidungen am Kaffeetisch zu begleiten, als jetzt die trockene Materie einer Steuererhöhung oder einer Steuerabsenkung von 42 auf 39 Prozent zu erklären.

**Interviewer:** Aber glauben Sie, dass so eine Leserschaft wie die FAZ, dass die an solchen Geschichten interessiert sind?

**Mario Voigt:** Ich glaube, dass Qualitätsmedien an der Stelle bunter geworden sind, obwohl sie schwarz-weiß geblieben sind wie die FAZ. Sie versuchen eben, beides darzustellen. Ich kenne da keinen Längsschnitt, also ich kann jetzt nicht sagen, wie es vor zwanzig Jahren war, nur mein Eindruck ist, solange ich Qualitätsmedien verfolge, dass es schon dahin gekommen ist, dass man auch mehr den Menschen hinter dem jeweiligen politischen Vorschlag kennen lernen will.

**Interviewer:** Okay. Wie beurteilen Sie denn, das hatten wir eben schon so ein bisschen, die politischen Profile der vier überregionalen Tageszeitungen? Würden Sie sagen, die sind weniger profiliert heute, das Profil hat sich angeglichen?

**Mario Voigt:** Ich würde nicht sagen, dass sich das Profil angeglichen hat, aber ich glaube, der Mix an den Journalisten in den Zeitungen ist auch hier wieder vielfältiger geworden. Das heißt, dass es auch in der FAZ Journalisten gibt, die jetzt auch nicht zwingend konservativ sind. Wenn man die jetzt erst mal als die konservative deutsche Zeitung.

**Interviewer:** In Punkto Wahlkampfberichterstattung hat der Umfang in den Qualitätsmedien zwischen 1980 und 1990 stetig abgenommen. 1994 ist er wieder leicht gestiegen, 1998 ging er explosionsartig nach oben und 2002 noch mal explosionsartig, fast verdoppelt. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

**Mario Voigt:** Auch hier glaube ich, dass es wieder um den Duellcharakter geht. Also die Frontstellung zwischen politischen Richtungen. Also 1998 kann man ja schon sagen, dass es um die Frage ging: Rot-Grün. Also soll es zum ersten Mal zu einer rot-grünen Koalition im Bund kommen. Und da ist die Berichterstattung natürlich auch sehr viel intensiver geführt worden. Und 2002 ging es meiner Meinung nach um die Frage: Ist das Projekt Rot-Grün nach vier Jahren wieder gescheitert? Also ich weiß nicht, ob das eine situationsbezogene Steigerung ist, ich glaube einfach, dass es immer um die jeweilige Richtungsentscheidung geht, die natürlich auch von den Qualitätsmedien aufgegriffen wird und versucht wird, zu deuten und auszuleuchten. Und an der Stelle glaube ich einfach, dass es ganz gut in das Profil passt von Qualitätsmedien, die ja auch darauf angewiesen sind, ihre Leserschaft zu behalten, dass man eine sehr viel stärkere Fokussierung des jeweiligen Wahlkampfes herstellt.

**Interviewer:** Also eine stärkere Politics-Orientierung?

**Mario Voigt:** Ich glaube schon, dass es eine stärker Politics-Orientierung ist, aber ich würde nicht unterschätzen, dass es eben auch weiterhin Policy-dominante Aspekte gibt in der Berichterstattung. Also dadurch, dass eben die Berichterstattung in dem Umfang angestiegen ist, gibt es eben auch mehr Varianten.

**Interviewer:** Wie beurteilen Sie die inhaltliche und programmatische Entwicklung der beiden großen Volksparteien in den letzten fünfzehn Jahren?

**Mario Voigt:** Also ich glaube, die SPD hat mit der neuen Mitte einen größeren programmatischen Sprung gemacht als die Union. Die Union hat sich langsam weiterentwickelt und hat natürlich durch die Spendenaffäre 1999/2000 nicht nur inhaltlich ihr Programm in Frage stellen müssen, sondern eben auch eine Politikergeneration hinter sich gelassen oder verloren. Was dazu geführt hat, dass man sich noch mal intensiver auch dann nach 2002 damit auseinandersetzen musste, was jetzt eigentlich unser programmatisches Angebot ist. Wenn man es inhaltlich betrachtet, ist die Union eine sehr viel stärker liberale Partei geworden. Die SPD wird sich, egal wie die Wahl ausgeht, an einem Scheideweg befinden nach 2005, weil das Programm, das sehr viel stärker, das sehr viel stärker auf die so genannte neue Mitte ausgerichtet war in der SPD, mit der Person Gerhard Schröder verbunden ist. Und die Person Gerhard Schröder steht für das Programm, aber offensichtlich nicht die Partei. Und das sieht man auch daran, dass es offensichtlich ein tiefes Bedürfnis gibt von Leuten links von Gerhard Schröder, das auch programmatisch auszudrücken. So, und die SPD wird in eine tiefe innerparteiliche Diskussionskrise stürzen, wenn die Wahl vorüber ist, nämlich sie muss sich fragen, wie kann sie eigentlich die verlorenen Mitglieder an die Linkspartei, wie kann sie die vielleicht wieder zurückgewinnen. Also insofern programmatisch, würde ich sagen, es haben sich beide Parteien weiterentwickelt, nur die SPD ist an einem sehr viel stärkeren Scheideweg als die CDU. Die CDU ist eine liberalere Partei geworden, die SPD ist eine Partei geworden, die sehr viel stärker zur Mitte tendiert, aber mittlerweile auch die Zugkräfte sie wieder ganz gewaltig nach links ziehen.

**Interviewer:** Gut, das wäre ja, wenn Sie sagen, die eine ist liberaler, die andere in

die Mitte, das würde ja eine stärkere Angleichung bedeuten.

**Mario Voigt:** Das stimmt. Aber ich würde nicht sagen, dass es zwingend eine stärkere Angleichung ist, aber es ist eben als Politikangebot nicht mehr so einfach unterscheidbar. Die Union hat an der Stelle einen Diskussionsbedarf, wie will sie auf der einen Seite das Christlich-Soziale sehr viel stärker thematisieren, und vor allen Dingen auch, wie geht sie mit konservativen Wählerschichten um? Also diese Integrationswirkung, die die Union ja immer hatte, mit dem immer der Strauß-Spruch verbunden wurde „Rechts von der Union darf keine demokratische Partei stehen“, das sind natürlich Sachen, wo die Union sich auch die Frage stellen muss, wie kann sie dieses Profil stärker auch aufbauen. Und da gibt es, glaube ich, einige politische inhaltliche Themen, die von der Union besser geklärt werden können als von der SPD. Also diese Aspekte des Heimatgefühls, also des Regionalismus in einem sich erweiternden Europa, das ist ein ganz klares Thema. Oder auch der Aspekt, wie kann man in der Globalisierung eben eine noch stärkere Identität herstellen. Das sind alles Themen, die eigentlich klassischerweise für die Union Gewinnerthemen sein könnten. Sind es bei dieser Wahl thematisch nicht gewesen, weil es auch in der Wichtigkeitsskala nicht weit oben war, aber ich glaube, das sind Aspekte, wo sich auch die Union noch auseinandersetzen wird. Nur, programmatisch gab es halt den Einschnitt mit der Abwahl 1998 und da musste man sich auf eine neue Sache ein bisschen einstellen. Aber das hat man langsam in einem transformatorischen Prozess gemacht. Die SPD hat es meiner Meinung nach eher Hauruck-mäßig gemacht.

**Interviewer:** Was sagen Sie denn zu der These, dass die großen Volksparteien immer stärker sich über Kommunikations- und Kampagnen-Leistungen als über politische Inhalte zu profilieren versuchen?

**Mario Voigt:** Der These würde ich widersprechen, weil man dann verwechseln würde, dass die Professionalisierung einhergeht mit einer minderen Gewichtung von Inhalten. Das ist nicht der Fall, sondern man nimmt politische Inhalte und versucht, sie professioneller zu verkaufen. Und man tut das mal mit mehr mal mit minder Erfolg, aber man steht natürlich auch unter einem größeren Druck, weil die Kommunikationskanäle sehr viel breiter geworden sind. Also über das Blogging haben wir uns noch gar nicht unterhalten, aber heutzutage kann eigentlich jeder sein eigener Jour-

nalist sein und kann seine eigene Meinung schreiben im Internet und mittlerweile auch mit einer relativ großen Leserschaft. Insofern ist der interpretatorischen Kraft von Meinungen sehr viel mehr Raum eingeräumt und deswegen ist es für Parteien auch viel wichtiger, die richtigen Signale auszusenden und Botschaftsdisziplin durchzuhalten, klare Botschaftsangebote zu machen. Und dadurch werden Dinge nicht weniger wichtig, sondern die Themen werden halt einfach nur sehr viel klarer und präziser zugeschnitten, um die Botschaft eben zu erhalten.

**Interviewer:** Jetzt habe ich noch eine letzte Frage: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die Qualitätsmedien und die Inhalte in amerikanischen Wahlkämpfen?

**Mario Voigt:** Also ich glaube, dass der Spruch stimmt eines amerikanischen Beraters, der mir mal gesagt hat: Der durchschnittliche Amerikaner beschäftigt sich im Jahr fünf Minuten mit Politik und man muss es schaffen, in diesen fünf Minuten die Botschaft in das Kommunikationsfenster hineinzusetzen. Und das heißt im Endeffekt: eine klare Botschaftsreduktion, eine Botschaftsemotionalisierung und eine Botschafts-, ja, wie soll man sagen, eine ganz klar Fokussierung auf wenige Themen, um eben durchzudringen zum Leser. Und dabei spielen Qualitätsmedien eine ganz interessante Rolle, weil die sich natürlich nicht abspesen lassen mit dieser Diskrepanz, auf der einen Seite dem Wähler nur ein so geringes Angebot zu machen, und auf der anderen Seite natürlich auch ein Qualitätsjournalismus, der jeden Tag davon lebt, tiefergehende Analysen anzubieten. Insofern glaube ich, dass gerade der amerikanische Wahlkampf für deutsche Wahlkampfspezialisten ganz interessant sein kann, weil natürlich amerikanische Kampagnen sich dann überlegen, wie können sie ganz gezielte Medienereignisse schaffen, um die Qualitätsmedien in Führungszeichen zu beschäftigen. Einfach so Aspekte wie Earned-Media spielen einfach eine ganz wichtige Rolle in den USA und das Spin-Doctoring ist dort wirklich eben auch so zu verstehen, also man bietet eine ganz breite Palette von Interpretationen den Qualitätsmedien an, man ermöglicht den Journalisten, tiefergehende Fachgespräche zu führen, das sind alles Aspekte, die in den USA wesentlich stärker gesteuert sind und wo man versucht, dem Bedürfnis der Qualitätsmedien klar gerecht zu werden und trotzdem die Botschaftsdisziplin durchzuhalten. Und diesen Spagat, den finde ich ganz interessant in amerikanischen Kampagnen, der ist glücklicherweise in Deutschland noch nicht so, die Bürger sind wesentlich politisch wacher. Und in so-

fern sind natürlich auch Qualitätsmedien nur ein Bestandteil der öffentlichen Kommunikation in Deutschland.

**Interviewer:** Das heißt, das würde ja bedeuten, die Qualitätsmedien würden in den USA eine noch wichtigere Rolle spielen?

**Mario Voigt:** Also da glaube ich, wenn Sie mit den Qualitätsmedien die Zeitungen meinen...

**Interviewer:** Ja. Gibt's noch andere in den USA? Würden Sie das Fernsehen dort auch als Qualitätsmedium bezeichnen?

**Mario Voigt:** Doch, also ich würde sogar behaupten, dass das Fernsehen eine primäre Rolle in den USA spielt zusammen mit direkter Kommunikation. Also das, was wir in Deutschland hier ja kaum haben, ist Direct Mailing, sind Telefonaktionen, was in den USA Gang und Gäbe ist.

**Interviewer:** Wahlpartys gibt es in den USA ja auch.

**Mario Voigt:** Wir hatten eine. (lacht)

**Interviewer:** Ach, Sie hatten schon eine. Mit Frau Merkel als Videobotschaft?

**Mario Voigt:** Mit Herrn Kauder. Wir hatten 150 Wechselpartys am Wahlabend. Also da ist die direkte Kommunikation in den USA sehr viel besser ausgebaut. Hinzu kommt, in den USA gibt es eine sehr viel stärkere Tradition von Talkradios, das heißt, dass dort nur quasi gesprochen wird und über Anrufer Kommunikation stattfindet. Und insofern sind Qualitätsmedien eher ein Supplement, auch hier wieder für die Meinungsmacher. Aber ich würde sagen, in den USA dominiert ganz eindeutig das Fernsehen und die direkte Kommunikation mit dem Wähler über Brief und Telefon und vor allen Dingen auch über die Lokalzeitungen. In den USA sind Lokalzeitungen viel, viel wichtiger, weil das sind im Zweifelsfall die Zeitungen, die auch eher von den jeweiligen in den Battleground-States gelesen werden, als jetzt die Washington Post oder die New York Times. Insofern denke ich, dass sie sehr wichtig sind wie auch in Deutschland für die Meinungsführer-Kommunikation, aber dass sie bei weitem nicht so wichtig sind wie in Deutschland.

**Interviewer:** Wer sind Meinungsführer?

**Mario Voigt:** In den USA?

**Interviewer:** Nein, überhaupt, also sind das jetzt Manager oder Führungskräfte?

**Mario Voigt:** Meinungsführer sind die, die in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld diejenigen sind, über die Interpretation von Politik auch die Politik vorantreiben. Also mein Beispiel ist immer das, dass es in jedem Freundeskreis jemanden gibt, der politisch mehr interessiert ist. Und wenn derjenige dann noch sozial engagiert ist, das heißt, dass er in irgendwelchen Vereinen oder Organisationen wenn auch nur als Mitglied oder sogar in einer Führungsrolle aktiv ist, dass er als Meinungsführer dann Meinungen potenziert. Und das ist für die amerikanische Kampagnenführung gerade so interessant, also die Bush-Kampagne hat das ja intensiv gemacht mit Bibelkreisen und Ähnlichem. Die Kerry-Kampagne hat das sehr intensiv mit Gewerkschafts-Meinungsführern betrieben.

**Interviewer:** Ich danke Ihnen sehr für das Gespräch.

#### **A 1.4. Interview mit Axel Tantzen, Mitarbeiter der Stabsstelle Strategische Planung/ Wahlkämpfe in der CDU-Bundeszentrale**

**Datum und Ort: 7. Dezember 2005 im Konrad Adenauer-Haus, Berlin**

**Interviewer:** Zu Beginn möchte ich fragen: Was ist Ihre Rolle im Wahlkampf?

**A. Tantzen:** Ich bin im Bereich Strategische Planung. Ich habe im Wahlkampf einen Teil der Reden geschrieben für Frau Dr. Merkel und damals noch Herrn Kauder als Generalsekretär. Zusätzlich Gegnerbeobachtung: FDP, Grüne und die rechten Parteien wie DVU, NPD, Republikaner und was es da noch an Splittergruppen gibt. Und ich mache einen Teil der Kampagnenplanung. Ich habe im Wahlkampf unter anderem die Prominentenkampagne gemacht, die in der Form für die CDU neu war. Wo hundert Prominente in Anzeigen im Internet usw. für die CDU geworben haben. Und ich habe die Zielgruppenkampagne für die CDU koordiniert.

**Interviewer:** Wie beurteilen Sie den Verlauf des Wahlkampfs?

**A. Tantzen:** Also wir hatten nach der Nordrheinwestfalen-Wahl die überraschende Situation, dass Müntefering und eine halbe Stunde später Herr Schröder für Neuwahlen eingetreten sind. Es war eine schwierige Situation, so dass wir gesagt haben: Für uns ist nicht entscheidend, wann der Bundestag sein Misstrauen dem Kanzler gegenüber ausspricht, sondern wann der Bundespräsident entscheidet. Und das war ja dann der 22. Juli. Seitens der CDU hat es bis zum 22. Juli keine Wahlkampfaktivitäten gegeben. Es gab kein Plakat, es gab keinen Parteitag, weil wir gesagt haben, das kostet zu viel Geld. Eventuell mit dem Ergebnis, dass es raus geschmissen wäre, wenn der Bundespräsident anders entscheidet. Nach dem 22. Juli sind wir dann natürlich von Null auf Hundert gegangen. Vorbereitet hatten wir alles, aber es gab noch nichts Gedrucktes am 22. Juli und auch keinen Spot. Und wir hatten dann noch 55 Tage Zeit. Das war ein, also ein sehr gedrängter Wahlkampf. Normaler Weise überlegt man ungefähr zwölf Monate vor einem Wahlkampf, welche konkreten Maßnahmen im Wahlkampf eingeleitet werden. Das ging jetzt nicht. Jetzt hat man plötzlich nur noch drei bis vier Monate oder vom 22. Juli aus gerechnet 55 Tage Zeit. Der Wahlkampf war zum Schluss sehr emotional, uns sind ja Sachen vorgeworfen worden, die wir nicht wollten, auch nicht im Wahlprogramm standen. Und es gab dann natürlich noch die Kehrtwendung, dass die SPD versucht hat,

einen Oppositionswahlkampf zu führen, obwohl sie Regierung war. Und viele Bürgerinnen und Bürger uns schon als Regierungspartei ansahen, obwohl wir sie noch gar nicht waren.

**Interviewer:** Was würden Sie sagen, was waren die wichtigsten Personen und Themen im Wahlkampf?

**A. Tantzen:** Die wichtigste Personen auf unserer Seite war natürlich die Kanzlerkandidatin. Dann würde ich sagen als Zweites Paul Kirchhof. Thema an eins, würde ich nach wie vor sagen, Arbeitslosigkeit. Eng verbunden mit dem Thema Wirtschaft. Das zweite Finanzen, Steuern, Haushalt. Und das dritte Soziale Gerechtigkeit, mit allen Facetten. Also soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Rente.

**Interviewer:** Was waren denn für die Union die wichtigsten Themen im Wahlkampf generell?

**A. Tantzen:** Das waren, meines Erachtens, die Themen, die auch im Wahlkampf generell eine Rolle gespielt haben.

**Interviewer:** Und welchen Zusammenhang sehen Sie denn zwischen dem Verlauf des Wahlkampfes und dem Wahlergebnis?

**A. Tantzen:** Also ich denke, dass dieses Mal entscheidend war, dass es bei vielen Menschen Verunsicherung gab. Die Menschen spüren, dass sich was ändern muss. Viele wollen, dass sich bei ihnen nichts ändert. Trotzdem akzeptieren sie, was die CDU will im Kern. Aber dann kamen eben so Scheindiskussionen wie die Flat-Tax von Herrn Kirchhoff, die ja überhaupt nie eine CDU-Position war. Das hat mit uns ja gar nichts zu tun. Dann gab es die von der SPD ins Spiel gebrachten Vorwürfe um Entfernungspauschale und Nachtzuschläge, Feierabend- und Wochenendzuschlägen. Das hat alles nicht gerade zur Versachlichung beigetragen. Und jetzt? Teilweise macht die SPD mit. Und die Probleme, die Rot-Grün uns hinterlassen hat, müssen bewältigt werden.

**Interviewer:** Ist es nicht so, dass deutsche Wahlkämpfe immer stärker von Scheinthemen bestimmt werden, ich denke da zum Beispiel an den Wahlkampf 2002 und das Thema Irak?

**A. Tantzen:** Also Irak, würde ich sagen, stimmt. Das war 2002 ein Scheinthema. Geschickt von Schröder ins Spiel gebracht. Dagegen war die Elbeflut von 2002 kein Scheinthema, sondern real. Viele Menschen waren vom Hochwasser betroffen, noch mehr Menschen nahmen Anteil daran. Das Hochwasser war im August 2002 das bestimmende Thema in Deutschland.

**Interviewer:** Aber es hat keiner danach mehr gesprochen von dem Hochwasser.

**A. Tantzen:** Nein, aber die Flut war nun mal im August und der Kanzler konnte sich profilieren, weil er halt der Kanzler ist, es ist auch sein gutes Recht gewesen. 2005 war die besondere Situation, dass die Leute im Grunde genommen Rot-Grün mit dem Rückzug Schröder und Müntefering am 22. Mai als abgehakt ansahen. Es hat ja keiner mehr realistisch damit gerechnet, dass Rot-Grün eine Mehrheit bekommt, hat sie auch nicht. Die CDU wurde im Gegenzug dazu schon als Regierungspartei wahrgenommen, obwohl wir es gar nicht waren. Und unsere Vorschläge wurden besonders kritisch bewertet.

Hinzu kommt, dass wir teilweise auch schon in Mithaftung genommen worden sind für Sachen, die die rot-grüne Bundesregierung noch mit verbockt hat. Wo wir nur teilweise mitgewirkt haben. Also die Hartz IV-Diskussion trifft uns natürlich auch, denn wir haben Hartz IV ja zugestimmt. Aber was zum Beispiel in der Umsetzung passiert ist, dafür können wir nichts, weil das Sache der Bundesregierung ist und wir nicht Bestandteil der Exekutive waren.

**Interviewer:** Wenn Sie jetzt mal den Anteil von Policies und Politics im Wahlkampf 2005 reflektieren. Würden Sie sagen, die Medien haben inhaltlich genügend berichtet?

**A. Tantzen:** Also ich fand, dass dieses Mal die Medien sehr inhaltlich berichtet haben. Noch deutlich inhaltlicher als 2002. Dass es auch Diskussionen über Personen gab ist völlig klar, teilweise sind die auch von uns selbst geführt worden oder zumindest angestoßen worden, wenn ich mal an die Ost-Diskussion zum Beispiel denke von Herrn Stoiber und Herrn Schönbohm. Und was ich auch gegenüber 2002 deutlich anders sehe, ist, dass die Medien sich sehr stark auch positioniert haben. Also, im Grunde genommen konnte man in vielen Artikeln, wenn man sie genau las, erkennen, ist der Autor für einen Wechsel oder für Beibehaltung

der politischen Grundlinie. Explizit macht es ja nur die Financial Times Deutschland, die macht ja eine Wahlempfehlung, hat sie ja diesmal auch wieder gemacht. Aber ich fand, dass sich die Zeitungen sehr deutlich geäußert haben. Ich denke, dass das auch ein Ergebnis war der Axel-Springer-Presse. Weil die Bild-Zeitung ja ziemlich krass gegen Rot-Grün und vor allen Dingen auch gegen die Person Gerhard Schröder zu Felde gegangen ist und dass dann andere Leute meinten nachziehen zu müssen.

**Interviewer:** Gerhard Schröder hat ja am Wahlabend gesagt, gegen ihn sei eine Medienkampagne inszeniert worden. Hatten Sie auch den Eindruck, dass Medien wie zum Beispiel der Spiegel, die sonst eher Rot-Grün freundlich gesinnt waren, jetzt gegen die Regierung gearbeitet haben?

**A. Tantzen:** Nein. Das überraschende am Spiegel war, so wie ich es wahrgenommen habe, dass der Spiegel zwei Sachen von uns gestützt hat: Das Erste ist unsere Steuerpolitik, die Spiegel sehr deutlich unterstützt hat, einschließlich Kirchhof. Der Spiegel hat ja sogar noch einen Beitrag geschrieben über die Flat-Tax, der sich dann später noch als falsch heraus gestellt hat, was die Eckdaten angeht, aber da hat er sich deutlich positioniert. Und bei dem Thema Gesundheitsprämie hat er sich ebenfalls deutlich positioniert, auch in unserer Richtung. Die Axel-Springer-Presse hat von vornherein nach dem 22. Mai auf den Wechsel hingearbeitet. Das haben die aber 1998 auch getan. Für Gerhard Schröder, da hat er sich nicht beschwert. Im Übrigen hat Gerhard Schröder selber mal raus gegeben, er braucht drei Sachen, um eine Wahl zu gewinnen: Bild, BamS und Glotze. Und Bild und BamS hat er dieses Mal verloren und in der Glotze war es auch lange nicht so toll. Nun muss er nicht erwarten, dass die Journalisten immer so schreiben, wie er es gerne hätte. Ich glaube, dass das die Verärgerung war. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Zeitungen, die Rot-Grün gestützt haben. Die Zeit oder die Frankfurter Rundschau, die nun nicht weiter überraschend ist, da sie im Eigentum der SPD sich befindet. Und auch die Süddeutsche.

**Interviewer:** Die letzte Frage für den Komplex Wahlkampf allgemein, das haben Sie schon mal angedeutet, wie würden Sie den Wahlkampf 2005 gegenüber dem von 2002 und 1998 einordnen?

**A. Tantzen:** Also 1998 habe ich keinen Wahlkampf gemacht. Also ich habe Wahlkampf gemacht, aber in Bonn und für den örtlichen Kandidaten, da war ich nicht Beschäftigter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, das kann ich also nicht oder beurteilen in dem Maße. 2005 war, meines Erachtens, ein gegenüber 2002 deutlich inhaltsschwangererer, was die Berichterstattung angeht. Die Medien haben, obwohl es in dem Maße ja eigentlich gar keine Wahl mehr gab zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb, weil Rot-Grün nun auf gar keinen Fall mehr eine Mehrheit hatte, versucht, die Unterschiede deutlich zu machen. Natürlich vor allen Dingen zwischen den beiden großen Parteien. Das war ja für die kleineren Parteien eigentlich auch eine Gefahr. Dass sie medial unter die Räder kommen, weil sich im Grunde genommen nur noch die Frage dreht Union oder SPD, Merkel oder Schröder.

**Interviewer:** Aber haben die Kleinen nicht am Ende auf Kosten der Großen gewonnen?

**A. Tantzen:** Jein. Die FDP hat zu unseren Lasten gewonnen. Sie hat ungefähr 1 Millionen oder 1,1 Millionen Stimmen von uns gewonnen, wenn man sich die Analysen der Wählerwanderungen betrachtet. Die Grünen haben ein passables Ergebnis bekommen, aber immer noch verloren. Und die Linkspartei hat acht Prozent bekommen, das sind auch acht Prozent zu viel. Also ich gönne jedem Konkurrenten die Stimmen, es ist nicht so, dass ich sage, die SPD hat zu viele Stimmen. Aber die PDS gibt vor, den Sozialstaat zu retten und würde, wenn man deren Ziele umsetzt, ihn in den Ruin treiben.

**Interviewer:** Meine nächste Frage bezieht sich auf die Wahlkampfstrategie der Union. Würden Sie sagen, dass die aufgegangen ist?

**A. Tantzen:** Nein. Wenn die Strategie aufgegangen wäre, hätten wir ja 42 Prozent bekommen.

**Interviewer:** Warum ist die Wahlkampfstrategie nicht aufgegangen?

**A. Tantzen:** Wir haben sehr dezidiert auf die Zahlen und die Bilanz gesetzt, aber ich denke, wir haben zu wenig erklärt, was dahinter steht. Was für Ziele wir dahinter hatten, haben. Das war, im Grunde genommen, ein Vermittlungsproblem. Ich halte das Wahlprogramm nach wie vor für richtig. Übrigens grade für die Generation 40

und jünger. Denn wir müssen jetzt mit den Sachen anfangen, bei der Rente, Gesundheitsvorsorge und was es eben halt sonst noch so gibt. Aber wir haben es nicht richtig vermittelt. Wir haben vielleicht auch zu lange im Hinterkopf das Gefühl gehabt, es wird ja sowieso reichen. Weil die Meinungsumfragen ja, im Grunde genommen, bis zum Freitag vor der Wahl gesagt haben, die Union gewinnt mit deutlichem Vorsprung. Also es gab keine Umfrage am 16. September, die uns niedriger als 41 Prozent gesehen haben.

**Interviewer:** Wenn ich jetzt mal die Qualitätszeitungen, also die vier großen SZ, FAZ, FR und Welt nehmen, welche Rolle spielen die für Sie oder haben sie gespielt für die Wahlkampfstrategie der Union?

**A. Tantzen:** Die Frankfurter Rundschau spielt für uns gar keine Rolle. Weil die Frankfurter Rundschau im Eigentum der SPD steht und das nennt man auch noch Berichterstattung und deshalb ist es für uns keine ernst zu nehmende Zeitung. Ich orientiere mich ja auch nicht am „Vorwärts“. Und im Übrigen gilt bei der Mediaplanung die Frankfurter Rundschau mittlerweile als Regionalzeitung.

**Interviewer:** Bei der Mediaplanung, also bei den Anzeigen?

**A. Tantzen:** Ja. Und das zeigt auch, was für eine Bedeutung diese Zeitung bekommen hat. Die Frankfurter Allgemeine ist, meines Erachtens, von den Qualitätsmedien nach wie vor die wichtigste. Weil sie die Sachen auf den Tiefengrund bringt, weil sie eine klare Linie hat in der Berichterstattung. Und bei der Welt und bei der Süddeutschen ist es so, dass die, meines Erachtens, schon einen politischen Hintergrund haben. Die Welt wollte eher, dass Rot-Grün abgelöst wird, die Süddeutsche wollte eher, dass Rot-Grün bleibt. Und das hat man in der Berichterstattung auch gemerkt.

**Interviewer:** Wie würden Sie diese Zeitungen in Ihrer Bedeutungen für die Union im Zusammenhang mit dem Fernsehen sehen?

**A. Tantzen:** Das kann man nicht miteinander vergleichen. Also, wenn man ein Feedback bekommt von unseren Kampagnen, also Anzeigen gegenüber Fernsehspots, ist es so, dass wir auf Anzeigen sehr viel mehr Reaktionen bekommen als auf Fernsehspots. Fernsehen ist ein schnelllebiges Geschäft. Fernsehspots sind

in der Regel 30 Sekunden. Bei ARD und ZDF, aufgrund der Zuteilung, sind es anderthalb Minuten, die wir dieses Mal noch nicht mal ausgeschöpft haben, weil wir gesagt haben, es ist unsinnig. Was sollen wir anderthalb Minuten einen Spot ausstrahlen, der irgendwann langweilig wird. In einer Zeitung kann man mehr erklären. Und zwar in verschiedensten Facetten. In der Zeitung haben sie die Möglichkeit, Interviews zu machen. In der Zeitung haben sie die Möglichkeit, Namensartikel zu schreiben. In der Zeitung haben sie die Möglichkeit, eine Anzeige zu schalten, die auch mal was erklärt. Ein Fernsehspot kann nicht erklären und an ein Tagesschaustatement von zehn, zwanzig Sekunden, denken wir eigentlich auch nicht mehr. Das heißt für die Schlagkraft, auch für die Massenerreichung, ist das Fernsehen wichtig, aber für tiefgründigere Sachen ist die Zeitung wichtiger.

**Interviewer:** Da gibt es aber immer wieder die Vorwürfe in den Zeitungen aber auch in der wissenschaftlichen Diskussionen, dass der Wahlkampf immer stärker auf Showelemente abzielen würde und immer inhaltsleerer würde. Wie beurteilen Sie solche Vorwürfe und solche Themen?

**A. Tantzen:** Also, ich glaube kaum, dass der Wahlkampf in den letzten vierzig Jahren inhaltsschwächer geworden ist. Es kommt immer auf die Medien an. Ein Plakat wirkt innerhalb von zwei Sekunden oder es wirkt gar nicht. Also, das Plakat, das immer als Non Plus Ultra der politischen Kommunikation gilt, ist das Adenauer-Plakat von 1957 mit der Überschrift: „Keine Experimente“. Das ist inhaltlich Null. Einzig und allein auf die Union zugeschnitten und auf den Kanzler aber Inhalte sind da keine. Das Amerikanische des Wahlkampfes, das gibt es in bestimmten Facetten, das stimmt. Zum Beispiel die Wahlkampfauftakte. Also das, was wir am 28. August in Dortmund hatten, in vielen bunten Bildern mit Showacts, mit viel Farbe, wo Tausende Angie-Schilder hochgehalten haben, das ist amerikanischer Wahlkampf. Wobei wir an das, was in Amerika läuft, bei weitem nicht rankommen. Also die Parteitage, die Republikaner oder Demokraten vollziehen, schon alleine von den Kosten her.

**Interviewer:** Schauen Sie eher mit Respekt auf die amerikanischen Wahlkämpfe oder eher kulturpessimistisch.

**A. Tantzen:** Ich finde, das kann man gar nicht miteinander vergleichen. Ich glaube, dass man mit den Veranstaltungsformen, wie eben halt bei uns in Dortmund, die

Stammwähler mobilisieren kann. Die Wechselwähler eher nicht. In Amerika hat das Fernsehen eine ganz andere Bedeutung. Da ist das teilweise auch Informationsmedium Nummer eins. Währenddessen hier ja immer noch viele Leute Zeitungen lesen.

**Interviewer:** Parteien versuchen natürlich im Wahlkampf Einfluss zu nehmen auf die Berichterstattung in den Medien. Wenn Sie sich die Qualitätsmedien anschauen im Wahlkampf, wie würden Sie sagen, ist das gelungen?

**A. Tantzen:** Also, wir versuchen nicht, direkt Einfluss zu nehmen. Wir können ja nur Bilder bieten und unsere Positionen anbieten wie unser Wahlprogramm. Aber wir versuchen natürlich, einen Regieplan aufzustellen, vor Wahlen, im Vorfeld. So dass wir immer wieder auch Ereignisse liefern. Am 30. Mai ist Frau Merkel nominiert worden, am 11. Juli ist das Wahlprogramm präsentiert worden, ich glaube am 17. oder 18. August ist das Kompetenzteam aufgestellt worden und, und, und. Darüber berichten die Medien. Die einen mit Bildern, die anderen dann mit Zeilen. Aber insgesamt war es auch so, dass auch von Seiten der, wie Sie sagen, Qualitätsmedien, der Informationsbedarf recht hoch war. Was Interviewwünsche und so was angeht. Und ich bin ja nicht in der Presseabteilung, aber so, wie ich das mitbekommen habe, konnten gar nicht alle Anfragen gestillt werden.

**Interviewer:** Wie beurteilen Sie denn den Wahlkampf der SPD 2005?

**A. Tantzen:** Also, als Erstes mal, hatte die SPD zehn Millionen Euro mehr als wir.

**Interviewer:** Das sind die Folgen der Spendenaffäre.

**A. Tantzen:** Ja, wir haben einen Finanzplan und wir müssen zwanzig Millionen Euro an den Bundestag zurückzahlen, plus Zinsen. Also sind wir bei ungefähr 25 Millionen. Und das macht sich bemerkbar, klar, das müssen wir ja irgendwie hinkriegen. Wir haben zwar eine Umlage bei den Kreisverbänden, die sich daran beteiligen, aber das Haus muss sparen. Und wir hatten, bei der Bundestagswahl 1998 56 Millionen Mark für den Wahlkampf. Und wir haben dieses Mal zwischen 18 und 20 Millionen Euro ausgegeben. Also deutlich weniger. Und das macht sich schon bemerkbar. Nach unseren Informationen hat die SPD alleine in der letzten Woche ungefähr 2,5 Millionen Euro für Anzeigen ausgegeben. Das war mehr als unser

ganzer Anzeigen-Etat. Die SPD völlig ausgeblendet, was sie überhaupt selber will. Das hat nie stattgefunden. Ich kann mich an nichts erinnern, wo die SPD erklärt hat, was sie jetzt anders machen wird. Oder ob sie ihren Kurs beibehalten will. Die Agenda 2010 von Herrn Schröder und das Wahlprogramm der SPD passten nicht mehr inhaltlich überein. Die erste Plakatwelle war „Wir stehen Soziale Sicherheit. Wofür stehen die anderen?“ Also, das war nun wirklich inhaltslos. Und die zweite Welle der SPD war die Anti-CDU-Kampagne. Auch da hat man sich – wohlweislich – zurückgehalten mit dem, was man eigentlich will. Mit dem Ergebnis, dass jetzt, nach den Koalitionsverhandlungen, der SPD vielfach auch vorgeworfen wird, sie hätte was anderes gemacht, als sie vorher versprochen hat. Was aber nicht stimmt, denn die SPD hat vorher nichts versprochen. Außer die Kampagne gegen die Mehrwertsteuer, wo sie jetzt plötzlich sogar für drei Prozent ist. Aber ansonsten wüsste ich nicht, wo die SPD versprochen, Versprechen gebrochen hätte.

**Interviewer:** Gab es Ihrer Meinung nach Zeitungen, die die SPD nachhaltig gestützt haben?

**A. Tantzen:** Ich denke schon. Also, bei mir hat irgendwann bei der SZ, sich deutlich der Eindruck verfestigt, aha, jetzt wird der oder jener Hintergrundbericht gebracht, weil er jetzt mal gebracht werden muss, um Rot-Grün zu stützen. Aber das ist sicherlich auch eine parteipolitische Sicht der Dinge. Bei der FAZ ist mir das so nicht aufgefallen, aber das muss nicht stimmen. Das kann ein sozialdemokratischer Kollege vielleicht mehr darüber sagen. Aber die FAZ hat sich ja nicht so in den Wahlkampf geschmissen, wie zum Beispiel die Welt oder noch deutlicher, die Bild-Zeitung.

**Interviewer:** Sie haben eben gesagt, Sie glauben nicht, dass der Wahlkampf in den letzten vierzig Jahren inhaltlich bedeutender ist. Aber ist es nicht so, dass die Politikangebote immer weniger unterscheidbar werden. Es wird ein Mainstream an gewissen Themen, an gewissen Positionen sichtbar. Sehen Sie das auch so?

**A. Tantzen:** Nein, das sehe ich überhaupt nicht so. Die SPD hat mit einem Problem zu kämpfen, was sich in ähnlicher Weise für uns auch stellt. Allerdings auf einer anderen Stufe. Die SPD hat ihre Kernklientel bei den Gewerkschaften verloren. Das ergibt sich aus den Wahlanalysen. Das ist das Ergebnis der Agenda 2010. Da hat

eine tiefe Verunsicherung stattgefunden. Bei uns gibt es diese Verunsicherung auf zwei Ebenen. Das eine ist, das Christlich-Gefestigte. Die, die jeden Sonntag oder jeden zweiten Sonntag in die Kirche gehen. Da haben wir immer noch starken Zuspruch, aber der Anteil der Leute, die dies tun, ist geringer geworden in den letzten zwanzig, dreißig Jahren. Und wir haben das so genannte bürgerliche Spektrum, was mittlerweile eher bereit ist, auch den Wechsel zu wählen. Also, ich wähle vielleicht heute mal die Grünen und morgen mal die CDU und übermorgen vielleicht auch mal die SPD. Gerhard Schröder hatte 1998 versucht, in die von ihm so bezeichnete neue Mitte einzubrechen. Aber es gibt natürlich gehörige Unterschiede in den Politikansätzen. Beispielsweise Gesundheitsprämie gegen Bürgerversicherung. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, betriebliche Bündnisse für Arbeit und so weiter. Da hat überhaupt keine Entpolitisierung stattgefunden. Die SPD versucht gerade bei den letzten Themen deutlich Gewerkschaftsbezüge wiederherzustellen. Um auch ihr altes Klientel wiederzubekommen. Ich wüsste nicht, wo es vor dreißig Jahren größere oder geringere Unterschiede gegeben hätte. Der Wandel der SPD hat ja 1959 stattgefunden, mit dem Godesberger Programm. Und vorher gab es sicherlich größere Unterschiede: Das war die Soziale Marktwirtschaft, das war die Westbindung, aber ich denke, dass das, dieser Prozess, eigentlich schon in den 60er-Jahren abgeschlossen war.

**Interviewer:** Aber Godesberg war eigentlich das letzte Grundsatzprogramm der SPD. Das Berliner Programm von 1989 war durch Ereignisse in der DDR praktisch schon überholt, als es beschlossen wurde.

**A. Tantzen:** Erstens arbeitet die SPD seit sechs, sieben Jahren an einem neuen Grundsatzprogramm, was sie vor einem Monat eigentlich hätten verabschieden wollen. Außerdem wird Politik nicht nur im Grundsatzprogramm gemacht. Wir werden aller Voraussicht nach im nächsten Jahr starten, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Aber wir haben ja bestimmte Grundwerte. Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, übrigens bei der SPD dieselben Grundwerte. Und selbst, wenn wir nächstes Jahr ein neues Grundsatzprogramm machen, bedeutet das ja nicht, dass wir die Grundwerte aufgeben oder verändern. Die bleiben als Klammer. Genau so, wie bei uns das christliche Menschenbild.

Wo die Politik eventuell einen Zahn zulegen müssen, ist bei dem Thema Werte, auch

Werte Vermittlung. Wir versuchen immer, das tagespolitische Geschäft zu erledigen. Aber wir sind, meines Erachtens, davon weggegangen, auch Werte zu vermitteln. Und da sind, meines Erachtens, die großen Unterschiede. Ohne eine Gewichtung herzustellen. Wir haben das christliche Menschenbild, wir haben christliches Fundament. Das beinhaltet ja auch Werte. Die SPD hat den sozialdemokratischen Ansatz, auf die Gewerkschaften hin, auch das sind ja Werte. Und ich denke, dass man da durchaus Unterschiede deutlich macht.

**Interviewer:** Sie haben es eben schon angedeutet, Sie sind nicht in der Presseabteilung. Aber was war Ihr Eindruck, woran waren die Medien am meisten interessiert?

**A. Tantzen:** Also, ich denke, dass die Medien sich sehr intensiv mit unserem Wahlprogramm auseinandergesetzt haben. Wir hatten ja schon 2003 die Herzog-Kommission mit den Beschlüssen zur Gesundheitsprämie und zum Steuermodell. 2004 zu Wachstum und das musste hier alles in das gemeinsame Wahlprogramm mit der CSU. Der Schwerpunkt lag bei den Medien eindeutig auf Wirtschaft, Arbeit, Finanzen. Also die klassischen Themen. Im Vordergrund stand nach dem 30. Mai die Person Angela Merkel, da haben sie ihr einen totalen Switch gegeben bei der Berichterstattung. Bei allen Zeitungen. Frau Merkel wurde sehr positiv dargestellt als Person der Erneuerung. Übrigens eine Sache, die momentan auch wieder festzustellen ist. Nach ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin. Und dann ist natürlich auch irgendwann das Kompetenzteam in den Vordergrund gerückt. Und da besonders die Person Paul Kirchhof, weil Paul Kirchhof auch der einzige war, aus dem Kompetenzteam, der nicht aus der politischen Abteilung kam. Also, dass ein Wolfgang Schäuble oder eine Ursula von der Leyen oder auch Gerda Hasselfeld keine große Überraschung waren ist ja klar. Aber Paul Kirchhof war eine. Also stürzten sich die Medien auch zuerst mal auf ihn. Und da Herr Kirchhof ja erstmal selber publizistisch tätig ist, einen sehr interessanten Lebenslauf hat, Hochschulprofessor ist, hatte der auch eine Menge, wo man sich dran reiben kann und wo viel drüber berichtet wurde

**Interviewer:** Zum Schluss noch zwei Fragen zum Themenkomplex Politics. Viele deutsche Zeitungen berichten ja gern über den Wahlkampf selber, über Wahlkampfstrategien und Wahltaktik aber auch über Koalitionsspekulationen oder

innerparteiliche Konflikte. Gerade die Berichterstattung über den Wahlkampf selber hat seit 1998 in einigen Medien wieder deutlich zugenommen. Wie erklären Sie sich das?

**A. Tantzen:** Das sehe ich nicht so. Auch 1998 gab es schon eine starke Berichterstattung über moderne Wahlkampfelemente. Damals aufgrund des modernen Wahlkampfes der SPD. Und Personen standen schon immer im Vordergrund: Anfang der sechziger Jahre ging es um die Frage, trägt die FDP Konrad Adenauer mit, Anfang der achtziger um den Koalitionswechsel der FDP. Personen und Koalitionsspekulationen sind für Medien immer interessant, egal in welcher Zeit. Im übrigen gab es beim Thema Koalition die größten Hype erst nach der Bundestagswahl 2005: Nämlich bei der Frage Jamaika ja oder nein.

**Interviewer:** Versucht die Union, das Interesse der Medien am Wahlkampf selber durch eigene Angebote (z .B. in Form von Themen, Ereignissen oder Hintergrundgesprächen) zu steuern und diesem Angebot zu entsprechen und welche Ziele verfolgt die Union dabei?

**A. Tantzen:** Diese Frage kann ich nicht beantworten, da ich keine Pressearbeit mache. Nur so viel: Wir richten unsere Themen und Events nicht nach der veröffentlichten Meinung aus, das würde zu einer Beliebigkeit führen, die wir nicht wollen.

## **A. 1.5. Interview mit Johannes Schwarz, CvD der SPD-Pressestelle im Willy-Brandt-Haus**

**Datum und Ort: 17. Februar 2006 in Berlin**

**Interviewer:** Können Sie zuerst kurz erläutern, was Sie genau als CvD in der Pressestelle machen?

**Johannes Schwarz:** Der CvD, also der Chef vom Dienst, ist die für die Koordinierung der Arbeit in der Pressestelle verantwortlich. Das heißt, alle Anfragen, die über einfache technische Auskünfte hinaus gehen, kommen bei mir an. Ich entscheide, ob ich die selber direkt beantworten kann oder ob ich sie an einen unserer mehr auf Fachgebiete spezialisierten Pressereferenten weitergeben muss oder will. Und was Interviewanfragen angeht, die kommen dann bei mir an und ich bespreche sie mit den Sprechern und dem Parteivorsitzenden, Generalsekretär oder wer auch immer angefragt ist. Ich ordne ein, sortiere vor, sehe zu, dass es irgendwie eine sinnvolle Reihenfolge gibt. Ich habe also im Prinzip die zentrale Filterfunktion. Der CvD ist der, der immer da sein muss, der alles im Auge hat und sowohl das politische Tagesgeschäft, die Agenturlage, immer mit einbezieht, als auch die Planungen der Kommunikation. Dazu gehört auch Ereignisse, bei denen man schnell reagieren muss. Populäres Beispiel - Kirchhoff. Und dann ist es auch mein Job zu sagen okay, wir machen das jetzt, das ist eine wichtige Nachricht, die müssen die und die Leute kennen und einen Vorschlag zu machen, wie man damit umgeht.

**Interview:** Wie beurteilen Sie jetzt allgemein den Verlauf des Wahlkampfes 2005?

**Johannes Schwarz:** Na gut, also der Wahlkampf war in jederlei Hinsicht noch mehr ein Unikat als es sowieso jeder Wahlkampf ist. Er war extrem kurz. Deswegen war alles sehr schnell, war alles sehr hektisch. Wir haben in kürzester Zeit eine Kampagne auf die Beine gestellt, die in der Intensität vorher, denke ich, noch nie so da war. Ich habe die Wahlkämpfe 1998, 2002 auf Bundesebene und die Europawahlkämpfe 1999 und 2004 mitgemacht, das war alles kein Vergleich. Wir hatten damals erheblich mehr Zeit alles zu planen, alles zu machen. Und auch erheblich weniger Druck. Und bei dem Wahlkampf kam ja jetzt auch noch hinzu, dass wir eine Trendwende hinbekommen haben, in allerletzter Minute, mit der die allermeisten Beobachter nicht gerechnet haben. Insofern war dieser Wahlkampf in jeder Hinsicht besonders. Es gab auch einige sehr besondere Momente dabei. Es ging los mit dem 22. Mai als

bekannt gegeben wurde, dass es Neuwahlen gibt. Das war sicherlich für unsere Partei, aber ich denke, auch für die anderen, eine sehr außergewöhnliche und emotionale Situation. Es gab zwischenzeitlich zwei, drei Ereignisse, die sehr prägend waren. Sei es für uns intern oder auch extern. Es gab beispielsweise diese Stoiber-Äußerungen zum Osten, wo ja in einem wahnsinnigen Tempo eine Lawine losgetreten wurde. Und es gab auf der anderen Seite den Schwächeanfall von Franz Müntefering, der uns kurzfristig beinahe völlig aus der Bahn geworfen hätte, weil ein zentraler Akteur betroffen war. Und es gab am Ende den Wahltag, mit dem, glaube ich, keiner so gerechnet hätte. Ich zumindest, hatte mich emotional auf was ganz anderes vorbereitet.

**Interviewer:** Wie hat sich denn der Wahlkampf verändert, gerade zur Schlussphase hin?

**Johannes Schwarz:** Die Entscheidungen der Wähler sind immer näher an den Wahltag herangerückt. Und die Entscheidung wird in letzter Minute gesucht. Wir hatten das ja auch 2002, da lag die SPD lange hinten und hat in den letzten Wochen kontinuierlich aufgeholt und dann war es am Wahlabend sehr knapp. Auch da hatten ja viele vorausgesagt, dass es anders ausgeht. Sogar noch nach den ersten Hochrechnungen war sich Herr Stoiber sicher, dass er gewonnen hat. Also, da war schon so eine Tendenz drin, dass man dann bis zur letzten Minute zittert und wartet, ob sich noch etwas ändert. Die Landtagswahl in NRW hat uns das auch gezeigt. Und in diesem Wahlkampf war es dann die absolute Zuspitzung, wo niemand bis die ersten Zahlen der Umfrageinstitute auch in den Parteizentralen bekannt wurden, niemand damit gerechnet hätte, dass es so ausgeht, wie es ausgegangen ist. Wir sind zwar immer Berufsoptimisten, aber gerade das Abschneiden der Union war natürlich eine totale Überraschung. Und insgesamt hat das alles den Eindruck verschiedener Landtagswahlen verstärkt, Schleswig-Holstein war auch so ein Fall, dass die Entscheidung in den letzten Tagen, wenn nicht gar in den letzten Stunden fällt. Und das hat natürlich Konsequenzen für Wahlkämpfe und für die Strategie.

**Interviewer:** Glauben Sie, das hängt mit der Vielzahl von unentschlossenen Wählern zusammen, die immer größer wird?

**Johannes Schwarz:** Ja, ich glaube, schon, dass es damit zu tun hat, dass die Bin-

dungen an Parteien schwächer werden, auch wenn ich keine wissenschaftliche Basis dafür habe, mit der ich das nachprüfen könnte. Aber ich hatte schon den Eindruck, dass in letzter Minute einige Leute gesagt haben ach nee, die Sozis haben uns zwar einiges zugemutet, aber Merkel und Westerwelle, das will ich dann doch nicht.

**Interviewer:** Wie beurteilen Sie diesmal die Themen des Wahlkampfs. Also das Verhältnis von harten Themen wie Arbeitslosigkeit, Steuerpolitik zu den Berichten über Prozesse wie Koalitionsspekulationen, Art der Wahlkampfführung usw. Wie haben Sie das diesmal wahrgenommen? Gab es eine besondere Zuspitzung von Themen?

**Johannes Schwarz:** Ich glaube, dass es schon um Themen ging. Die Steuerpolitik war eine zentrale Frage. Auch eine, die wir unsererseits sehr zugespitzt haben. Das war auch ganz wichtig in diesem Wahlkampf. Ich glaube nicht, dass es im Wesentlichen über die Präsentation ging. Also, sicherlich hat die Kandidatin und haben der Kandidat auch eine Rolle gespielt das Fernsehduell war ganz wichtig für uns. Aber das, was wirklich das Ganze noch mal gedreht hat, war die Zuspitzung in den Themen. Das war anders als 1998. Damals war so ein Grundgefühl da. Die Leute hatten genug von 16 Jahren Kohl und man konnte mit einer Inszenierung, die letztlich gesagt hat, wir können es, unser Kandidat kann es, gewinnen. Das konnte man 2002 schon nicht mehr so. Da gab es plötzlich auch harte Themen, die eine Rolle gespielt haben und 2005 ging dies gar nicht mehr. Sicherlich kommt man ohne einen guten Kandidaten und ohne starkes Personal nicht durch. Aber ich denke, das Ausschlaggebende waren schon die Themen und inhaltliche Fragen.

**Interviewer:** Wer hat den die Themen, Ihrer Meinung nach, gesetzt hauptsächlich im Wahlkampf? Die Medien oder die Parteien?

**Johannes Schwarz:** Das hat sich abgewechselt. Wir versuchen natürlich schon als Parteien bewusst Themen zu setzen und wir haben das ja auch gemacht. Also die Mehrwertsteuer- beziehungsweise die Merkel-Steuer-Kampagne, das war wirklich aus vollen Rohren schießen. Und dies ist ja auch hängen geblieben. Die Kampagne hat sich wieder gefunden in den Medien und war ein Thema. Es gibt aber auch Themen, wo wir jetzt vielleicht nicht mit ganzer Kraft reingehen, die dann gar nicht auftauchen. Und dann gibt es ganz viele Themen, die von den Medien gesetzt werden.

**Interviewer:** Sie haben ja praktisch als Regierung einen eher klassischen Oppositi-

ons-Wahlkampf oder?

**Johannes Schwarz:** Na ja, die Schwierigkeit als Regierungspartei ist natürlich immer, wenn man über Jahre regiert, dass die eigenen politischen Konzepte schon bekannt sind. Man setzt sie ja um. Bei uns war es so, dass wir gerade mit bestimmten politischen Entscheidungen und Einschnitten, die wir gemacht haben in diese schlechte Situation gekommen sind und wir immer den Eindruck hatten, von Anfang an, das haben wir auch ein paarmal schon vor der Bundestagswahl gesagt, die Leute verlieren aus dem Auge, was die Alternative ist. Alle sagen, wir wollen sparen. Was wir beschließen, passt ihnen aber nicht und es steht nicht so im Vordergrund, was die Alternative ist. Wir hatten schon den Eindruck, dass wir viele Landtagswahlen gegen Kandidaten verloren haben, wo man sagen, wenn man die Kritik an uns konsequent weiter denken würde, dann hätte nicht das Ergebnis sein dürfen, dass CDU-Politik und FDP gewählt werden, sondern dann hätte man, meinerwegen, die damalige PDS/Linkspartei wählen müssen. Denn die Grundkritik war eigentlich immer, dass unsere Politik zu unsozial sei, was natürlich nicht stimmt. Wir haben daraus den Schluss gezogen, dass wir in diesem Wahlkampf zuspitzen müssen. Wir mussten klar machen, wofür beide Seiten stehen. Und wofür wir stehen, dafür haben wir über die Jahre geworben und gekämpft. Wir haben ja versucht die Agenda 2010 zu erklären, letztlich erfolglos oder nicht mit ausreichendem Erfolg. Und darum war es jetzt an der Zeit zu sagen, wofür stehen die Anderen? Und das war dann auch ein Grundmotiv der Kampagne.

**Interviewer:** Da sind wir schon am Punkt, das Rheingold-Institut in Köln, ich weiß nicht, ob Sie das kennen, die haben eine tiefenpsychologische Studie über den Wahlkampf gemacht. Haben dort Wähler befragt. Und es kam raus, dass viele Wähler oder die meisten Wähler orientierungsloser wurden durch den Wahlkampf. Also der Wahlkampf nicht mehr Orientierung gebracht hat, sondern weniger. Und politische Visionen und Leitideen vermissen die Leute. Und dass nur noch eine Politik mit dem Rechenschieber gemacht wird. Können Sie solche Eindrücke oder Vorwürfe nachvollziehen?

**Johannes Schwarz:** Ja, schon. Es ist komplexer geworden. In der Berichterstattung um die Große Koalition herum wurde immer wieder gefragt; was unterscheidet euch eigentlich noch von den Anderen? Um ein aktuelles Beispiel zu nehmen, die Absetz-

barkeit von Kinderbetreuungskosten, die wir jetzt gerade diskutiert haben: Bis man erläutert hat, was im Detail das Problem ist und warum es sozialdemokratisch ist, das so zu machen und eben nicht sozialdemokratisch das anders zu machen, vergeht einige Zeit. Es ist keine klare Konfrontation der politischen Lager mehr, sondern es sind Details. Wir haben nicht mehr die alten gesellschaftlichen Milieus, wir haben nicht mehr das Phänomen, dass Menschen, die in die Gewerkschaft eintreten, gleichzeitig quasi automatisch Mitglied der SPD werden. Für uns ist es schwieriger geworden, unsere Wählerschaft überhaupt genau zu lokalisieren. Letztlich wählen uns ganz unterschiedliche Leute. Die klassischen Wähler-Parteien-Bindungen gibt es nicht mehr.

**Interviewer:** Ist Politik auch unideologischer geworden?

**Johannes Schwarz:** Das Problem liegt darin, dass wir in der Analyse der veränderten und globalisierten Rahmenbedingungen noch nicht so weit sind, dass die Wählerinnen und Wähler eine klare Vorstellung von den Unterschieden zwischen den Parteien haben. So lange es nur um nationalstaatliche Ökonomie ging, so lange es einen klaren Ost-West-Konflikt gab, gab es einfache Antworten in bestimmten Dingen. Die gibt es jetzt nicht mehr. Man kann nicht mehr mit nationalstaatlicher Ökonomie einfach alles regeln und erklären. Es gibt zwar Leute, die versuchen es immer noch, aber letztlich ist das rückwärts gewandt. Und darum muss man versuchen, als SPD oder auch als jede andere Partei, die Dinge neu zu analysieren und zu erklären. Das ist ein Grund dafür, warum die beiden großen Parteien mitten in Grundsatzprogramm-Prozessen sind.

**Interviewer:** Sie haben doch praktisch seit 1959 keines mehr gehabt.

**Johannes Schwarz:** Das stimmt nicht. 1989 gab es das Berliner Programm.

**Interviewer:** Ja, aber das war ja schon überholt, als es verabschiedet wurde. Es war zwar sehr schön ökologisch post-materiell orientiert und dann kam die Einheit und da hat ja quasi ein neuer Prozess angefangen oder, Mitte der 90er-Jahre, die Grundsatzkommission?

**Johannes Schwarz:** Ja, richtig. Aber seitdem hat sich die Welt wirklich rasant verändert. Die internationale Ökonomie, aber auch der technische Fortschritt im ganz

privaten Raum, die Kommunikationsmedien, die Anforderungen ans Lernen und so weiter. In dieser Zeit sind die Computer richtig aufgekommen, in der Zeit ist das Internet zum Massenmedium geworden. Das hat schon viele Dinge verändert. Es ist alles unübersichtlicher geworden und darum ist es, glaube ich, noch schwerer, Orientierung zu geben, auf der anderen Seite aber noch nötiger, sie auch zu bieten.

**Interviewer:** Sie haben eben schon ein bisschen was zur Wahlkampfstrategie gesagt. Strategien muss man ja auch vermitteln. Also über die Medien. Welche Rolle haben denn die Qualitäts-Medien, die entsprechenden Qualitätszeitungen, strategisch für diese, für die Vermittlung oder überhaupt bei Ihrer Arbeit, ich meine im Wahlkampf?

**Johannes Schwarz:** Qualitätszeitungen, also die großen überregionalen Zeitungen, und dazu noch die Bild, sind natürlich schon die, mit denen man grundsätzlich selber auch Themen setzen kann. Wenn wir ein Interview planen, mit dem wir speziell ein Thema nach vorne bringen wollen, dann wird es höchstwahrscheinlich in einer dieser Zeitungen landen. Die haben allerdings auch wieder unterschiedliche Leserschaften, das heißt, man muss auch immer fragen, was man damit genau möchte. Aber natürlich sind sie weiterhin eine Art Meinungsmacher. Wenn nicht unbedingt in der Masse der Bevölkerung, aber sicher in der Gruppe der Korrespondenten in Berlin, weil sie einfach beachtet und weil sie zitiert werden. Es gibt noch ein paar andere Zeitungen, die zwar nicht immer zu diesem Kreis gezählt werden, die aber eine ähnliche Wirkung erzielen, weil sie sehr konsequent über Agenturmeldungen ihre exklusiven Geschichten pushen. Grundsätzlich sind es aber schon die Großen, bei denen man im Übrigen auch das Gefühl hat, dass sie mit dem nötigen Grundwissen und dem nötigen Feingefühl an solche Interviews rangehen.

**Interviewer:** Wie würden Sie diese Zeitungen, die Rolle dieser Zeitungen für Sie gegenüber dem Fernsehen abgrenzen? Welche Bedeutung, Rolle hat für Sie dann das Fernsehen?

**Johannes Schwarz:** Um Themen zu setzen und auch mal auszuformulieren sind die Zeitungen für uns wichtiger. Das Fernsehen hat eine ganz andere Bedeutung. Man erreicht natürlich mit einem Schlag erheblich viel mehr Menschen, die TV-Duelle jetzt mal ausgenommen, das ist sowieso eine Sondersituation. Aber auch ein Auftritt in

einer der großen Talkshows kann wirklich mit einem Schlag viele Menschen erreichen. Das hat allerdings nicht unbedingt die Qualität, wie in einem Zeitungsinterview, ist aber quantitativ interessant. Wir haben im nordrhein-westfälischen Wahlkampf Franz Müntefering zum Beispiel irgendwann mal in den WDR zu „Hart aber fair“ vermittelt.

**Interviewer:** In den NRW-Wahlkampf jetzt, also nicht in dem Bundestagswahlkampf

**Johannes Schwarz:** Im NRW-Wahlkampf weil die ca. eine Million Zuschauer haben. Wir hatten bereits mit allen möglichen Zeitungen etwas gemacht und uns einfach die Frage gestellt, mit wem erreichen wir jetzt noch Masse und wo kann er sich als Mensch und damit verbunden auch unsere Themen noch mal positiv darstellen. Das kann man natürlich im Fernsehen besser. Wenn die Leute ein Bild vor Augen haben, wenn es darum geht, jemanden als Typen vorzustellen, und dabei wirklich Masse zu erreichen, ist Fernsehen unschlagbar. Das bekommt man ganz schwierig in Zeitungsinterviews hin.

**Interviewer:** Wie haben Sie denn versucht, Ihre Themen, Botschaften und Personen in diesen Medien zu platzieren? Macht man das immer noch über Hintergrundgespräche oder wie ist das?

**Johannes Schwarz:** Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wir haben im Bundestagswahlkampf zum Beispiel jede Woche den Hintergrundkreis von Franz Müntefering eingeladen, in dem etwa 50 der wichtigsten Hauptstadt-Korrespondenten vertreten waren. Das machen wir zu anderen Zeiten nicht so oft, weil es natürlich auch Geld und Zeit kostet. Wir haben das gezielt im Bundestagswahlkampf gemacht und haben jede Woche unsere Botschaften auch im Hintergrund gesetzt, einen bestimmten Teil immer unter drei gemacht, einen anderen Teil auch immer unter eins, um da dann auch Nachrichten zu produzieren. Wenn wir wirklich ein einzelnes Thema puschen wollen, das bisher noch nicht bekannt ist, dann machen wir es auch oft so, dass wir exklusiv an irgendeine Zeitung rangehen. Also wir kriegen Kenntnis von dem Ereignis Y oder wir haben dieses und jenes Papier, nehmen wir zum Beispiel das Manuskript der Rede, die die so genannte Heuschrecken-Debatte ausgelöst hat, also die Kapitalismuskritik von Müntefering. Dieses Manuskript haben wir vorab, so meine ich mich zu erinnern, der Süddeutschen gegeben. Die haben das dann an dem Tag,

an dem er die Rede gehalten wurde, schon gebracht und haben damit morgens das Thema gesetzt. Das war dann in den Morgennachrichten. Alles hat sich dann auf die Rede gestützt und dadurch haben wir die Kommunikation gut in Gang gesetzt. Das kann man auch mit einer Nachrichtenagentur machen. Aber die Qualitätszeitungen sind schon geeignet, auch gerade wenn es komplexer ist, um bestimmte Themen zu setzen.

**Interviewer:** Der SPD-Wahlkampf 1998 galt ja als besonders professionell oder besonders großer Professionalisierungsschub. Ob das jetzt stimmt, das sei mal dahin gestellt. Welche Professionalisierungstendenzen haben Sie denn 2005 festgestellt? Also, was ist neu gewesen oder was ist weiter entwickelt worden gerade im Bereich der Medienarbeit?

**Johannes Schwarz:** Wir haben uns nach innen professionalisiert. Wir sind in unserer Medien-Beobachtung wesentlich schneller geworden. Wir sind in unserem Anfrage-Management schneller geworden. Und wir mussten auch bei all dem schneller werden. Wir haben einfach festgestellt, dass der Nachrichtenzyklus so schnell wird, dass wir eigentlich konstant die Agenturlage und die Fernsehlage im Auge behalten müssen und wir haben das auch organisiert. Wir haben insbesondere die TV-Auswertung professionalisiert. Schon in den letzten Wahlkämpfen haben wir bei Talkshows mitgeschrieben.. Aber diesmal haben wir alles aufgezeichnet und archiviert auf DVD. Wir haben ein Protokoll der Sendungen gemacht und wir hatten das morgens vorliegen, um diese auszuwerten, zu reagieren und gegebenenfalls auch nachts schon einen Anstoß zu geben. Wir haben die Ticker-Beobachtung noch mal verstärkt. Und, wie gesagt, wir haben das Anfrage-Management, also das, was an Presseanfragen, die ja auch oft ein Indikator für die Themen sind, die sich entwickeln, ankam, noch mal verbessert, indem wir mit diversen Filtern gearbeitet haben, auf bestimmte Themen geachtet haben und so weiter. Das ist dann teilweise schon geordnet und gefiltert bei mir aufgelaufen und ich habe dann Alarm ausgelöst oder eben nicht. Diese ganzen Prozesse haben wir noch mal gestrafft und vor allem einfach technische Verbesserungen vorgenommen. Was die Medienarbeit betrifft, muss man auch sagen, dass man ständig dazulernt, was Fernsehbilder angeht. Neue Entwicklungen gibt es auch immer im Bereich der digitalen Medien. Das war in den letzten Wahlkämpfen schon immer ein kontinuierlicher Prozess. Wir haben das Internet

beispielsweise auch noch mehr für die Pressearbeit genutzt.

**Interviewer:** Herr Schröder hat ja bei seinem Auftritt am Wahlabend gesagt, dass es eine Medienkampagne gegen die Regierung gegeben hätte. Wie würden Sie das beurteilen, diese Aussage?

**Johannes Schwarz:** Ich kann das nachvollziehen. Es gab immer wieder Situationen gab, wo beispielsweise die Arbeitsmarktzahlen dargestellt wurden als eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr, ohne dabei zu sagen, dass die Zahl vor allem dadurch höher war, dass mit der Arbeitsmarktreform viele Menschen, die zuvor überhaupt nicht erfasst worden sind, erstmals gezählt wurden und damit im Übrigen auch ein Anrecht auf Förderung bekamen. Für viele war das eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Aber wir hatten wahnsinnig oft die Situation, dass wir auf Medienberichte reagieren mussten, die den Hintergrund von Hartz IV nicht erläutert haben. Warum ist die Arbeitslosenzahl durch Hartz IV erst mal gestiegen? Die Tatsache, dass ganz viele Sozialhilfeempfänger mit einbezogen wurden, die vorher gar nicht erfasst worden sind, wurde schlicht und einfach verschwiegen, nicht genannt und deswegen sehen natürlich auch die Zahlen dramatisch aus. Wenn man das ordentlich erklären würde, was eigentlich auch Pflicht von einem ordentlich recherchierten Journalismus wäre, dann sähen die Zahlen anders aus und hätten vielleicht auch eine andere Akzeptanz gefunden. Das wurde dann, in der Häufigkeit, wie das passiert ist, in Teilen unserer Partei als Medienkampagne empfunden. Ich bin immer vorsichtig selber so was als Medienkampagne zu bezeichnen, weil ich auf ein gutes Verhältnis mit den Medien angewiesen bin und das auch irgendwie pflegen muss. Ich habe aber auch ganz viele Journalisten in Gesprächen erlebt, die gesagt haben, dass man das so nicht machen kann und das unseriös ist. Es wurde also auch auf Seiten der Medien teilweise so wahrgenommen, zumindest wenn man sie auf Einzelfälle angesprochen hat. Ähnliches gilt für andere Themen, die schwierig waren. Was Gerhard Schröder und andere in unserer Partei betrifft, ist es natürlich auch so, dass, wenn man selber Politik macht und wenn man die in einer schwierigen Situation zu vertreten hat, so manche Kritik auch als überzogen empfindet.

Ein anderes wichtiges Beispiel war, dass eigentlich mit Beginn des Wahlkampfes, mit dem 22. Mai oder auch schon vorher, der Abgesang auf die SPD begonnen hatte. Wenn man Zeitungen gelesen hat, konnte man den Eindruck haben, dass am am

Anfang des Wahlkampfes schon fest stand, dass diese Regierung abgewählt wird. Und das erzeugt natürlich auch eine gewisse Stimmung bei den Wählern. Letztlich musste man am Wahlabend sagen, und in dieser Situation hat Schröder das natürlich auch gesagt, die hatten nicht Recht. Es war nicht so hoffnungslos, es war nicht so klar, wie man versucht hat, den Leuten Glauben zu machen. Und da wir aus demoskopischen Analysen wissen, dass viele Wählerinnen und Wähler eher auf der Gewinnerseite sein wollen, dass das auch bei Wahlentscheidungen eine Rolle spielt, ist es eben problematisch, wenn Medienberichte schon Monate vor der Wahl suggerieren, dass die Sache eigentlich gelaufen ist.

**Interviewer:** Wie beurteilen Sie denn die publizistischen Leistungen von FAZ und SZ in diesem?

**Johannes Schwarz:** Im Wahlkampf hatten auch diese beiden Zeitungen das Problem, dass das Tempo so hoch und es schwierig war, lang recherchierte Qualität abzuliefern. Ich hatte schon den Eindruck, dass die beiden relativ distanziert berichtet haben, dass sie sich die Mühe und die Arbeit gemacht haben, auch in dieser hektischen Zeit die Dinge differenzierter darzustellen. Insgesamt hatte ich aber den Eindruck, dass alles eigentlich zu schnell war, um wirklich lange Debatten über bestimmte Themen zu führen und das galt dann letztendlich auch für diese beiden Zeitungen. Nichtsdestotrotz muss man bei denen und bei ein paar anderen auch noch sagen, konnte man bei diesen Zeitungen immer mit den Redaktionen und den Redakteuren, den Korrespondenten reden und auch in längeren Gesprächen versuchen, unsere Sicht der Dinge zu erklären.

Bei vielen kleineren Zeitungen geht das gar nicht, weil sie einfach nicht die personelle Ausstattung haben, um das zu leisten. Die Qualitätszeitungen sind da natürlich, was ihre personelle Ausstattung angeht, im Vorteil und sie haben da auch ihre Rolle, bestätigt.

**Interviewer:** Also diese inhaltliche Rolle, diese stark inhaltlich bestimmende Rolle in Deutschland?

**Johannes Schwarz:** Ja, und vor allem auch die Rolle, differenzierter zu berichten und zu erklären.

**Interviewer:** Welche Medien haben denn in den Abgesang auf Rot-Grün eingestimmt?

**Johannes Schwarz:** Es waren eigentlich alle, fast durch die Bank. Es gibt ein paar einzelne Korrespondenten, die das nicht gemacht haben. Andersherum gab es bedauerlicherweise auch besonders gut ausgestattete Redaktionen, von denen man ein differenziertes Meinungsbild erwarten dürfte, die sich überhaupt gar keine Mühe gegeben haben, sich selbst zu hinterfragen und verschiedene Sichtweisen darzustellen. Da hat man sich dann ziemlich weit von dem Prinzip der Überparteilichkeit weg bewegt. Es gibt Redaktionen, von denen wir wissen, dass sie die Ansage hatten, die Sache solle so und so ausgehen.

**Interviewer:** Da meinen Sie den Spiegel.

**Johannes Schwarz:** Ich nenne keine Namen. Aber es gibt glaubhafte Berichte, dass das so war. Und diese Medien haben einen Einfluss. Diese Büros, die sehr üppig ausgestattet sind, haben dann natürlich auch Macht, ihre Meinung in den Medien zu kommunizieren. Wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, dass es einzelne Korrespondenten gab und gibt, die sich wirklich durch die Bank weg korrekt verhalten haben. Mit denen wir, ob sie nun unsere Freunde sind oder nicht, immer ehrlich reden konnte und die sich fair verhalten haben.

Bei der FAZ, die nun wirklich nicht als SPD-nah gilt, gibt es zum Beispiel so einen Kollegen.

**Interviewer:** Und die SZ? Steht Ihnen ja nun nicht so fern.

**Johannes Schwarz:** Nein, da gibt es auch einzelne Leute, über die man das sagen kann. Ich habe die SZ zu Hause, darum habe ich sicherlich keine grundsätzlichen Probleme mit dieser Zeitung. Man konnte mit ihnen auch immer reden und sicherlich steht die SZ Rot-Grün politisch etwas näher.

**Interviewer:** Sind Sie von der SZ enttäuscht?

**Johannes Schwarz:** Nein, ich bin nicht enttäuscht von der SZ. Ich habe Phasen, wo ich generell von allen Medien enttäuscht bin, aber das ist, glaube ich, eine Berufskrankheit.

**Interviewer:** Gerade Qualitäts-Medien, das kann man immer wieder sehen, jetzt 2005 nicht, weil da Ihr Wahlkampf, glaube ich, nicht so war. Aber 2002 und vor allen Dingen 1998, ist ja auch gerade an Ihre Adresse gesagt worden, der deutsche Wahlkampf, der würde immer inhaltsleerer, immer Showlastiger, immer personalisierter. Was halten Sie von solchen Aussagen?

**Johannes Schwarz:** Ich glaube, da müssen sich die Medien auch fragen, was ihr Anteil ist. Ich bin Anhänger der These, dass die Veränderungen in der politischen Kommunikation eher von den Medien und vom Medienmarkt als von den Parteien ausgelöst wurden. Letztlich ist das, was die SPD 1998 gemacht hat, und was seitdem alle machen, sich den Anforderungen der Medien anzupassen. 1998 war das vielleicht ein bisschen überdreht, sozusagen die Inszenierung der Inszenierung. Aber eigentlich, um ein Beispiel zu geben, kann man keinen Parteitag mehr machen, bei dem einfach nebeneinander an Holztischen die Parteispitze sitzt, an den Wänden nichts los, die Beleuchtung schlecht ist und es keine Dramaturgie gibt. Da schaltet jeder Fernsehzuschauer ab. Die Sender finden das nicht interessant, ich würde sogar sagen, dass die Zeitungen es nicht interessant finden, wenn man keine Dramaturgie bietet, die sie schildern können. Und wir würden unsere Botschaften nicht rüberkriegen. Also das heißt, dass wir schon gemerkt haben, dass insbesondere das Fernsehen bestimmte Dinge erfordert, die wir dann in der politischen Kommunikation geändert haben und die als Inszenierung beschrieben werden können. Das ist der eine Aspekt der andere ist, dass die Kommunikation schneller geworden ist und dass das Fernsehen dabei eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Wir haben jetzt diverse Nachrichtensender, die jeden Tag bei uns anrufen, jeden Tag gerne den Parteivorsitzenden oder Generalsekretär im Interview hätten, weil sie ihr Programm füllen müssen. Die stellen sich dann fünf Minuten dort hin, kommen mit drei Sätzen vor und eigentlich hat es keinen Effekt, außer dass sie da waren und das Gesicht auf dem Bildschirm zu sehen war. Inhaltlich kann man da nicht viel rüberbringen. Darauf haben auch wiederum die Zeitungen reagiert. Weil natürlich dieses Tempo diese auch mitzieht. Das heißt wiederum, dass wir schneller und häufiger Interviews machen müssen, die Themen häufiger wechseln und man gar nicht zu Ende diskutieren kann.

**Interviewer:** Für den Wahlkampf 1990 belegt eine Studie, dass der Anteil der Wahlkampfberichterstattung im politischen Teil der vier Qualitätszeitungen so niedrig wie

sonst in den ganzen bundespolitischen Geschichte nicht war. Von 1994 an ist er leicht gestiegen, 1998 explosionsartig nach oben gegangen und 2002 hat es sich noch mal verdoppelt.

**Johannes Schwarz:** Über den Wahlkampf selber?

**Interviewer:** Nein, die Wahlkampfberichterstattung insgesamt. Besonders hoch ist dabei der Anteil vor allen Dingen bei der SZ, über den Wahlkampf selber, also Prozess-Themen.

**Johannes Schwarz:** Ja.

**Interviewer:** Inhaltliche Themen weniger. Können Sie das nachvollziehen? Oder ist das auch Ihre Beobachtung? Dass Medien oder gerade auch Qualitäts-Medien mehr zum Beispiel über den Wahlkampf selber berichten. Über Wahlkampfthemen, über Prozess-Themen als über Inhalte?

**Johannes Schwarz:** Ich überlege. Also, ich meine, die Beobachtung trifft zu. Wobei ich sagen muss, dass ich vielleicht nicht alt genug bin, um das wirklich im Verlauf einer längeren Zeit beurteilen zu können. Ich habe aber selber mal zu dem Thema wissenschaftlich gearbeitet und kann sagen, dass bestimmte Themen und Entwicklungen auch 1972 bei der Willi-wählen-Kampagne spätestens so ähnlich da waren. Auch da wurde der Wahlkampf für Brandt thematisiert. Aber es kann gut sein, dass es inzwischen mehr Interesse gibt, wer die Hintermänner sind, weil dies vielleicht auch noch die interessanteren Themen sind, weil alles andere in einer derartigen Masse breit getreten wird, dass man es nicht mehr exklusiv vermelden kann. Sodass als Hintergrundberichte inzwischen eher die Dinge zählen, die technischer-organisatorischer Art sind als das, was vielleicht hinter dem und dem Thema steckt. Hinzu kommt, glaube ich, dass es auch schwieriger geworden ist, für Redakteure und Redakteurinnen, wahre Hintergründe zu erfahren. Weil die Parteien, die Fraktionen, die Bundesregierung und auch die Landesregierungen gelernt haben, dass man bei dem Tempo, was wir inzwischen in den Nachrichtenzyklen haben, sehr darauf achten muss, was an die Öffentlichkeit dringt. Und deswegen auch Entscheidungen in immer kleineren Zirkeln stattfinden, wenn man möchte, dass sie nicht sofort am nächsten Tag in der Zeitung stehen. Das macht es natürlich auch schwieriger, Hintergründe und Diskussionen darzustellen. Und deswegen werden vielleicht andere

Themen gesucht.

**Interviewer:** Wenn Sie jetzt mal in die nächsten zehn Jahre die Rolle und Bedeutung der Qualitäts-Medien skizzieren müssten, wo würden Sie deren Entwicklung sehen?

**Johannes Schwarz:** Schwer zu sagen, weil ich glaube, dass zum Beispiel entscheidend ist, wie der technische Fortschritt in den Medien sein wird. Das Internet zum Beispiel – vor ein paar Jahren hat das noch niemand so gesehen, wie es jetzt ist. Spiegel-Online spielt inzwischen in der –zumindest im politischen Umfeld in Berlin – eine ganz entscheidende Rolle, was das Setzen von Nachrichten und Themen angeht. Gerade im Tagesgeschäft und das hätte vor zehn Jahren noch niemand so beurteilen können. Deswegen fällt es mir schwer zu sagen, wie der Job in zehn Jahren aussieht. Ich glaube schon, dass weiterhin Zeitungen als Printmedien eine Rolle spielen und ich glaube, dass es auch drei, vier herausgehobene Zeitungen geben wird. Wobei es viele Variablen gibt, die das beeinflussen können. Aber im Moment sehe ich das so. Zu den Variablen gehört beispielsweise eine weitere Konzentration im Medienbereich. Des Weiteren die Rationalisierung im Zeitungswesen. All diese Dinge kann man jetzt nicht voraussagen. Ich glaube aber, trotz allem, dass es weiterhin einen Markt für Qualitäts-Journalismus geben wird.

**Interviewer:** Ich würde noch zum Schluss eine Frage stellen, aber erst mal fragen, haben sie sich mit dem amerikanischen Campaigning und Journalismus beschäftigt haben?

**Johannes Schwarz:** Ja, relativ ausführlich.

**Interviewer:** Es wird ja auch immer wieder behauptet, diese Amerikanisierungen, der politischen Kommunikation, also, dass die SPD oder auch andere Parteien sehr stark sich Anleihen in Amerika holen würden und dass dadurch eben auf die Inhalte weniger geachtet wird. Also, glauben Sie, dass der amerikanische Wahlkampf so inhaltsleer ist, wie der immer beschrieben wird in den Medien?

**Johannes Schwarz:** Nein, das denke ich nicht, denn ich glaube, dass in den USA einfach die Entwicklung, dass das Fernsehen einen größeren Einfluss bekam, früher eingesetzt hat. Und das liegt auf der einen Seite an der Größe des Landes. Es gibt kaum Zeitungen, die in den USA in ähnlicher Art und Weise wie hier den ganzen

Markt abdecken. Es gibt ein ganz interessantes Buch von Martin Plissner, ehemaliger CBS-News-Chef war er, glaube ich. Der beschreibt dort einen Parteitag, glaube der Republikaner, bei dem zum ersten Mal die Erfahrung gemacht wurde, was für eine Wirkung geschlossene Türen im Fernsehen haben. Da ging es nämlich um Entscheidung für die Präsidentschaftskandidatur, die hinter diesen verschlossenen Türen ausgeklüngelt werden sollte. Die Fernsehkameras haben einfach stundenlang die verschlossene Tür gezeigt, haben aber zur gleichen Zeit irgendeine Informationsquelle aus dem Saal raus gehabt und berichtet, was da drin passiert. Was das Ganze zu einem Desaster für den damaligen eigentlichen Favoriten gemacht hat, und letztlich dazu geführt hat, dass ein anderer Kandidat auf diesem Parteitag nominiert wurde. Damals ist, so beschreibt Plissner es zumindest, den ersten Leuten klar geworden, was für eine Macht und was für eine Rolle das Fernsehen hat. Die zunehmende Kommerzialisierung, die Rolle von Werbung und die Notwendigkeit, Nachrichten kürzer zu machen hat dann zu weiteren Veränderungen innerhalb des Formates Fernsehen geführt. Es gilt zuzuspitzen auf einen großen Moment. In den Parteitags-Inszenierungen, aber auch in den Kernaussagen der Politik. Man hat Reagan nachgesagt, dass er das großartig konnte. Die Demokraten haben es 1992 das erste Mal mit Clinton wirklich gut geschafft, das Fernsehen zu nutzen und sich an diese Gegebenheiten anzupassen. Ich glaube, das sind einfach Entwicklungen, die in den USA ein paar Jahre früher stattgefunden haben, die eher mit dem Mediensystem als mit kulturellen Dingen zusammenhängen und deswegen früher oder später bei uns auch ankommen, weil sich diese Entwicklungen im Mediensystem halt hier auch durchsetzten.

**Interviewer:** Zum Schluss noch eine Frage zum Themenkomplex Politics. Viele deutsche Zeitungen berichten ja gern über den Wahlkampf selber, über Wahlkampfstrategien und Wahltaktik aber auch über Koalitionsspekulationen oder innerparteiliche Konflikte. Gerade die Berichterstattung über den Wahlkampf selber hat seit 1998 in einigen Medien wieder deutlich zugenommen. Versucht die SPD, das Interesse der Medien am Wahlkampf selber durch eigene Angebote (z .B. in Form von Themen, Ereignissen oder Hintergrundgesprächen) zu steuern und diesem Angebot zu entsprechen und welche Ziele verfolgt die SPD dabei?

**Johannes Schwarz:** Wir müssen diese Themen nicht aktiv vermitteln, da das Inte-

resse der Medien daran sehr hoch ist. Wir richten uns aber natürlich darauf ein und berücksichtigen bei unserer Planung, dass ein Medieninteresse an Bildern und Informationen aus und zu der Wahlkampfzentrale besteht. In erster Linie ist das aber keine Inszenierung für die Medien, sondern daran orientiert, ob es der Kampagne als Ganzes dient. Konkret heißt das, dass wir prüfen, ob wir mit einem neuen Instrument, wie im letzten Bundestagswahlkampf z.B. Weblogs, die Wählerinnen und Wähler besser erreichen. Diese geben dann der Kampagne zwar auch ein modernes Image, würde aber niemals umgesetzt, wenn wir uns nicht wirklich einen konkreten Nutzen davon versprechen würden. Wenn dann feststeht, welche Instrumente wir nutzen, machen wir uns dann als zweites natürlich auch Gedanken darüber, wie wir das gut darstellen. Wenn uns das gelingt, hat es natürlich auch positive Effekte für die Kampagne - z.B. eine bessere Motivation der eigenen Leute, weil sie das Gefühl haben in einem guten Team mit einem guten Projekt gute Arbeit zu machen. Dementsprechend spielen diese Frage erst in zweiter Linie eine Rolle bei der Kampagnenplanung, sind dann aber durchaus nicht unwichtig.

**A 1.6. Interview mit Dietmar Huber, persönlicher Wahlkampfberater von Joschka Fischer in den Bundestagswahlkämpfen 1998, 2002 und 2005 und Pressesprecher der grünen Bundestagsfraktion von 1998 bis 2006.**

**Datum und Ort: 21. März 2007 in Berlin**

**Interviewer:** Du warst Pressesprecher der Grünen Bundestagsfraktion zwischen 1994 und 2006.

**Dietmar Huber:** Ja, zunächst stellvertretender Sprecher. Ab 1998 dann Sprecher.

**Interviewer:** Und persönlicher Wahlkampfmanager von Joschka Fischer in den Bundestagswahlkämpfen 1998, 2002 und 2005.

**D. Huber:** Ja, 1998, 2002 und 2005 sowie im Europawahlkampf 2004.

**Interviewer:** Es geht darum, ich möchte mit dir über ein paar Sachen aus der deiner Erfahrung des Wahlkampfes 2005 sprechen. Ich möchte aber auch über die generelle Bedeutung von Qualitätsmedien mit dir sprechen. Wenn ich von Qualitätsmedien spreche, meine ich immer hauptsächlich Tageszeitungen und da vor allem die FAZ und die SZ. Und eben über die Qualität der Berichterstattung, hauptsächlich im Wahlkampf, möchte ich dich befragen. Wie würdest du allgemein den Wahlkampf im Rückblick 2005 auch in Bezug auf die Rolle der Inhalte beurteilen?

**D. Huber:** Aufgrund der Kürze der Planungszeit lag der Schwerpunkt weniger auf der inhaltlichen Vorbereitung, sondern es ging in den Wahlkämpfen 2005 aufgrund der für alle überraschenden, zumindest für die Grünen überraschenden Neuwahlentscheidung von Kanzler Gerhard Schröder darum, sehr schnell eine schlagkräftige Kampagne aus dem Boden zu stampfen. Das heißt, wir hatten Zeit von Ende Mai bis Mitte Juli. Und praktisch aus dem Regierungsprozess heraus mit dem Damoklesschwert über dem Haupt, dass man mit großer Wahrscheinlichkeit nach dieser Entscheidung und den folgenden Ereignissen auch aus der Regierung verschwinden

wird, mussten wir als Regierungspartei in den Wahlkampf ziehen

Die Schwierigkeit für die politische Positionierung im Wahlkampf bestand darin, einerseits aus der Situation einer Nochregierungspartei heraus auch zu dem zu stehen, was man mit zu verantworten hatte in dieser Situation. Und da sind natürlich, wenn man kleiner Koalitionspartner ist, eine ganze Reihe von Dingen dabei, wo man auch Bauchschmerzen hatte, die man aber nun trotzdem verteidigen musste. Und auf der anderen Seite ging es darum, sich als eigenständige politische Kraft zu profilieren. In diesem Spannungsfeld bewegen sich natürlich immer Regierungsparteien, wenn sie in den Wahlkampf ziehen. Aber aufgrund dieser komprimierten Situation, die wir hatten, also die Ankündigung der Wahl im Mai und im September bereits die Wahl, die Zeit schien uns davon zu laufen. Zumal noch eine Sommerpause kam, in der die Aufmerksamkeit des Publikums erst mal sinkt, weil man eben in Urlaub fährt und Ferien macht. Also wo schönere Dinge naturgemäß eine größere Rolle spielen, als sich mit den politischen Programmen der Parteien oder ihren Wahlmanifesten auseinanderzusetzen.

**Interviewer:** Wie würdest du den Wahlkampfverlauf Zeit für die Grünen beschreiben?

**D. Huber:** Nachdem die Grünen den Schock überwunden hatten, was relativ schnell ging, das hat vielleicht eine Woche gedauert, ist die Partei - die ja nicht als professionelle Wahlpartei groß geworden ist - doch sehr schnell dazu übergegangen, aufbauend auf den Erfahrungen von 2002 einen hoch professionellen Wahlkampf zu organisieren: mit Joschka Fischer als Spitzenkandidaten und einem Team aus den besten Leuten. Der Zeitfaktor und das begrenzte Budget der Partei ließen wenig Raum für große Sprünge bzw. völlig neue Ideen. Der Wahlkampf hat sich auch deshalb stark an den Erfahrungen des Erfolges von 2002 orientiert. Und Kern der Kampagne war bei den Grünen eine sechswöchige Deutschlandtour des Spitzenkandidaten Joschka Fischer. Das hat sich schon 2002 bewährt, das sollte auch 2005 wieder klappen. Der Verlauf hat gezeigt, dass, obwohl die Grünen letztlich nur als fünfte Partei ins Parlament eingezogen sind, auch aus einer schwierigen Ausgangsposition heraus hervorragende Ergebnisse erzielen können. Trotz der ganzen Vorgeschichte, Agenda 2010, die die Grünen ja auch stark mit vertreten haben, massiven An-

griffen von links und von rechts und fast der gesamten Presse. Ausschlaggebend dafür waren aus meiner Sicht die hohe Mobilisierung der Anhänger, die Geschlossenheit in der Spitze und vor allem der persönliche Einsatz Fischers.

**Interviewer:** Jetzt bist du Wahlkampfmanager gewesen, wenn ich denke, dann ist da noch Parteizentrale.

**D. Huber:** Ich habe mich ausschließlich um Fischers Wahlkampf gekümmert, insofern ist Manager ein irreführender Begriff. Begleiter trifft es besser.

**Interviewer:** Da frage ich mich aber, da ist das eine strategische Zentrum, sage ich jetzt mal, die Bus-Tour, dann das Nächste ist die Parteiführung und die dritte strategische Ebene ist die Fraktion. Dann die Ministerien, die drei grünen Ministerien, also da kreuzen sich im Endeffekt die strategischen Linien, aber wer hat da den Hut auf?

**D. Huber:** Das macht eine kollektive Führung, das heißt, die Spitzenleute aus der Fraktion, den Ministerien, die Minister, die drei Minister, dann die zwei Fraktionsvorsitzenden, die zwei Parteivorsitzenden, die Geschäftsführer von Fraktion und Partei und der Wahlkampfleiter der Partei, das war Fritz Kuhn. Und dazu gehörten dann noch zu diesem Team die Sprecher von Partei, Fraktion, Regierung und ein Vertreter der Agentur. Die haben einmal wöchentlich gemeinsam gegessen, das war auch eine positive Erfahrung von 2002, die sofort aufgenommen wurde, also schon die erste die Krisensitzung der Partei- und Fraktionsspitze, als die Schröder-Entscheidung uns bekannt wurde, fand in dieser informellen Runde statt.

**Interviewer:** Wer hat die Medienarbeit koordiniert?

**D. Huber:** Die Gesamtstrategie wurde in dem informellen Führungsgremium, dem so genannten Spitzenteam, besprochen und festgelegt. Das aktuelle Tagesgeschäft lief dann über die Stäbe der einzelnen Politiker. Ich war für die Koordination von Fischers gesamter Medienarbeit verantwortlich. Im Vorfeld wurden größere Sachen natürlich gemeinsam besprochen. Also auch zum Beispiel, geht man in diese TV-Show oder macht man dieses Interview. Der Punkt war, man diskutiert eine Entscheidung, wo es auch unterschiedliche Auffassungen gibt, macht man dieses Duell

der kleinen Parteien mit Westerwelle, Lafontaine und Fischer, wo man weiß, für Westerwelle ist das eine komfortable Position, für Fischer ganz schwer, ja, für Fischer am schwersten, weil der musste seinem alten politischen Freund mit dem er seit Jahren nicht mehr gesprochen hatte nach dem Abgang 1999, musste sich Oskar Lafontaine vor laufenden Kameras vor einem Millionen Publikum stellen, eine politisch schwierige Entscheidungssituation.

**Interviewer:** Jetzt wollte ich dich fragen zu den Qualitätszeitungen. Welche Rolle haben die denn für Eure Wahlkampfstrategie gespielt?

**D. Huber:** Im Wahlkampf keine besondere, weil im Wahlkampf kannst du nicht sechs Wochen lang eine Kontinuität der Berichterstattung in den Qualitätsmedien gewährleisten. Das war aber auch kein Problem, weil, wir zufrieden waren mit dem, was sie gemacht haben. Es gab gute Drähte zur Süddeutschen Zeitung, die auch in unserem „Joschka-Fischer-Wahlkampf-Bus“ mit gefahren ist. Diese Bustour war ja schon 1998 ein großer Erfolg, fast schon ein Mythos. Warum? Natürlich in erster Linie wegen Fischers Rolle als Pop-Star der deutschen Politik. Aus meiner Sicht aber auch wegen der einmaligen, geradezu altmodisch anmutenden Art, Wahlkampf zu machen. Wer setzt sich im Medienzeitalter schon fast sieben Wochen in einen Bus, fährt kreuz und quer durch Deutschland - von Marktplatz zu Marktplatz? Niemand sonst, weil die Fernsehstudios ja ganz bequem gleich um die Ecke sind. Im Bundestagswahlkampf 2002 war Fischers Bustour das herausragende Ereignis, mit dem die Grünen neben dem Thema Irak medial wahrgenommen wurden; 2005 war es ebenso dominant. Möglicherweise lag das auch daran, dass für viele Beobachter der heisere, verschwitzte Fischer das einzig authentische Erlebnis in dem Sinne ist, was es heißt, um jede Stimme zu kämpfen. Auf einen Aspekt muss ich in diesem Zusammenhang hinweisen: Die großen Parteien haben aufgrund ihrer logistischen und materiellen Möglichkeiten immer Publikum aus der ganzen Region, die können mit Bussen viele Parteianhänger zusammenbringen. Die Grünen haben diese Möglichkeit nicht. Doch zu Fischer kamen die Leute fast von selbst, nur aufgrund von ein paar Plakaten und Mund-zu-Mund-Propaganda. Wir hatten in den Großstädten wie in München oder Frankfurt zehntausend Zuhörer auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes.

**Interviewer:** Die Qualitätszeitungen spielen jetzt keine andere Rolle, als sie normalerweise spielen?

**D. Huber:** Nein, die spielen die gleiche Rolle wie sonst auch. Die Süddeutsche Zeitung hat insofern noch mal eine besonders wichtige Rolle gespielt, weil sie allgemein durch ihre Berichterstattung und speziell durch ihre Artikel über die Bustour von Fischer natürlich als meinungsführendes Medium andere Medien beeinflusst hat. Nicht in deren Meinungsbildung, aber einfach in dem Sinne: der Fischer-Bus rollt und rockt, da müssen wir mal mit! Als auf der Seite 3 dieses Feature, so eine Zweidrittelseite in der SZ erschien, gab's erst noch mal einen sprunghaften Anstieg der Anmeldungen von Journalisten und wir waren da schon in der zweiten Hälfte der Bustour. Das war eigentlich nicht geplant, aber ich habe dann gemerkt, je näher wir an die Wahl kommen, desto mehr hatten wir Probleme, die Leute unterzubringen. Also daran hat man einfach gesehen, dass über die normale Leserschaft der Süddeutschen Zeitung hinaus sie auf jeden Fall eine meinungsführende Funktion oder meinungsbildende Funktion hatte für die anderen Journalisten.

**Interviewer:** Welche Rolle spielen die Qualitätszeitungen deiner Meinung nach wie FAZ und SZ generell im Wahlkampf?

**D. Huber:** Ich wollte dazu noch was sagen. Also das war so ein ganz besonderer Punkt bezogen auf unseren Wahlkampf. Insofern war die Süddeutsche natürlich wichtig. Aber was generell wichtig war oder ein Kennzeichen für die Qualitätsmedien ist, dass natürlich die Bewertung der Wahlaussagen in diesen Blättern eine sehr große Rolle gespielt hat für uns.

**Interviewer:** Und das Fernsehen, welche Rolle spielt das?

**D. Huber:** Das braucht man für schöne Bilder. Das Fernsehen spielt in Wahlkämpfen heute eine herausragende Rolle, was sich schon in der Inszenierung der Fernsehduelle niederschlägt. Dass es dabei von Anfang an und zunehmend um eine Selbstinszenierung der Medien, ja auch um eine Machtdemonstration ging, sei mal dahin gestellt. Aus Sicht der Politiker ist die Rechnung ganz simpel: Mit relativ wenig Aufwand lässt sich via Bildschirm eine große Anzahl möglicher Wähler erreichen. Das drama-

turgisch durchgeplante TV-Theater löst die direkte Begegnung mit dem Wähler auf dem Marktplatz ab. Daran sind nicht nur die Medien Schuld, das hat auch mit dem neuen Politikertypus zu tun. Joschka Fischers Abschiedsworte, er sei der letzte Live-Rockenroller der deutschen Politik, waren nicht nur Eigenlob sondern vor allem auch Kritik an diesen „Deutschland sucht den Bundeskanzler“ Spektakeln im Fernsehen.

Der Begriff Kampf wird in den Wahlauseinandersetzungen immer ein bisschen versteckt, aber es ist ein Kampf. Und der wird natürlich auch nicht immer mit fairen Mitteln ausgetragen. 1998 war zum Beispiel ein Höllentrip für die Grünen. Das war in hohem Maße unfair.

**Interviewer:** Die Fünf-Mark-Debatte?

**D. Huber:** Ja, die fünf Mark haben wir gar nicht beschlossen, die Grünen selber hatten ja nur ein Konzept vorgelegt, wo Steigerungsraten festgelegt wurden. Was dumm war. Seitdem haben die Grünen, also eine Lehre aus 1998 war, dass man alles vermieden hat, sich auf Zahlen festzulegen. Oder denke mal an Schröders Ankündigung bei den Arbeitslosenzahlen. Das erwies sich als schwere Hypothek seiner ganzen Kanzlerschaft.

**Interviewer:** Weil Stoiber ihn im Wahlkampf 2002 ja auch immer wieder an sein gebrochenes Versprechen erinnert hat...

**D. Huber:** Ja. Und künftig werden sich Politiker immer weniger auf irgendetwas festlegen, weil es gerade im Bereich der Wirtschaft immer schwieriger wird, verlässliche Prognosen abzugeben. Nimm zum Beispiel Lafontaines Wahlkampf-Versprechen, die von Rot-Grün dann auch eingelöst wurden. Es stellte sich heraus bei genauer Betrachtung der finanziellen Entwicklungen im Haushalt, dass zum Beispiel die Wiederherstellung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall teuer werden würde. Unterm Strich wurde es im folgenden Jahr für diejenigen, für die man eigentlich das Wahlversprechen gegeben und eingelöst hatte, am Ende noch teurer

**Interviewer:** Noch mal zurück zur Ausgangsfrage: Welche Rolle spielen Qualitäts-

medien wie die FAZ im Wahlkampf?

**D. Huber:** Qualitätsmedien spielen eine wichtige Rolle, erstens was die allgemeine Bewertung der Wahlprogramme der Parteien betrifft, und zweitens, was die Gewichtung der Botschaften betrifft. Da setzen sie die Maßstäbe für die Meinungsbildung.

**Interviewer:** Und die Online-Medien?

**D. Huber:** Das ist nicht mein Medium. Aber das hat eine große Rolle gespielt und es wurde auch sehr professionell gemacht. Wir haben direkt im Bus, im Bus-Team einen gehabt, der sich ausschließlich mit der Bespielung der Internetcommunity befasst hat. Der aus dem Bus heraus ein Tagebuch gemacht hat. Also Dinge gemacht hat, wo du sagst, was hat das denn mit Wahlkampf zu tun, warum müssen die Leute wissen, dass der und der Typ noch mitfährt, der sich um diese und jene Dinge kümmert, dass er praktisch Tag und Nacht an Fischers Seite ist. Aber diese kleinen Geschichten aus dem Bus, wurde mir berichtet, hätten doch ein sehr großes Publikum gefunden.

**Interviewer:** Welchen Einfluss haben die Qualitätszeitungen denn auf die Politik und umgekehrt?

**D. Huber:** Es ist eine Symbiose. Man lebt voneinander, miteinander und gegeneinander. Und das führt eben auch dazu, dass Politiker morgens eine Presseauswertung machen. Das ist schon wichtig, was da geschrieben wird, die Kommentare.

**Interviewer:** Die Kommentare sind besonders wichtig?

**D. Huber:** Die sind herausgehobene Schnittstellen, auch die in der FAZ. Was natürlich je nach Partei ergänzend für andere Medien gilt. Die Süddeutsche Zeitung, soweit ich das mitbekommen habe, spielt für die CDU zum Beispiel nicht so eine herausragende Rolle wie für die Grünen. Die Zeitung galt eben auch immer, das macht ihre besondere Bedeutung für den Wahlkampf aus, als das rot-grüne Flaggschiff. Nicht im Sinne parteilicher Berichterstattung, aber es wurde schon gerade in der Meinungsbildung deutlich, dass sie einer rot-grünen Regierung am nächsten stän-

den. Ich habe aber nie das Gefühl gehabt, dass die Süddeutsche Zeitung da in irgendeiner Weise eine Hofberichterstattung gemacht hat. Das könnten sie sich auch gar nicht leisten, dann hätten sie auch nicht diese stetig steigende Auflage, gerade auch in Bayern und in der Region. Auch die taz und die Frankfurter Rundschau werden immer noch besonders in der Funktionärsschaft der Grünen sehr intensiv gelesen, also bei den Leuten, die man natürlich auch braucht im Wahlkampf, die mobilisiert werden müssen, die Plakate kleben draußen.

**Interviewer:** Mobilisiert man weniger über interne Medien, also über Parteimedien?

**D. Huber:** Ja, du kannst schon über interne Medien mobilisieren, aber wenn dir die taz dann alles um die Ohren haut, was du machst... also Faltblätter mobilisieren jedenfalls nicht.

**Interviewer:** Wir haben schon mal drüber gesprochen, die Unterschiede zwischen Bonn und Berlin.

**D. Huber:** Darf ich noch mal was sagen zu den Qualitätsmedien?

**Interviewer:** Ja, bitte. Das ist ja unser Thema.

**D. Huber:** Ja, also bei der FAZ ist es genauso, sage wir, spiegelbildlich. Die sind vielleicht fürs konservative Lager noch mal wichtiger. Jetzt wird ja viel über die Auflösung von Milieus und Lagern geschrieben und debattiert. In den Wahlkämpfen, die ich aktiv miterlebt habe, spielten aber die politischen Lager stets eine große Rolle. Und die Medien, ob sie es wollen oder nicht, sortieren sich da auch in gewisser Weise einfach auch durch ihre Meinungsbildung oder wie sich zu bestimmten Wahlausagen der Parteien verhalten. Im Wahlkampf 2005 richtete sich der Mainstream eindeutig gegen rotgrün. Manche selbsternannte Großjournalisten haben ja schon Merkel-Hymnen geschrieben bevor es überhaupt zur Wahlurne ging.

**Interviewer:** Es gibt ja die These, dass der Gesinnungsjournalismus nach wie vor sehr stark ist im deutschen Journalismus.

**D. Huber:** Ja, das ist auch meine Erfahrung.

**Interviewer:** Du meinst also, besonders im Wahlkampf die parteipolitische Profilierung der Medien, der Qualitätsmedien durch?

**D. Huber:** Ich kann mich an keinen Wahlkampf erinnern, wo nicht deutlich wurde, dass die FAZ die große politische Linie von Union und FDP unterstützt. Die haben nie eine Wahlempfehlung abgegeben oder so plump wie die Bildzeitung das macht mit Kampagnen, sondern immer hundertprozentig nachweisbar seriös und haben auch Fischer empfangen und ihm Platz eingeräumt, aber wenn du dir die Kommentare ansiehst, liest, wie sie sich zu den Plänen einzelner Parteien verhalten, ist das deutlich zu erkennen gewesen. So wie die Süddeutsche in der Tendenz lieber eine SPD-geführte Regierung sieht, ob mit FDP oder Grüne, so sieht die FAZ oder hat die FAZ immer deutlich gemacht, ohne es explizit zu sagen, dass sie für eine Unionsgeführte Bundesregierung sch einsetzt.

**Interviewer:** Du sprichst ja jetzt gerade vom politischen Teil.

**D. Huber:** Nein, vom Wirtschaftsteil auch. Wobei die FAZ stringenter ist in ihrer politischen Botschaft. Bei der Süddeutschen merkt man schon, dass die Meinungsbildung zwischen politischer Redaktion und Wirtschaftsredaktion auseinander fällt. Die politische Redaktion neigt eher Rot-Grün zu, wenn man jetzt führende Redakteure der SZ nimmt, die werden immer bekennen, Rot-Grün ist ihre Regierung. Das bekennenzum Beispiel Kurt Kister auch offen. In der Wirtschaftsreaktion sind dies oft eher FDP-Positionen. Das ist bei der FAZ geschlossener.

**Interviewer:** Wir hatten ja schon gesprochen über den Umzug von Bonn nach Berlin, du hast ja auch den Umzug miterlebt. Haben sich die Rollen oder die Medienlandschaft, vor allem die Rolle der Qualitätsmedien, auch der Journalisten, sich von Bonn nach Berlin verändert?

**D. Huber:** Vieles ist sicher schneller geworden (*ergänzt, fs*), kommt hin und wieder jetzt schon vor, dass Online-Redaktionen exklusiv berichten, das ist, glaube ich, dann oftmals dennoch der Tatsache geschuldet, dass es dann schnell gehen musste

und man in ein Printmedium einfach nicht so ohne weiteres reinkommt so schnell. Generell wird sich dieser Trend verstärken, weil die nächste Generation mit dem Medium Internet anders umgeht als wir. Die Konsumgewohnheiten ändern sich, auch die Art wie Informationen gewonnen und verarbeitet werden. Spiegel Online hat inzwischen eine besondere Rolle im politischen Berlin, vor allem bei jüngeren Journalisten... Viele sagen, das sei das Leitmedium geworden, habe die Bildzeitung abgelöst. Soweit ist es noch nicht. Spiegel Online ist - noch - nicht meinungsstark. Also diese Meinungsseiten und auch die Kommentare der FAZ sind einfach unersetzlich. Die sind - noch - unverzichtbar in der Berliner Medienlandschaft, das wird dir auch jeder sagen. Für den schnellen informativen Hotdog, dass man sagt, ich muss jetzt mal schnell wissen, was los ist, gehe ich natürlich dann rein. Aber für tiefgründige Informationen und Analysen nutze ich die Qualitätsmedien.

**Interviewer:** Was hat sich denn mit dem Umzug nach Berlin noch verändert?

**D. Huber:** Der Aufregungsjournalismus hat zugenommen, auch dass die Intervalle dieser medialen Aufregung immer kürzer werden und die Ausschläge immer heftiger. Das ist neu in Berlin. Ich kann nicht mal sagen, dass das jetzt primär auf Berlin zurückzuführen ist, auf den Wechsel von Bonn nach Berlin, sondern das hat wahrscheinlich auch mehr mit den Veränderungsprozessen oder mindestens genauso mit den Veränderungsprozessen innerhalb der Medien zu tun. Der Umzug von Bonn nach Berlin fiel zusammen mit einer großen Krise der Zeitungs- oder der Medienlandschaft ganz allgemein. In der rot-grünen Regierungszeitung hatten wir zum ersten Mal die Situation, dass Qualitätsmedien wie die FAZ Leute entlassen mussten, und zwar nicht nur im Verlagsbereich, also im peripheren Bereich, sondern die Entlassungswelle ging bis in die Redaktionen hinein. Und dann natürlich noch eine verlegerische Fehlkalkulation also bei bestimmten Projekten oder auch zu aufgeblähte Redaktionen. Also da kamen mehrere Faktoren zusammen. Und das traf auf eine Politik von Rot-Grün, die in den Verlagen als wirtschaftsfeindlich empfunden wurde.

**Interviewer:** Und was ist mit den Hintergrundgesprächen und Hintergrundzirkeln, also den persönlichen Kontaktforen, hat sich das verändert in Berlin?

**D. Huber:** Also das hat sich verändert. Dann natürlich die Entwicklung der elektroni-

schen Medien, insbesondere der Amerikanisierung des Fernsehens und der Personalisierung des gesamten Politikbetriebes. Das hat natürlich auch zu Rückkopplungen geführt. Da haben sich die Medien, auch einschließlich der Qualitätsmedien, dem Boulevard in gewisser Weise angepasst. Du siehst es in der Süddeutschen, du siehst es auch in der FAZ. In der Süddeutschen hat sich dieser sogenannte Panorama-Teil erheblich vergrößert, wo Meldungen stehen über Sexualstraftäter, den Mörder xy und lauter bunte Berichte über Stars und Sternchen, die man früher nicht gedruckt hätte. Dem wird auch jetzt Tribut gezollt.

**Interviewer:** Und die Hintergrundkreise und -zirkel?

**D. Huber:** Das hat sich dramatisch verändert, dass Hintergrundgespräche zwar nicht überflüssig geworden sind, aber ihren Charakter als Hintergrundgespräch verloren haben. Das ist für mich eine Unsitte, dass alles, was du sagst dort als Politiker, weiter erzählt wird, und zwar auch sehr offen dem nächsten Politiker aus deiner eigenen Partei. Vielleicht ist es nur Geschwätzigkeit, aber ich glaube, viele Journalisten gefallen sich selbst am besten auf dem politischen Jahrmarkt der Eitelkeiten. Hinzu kommt der Wettbewerbsdruck; die Luft ist dünner geworden in Berlin. Und nicht umsonst heißt eine selbstkritische Einschätzung von Berliner Journalisten: Ich mache mir doch meine Geschichte nicht durch Recherche kaputt. Zum Vergleich nur ein kurzer Blick zurück: In der Zeit 1994 bis 1998, da ist Fischer in der Mittagspause einfach ins Pressehaus rübergegangen. Vom Hochhaus im Tulpenfeld und dann einfach nur mal rüber ins Pressehaus, das sind ja 50 Meter Luftlinie. Und dann ist man unangemeldet rein und hat mal geguckt, ja, da, ach und die Journalisten. Und das war alles auch irgendwie gemütlicher, das ist auch eine Veränderung. Da waren natürlich auch mehr Leute da und die hatten auch viel weniger Druck. Und dann hat man einmal gemütlich spontan ein, zwei Stündchen gesessen und sich unterhalten. Das kann man natürlich nicht täglich machen, aber das konnte man ab und zu. Das findet heute gar nicht mehr statt. Du kannst dir sicher sein, dass ein Joschka Fischer noch niemals in diesem Pressehaus dort am Schiffbauerdamm war. Und wenn er es versuchen wollte, müsste er erst durch Sicherheitstüren und an einem Pförtner vorbei. Das heißt, die Möglichkeit, mal schnell zu kommunizieren, ist viel eingeschränkter auch. Die räumlichen Entfernungen sind größer, die Sicherheitsanforderungen. Man

schottet sich mehr ab.

**Interviewer:** Also mehr Handy-Kommunikation zwischen Politikern und Journalisten direkt?

**D. Huber:** Mehr Handy-Kommunikation. Also die veränderten technischen Möglichkeiten führen natürlich auch zu einer veränderten Form der Kommunikation, dass einfach natürlich auch, was ein Elend ist, dass mitten aus Sitzungen, aus politischen Sitzungen, Debattenberichte via SMS gegeben werden und „der hat das gesagt und der hat jenes gesagt“, wo du als Sprecher, der das nach außen tragen soll, wo dir die Deutungshoheit schon genommen ist, weil andere schon Dinge, die dort stattgefunden haben, die eigentlich dort drin bleiben sollten, einfach schon rausgeblasen werden. Das heißt, die Schutzräume für Politiker, das betrifft die Hintergrundgespräche und das betrifft bestimmte Gremien ab einer bestimmten Größe auch, die Räume, die Schutzräume, wo Menschen noch unter sich sind und in Ruhe Probleme diskutieren und abwägen können und auch entsprechend Entscheidungen vorbereiten oder treffen kann, diese Schutzräume werden immer enger oder immer kleiner. Ich finde nicht, dass das dem Transparenzgebot geschuldet ist, sondern das ist einfach Geschwätzigkeit und Wichtigtuerei von einzelnen Leuten.

**Interviewer:** Wie ist das Rollenverständnis und die Interessenlage von politischen Journalisten zum Beispiel bei der FAZ und SZ? Wie sehen die sich selber in dieser symbiotischen Beziehung, wie du gesagt hast, welche Interessen haben die?

**D. Huber:** Es gibt hervorragende politische Korrespondenten, die nie auf einem Politikerschloß saßen und dennoch immer Zugang zu Leuten und Informationen hatten und haben – weil sie einfach gut sind. Und es gibt manche „Großjournalisten“, die Dir ständig erklären, wie man ein Land zu regieren hat. Inzwischen ist zu beobachten, dass manche Journalisten an den zuständigen Gremien vorbei Politiker beraten und Einfluß auf deren politische Meinungsbildung und Entscheidungen ausüben.

**Interviewer:** Wer sind denn da die Top-Journalisten, die Top-Berater sozusagen?

**D. Huber** Das ist unterschiedlich, das ist von der Zeit, auch Bild am Sonntag, Süd-

deutsche Zeitung auch, FAZ auch natürlich, wobei die FAZ, muss man sagen, diejenige Zeitung ist, die am stärksten auf die Unabhängigkeit von Journalisten achtet.

**Interviewer:** Obwohl sie doch mit den stärksten Gesinnungsjournalismus pflegt?

**D. Huber:** Man kann trotzdem unabhängig sein. Aber dieses enge persönliche Verhältnis, was man eingeht, das finde ich insoweit ein Problem, weil natürlich ein Journalist nicht demokratisch legitimiert ist, noch in irgendeiner Weise zur Verantwortung gezogen werden kann. Für Fehlentscheidungen, die der Politiker trifft, büßt einzig und allein der Politiker oder die Politikerin.

**Interviewer:** Wie äußert sich Unabhängigkeit der FAZ-Journalisten?

**D. Huber:** Ich kenn keinen Fall von Gefälligkeitsberichterstattung, um einem Politiker einen Vorteil zu verschaffen. Das ist so meine Wahrnehmung.

**Interviewer:** Wie äußert sich die Unabhängigkeit im direkten Kontakt?

**D. Huber:** Eine gesunde Distanz zum Thema und zur Person. Keine Kumpelei. Die führenden Redakteure der FAZ hier in Berlin gehen natürlich auch zu Gesprächen mit Spitzenpolitikern, aber sie leiten aus dem Rotwein und anregenden Gesprächen keine Verpflichtung zur Schonung des Betreffenden ab. Das ist eine Frage des Berufsethos, also das ist immer, wie gesagt, ein enges wechselseitiges Verhältnis. Es gibt auch Politiker, die wollen die Journalisten an sich binden und an sich ziehen. Und Fischer hat das jahrelang gemacht, hat es versucht und seine politischen Thesen getestet und ist mit einigen sehr vertraut gewesen. Aber von der FAZ, vielleicht gibt dort welche, aber die, die ich kenne, sind alle nicht so gewesen. Die haben sich nie reinziehen lassen. Das macht die Zeitung aber auch besonders wertvoll. Du hast einfach eine Menge Journalisten in Berlin, die halten sich für bessere Politiker, aber die setzen sich hin und verfassen Belehrungen. Die gleichen Leute stören sich nicht daran, später genau das Gegenteil zu schreiben. Das hat man zum Beispiel beim Thema Irak beobachten können.

**Interviewer:** Das ist ja schwierig, weil Journalisten ja auch keine echte politische Le-

gitimation haben.

**D. Huber:** Der Opportunismus stört mich. Erst wissen manche immer sowieso besser, was man machen muss, die aber auch in der Lage sind, das, was sie selbst mal vertreten haben wie eine Pro-Irakkriegs-Position, zu verdrängen und irgendwie alles so hinzudrehen, also wenn sie eigentlich schon immer dagegen gewesen seien. Einem Politiker wird nach 20 Jahren noch vorgehalten, was er damals gesagt hat oder gedacht hat. Siehe Fischer, aber auch andere. Und sicherlich zu Recht. Aber bei den Journalisten macht das halt keiner, die können nach dem Motto verfahren: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern. Es gibt zum Glück noch Journalisten die reflektieren das auch.

**Interviewer:** Printmedien und vor allem Zeitungen beklagen immer wieder in Wahlkämpfen, 2005 war es vielleicht nicht so, aber 1998 sehr extrem, 2002 auch, immer wieder eine zunehmende Inhaltsleere, Entpolitisierung und Amerikanisierung deutscher Wahlkämpfe. Wie erklärst du dir das?

**D. Huber:** Entpolitisierung würde ich nicht sagen. Und bei den Grünen spielen die Inhalte immer eine zentrale Rolle. Fischer hat eigentlich nie über oder mit Schlagworten gekämpft. Der brauchte keine Sätze, die man ihm aufschrieb, sondern er brauchte eine Einsicht oder so, dass man sich dazu äußern muss überhaupt. Also ein Problembewusstsein, wenn das bei ihm da ist, dann hat sich auch sofort eine Meinung gebildet und dann hat man darüber geredet, wie man es vermittelt. Es gibt insbesondere aus der jüngeren Generation zu viele Politiker, bei denen vom Outfit bis zu den Statements alles durcgestylt ist. Das kommt dann wie Persil-Werbung daher, eine authentische Position ist nicht mehr erkennbar. Manches vermittelt sich aber übers Fernsehen nicht immer. Also es vermittelt sich auch nicht durch Talkshows. Die sind natürlich wichtig geworden und es gibt auch Politiker, die sagen, wir also Christianen erreicht 8 Millionen Leute, das ist mal viel wichtiger, als sechs Wochen mit dem Bus durchs Land zu tingeln.

**Interviewer:** So ein Wahlkampfbus ist ja ein sehr amerikanisches Medium.

**D. Huber:** Ja. Ein rollender Werbeträger und im Bus entsteht eine besondere kom-

munikative Atmosphäre, die die Beobachter beeindruckt, mitnimmt und ein nacherzählbares Erlebnis schafft. Ohne Schminke und Scheinwerfer.

**Interviewer:** Da sind wir bei meiner nächsten Frage. Wie würdest du den die Berichterstattung der Qualitätszeitungen im Wahlkampf beurteilen, zum Beispiel im Hinblick auf das Verhältnis von politischen Inhalten und Themen wie den Wahlkampf selber, Kampagne oder Wahlkampfstrategien

**D. Huber:** Ich kann nicht sagen, dass die Sachberichterstattung zu kurz gekommen ist. Es gab immer eine ausführliche Berichterstattung über die Programmatik und Wahlversprechen der Parteien. Manchmal in dieser tabellarischen Form, immer aber auch in Einzelausinandersetzungen.

**Interviewer:** Du hast es eben schon angedeutet, aber die Qualitätsmedien haben durchaus auch ein großes Interesse an der Art der Wahlkampfführung.

**D. Huber:** Ja, Graf Lambsdorff hat mal vom Alleinstellungsmerkmal gesprochen. Diese Unterscheidbarkeit der Parteien ist inhaltlich wichtig, aber auch in der Wahl der Mittel, also wie die Inhalte vermittelt werden. Fischers Wahlkampf war gewissermaßen einmalig, für die Grünen und die Parteien in Deutschland insgesamt. Das war das, was herausragte. Die Grünen sind mit zwei Themen wahrgenommen worden im Wahlkampf 2002, das eine war Außenpolitik, ganz oben, und das andere war die Bustour. Wir haben ja während der Bustour auch Hans Blix empfangen, damals Chef der Internationalen Atomenergiebehörde. Das heißt, das zentrale Thema des Wahlkampfes 2002 war die Außenpolitik, der drohende Irakkrieg und die Positionierung der Deutschen dazu. Und in Bezug auf die Grünen war das zweite zentrale Thema der Wahlkampf von Fischer. Und beides war natürlich fast hundertprozentig mit dem Namen Fischer verbunden.

**Interviewer:** Du hast mal gesagt, das ist die Qualitätszeitungen eher inhaltsschwach sind oder inhaltsschwach berichten. Was hast du damit gemeint?

**D. Huber:** Ich meinte damit, dass man Inhalte oft nur darstellen kann, wenn sich damit eine Duellsituationen zwischen Politikern darstellen lässt. Es geht also immer um

die Konfrontation von Alternativen. Programmatische Entwicklungsprozesse innerhalb der Parteien kommen mir da manchmal zu kurz.

**Interviewer:** Noch eine Frage zum Schluss: Wie würdest du die Stärken und Schwächen des politischen Journalismus in Deutschland einschätzen?

**D. Huber** Der politische Journalismus wird immer noch seiner Wächterrolle als „vierte Gewalt“ gerecht. Das ist sehr viel. Und ich hoffe, dass das auch so bleibt. Insbesondere die Qualitätsmedien sind für die demokratische Kultur unseres Landes von unschätzbarem Wert. Die Sensibilität für Fehlleistungen und Entscheidungen politisch Verantwortlicher ist absolut intakt. Als Schwäche sehe ich eine schwindende Analysefähigkeit des politischen Journalismus, was sich vor allem in der außenpolitischen Berichterstattung negativ bemerkbar macht. Zudem gibt es eine immer stärkere Hinwendung zur Personalisierung, was zwangsläufig zu Lasten der inhaltlichen Berichterstattung geht. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass Personalquerelen in einer kleinen Partei für die Leser interessanter sein sollen als deren steuerpolitischen Vorstellungen

## **A 2: Inhaltsanalyse**

A 2.1. Quantitative Inhaltsanalyse: Statistische Auswertung

A 2.2. Qualitative Inhaltsanalyse

A 2.2.1. Codierbuch Gerhard Schröder

A 2.2.2. Codierbuch Edmund Stoiber

A 2.2.3. Codierbuch Süddeutsche Zeitung

A 2.2.4. Codierbuch Frankfurter Allgemeinen Zeitung

## A 2.1. Quantitative Inhaltsanalyse: Statistische Auswertung

### Süddeutsche Zeitung:

In der SZ wurden insgesamt 77 Wahlkampf-Artikel zum Thema Arbeitsmarkt codiert, davon 59 im Politik- und 18 im Wirtschaftsteil. Insgesamt bestand die SZ-Wahlkampfberichterstattung in den letzten vier Wochen aus 328 Artikeln.

Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit insgesamt in den letzten vier Wochen (26. August 2002 bis 21. September 2002) des Wahlkampfs: 208. Davon im Politikteil: 146 und im Wirtschaftsteil: 62.

### Politics:

#### **105 Aussagen**

... davon im Politikteil: 79, im Wirtschaftsteil: 26

- ...davon Wahlkampf: 43 (7) = insgesamt 50
- ... Politischer Streit/Konflikt: 18 (9) = 27
- ... Politischer Prozess: 10 (8) = 18
- ... Interessen: 3 (1) = 4
- ... Bedeutung für Koalitionsverhandlungen: 2 (-) = 2
- ... Debatte um Arbeitslosigkeit: 1 (1) = 2
- ... Personen: 1 (-) = 1
- ... Machtfragen: 1 (-) = 1

### Policy:

#### **103 Aussagen**

...davon im Politikteil 67 (36)

- ... Positionen, Vorschläge anderer: 23 (10) = 33
- ... Lage auf dem Arbeitsmarkt und Folgen: 21 (10) = 31
- ... Arbeitsmarktpolitik der Regierung: 19 (11) = 30
- ... Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit: 1 (3) = 4
- ... Beurteilung der Lösungskompetenz durch die Wähler: 3 (-) = 3
- ... Arbeitsmarktpolitik in anderen Ländern: - (1) = 1
- ... Mittelstandspolitik: - (1) = 1

### **Frankfurter Allgemeine Zeitung:**

Insgesamt wurden 80 Artikel, davon 48 im Politik- und 32 im Wirtschaftsteil als Wahlkampfberichterstattung zum Thema Arbeitsmarkt identifiziert. Insgesamt bestand die gesamte FAZ-Wahlkampfberichterstattung in den letzten vier Wochen aus 336 Artikeln.

Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit insgesamt in den letzten vier Wochen (26. August 2002 bis 21. September 2002) des Wahlkampfs: 297. Davon im Politikteil: 154 und im Wirtschaftsteil: 143.

### **Politics:**

#### **135 Aussagen**

davon im Politikteil: 85 (50)

- ...davon Wahlkampf: 40 (11) = 51
- ... Politischer Streit/Konflikt: 18 (23) = 41
- ... Politischer Prozess: 12 (12) = 24
- ... Personen 5 (-) = 5
- ... Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen: 5 (-) = 5
- ... Interessen: 3 (1) = 4
- ... Machtfragen: 1 (2) = 3
- ... Bedeutung für Wahlentscheidung: 1 (1) = 2

### **Policy:**

#### **162 Aussagen**

davon im Politikteil 69 (93)

- ... Positionen, Handlungen, Vorschläge anderer: 20 (45) = 65
- ... Arbeitsmarktpolitik der Regierung: 31 (25) = 56
- ... Lage auf dem Arbeitsmarkt und Folgen: 12 (16) = 28
- ... Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit: 5 (2) = 7
- ... Beurteilung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten: 1 (1) = 2
- ... Sonstiges: 0 (4) = 4

## Detailauswertung Süddeutsche Zeitung

Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit insgesamt: 201

### Politics:

#### **105 Aussagen**

...davon im Politikteil: 79

...und im Wirtschaftsteil: 26

#### Kategorien:

- Wahlkampf (43/7) 50
  - Wahlkampfstrategie/ Wahlkampfaktik (24/6) 30
  - Themenstrategie/Themenmanagement explizit (8/-) 8
  - Bedeutung als Wahlkampfthema (6/1) 7
  - Art bzw. Performance der (Kandidaten-) Kommunikation (5/-) 5
- Politischer Streit/Konflikt (18/9) 27
  - Kritik an Positionen, Aussagen, Handlungen oder Vertretern der Regierung, der Opposition oder den Parteien von anderen als dem politischen Gegner z.B. der eigenen Partei, Experten, Tarifpartner, Journalisten, Bürger usw. (9/6) 15
  - Kritik an Positionen, Aussagen, Handlungen oder Vertretern des politischen Gegners (5/3) 8
  - Kritik an Positionen, Aussagen, Handlungen oder Personen bzw. Institutionen, die außerhalb der politischen Parteien und des Regierungssystems stehen, wie z.B. Tarifpartner, Experten oder Journalisten (4/-) 4
- Politischer Prozess (10/8) 18
  - Erarbeitung, Durchsetzung, Widerstand gegen, Umsetzung/ Priorisierung von Policies (9/5) 14
  - Rolle von Personen im Prozess (1/2) 3
  - Auseinandersetzung um politischen Prozess selber (-/1) 1
  - Rolle der Medien (-)
  - Prozess Errechnung Arbeitslosenzahlen (-)
- Interessen (3/1) 4
  - Policy-Interessen der Wähler bzw. Bürger (3/1)
  - Policy-Interessen politischer Akteure (-)
- Rolle/Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl (2/-) 2
- Debatte um die Arbeitslosigkeit (1/1) 2
- Machtfragen (1-) 1
- Personen (1/-) 1
  - Personalspekulationen (z.B. um das Amt des Arbeitsministers) (1/-) 1

## Policy:

### 103 Aussagen

- ...davon im Politikteil: 67
- und im Wirtschaftsteil: 36

### Kategorien:

- Vorschläge, Handlungen, Programme oder Positionen in der Arbeitsmarktpolitik von verschiedenen Akteuren außer der Regierung, wie Parteien (auch SPD/Grüne, wenn sie nicht explizit als Regierungspartei genannt werden), Tarifpartner, Experten, Journalisten usw.  
(23/10) 33
  - Union (10/4) 14
  - FDP (5/1) 6
  - Grüne (1/-) 1
  - PDS (1/-) 1
  - Gewerkschaften (2/-) 2
  - Journalisten (2/-) 2
  - Experten (-/2) 2
  - Verdi (1/0) 1
  - Arbeitgeber (1/-) 1
  - Wirtschaft allgemein (-/1) 1
  - Wirtschaftsverbände (-/1) 1
  - Florian Gerster, BA-Chef (-/1) 1
- Lage auf dem Arbeitsmarkt (21/10) 31
  - Aktuelle Arbeitslosenzahlen (Vermittlung von Zahlen, Bewertung, Hintergründe, Einordnung von Arbeitslosenzahlen, Reaktionen auf Zahlen, Bedeutung von Zahlen, Auffächerung von Zahlen z.B. nach Gruppen, Zusammenhängen, Vergleich mit anderen Ländern)  
(4/5) 9
  - Folgen der Lage auf dem Arbeitsmarkt (finanzielle Defizite in den Sozialkassen, Defizit der Bundesanstalt für Arbeit, allgemeine Folgen)  
(7/1) 8
  - Prognose bzw. Rückblick über/auf Entwicklung am Arbeitsmarkt  
(3/3) 6
  - Allgemeine Zustandsbeschreibung (5/-) 5
  - Persönliche Befindlichkeit von Arbeitslosen/Arbeitnehmern in puncto Arbeitslosigkeit/Stimmung in der Bevölkerung  
(2/1) 3
  - Strukturen (-)
- Arbeitsmarktpolitik der Regierung (19/11) 30
  - Bilanz (11/5) 16
  - Aktuelles Handeln (z.B. Umsetzung/Ausarbeitung Vorschläge Hartz-Kommission) (6/2) 8
  - Künftige Vorhaben (2/3) 5
  - Bilanz der Vorgängerregierung (0/1) 1
- Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit (1/3) 4
- Beurteilung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten (3/-) 3
  - durch die Wähler (3/-) 3

- durch die SZ (-)
- Arbeitsmarktpolitik in anderen Ländern (-/1) 1
- Mittelstand hat Schlüssel in der Hand für mehr Beschäftigung (-/1) 1

## Detailauswertung Frankfurter allgemeine Zeitung

Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit insgesamt: 297

### Politics:

#### **135 Aussagen**

...davon im Politikteil: 85

...und im Wirtschaftsteil: 50

#### Kategorien:

- Wahlkampf (40/11) 51
  - Wahlkampfstrategie/Wahlkampfaktik (23/10) 33
  - Themenstrategie/Themenmanagement explizit (10/-) 10
  - Bedeutung als Wahlkampfthema (4/1) 5
  - Art bzw. Performance der (Kandidaten-) Kommunikation (3/-) 3
- Politischer Streit/Konflikt (18/23) 41
  - Kritik an Positionen, Aussagen, Handlungen oder Personen der Regierung, der Opposition oder den Parteien von anderen als dem politischen Gegner, also z.B. der eigenen Partei, Experten, Tarifpartner, Journalisten, Bürger usw. (2/19) 21
  - Kritik an Positionen, Aussagen, Handlungen oder Personen des politischen Gegners (16/3) 19
  - Kritik an Positionen, Aussagen, Handlungen oder Personen bzw. Institutionen, die außerhalb der politischen Parteien und des Regierungssystems stehen, wie z.B. Tarifpartner, Experten oder Journalisten (-/1) 1
- Politischer Prozess (12/12) 24
  - Erarbeitung, Durchsetzung, Widerstand gegen, Umsetzung/ Priorisierung von Policies (5/7) 12
  - Rolle von Personen (5/1) 6
  - Auseinandersetzung um politischen Prozess selber (1/2) 3
  - Rolle der Medien (1/1) 2
  - Prozess Errechnung Arbeitslosenszahlen (0/1) 1
- Personen (5/0) 5
  - Personalspekulationen (2/0) 2
  - „Harte“ Personalisierung (z.B. Beschreibung politische Kompetenz (2/0) 2
  - Weiche Personalisierung (z.B. Beschreibung Frisur) (1/0) 1
- Rolle/ Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl (5/0) 5
- Interessen (3/1) 4
  - Policy-Interessen politischer bzw. anderer Akteure (0/1) 1
  - Policy-Interessen der Wähler bzw. der Bürger (3/0) 3
- Machtfragen (1/2) 3
- Rolle für Wahlentscheidung (1/1) 2

## Policy:

### **162 Aussagen**

...davon im Politikteil: 69

...und im Wirtschaftsteil: 93

### Kategorien:

- Vorschläge, Handlungen, Programme oder Positionen in der Arbeitsmarktpolitik von verschiedenen Akteuren außer der Regierung wie Parteien (auch SPD/Grüne, wenn sie nicht explizit als Regierungspartei genannt werden), Tarifpartner, Experten, Journalisten usw.  
(20/45) 65
  - Union (13/5) 18
  - FDP (2/8) 10
  - Union/FDP (0/5) 5
  - PDS (1/2) 3
  - SPD/Sozialdemokraten (0/2) 2
  - Sonstiges Parteien (2/0) 2
  - Grüne (1/0) 1
  - Union/FDP/SPD/Grüne (0/1) 1
  - „alle Parteien“ (0/1) 1
  - andere Experten (0/9) 9
  - Journalisten der FAZ (1/3) 4
  - Wirtschaft (0/3) 3
  - IG Metall (0/1) 1
  - DGB (0/2) 2
  - Gewerkschaften (0/1) 1
  - Tarifpartner und BA (0/1) 1
  - Florian Gerster BA-Chef (0/1) 1
- Arbeitsmarktpolitik der Regierung (31/25) 56
  - Bilanz (22/15) 37
  - Aktuelles Handeln (z.B. Umsetzung/Ausarbeitung Vorschläge Hartz-Kommission) (7/7) 14
  - Künftige Vorhaben (1/2) 3
  - Bilanz der Vorgängerregierung (1/1) = 2
- Lage auf dem Arbeitsmarkt (12/16) 28
  - Aktuelle Arbeitslosenzahlen (Vermittlung von Zahlen, Bewertung, Hintergründe, Einordnung von Arbeitslosenzahlen, Reaktionen auf Zahlen, Bedeutung von Zahlen, Auffächerung von Zahlen z.B. nach Gruppen, Zusammenhängen, Vergleich mit anderen Ländern) (3/8) 11
  - Prognose bzw. Rückblick über/auf Entwicklung am Arbeitsmarkt (1/5) 6
  - Persönliche Befindlichkeit von Arbeitslosen/Arbeitnehmern in puncto Arbeitslosigkeit/Stimmung in der Bevölkerung (4/1) 5
  - Folgen der Lage auf dem Arbeitsmarkt (Löcher in den Sozialkassen, Defizit der Bundesanstalt für Arbeit; allgemeine Folgen) (2/2) 4
  - Allgemeine Zustandsbeschreibung (1/1) 2

- Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit (5/2) 7
- Bewertung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten (1/1) 2
  - durch die Wähler (1/0) 1/
  - durch die FAZ (0/1) 1
- Sonstiges (0/4) 4
  - Zusammenarbeit Zeitarbeitsfirmen mit Arbeitsämtern bisher (0/1) 1
  - Kritik an deutschen Arbeitsmarktstrukturen (nicht von der Politik) (0/1) 1
  - Arbeitsmarktpolitik in anderen Ländern (0/1) 1
  - Rückblick auf keynesianische Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der SPD bis zum Ende des 20. Jahrhunderts (0/1) 1

## A 2.2.1. Codierbuch Gerhard Schröder (Kategorien und Codierungen)

### 1. TV-Duell am 25. August 2002

#### Politics-Aussagen:

**P 111/1.** Und niemand, Herr Ministerpräsident, will hier das Problem der Arbeitslosigkeit klein reden. Ganz im Gegenteil, wir haben eben nur nicht über diese Frage, sondern über die Frage, wie wir die Schäden bei der Flutkatastrophe weg bekommen und die Schadensbeseitigung hin bekommen, diskutiert. Und ich denke, über die andere Frage werden wir noch miteinander zu reden haben, denn da gibt es einiges an Argumenten, dass da auszutauschen ist und ich finde, dass der Versuch, jetzt auszuweichen (*bei der Frage der Finanzierung der Flutfolgeschäden, fs*), und zu sagen, wir stimmen zwar zu, aber wir werden es nachher wieder ändern, dass das kein guter Versuch ist. (Maier/ Faas 2003a, 28ff).  
(Politics: Eigener kommunikativer Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit: Niemand will das Thema klein reden).

**P 111/2.** Wenn ich auf gleichem Niveau antworten würde, würde ich Herrn Stoiber an seine Regierungserklärung von 1996 erinnern, wo er in Bayern versprochen hat, bis 2000 die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Er hat immerhin 15 Prozent geschafft, und wir haben den Tatbestand, dass wir zur Zeit im Großraum München die größte Anzahl der Insolvenzen im Neuen Markt haben, und ich erkläre, es liegt ausdrücklich nicht allein und schon gar nicht überwiegend an der bayerischen Landespolitik. (Maier/ Faas 2003a, 32).  
(Politics: Konflikt/ Kritik an Arbeitsmarktpolitik Stoibers: Verweis auf konkrete Zahlen und Aussagen Stoibers).

**P 111/3.** Und kein Land in Europa ist so verflochten zum Beispiel mit den Vereinigten Staaten wie Deutschland. Und im Übrigen ist es schlicht nicht wahr, dass die Arbeitslosigkeit in Spanien geringer wäre als in Deutschland, sie ist deutlich größer. Und sie, ja, ich sage sie ist deutlich größer, und wenn wir die Wachstumsraten anschauen, die ökonomischen, dann ist es natürlich auch falsch, dass wir negatives Wachstum hätten. (Maier/ Faas 2003a, 32).  
(Politics: Konflikt/Kritik an Aussage Edmund Stoibers: Aussage von Stoiber ist nicht wahr, dass Spanien eine geringere Arbeitslosigkeit hat).

**P 111/4.** Aber eins ist klar: im Kern geht es bei Peter Hartz darum, diejenigen, die arbeitslos werden, schneller in die offenen Stellen zu bringen, von denen es, nach Zählungen der Wirtschaftsverbände 1 bis 1,5 Millionen gibt. Das steht im Mittelpunkt des Hartz-Konzepts und als Zweites, wir wollen fördern, also die Menschen schneller vermitteln, wir müssen sie aber auch fordern. Und deswegen, diejenigen, die diese Förderung nicht annehmen, müssen dann mit Sanktionen rechnen. Und drittens: genau zu diesem Zweck gibt es einen grundlegenden Umbau der Bundesanstalt für Arbeit, damit das leichter organisiert werden kann. Das ist Kern des Konzepts, dass wir unverzüglich begonnen haben, umzusetzen. Und das wir mit weiteren gesetzgeberischen Schritten umsetzen werden. (Maier/ Faas 2003a, 33).

(Politics: Umsetzung von Policies: Mit der Umsetzung von Hartz wurde begonnen und sie wird weiter vorangetrieben).

**P 111/5** (Frage: Aber es ist ja schon erstaunlich, Herr Bundeskanzler, dass die Einsetzung der Hartz-Kommission erst in dem Moment geschehen ist, als klar war, dass wir einen Skandal bei der Bundesanstalt für Arbeit haben, als klar war, dass Ihr Arbeitslosenziel nicht verwirklicht werden kann, als die Wahl immer näher rückte. Wie können Sie den Menschen wirklich glaubhaft versichern, dass die Hartz-Kommission nicht einfach nur ein Karnickel ist, das Sie aus dem Hut gezaubert haben, um jetzt am 22. September besser da zu stehen?, Antwort:) Ich glaube, dass man sich mit der Kritik, die Sie leisten, wirklich ernsthaft auseinandersetzen muss. Zunächst ist es so, dass wir mit dem Job-Aktiv-Gesetz den

Umsetzungsprozess, von dem ich geredet habe, begonnen haben. Aber auf der anderen Seite, das ist Kern ihrer Kritik, gehört es wirklich zu den Erfahrungen, die man in der Politik machen kann, dass es manchmal notwendig ist und schwierig ist, Schneisen durch den Dschungel der Interessen in Deutschland zu schlagen und dass Sie dazu Anlässe brauchen. Wenn Sie Legitimation für Reformpolitik haben wollen brauchen Sie manchmal eine Fehlentwicklung, die den Menschen einleuchtet. Und an der Stelle, wo sie dann sagen: Okay, jetzt sind wir bereit Unterstützung zu liefern für grundlegend neue Ansätze. Das ist in der Tat in der Reaktion auf die zu Beginn dieses Jahres aufgetretenen Fehlentwicklungen in der Bundesanstalt so gewesen. Insofern ist die Kritik teilweise berechtigt, aber unter dem Aspekt, den ich genannt habe vielleicht auch nicht ganz. (Maier/ Faas 2003a, 34ff).  
(Politics: Umsetzung/ Durchsetzung von Policies: Kritik, die Hartz-Kommission zu spät eingesetzt zu haben, teilweise berechtigt, aber manchmal braucht man äußere Anlässe, um Reformen durchzusetzen).

**P 111/6.** Wir haben zunächst einmal die Steuerreform gemacht, und entgegen dem, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, war sie eine, die den Mittelstand um 19 Mrd. stärker entlastet hat als die Großindustrie. Im Gegenteil: Wichtige Bereiche der Großindustrie, wie Energien z.B. aber auch die Versicherungen sind be- nicht entlastet worden. Das hilft dem Mittelstand, durch diese Steuerreform Investitionen zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen. (Maier/ Faas 2003a, 38).

(Politics: Konflikt/Kritik an Aussage Edmund Stoibers: Entgegen der Aussage von Stoiber hat die Steuerreform der Bundesregierung den Mittelstand entlastet und hilft ihm Arbeitsplätze zu schaffen).

**P 111/7.** Aber der zweite Punkt, der ist genau so wichtig. Sie haben Hartz erwähnt. Wir müssen es schaffen, die Menschen, die arbeitslos sind, dazu zu bewegen, sich schneller bei den Arbeitsämtern zu melden, damit sie während der Kündigungszeit schon in die neuen Stellen vermittelt werden können, und wir werden die Arbeitsamtorganisation so ändern, dass das auch gelingt. Beides zusammen – eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine, im Übrigen, die nicht auf neue Schulden setzt, sondern die abbaut und eine vernünftige Politik, die Balance hält zwischen fördern und fordern auf dem Arbeitsmarkt. Das sind die Vorschläge, die wir auf den Tisch gelegt haben.....und die wir auch umsetzen werden. (Maier/ Faas 2003a, 38).

(Politics: Umsetzung von Policies: Wir werden die Hartz-Vorschläge umsetzen).

### Policy-Aussagen

**P 112/1.** Wenn ich auf gleichem Niveau antworten würde, würde ich Herrn Stoiber an seine Regierungserklärung von 1996 erinnern, wo er in Bayern versprochen hat, bis 2000 die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Er hat immerhin 15 Prozent geschafft, und wir haben den Tatbestand, dass wir zur Zeit im Großraum München die größte Anzahl der Insolvenzen im Neuen Markt haben, und ich erkläre, es liegt ausdrücklich nicht allein und schon gar nicht überwiegend an der bayerischen Landespolitik. Sie haben es genannt. Wir haben eine Reihe von Zusammenbrüchen im Neuen Markt und natürlich hat das Auswirkungen auf die Zahl der Insolvenzen. (Maier/ Faas 2003a, 32).

(Policy: Bilanz der bayerischen Arbeitsmarktpolitik: Stoiber hat als Ministerpräsident seine selbstgesteckten Ziele am Arbeitsmarkt auch nicht erreicht, aber das liegt kaum an der Landespolitik).

**P 112/2.** Und kein Land in Europa ist so verflochten zum Beispiel mit den Vereinigten Staaten wie Deutschland. Und im Übrigen ist es schlicht nicht wahr, dass die Arbeitslosigkeit in Spanien geringer wäre als in Deutschland, sie ist deutlich größer. Und sie, ja, ich sage sie ist deutlich größer, und wenn wir die Wachstumsraten anschauen, die ökonomischen, dann ist es natürlich auch falsch, dass wir negatives Wachstum hätten. (Maier/ Faas 2003a, 32).

(Policy: Arbeitsmarktzahlen in anderen Ländern: In Spanien ist die Arbeitslosigkeit größer als in Deutschland, Stoibers Behauptung ist hier falsch).

**P 112/3.** Das (*niedrige Wachstum in Deutschland, fs*) reicht mir natürlich nicht und ich bin der Letzte, der nicht enttäuscht wäre darüber, dass es uns nicht gelungen ist, das Ziel, die Arbeitslosigkeit auf dreieinhalb Millionen zu reduzieren, zu erreichen. Aber das hat natürlich eindeutig, und jeder vernünftige Ökonom weiß das auch, Gründe, die in den weltwirtschaftlichen Verwerfungen liegen und die nicht in erster Linie hausgemacht sind. Und das gilt für Deutschland, das gilt natürlich auch für Bayern, das ist gar keine Frage. (Maier/ Faas 2003a, 33).

(Policy: Bilanz der eigenen Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Enttäuscht, dass Ziele nicht erreicht wurden, aber das hat eindeutig mit weltwirtschaftlichen Verwerfungen zu tun).

**P 112/4.** (Frage: Gut, Herr Bundeskanzler, jetzt haben wir die vier Millionen Arbeitslosen und Sie haben eine Kommission eingesetzt unter Vorsitz von Herrn Hartz, die Hartz-Kommission, und Herr Hartz spricht davon, dass er mit seinen Maßnahmen diese Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Jahren um die Hälfte reduzieren kann, auf zwei Millionen. Sie nennen dieses Konzept Erfolg versprechend, innovativ. Nun lassen Sie aber damit ja Herr Hartz ein Versprechen machen, nämlich auf zwei Millionen runter zu gehen. Machen Sie sich das auch zu Eigen? Oder muss das Herr Hartz für Sie tun?, Antwort:) Nein, ich glaube, dass das Versprechen, dreieinhalb Millionen zu erreichen, eines war, dass in einem Punkt fehlerhaft war, nämlich in dem, wo es abstrahierte davon, dass es weltwirtschaftliche Verwerfungen gibt und geben könnte. (...) Ja, ich sage, ich komme ja gleich dazu... und geben könnte, geben könnte, die man nicht kalkulieren kann. Das ist übrigens der Grund, warum ich mir Zahlen nicht zu Eigen mache, denn ich weiß natürlich nicht, in welchem Umfeld das, was Herr Hartz vorgeschlagen hat, realisiert wird. (Maier/ Faas 2003a, 33ff).

(Policy: Bilanz der eigenen Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Es war ein Fehler, nicht zu abstrahieren, unter welchen Bedingungen die Ziele erreicht werden können, Schröder mache sich daher auch Zahlen von Herrn Hartz nicht zu Eigen).

**P 112/5.** Das ist übrigens der Grund, warum ich mir Zahlen (*von Peter Hartz, die Arbeitslosigkeit in drei Jahren zu halbieren, fs*) nicht zu Eigen mache, denn ich weiß natürlich nicht, in welchem Umfeld das, was Herr Hartz vorgeschlagen hat, realisiert wird. Aber eins ist klar: Im Kern geht es bei Peter Hartz darum, diejenigen, die arbeitslos werden, schneller in die offenen Stellen zu bringen, von denen es, nach Zählungen der Wirtschaftsverbände 1 bis 1,5 Millionen gibt. Das steht im Mittelpunkt des Hartz-Konzepts und als Zweites, wir wollen fördern, also die Menschen schneller vermitteln, wir müssen sie aber auch fordern. Und deswegen, diejenigen, die diese Förderung nicht annehmen, müssen dann mit Sanktionen rechnen. Und drittens: genau zu diesem Zweck gibt es einen grundlegenden Umbau der Bundesanstalt für Arbeit, damit das leichter organisiert werden kann. Das ist Kern des Konzepts, dass wir unverzüglich begonnen haben umzusetzen. Und das wir mit weiteren gesetzgeberischen Schritten umsetzen werden. (Maier/ Faas 2003a, 33ff).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Hartz soll besser vermitteln, es soll gefordert werden und dazu soll die Bundesanstalt für Arbeit umgebaut werden).

**P 112/6.** Wir haben zunächst einmal die Steuerreform gemacht, und entgegen dem, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, war sie eine, die den Mittelstand um 19 Mrd. stärker entlastet hat als die Großindustrie. Im Gegenteil: wichtige Bereiche der Großindustrie, wie Energien z.B. aber auch die Versicherungen sind be- nicht entlastet worden. Das hilft dem Mittelstand, durch diese Steuerreform Investitionen zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen. (Maier/ Faas 2003a, 38).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Steuerreform hat den Mittelstand entlastet).

**P 112/7.** Aber der zweite Punkt, der ist genau so wichtig. Sie haben Hartz erwähnt. Wir müssen es schaffen, die Menschen, die arbeitslos sind, dazu zu bewegen, sich schneller bei

den Arbeitsämtern zu melden, damit sie während der Kündigungszeit schon in die neuen Stellen vermittelt werden können, und wir werden die Arbeitsamtorganisation so ändern, dass das auch gelingt. Beides zusammen – eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine, im Übrigen, die nicht auf neue Schulden setzt, sondern die abbaut und eine vernünftige Politik, die Balance hält zwischen fördern und fordern auf dem Arbeitsmarkt. Das sind die Vorschläge, die wir auf den Tisch gelegt haben.....und die wir auch umsetzen werden. (Maier/ Faas 2003a, 38).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Hartz sorgt für eine bessere Vermittlung und ein ausgewogenes Verhältnis von Fordern und Fördern).

**P 112/8** (Frage: Herr Bundeskanzler, brauchen wir tatsächlich bei so vielen Arbeitslosen in Deutschland diese Zuwanderung?, Antwort:)

Ja und nein, wir haben ja mit dem Gesetz (*über die Zuwanderung, fs*) deswegen ja die Möglichkeit geschaffen, sie (*die Zuwanderung, fs*) sinnvoll zu steuern und das heißt natürlich auch immer, zu begrenzen. Wir brauchten zum Beispiel Zuwanderung für hoch qualifizierte Leute im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Biotechnologien. Wir brauchen andere nicht so sehr. Das ist gar keine Frage.(...) Und was den Arbeitsmarkt angeht, es ist in der Tat so, und zwar durchgängig so, dass wir uns die Möglichkeit gegeben haben, nur dann jemanden reinzulassen, wenn für einen deutschen Arbeitnehmer keine entsprechende Arbeitsmöglichkeit besteht, also ein hoch sinnvolles Gesetz. (Maier/ Faas 2003a, 45ff).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Neues Zuwanderungsgesetz ist positiv für den deutschen Arbeitsmarkt).

**P 112/9.** Ich denke, es geht im Wesentlichen um drei Fragen, die uns bewegen. (...) Zweitens: Schaffen wir die große Reform auf dem Arbeitsmarkt, die mit den Vorschlägen, die Peter Hartz gemacht hat, verbunden sind? Und schaffen wir es, die Menschen, die arbeitslos geworden sind, schneller in Arbeit zu bringen und dafür alle Kräfte zu mobilisieren? (Maier/ Faas 2003a, 62).

(Policy: Künftige Vorhaben/ Arbeitsmarkt-Agenda der Regierung: Schaffen wir es, Hartz umzusetzen und Menschen wieder schneller in Arbeit zu bringen?).

#### Auswertung:

Politics: (7)

- Konflikt (3), Bezug:
  - Konkrete Aussagen Edmund Stoibers (4)
  - Verweis auf konkrete Zahlen (1)
- Umsetzung/ Durchsetzung von Policies (3)
- Kommunikativer Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit (1)

Policy: (9)

- Aktuelles Handeln der Regierung (3)
- Bilanz der eigenen Arbeitsmarktpolitik (3)
- Künftige Arbeitsmarkt-Agenda einer rot-grünen Regierung (1)
- Bilanz der bayerischen Arbeitsmarktpolitik (1)
- Arbeitsmarktzahlen in anderen Ländern (1)

## 2. TV-Duell am 8. September 2002

### Politics-Aussagen

**P 121/1.** Ich glaube, dass das (*die Möglichkeit einer direkten Erwiderung, fs*) nur fair wäre. Denn das, was (*von Edmund Stoiber, fs*) gesagt wird über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, widerspricht einfach den Tatsachen. Wir haben in 2001 400.000 Arbeitslose weniger gehabt als 1998. Und ich kann mir gar nicht vorstellen, dass man mit den Rezepten, an denen Sie ja beteiligt waren, Herr Stoiber, von '94 bis '98, die ihr Scheitern bereits bewiesen haben, dass man mit diesen Rezepten das aufholen kann, was Sie wenigstens partiell geschafft haben. Maier/ Faas 2003b, 15). (...) Im Übrigen muss ich hinzufügen, wir haben im August dieses Jahres 70.000 Arbeitslose weniger als im August '98. (Maier/ Faas 2003b, 15ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Politik der Vorgängerregierung: Konkrete Aussagen Edmund Stoibers, konkrete Zahlen).

**P 121/2.** Und ich kann mir gar nicht vorstellen, dass man mit den Rezepten, an denen Sie ja beteiligt waren, Herr Stoiber, von '94 bis '98, die ihr Scheitern bereits bewiesen haben, dass man mit diesen Rezepten das aufholen kann, was Sie wenigstens partiell geschafft haben. Diese Arbeitslosenziffern, die wir gegenwärtig haben, haben wir unter schwierigsten weltweiten Bedingungen, und sie sind geringer als die Regierung Kohl sie hatte bei einer boomenden amerikanischen Wirtschaft. (...) Aber diejenigen, die in der Spitze 4,9 Millionen Arbeitslose hatten wie die Regierung der Freunde von Herrn Stoiber unter Herrn Kohl, sie hatte, das sind nun diejenigen, die als schlechteste Ratgeber sich eignen. Das muss man einfach klar sagen. (Maier/ Faas 2003b, 51).

(Politics: Konflikt/Kritik: Verweis mit konkreten Zahlen).

**P 121/3.** Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern. Und zwar in einer Weise, die drei Mal so hoch ist wie in den übrigen Bundesländern. Das beschäftigt mich schon sehr, aber das widerlegt die These, dass man einfach nur kopieren braucht, um erfolgreich zu sein. Aber das darf ich vielleicht schon... wenn... sie steigt am raschesten, das ist das Problem, Herr Stoiber, ihr Problem ist... ihr Problem ist, sie steigt am raschesten, das ist das eigentliche Problem. (Maier/ Faas 2003b, 16).

(Politics: Konflikt/ Kritik an bayerischer Arbeitsmarktpolitik: Verweis auf Zahlen).

**P 121/4.** Zwei Gründe hatte die Bitte an Herrn Hartz, diese Kommission zu machen. Sie hat gar nichts mit der vorzüglichen Arbeit von Walter Riester zu tun. Denn vieles von dem, was in dem Bericht dieser Kommission drinsteht, ist bereits auf den Weg gebracht. Nicht in der Breite. Nicht in der Konsequenz. Das muss nachgearbeitet werden. Wird auch in der nächsten Legislaturperiode. Das (wird das) wirklich große Reformprojekt werden, das wir schultern. (Maier/ Faas 2003b, 41).

(Politics: Umsetzung von Policies: Teile der Hartz-Konzepte sind bereits in der Umsetzung und werden weiter umgesetzt).

**P 121/5.** Zwei Gründe hatte die Bitte an Herrn Hartz, diese Kommission zu machen. Sie hat gar nichts mit der vorzüglichen Arbeit von Walter Riester zu tun. Denn vieles von dem, was in dem Bericht dieser Kommission drinsteht, ist bereits auf den Weg gebracht. Nicht in der Breite. Nicht in der Konsequenz. Das muss nachgearbeitet werden. Wird auch in der nächsten Legislaturperiode. Das (wird das) wirklich große Reformprojekt werden, das wir schultern. Und Herr Hartz war erstens jemand, der in seiner Tätigkeit bei Volkswagen als Arbeitsdirektor mit ganz innovativen Arbeitszeitmodellen 5000\*5000 zur Vermeidung von Entlassungen (beigetragen hat) – und (mit der) 4-Tage-Woche bewiesen hat, dass er einen ungeheuren Sachverstand aufweist. (Maier/ Faas 2003b, 41).

(Politics: Rolle von Personen: Herr Hartz hat seinen ungeheuren Sachverstand bereits bewiesen und die Bitte, die Kommission zu machen hat nichts mit der vorzüglichen Arbeit von Walter Riester zu tun).

**P 121/6.** Und zweitens ging es (*bei der Hartz-Kommission, fs*) um Legitimation. In der Kommission sind sowohl Gewerkschaftler, und zwar sehr engagierte, als auch Leute aus der Wirtschaft und den Verbänden drin. Herr Schleier zum Beispiel vom Handwerksverband. Und Legitimation zu beschaffen heißt dann auch, bei der Durchsetzung einer solchen Reform, die schwierig durchzusetzen ist, weil viele Menschen was zu verlieren haben, Gott sei Dank inzwischen in unserem Land, bei dieser Durchsetzungsphase gesellschaftliche Legitimation aus dem Volk heraus zu schaffen. Das war der Grund, warum Herr Hartz beauftragt worden ist und wir fangen an, das jetzt umzusetzen.... (Maier/ Faas 2003b, 41). (Politics: Umsetzung/ Durchsetzung von Policies: Kommission hat hohe Legitimation aufgrund ihrer Zusammensetzung und die braucht man, um solche schwierigen Reformen durchzusetzen).

**P 121/7.** (Frage: Bekommt (*Arbeitsminister, fs*) Walter Riester eine zweite Spielzeit?, Antwort:) Ja, sicher. (Maier/ Faas 2003b, 42). (Politics: Rolle von Personen: Walter Riester bekommt eine zweite Amtszeit).

**P 121/8.** Und darüber hinaus, es ist völlig klar, dass der Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit weitergehen muss. Aber diejenigen, die in der Spitze 4,9 Millionen Arbeitslose hatten, wie die Regierung der Freunde von Herrn Stoiber und Herrn Kohl sie hatte, das sind nun diejenigen, die als schlechteste Ratgeber sich eignen. Das muss man einfach klar sagen. (Maier/ Faas 2003b, 51). (Politics: Konflikt/ Kritik an Vorgängerregierung: Beleg mit Zahl).

**P 121/9.** Es ist sehr interessant, dass Sie (*Moderatorin Sabine Christiansen, fs*) gerade das Handwerk erwähnen. Diese 200.000 sind vom Präsidenten des Handwerks genannt worden, als angeblich zu erwartender Verlust an Arbeitsplätzen durch unsere spezifische Finanzierung der Opfer, oder der Schäden für die Opfer der Fluthilfe. Das ist nichts als eine rein propagandistische Annahme und das hat keinen Realitätsgehalt. Aber ich verstehe natürlich, dass bestimmte Verbandsfunktionäre, die der anderen Partei angehören, in Wahlkampfzeiten so etwas unter das Volk bringen müssen. Aber glauben muss man das nicht. (Maier/ Faas 2003b, 54). (Politics: Wahlkampfaktik: Präsident des Handwerks betreibt Wahlkampf für die Opposition).

**P 121/10.** Es ist sehr interessant, dass Sie (*Moderatorin Sabine Christiansen, fs*) gerade das Handwerk erwähnen. Diese 200.000 sind vom Präsidenten des Handwerks genannt worden, als angeblich zu erwartender Verlust an Arbeitsplätzen durch unsere spezifische Finanzierung der Opfer, oder der Schäden für die Opfer der Fluthilfe. Das ist nichts als eine rein propagandistische Annahme und das hat keinen Realitätsgehalt. Aber ich verstehe natürlich, dass bestimmte Verbandsfunktionäre, die der anderen Partei angehören, in Wahlkampfzeiten so etwas unter das Volk bringen müssen. Aber glauben muss man das nicht. (Maier/ Faas 2003b, 54). (Politics: Konflikt/ Kritik an Kritik des Handwerkspräsidenten: Vorwurf der Wahlkampfaktik und Propaganda).

**P 121/11.** (Frage: Herr Schröder, Frage an Sie: Dick Morris, der Wahlkampfberater von Bill Clinton, hat gesagt, er hat Ihrer beider Wahlkämpfe beobachtet und fragt sich eigentlich, warum Sie den Menschen immer noch Arbeitsplätze versprechen. Genau so gut könnten Sie ihnen Regen versprechen. Und fragt nach, warum konzentriert sich Politik nicht auf die Felder, die (sie) wirklich beeinflussen kann? Nämlich Bildung, Familie, Rente. Haben Sie eine Antwort? Antwort:) Ich glaube, dass wir durch den Rahmen – ich habe unseren genannt – auch Wirtschaft beeinflussen. Nicht machen. Aber beeinflussen. Und je nachdem wie intelligent der Rahmen ist, wird sie gut oder schlecht beeinflusst. (Maier/ Faas 2003b, 59ff). (Politics: Spielräume der Politik: Politik kann grundsätzlich den Rahmen bestimmen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden).

## Policy-Aussagen:

**P 122/1.** Sie haben vom Reformstau gesprochen. Wir haben ihn aufgelöst. Wir haben viel erreicht dabei. Nicht alles geschafft. Und das ist ja auch der Grund warum wir sagen, es gibt noch wichtige Reformvorhaben in der Gesundheitspolitik, auf dem Arbeitsmarkt, die wollen wir anpacken in der nächsten Legislaturperiode. Teile davon sind auf den Weg gebracht, aber eben nur Teile. (Maier/ Faas 2003b, 13).

(Policy: Künftige Vorhaben/ Agenda: Es wurde viel erreicht von der Regierung, Teile wichtiger Reformvorhaben auf den Weg gebracht, jetzt soll weiter angepackt werden).

**P 122/2.** Ich glaube, dass das (*die Möglichkeit einer direkten Erwiderung, fs*) nur fair wäre. Denn das, was (*von Edmund Stoiber, fs*) gesagt wird über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, widerspricht einfach den Tatsachen. Wir haben in 2001 400.000 Arbeitslose weniger gehabt als 1998. Und ich kann mir gar nicht vorstellen, dass man mit den Rezepten, an denen Sie ja beteiligt waren, Herr Stoiber, von '94 bis '98, die ihr Scheitern bereits bewiesen haben, dass man mit diesen Rezepten das aufholen kann, was Sie wenigstens partiell geschafft haben. (..) Im Übrigen muss ich hinzufügen, wir haben im August dieses Jahres 70.000 Arbeitslose weniger als im August '98. (Maier/ Faas 2003b, 15ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Zahlen sind besser als die der Vorgängerregierung, die nichts zu Wege gebracht hat).

**P 122/3.** Und die Tatsache, dass wir den Erfolg (*am Arbeitsmarkt, fs*), den wir wollten, nicht gehabt haben, das hat nun eindeutig zu tun mit wirtschaftlichen Verwerfungen. (Maier/ Faas 2003b, 15ff).

(Policy: Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit: Zu wenig Erfolg auf dem Arbeitsmarkt hat eindeutig mit wirtschaftlichen Verwerfungen zu tun).

**P 122/4.** Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern. Und zwar in einer Weise, die drei Mal so hoch ist wie in den übrigen Bundesländern. Das beschäftigt mich schon sehr, aber das widerlegt die These, dass man einfach nur kopieren braucht, um erfolgreich zu sein. Aber das darf ich vielleicht schon... wenn... sie steigt am raschesten, das ist das Problem, Herr Stoiber, ihr Problem ist... ihr Problem ist, sie steigt am raschesten, das ist das eigentliche Problem. (Maier/ Faas 2003b, 16).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik in Bayern: In Bayern steigt die Arbeitslosigkeit am schnellsten, es hilft also nicht, Rezepte einfach nur zu kopieren).

**P 122/5.** (Frage: Herr Bundeskanzler, Stichwort Arbeitslosigkeit. Sie liegen nicht bei 3,5 Millionen Arbeitslosen, die sie den Menschen versprochen haben, sondern exakt bei 4 Millionen und 18.000. 77.000 weniger als 1998. Das haben Sie auch gerade selber formuliert. Und Sie haben aber auch selber formuliert: „Dann haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden.“ Antwort:)

Keine Frage. Wenn die Bedingungen, die damals galten, und zwar einer wirklich boomenden Wirtschaft, keine Verwerfungen wie nach dem 11. September, weiter gegolten hätten, dann hätten wir dieses Ziel auch erreicht. Gar keine Frage, dass wir es erreicht hätten. Ich bin ja damals kritisiert worden als zu wenig ehrgeizig. Nicht etwa als zu viel ehrgeizig. Aber ich denke, jeder der mal Abendnachrichten sich anschaut und die Entwicklungen an den Börsen feststellt und zwar weltweit feststellt, der kann gar nicht davon ausgehen, dass das auf andere Länder begrenzt bliebe und Deutschland nicht erreichte. Diese Arbeitslosenziffern, die wir gegenwärtig haben, haben wir unter schwierigsten weltwirtschaftlichen Bedingungen, und sie sind geringer als die Regierung Kohl sie hatte bei einer boomenden amerikanischen Weltwirtschaft. Und deswegen gibt es überhaupt keinen Grund, sich Vorwürfe machen zu lassen, aus einem einzigen Grund, dem nämlich, dass man keinen Einfluss auf diese externen Bedingungen hat, den hat man nämlich wirklich nicht. (Maier/ Faas 2003b, 50ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Wir haben das Ziel der Reduzierung nicht erreicht, und das lag allein an den wirtschaftlichen Verwerfungen, die man nicht beeinflussen kann).

**P 122/6.** Und darüber hinaus, es ist völlig klar, dass der Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit weitergehen muss. Aber diejenigen, die in der Spitze 4,9 Millionen Arbeitslose hatten, wie die Regierung der Freunde von Herrn Stoiber und Herrn Kohl, sie hatte, dass sind nun diejenigen, die als schlechteste Ratgeber sich eignen. Das muss man einfach klar sagen. (Maier/ Faas 2003b, 51).

(Policy: Arbeitsmarkt-Bilanz der Vorgängerregierung: Hatten in der Spitze 4,9 Mio. Arbeitslose, sind also schlechte Ratgeber).

**P 122/7.** Und wir haben, zum Dritten, begonnen, auf dem Arbeitsmarkt Verhältnisse zu schaffen, mit denen Menschen, die arbeitslos geworden sind, schneller in die offenen Stellen vermittelt werden können. Es gibt ja nach Auskunft der Unternehmensverbände 1 bis 1,5 Millionen offene Stellen. Wir müssen die Leute qualifizieren, diejenigen, die Arbeit verloren haben, damit sie diese Stellen wieder besetzen können. Und ich denke, das sind drei ganz wichtige Reformbereiche, die angepackt worden sind. (Maier/ Faas 2003b, 53).  
(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Es wurde damit begonnen, Verhältnisse zu schaffen, dass Arbeitslose schneller vermittelt werden).

**P 122/8.** Es ist sehr interessant, dass Sie (*Moderatorin Sabine Christiansen, fs*) gerade das Handwerk erwähnen. Diese 200.000 sind vom Präsidenten des Handwerks genannt worden, als angeblich zu erwartender Verlust an Arbeitsplätzen durch unsere spezifische Finanzierung der Opfer, oder der Schäden für die Opfer der Fluthilfe. Das ist nichts als eine rein propagandistische Annahme und das hat keinen Realitätsgehalt. Aber ich verstehe natürlich, dass bestimmte Verbandsfunktionäre, die der anderen Partei angehören, in Wahlkampfzeiten so etwas unter das Volk bringen müssen. Aber glauben muss man das nicht. (Maier/ Faas 2003b, 54).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Handwerkspräsident erwartet Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen durch die spezifische Finanzierung der Flutfolgen, das ist bloße Propaganda und man weiß ja in welcher Partei er ist).

**P 122/9** (Nachfrage, Herr Schröder. Ist es eigentlich klug, wenn Sie in einer solchen Situation wie dieser immer auf diese exogenen Schocks, so glaube ich hat man das auch genannt, aufmerksam machen. Also auf die besondere Situation in der Welt. Wiewohl wir auch alle wissen, dass andere europäische Länder mit diesen besonderen Situationen in der Welt wesentlich besser klar gekommen sind. Antwort:)

Nein. Das ist nicht so. Denn die großen europäischen Länder, Frau Illner, sind schlechter damit klar gekommen. Z. B. die Arbeitslosigkeit in Spanien, in Frankreich und Italien ist höher als in Deutschland. Übrigens, wir haben eine andere Statistik auch als alle anderen europäischen Länder. Aber das nur nebenbei. Insofern kann man überhaupt nicht sagen, dass Deutschland schlechter damit fertig geworden ist. (...) Also darf man gar nicht davon ausgehen, dass das so ist wie Sie vermuten. Zudem sind das alle Länder, die nicht zu verkraften haben, was wir zu verkraften hatten. (Maier/ Faas 2003b, 58ff).

(Policy: Arbeitsmarktzahlen in anderen Ländern: Andere Länder sind sogar schlechter mit Verwerfungen fertig geworden, auch hat Deutschland eine andere Statistik).

**P 122/10.** Und in der Tat ist es natürlich richtig, dass wachsende Arbeitslosigkeit, ich habe die Gründe genannt, natürlich Auswirkungen auf das Rentensystem hat, ebenso auf die Beiträge. Aber deswegen haben wir ja gerade diese große und wichtige Reform (*die Riesterrente, fs*) gemacht, um das im Griff zu behalten. (Maier/ Faas 2003b, 63)  
(Policy: Folgen der Arbeitslosigkeit: Wachsende Arbeitslosigkeit hat Folgen für das Rentensystem, daher hat Regierung Rentenreform eingeleitet).

Auswertung:

Politics: (11)

- Konflikt (5), Bezug:
  - Verweis auf konkrete Zahlen (4)
  - Konkrete Aussagen Edmund Stoibers (1)
  - Vorwurf der Wahlkampfaktik/ Propaganda (1)
- Umsetzung/ Durchsetzung von Policies (2)
- Rolle von Personen (2)
- Spielräume der Politik (1)
- Wahlkampfaktik (1)

Policy: (10)

- Bilanz der eigenen Arbeitsmarktpolitik (2)
- Aktuelles Handeln der Regierung (2)
- Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Vorgängerregierung (1)
- Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit (1)
- Künftige Arbeitsmarkt-Agenda einer rot-grünen Regierung (1)
- Bilanz der bayerischen Arbeitsmarktpolitik (1)
- Folgen der Arbeitslosigkeit (1)
- Arbeitsmarktzahlen in anderen Ländern (1)

## Bundestagsdebatte zum Thema Haushalt am 13. September 2002

### Politics-Aussagen:

**P 131/1.** Ich will gern zugeben, dass wir auf dem **Arbeitsmarkt** die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, nicht erreicht haben. Wir hatten uns vorgenommen – das war eine Zielgröße –, zum Ende der Legislaturperiode auf 3,5 Millionen Arbeitslose zu kommen. Wir haben diese Zielmarke nicht erreicht. Aber all diejenigen, die jetzt erzählen, das habe nicht die Ursachen in dem, was wir seit dem 11. September 2001 erleben müssen, haben entweder keine Ahnung oder sind böswillig. Unabhängig von der Tatsache, dass wir die Ziele, an denen wir festhalten, nicht erreicht haben, gilt gleichwohl – der Finanzminister hat das gestern eindrucksvoll dargestellt –: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ist in der Zeit, in der wir regieren, um 1,1 Millionen gestiegen. Der Kandidat hat die Arbeitslosenzahlen für August 2002 mit denen vom August 1998 verglichen. Auch in diesem Bereich wird von Ihnen schlicht gemogelt. Wir hatten im August 2002 77.000 Arbeitslose weniger als 1998. (Deutscher Bundestag 2002, 25585).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Kritik der eigenen Argumentation zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit: Polemische Töne, Beleg mit Zahlen).

**P 131/2.** Der Kandidat hat die Arbeitslosenzahlen für August 2002 mit denen vom August 1998 verglichen. Auch in diesem Bereich wird von Ihnen schlicht gemogelt. Wir hatten im August 2002 77.000 Arbeitslose weniger als 1998. Sie hatten durch Ihre Wahlkampf-ABM-Maßnahmen im August 1998 für drei Monate vor der Wahl und drei Monate nach der Wahl den Arbeitsämtern 300.000 Arbeitslose auf die Payroll gegeben. Das war die Art und Weise, wie Sie die Arbeitslosenstatistik geschönt und verpuscht haben. Das gilt es hier einmal deutlich zu machen. Es ist wahr – ich habe überhaupt keinen Grund, das nicht zuzugeben –: Wir haben das Ziel, das wir uns gesteckt haben, nicht erreicht. Aber wir sind deutlich unter dem, was Sie erreicht haben. Von Leuten, die ihr Scheitern auch auf dem Arbeitsmarkt bereits bewiesen haben, lassen wir uns ungern Vorschriften machen. (Deutscher Bundestag 2002, 25585).

(Politics: Wahlkampfaktik: Vorgängerregierung hat Arbeitslosenstatistik geschönt und Wahlkampf-ABM betrieben).

**P 131/3:** Sie hatten durch Ihre Wahlkampf-ABM-Maßnahmen im August 1998 für drei Monate vor der Wahl und drei Monate nach der Wahl den Arbeitsämtern 300.000 Arbeitslose auf die Payroll gegeben. Das war die Art und Weise, wie Sie die Arbeitslosenstatistik geschönt und verpuscht haben. Das gilt es hier einmal deutlich zu machen. (Deutscher Bundestag 2002, 25585).

(Politics: Konflikt/Kritik an Wahlkampf-ABM der Vorgängerregierung: Verweis auf konkrete Zahlen).

**P 132/4.** Es ist wahr – ich habe überhaupt keinen Grund, das nicht zuzugeben –: Wir haben das Ziel, das wir uns gesteckt haben, nicht erreicht. Aber wir sind deutlich unter dem, was Sie erreicht haben. Von Leuten, die ihr Scheitern auch auf dem Arbeitsmarkt bereits bewiesen haben, lassen wir uns ungern Vorschriften machen. (Deutscher Bundestag 2002, 25585).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Kritik der eigenen Bilanz: Polemik).

**P 132/5.** Übrigens halte ich das, was Sie in jüngster Zeit als angebliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt andeuten, nämlich die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften entscheidend zu kürzen, für einen gefährlichen Irrweg. Mitbestimmung und gute Betriebsräte, ausgestattet mit eigenen Rechten, auf der einen Seite und auf der anderen Seite kreative Unternehmer, die auf gleicher Augenhöhe Arbeitsbedingungen in Deutschland aushandeln, das hat unser Land stark und nicht schwach gemacht. Das werden wir verteidigen. Deshalb ist das, was Sie in diesem Sektor ankündigen, nicht nur volkswirtschaftlich gefährlich, sondern es demotiviert auch die

Menschen, von deren Arbeit unser aller Wohlergehen in erster Linie abhängt. (Deutscher Bundestag 2002, 25586).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Vorschlägen der Opposition: Verweis auf konkrete Vorschläge).

**P 131/6.** Sie haben sich dann über die Vorschläge der **Hartz-Kommission** – um dies sehr zurückhaltend zu sagen – negativ verbreitet. Ich halte das für falsch und ich prophezeie: Sie werden das, was dort vorgeschlagen worden ist, aus der Opposition heraus noch einmal mit Deutlichkeit unterstützen. Denn da geht es wirklich um das Prinzip, dass Menschen, die ihre Qualifikationen verloren haben, weil sie arbeitslos geworden sind, sie wiederbekommen, dass sie gefördert, aber auch gefordert werden. Fordern heißt, das (von) ihnen und ihren Familien (das) jeweils Mögliche getan werden muss. Aber danach haben sie Anspruch auf die solidarische Hilfe der Gesellschaft. Für die handelt der Staat. Das darf nicht in Vergessenheit geraten. (Deutscher Bundestag 2002, 25586).

(Politics: Konflikt/ Kritik: Zurückweisung der Kritik der Opposition in allgemeiner Form).

**P 131/7:** Sie haben sich dann über die Vorschläge der **Hartz-Kommission** – um dies sehr zurückhaltend zu sagen – negativ verbreitet. Ich halte das für falsch und ich prophezeie: Sie werden das, was dort vorgeschlagen worden ist, aus der Opposition heraus noch einmal mit Deutlichkeit unterstützen. Denn da geht es wirklich um das Prinzip, dass Menschen, die ihre Qualifikationen verloren haben, weil sie arbeitslos geworden sind, sie wiederbekommen, dass sie gefördert, aber auch gefordert werden. Fordern heißt, das (von) ihnen und ihren Familien (das) jeweils Mögliche getan werden muss. Aber danach haben sie Anspruch auf die solidarische Hilfe der Gesellschaft. Für die handelt der Staat. Das darf nicht in Vergessenheit geraten. (Deutscher Bundestag 2002, 25586).

(Politics: Durchsetzung/ Umsetzung von Policies: Prophezeiung, dass Opposition die Hartz-Vorschläge noch mittragen wird).

#### Policy-Aussagen:

**P 132/1.** Ich will gern zugeben, dass wir auf dem Arbeitsmarkt die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, nicht erreicht haben. Wir hatten uns vorgenommen – das war eine Zielgröße –, zum Ende der Legislaturperiode auf 3,5 Millionen Arbeitslose zu kommen. Wir haben diese Zielmarke nicht erreicht. Aber all diejenigen, die jetzt erzählen, das habe nicht die Ursachen in dem, was wir seit dem 11. September 2001 erleben müssen, haben entweder keine Ahnung oder sind böswillig. Unabhängig von der Tatsache, dass wir die Ziele, an denen wir festhalten, nicht erreicht haben, gilt gleichwohl – der Finanzminister hat das gestern eindrucksvoll dargestellt –: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ist in der Zeit, in der wir regieren, um 1,1 Millionen gestiegen. Der Kandidat hat die Arbeitslosenzahlen für August 2002 mit denen vom August 1998 verglichen. Auch in diesem Bereich wird von Ihnen schlicht gemogelt. Wir hatten im August 2002 77.000 Arbeitslose weniger als 1998. (...) Es ist wahr – ich habe überhaupt keinen Grund, das nicht zuzugeben –: Wir haben das Ziel, das wir uns gesteckt haben, nicht erreicht. Aber wir sind deutlich unter dem, was Sie erreicht haben. Von Leuten, die ihr Scheitern auch auf dem Arbeitsmarkt bereits bewiesen haben, lassen wir uns ungerne Vorschriften machen. (Deutscher Bundestag 2002, 25585).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Wir haben die Ziele nicht erreicht, aber das hat mit weltwirtschaftlichen Verwerfungen zu tun, dennoch ist die Arbeitslosigkeit seit 1998 zurückgegangen).

**P 132/2.** Der Kandidat hat die Arbeitslosenzahlen für August 2002 mit denen vom August 1998 verglichen. Auch in diesem Bereich wird von Ihnen schlicht gemogelt. Wir hatten im August 2002 77.000 Arbeitslose weniger als 1998. Sie hatten durch Ihre Wahlkampf-ABM-Maßnahmen im August 1998 für drei Monate vor der Wahl und drei Monate nach der Wahl den Arbeitsämtern 300.000 Arbeitslose auf die Payroll gegeben. Das war die Art und Weise, wie Sie die Arbeitslosenstatistik geschönt und verpfuscht haben. Das gilt es hier einmal

deutlich zu machen. Es ist wahr – ich habe überhaupt keinen Grund, das nicht zuzugeben –: Wir haben das Ziel, das wir uns gesteckt haben, nicht erreicht. Aber wir sind deutlich unter dem, was Sie erreicht haben. Von Leuten, die ihr Scheitern auch auf dem Arbeitsmarkt bereits bewiesen haben, lassen wir uns ungerne Vorschriften machen. (Deutscher Bundestag 2002, 25585).

(Policy: Bilanz der Vorgängerregierung: Bilanz wurde durch Wahlkampf-ABM geschönt).

**P 132/3.** Übrigens halte ich das, was Sie in jüngster Zeit als angebliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt andeuten, nämlich die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften entscheidend zu kürzen, für einen gefährlichen Irrweg. Mitbestimmung und gute Betriebsräte, ausgestattet mit eigenen Rechten, auf der einen Seite und auf der anderen Seite kreative Unternehmer, die auf gleicher Augenhöhe Arbeitsbedingungen in Deutschland aushandeln, das hat unser Land stark und nicht schwach gemacht. Das werden wir verteidigen. Deshalb ist das, was Sie in diesem Sektor ankündigen, nicht nur volkswirtschaftlich gefährlich, sondern es demotiviert auch die Menschen, von deren Arbeit unser aller Wohlergehen in erster Linie abhängt. (Deutscher Bundestag 2002, 25586).

(Policy: Vorschläge anderer zum Arbeitsmarkt: Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften zu kürzen, ist ein Irrweg).

**P 132/4.** Sie haben sich dann über die Vorschläge der **Hartz-Kommission** – um dies sehr zurückhaltend zu sagen – negativ verbreitet. Ich halte das für falsch und ich prophezeie: Sie werden das, was dort vorgeschlagen worden ist, aus der Opposition heraus noch einmal mit Deutlichkeit unterstützen. Denn da geht es wirklich um das Prinzip, dass Menschen, die ihre Qualifikationen verloren haben, weil sie arbeitslos geworden sind, sie wiederbekommen, dass sie gefördert, aber auch gefordert werden. Fordern heißt, das (von) ihnen und ihren Familien (das) jeweils Mögliche getan werden muss. Aber danach haben sie Anspruch auf die solidarische Hilfe der Gesellschaft. Für die handelt der Staat. Das darf nicht in Vergessenheit geraten. (Deutscher Bundestag 2002, 25586).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Hartz schafft schnelle Vermittlung und einen Ausgleich zwischen Fordern und Fördern).

#### Auswertung:

Politics: (7)

- Konflikt (5), Bezug:
  - Verweis auf konkrete Zahlen (2)
  - Polemik (2)
  - Allgemeine Zurückweisung der Oppositionskritik (1)
  - Bezug zu Vorschlägen anderer (1)
- Wahlkampf-ABM der Vorgängerregierung (1)
- Umsetzung/ Durchsetzung von Policies (1)

Policy: (4)

- Bilanz der eigenen Arbeitsmarktpolitik (1)
- Aktuelles Handeln der Regierung (1)
- Bilanz der Vorgängerregierung (1)
- Vorschläge anderer (1)

#### Quellen:

Deutscher Bundestag (2002): Plenarprotokoll 14/253. Stenographischer Bericht 253. Sitzung. Berlin, 13. September 2002.

Maier, Jürgen /Fass, Thorsten (2003a): „Wortlaut und Wahrnehmung des ersten Fernsehduells im Bundestagswahlkampf 2002 – eine Dokumentation“. Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft, Nr. II-16, 2003.

Maier, Jürgen /Fass, Thorsten (2003b): „Wortlaut und Wahrnehmung des ersten Fernsehduells im Bundestagswahlkampf 2002 – eine Dokumentation“. Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft, Nr. II-17, 2003.

## A 2.2.2. Codierbuch Edmund Stoiber (Kategorien und Codierungen)

### 1. TV Duell am 25. August 2002

#### Politics-Aussagen:

**P 211/1.** Wir sind, was das wirtschaftliche Wachstum anbelangt, in Europa Schlusslicht. In den letzten Jahren sind über 250.000 Arbeitsplätze weggefallen. Das liegt nicht am mangelnden Export, sondern das liegt an unserer Binnenwirtschaft. Wir sind hier weit hinter allen anderen Ländern und deswegen halte ich es für einen verhängnisvollen Fehler, diese Probleme der Flutkatastrophe mit Steuererhöhungen lösen zu wollen. Wenn ich den Mittelstand nicht entlaste, wenn ich ihm zunächst Steuerentlastungen verspreche, sie dann nicht mache, dann sind das Steuererhöhungen. Und am 1.1. des nächsten Jahres haben wir dann praktisch eine dreifache Steuererhöhung in einer desaströsen konjunkturellen Lage. (...) ...also Einkommensteuererhöhung, Mineralölsteuererhöhung und zum Dritten auch noch die Körperschaftssteuer zu erhöhen, das halte ich mit Verlaub für einen schwerwiegenden Fehler.... (Maier/ Faas 2003a, 24ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik/ Angriff auf Regierungspolitik: Beleg mit Zahl, Vermittlung von Zusammenhängen).

**P 211/2.** Ich halte das einfach für einen schwerwiegenden Fehler, zu glauben, dass man das nationale Problem, die nationale Katastrophe Arbeitslosigkeit so an die Wand drücken kann. (Maier/ Faas 2003a, 27).

(Politics: Kommunikative Behandlung des Themas durch den Bundeskanzler).

**P 211/3.** Ich halte das einfach für einen schwerwiegenden Fehler, zu glauben, dass man das nationale Problem, die nationale Katastrophe Arbeitslosigkeit, so an die Wand drücken kann. (Maier/ Faas 2003a, 27).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Schröders Kommunikation: Schröder drückt das Thema Arbeitslosigkeit an die Wand).

**P 211/4.** Herr Bundeskanzler, Sie haben versprochen, dass nach Ihrer Amtszeit, nach vier Jahren, wir eine Arbeitslosigkeit haben von unter 3,5 Millionen. Wir haben jetzt über fünf, über vier Millionen Arbeitslose. (Maier/ Faas 2003a, 27).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: konkrete Zahl bzw. konkrete Aussage Schröders).

**P 211/5.** Wir haben jetzt über fünf, über vier Millionen Arbeitslose. Hunderttausend Arbeitslose mehr, das kostet uns, den Steuerzahler, den öffentlichen Händen 2,3 Milliarden Euro. Das heißt also, fünfhunderttausend Arbeitslose mehr, das sind 11, 5 Mrd. Euro, die wir gegenwärtig aufzubringen haben aufgrund ihrer falschen Politik. Und wenn Sie diese Politik jetzt noch verstärken, indem sie Steuererhöhungen auf den Mittelstand, gerade auch auf die kleinen Leute übertragen, denn was ist dann Ihre Konsequenz? Diejenigen, gerade die kleinen Leute, die sich freuen würden, nur noch 17 % Eingangsteuersatz zu zahlen, müssen weiterhin 19% bezahlen. Das heißt der Schwerpunkt ihrer Maßnahmen trifft gerade die kleinen Leute, schafft natürlich weniger Verbrauch, schafft natürlich eine weitere schlechte Binnenkonjunktur. (Maier/ Faas 2003a, 27ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: sachlicher Beleg mit Zahlen).

**P 211/6.** Und schauen Sie, unser Land, hat sicherlich eine große internationale Verflechtung, die amerikanische Situation (hat) sicherlich leichte Auswirkungen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass der Schwerpunkt unseres Arbeitsmarkts vom Binnenmarkt, vom europäischen Markt, vom deutschen Markt abhängig ist. Wir haben nur einen relativ geringen Anteil des Exportes an Amerika. Andere Länder, wie England, und wie Frankreich, wie Schweden, wie Finnland, wie Spanien, haben die gleiche internationale Verflechtung und haben nicht diese

dramatischen Zuwachszahlen an Arbeitslosigkeit und dieses schwache Wirtschaftswachstum. Deswegen akzeptiere ich natürlich nicht diese Ausreden des Bundeskanzlers, immer wieder zu sagen, andere sind schuld. Das hat er schon gemacht als Ministerpräsident in Niedersachsen, da hat er gesagt, ich kann nichts dafür, die Bedingungen werden in Bonn beziehungsweise in Berlin gemacht. Jetzt trägt er hier die Verantwortung in Berlin und jetzt sagt er, na ja, Amerika ist schuld, der Welthandel ist schuld, die Weltkonjunktur ist schuld. Ich halte das für eine gravierende Ausrede. Und die Leute bezahlen es mit höherer Arbeitslosigkeit. (Maier/ Faas 2003a, 31ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Ursachen und Zusammenhänge werden genannt).

**P 211/7.** Also, lassen Sie uns mal bei den Tatsachen verweilen. Vor 4 Jahren hat Gerhard Schröder den Menschen versprochen, er wird durch große Reformen dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit signifikant sinkt. Er hat gesagt: Mit mir wird es am Ende meiner Amtszeit nicht mehr als 3,5 Millionen Arbeitslose geben. Er hat dazu gefügt: Wenn ich dieses Versprechen nicht einhalte, dann haben wir es nicht verdient wiedergewählt zu werden. Und wir werden auch nicht wiedergewählt. 4 Jahre lange sind viele Fehler gemacht worden. In der Steuerpolitik. In der Arbeitsmarktpolitik. Mehr Bürokratie ist geschaffen worden. Komplizierung des 630-Mark-Gesetzes. Viele Dinge, die ich hier jetzt im Einzelnen ... nicht aufzählen möchte. (Maier/ Faas 2003a, 36).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: mit Verweis auf Policies und Handeln der Regierung bzw. konkrete Aussagen Gerhard Schröders).

**P 211/8.** (Frage: Aber ist denn bei Hartz nichts, was Ihnen... Sie können nichts, was Ihnen gefällt, aufzählen, Herr Ministerpräsident, ist gar nichts dabei...?, Antwort:) Nein,... Am Ende, am Ende... diese Regierung ergeht sich in der Beauftragung von Gutachten. Das Hartz-Gutachten ist eines von 50 Gutachten über die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Ich kann das alles nur noch als ein Wahlkampfthema ansehen. Und so sehen es ja letzten Endes auch über 60 % der Bürgerinnen und Bürger bei den Umfragen, fast 68 %. Die sagen, das ist ein reines Wahlkampfmanöver, am Ende der Spielzeit sieht man, dass man keinen Erfolg hat, und will praktisch mit neuen Vorschlägen, mit alten Vorschlägen eine Verlängerung der Spielzeit. So wird das nicht gehen. Die Menschen werden das nicht mitmachen und eine andere Entscheidung am 22. treffen. (Maier/ Faas 2003a, 36).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Unterfütterung mit Zahlen und Fakten).

**P 211/9.** (Frage: Aber ist denn bei Hartz nichts, was Ihnen... Sie können nichts, was Ihnen gefällt, aufzählen, Herr Ministerpräsident, ist gar nichts dabei...?, Antwort:) Nein,... Am Ende, am Ende... diese Regierung ergeht sich in der Beauftragung von Gutachten. Das Hartz-Gutachten ist eines von 50 Gutachten über die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Ich kann das alles nur noch als ein Wahlkampfthema ansehen. Und so sehen es ja letzten Endes auch über 60 % der Bürgerinnen und Bürger bei den Umfragen, fast 68 %. Die sagen, das ist ein reines Wahlkampfmanöver, am Ende der Spielzeit sieht man, dass man keinen Erfolg hat, und will praktisch mit neuen Vorschlägen, mit alten Vorschlägen eine Verlängerung der Spielzeit. So wird das nicht gehen. Die Menschen werden das nicht mitmachen und eine andere Entscheidung am 22. treffen. (Maier/ Faas 2003a, 36).

(Politics: Hartz ist reines Wahlkampfmanöver).

**P 211/10.** Hartz hat einen schwerwiegenden Fehler, Herr Kloeppel. Es analysiert nicht, was die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind. Es versucht die Arbeitslosen besser zu verteilen. Nur, wenn ich im Osten 1,4, 1,5 Millionen Arbeitslose habe, aber 75.000 offene Stellen. Dann löst das Hartz-Papier überhaupt kein Problem. Die Probleme liegen daran, dass Hartz keine Analyse gemacht hat, was ist die Ursache? Die Ursache ist die hohe Steuerbelastung. Warum gehen 40 % der Investitionen, der Direktinvestitionen der deutschen Industrie, ins Ausland? Das hängt natürlich mit der Steuerbelastung, mit der arbeitsmarktpolitischen Situation zusammen. Und wenn man das nicht ändert, das muss geändert werden und das steht ja auch als Alternative am 22. zur Wahl. (Maier/ Faas 2003a, 37).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Hartz-Kommission: Ursachen und Zusammenhänge werden erläutert, konkrete Zahlen werden genannt).

**P 211/11.** Natürlich gibt es andere Themen (*als die Steuerpolitik, fs*), Herr Kloeppel. Nur der Bundeskanzler versucht ja immer wieder einen falschen Eindruck zu erwecken, als wäre er die Inkarnation, das Ebenbild der sozialen Gerechtigkeit und wir wollten etwas ganz anderes. Ich sage Ihnen ganz offen: wer auf der einen Seite Arbeitslose, oder arbeitslos werdende, die aus dem Betrieb ausscheiden bzw. aus dem Betrieb ausscheiden müssen, weil der Betrieb insolvent ist. (...) Und Sie bekommen immer noch eine Sozialabfindung. Wer diese Sozialabfindung jetzt höher besteuert als früher, dafür tragen Sie die Verantwortung. Aber (wer gleichzeitig Veräußerungserlöse von großen Kapitalgesellschaften in Milliardenhöhe völlig steuerfrei erklärt, der tritt die soziale Gerechtigkeit mit Füßen. (Maier/ Faas 2003a, 43). (Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungshandeln, Bezug auf konkrete Policy).

**P 211/12.** Ich halte es für völlig falsch, dass wir in Anbetracht der Tatsache, dass wir demnächst viele neue Zuwanderer bekommen aus den neuen EU-Gebieten Polen, Tschechien, Slowakei... Ich halte es für falsch, dass wir die generellen Anwerbestops für ausländische Arbeitskräfte außerhalb Europas, dass wir den aufheben bei vier Millionen Arbeitslosen; ein schwerwiegender Fehler, den ich sofort rückgängig machen werde. (Maier/ Faas 2003a, 44). (Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungsvorhaben, sachliche Begründung mit leicht populistischen Tönen).

**P 211/13.** Ich kann nur sagen, (Ihr) deutscher Weg in der Innenpolitik, das (sind) 4.000.000 Arbeitslose. Das ist das geringste Wachstum in Europa. Das ist Abbau von Arbeitsplätzen insgesamt im letzten Jahr. (Maier/ Faas 2003a, 58). (Politics: Konflikt/ Kritik an der Bilanz der Regierung, allgemeiner Vorwurf des Versagens bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit).

**P 211/14.** In der Innenpolitik gibt es viele Themen, die Familienpolitik, die Fragen der Zuwanderung, aber ein ganz zentrales, das zentralste aller Themen für mich, ist die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Und ich sage ganz offen: sozial ist für mich heute und morgen, was Arbeit schafft. Dem muss ich vieles unterordnen, auch in der Bereitschaft, Reformen anzugehen. (Maier/ Faas 2003a, 63). (Politics: Priorisierung von Policies, Arbeitslosigkeit ist das zentrale Thema in der Innenpolitik).

**P 211/15.** Und ich sage auch deutlich: Herr Schröder hatte vier Jahre Zeit, er hat jetzt die Zeit nicht genutzt. Die Bilanz ist völlig anders, als er sie hier darstellt: Wir lesen jeden Tag von großen und kleinen Betrieben, dass sie zehntausende, fünfzehntausende, 50 oder 80 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, dass sie wegfallen, das ist für mich eine Katastrophe, das ist für mich eine menschliche Katastrophe für die arbeitslos werdenden. (Maier/ Faas 2003a, 63). (Politics: Konflikt/ Kritik an Bilanz der Regierung, Katastrophenszenario).

**P 211/16.** Und ich sage ein Letztes: Wenn wir es nicht schaffen, die Schwere zwischen Ost und West zusammenzubringen, sie ist unter Schröder auseinander gegangen. Wir haben im Osten ein Minuswachstum und ein Wachstum an Arbeitslosigkeit, anders als in den alten Ländern, dann werden wir unser nationales Hauptproblem nicht lösen, auch das Zusammenwachsen zu bewältigen. (Maier/ Faas 2003a, 63). (Politics: Konflikt/ Kritik an der Regierungspolitik, Ursachen und Zusammenhänge).

#### Policy-Aussagen:

**P 212/1.** Ich bemühe mich und habe mich in meinem Verantwortungsbereich in den letzten Jahren, im letzten Jahrzehnt, immer wieder engagiert, das zu halten, was ich versprochen

habe, also als Ministerpräsident in Bayern eine gute Bildung, ein hohes Maß an innerer Sicherheit, in besonderem Maße natürlich auch, Arbeitsplätze zu schaffen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass neue Arbeitsplätze entstehen, dass die Arbeitslosigkeit gemindert wird und insgesamt glaube ich, kann sich die Bilanz sehen lassen. Wir sind mit das Land, dass die geringste Arbeitslosigkeit in Deutschland aufzuweisen hat. Wir haben es erreicht, dass eigentlich in den letzten zehn Jahren jeder vierte neue Arbeitsplatz in Deutschland in meinem Verantwortungsbereich geschaffen worden ist. Und sicherlich ist das mit auch ein Grund, warum CDU und CSU und im Besonderen auch mir persönlich ein hohes Maß an Kompetenz in der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaftspolitik zugemessen wird, und ich möchte das, was ich für Bayern getan habe, die nächsten vier Jahre mit aller Leidenschaft und mit allem Engagement für Deutschland tun. (Maier/ Faas 2003a, 11ff).  
(Policy: Eigene Kompetenz, gute eigene Leistungsbilanz auf dem Arbeitsmarkt in Bayern, inhaltlich).

**P 212/2.** Herr Limbourg, wir haben die Flutkatastrophe, aber wir haben noch eine andere nationale Katastrophe, das ist die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit. Über vier Millionen Arbeitslose im Sommer. Wir sind, was das wirtschaftliche Wachstum anbelangt, in Europa Schlusslicht. Und wir bauen keine Arbeitslosigkeit ab. In dem letzten Jahr sind über 250.000 Arbeitsplätze weggefallen. Das liegt nicht am mangelnden Export, sondern das liegt an unserer Binnenwirtschaft. (Maier/ Faas 2003a, 24).  
(Policy: Ursache der Arbeitslosigkeit: Schwache Binnennachfrage; inhaltliche, sachliche Beschreibung).

**P 212/3** Wir sind, was das wirtschaftliche Wachstum anbelangt, in Europa Schlusslicht. In den letzten Jahren sind über 250.000 Arbeitsplätze weggefallen. Das liegt nicht am mangelnden Export, sondern das liegt an unserer Binnenwirtschaft. Wir sind hier weit hinter allen anderen Ländern und deswegen halte ich es für einen verhängnisvollen Fehler, diese Probleme der Flutkatastrophe mit Steuererhöhungen lösen zu wollen. Wenn ich den Mittelstand nicht entlaste, wenn ich ihm zunächst Steuerentlastungen verspreche, sie dann nicht mache, dann sind das Steuererhöhungen. Und am 1.1. des nächsten Jahres haben wir dann praktisch eine dreifache Steuererhöhung in einer desaströsen konjunkturellen Lage. (...) ...also Einkommensteuererhöhung, Mineralölsteuererhöhung und zum Dritten auch noch die Körperschaftssteuer zu erhöhen, das halte ich mit Verlaub für einen schwerwiegenden Fehler.... (Maier/ Faas 2003a, 24ff).  
(Policy: Aktuelle Politik der Regierung: Schwache Binnenwirtschaft, daher sind von der Regierung geplanten Steuererhöhungen für Probleme der Flutkatastrophe ein schwerer Fehler, sachlich).

**P 212/4.** Herr Bundeskanzler, Sie haben versprochen, dass nach Ihrer Amtszeit, nach vier Jahren, wir eine Arbeitslosigkeit haben von unter 3,5 Millionen. Wir haben jetzt über fünf, über vier Millionen Arbeitslose. (Maier/ Faas 2003a, 27).  
(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Bundeskanzler Schröder hat sein Versprechen nicht gehalten).

**P 212/5.** Wir haben jetzt über fünf, über vier Millionen Arbeitslose. Hunderttausend Arbeitslose mehr, das kostet uns, den Steuerzahler, den öffentlichen Händen 2,3 Milliarden Euro. Das heißt also, fünfhunderttausend Arbeitslose mehr, das sind 11,5 Mrd. Euro, die wir gegenwärtig aufzubringen haben aufgrund ihrer falschen Politik. Und wenn Sie diese Politik jetzt noch verstärken, indem sie Steuererhöhungen auf den Mittelstand, gerade auch auf die kleinen Leute übertragen, was ist dann Ihre Konsequenz? Diejenigen, gerade die kleinen Leute, die sich freuen würden, nur noch 17 % Eingangssteuersatz zu zahlen, müssen weiterhin 19 % bezahlen. Das heißt der Schwerpunkt ihrer Maßnahmen trifft gerade die kleinen Leute, schafft natürlich weniger Verbrauch, schafft natürlich eine weitere schlechte Binnenkonjunktur. (Maier/ Faas 2003a, 27ff).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Falsche Steuerpolitik kostet jetzt schon viel Geld und diese falsche (Steuer-) Politik wird jetzt auch noch verstärkt und lähmt die Binnenkonjunktur).

**P 212/6.** Und schauen Sie, unser Land, hat sicherlich eine große internationale Verflechtung, die amerikanische Situation (hat) sicherlich leichte Auswirkungen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass der Schwerpunkt unseres Arbeitsmarkts vom Binnenmarkt, vom europäischen Markt, vom deutschen Markt abhängig ist. Wir haben nur einen relativ geringen Anteil des Exportes an Amerika. Andere Länder, wie England, und wie Frankreich, wie Schweden, wie Finnland, wie Spanien, haben die gleiche internationale Verflechtung und haben nicht diese dramatischen Zuwachszahlen an Arbeitslosigkeit und dieses schwache Wirtschaftswachstum. Deswegen akzeptiere ich natürlich nicht diese Ausreden des Bundeskanzlers, immer wieder zu sagen, andere sind schuld. Das hat er schon gemacht als Ministerpräsident in Niedersachsen, da hat er gesagt, ich kann nichts dafür, die Bedingungen werden in Bonn beziehungsweise in Berlin gemacht. Jetzt trägt er hier die Verantwortung in Berlin und jetzt sagt er, na ja, Amerika ist schuld, der Welthandel ist schuld, die Weltkonjunktur ist schuld. Ich halte das für eine gravierende Ausrede. Und die Leute bezahlen es mit höherer Arbeitslosigkeit. (Maier/ Faas 2003a, 31ff).

(Policy: Ursachen der Arbeitslosigkeit: Andere Länder haben die gleichen internationalen Verflechtungen und nicht so eine hohe Arbeitslosigkeit).

**P 212/7.** Also, lassen Sie uns mal bei den Tatsachen verweilen. Vor 4 Jahren hat Gerhard Schröder den Menschen versprochen, er wird durch große Reformen dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit signifikant sinkt. Er hat gesagt: Mit mir wird es am Ende meiner Amtszeit nicht mehr als 3,5 Millionen Arbeitslose geben. Er hat dazu gefügt: Wenn ich dieses Versprechen nicht einhalte, dann haben wir es nicht verdient wiedergewählt zu werden. Und wir werden auch nicht wiedergewählt. 4 Jahre lange sind viele Fehler gemacht worden. In der Steuerpolitik. In der Arbeitsmarktpolitik. Mehr Bürokratie ist geschaffen worden. Verkomplizierung des 630-Mark-Gesetzes. Viele Dinge, die ich hier jetzt im Einzelnen... nicht aufzählen möchte. (Maier/ Faas 2003a, 36).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Schröder hat Versprechen nicht gehalten, hat in der Arbeitsmarktpolitik viele Fehler gemacht).

**P 212/8.** (Frage: Aber ist denn bei Hartz nichts, was Ihnen... Sie können nichts, was Ihnen gefällt, aufzählen, Herr Ministerpräsident, ist gar nichts dabei...?, Antwort:) Nein,... Am Ende, am Ende... diese Regierung ergeht sich in der Beauftragung von Gutachten. Das Hartz-Gutachten ist eines von 50 Gutachten über die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Ich kann das alles nur noch als ein Wahlkampfthema ansehen. Und so sehen es ja letzten Endes auch über 60 % der Bürgerinnen und Bürger bei den Umfragen, fast 68 %. Die sagen, das ist ein reines Wahlkampfmanöver, am Ende der Spielzeit sieht man, dass man keinen Erfolg hat, und will praktisch mit neuen Vorschlägen, mit alten Vorschlägen eine Verlängerung der Spielzeit. So wird das nicht gehen. Die Menschen werden das nicht mitmachen und eine andere Entscheidung am 22. treffen. (Maier/ Faas 2003a, 36).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Hartz-Vorschläge nur ein weiteres Gutachten von vielen).

**P 212/9.** Hartz hat einen schwerwiegenden Fehler, Herr Kloeppel. Es analysiert nicht, was die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind. Es versucht die Arbeitslosen besser zu verteilen. Nur, wenn ich im Osten 1,4 bis 1,5 Millionen Arbeitslose habe, aber 75.000 offene Stellen, dann löst das Hartz-Papier überhaupt kein Problem. (Maier/ Faas 2003a, 37).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Hartz löst keine Probleme).

**P 212/10.** Die Probleme liegen daran, dass Hartz keine Analyse gemacht hat, was ist die Ursache? Die Ursache ist die hohe Steuerbelastung. Warum gehen 40 % der Investitionen, der Direktinvestitionen der deutschen Industrie, ins Ausland? Das hängt natürlich mit der Steuerbelastung, mit der arbeitsmarktpolitischen Situation zusammen. Und wenn man das

nicht ändert, das muss geändert werden und das steht ja auch als Alternative am 22. zur Wahl. (Maier/ Faas 2003a, 37).

(Policy: Ursache für die Arbeitslosigkeit: Rund 40% der deutschen Direktinvestitionen gehen ins Ausland, weil die Steuerbelastung in Deutschland so hoch ist).

**P 212/11.** Ich habe das schon mehrfach dargelegt. Und ich versuche das noch mal zu tun. Ohne eine Steuerentlastung gerade für den Mittelstand, werden Sie unser Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Im Mittelstand sind etwas 75, 76 % aller Arbeitsplätze zu Hause. Nicht in den Großbetrieben alleine, sondern in den mittelständischen Betrieben. Und wenn Sie diese nicht entlasten, dann investieren Sie nicht. (Maier/ Faas, 2003a, 39).

(Policy: Eigener Vorschlag: Mittelstand muss steuerlich entlastet werden, um Arbeitsmarktproblem lösen zu können).

**P 212/12.** Natürlich gibt es andere Themen (*als die Steuerpolitik, fs*), Herr Kloeppel. Nur der Bundeskanzler versucht ja immer wieder einen falschen Eindruck zu erwecken, als wäre er die Inkarnation, das Ebenbild der sozialen Gerechtigkeit und wir wollten etwas ganz anderes. Ich sage Ihnen ganz offen: wer auf der einen Seite Arbeitslose, oder arbeitslos werdende, die aus dem Betrieb ausscheiden bzw. aus dem Betrieb ausscheiden müssen, weil der Betrieb insolvent ist. (...) Und Sie bekommen immer noch eine Sozialabfindung. Wer diese Sozialabfindung jetzt höher besteuert als früher, dafür tragen Sie die Verantwortung. Aber (wer) gleichzeitig Veräußerungserlöse von großen Kapitalgesellschaften in Milliardenhöhe völlig steuerfrei erklärt, der tritt die soziale Gerechtigkeit mit Füßen. (Maier/ Faas 2003a, 43).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Höhere Besteuerung für Entlassene unsozial).

**P 212/13.** Ich halte es für völlig falsch, dass wir in Anbetracht der Tatsache, dass wir demnächst viele neue Zuwanderer bekommen aus den neuen EU-Gebieten Polen, Tschechien, Slowakei... Ich halte es für falsch, dass wir die generellen Anwerbestops für ausländische Arbeitskräfte außerhalb Europas, dass wir den aufheben bei vier Millionen Arbeitslosen; ein schwerwiegender Fehler, den ich sofort rückgängig machen werde. (Maier/ Faas 2003a, 44).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Teile des neuen Zuwanderungsgesetz sind schlecht für den deutschen Arbeitsmarkt, wir werden diese Teile rückgängig machen).

**P 212/14.** Ich kann nur sagen, (Ihr) deutscher Weg in der Innenpolitik, das (sind) 4 Millionen Arbeitslose. Das ist das geringste Wachstum in Europa. Das ist Abbau von Arbeitsplätzen insgesamt im letzten Jahr. (Maier/ Faas 2003a, 58).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: hohe Arbeitslosigkeit und Abbau von Arbeitsplätzen).

**P 212/15.** Und ich sage auch deutlich: Herr Schröder hatte vier Jahre Zeit, er hat jetzt die Zeit nicht genutzt. Die Bilanz ist völlig anders, als er sie hier darstellt: Wir lesen jeden Tag von großen und kleinen Betrieben, dass sie zehntausende, fünfzehntausende, 50 oder 80 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, dass sie wegfallen, das ist für mich eine Katastrophe, das ist für mich eine menschliche Katastrophe für die arbeitslos werdenden. (Maier/ Faas 2003a, 63).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Bilanz ist katastrophal, jeden Tag fallen Arbeitsplätze weg).

**P 212/16.** Und ich sage ein Letztes: Wenn wir es nicht schaffen, die Schere zwischen Ost und West zusammenzubringen, sie ist unter Schröder auseinander gegangen. Wir haben im Osten ein Minuswachstum und ein Wachstum an Arbeitslosigkeit, anders als in den alten Ländern, dann werden wir unser nationales Hauptproblem nicht lösen, auch das Zusammenwachsen zu bewältigen. (Maier/ Faas 2003a, 63).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Arbeitslosigkeit im Osten und die Schere zwischen Ost und West gefährdet das nationale Hauptproblem, das Zusammenwachsen

zwischen Ost und West).

### Auswertung:

#### Politics: (16)

- Konflikt/ Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Regierung (13)<sup>1</sup>, Bezug:
  - Beleg mit konkreten Zahlen/ Fakten (5)
  - Analyse/ Vermittlung von Ursachen und/ oder Zusammenhängen (3)
  - Bezug auf konkrete Policies und Handlungen der Regierung (3)
  - Konkrete Aussagen der Regierung/ bzw. von Gerhard Schröder (2)
  - Vorwurf des Wahlkampfmanövers
  - Katastrophenszenario (1)
  - Kommunikation Schröders zum Thema Arbeitslosigkeit (1)
  - allgemeiner Vorwurf (1)
  - populistische Untertöne (1)
  
- Policy-Prozess/ Priorisierung von Policies (1)
- Kommunikation Schröders zum Thema (1)
- Wahlkampfmanöver von Schröder (1)

#### Policy: (16)

- Bilanz der Regierung (6)
- Aktuelles Handeln der Regierung (5)
- Ursachen der Arbeitslosigkeit (3)
- Eigene Kompetenz herausgestellt (1)
- Eigene Vorschläge (1)

---

<sup>1</sup> Eine Konfliktaussage konnte sowohl mit Zahlen und gleichzeitig mit konkreten Handlungen belegt sein, deshalb ist die Summe der Art der Kritik höher als die Konfliktaussagen.

## 2. TV-Duell am 8. September 2002

### Politics-Aussagen:

**P 221/1.** Also (...) Ich habe die Wahrnehmung auch in meinen Veranstaltungen, in den Gesprächen mit den Menschen, die ich führe, dass das zentrale Problem, was die Menschen am intensivsten berührt, die Arbeitslosigkeit ist. Wir haben heute eine Situation, die wir schon lange nicht mehr hatten, dass über 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Sorge haben, ihren Arbeitsplatz verlieren zu können und dass sie auch erwarten, dass notwendige Reformen eingeleitet werden und das ist für uns die zentrale Frage, das ist das wesentliche Thema neben vielen anderen Themen, die natürlich auch eine beachtliche Rolle spielen. (Maier/ Faas 2003b, 12).

(Politics: Befindlichkeiten der Bürger bzw. Arbeitnehmer: Viele Leute haben Sorge um ihren Arbeitsplatz).

**221/2.** Wir haben heute eine Situation, die wir schon lange nicht mehr hatten, dass über 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Sorge haben, ihren Arbeitsplatz verlieren zu können und dass sie auch erwarten, dass notwendige Reformen eingeleitet werden und das ist für uns die zentrale Frage, das ist das wesentliche Thema neben vielen anderen Themen, die natürlich auch eine beachtliche Rolle spielen. Ob das die Familienpolitik ist, ob das die Irak-Situation jetzt ist, ob das die Schulpolitik ist, ob das andere Themen sind. Aber die entscheidende Frage (ist), denn davon hängt ja unsere gesamte wirtschaftliche Situation, unsere Situation der sozialen Sicherungssysteme, der Rente, der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Pflegeversicherung (ab): das hängt ja alles damit zusammen, dass wir zu wenig Beitragszahler haben. (Maier/ Faas 2003b, 12).

(Politics: Priorisierung von Politics: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das zentrale Thema).

**P 221/3:** An Koalitionsmöglichkeiten denke ich natürlich jetzt überhaupt nicht. Zum anderen muss ich allerdings sagen, dass die FDP ja in einer Frage mit uns völlig übereinstimmt. Sie sieht auch die Frage der Arbeitslosigkeit als das zentrale Thema, das gelöst werden muss und sie sieht auch wie wir darin das große Versagen der Bundesregierung, denn der Bundeskanzler hat ja das große Versprechen abgegeben, dass die Arbeitslosigkeit nach Ende seiner ersten Amtszeit unter 3,5 Millionen liegen wird. (Maier/ Faas 2003b, 14ff).

(Politics: Rolle des Themas für mögliche Koalitionspartnerschaften).

**P 221/4.** Sie (*die FDP, fs*) sieht auch die Frage der Arbeitslosigkeit als das zentrale Thema, das gelöst werden muss und sie sieht auch wie wir darin das große Versagen der Bundesregierung, denn der Bundeskanzler hat ja das große Versprechen abgegeben, dass die Arbeitslosigkeit nach Ende seiner Amtszeit unter 3,5 Millionen liegen wird. Dieses Versprechen ist massiv gebrochen worden. Meines Erachtens auch durch falsche Entscheidungen in der Steuerpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und deswegen haben Sie ihre Chance gehabt und werden deswegen genau so wie Helmut Kohl, der auch mit vier Millionen abgelöst worden ist, Sie haben das damals ihm ja auch prognostiziert, Sie werden genau das Schicksal erleiden, was Helmut Kohl erlitten hat. (Maier/ Faas 2003b, 14ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: allgemeiner Vorwurf von Fehlern in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik).

**P 221/5.** (...) und deswegen haben Sie (*der Bundeskanzler, fs*) ihre Chance gehabt und werden deswegen genau so wie Helmut Kohl, der auch mit vier Millionen abgelöst worden ist, Sie haben das damals ihm ja auch prognostiziert, Sie werden genau das Schicksal erleiden, was Helmut Kohl erlitten hat. (Maier/ Faas 2003b, 12).

(Politics: Rolle für Wahlentscheidung: Schröder wird das gleiche Schicksal erleiden wie Helmut Kohl, er wird abgelöst).

**P 221/6.** Wenn der Bundeskanzler... wenn er... wenn er... wenn er Bayern anspricht, dann darf ich natürlich schon replizieren und deutlich machen, wir haben neben Baden-

Württemberg in Deutschland mit 5,9 % die niedrigste Arbeitslosenquote... und hätten wir in Deutschland die Arbeitslosenquote wie in Bayern, dann hätten wir, Herr Bundeskanzler, ein- einhalb Millionen Arbeitslose weniger, dann hätten wir 2,5 Millionen Arbeitslose.... (Maier/ Faas 2003b, 16ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik der Regierungspolitik: Wäre die Arbeitslosigkeit in Deutschland so niedrig wie in Bayern, gäbe es 1,5 Mio. Arbeitslose weniger in Deutschland, Beleg mit konkreten Zahlen).

**P 221/7.** Frau Christiansen, es ist ja interessant, dass der Bundeskanzler bei seiner Aufzählung zwei Minister überhaupt nicht genannt hat, die eigentlich verantwortlich sind für das größte Problem in Deutschland, nämlich die Arbeitslosigkeit. Für die Mutlosigkeit des Mittelstandes. Eigentlich müsste der Wirtschaftsminister heute der bekannteste Mann Deutschlands sein, er müsste ständig neue Initiativen entwickeln. Der Arbeitsminister müsste ständig etwas tun gegen die Arbeitslosigkeit. Mit seinen Tausenden von Beamten wartet er aber nur auf die 52. Kommission und deswegen ist das, was von Schröder zu verantworten ist, nämlich über vier Millionen Arbeitslose am Ende seiner Amtszeit, das ist im Grunde genommen das Zeugnis, das Testat für die Bewältigung dieser großen Herausforderung, die wir schaffen müssen.... (Maier/ Faas 2003b, 38ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik, hier an zwei Ministern).

**P 221/8.** ...und für die Bewältigung dieser großen Herausforderung (*der Arbeitslosigkeit, fs*), die wir schaffen müssen, habe ich nach langem Überlegen den für mich besten Mann rekrutiert, nämlich Lothar Späth, ein Mann der 12 Jahre Ministerpräsident eines Landes war, das (er) erfolgreich nach oben gebracht hat, gerade auch, was den Mittelstand anbelangt, ein Mann, der seit 12 Jahren jetzt auch die andere Seite kennt, nämlich die Wirtschaft, die große Wirtschaft, die kleine Wirtschaft, den Osten, die ostdeutschen Länder, den Mann möchte ich dafür in das wichtigste Amt bringen, nämlich das Amt des Arbeits- und des Wirtschaftsministers, um dieses zentrale Thema zu bewältigen. (Maier/ Faas 2003b, 39).

(Politics: Personen/ eigene Personalvorschläge: Lothar Späth soll Arbeits- und Wirtschaftsminister werden).

**P 221/9.** (Frage: Die Leipziger Volkszeitung wird melden, dass Lothar Späth sein Amt nicht antreten wird, sondern das dieses schon ein Signal ist, an die FDP zu sagen: Ihr könnt das Amt des Wirtschaftsministers haben. Es erstaunte ja schon so manchen, dass die Arbeitsmarktcompetenzen, die ja zu Herrn Seehofer übergegangen sind, da sich überhaupt niemand auf der Seite von Lothar Späth rührte. Wird das so sein? Wird Lothar Späth sein Amt nach der Wahl antreten, oder ist das Etikettenschwindel?, Antwort:) (...) Glauben Sie alle diese Spekulationen nicht. Lothar Späth wird Arbeits- und Wirtschaftsminister. Mit einer großen Kompetenz. Er wird einen Teil auch des Finanzministeriums zurückbekommen. Vor allen Dingen die Grundsatzabteilung, das ist ein schwerer Fehler gewesen von Herrn Schröder, dass er hier Lafontaine nachgegeben hat, und die Grundsatzabteilung aus dem Wirtschaftsministerium in das Finanzministerium getan hat. Das wird mit mir rückgängig gemacht und Lothar Späth wird dieses Amt übernehmen. Es wird Lothar Späth mit mir zusammen diese große Aufgabe zu schultern versuchen. (Maier/ Faas 2003, 39ff).

(Politics: Personen: Zurückweisen von Personalspekulationen, Lothar Späth wird Arbeits- und Wirtschaftsminister).

**P 221/10.** Ich glaube, dass es keine Regierung (...) Ja, dass es hat keine Regierung gegeben hat, die so viel Gutachten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Auftrag gegeben hat, wie Herr Schröder. Das (*die Hartz-Kommission, fs*) ist das 52. Gutachten gewesen. Und wenn er am Ende seiner Regierungszeit dieselbe, oder fast dieselbe Arbeitslosigkeit zu verantworten hat, wie sein Vorgänger sie zu verantworten hatte, und er dann glaubt am Ende mit einem Gutachten Probleme lösen zu können. Man muss Entscheidungen treffen als Regierungschef, und nicht Gutachten in Auftrag geben. (Maier/ Faas, 2003b, 42).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: konkreten Handlungen/ Policies der Regierung).

**P 221/11.** Sie (*der Bundeskanzler, fs*) haben damals, als Helmut Kohl abgewählt worden ist, mit einer Arbeitslosenzahl von 4,1 Millionen, da haben Sie mehrfach gesagt, ein Bundeskanzler, der über vier Millionen Arbeitslose zu verantworten hat, der hat es nicht verdient wiedergewählt zu werden. (Schröder: Ja, bei der Situation stimmte das ja auch.) An dem, an dem werden Sie auch gemessen werden. Zweitens: Helmut Schmidt, Ihr Vorgänger, hat es Ihnen ja doch sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben. Die Arbeitslosigkeit hat mit der Globalisierung nichts zu tun, sondern sie ist hausgemacht. (Maier/ Faas 2003b, 51).  
(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: konkrete Aussagen von Schröder, Helmut Schmidt wird als Kronzeuge angeführt).

**P 221/12.** Zweitens: Helmut Schmidt, Ihr Vorgänger, hat es Ihnen ja doch sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben. Die Arbeitslosigkeit hat mit der Globalisierung nichts zu tun, sondern sie ist hausgemacht. 70 Prozent unserer Arbeitsplätze, 70 Prozent unserer Arbeitsplätze sind gerade in dem mittelständischen Bereich zu Hause, also beim Friseurladen, beim Bäckerladen, beim Klempnerladen, beim Internetcafe oder wo auch immer, bei den kleinen mittelständischen Betrieben. Und Herr Bundeskanzler, Sie wiederholen das immer und es wird nicht richtiger. Wir haben im letzten Jahr ein Exportwachstum gehabt von über 5 Prozent. Wir haben jetzt steigende Auftragseingänge im Export. Unser Problem ist nicht entscheidend allein der Export, sondern unser Problem ist der Binnenmarkt, ist der Inlandsbereich und der Mittelstand hat kein Vertrauen in Rot-Grün. Sie investieren nicht mehr wie überhaupt unsere Bürgerinnen und Bürger in dem Land kaum mehr etwas verbrauchen. Der Einzelhandel geht ja in einer ganz schwierigen Situation Monat für Monat dramatischen Zahlen entgegen. Das hängt mit dem Pessimismus zusammen und den haben Sie zu verantworten, weil Sie letzten Endes sich immer nur als Genosse der Bosse betrachtet haben, aber den Mittelstand als die wesentliche Stütze überhaupt nicht unterstützt haben, von der Steuerreform angefangen bis zur Arbeitsmarktpolitik. (Maier/ Faas 2003b, 51ff).  
(Politics: Konflikt/ Kritik an der Regierungspolitik: Zusammenhänge werden erklärt, Zahlen werden genannt).

**P 221/13.** ... Sie haben dazu, was den Mittelstand anbelangt, nur Erschwernisse geschaffen. Sie haben das 36-Mark-Gesetz... das 36-Mark-Gesetz... das 630-Mark-Gesetz abgeschafft, haben es verkompliziert. Sie haben das Scheinselbständigen-Gesetz geschaffen und haben Selbständigkeit für den Mittelstand gerade erschwert. Sie haben den Teilzeitananspruch generell eingeführt, der für den Mittelstand eine außerordentliche Schwierigkeit bedeutet. Und sie haben auch für den Mittelstand meines Erachtens eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes, des Mitbestimmungsgesetz geschaffen, die dem Mittelstand außerordentliche Probleme verursacht. Daraus resultiert der Vertrauensverlust. (Maier/ Faas 2003b, 56).  
(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: konkrete Maßnahmen/ Policies der Regierung werden genannt).

**P 221/14.** Ich kritisiere, dass die Gewerkschaften überhaupt nicht kritisieren. Dass diese Regierung eine zentrale Zusage gebrochen hat. Nämlich 3,5 Millionen Arbeitslose zu erreichen. Ich habe noch eine IG Metall Zeitung aus dem Oktober des Jahres 1998 gelesen, gestern gelesen. Da steht drin: 3,5 Millionen Arbeitslose – Kanzler abgemacht. Ich hör hier keine Kritik der Gewerkschaften gegen die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages von Alleinerziehenden. Ich höre keine Kritik der Gewerkschaften an dieser Bundesregierung, dass Abfindungen von Arbeitsloswerdenden, die über Sozialpläne abgefunden werden, dass diese Abfindungen wesentlich höher besteuert werden unter dem Kanzler Schröder als vorher, dass die Freibeträge gekürzt worden sind. (Maier/ Faas 2003b, 57ff).  
(Politics: Konflikt/ Kritik an Gewerkschaften: Konkrete Zahlen, konkretes Handeln/Policies der Regierung).

**P 222/15.** Das Problem liegt in erster Linie darin, dass wir zu viele Arbeitslose und zu wenig Beitragszahler haben. Die Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme liegen entscheidend in der Arbeitslosigkeit. Deswegen ist die Arbeitslosigkeit nicht nur eine menschliche

Tragik für den einzelnen, der dieses Schicksal erleidet. Oder für die Familie. Sondern es ist auch ein Drama und eine Katastrophe für unser Land. Denn die sozialen Sicherungssysteme, die in unserem Land ja hervorragend sind, gemessen an anderen Ländern. Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung, Sozialhilfe. Das ist etwa alles, was wir... Da geben wir 660 bis 700 Mrd. Euro aus. Das ist ein Drittel unseres BIPs. Das können Sie nicht in erster Linie durch Reformen sichern, sondern durch die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Das Problem unserer Systeme ist zu wenig Beitragszahler und zu viele Arbeitslose. Daran müssen wir ansetzen und das ist ja nun die entscheidende Frage, die letzten Endes auch dann die Wahl entscheiden wird. Und ich bin mir sicher, dass wir auch gerade deswegen die Wahl gewinnen werden. (Maier/ Faas 2003b, 60ff).  
(Politics: Rolle für Wahlentscheidung: Frage der Arbeitslosigkeit wird die Wahl entscheiden und die Union wird gewinnen).

**P 221/16.** Zunächst, Frau Christiansen, auch hier wieder (*beim Thema Familiengeld, fs*) die Grundvoraussetzung: Bei der Arbeitslosigkeit, die wir gegenwärtig haben, werden wir uns vieles nicht leisten können. Bei der wirtschaftlichen Schwäche, die wir gegenwärtig haben, werden wir uns vieles nicht leisten können. Immer wieder komme ich auf den zentralen Punkt: Wer die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend bekämpft, wer die wirtschaftliche Leistungsschwäche unseres Landes nicht entscheidend bekämpft, der kann auch alle diese Dinge letzten Endes nicht lösen, die wir lösen müssen. (Maier/ Faas, 2003b, 66).  
(Politics: Priorisierung von Policies: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität, sonst sind alle anderen Probleme nicht zu lösen).

**P 221/17.** Am 22. September geht es um eine Richtungsentscheidung: Aufwärts oder abwärts. Wir müssen die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Leistungsschwäche Deutschland wesentlich verbessern. Deutschland ist ein großartiges Land mit großartigen Menschen und hat es nicht verdient an letzter Stelle des wirtschaftlichen Wachstums und an dem Wachstum der Arbeitslosigkeit zu stehen. Ich werde alles dazu tun, dass dies sich ändert mit der Kompetenz und mit den Erfahrungen, die ich in meinem bisherigen Leben gesammelt habe. (Maier/ Faas 2003b, 67).  
(Politics: Rolle für Wahlentscheidung: Die Wahl ist eine Richtungsentscheidung, wie es mit der Arbeitslosigkeit weitergeht).

#### Policy-Aussagen:

**P 222/1.** Aber die entscheidende Frage (ist), denn davon hängt ja unsere gesamte wirtschaftliche Situation, unsere Situation der sozialen Sicherungssysteme, der Rente, der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Pflegeversicherung (ab): das hängt ja alles damit zusammen, dass wir zu wenig Beitragszahler haben. Wir brauchen mehr Beitragszahler, wir brauchen also weniger Arbeitslose, und wenn wir das nicht hinbekommen, aus Arbeitslosen Beitragszahler zu machen, aus Arbeitslosen eben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen, dann werden wir unsere Probleme im Inneren wie im Äußeren, was ja alles Geld kostet, nicht lösen können. (Maier/ Faas 2003b, 12).  
(Policy: Folgen der Arbeitslosigkeit: Wir haben zu wenig Beitragszahler, was die Sicherungssysteme belastet).

**P 222/2.** Sie (*die FDP, fs*) sieht auch die Frage der Arbeitslosigkeit als das zentrale Thema, das gelöst werden muss und sie sieht auch wie wir darin das große Versagen der Bundesregierung, denn der Bundeskanzler hat ja das große Versprechen abgegeben, dass die Arbeitslosigkeit nach Ende seiner Amtszeit unter 3,5 Millionen liegen wird. Dieses Versprechen ist massiv gebrochen worden. Meines Erachtens auch durch falsche Entscheidungen in der Steuerpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und deswegen haben Sie ihre Chance gehabt und werden deswegen genau so wie Helmut Kohl, der auch mit vier Millionen abgelöst worden ist, Sie haben das damals ihm ja auch prognostiziert, Sie werden genau das Schicksal erleiden, was Helmut Kohl erlitten hat. (Maier/ Faas 2003b, 14ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Bundeskanzler hat sein Versprechen massiv gebrochen).

**P 222/3.** Wenn der Bundeskanzler... wenn er... wenn er... wenn er Bayern anspricht, dann darf ich natürlich schon replizieren und deutlich machen, wir haben neben Baden-Württemberg in Deutschland mit 5,9 % die niedrigste Arbeitslosenquote... und hätten wir in Deutschland die Arbeitslosenquote wie in Bayern, dann hätten wir, Herr Bundeskanzler, ein- einhalb Millionen Arbeitslose weniger, dann hätten wir 2,5 Millionen Arbeitslose... und Sie müssen und Sie müssen das natürlich sich ansehen... Wenn sie wenn, entschuldigen Sie bitte, wenn Sie mich ansprechen als Ministerpräsident und weniger als Kanzlerkandidat, dann muss ich Ihnen sagen, in meiner Amtszeit sind, in den letzten neun Jahren, ist jeder dritte neue Arbeitsplatz, der in den alten Ländern geschaffen worden ist, in Bayern geschaffen worden. In meiner Amtszeit sind 133.000 Arbeitsplätze geschaffen worden und in allen anderen Ländern haben die Zahlen eine andere Entwicklung genommen und deshalb halte ich es für einen falschen Zug. Wissen Sie, dann können sie gleich den Arbeitsamtbezirk Freising hernehmen. Das ist nämlich der Arbeitsamtbezirk der mit Abstand die geringste Arbeitslosigkeit hat... (Schröder: Aber wir wollen doch jetzt nicht über Freising reden.) Nein, nein, nein, der hat eine Steigerung... Ich will nur mal, ich will nur mal die Beispiele darlegen... Der will, der will... die Zahlen, Frau Christiansen, wir haben hier eine Steigerungsrate von 28 %. (Maier/ Faas 2003b, 16ff).

(Policy: Arbeitsmarktbilanz in Bayern: eigene Kompetenz Edmund Stoiber).

**P 222/4.** Frau Christiansen, es ist ja interessant, dass der Bundeskanzler bei seiner Aufzählung zwei Minister überhaupt nicht genannt hat, die eigentlich verantwortlich sind für das größte Problem in Deutschland, nämlich die Arbeitslosigkeit. Für die Mutlosigkeit des Mittelstandes. Eigentlich müsste der Wirtschaftsminister heute der bekannteste Mann Deutschlands sein, er müsste ständig neue Initiativen entwickeln. Der Arbeitsminister müsste ständig etwas tun gegen die Arbeitslosigkeit. Mit seinen Tausenden von Beamten wartet er aber nur auf die 52. Kommission und deswegen ist das, was von Schröder zu verantworten ist, nämlich über vier Millionen Arbeitslose am Ende seiner Amtszeit, das ist im Grunde genommen das Zeugnis, das Testat für die Bewältigung dieser großen Herausforderung, die wir schaffen müssen.... (Maier/ Faas 2003b, 38ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Wirtschafts- und Arbeitsminister haben nur auf Kommissionen gewartet und sind für die Mutlosigkeit des Mittelstandes verantwortlich).

**P 222/5.** Ich glaube, dass es keine Regierung (...) Ja, dass es hat keine Regierung gegeben hat, die so viel Gutachten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Auftrag gegeben hat, wie Herr Schröder. Das (*die Hartz-Kommission, fs*) ist das 52. Gutachten gewesen. Und wenn er am Ende seiner Regierungszeit dieselbe, oder fast dieselbe Arbeitslosigkeit zu verantworten hat, wie sein Vorgänger sie zu verantworten hatte, und er dann glaubt, am Ende mit einem Gutachten Probleme lösen zu können. Man muss Entscheidungen treffen als Regierungschef, und nicht Gutachten in Auftrag geben. (Maier/ Faas 2003b, 42).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Regierung hat nur Gutachten in Auftrag gegeben, Hartz ist ein weiteres davon).

**P 222/6.** Sie (*der Bundeskanzler, fs*) haben damals, als Helmut Kohl abgewählt worden ist, mit einer Arbeitslosenzahl von 4,1 Millionen, da haben Sie mehrfach gesagt, ein Bundeskanzler, der über vier Millionen Arbeitslose zu verantworten hat, der hat es nicht verdient wiedergewählt zu werden. (Schröder: Ja, bei der Situation stimmte das ja auch.) An dem, an dem werden Sie auch gemessen werden. Zweitens: Helmut Schmidt, Ihr Vorgänger, hat es Ihnen ja doch sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben. Die Arbeitslosigkeit hat mit der Globalisierung nichts zu tun, sondern sie ist hausgemacht. (Maier/ Faas 2003b, 51).

(Policy: Bilanz Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Sie hat es nicht verdient wieder gewählt zu werden, weil sie ihre Ziele nicht erreicht hat, denn die Arbeitslosigkeit hat nichts mit der Globalisierung zu tun).

**P 222/7.** Zweitens: Helmut Schmidt, Ihr Vorgänger, hat es Ihnen ja doch sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben. Die Arbeitslosigkeit hat mit der Globalisierung nichts zu tun, sondern sie ist hausgemacht. 70 Prozent unserer Arbeitsplätze, 70 Prozent unserer Arbeitsplätze sind gerade in dem mittelständischen Bereich zu Hause, also beim Friseurladen, beim Bäckerladen, beim Klempnerladen, beim Internetcafe oder wo auch immer, bei den kleinen mittelständischen Betrieben. Und Herr Bundeskanzler, Sie wiederholen das immer und es wird nicht richtiger. Wir haben im letzten Jahr ein Exportwachstum gehabt von über 5 Prozent. Wir haben jetzt steigende Auftragseingänge im Export. Unser Problem ist nicht entscheidend allein der Export, sondern unser Problem ist der Binnenmarkt, ist der Inlandsbereich und der Mittelstand hat kein Vertrauen in Rot-Grün. Sie investieren nicht mehr wie überhaupt unsere Bürgerinnen und Bürger in dem Land kaum mehr etwas verbrauchen. Der Einzelhandel geht ja in einer ganz schwierigen Situation Monat für Monat dramatischen Zahlen entgegen. Das hängt mit dem Pessimismus zusammen und den haben Sie zu verantworten, weil Sie letzten Endes sich immer nur als Genosse der Bosse betrachtet haben, aber den Mittelstand als die wesentliche Stütze überhaupt nicht unterstützt haben, von der Steuerreform angefangen bis zur Arbeitsmarktpolitik. (Maier/ Faas 2003b, 51ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Mittelstand und Bürger haben kein Vertrauen, Ursache der hohen Arbeitslosigkeit ist die schwache Binnennachfrage und Vernachlässigung des Mittelstands durch falsche Steuerpolitik).

**P 222/8.** Sie haben das 36-Mark-Gesetz... das 36-Mark-Gesetz... das 630-Mark-Gesetz abgeschafft, haben es verkompliziert. Sie haben das Scheinselbständigen Gesetz geschaffen und haben Selbständigkeit für den Mittelstand gerade erschwert. Sie haben den Teilzeitananspruch generell eingeführt, der für den Mittelstand eine außerordentliche Schwierigkeit bedeutet. Und sie haben auch für den Mittelstand meines Erachtens eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes, des Mitbestimmungsgesetzes geschaffen, die dem Mittelstand außerordentliche Probleme verursacht. Daraus resultiert der Vertrauensverlust. (Maier/ Faas 2003b, 56).

(Policy: Bilanz Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Der Bundeskanzler hat für den Mittelstand nur Erschwernisse geschaffen, so hat er das 630-Mark-Gesetz abgeschafft und verkompliziert und einiges mehr).

**P 222/9.** Ich kritisiere, dass die Gewerkschaften überhaupt nicht kritisieren. Dass diese Regierung eine zentrale Zusage gebrochen hat. Nämlich 3,5 Millionen Arbeitslose zu erreichen. Ich habe noch eine IG-Metall-Zeitung aus dem Oktober des Jahres 1998 gelesen, gestern gelesen. Da steht drin: 3,5 Millionen Arbeitslose – Kanzler abgemacht. Ich hör hier keine Kritik der Gewerkschaften gegen die Abschaffung des die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages von Alleinerziehenden. (Maier/ Faas 2003b, 57ff).

(Policy: Bilanz Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Zentrales Versprechen der Senkung der Arbeitslosigkeit gebrochen).

**P 222/10.** Ich kritisiere, dass die Gewerkschaften überhaupt nicht kritisieren. Dass diese Regierung eine zentrale Zusage gebrochen hat. Nämlich 3,5 Millionen Arbeitslose zu erreichen. Ich habe noch eine IG-Metall-Zeitung aus dem Oktober des Jahres 1998 gelesen, gestern gelesen. Da steht drin: 3,5 Millionen Arbeitslose – Kanzler abgemacht. Ich hör hier keine Kritik der Gewerkschaften gegen die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages von Alleinerziehenden. Ich höre keine Kritik der Gewerkschaften an dieser Bundesregierung, dass Abfindungen von Arbeitsloswerdenden, die über Sozialpläne abgefunden werden, dass diese Abfindungen wesentlich höher besteuert werden unter dem Kanzler Schröder als vorher, dass die Freibeträge gekürzt worden sind. (Maier/ Faas 2003b, 57ff).

(Policy: Bilanz Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Abfindungen von Arbeitslosen werden jetzt höher besteuert als vorher, dazu sagen die Gewerkschaften nichts).

**P 222/11.** Das Problem liegt in erster Linie darin, dass wir zu viele Arbeitslose und zu wenig Beitragszahler haben. Die Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme liegen entschei-

dend in der Arbeitslosigkeit. Deswegen ist die Arbeitslosigkeit nicht nur eine menschliche Tragik für den einzelnen, der dieses Schicksal erleidet. Oder für die Familie. Sondern es ist auch ein Drama und eine Katastrophe für unser Land. Denn die sozialen Sicherungssysteme, die in unserem Land ja hervorragend sind, gemessen an anderen Ländern. Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung, Sozialhilfe. Das ist etwa alles, was wir... Da geben wir 660 bis 700 Mrd. Euro aus. Das ist ein Drittel unseres BIP. Das können Sie nicht in erster Linie durch Reformen sichern, sondern durch die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Das Problem unserer Systeme ist zu wenig Beitragszahler und zu viele Arbeitslose. Daran müssen wir ansetzen und das ist ja nun die entscheidende Frage, die letzten Endes auch dann die Wahl entscheiden wird. Und ich bin mir sicher, dass wir auch gerade deswegen die Wahl gewinnen werden. (Maier/ Faas 2003b, 60ff).

(Policy: Folgen der Arbeitslosigkeit: sind nicht nur persönliche Belastungen für den Einzelnen, sondern vor allem auch für sozialen Sicherungssysteme, es gibt zu wenig Beitragszahler).

#### Auswertung:

##### Politics: (17)

- Konflikt/ Kritik an der Bundesregierung/ am Kanzler (8), Bezug:
  - Konkrete Maßnahmen/ Policies der Regierung (3)
  - Konkrete Zahlen (3)
  - Konkrete Aussagen der Regierung von G. Schröder (1)
  - Ursachen/ Zusammenhänge werden erklärt (1)
  - Allgemeine, eher unkonkrete Begründungen (1)
  - Kritik an Personen (Ministern) (1)
  - Kritik an Gewerkschaften (1)
  - Sozialdemokraten (Helmut Schmidt) als Kronzeugen (1)
  - Begründung eigene Kompetenz/ konkrete Leistungen (1)
  
- Rolle für Wahlentscheidung (3)
- Priorisierung von Policies (2)
- Eigene Personalvorschläge/ Zurückweisen von Personalspekulationen (2)
- Rolle für mögliche Koalitionsgespräche (1)
- Befindlichkeiten der Bürger (1)

##### Policy: (11)

- Bilanz der Regierung (8)
- Folgen der Arbeitslosigkeit (2)
- Arbeitsmarktbilanz in Bayern/ Eigene Kompetenz herausgestellt (1)
- Ursachen der Arbeitslosigkeit (-)
- Eigene Vorschläge (-)

## Bundestagsdebatte zum Thema Haushalt am 13. September 2002

### Politics-Aussagen:

**P 231/1.** Herr Bundeskanzler, mit dieser durchsichtigen Wahlkampfaktik (*schüren von Kriegsangst in der Irakfrage, fs*) und mit der Täuschung der Menschen versuchen Sie Ihr Versagen in der Wirtschafts- und in der Arbeitsmarktpolitik zu verdecken. Die Wahrheit ist doch: Unabhängig vom Ausgang der Wahl wird im Winter kein einziger deutscher Soldat im Irak stehen. Aber wenn Sie die Wahl gewinnen würden, dann wären in Deutschland schon im Winter noch 300.000 Arbeitslose mehr zu beklagen. (Deutscher Bundestag 2002, 25575ff).

(Politics: Wahlkampfaktik: Schröder lenkt mit Irakstrategie von seinem Versagen auf dem Arbeitsmarkt ab).

**P 231/2.** Herr Bundeskanzler, mit dieser durchsichtigen Wahlkampfaktik (*schüren von Kriegsangst in der Irakfrage, fs*) und mit der Täuschung der Menschen versuchen Sie Ihr Versagen in der Wirtschafts- und in der Arbeitsmarktpolitik zu verdecken. Die Wahrheit ist doch: Unabhängig vom Ausgang der Wahl wird im Winter kein einziger deutscher Soldat im Irak stehen. Aber wenn Sie die Wahl gewinnen würden, dann wären in Deutschland schon im Winter noch 300.000 Arbeitslose mehr zu beklagen. (Deutscher Bundestag 2002, 25575ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Wahlkampf Schröder: Vorwurf der Wahlkampfaktik).

**P 231/3.** Allein zwölf der größten deutschen Unternehmen werden insgesamt rund 50.000 Arbeitsplätze abbauen. Die Bauwirtschaft wird 60.000 Arbeitsplätze streichen. Der Einzelhandel hat 30.000 Entlassungen angekündigt. In vielen Betrieben in ganz Deutschland sind weitere Tausende von Arbeitsplätzen akut gefährdet. Gestern hat zum Beispiel das Statistische Bundesamt für das erste Halbjahr dieses Jahres 18.500 Pleiten und den damit verbundenen Verlust von 134.000 Arbeitsplätzen gemeldet. Gestern wurde bekannt, dass über 5 000 Arbeitsplätze bei Mobilcom vor dem Aus stehen. Zusammen mit den Arbeitsplätzen, die bei Privatinsolvenzen verloren gehen, werden bis zum Jahresende über 600.000 Arbeitsplätze wegfallen. Das ist die bittere Wahrheit in Deutschland, Herr Bundeskanzler. Das ist die Perspektive bei Rot-Grün. Sie haben kurz vor der Wahl 1998 vom damaligen Aufschwung behauptet: „Das ist mein Aufschwung.“ Deshalb gilt im Jahre 2002 mit 4 Millionen Arbeitslosen im Juni, im Juli und im August: Das sind Ihre Arbeitslosen, Herr Bundeskanzler. (Deutscher Bundestag 2002, 25577).

(Politics: Konflikt/ Kritik an der Regierung: Beleg mit konkreten Zahlen).

**P 231/4.** Wo ist der Kraftakt dieser Regierung für die Millionen von arbeitslosen Frauen und Männern? Wo sind die Sofortprogramme? Wo ist Ihr Minister, der durchs Land fährt und den Menschen Hoffnung gibt? Wo ist der Wirtschaftsminister? – Fehlanzeige! Wo ist Ihr großes Projekt? Wo ist Ihr Befreiungsschlag? Wo ist Ihr Aufschwung, der zu mehr Beschäftigung führt? Ich kann nur sagen: Totalausfall! Sie haben kein Konzept und keine Mannschaft. Sie haben kein Angebot für Deutschland. (Deutscher Bundestag 2002, 25577).

(Politics: Konflikt/ Kritik an der Regierungspolitik bzw. Ministern: eher polemische Vorwürfe).

**P 231/5.** Jetzt im Wahlkampf plakatieren Sie plötzlich: Anpacken! – Zum Anpacken hatten Sie vier Jahre Zeit. Sie haben in vier Jahren die Chancen von Millionen arbeitslosen Frauen und Männern vertan. Nicht erst seit 52 Gutachten und nicht erst seit Hartz wissen Sie, was zu tun ist. Ich zitiere: Deutschland als eine der reichsten Nationen der Welt leidet unter einer bedrückend hohen Massenarbeitslosigkeit. Die Ursachen dafür sind nur zum Teil, höchstens zu einem Viertel, konjunkturell, sie sind überwiegend, also mindestens zu drei Vierteln, strukturell: ...zu hohe Arbeitskosten, ...zu hohe Regulierungsdichte durch den Staat und die Bürokratie, ein Steuerrecht, ...das Unternehmen und Haushalte über Gebühr belastet. Das waren die Worte des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 1. Februar 1999 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Schon damals wussten Sie sehr genau, was gegen die Arbeitslosigkeit

keit zu tun ist. Sie hatten 1999 und Sie haben 2002 kein Erkenntnisproblem. Sie haben ein Durchsetzungsproblem. Sie werden mit dieser SPD und mit dieser Koalition Ihre Versprechen niemals durchsetzen. Sie sind in den vergangenen vier Jahren gescheitert. Ihre „ruhige Hand“ würde auch in weiteren vier Jahren scheitern. Herr Bundeskanzler, Sie wollten nicht alles anders, aber vieles besser machen. (...) Helmut Schmidt hat Ihnen vor ein paar Wochen noch einmal ins Stammbuch geschrieben, dass die Probleme der Arbeitslosigkeit nichts mit der Weltwirtschaft zu tun haben. Es ist Ihre Bilanz, die wir gegenwärtig haben. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient. (Deutscher Bundestag 2002, 25577ff). (Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Konkrete Aussagen von Gerhard Schröder).

**P 231/6:** Der Aufschwung ist in weite Ferne gerückt. Nur Herr Riester erwartet noch im Herbst einen Frühling. Heute bemühen Sie als fadenscheinige Ausrede für den letzten Platz Deutschlands (*beim Wachstum, fs*) die schlechte Weltwirtschaft. Tatsache aber ist: Der Export Deutschlands ist auch im Jahre 2001 um über 7 Prozent gestiegen. Unser Außenhandelsüberschuss schlägt gegenwärtig alle Rekorde. Wir haben eine Binnenrezession. Deutschlands Problem ist nicht die Exportabhängigkeit. Deutschlands Problem heißt Rot-Grün. Schon seinerzeit in Davos hatten Sie das Problem erkannt. Helmut Schmidt hat Ihnen vor ein paar Wochen noch einmal ins Stammbuch geschrieben, dass die Probleme der Arbeitslosigkeit nichts mit der Weltwirtschaft zu tun haben. (Deutscher Bundestag 2002, 25578).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Helmut Schmidt als Kronzeuge, Erklärung von Ursachen und Zusammenhängen, Aussagen Gerhard Schröders).

**P 231/7.** Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung 1998 versprochen: Wir eröffnen den Menschen die Perspektive der Selbständigkeit. (...) Dies wird Kennzeichen einer mittelstandsorientierten Politik. (...) Das war Ihr Anspruch. Das war der richtige Ansatz. Der **Mittelstand** bietet 70 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Im Mittelstand entscheidet sich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die deutsche Arbeitsmarktkatastrophe ist deshalb vor allen Dingen eine Mittelstandskatastrophe. Tatsache ist: Ihre Steuerreform führt zu einem katastrophalen Investitionsrückgang in den Kommunen. Das kostet Aufträge für den Mittelstand. Ihr Gesetz zur Scheinselbständigkeit ist ein Jobkiller. Mit dem geänderten Betriebsverfassungsgesetz belasten Sie den Mittelstand mit Bürokratie und Kosten. Der unkonditionierte Rechtsanspruch auf Teilzeit wie die Einschränkung der befristeten Arbeitsverhältnisse – alles geht zulasten des Mittelstands. Das sind mit die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit und für Pessimismus und Zurückhaltung im Mittelstand. Der Mittelstand hat kein Vertrauen in Sie, nachdem Sie 1998 so viel versprochen und nichts gehalten haben. Die **Selbständigenquote** ist seit 1998 permanent gesunken. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen sank sogar um 10 Prozent. Hinzu kommen 40.000 Unternehmenspleiten in diesem Jahr. Beides stellt einen Negativrekord in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Der deutsche Mittelstand hat keinerlei Vertrauen in diese Regierung. Das ist Ihre Bilanz. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient. (Deutscher Bundestag 2002, 25578).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Konkrete Handlungen/ Policies der Regierung, konkrete Zahlen, konkrete Aussagen Gerhard Schröders).

**P 231/8.** Viele große Firmen zahlen keine Körperschaftssteuer. Aber Rot-Grün erhöht die Besteuerung von Abfindungen für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Das ist sozial ungerecht. Was ist aus dieser SPD geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit? Sie formulieren einen Anspruch, wo bleibt die Erfüllung? Diese Diskrepanz muss immer wieder deutlich gemacht werden. (Deutscher Bundestag 2002, 25578ff).

(Politics: Konflikt/ Kritik an der Regierungspolitik: Konkretes Handeln der Regierung).

**P 231/9.** Nach den bisherigen Erhöhungen von Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer plant Rot-Grün zum 1. Januar 2003 nochmals eine dreifache **Steuererhöhung**: erstens Ökosteuer, zweitens Einkommensteuer und drittens Körperschaftssteuer. Nach Ansicht der Wirt-

schaft treibt dieses Steuererhöhungsprogramm 25.000 Firmen in die Pleite. Es kostet 200.000 Arbeitsplätze und bedeutet damit für die öffentliche Hand circa 4,6 Milliarden Euro Mehrbelastung. Das ist Ihre Bilanz. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient! (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Politics: Konflikt/ Kritik an der Regierungspolitik: Konkrete Maßnahmen/ Policies der Regierung).

**P 231/10.** Herr Bundeskanzler, Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November 1998 versprochen: Die Bundesregierung ist sich völlig im Klaren darüber, dass sie ihre Wahl wesentlich der Erwartung verdankt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückdrängen zu können. Genau dieser Herausforderung werden wir uns stellen. Das war Ihr Anspruch vor knapp vier Jahren. Tatsache ist: Seit August 2001 steigt die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat. Seit Oktober 2001 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Trend geht abwärts. Auch im Jahreschnitt werden über vier Millionen Menschen arbeitslos sein. Das sind 500.000 Arbeitslosenschicksale mehr, als der Kanzler 1998 landauf, landab versprochen hat. Die „Zeit“ kommentiert: „Nun ist der Kanzler dort angekommen, wo er im Oktober 1998 begonnen hat.“ Das ist Ihre Bilanz. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient. Herr Bundeskanzler, Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November 1998 gesagt, versprochen: Das Bündnis für Arbeit ist der richtige Ort, um sich den drängenden Fragen zu stellen. Sie wollten Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit bezahlen. Das war Ihr Anspruch. Tatsache ist: Rot-Grün hat den Niedriglohnssektor mit bürokratischem Mehitauf überzogen. Das Job-Aktiv-Gesetz ist ein bürokratischer Flop. Hören Sie sich einmal in den deutschen Arbeitsämtern um! Dann stellen Sie fest, dass dieses Gesetz nicht vollziehbar ist. (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Konkrete Maßnahmen/ Policies der Regierung, konkrete Zahlen, konkrete Aussagen Gerhard Schröders).

**P 231/11.** Nach dem Totalausfall des Bündnisses für Arbeit wird nun Herr Hartz als Heilsbringer angepriesen. Jahrelang hat der Bundeskanzler auf die Entwicklung der Weltwirtschaft hingewiesen und sie als Ausrede gebraucht. Plötzlich soll die Arbeitslosigkeit durch das Umsetzen der Vorschläge der Hartz-Kommission halbiert werden können. Zuerst haben Sie versprochen, die Zahl der Arbeitslosen um 0,5 Millionen zu senken. Jetzt versprechen Sie indirekt, in zwei Jahren die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen zu verringern. Merken Sie denn nicht, wie unglaublich das alles ist und wie sehr Sie Vertrauen missbrauchen? Je schlimmer die Lage wird, desto fantastischer werden die Versprechungen. (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungshandeln: Konkrete Aussagen von Peter Hartz/ Gerhard Schröder, Belege mit Zahlen).

**P 231/12.** Herr Bundeskanzler, Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November 1998 versprochen, den **Aufbau Ost** zur Chefsache zu machen. Das war Ihr Anspruch. Tatsache ist: Im August 2002 waren im Osten fast 100.000 Menschen mehr arbeitslos als im August 1998. Zur Jahresmitte 2002 hat die Zahl der Arbeitslosen im Osten den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Beim Wachstum ist die Schere zwischen Ost und West weit auseinander gegangen. Junge, kreative Menschen wandern in Scharen ab. In vielen Regionen macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Die Jungen müssen gehen, die Alten bleiben zurück. Das ist das Schlimmste, was dieser Chef dem Osten angetan hat. CDU/CSU und eine neue Bundesregierung werden Deutschland zu einem Land machen, in dem sich die Schere zwischen Ost und West schließt. Bei Ihnen geht sie auseinander. Das ist das Problem. (Deutscher Bundestag 2002, 25580).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Konkrete Zahlen und konkrete Aussagen Gerhard Schröders).

**P 231/13.** Was aber würden vier weitere Jahre Rot-Grün für Deutschland bedeuten? Noch einmal vier Jahre Rot-Grün hieße weniger Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitslosigkeit, mehr

Steuern und mehr Bürokratie. Noch einmal vier Jahre Rot-Grün hieße noch mehr Zuwanderung nach Deutschland. Das ist unverantwortlich in einem Land mit vier Millionen Arbeitslosen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, vier Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen, statt neue Arbeitskräfte ins Land zu holen. Meine Damen, meine Herren, Deutschland kann nicht mehr **Zuwanderung** verkraften. (Deutscher Bundestag 2002, 25580).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Bezug zu konkretem Handeln der Regierung, leicht populistische Untertöne).

**P 231/14.** Noch einmal, meine Damen, meine Herren, vier Jahre Rot-Grün bedeutet: Noch mehr Einzelhändler gingen Pleite, noch mehr Bauern gäben auf, noch mehr Jugendliche fänden keinen Arbeitsplatz und keinen Ausbildungsplatz, noch mehr ältere Arbeitnehmer würden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, noch mehr Menschen müssten von Arbeitslosen- und Sozialhilfe leben. (Deutscher Bundestag 2002, 25581).

(Politics: Konflikt/ Kritik an künftiger rot-grüner Regierungspolitik: schlagwortartiges Negativszenario).

**P 231/15.** Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Probleme lassen sich nicht mit schönen Worten, schönen Kommissionen sowie schönen Plänen lösen, die die rot-grüne Koalition vorgelegt hat und immer wieder vorlegt. Wem am Ende seiner Amtszeit bei 4 Millionen Arbeitslosen nicht mehr einfällt, als noch eine neue Kommission, die 52., einzusetzen, der zeigt, dass er seine Versprechungen und damit die Menschen im Lande nicht ernst nimmt. (Deutscher Bundestag 2002, 25581).

(Politics: Konflikt/ Kritik an Regierungspolitik: Beleg mit konkreten Maßnahmen/ Policies der Regierung).

**P 231/16.** Es geht ganz allein darum: Ohne die Probleme der Arbeitslosigkeit zu lösen, können wir unsere innen- und außenpolitischen Probleme überhaupt nicht lösen. Deswegen geht es am 22. September letzten Endes darum: Geht es weiterhin abwärts oder geht es aufwärts? Das ist, auf den Kern gebracht, die Wahlentscheidung: Aufschwung oder Ab- schwung? Aufwärts oder abwärts? Diese Entscheidung haben die Deutschen am 22. Sep- tember zu treffen. Wir stehen für Aufschwung und Stop des Abwärts. Danke schön. (Deut- scher Bundestag 2002, 25581ff).

(Politics: Bedeutung des Themas für Wahlentscheidung).

#### Policy-Aussagen:

**P 232/1.** Aber es geht nicht um die Entscheidung, ob deutsche Truppen in den Irak entsen- det werden. Es geht vielmehr darum, ob Sie, Herr Bundeskanzler, Ihre miserable Bilanz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik fortschreiben können oder nicht. Das ist die zentrale Frage. Sie beschäftigen sich mit außenpolitischen Fragen, die niemand an Sie stellt, beant- worten aber nicht die Fragen, die das deutsche Volk an Sie hat. (...) Herr Bundeskanzler, mit dieser durchsichtigen Wahlkampfaktik und mit der Täuschung der Menschen versuchen Sie Ihr Versagen in der Wirtschafts- und in der Arbeitsmarktpolitik zu verdecken. Die Wahrheit ist doch: Unabhängig vom Ausgang der Wahl wird im Winter kein einziger deutscher Soldat im Irak stehen. Aber wenn Sie die Wahl gewinnen würden, dann wären in Deutschland schon im Winter noch 300.000 Arbeitslose mehr zu beklagen. (Deutscher Bundestag 2002, 25576ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Es geht darum, ob die Regierung ihre miserable Bilanz fortschreiben kann).

**P 232/2.** Allein zwölf der größten deutschen Unternehmen werden insgesamt rund 50.000 Arbeitsplätze abbauen. Die Bauwirtschaft wird 60.000 Arbeitsplätze streichen. Der Einzel- handel hat 30.000 Entlassungen angekündigt. In vielen Betrieben in ganz Deutschland sind weitere Tausende von Arbeitsplätzen akut gefährdet. Gestern hat zum Beispiel das Statisti-

sche Bundesamt für das erste Halbjahr dieses Jahres 18.500 Pleiten und den damit verbundenen Verlust von 134.000 Arbeitsplätzen gemeldet. Gestern wurde bekannt, dass über 5 000 Arbeitsplätze bei Mobilcom vor dem Aus stehen. Zusammen mit den Arbeitsplätzen, die bei Privatinsolvenzen verloren gehen, werden bis zum Jahresende über 600.000 Arbeitsplätze wegfallen. Das ist die bittere Wahrheit in Deutschland, Herr Bundeskanzler. Das ist die Perspektive bei Rot-Grün. Sie haben kurz vor der Wahl 1998 vom damaligen Aufschwung behauptet: „Das ist mein Aufschwung.“ Deshalb gilt im Jahre 2002 mit 4 Millionen Arbeitslosen im Juni, im Juli und im August: Das sind Ihre Arbeitslosen, Herr Bundeskanzler. (Deutscher Bundestag 2002, 25577).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt ist katastrophal und schuld ist Rot-Grün).

**P 232/3.** Millionen in ganz Deutschland, in West und Ost, leiden unter der Arbeitslosigkeit. Diese Katastrophe führt zu materieller und seelischer Not der Menschen. In Deutschland herrscht millionenfach Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit. Arbeitslosigkeit vernichtet das Selbstwertgefühl und das Selbstbewusstsein der Menschen. Arbeitslosigkeit zerstört den Wohlstand der betroffenen Familien. (Deutscher Bundestag 2002, 25577).

(Policy: Folgen der Arbeitslosigkeit: Bürger leiden millionenfach aufgrund der Arbeitslosigkeit unter Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit).

**P 232/4.** Die Folgen der Massenarbeitslosigkeit treffen die gesamte Gesellschaft. Massenarbeitslosigkeit treibt die Beiträge zur Renten- und zur Krankenversicherung in die Höhe. Massenarbeitslosigkeit führt zu dramatischen Steuerausfällen. Massenarbeitslosigkeit raubt die Kraft zu Investitionen in die Zukunft des gesamten deutschen Volkes. Deshalb ist Massenarbeitslosigkeit das Grundübel unserer Gesellschaft. (Deutscher Bundestag 2002, 25577).

(Policy: Folgen der Arbeitslosigkeit: Massenarbeitslosigkeit als Grundübel der Gesellschaft führt zu höheren Sozialausgaben, Steuererhöhungen und raubt die Kraft für Investitionen).

**P 232/5.** Wo ist der Kraftakt dieser Regierung für die Millionen von arbeitslosen Frauen und Männern? Wo sind die Sofortprogramme? Wo ist Ihr Minister, der durchs Land fährt und den Menschen Hoffnung gibt? Wo ist der Wirtschaftsminister? – Fehlanzeige! Wo ist Ihr großes Projekt? Wo ist Ihr Befreiungsschlag? Wo ist Ihr Aufschwung, der zu mehr Beschäftigung führt? Ich kann nur sagen: Totalausfall! Sie haben kein Konzept und keine Mannschaft. Sie haben kein Angebot für Deutschland. (Deutscher Bundestag 2002, 25577).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Die Regierung tut nichts, hat keine Projekte, keinen Befreiungsschlag, die Minister tun nichts).

**P 232/6.** Jetzt im Wahlkampf plakatieren Sie plötzlich: Anpacken! Zum Anpacken hatten Sie vier Jahre Zeit. Sie haben in vier Jahren die Chancen von Millionen arbeitslosen Frauen und Männern vertan. Nicht erst seit 52 Gutachten und nicht erst seit Hartz wissen Sie, was zu tun ist. Ich zitiere: Deutschland als eine der reichsten Nationen der Welt leidet unter einer bedrückend hohen Massenarbeitslosigkeit. Die Ursachen dafür sind nur zum Teil, höchstens zu einem Viertel, konjunkturell, sie sind überwiegend, also mindestens zu drei Vierteln, strukturell: ...zu hohe Arbeitskosten, ...zu hohe Regulierungsdichte durch den Staat und die Bürokratie, ein Steuerrecht, ...das Unternehmen und Haushalte über Gebühr belastet. Das waren die Worte des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 1. Februar 1999 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Schon damals wussten Sie sehr genau, was gegen die Arbeitslosigkeit zu tun ist. Sie hatten 1999 und Sie haben 2002 kein Erkenntnisproblem. Sie haben ein Durchsetzungsproblem. Sie werden mit dieser SPD und mit dieser Koalition Ihre Versprechen niemals durchsetzen. Sie sind in den vergangenen vier Jahren gescheitert. Ihre „ruhige Hand“ würde auch in weiteren vier Jahren scheitern. Herr Bundeskanzler, Sie wollten nicht alles anders, aber vieles besser machen. (...) Der Aufschwung ist in weite Ferne gerückt. Nur Herr Riester erwartet noch im Herbst einen Frühling. (...) Helmut Schmidt hat Ihnen vor ein paar Wochen noch einmal ins Stammbuch geschrieben, dass die Probleme der Arbeitslosigkeit nichts mit der Weltwirtschaft zu tun haben. Es ist Ihre Bilanz, die wir gegenwärtig haben.

Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient. (Deutscher Bundestag 2002, 25577ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Regierung hat kein Erkenntnis-, sondern ein Durchsetzungsproblem).

**232/7.** Der Aufschwung ist in weite Ferne gerückt. Nur Herr Riester erwartet noch im Herbst einen Frühling. Heute bemühen Sie als fadenscheinige Ausrede für den letzten Platz Deutschlands (*beim Wachstum, fs*) die schlechte Weltwirtschaft. Tatsache aber ist: Der Export Deutschlands ist auch im Jahre 2001 um über 7 Prozent gestiegen. Unser Außenhandelsüberschuss schlägt gegenwärtig alle Rekorde. Wir haben eine Binnenrezession. Deutschlands Problem ist nicht die Exportabhängigkeit. Deutschlands Problem heißt Rot-Grün. Schon seinerzeit in Davos hatten Sie das Problem erkannt. Helmut Schmidt hat Ihnen vor ein paar Wochen noch einmal ins Stammbuch geschrieben, dass die Probleme der Arbeitslosigkeit nichts mit der Weltwirtschaft zu tun haben. (Deutscher Bundestag 2002, 25578).

(Policy: Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit: Schuld ist nicht die Weltkonjunktur, sondern die Binnenkonjunktur und damit die Politik von Rot-Grün).

**P 232/8.** Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung 1998 versprochen: Wir eröffnen den Menschen die Perspektive der Selbständigkeit. Dies wird Kennzeichen einer mittelstandsorientierten Politik. Das war Ihr Anspruch. Das war der richtige Ansatz. Der **Mittelstand** bietet 70 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Im Mittelstand entscheidet sich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die deutsche Arbeitsmarktkatastrophe ist deshalb vor allen Dingen eine Mittelstandskatastrophe. Tatsache ist: Ihre Steuerreform führt zu einem katastrophalen Investitionsrückgang in den Kommunen. Das kostet Aufträge für den Mittelstand. Ihr Gesetz zur Scheinselbständigkeit ist ein Jobkiller. Mit dem geänderten Betriebsverfassungsgesetz belasten Sie den Mittelstand mit Bürokratie und Kosten. Der unkonditionierte Rechtsanspruch auf Teilzeit wie die Einschränkung der befristeten Arbeitsverhältnisse – alles geht zulasten des Mittelstands. Das sind mit die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit und für Pessimismus und Zurückhaltung im Mittelstand. Der Mittelstand hat kein Vertrauen in Sie, nachdem Sie 1998 so viel versprochen und nichts gehalten haben. Die **Selbständigenquote** ist seit 1998 permanent gesunken. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen sank sogar um 10 Prozent. Hinzu kommen 40.000 Unternehmenspleiten in diesem Jahr. Beides stellt einen Negativrekord in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Der deutsche Mittelstand hat keinerlei Vertrauen in diese Regierung. Das ist Ihre Bilanz. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient. (Deutscher Bundestag 2002, 25578).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Arbeitsmarktkatastrophe ist Mittelstandskatastrophe, denn Regierung hat Mittelstand durch neue Gesetze, die Steuerpolitik und Bürokratie nur belastet).

**P 232/9.** Viele große Firmen zahlen keine Körperschaftssteuer mehr. Aber Rot-Grün erhöht die Besteuerung von Abfindungen für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Das ist sozial ungerecht. Was ist aus dieser SPD geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit? Sie formulieren einen Anspruch, wo bleibt die Erfüllung? Diese Diskrepanz muss immer wieder deutlich gemacht werden. (Deutscher Bundestag 2002, 25578ff).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Es fehlt die soziale Gerechtigkeit).

**P 232/10.** Nach den bisherigen Erhöhungen von Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer plant Rot-Grün zum 1. Januar 2003 nochmals eine dreifache **Steuererhöhung**: erstens Ökosteuern, zweitens Einkommensteuer und drittens Körperschaftssteuer. Nach Ansicht der Wirtschaft treibt dieses Steuererhöhungsprogramm 25.000 Firmen in die Pleite. Es kostet 200.000 Arbeitsplätze und bedeutet damit für die öffentliche Hand circa 4,6 Milliarden Euro Mehrbelastung. Das ist Ihre Bilanz. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient! (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Aktuelle Steuerpolitik wird weitere Pleiten, Arbeitslose und finanzielle Mehrbelastung des Staates zur Folge haben).

**P 232/11.** CDU/CSU werden in einer neuen Bundesregierung Deutschland zu einem Land machen, in dem es wieder attraktiv und erstrebenswert ist, sich selbständig zu machen. Wir haben morgen nur dann mehr Arbeit, wenn wir heute für mehr Selbständige sorgen. Wir werden alles tun, damit Dynamik, Mut zum Risiko und Initiative nicht länger mit Bürokratismus und übermäßiger Belastung durch Steuern und Abgaben erstickt werden. Deshalb werden wir das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit außer Kraft setzen und damit Existenzgründern Mut machen sowie **Existenzgründungen** anregen. Jeder Existenzgründer schafft im Durchschnitt drei neue Arbeitsplätze. Deshalb werden wir den Mittelstand bei der Bildung von Eigenkapital für Investitionen durch verbesserte Bedingungen für Abschreibungen, für die Ansparrücklage und für Beteiligungskapital unterstützen. Wir stehen im Interesse der Gesamtwirtschaft an der Seite des Mittelstandes. Wir werden deshalb auch die von Rot-Grün geplante Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zum 1. Januar 2003 rückgängig machen, damit unsere Kommunen ihre sozialen Aufgaben erfüllen und wieder investieren können. Das schafft Arbeitsplätze im Mittelstand. Wir werden außerdem die nächste Erhöhung der Ökosteuer abschaffen. Mit uns gibt es keine Steuererhöhungen zum 1. Januar nächsten Jahres. Wir werden des Weiteren die von Rot-Grün geplante Verschiebung der nächsten Entlastungsstufe der Steuerreform rückgängig machen. Mit uns werden die Bürger im nächsten Jahr rund 10 Milliarden Euro mehr in ihrer Tasche haben. Das alles ist ein tatsächlich wirksames Konjunkturprogramm, das auch Arbeit schafft. (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Policy: Eigene Vorschläge: Entlastung und Förderung des Mittelstandes sowie keine Steuererhöhungen im Januar zentrale Ziele einer unionsgeführten Bundesregierung).

**P 232/12.** Herr Bundeskanzler, Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November 1998 versprochen: Die Bundesregierung ist sich völlig im Klaren darüber, dass sie ihre Wahl wesentlich der Erwartung verdankt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückdrängen zu können. Genau dieser Herausforderung werden wir uns stellen. Das war Ihr Anspruch vor knapp vier Jahren. Tatsache ist: Seit August 2001 steigt die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat. Seit Oktober 2001 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Trend geht abwärts. Auch im Jahreschnitt werden über vier Millionen Menschen arbeitslos sein. Das sind 500.000 Arbeitslosenschicksale mehr, als der Kanzler 1998 landauf, landab versprochen hat. Die „Zeit“ kommentiert: „Nun ist der Kanzler dort angekommen, wo er im Oktober 1998 begonnen hat.“ Das ist Ihre Bilanz. Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient. Herr Bundeskanzler, Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November 1998 gesagt, versprochen: Das Bündnis für Arbeit ist der richtige Ort, um sich den drängenden Fragen zu stellen. Sie wollten Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit bezahlen. Das war Ihr Anspruch. Tatsache ist: Rot-Grün hat den Niedriglohnsektor mit bürokratischem Mehltau überzogen. Das Job-Aktiv-Gesetz ist ein bürokratischer Flop. Hören Sie sich einmal in den deutschen Arbeitsämtern um! Dann stellen Sie fest, dass dieses Gesetz nicht vollziehbar ist. (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Arbeitslosigkeit steigt und steigt, weil die Regierung den Niedriglohnsektor mit Mehltau überzieht, das Job-Aktiv-Gesetz ist ein Flop, das Bündnis für Arbeit hat versagt).

**P 231/13.** Nach dem Totalausfall des Bündnisses für Arbeit wird nun Herr Hartz als Heilsbringer angepriesen. Jahrelang hat der Bundeskanzler auf die Entwicklung der Weltwirtschaft hingewiesen und sie als Ausrede gebraucht. Plötzlich soll die Arbeitslosigkeit durch das Umsetzen der Vorschläge der Hartz-Kommission halbiert werden können. Zuerst haben Sie versprochen, die Zahl der Arbeitslosen um 0,5 Millionen zu senken. Jetzt versprechen Sie indirekt, in zwei Jahren die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen zu verringern. Merken Sie denn nicht, wie unglaublich das alles ist und wie sehr Sie Vertrauen missbrauchen?

Je schlimmer die Lage wird, desto fantastischer werden die Versprechungen. (Deutscher Bundestag 2002, 25579).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Hartz-Kommission macht unglaubliche Versprechungen, Vorwurf der Unglaubwürdigkeit).

**P 232/14.** CDU und CSU und eine neue Bundesregierung werden Deutschland zu einem Land machen, in dem sich Arbeit und Leistung wieder lohnen. Wir werden sofort **neue 400-Euro-Jobs** einführen. Wir schaffen damit Jobs ohne jede Steuer oder Abgabe für den Arbeitnehmer, brutto für netto. Damit werden wir bei Einkommen im Bereich von 400 bis 800 Euro die Abgaben reduzieren und Arbeit wieder attraktiver machen. Wir werden die **Arbeitslosenhilfe**, die **Sozialhilfe** und den Niedriglohnbereich reformieren. Für uns gilt der Grundsatz: Wer arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet. Das werden wir in ganz Deutschland durchsetzen. (Deutscher Bundestag 2002, 25580).

(Policy: Eigene Vorschläge: Neue Modelle im Niedriglohnbereich und Reform der Transferleistungen nach dem Motto ‚Wer arbeitet muss mehr in der Tasche haben als der der nicht arbeitet‘).

**P 232/15.** Herr Bundeskanzler, Sie wollten vieles besser machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November 1998 versprochen, den **Aufbau Ost** zur Chefsache zu machen. Das war Ihr Anspruch. Tatsache ist: Im August 2002 waren im Osten fast 100.000 Menschen mehr arbeitslos als im August 1998. Zur Jahresmitte 2002 hat die Zahl der Arbeitslosen im Osten den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Beim Wachstum ist die Schere zwischen Ost und West weit auseinander gegangen. Junge, kreative Menschen wandern in Scharen ab. In vielen Regionen macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Die Jungen müssen gehen, die Alten bleiben zurück. Das ist das Schlimmste, was dieser Chef dem Osten angetan hat. (Deutscher Bundestag 2002, 25580).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Arbeitsmarkt im Osten in ganz schlechtem Zustand).

**P 232/16.** CDU/CSU und eine neue Bundesregierung werden Deutschland zu einem Land machen, in dem sich die Schere zwischen Ost und West schließt. Bei Ihnen geht sie auseinander. Das ist das Problem. Wir werden den Aufbau Ost noch in diesem Jahr mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von 1 Milliarde Euro entschlossen vorantreiben. Wir werden den Menschen mit unserer „Offensive Zukunft Ost“ mit einer weiteren Milliarde Euro Chancen eröffnen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können und dort Arbeit finden. Es ist meines Erachtens unverantwortlich, dass die Menschen im Osten in Anzeigen, gerade auch der Bundesanstalt für Arbeit, aufgefordert werden, auszuwandern, um einen Job zu finden. Ihr Problem so zu lösen ist doch unsäglich. Wir wollen doch für die Menschen hier in Deutschland Jobs schaffen. Deshalb werden wir Existenzgründer unterstützen und befristete Sonderregelungen für schnellere Genehmigungen, für erleichterte Unternehmensgründungen und für flexiblere Arbeitsverträge einführen. Die Hürden für Selbständigkeit und Arbeit müssen weg, und zwar sofort. Ganz besonders für die Menschen im Osten gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Ich werde mich mit ganzer Kraft darum kümmern, dass die Menschen wieder Hoffnung und Perspektiven haben, dass die Kaufzurückhaltung aufhört, dass die Ängstlichkeit aufhört, dass der Defätismus in diesem Land aufhört und dass der Mittelstand wieder Mut fasst. Dies ist mit Rot-Grün nicht zu schaffen. Da würde alles so bleiben, wie es ist. Dynamik und Leistungsfähigkeit, Aufschwung und Arbeit, das ist unsere Antwort auf die Bedürfnisse und auf die Hoffnungen der Menschen. (Deutscher Bundestag 2002, 25580).

(Policy: Eigene Vorschläge: Schaffung neuer Jobs im Osten durch psychologischen Aufschwung, Stärkung und Förderung des Mittelstands und Investitionsprogramm).

**P 232/17.** Was aber würden vier weitere Jahre Rot-Grün für Deutschland bedeuten? Noch einmal vier Jahre Rot-Grün hieße weniger Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Steuern und mehr Bürokratie. Noch einmal vier Jahre Rot-Grün hieße noch mehr Zuwanderung nach Deutschland. Das ist unverantwortlich in einem Land mit vier Millionen Arbeitslosen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, vier Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaf-

fen, statt neue Arbeitskräfte ins Land zu holen. Meine Damen, meine Herren, Deutschland kann nicht mehr **Zuwanderung** verkraften. (Deutscher Bundestag 2002, 25580).

(Policy: Aktuelles Handeln der Regierung: Neues Zuwanderungsgesetz holt neue Arbeitskräfte ins Land, was bei vier Millionen Arbeitslosen unverantwortlich ist).

**P 232/18.** Noch einmal, meine Damen, meine Herren, vier Jahre Rot-Grün bedeutet: Noch mehr Einzelhändler gingen Pleite, noch mehr Bauern gäben auf, noch mehr Jugendliche fänden keinen Arbeitsplatz und keinen Ausbildungsplatz, noch mehr ältere Arbeitnehmer würden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, noch mehr Menschen müssten von Arbeitslosen- und Sozialhilfe leben. (Deutscher Bundestag 2002, 25581).

(Policy: Künftige Arbeitsmarktpolitik einer rot-grünen Bundesregierung: Alles wird schlimmer).

**P 231/19.** Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Probleme lassen sich nicht mit schönen Worten, schönen Kommissionen sowie schönen Plänen lösen, die die rot-grüne Koalition vorgelegt hat und immer wieder vorlegt. Wem am Ende seiner Amtszeit bei 4 Millionen Arbeitslosen nicht mehr einfällt, als noch eine neue Kommission, die 52., einzusetzen, der zeigt, dass er seine Versprechungen und damit die Menschen im Lande nicht ernst nimmt. (Deutscher Bundestag 2002, 25581).

(Policy: Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Regierung: Außer Kommissionen nicht viel eingefallen, Versprechen wurden gebrochen).

### Auswertung:

Politics: (16)

- Konflikt/ Kritik an der Bundesregierung (14), Bezug:
  - Konkrete Handlungen der Regierung (auch vergangene) (6)
  - Konkrete Aussagen der Regierung von G. Schröder (5)
  - Beleg mit konkreten Zahlen (4)
  - Polemik/ Schlagworte (1)
  - Helmut Schmidt als Kronzeuge (1)
  - Vorwurf der Wahlkampfaktik (1)
  - Ursachen/ Zusammenhänge (1)
  - Leichter Populismus (1)
- Rolle für Wahlentscheidung (1)
- Wahlkampfaktik (1)

Policy: (19)

- Bilanz der Regierung (8)
- Aktuelles Handeln der Regierung (4)
- Folgen der Arbeitslosigkeit (3)
- Eigene Vorschläge (2)
- Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit (1)
- Künftige Politik der (rot-grünen) Regierung (1)

### Quellen:

Deutscher Bundestag (2002): Plenarprotokoll 14/253. Stenographischer Bericht 253. Sitzung. Berlin, 13. September 2002.

Maier, Jürgen /Fass, Thorsten (2003a): „Wortlaut und Wahrnehmung des ersten Fernsehduells im Bundestagswahlkampf 2002 – eine Dokumentation“. Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft, Nr. II-16, 2003.

Maier, Jürgen /Fass, Thorsten (2003b): „Wortlaut und Wahrnehmung des ersten Fernsehduells im Bundestagswahlkampf 2002 – eine Dokumentation“. Bamberger Beiträge zur Politikwissenschaft, Nr. II-17, 2003.

### A 2.2.3. Codierbuch Süddeutsche Zeitung:

#### Zeichenerklärung der Klammer:

Stilform des Urtextes:

B: Bericht  
Buch: Buchrezension  
F: Feature  
G: Glosse  
Ga: Gastbeitrag  
H: Hintergrundbericht  
I: Interview  
K: Kommentar  
L: Leitartikel  
R: Reportage  
Rü: Rückblick

Ressort des Urtextes:

P: Politikteil  
W: Wirtschaftsteil

Datum: Erscheinungstag des Artikels, aus dem die Textstelle stammt (immer 2002)  
Nr. x: Quellenverweis auf zitierten Zeitungsartikel, Auflösung am Ende des Codierbuchs  
Letzter Verweis in der Klammer: Kategorie/ Unterkategorie

#### Politics-Aussagen

**M 11/1.** Auch Stoiber erwartet keinen Stimmungsumschwung. Die Wähler würden sich bei ihrer Stimmabgabe im Wesentlichen nicht von den Ereignissen der vergangenen Wochen leiten lassen, meinte unter Bezug auf die Hochwasserkatastrophe. Die Menschen wüssten, dass Schröder bei der Bekämpfung „der zweiten nationalen Katastrophe, der Arbeitslosigkeit, völlig versagt hat“. (B. P., 26.08., Nr.1, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler).

**M 11/2.** Die Wahlkampfberater suchten also nach neuen Themen. Große Themen, lange kaum beachtet, wurden auch in der öffentlichen Wahrnehmung groß: die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise, und wieder konnten die Kleinen (*Parteien, fs*) wieder nicht mithalten. (K./L. P., 26.08., Nr. 2, Wahlkampf/ Bedeutung als Wahlkampfthema).

**M 11/3:** Große Themen, lange kaum beachtet, wurden auch in der öffentlichen Wahrnehmung groß: die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise, und wieder konnten die Kleinen (*Parteien, fs*) wieder nicht mithalten. Mächtige Probleme müssen, so wird dem Wahlvolk suggeriert, von mächtigen Machern gelöst werden. (K. P., 26.08., Nr. 2, Machtfragen).

**M 11/4.** Wer immer nach dem 22. September die Ressorts Arbeit, Rente und Gesundheit verwaltet, wird einen Höllenjob antreten. (B./ W., 26.08., Nr. 3, Politischer Prozess, Rolle von Personen).

**M 11/5.** Die mit einem Milliarden-Topf zur Wiederaufbauhilfe verbundene Verschiebung der Steuerreform wird nach dem Willen der SPD-Fraktion nicht diese Woche, sondern erst Mitte September beschlossen. Die Union konnte sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, die von Rot-Grün vorgesehene Verschiebung der für 2003 geplanten Stufe um ein Jahr im Eilverfahren in der Sondersitzung des Bundestages am Donnerstag und tags darauf im Bundesrat zu verabschieden. Nun soll der Bundestag am 12. September abschließend beraten. Ausschlaggebend für das Prozedere sind offenkundig auch Wahlkampf-Interessen der beiden großen Parteien. Die CDU/CSU wollte das für Kanzler Gerhard Schröder favorable

Thema Flut möglichst schnell von der politischen Tagesordnung bringen. „Wir möchten den Blick nach vorn, auf die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaft, die wahre Krise des Landes richten“, sagte ein führender Unionspolitiker. (B. P., 27.08., Nr. 4, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/6.** In Amerika nennt man diesen Grundsatz „keep the message simple“. Stoiber, eigentlich ein gnadenloser Verkomplizierer, hielt sich für seine Verhältnisse erstaunlich häufig daran, etwa indem er bei passenden und unpassenden Gelegenheiten an Schröders Versprechen mit den 3,5 Millionen Arbeitslosen erinnerte. Als zum Beispiel Schröder seinen „deutschen Weg“ erläuterte, konterte Stoiber damit, dass Schröders deutscher Weg 4 Millionen Arbeitslose seien. (F. P., 27.08., Nr. 5, Wahlkampf/ Art der Kommunikation).

**M 11/7.** Jedenfalls hinterließen sie (*Edmund Stoibers Zähne, fs*) einen bleibenden Eindruck, denn Stoiber hat es sich in letzter Zeit und an diesem Sonntagabend besonders ausführlich zur Gewohnheit gemacht, stets zahnbetont zu lächeln. Er lächelte, wenn er die Moderatoren anblickte; er lächelte, wenn er über die Körperschaftssteuer sprach; er lächelte, wenn er Schröder angriff. Einmal sprach er von der „Katastrophe der Arbeitslosigkeit“ und lächelte dazu. (F. P., 27.08., Nr. 5, Wahlkampf/ Art Kommunikation).

**M 11/8.** Eigentlich könnten sie (*die Gewerkschaften, fs*) auch direkt gegen Schröder sein – und sogar für Stoiber. (...) Zweites Beispiel: Hartz. Die Reformvorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaftler in der Regierungskommission unterschrieben. Doch als der Vorstand des Gewerkschaftsbundes seinen Segen dazu geben sollte, wurde eine geschlagene halbe Stunde gestritten, ob das Wort „begrüßen“ hier angemessen sei. Nachdem sich die Gewerkschaften während der Kommissionsarbeit mit öffentlicher Kritik zurück gehalten haben, um die rot-grüne Regierung nicht bloß zu stellen, bricht nun Unmut aus. Denn, so glauben viele, die Reformideen belasten einseitig die Arbeitslosen. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Politischer Prozess/ Erarbeitung von Policies).

**M 11/9.** Es ist schon kurios: Öffentlich gelten die Gewerkschaften als Gewinner der Streitereien um das Hartz-Konzept, viele von ihnen sind selbst aber nicht zufrieden. Und sie wollen nun im Gesetzgebungsverfahren nachtreten. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Politischer Prozess/ Durchsetzen bzw. Umsetzung von Policies).

**M 11/10.** Die Kritik Stoibers (*an der Hartz-Kommission, fs*) ähnelte dabei teils sehr jener der Gewerkschaften: Arbeitsplätze müssten nicht allein besser vermittelt, sondern überhaupt erst geschaffen werden, gerne mit einem milliardenschweren Investitionsprogramm. Und die Union scheut sich, anders als die Wirtschaft, pauschale Leistungskürzungen zu verlangen. So sind die Gewerkschaftler Stoiber geradezu dankbar, dass er daneben auch wirtschaftsliberale Kritik an der Hartz-Kommission übte: Deren Vorschläge enthielten zu viel Staat und zu wenig Markt. Dass er beim Streit um die Finanzierung der Fluthilfen eine Kehrtwende machte und doch nicht mehr die Körperschaftssteuer erhöhen wollte. Und dass er das Tariftreuegesetz blockiert hat: Wenigstens hier gibt er ein bisschen das alte Feinbild ab. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Konflikt/Kritik am politischen Gegner, hier von Edmund Stoiber).

**M 11/11.** Die Kritik Stoibers (*an der Hartz-Kommission, fs*) ähnelte dabei teils sehr jener der Gewerkschaften: Arbeitsplätze müssten nicht allein besser vermittelt, sondern überhaupt erst geschaffen werden, gerne mit einem milliardenschweren Investitionsprogramm. Und die Union scheut sich, anders als die Wirtschaft, pauschale Leistungskürzungen zu verlangen. So sind die Gewerkschaftler Stoiber geradezu dankbar, dass er daneben auch wirtschaftsliberale Kritik an der Hartz-Kommission übte: Deren Vorschläge enthielten zu viel Staat und zu wenig Markt. Dass er beim Streit um die Finanzierung der Fluthilfen eine Kehrtwende machte und doch nicht mehr die Körperschaftssteuer erhöhen wollte. Und dass er das Tariftreuegesetz blockiert hat: Wenigstens hier gibt er ein bisschen das alte Feinbild ab. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Gewerkschaften).

**M 11/12.** So sind die Gewerkschaftler Stoiber geradezu dankbar, dass er daneben auch wirtschaftsliberale Kritik an der Hartz-Kommission übte: Deren Vorschläge enthielten zu viel Staat und zu wenig Markt. Dass er beim Streit um die Finanzierung der Fluthilfen eine Kehrtwende machte und doch nicht mehr die Körperschaftssteuer erhöhen wollte. Und dass er das Tariffreuegesetz blockiert hat: Wenigstens hier gibt er ein bisschen das alte Feinbild ab. Die Gewerkschaften würden gerne die SPD schärfer kritisieren, doch aus Rücksicht auf den Wahlkampf beißen sie sich auf die Zunge. Sie haben 1982 nicht vergessen. Damals, so meinen Altgediente, sei die SPD-Regierung Helmut Schmidts auch an Protesten der Gewerkschaften gescheitert. Sie wollen nicht noch einmal die Verräter sein. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/13.** Alle Überlegungen zum Rentenbeitrag 2003 seien „Spekulation“ lässt Arbeitsminister Walter Riester (SPD) erklären: „Entschieden wird erst im November.“ Nachdem der durchschnittliche Krankenversicherungsbeitrag dieses Jahr bereits von 13,6 auf 14 Prozent kletterte, wäre ein Anstieg der Rentenbeitrags unter anderem ein weiteres Signal für eine Erhöhung der deutschen Arbeitskosten, die für die Massenarbeitslosigkeit mit verantwortlich gemacht werden. (...) Der CSU-Sozialpolitiker Johannes Singhammer warnte davor, der Rentenbeitrag könne im nächsten Jahr explodieren: „Der Bundesregierung entgleitet die Kontrolle über die Beiträge“, kritisierte Singhammer. Nötig sei nun ein Kassensturz, der die tatsächliche Einnahmesituation offen lege. „Zentral ist, dass wieder mehr Arbeitsplätze entstehen. Sonst werden die Beiträge nicht zu stabilisieren sein.“ (B. W., 27.08., Nr. 7, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/14.** Seit einigen Jahren hinkt der Osten im Wirtschaftswachstum dem Westen wieder hinterher. Die Arbeitslosigkeit hat sich auf einem unerträglich hohen Niveau eingependelt, die Abwanderung wieder zugenommen. Und nichts ist so deprimierend für eine Region, wie das Gefühl, die Jugend zu verlieren. Mit dem Wahlkampf war zwar erneut eine Zeit der politischen Zuneigung über den Osten gekommen, doch wirkten die Versprechen der Kandidaten wie hilflose Rituale angesichts der ausweglosen Lage. (K./L. P., 28.08., Nr. 8, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/15.** Wenn sich Verkehrsministerium und die Gewerkschaft Verdi nun für soziale Arbeitsbedingungen im Güterverkehr auf der Strasse einsetzen, so tun sie das auch, weil Rot-Grün im Wahlkampf ist. Die Gewerkschaft denkt zudem tendenziell protektionistisch: Sie will den Arbeitsmarkt stärker abschotten. (K. P., 28.08., Nr. 9, Wahlkampf/Wahlkampfaktik).

**M 11/16.** Weil die Unionsführung bis zum 22. September keine Kriegsdebatte wollte (denn die nutzt der Regierung und lenkt von der Arbeitslosigkeit ab), versuchte sie, das Thema (*Irak, fs*) öffentlich totzuschweigen. (K./L. P., 30.08., Nr. 10, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/17.** Dem zentralen Problem der Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit, sei nur mit der Deregulierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes beizukommen, heißt es hinter vorgehaltenen Händen (*der Top-Manager der „Initiative für Deutschland“, fs*). Der Berater Roland Berger traut keinem der beiden (*Kanzlerkandidaten, fs*) die Kraft zu echter Veränderung zu. Schröder wolle zurück zum alten Wohlfahrts- und Gewerkschaftsstaat. „Ich fürchte, nach einem Wahlsieg würde er zum Gefangenen seiner eigenen Versprechungen und der Gewerkschaften.“ Bei Stoiber müsse man ebenfalls damit rechnen, dass er bei der organisierten Arbeitnehmerschaft auf Widerstände stößt. (B. W., 30.08., Nr. 11, Politischer Prozess/ Erarbeitung bzw. Durchsetzung von Policies).

**M 11/18.** So wurde der Allianz-Chef Henning Schulte Noelle zum Mitglied der „Initiative für Deutschland.“ Daran sind 25 deutsche Top-Manager beteiligt unter anderen Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, Jürgen Weber, Vorstandsvorsitzender der Lufthansa oder Jürgen Strube vom Chemieriesen BASF. „Die Probleme wachsen schneller als Lösungen vorangebracht werden“, sagen die Kritiker bissig. Der Wirtschafts- und Steuerpolitik fehle „eine ganzheitliche Strategie“. Die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sei „nicht

überlebensfähig“. Doch die Herren möchten diese harten Worte keinesfalls als Votum gegen Schröder verstanden wissen. (B. W., 30.08., Nr. 11, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von der „Initiative für Deutschland“).

**M 11/19.** Die Union will bei einem Wahlsieg sofort die Arbeitslosigkeit durch Ankurbelung der Wirtschaft bekämpfen. Die Weichen müssten auf Aufschwung gestellt werden, sagte Kanzlerkandidat Edmund Stoiber bei der Vorstellung des Sofortprogramms in Berlin. (...) Stoiber bekräftigte, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Aufschwung der Wirtschaft und die Stärkung des Mittelstandes oberste Priorität einer von ihm geführten Regierung haben werden. Ziel sei es, noch im Herbst die Weichen auf Aufschwung zu stellen. „Vom ersten Tag an muss jedes Mitglied meiner Regierung alle Entscheidungen diesem Ziel unterordnen.“ (B. P., 31.08., Nr. 13, Politischer Prozess/ Priorisierung von Policies).

**M 11/20.** Die erfragte Stimmung im Land entzieht sich zur Zeit gängigen Deutungsmustern. Auf den ersten Blick konterkariert sie die Lage: Die Arbeitslosenzahlen behalten die böse 4 vor dem Komma, grundsätzliche Besserung ist weit und breit nicht in Sicht. Im Gebälk der Sozialsysteme ächzt es vernehmbar. Der Kandidat präsentiert sich im direkten Vergleich überaus passabel und innerlich gefestigt. Und trotzdem können Gerhard Schröder und seine SPD in erklecklichem Maße Boden gut machen, ja beinahe zur Union aufschließen. (K./L. P., Nr. 14, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 11/21.** Wie sagt der Kandidat so schön: Eine neue Bundesregierung hat viele Aufgaben. Das stimmt. Schaut man aber auf die Liste der wichtigsten Aufgaben, denen sich eine Regierung Stoiber im ersten halben Jahr widmen will, muss man sich wundern. Da gibt es Wichtiges, Unwichtiges und Seltsames. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Ankurbelung der Wirtschaft sind wichtig, selbstredend. Und die schwarzen Rezepte sind auch nicht wirr und wirkungslos, wie die SPD behauptet. Das können sie schon deshalb nicht sein, weil rote und schwarze Rezepte in vielen Punkten übereinstimmen. (B. P., 31.08., Nr. 15, Policy-Prozess/ Priorisierung von Policies).

**M 11/22.** Mit Sinken der Pegelstände steigt im Ranking der wichtigsten Themen die Arbeitslosigkeit mit jetzt 78 Prozent wieder an die erste Stelle, das Thema Hochwasser und die Folgen interessieren noch 29 Prozent, die allgemeine Wirtschaftslage steht mit 12 Prozent an dritter Stelle; mit der Flut ist auch der Umweltschutz (8 Prozent) weiter nach hinten getrieben. (B. P., 31.08., Nr. 16, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler).

**M 11/23.** „Wir haben eine Koalition mit dem Wähler“, sagte Brüderle (*stellv. FDP-Vorsitzender, fs*). „Pauschale Blankoschecks“ stelle die FDP nicht aus. Die FDP habe klare Positionen bezogen. Sollten ihre Forderungen nach radikaler Steuersenkung und -vereinfachung sowie einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht erfüllt werden, sei es besser, die Partei bliebe in der Opposition. „Wenn wir unsere Ziele in der Regierung nicht erreichen können, haben wir in der Regierung nichts verloren“, meinte Brüderle. (B. P., 02.09., Nr. 18, Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl).

**M 11/24.** Meinungsumfragen hin, Hochwassermanagement her, die jüngste Entwicklung der ökonomisch relevanten Zahlen ist für eine Regierung im Wahlkampf ein Alptraum. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt wieder so hoch wie beim Amtsantritt von Rot-Grün vor vier Jahren, das Defizit der Krankenkassen ist im ersten halben Jahr auf 2,4 Mrd. Euro gestiegen und das Staatsdefizit hat die im europäischen Stabilitätspakt erlaubte Grenze von drei Prozent erreicht; wie weit die Grenze tatsächlich überschritten wird, ist politisch-taktisch von Bedeutung, nicht jedoch ökonomisch-substantiell. (K./L. P., 03.09., Nr. 21, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 11/25.** Bundeskanzler Gerhard Schröder will das von ihm angekündigte Kuratorium Fluthilfe unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker noch in dieser Woche und somit vor der Bundestagswahl ins Leben rufen. Die offizielle Vorstellung des

Gremiums, das als Schlichter in Streitfällen bei der Verteilung der staatlichen Milliardenhilfe tätig sein soll, war nach Informationen der Süddeutschen Zeitung für Donnerstag geplant. An diesem Tag wird die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg die jüngsten Arbeitslosenzahlen bekannt geben, die wiederum knapp über der Vier-Millionen-Grenze liegen dürften. In Regierungskreisen reagierte man zurückhaltend auf die Frage nach dem Grund dieser Terminüberschneidung. Das von Schröder vergangene Woche angekündigte Projekt „kann und soll nicht auf die lange Bank geschoben werden“, hieß es. (B. P., 04.09., Nr. 23, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/26.** Dieser (*Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, fs*) brachte die machtbewussten Mitgliedsgewerkschaften, die Sommer vor drei Monaten noch so düpiert hatten, auf eine gemeinsame Position (*zur Hartz-Kommission, fs*). Einheilig begrüßten sämtliche Bosse der Einzelorganisationen im großen Bundesvorstand des DGB den Bericht der Regierungskommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter Leitung von VW-Vorstand Peter Hartz. „Ich wollte die Gewerkschaften aus der Ecke der ewigen Nein-Sager rauskriegen“, sagt Sommer mit gestärktem Selbstbewusstsein. Sommer überwand interne Widerstände, in dem sein Team beim DGB die Offensive ergriff. Als Hartz an einem Sonntag seine Pläne erstmals über die Medien an die Öffentlichkeit spielte, waren es Sommers Leute, die die politischen Sekretäre der Einzelgewerkschaften anriefen und auf eine gemeinsame Linie einschworen. Das war neu – vor Sommer waren es stets die Mitgliedsgewerkschaften, die die Initiative ergriffen. (B. W., 04.09, Nr. 24, Politischer Prozess/ Erarbeitung bzw. Umsetzung von Policies).

**M 11/27.** Geholfen hat Sommer der Druck des Wahlkampfs, alle Spitzengewerkschafter wollten eine Kakophonie vermeiden. Unter diesen Zeichen standen seine ersten 100 Tage – nur bis zum Wahltag halten die Mitgliedsorganisationen still. Danach könnten gerade bei der Umsetzung der Hartz-Konzepte die Zentrifugalkräfte im Gewerkschaftslager wieder erstarren. (B. W., 04.09, Nr. 24, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/28.** Zugleich steigt dann der Druck auf Sommer, gewerkschaftliche Positionen gegenüber der neu gewählten Regierung nicht nur zu proklamieren, sondern auch durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit, gegen die auch gewerkschaftliche Rezepte bislang wenig vermochten, wird weiter wachsen und den Reformdruck erhöhen. Dann ist die Schonzeit wirklich vorbei. (B. W., 04.09, Nr. 24, Politischer Prozess/ Rolle von Personen im Prozess).

**M 11/29.** Die Zeiten sind lange vorbei, in denen der Schlachtruf „christlich wählen“ ein kaum verhüllter Wahlauf Ruf zugunsten der CDU und der CSU war. Ein letztes Mal gab es 1980 Streit: Die Bischöfe hatten (*in ihrem Hirtenbrief, fs*) die unter der Regierung Schmidt gewachsene Staatsverschuldung kritisiert – dies war aber das zentrale Wahlkampfthema der Unions-Opposition. 1998 murrten sogar CDU und CSU über dem Episkopat: Die Kritik an der hohen Arbeitslosigkeit sei eine Steilvorlage für die SPD, hieß es. Diesmal freut es die Union, wenn die Bischöfe der „Überwindung der Massenarbeitslosigkeit höchste Priorität einräumen“ und nach vier Jahren rot-grüner Regierung konstatieren: „Die soziale Ungleichheit in unserem Land hat deutlich zugenommen“ – nicht nur die Vermögensunterschiede würden immer größer, die Pisa-Studie habe auch „eine soziale Schieflage“ im Bildungswesen aufgedeckt (B. P., 05.09., Nr. 25, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 11/30.** Noch vor drei Wochen kannte die Republik nur ein Thema – Hartz. Doch dies ist lange her. Zur Erinnerung: Peter Hartz war dieser enthusiastisch-ungelenke Manager, der mit seiner Regierungskommission die Arbeitslosigkeit glatt halbieren wollte. Seine Vorschläge wurden bis zur Erschöpfung rauf und runter diskutiert. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beherrschte als Thema die öffentliche Debatte. Dann aber kam die Flut. Und die Irakkrise. Und, und, und. Es wäre fatal, wenn die Hartz-Konzepte jetzt in den Schubladen vergammelten. (...) Die Öffentlichkeit hat Hartz vergessen, weil sie von einer Aufgeregtheit zur nächsten springt. Und weil sie zu cool ist, um an grundlegende Veränderungen zu glauben. (K. P., 05.09., Nr. 26, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 11/31.** Am heutigen Donnerstag werden die neuen Arbeitslosenzahlen verkündet, und sie werden wohl wieder höher liegen als zuvor. Das ist unerträglich – oder solle es zumindest sein. Arbeitgeber und Gewerkschaften warten aber jetzt einfach den Wahltag ab. Jeder spekuliert auf eine ihm genehme Regierung, mit der die Hartz-Vorschläge dann zurecht gestutzt werden sollen. (K. P., 05.09., Nr. 26, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/32.** Die Opposition scheint sich im Wahlkampf nur noch mit der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen, wenn sie sich taktisch nutzen lässt. (K. P., 05.09., Nr. 26, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/33.** Der am Mittwoch von der Regierung vorgelegte erste Bericht der Regierung zeigt nur, dass die Juristen jetzt den Hartz-Bericht durchbuchstabieren. Sicher brauchen Gesetzesänderungen Zeit. Doch Eile tut Not. Doch die Ankündigung, schon kommende Woche die Leiharbeitsagenturen für Arbeitslose zu starten, ist Etikettenschwindel. Denn es sind nicht die, die Hartz plante. Er wollte keine befristeten Anstellungen und keine ohne Tarif. Hartz muss auf der Tagesordnung bleiben, und zwar der ganze Hartz und auf Dauer. (K. P., 05.09., Nr. 26, Politischer Prozess/ Durchsetzung bzw. Umsetzung von Policies).

**M 11/34.** Erste Elemente des Hartz-Berichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit will Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) schon in der kommenden Woche verwirklichen. Dann sollen die Leiharbeitsagenturen für Arbeitslose starten, erklärte er am Mittwoch in Berlin. Allerdings sagte der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Alt, bislang gebe es erst einen fertigen Vertrag mit einer Zeitarbeitsfirma, die übrigen Ausschreibungen liefen noch. Die Beschäftigten würden auch nur für ein Jahr eingestellt, die Bezahlung liege vorerst meist unter Tarif. Hartz hatte unbefristete Arbeitsverhältnisse und einen neuen Leiharbeits-Tarif vorgesehen. Tarifverträge fehlen aber noch. Der Minister legte dem Kabinett den ersten Bericht über den Stand der Hartz-Reformen vor. Änderungen in den Sozialgesetzbüchern, Steuerrecht und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sollen nach dem Willen der jetzigen Bundesregierung zu Beginn der kommenden Legislaturperiode angepackt werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird nach Angaben Riesters noch in diesem Jahr das Finanzierungspaket Job-Floater ausgeben: Ein Finanzierungspaket, das Unternehmen bei der Einstellung eines Arbeitslosen erhalten sollen. Ebenfalls noch in diesem Jahr soll der Service der Arbeitsämter verbessert werden. Die Zusammenfassung aller Anlaufstellen für Arbeitssuchende in Jobcentern soll bis Mitte 2003 gelingen. Heftigen Streit gab es um den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA). „Die Vorschläge der Hartz-Kommission werden rasch umgesetzt und der Herbst wird ein Konjunkturfrühling“ verkündete Riester. (B. P., 05.09., Nr. 27, Politischer Prozess/ Umsetzung von Policies).

**M 11/35.** Heftigen Streit gab es um den Haushalt der BA. „Die Vorschläge der Hartz-Kommission werden rasch umgesetzt und der Herbst wird ein Konjunkturfrühling“ verkündete Riester. Arbeitgeberpräsident Hundt habe daher unrecht, der als Folge der hohen Arbeitslosigkeit eine Verdoppelung des Defizits der BA vorausgesagt hat. Der bislang geplante Zuschuss des Bundes beträgt zwei Milliarden Euro. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) erwartet, dass diese Summe nicht ausreichen wird. Er hält Hundts Prognosen aber für überhöht. (B. P., 05.09., Nr. 27, Konflikt/ Kritik an Positionen anderer, hier an Positionen der Arbeitgeberverbände).

**M 11/36.** DGB-Chef Sommer verlange zusätzlich zu Hartz ein Investitionsprogramm insbesondere für Ostdeutschland in Höhe von zehn Milliarden Euro. Dafür müsse auch ein „blauer Brief“ aus Brüssel in Kauf genommen werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder wies dies als „überflüssig“ zurück. (B. P., 05.09., Nr. 27, Konflikt/ Kritik an Positionen anderer, hier an Positionen der Gewerkschaften bzw. des DGB).

**M 11/37.** Etwa zwei Wochen vor der Bundestagswahl bleibt die seit längerem erwartete Konjunkturerholung weiter aus. Trotz eines leichten Rückgangs der Arbeitslosenzahlen im August rechnet die Bundesanstalt für Arbeit mit einer Trendwende erst zum Jahresende. (...) Regierung und Opposition stritten über die neuen Zahlen aus Nürnberg. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sprach von einem Zeichen der Hoffnung, für Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) ist Rot-Grün gescheitert. (...) Die Union warf der Bundesregierung völliges Versagen vor und empfahl sich als Retter aus der Krise. „Das ist der Tag der Wahrheit und des Scheiterns von vier Jahren Rot-Grün“, sagte Kanzlerkandidat Stoiber in Berlin. Schröder habe sein Wahlversprechen von 1998 gebrochen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen zu reduzieren. (...) Auch die FDP kritisierte die Regierung. Ihr Vizechef Rainer Brüderle warf Rot-Grün vor, vier Jahre verschlafen zu haben. (B. P., 06.09, Nr. 28, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/38.** Erwartungsgemäß unterschiedlich fielen die Reaktionen der Sozialpartner aus. Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt sprach von einer „traurigen Bilanz“ (*in Bezug auf die neuen Arbeitslosenzahlen, fs*). Der DGB sieht einen „ersten Lichtstreifen am Horizont“. (B. P., 06.09, Nr. 28, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Arbeitgeberverbänden).

**M 11/39.** Die Krise am Arbeitsmarkt lässt die Budgets von Bund, Ländern und Gemeinden bedrohlich tief in den roten Bereich rutschen. Wenn es in Brüssel mit rechten Dingen zugeht, wird Deutschland um einen schriftlichen Tadel in Blau nicht umhinkommen. Das sind miserable Nachrichten für einen Kanzler, der alten Kampfgeist erkennen lässt und verbissen um den Verbleib im Kanzleramt kämpft. Gerhard Schröder macht Punkte, wenn er sich in Johannesburg als Öko-Kanzler präsentiert, oder wenn er in der Irak-Krise die Friedenssehnsucht der Deutschen geradezu aggressiv artikuliert. Auch sein Krisenmanagement im Hochwasser hat bewirkt, dass Sozialdemokraten und ihre Anhänger wieder an einen Sieg glauben. Schröder kann also am Ende des Wahlkampfes Erfolge verbuchen. Aber all diese kleinen Siege können den Makel einer schlechten Job- Bilanz allenfalls ein bisschen übertünchen. (...) Wären es Anfang des Jahres einige Hunderttausend Arbeitslose weniger gewesen, Edmund Stoiber hätte gar nicht erst den Mut gehabt, gegen den Kanzler anzutreten. Gerhard Schröder würde zu Recht jeden Herausforderer – ob Mann oder Frau – als Zählkandidaten betrachten. Doch jetzt klingt des Kanzlers Verweis auf die (unbestreitbar!) schlappe Weltkonjunktur eher wie eine läppische Ausrede. (...) Wird der Kanzler ungeachtet der jüngsten Aufholjagd also verlieren? Immerhin, Schröder ist es vor Toresschluss gelungen, auf seine offene Wunde ein dickes Pflaster zu kleben. Hartz hilft. Das Konzept des VW-Managers lässt zwar viele Fragen offen und kann nur der Auftakt zu umfassenden Reformen sein. Trotzdem ist es Rot-Grün geglückt, den Eindruck zu erwecken, die selbst verschuldete Lähmung sei überwunden. Die neue Zuversicht hat noch einen wichtigeren Grund: die Schwäche der Opposition. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/40.** Wären es Anfang des Jahres einige Hunderttausend Arbeitslose weniger gewesen, Edmund Stoiber hätte gar nicht erst den Mut gehabt, gegen den Kanzler anzutreten. (...) Wenn die Menschen sich sorgen, erwarten sie ein entschlossenes Handeln ihrer Regierung – und sei es nur symbolisch. Sollte Schröder am 22. September verlieren, wird sein Bekenntnis zur ruhigen Hand im Rückblick als die entscheidende Ursache gelten. Aus kühlem Kalkül wirbt Kanzlerkandidat Edmund Stoiber mit dem Slogan: Zeit für Taten. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/41.** Das Konzept des VW-Managers lässt zwar viele Fragen offen und kann nur der Auftakt zu umfassenden Reformen sein. Trotzdem ist es Rot-Grün geglückt, den Eindruck zu erwecken, die selbst verschuldete Lähmung sei überwunden. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von Journalisten).

**M 11/42.** Dabei müsste das Plattenbauviertel Silberhöhe (*in Halle, fs*) eigentlich ein gutes Pflaster für den PDS-Wahlkampf sein: Hier sind Arbeitslosigkeit und Abwanderung hoch, viele Menschen haben durch die Wende mehr verloren als gewonnen. Doch die Bilanz der

einstündigen Aktion (von Roland Claus als PDS-Kandidat, fs) ist ernüchternd: Drei Gespräche, ein Dutzend verteilter Broschüren, ein paar gerauchte Zigaretten und einige Rentner, die im Vorübergehen gesagt haben: „Hallo Herr Claus, wir kennen uns doch von früher.“ (R. P., 06.09., Nr. 30, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 11/43.** Der Bundeskanzler bezeichnet die jüngsten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit als „Zeichen der Hoffnung“. Zu so einer Aussage gehört Mut, um es vorsichtig zu sagen. Der Kandidat Stoiber nennt die Zahl der 4,018 Millionen Arbeitssuchenden eine „verheerende Schlussbilanz“ der Regierung, was stimmen würde, hätte er sich dabei auf die Regierungen Schröder und Kohl bezogen. Dem letzten Bericht der Bundesanstalt für Arbeit vor der Bundestagswahl fieberten die Wahlkämpfer seit Wochen entgegen, schließlich lassen sich an den Arbeitsmarktzahlen am besten die Probleme Deutschlands zusammenfassen. Seit Tagen schon versuchten beide politische Lager mit gezielten Vorabveröffentlichungen das Meinungsklima zu beeinflussen; die erste (falsche) Arbeitslosenzahl für den August wurde bekannt, als der August noch gar nicht vorüber war. Aber ist die Arbeitslosigkeit nun tatsächlich gesunken oder gestiegen? Die Zahlen aus Nürnberg sind gar nicht so widersprüchlich, wie man nach den Aussagen der Wahlkämpfer meinen könnte. (K. W., 06.09., Nr. 32, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/44.** SZ: Hält die FDP den Kurs der Eigenständigkeit bis zur Wahl denn durch? Gerhardt (Wolfgang Gerhard, FDP-Fraktionsvorsitzender, fs): Ja. Am Sonntag auf dem Parteitag werden wir klare Wegweiser beschließen. Wir werden niemanden im Unklaren lassen, worauf wir im Kern arbeitsmarktpolitisch, außen- und innenpolitisch hinauswollen. Das gilt dann für jede Regierungsbeteiligung der FDP, und es ist uns ernst damit. (...) SZ: Wenn sich die FDP mit ihren Eckpunkten in Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen kann, sollte sie dann besser in der Opposition bleiben? Gerhardt: Es ist uns jedenfalls allen klar, dass die Glaubwürdigkeit der FDP mit einem Wahlerfolg am Wahltag nicht verspielt werden darf durch Nichteinhalten der politischen Ziele hinterher. Wir wollen ein Stück mehr Dynamik, wir wollen die rote Laterne wirtschaftspolitisch loswerden. Wir wollen bildungspolitische Reformen durchsetzen. Wenn wir nicht das Gefühl haben, dass wirklich eine neue politische Grundrichtung mit einem Partner eingeschlagen werden kann, dass Deutschland weiter so in einem erstarrten Arbeitsmarkt und ohne Bewegung bleiben soll, dann wird die FDP eher in der Opposition verbleiben, als ohne wirkliche Neuorientierung in eine Koalition zu gehen. (I. P., 07.09., Nr. 35, Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl).

**M 11/45.** Am Sonntag nun (auf dem Parteitag der FDP in Berlin, fs) werden sieben Eckpunkte verkündet, die so etwas wie Wahlprüfsteine werden sollen. Mit großen Überraschungen ist nicht zu rechnen, obwohl die Partei sich bemüht, etwas Spannung aufzubauen. Erst am Samstag sollen die konkreten Formulierungen von Präsidium und Vorstand abgesegnet werden. Das meiste dürfte bekannt sein: Die Steuern sollen drastisch gesenkt, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und die Bildungspolitik intensiviert werden. So viel steht fest. Offen allerdings ist, wie konkret die Partei diese Kernaussagen formulieren und sich im Vorfeld möglicher Koalitionsverhandlungen festlegen wird. „Ehrgeizig, konkret und realistisch“ sollen die Eckpunkte sein, sagt Parteichef Westerwelle, wobei die Betonung auf realistisch liegt, denn schließlich will man Koalitionsverhandlungen nicht schon im Vorfeld belasten. (B. P., 07.09., Nr. 36, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/46.** Ja, Helmut Kohl lobt Sozialdemokraten. Allerdings müssen sie mindestens 80 sein oder in vergangenen Epochen gewirkt haben, und man muss sie gegen Sozialdemokraten von heute benutzen können. Helmut Schmidt – „hat gesagt, dass die Arbeitslosigkeit nichts mit der Weltwirtschaft zu tun hat, sondern vollständig hausgemacht ist“. (R. P., 07.09., Nr. 37, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/47.** Bei nur drei Gegenstimmen verabschiedete der Parteitag (der FDP, fs) Wahlprüfsteine – sieben Punkte, die für eine Beteiligung an einer Regierungskoalition „unabdingbar“

sein sollen. Dazu gehören die Forderungen nach einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem. Zudem soll der Arbeitsmarkt zu Gunsten neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze liberalisiert werden. (...) Diese Wahlprüfsteine wurden bewusst so allgemein formuliert, dass sie eine Koalition mit jeder der beiden großen Volksparteien ermöglichen. (B. P., 09.09., Nr. 39, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/48.** Während die SPD davon ausgeht, dass das Fernsehduell ganz im Zeichen der Persönlichkeit beider Kandidaten stehen wird, wollte die Union stärker auf inhaltliche Akzente setzen. Allgemein wurde erwartet, dass Stoiber vor allem die hohe Arbeitslosigkeit thematisieren wird. (...). Neben der Arbeitsmarktpolitik soll es vor allem auch um die Außen- und Sicherheitspolitik, die Umwelt, die Wirtschaft sowie um Familien- und Bildungspolitik gehen. (B. P., 09.09., Nr. 40, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 11/49.** Der DGB-Chef (*Michael Sommer, fs*) warf der Union vor, mit ihren Vorschlägen für betriebliche Bündnisse für Arbeit die Tarifautonomie zerstören zu wollen. „Wer das macht, der kriegt Ärger“, sagte Sommer vor 11.000 Teilnehmern der Kundgebung und drohte mit Massenprotesten. (B. P., 09.09., Nr. 41, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Gewerkschaften bzw. vom DGB).

**M 11/50.** Der DGB-Chef (*Michael Sommer, fs*) warf der Union vor, mit ihren Vorschlägen für betriebliche Bündnisse für Arbeit die Tarifautonomie zerstören zu wollen. „Wer das macht, der kriegt Ärger“, sagte Sommer vor 11.000 Teilnehmern der Kundgebung und drohte mit Massenprotesten. (B. P., 09.09., Nr. 41, Politischer Prozess/ Widerstand gegen Policies).

**M 11/51.** Eine ausdrückliche Wahlempfehlung gab der DGB nicht. „Wir appellieren an die Wählerinnen und Wähler: Bitte prüfen Sie, wer für Arbeit und soziale Gerechtigkeit eintritt“, sagte (*DGB-Chef Michael, fs*) Sommer, „gehen Sie wählen!“ Die Arbeitnehmer sollten bei der Stimmabgabe prüfen, was ihnen mehr gebracht habe, forderte Sommer – „die neoliberale Deregulierungspolitik von Kohl und Rexrodt oder der couragierte Versuch von Rot-Grün, die Gesellschaft sozial gerecht zu modernisieren“. (B. P., 09.09., Nr. 41, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/52.** Stoiber habe auf dem Bundeskongress des DGB versucht, als Vertreter sozialer Gerechtigkeit aufzutreten, sagte (*DGB-Chef Michael, fs*) Sommer weiter. Bei der vorgeschlagenen Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erlebe man hingegen den „echten Stoiber“. „Gemeinsam mit Roland Koch und anderen sozialpolitischen Reaktionären sollen die Leistungen für die Betroffenen noch weiter verschlechtert werden“, fügte der Gewerkschaftsvorsitzende hinzu. (B. P., 09.09., Nr. 41, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Gewerkschaften bzw. dem DGB).

**M 11/53.** (*DGB-Chef Michael, fs*) Sommer warf den Arbeitgebern vor, gezielt mit Entlassungen zu drohen und damit die Arbeitslosigkeit als Waffe gegen die amtierende Regierung einzusetzen. (B. P., 09.09., Nr. 41, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Gewerkschaften bzw. dem DGB).

**M 11/54.** IG-Metall-Chef Klaus Zwickel kritisierte die von der Union geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes und warnte vor einer Einschränkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer. „Setzen sich Stoiber und Westerwelle mit diesen Vorstellungen durch, würde die soziale Balance in den nächsten vier Jahren stärker aus den Fugen geraten als in 16 Jahren Helmut Kohl“, sagte Zwickel. (B. P., 09.09., Nr. 41, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von der IG Metall).

**M 11/55.** Die Herausforderin (*Kristina Köhler von der CDU, die in Wiesbaden als Direktkandidatin gegen die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul antritt*) beugt sich in Richtung Mikrofon, klingt dadurch oft eine Spur zu laut. Und wenn sie von der Konjunktur spricht, gebraucht sie den Ausdruck „beschissen“. Man kann sie noch leicht ins Straucheln

bringen. Ein Schüler will wissen, warum ausgerechnet in Bayern die Arbeitslosigkeit so stark gestiegen sei? Köhler antwortet: „Weil Bayern an der Weltkonjunktur hängt.“ Aber auch die 18-Jährigen haben mitbekommen, dass es Sprachregelung der Union im Wahlkampf ist, die Arbeitslosigkeit in Deutschland habe nichts mit der Weltwirtschaft, sondern mit rot-grüner Politik zu tun. Wie entscheidend solche Patzer im Erststimmen-Duell am 22. September auch sein mögen: Um den Einzug ins Parlament werden sie weder Köhler noch Wiczorek-Zeul bringen. Beide haben sichere Listenplätze. (R. P., 09.09., Nr. 42, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/56.** Der Kandidat beruhigte seinen Kandidaten. Am Samstag, beim großen Wahlkampfauftakt der CSU in der Münchner Olympiahalle, soll Edmund Stoiber, versichern Gewährsleute, Lothar Späth ein Blatt Papier zugesteckt haben. Gehandelt habe es sich um eine Kopie der Spiegel-Meldung, wonach Horst Seehofer im Falle eines Wahlsieges weit reichende Kompetenzen auch in der Arbeitsmarktpolitik erhalten und die Zuständigkeiten eines Super-Arbeits- und Wirtschaftsministers Späth beschnitten würden. Da sei nichts dran, das stimme nicht, soll Stoiber handschriftlich hinzugefügt haben. Das klingt plausibel, weil aus dem engen Kreis der wirklich eingeweihten Stoiberisten verlautet, über die genaue Ressortverteilung zwischen Späth und Seehofer sei noch nicht entschieden. (B. P., 10.09., Nr. 43, Personen/ Personalspekulationen).

**M 11/57.** Schröders strikte Ablehnung einer deutschen Beteiligung an einer Intervention im Irak steht nun ebenso unverrückbar in der Landschaft wie vor vier Jahren sein Versprechen, die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren. (F. P., 10.09., Nr. 44, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/58.** Natürlich gab es auch diesmal die erwartbaren Argumentationsmuster. Stoiber behielt seine Fokussierung auf die hohe Arbeitslosigkeit bei; Schröder konterte mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit gerade in Bayern. Stoiber verwies auf die insgesamt sehr niedrige Arbeitslosigkeit in seinem Land, so dass für beide alles nach Drehbuch lief. (F. P., 10.09., Nr. 44, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 11/59.** Natürlich gab es auch diesmal die erwartbaren Argumentationsmuster. Stoiber behielt seine Fokussierung auf die hohe Arbeitslosigkeit bei; Schröder konterte mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit gerade in Bayern. Stoiber verwies auf die insgesamt sehr niedrige Arbeitslosigkeit in seinem Land, so dass für beide alles nach Drehbuch lief. Dann aber gab Stoiber den klassischen Stoiber, den Detaillisten, der mit dem Arbeitsamt Freising argumentieren wollte. Schröder, nach den Wochen des Griesgrams wieder munter und angriffslustig, fuhr ihm, polemisch und treffsicher, in die Parade. „Wir wollen doch hier nicht über Freising diskutieren.“ Bumm, Aufschlag auf der Linie, Punkt geholt. (F. P., 10.09., Nr. 44, Wahlkampfaktik/ Art der Kommunikation).

**M 11/60.** Nun zeigt sich allerdings diesmal, knapp zwei Wochen vor der Wahl, dass Union und SPD gleich aufliegen. Die von Stoiber behauptete Wechselstimmung gibt es nicht; sie hat es wohl nie gegeben. Der Kompetenzvorsprung, den die Union in Wirtschaftsfragen für sich reklamiert und den ihr die Wähler zunächst auch zugebilligt hatten, verliert an Gewicht. Erstens, weil das Vertrauen in die SPD angesichts der Verve, mit der sie sich die Hartz-Vorschläge zu Eigen gemacht hat, wieder ein wenig gestiegen ist und weil die Vorschläge von Union und SPD zu Reform des Arbeitsmarkts ohnehin nicht weit auseinander liegen. (K. P., 10.09., Nr. 45, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/61.** Flotte Sprüche haben im Wahlkampf Konjunktur. Meist steckt dahinter ein komplizierter Sachverhalt. Bis zur Bundestagswahl am 22. September überprüft die SZ an dieser Stelle regelmäßig wirtschaftspolitische Aussagen und stellt sie in den Zusammenhang. Heute: Arbeitslosenzahlen. Nein, clever war die Bemerkung des Kanzlers nicht, mit der er im zweiten Fernsehduell den Herausforderer und bayerischen Ministerpräsidenten maßregelte. „Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern. Und zwar in einer Weise, die drei Mal so hoch ist wie in den übrigen Bundesländern. Das beschäftigt mich

schon sehr“, schalt Gerhard Schröder am Sonntagabend. (B./H., W. 10.09., Nr. 46, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M11/62.** „Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern. Und zwar in einer Weise, die drei Mal so hoch ist wie in den übrigen Bundesländern. Das beschäftigt mich schon sehr“, schalt Gerhard Schröder am Sonntagabend. (B./H. W., 10.09., Nr. 46, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/63.** Keine Frage, eine Debatte über die Verwirklichung der Hartz-Vorschläge ist nötig. Manche der Reformen für mehr Arbeit müssen wahrlich noch präzisiert werden. Der nun aufbrechende Konflikt zwischen dem Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, und seinem Minister Walter Riester aber ist überflüssig. Mehr noch: Er ist auf traurige Weise lächerlich. Lächerlich, weil die beiden SPD-Politiker sich darüber in den Haaren liegen, wer wen nicht informiert hat und wie ganz genau die neuen Leiharbeitsagenturen juristisch konstruiert zu sein haben: letztlich eher Formalitäten. Traurig aber ist das Ganze, weil es um das dringlichste innenpolitische Thema überhaupt geht, die Arbeitslosigkeit. Das Verhältnis zwischen Gerster und weiten Teilen der rot-grünen Regierung ist zerrüttet. Der Kanzler hat nun gar ein Machtwort gesprochen – faktisch gegen Gerster. Der BA-Chef und sein Minister beharken sich, weil beide im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit fürchten, zu Verlierern zu werden. Riesters Job-Bilanz ist grau. Deshalb wird er, trotz seines aufrechten Wesens, die Wahl unabhängig von ihrem Ausgang als Minister wohl nicht überleben. Gerster wiederum war erst im April als weißer Ritter vom Kanzler in die Bundesanstalt gerufen worden – doch dann stahl VW-Vorstand Peter Hartz mit seiner Regierungskommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem Neuen in Nürnberg die Schau. Riester demonstriert wenige Tage vor der Bundestagswahl nun Aktionismus und gründet Leiharbeitsagenturen – deren Status aber ziemlich unsicher ist. Er tut dies, weil der in vier Jahren aufgestaute öffentliche Erwartungsdruck schwer auf ihm lastet, dass endlich mehr gegen die Arbeitslosigkeit getan werden muss. Es war jedoch ein Fehler, sich nicht mit der Bundesanstalt abzusprechen. So gerät Riester in den Ruf, auf deren Kosten Wahlkampf zu betreiben. Gerster macht aber in dieser Sache ebenfalls eine sehr problematische Figur. Er erträgt es offenbar nicht, statt wie zuvor Ideengeber, Querdenker, Großreformer nun einfach Chef einer Behörde zu sein. Sein zu oft undiplomatisches Verhalten hat den Apparat nicht eben beflügelt, hat ihn Unterstützung im politischen Berlin gekostet. Am schlimmsten ist für Gerster, dass mit Hartz ein anderer die Konzepte vorgegeben hat, die er selbst nun mühsam umsetzen muss. Er wolle ja kein Rechthaber sein, sagt Gerster manchmal – aber er habe nun einmal meistens Recht. Teilweise stimmt das tatsächlich, Gerster ist klug. Umso unverständlicher, dass er sich als Chef der Bundesanstalt häufig so unklug verhält. (K. P., 11.09., Nr. 47, Politischer Prozess/ Rolle von Personen im Prozess).

**M 11/64.** Der nun aufbrechende Konflikt zwischen dem Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, und seinem Minister Walter Riester aber ist überflüssig. Mehr noch: Er ist auf traurige Weise lächerlich. Lächerlich, weil die beiden SPD-Politiker sich darüber in den Haaren liegen, wer wen nicht informiert hat und wie ganz genau die neuen Leiharbeitsagenturen juristisch konstruiert zu sein haben: letztlich eher Formalitäten. Traurig aber ist das Ganze, weil es um das dringlichste innenpolitische Thema überhaupt geht, die Arbeitslosigkeit. (...) Riesters Job-Bilanz ist grau. Deshalb wird er, trotz seines aufrechten Wesens, die Wahl unabhängig von ihrem Ausgang als Minister wohl nicht überleben. (...) Riester demonstriert wenige Tage vor der Bundestagswahl nun Aktionismus und gründet Leiharbeitsagenturen – deren Status aber ziemlich unsicher ist. Er tut dies, weil der in vier Jahren aufgestaute öffentliche Erwartungsdruck schwer auf ihm lastet, dass endlich mehr gegen die Arbeitslosigkeit getan werden muss. Es war jedoch ein Fehler, sich nicht mit der Bundesanstalt abzusprechen. So gerät Riester in den Ruf, auf deren Kosten Wahlkampf zu betreiben. Gerster macht aber in dieser Sache ebenfalls eine sehr problematische Figur. Er erträgt es offenbar nicht, statt wie zuvor Ideengeber, Querdenker, Großreformer nun einfach Chef einer Behörde zu sein. Sein zu oft undiplomatisches Verhalten hat den Apparat nicht eben beflü-

gelt, hat ihn Unterstützung im politischen Berlin gekostet. (K. P., 11.09., Nr. 47, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Journalisten).

**M 11/65.** Riester demonstriert wenige Tage vor der Bundestagswahl nun Aktionismus und gründet Leiharbeitsagenturen - deren Status aber ziemlich unsicher ist. Er tut dies, weil der in vier Jahren aufgestaute öffentliche Erwartungsdruck schwer auf ihm lastet, dass endlich mehr gegen die Arbeitslosigkeit getan werden muss. Es war jedoch ein Fehler, sich nicht mit der Bundesanstalt abzusprechen. So gerät Riester in den Ruf, auf deren Kosten Wahlkampf zu betreiben. (K. P., 11.09., Nr. 47, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/66.** Keine Frage, eine Debatte über die Verwirklichung der Hartz-Vorschläge ist nötig. (...) Die Hoffnungen, dass die Hartz-Pläne noch vor der Wahl zu Veränderungen führen könnten, waren zu groß. Dafür kamen die Reform-Vorschläge zu spät. Die Hartz-Kommission aber hat, trotz aller berechtigten Detailkritik an ihren Konzepten, endlich Schwung in die Debatte über Arbeitslosigkeit gebracht. Das ist keine hinreichende, aber eine notwendige Voraussetzung für Erfolge. Es wäre eine Schande für die deutsche Politik, wenn dieser Schwung wieder verloren gehen sollte. (K. P., 11.09., Nr. 47, Debatte um Arbeitsmarktpolitik).

**M 11/67.** Angesichts von Kompetenzstreitigkeiten und persönlichen Eifersüchteleien zwischen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) und dem Bundesarbeitsministerium hat der Kanzler in scharfer Form zur raschen Verwirklichung des Hartz-Konzepts gemahnt. „Sollte es Widerstände geben, werden sie überwunden“ sagte Schröder (SPD) in Berlin. Die Worte waren offensichtlich an eigene Parteimitglieder gerichtet. Schröder sagte, die Vorschläge der Regierungskommission unter Leitung des VW-Vorstands Peter Hartz werden laut Schröder nach einem Wahlsieg am 22. September „eins zu eins“ umgesetzt. Der Kanzler selbst will den Fortgang des Reformprozesses regelmäßig kontrollieren. Vorgesehen sei dafür ein Steuerungskreis, „dem ich vorsitze“ fügte der Kanzler hinzu. (...) Reibereien zwischen dem forschen Gerster, zuvor lange Minister in der rheinland-pfälzischen Landesregierung, und Vertretern der rot-grünen Regierungskoalition waren in den vergangenen Wochen wiederholt zu beobachten gewesen. (B. W., 11.09., Nr. 48, Politischer Prozess/ Durchsetzung von Policies).

**M 11/68.** Hintergrund für Schröders ungewöhnliche Worte sind unter anderem Mißstimmungen zwischen BA-Chef (BA = Bundesanstalt für Arbeit, fs) Florian Gerster und Arbeitsminister Walter Riester (SPD). In einem bekannt gewordenen Schreiben an den Verwaltungsrat der BA mokierte sich Gerster darüber, dass Riester jüngst ohne Rücksprache mit der BA-Spitze den Aufbau so genannter Personal-Service-Agenturen (PSA) angekündigt hatte. Diese sind ein Herzstück des Hartz-Konzepts. Arbeitslosen soll in einer PSA eine Beschäftigung als Leiharbeiter angeboten werden. (...) Ministerium und BA sind uneins, was die Bedingungen für die Gründung von PSA sein müssen. Eine Sprecherin der Arbeitsämter erklärte, es müssten erst Sozialgesetzbuch und Arbeitnehmerüberlassungs-Gesetz geändert werden. Die Ministerialen widersprachen: Schon auf der Basis heute geltender Gesetze sei der Start in die neue Leiharbeit möglich. „Es soll keine Zeit verschenkt werden“, hieß es. Heftige Irritationen im Verwaltungsrat der Bundesanstalt waren die Folge. „Das befremdet mich“, sagte Isolde Kunkel-Weber von der Gewerkschaft Verdi. „Aufträge an die Agenturen müssten zumindest ausgeschrieben werden.“ Davon wisse sie aber nichts. Auch in Arbeitgeberkreisen war von großer Verärgerung die Rede. Riester mache „mit diesen Alleingängen einfach nur Wahlkampf“, so die Kritik. Der Chef der Personalräte der Arbeitsämter äußerte gleichfalls sein Unverständnis. „Es gibt 70 Kooperationen mit Zeitarbeitsfirmen, aber das ist gar nichts Neues und das ist alles nicht Hartz.“ (B. W., 11.09., Nr. 48, Politischer Prozess/ Auseinandersetzung um Politics selber).

**M 11/69.** Ministerium und BA sind sich uneins, was die Bedingungen für die Gründung von PSA sein müssen. Eine Sprecherin der Arbeitsämter erklärte, es müssten erst Sozialgesetzbuch und Arbeitnehmerüberlassungs-Gesetz geändert werden. Die Ministerialen widerspra-

chen: Schon auf der Basis heute geltender Gesetze sei der Start in die neue Leiharbeit möglich. „Es soll keine Zeit verschenkt werden“, hieß es. Heftige Irritationen im Verwaltungsrat der Bundesanstalt waren die Folge. „Das befremdet mich“, sagte Isolde Kunkel-Weber von der Gewerkschaft Verdi. „Aufträge an die Agenturen müssten zumindest ausgeschrieben werden.“ Davon wisse sie aber nichts. Auch in Arbeitgeberkreisen war von großer Verärgerung die Rede. Riester mache „mit diesen Alleingängen einfach nur Wahlkampf“, so die Kritik. (B. W., 11.09., Nr. 48, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/70.** Darüber hinaus kündigte (*Gerhard, fs*) Schröder an, dass der so genannte „Job-Floater“ für den Bundeshaushalt keine großen Belastungen bringen solle. Der angestrebte Zuwachs an Beschäftigung führe schließlich zu neuen Einnahmen. Mittelständische Unternehmen sollen laut Kanzler bis zu 50.000 Euro von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Förderdarlehen erhalten, wenn sie einen Arbeitslosen einstellten. Zusätzlich können die Firmen von ihren Hausbanken weitere 50.000 Euro als Kredit erhalten, für das die KfW die Haftung übernimmt. Die Laufzeit der Darlehen beträgt zehn Jahre. Jährlicher Gesamtumfang des Programms sollen zehn Milliarden Euro sein. „Kapital für Arbeit“ heißt fortan Schröders Initiative, die die Kapitalschwäche kleiner Firmen mildern solle. Die Opposition kritisierte, dieses Finanzierungspaket löse das Problem der hohen Arbeitslosigkeit nicht. Bei 1,4 Millionen Arbeitslosen und nur knapp 80.000 offenen Stellen in Ostdeutschland helfe die beste Vermittlung nichts, so der CDU-Wirtschaftsexperte Matthias Wissmann. Ähnlich äußerte sich die FDP. (B. W., 11.09., Nr. 48, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/71.** Das Phänomen ist nicht neu, aber in diesem Jahr noch ausgeprägter als in früheren Bundestagswahlkämpfen. Politiker aller Parteien haben den Mittelstand wiederentdeckt und umwerben ihn heftig. Die periodisch aufflackernde, mehr oder weniger ausgeprägte Zuwendung hat einen guten Grund. Die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme in Deutschland und der Mittelstand der größte Arbeitgeber. Er scheint der Schlüssel zur Lösung der Beschäftigungskrise zu sein. Nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn arbeiten fast 80 Prozent aller Erwerbstätigen in mittelständischen Firmen und sie bilden mehr als 80 Prozent aller Auszubildenden aus. Wer den Mittelstand stützt, sichert Stellen – und Wählerstimmen. (...) Zwar habe auch in der Regierungszeit des CDU-Kanzlers Helmut Kohl der Mittelstand nicht so sehr im Fokus gestanden, so (*Arend, fs*) Oetker (*Vorsitzender des Mittelstandsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI, und dessen Vizepräsident, fs*): „Die großen Kapitalgesellschaften und der neue Markt standen in den vergangenen Jahren im Mittelpunkt.“ Wie wichtig die kleinen und mittleren Firmen für Arbeitsplätze seien, sei erst viel zu spät deutlich geworden. „Der Mittelstand wird immer kurz vor der Wahl wiederentdeckt.“ (B. W., 11.09., Nr. 49, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/72.** Zwar habe auch in der Regierungszeit des CDU-Kanzlers Helmut Kohl der Mittelstand nicht so sehr im Fokus gestanden, so (*Arend, fs*) Oetker (*Vorsitzender des Mittelstandsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI, und dessen Vizepräsident, fs*): „Die großen Kapitalgesellschaften und der neue Markt standen in den vergangenen Jahren im Mittelpunkt.“ Wie wichtig die kleinen und mittleren Firmen für Arbeitsplätze seien, sei erst viel zu spät deutlich geworden. „Der Mittelstand wird immer kurz vor der Wahl wiederentdeckt.“ (B. W., 11.09., Nr. 49, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier einem Funktionär eines Arbeitgeberverbandes).

**M 11/73.** Mit aller Macht wollten die Unionspolitiker Rot-Grün und den Kanzler dort treffen, wo es ihnen wehtut: an den wunden Stellen Arbeitslosenzahl und Wirtschaftsflaute – ganz nach dem Motto „Deutschland hat eine bessere Regierung verdient“. An der Absicht Stoibers und seiner Truppe hat sich nichts geändert. Doch auch sie selbst fragen sich inzwischen, ob ihnen das noch sehr viel helfen wird auf dem Endspurt hin zum 22. September. Denn wie es aussieht, wird zumindest der Freitag (*in der Haushaltsdebatte, fs*), der Tag des Aufeinandertreffens von Kanzler und Kandidat, nicht von einer Grundsatzdebatte über Konjunktur, Beschäftigung, leere Kassen und ruhige Hände bestimmt. Da wird es um andere Fragen gehen: um Krieg versus Frieden, um George Bush versus Saddam Hussein, um Deutschland versus

den Rest der Welt. Denn am Donnerstagabend will der US-Präsident vor den Vereinten Nationen zum Thema Irak sprechen. Diese Gelegenheit wird sich Schröder nach übereinstimmender Einschätzung von Rot-Grün und Union nicht entgehen lassen. Er wird am Tag darauf den Friedenskanzler geben, sein Nein zu einem Militärschlag noch einmal darlegen und damit der Bundestagsdebatte einen außenpolitischen Grundton geben. Das ärgert die Union, aus mancherlei Gründen. Einmal wird ihr erklärtes Lieblingsthema Arbeitslosigkeit („zweite nationale Katastrophe“) abermals verdrängt, diesmal nicht von Hochwasser und Fluthilfe, sondern vom Irak. (B. P., 12.09., Nr. 51, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 11/74.** Die Gründe, die maßgebliche Unionsstrategen dieser Tage für die rote Renaissance liefern, sind durchaus geeignet, am Abend des 22. September als Erklärung für eine Wahlniederlage zu dienen. Die Flut und der Irak stehen auf dieser schwarzen Spielverderber-Liste ganz oben, werden als eben jene unvorhersehbaren Ereignisse bezeichnet, die die Aufmerksamkeit vom Unionslieblingsthema Arbeitslosigkeit ablenkten. „Der Scheinwerfer ist derzeit auf andere Themen gerichtet“, umschreibt ein führender Unionspolitiker die Erkenntnis, dass man mit dem Slogan „der zweiten nationalen Katastrophe“, sprich der miesen Wirtschafts- und Beschäftigungslage, beim Wähler nicht genug Gehör findet. (B. P., 13.09., Nr. 53, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 11/75.** In der Auseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik hielt Stoiber dem Kanzler völliges Versagen vor. Schröder sei an seinem Ziel gescheitert, die Arbeitslosigkeit zu senken. (...) In mehreren Punkten zitierte Stoiber die Regierungserklärung Schröders von 1998 und bescheinigte ihm in allen Punkten gescheitert zu sein. CDU-Chefin Angela Merkel sagte, Schröders Regierungszeit stehe unter dem Motto „versprochen – gebrochen“. Er habe die Menschen beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit getäuscht und die Rentner belogen. Schröder eröffnete seine Antwort mit dem Satz: „Ihre Rede hat deutlich gemacht: Sie wollen vielleicht Kanzler werden. Aber Sie haben nicht die Fähigkeiten dazu.“ Er räumte zwar ein, sein Ziel, die Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen zu drücken, nicht erreicht zu haben. Dies hänge jedoch mit der weltweiten Konjunkturkrise zusammen. Stoiber und andere, die behaupteten, die Regierung sei Schuld an der Arbeitsmarktkrise, hätten „entweder keine Ahnung“ oder seien „böswillig“. (B. P., 14.09., Nr. 54, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/76.** Unter Protest aus den Reihen der Regierungskoalition verknüpfte der Kanzlerkandidat (*Edmund Stoiber, fs*) die Zuwanderungspolitik mit der Arbeitslosigkeit. Er warf der Regierung vor, für einen Zuwachs an Einwanderern nach Deutschland zu sorgen. Dies sei aber angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht akzeptabel. (B. P., 14.09., Nr. 54, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 11/77.** Kein Wunder, dass die Wähler ihre Aufmerksamkeit in den letzten Wochen vom Thema Arbeitslosigkeit ab- und anderen Dingen zugewandt haben: Fernsehduellen, dem Gummistiefel-Wahlkampf an der Elbe, dem Vabanquespiel des Bundeskanzlers in Sachen Amerika und Irak. (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 11/78.** Wenn wieder mehr eingestellt werden soll, müssen die Vorschriften des Arbeitsrechts gelockert werden. Betriebsräte und Geschäftsleitungen brauchen zum Beispiel das Recht, auch niedrigere Löhne vereinbaren zu können, als es der Tarifvertrag vorsieht; dagegen werden die Gewerkschaften Sturm laufen. (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Politischer Prozess/ Durchsetzung von Policies).

**M 11/79.** Besonders stark war der Auftritt des Kanzlers zwar nicht, Schröder wirkte zu selbstgefällig. Demut, wenn auch nur in Anflügen, darf man vom Kanzler nicht erwarten, eine Woche vor der Wahl schon gar nicht. Aber einige Antworten wären doch wichtig gewesen. Was will Schröder im wahrscheinlicher gewordenen Fall seiner Wiederwahl gegen die Arbeitslosigkeit tun? Und was macht er, wenn die USA mit wem auch immer gegen den Irak in den Krieg ziehen? Sperrt er dann den Luftraum für amerikanische Flugzeuge? Schröder tat das,

was er seinem Herausforderer vorwarf: Er blieb im Ungefähren. Aber er machte dabei eine bessere Figur als der Kanzlerkandidat, einfach deshalb, weil er sich mehr traut und es schafft, bei aller Wolkigkeit den Eindruck entschlossener Standhaftigkeit zu vermitteln. (K. P., 14.09., Nr. 56, Wahlkampf/ Art der Kommunikation).

**M 11/80.** Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat mit 85 Prozent weiterhin überragende Priorität vor allen anderen Sachthemen (11. September, Terror und Sicherheit, wirtschaftliche Lage, Bildung und Schule, Steuern). (B. P., 14.09., Nr. 57, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler).

**M 11/81.** Und mit einem rechten Flügelthema (*wie dem Thema Zuwanderung und Ausländer, fs*) hätte Stoiber die Einheit der Union im Wahlkampf nicht schaffen und nicht halten können. Ein Zerbröseln der Union im Wahlkampf würde als Beleg für Stoibers Unfähigkeit zur Integration ausgelegt werden. Also setzt er auf das Thema, das die Union über alle Flügel und Gruppierungen hinweg eint, über das es keinen Streit und keinen Dissens gibt – Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern. (B. P., 14.09., Nr. 58, Wahlkampf/ Themenstrategie).

**M 11/82.** Vertrauensmann (*der IG-Metall im Boschwerk Stuttgart-Feuerbach, Marko, fs*) Weißberg lobt gleichfalls den Kanzler und tadelt andere: „Wenn man bedenkt, dass der Arbeitsminister Walter Riester von unserer Gewerkschaft kommt, und jetzt ist er so ein Seelenverkäufer!“ (R. W., 14.09., Nr. 59, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von einem Facharbeiter bzw. örtlichen Gewerkschaftsfunktionär).

**M 11/83.** Dass Stoiber den einstigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth als Riester-Nachfolger aufgestellt hat, halten sie (*die Facharbeiter und Gewerkschaftsmitglieder im Boschwerk Stuttgart-Feuerbach, fs*) für einen bloßen Wahlkampftrick: „Den hat er als Kaninchen aus dem Hut gezaubert“, sagt Weißberg. Siarski sinniert: „Den Späth wünsch ich mir als Minister in einer SPD-Regierung“, und das ist zumindest zur Hälfte ernst gemeint. (...) Schröders Kaninchen heißt Hartz, geben alle zu. Dessen Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit habe aber doch vernünftige Vorschläge gemacht. (R. W., 14.09., Nr. 59, Wahlkampf/ Wahlkampftrick).

**M 11/84.** Dass Stoiber den einstigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth als Riester-Nachfolger aufgestellt hat, halten sie (*die Facharbeiter und Gewerkschaftsmitglieder im Boschwerk Stuttgart-Feuerbach, fs*) für einen bloßen Wahlkampftrick: „Den hat er als Kaninchen aus dem Hut gezaubert“ (...) Stoiber trauen sie nicht. Mit viel Geld wolle der was gegen die Arbeitslosigkeit tun, mehr ausgeben für Bildung, die Steuern für die kleinen Leute senken und für die Unternehmen erhöhen – das höre sich alles gut an. „Aber des kann sich doch net rechnen!“, ruft Willi Siarski, ein Graubart in Motorradkluft. (R. W., 14.09., Nr. 59, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von Facharbeitern/Bürgern bzw. örtlichen Gewerkschaftsfunktionären).

**M 11/85.** Der Zeitpunkt könnte schlechter nicht sein. Knapp eine Woche vor der Bundestagswahl droht Kanzler Gerhard Schröder neues Ungemach aus der Wirtschaft. Die mögliche Pleite des Telefonkonzerns Mobilcom könnte das Bild vom Macher beschädigen, das Schröder nach der Flutkatastrophe sorgsam skizziert hat. Kanzlerkandidat Stoiber würde Auftrieb erhalten, trommelt er doch dafür, dass endlich die Massenarbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit Gehör findet – auch wenn der Bayer verschweigt, wie der die Schlangen vor den Arbeitsämtern verkürzen will. (K. P., 16.09., Nr. 61, Wahlkampf/ Themenstrategie).

**M 11/86.** Der Perserkönig Xerxes ließ das Meer auspeitschen, weil sich Strömungen und Wellen seinem Willen nicht beugen wollten. So ähnlich handelt die Union in der letzten Wahlkampf-Woche, weil Strömungen und Umfragen nicht so sind, wie man es gern hätte. Stoiber und Merkel legen die bisherige Vernunft beiseite und versuchen, das Wahlvolk mit einem Thema aufzupeitschen, mit dem man bisher aus gutem Grund zurückhaltend gewesen war – Ausländer und Zuwanderer. Die jüngsten Interviews klingen wie in früheren Wahl-

kämpfen: die Ausländer sind schuld an Kriminalität und Arbeitslosigkeit, die Zuwanderung ist eine Gefahr. (K. P., 16.09. Nr. 62, Wahlkampf/ Themenstrategie).

**M 11/87.** Angesichts eines Milliardendefizits haben die Krankenkassen vor überstürzten Reformen am Arbeitsmarkt gewarnt. Besonders der Ausbau von Billigjobs könnte für die Sozialversicherung teuer werden. (...) Knapp eine Woche vor der Bundestagswahl haben sich die Krankenkassen in den Streit über die Reformen am Arbeitsmarkt eingemischt. Sie kritisieren die Pläne von SPD und CDU/CSU für den Niedriglohnsektor und bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. „Da sehe ich große Gefahren, egal welche Partei die Regierung stellt“, sagte der Chef des Bundesverbandes der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), Hans Jürgen Ahrens, der SZ. Es müsse auf jeden Fall verhindert werden, dass „die Sozialversicherungen weiter drangsaliert werden“. Ähnlich äußerte sich der Chef der Innungskrankenkassen, Rolf Stuppardt. „Durch die Vorschläge der Hartz-Kommission dürfen uns keine neuen Lasten entstehen“, sagte er. Zwar begrüßten beide Manager die Pläne der Hartz-Kommission, man müsse aber auf die Details achten. Stuppardt: „Die Kassen dürfen bei den Vorhaben nicht außen vor bleiben.“ Die großen Parteien wollen nach einem Wahlsieg den Niedriglohnsektor sowie Arbeits- und Sozialhilfe reformieren. So empfiehlt die Hartz-Kommission, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II zu vereinen. Auch soll die Grenze für Billigjobs von derzeit 325 Euro auf 500 Euro steigen. Bisherige Schwarzarbeiter sollen im Rahmen der „Ich AG“ leichter in den Arbeitsmarkt zurückkehren, wobei die Betroffenen wenig Steuern und keine Sozialabgaben zahlen sollen. All diese Pläne bergen nach Ansicht der Kassen die Gefahr von neuen Finanzlasten für die Sozialversicherungen. „Wir brauchen keine neuen Verschiebebahnhöfe“, sagte Ahrens. Stattdessen müssten die Parteien die Lasten für die Kassen verringern. (B. W., 16.09., Nr. 64, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Krankenkassen).

**M 11/88.** Banal genug: Es herrscht Wahlkampf. Auch der Bundesarbeitsminister beehrte nur aus diesem Grund die Gründung der ersten Leiharbeitsagentur für Arbeitslose im rot-regierten Nordrhein-Westfalen mit seiner Anwesenheit. Die Umsetzung der Hartz-Konzepte wird angepackt, will er zeigen. Dabei ist die Duisburger Agentur nur eine Vor-vor-Form der angestrebten Agenturen. Und das Job-Center, das Riester am Dienstag mit dem rührigen sozialdemokratischen Oberbürgermeister in Leipzig einweiht, ist an sich nichts Neues. Wahlkampf also – aber wenigstens für die richtige Sache. Diese Sache ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Riester will beweisen, dass er Hartz und die Kommission ernst nimmt. Das ist loblich und stünde auch jeder anderen Partei gut an – wenn auch besser nach dem Wahltag. (K. P., 17.09., Nr. 65, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 11/89.** Interessant sind die Änderungen, die Hartz dabei erfährt. Nur mehr auf ein Jahr befristet sollen die Arbeitslosen bei den Agenturen eingestellt werden. Damit haben sie weniger Sicherheit als bisher verkündet. Auch wenn Arbeitslose als Leiharbeiter teils Festangestellte verdrängen würden, rechne sich das Ganze doch, heißt es außerdem. Damit wird Missbrauch als Möglichkeit anerkannt. Beides zeugt vielleicht von mehr Realismus – sicher aber davon, dass bei Hartz das Schwierigste erst noch kommt. (K. P., 17.09., Nr. 65, Politischer Prozess/ Umsetzung bzw. Durchsetzung von Policies).

**M 11/90.** Mit der irakischen Bereitschaft zu neuen Waffeninspektionen und neuen Prognosen über ein Kopf-an-Kopf-Rennen sind die Hoffnungen auf einen Wahlerfolg in der zuletzt stark verunsicherten Union wieder leicht gewachsen. Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) und CDU-Chefin Angela Merkel äußerten in Berlin die Erwartung, dass die Kriegsfurcht schwinde und die Unions-Themen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wieder stärker Beachtung finden. „Jetzt, nachdem sich die Kriegsängste verflüchtigen werden, werden unsere Themen die Wahl entscheiden“, sagte Stoiber. (B. P., 18.09., Nr. 66, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 11/91.** Tagelang war die Union vom Irak-Coup des Kanzlers geradezu gelähmt. Sie saß wie die sprichwörtliche Tante auf dem Sofa und nahm übel – übel, dass ein Kanzler derart

ruchlos sein kann, dass über den Irak und nicht über Arbeitslosigkeit geredet wurde, kurzum, dass ihr das Spiel verdorben werden sollte. (K. P., 18.09., Nr. 67, Wahlkampf/ Wahlkampf-taktik).

**M 11/92.** Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat der Bundesregierung eine wirtschaftsfeindliche Politik vorgeworfen. Die rot-grüne Regierung habe zu viele Gesetze gemacht, die für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt „eindeutig schädlich“ seien, sagte Hundt am Dienstag im Deutschlandradio Berlin. (B. P., 18.09., Nr. 68, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Arbeitgeberfunktionär).

**M 11/93.** Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat der Bundesregierung eine wirtschaftsfeindliche Politik vorgeworfen. Die rot-grüne Regierung habe zu viele Gesetze gemacht, die für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt „eindeutig schädlich“ seien, sagte Hundt am Dienstag im Deutschlandradio Berlin. Er bedauerte, dass die aus Sicht der Wirtschaft wichtigsten Themen – wie die Reform der Sozialversicherungssysteme und des Arbeitsmarkts – „nicht eindeutig wahlkampfbeherrschend“ seien. Diese Themen hätten für Deutschland eine so große Bedeutung, dass sie die Arbeit jeder künftigen Regierung dominieren müsste. (B. P., 18.09., Nr. 68, Wahlkampf/ Wahlkampf-taktik).

**M 11/94.** Donald Duck, ein Politiker? Der Egmont-Ehapa-Verlag verkauft die Politisierung Entenhausens als Heranführung der Micky-Maus-Leser an das Thema Wahl. Comic-Kenner vermuten hinter der Wahlkampagne eher einen Marketing-Gag. Denn die beliebte Ente verhält sich grundsätzlich unpolitisch, sie ist eher anarchisch als demokratisch veranlagt. Anstatt selbst Bürgermeister zu werden, würde sich Donald Duck lieber von Daniel Düsentrieb einen Roboter-Bürgermeister bauen lassen. Das strengt weit weniger an. Allenfalls über das wichtigste Thema des Bundestagswahlkampfes, die Arbeitslosigkeit, könnte sich Donald Duck mit Gerhard Schröder und Edmund Stoiber in die Federn kriegen. Arbeitslosigkeit ist auch Donalds Lieblingsthema, doch will er sie nicht bekämpfen, sondern fördern. (G. P., 18.09., Nr. 69, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 11/95.** (Gerd, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, SPD, fs) Andres rechnet sogar mit 60.000 bis 70.000 weniger Arbeitslosen (für September 2002, fs) und bezog sich dabei auf Stichproben und aktuelle Trends. „Diese Zahlen sind belastbar“, sagte Andres in einem Hintergrundgespräch. Zwar wird die Arbeitslosenzahl üblicherweise erst zum Monatsende bekannt, doch ist der Regierung sichtlich daran gelegen, vor der Bundestagswahl am Sonntag die positiven Zahlen zu vermitteln. (B. W., 19.09., N. 70, Wahlkampf/ Wahlkampf-taktik).

**M 11/96.** Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) bezeichnete es als realistisch, die Arbeitslosenzahl zu halbieren, wenn die Hartz-Vorschläge komplett umgesetzt würden. (B. W., 19.09., Nr. 70, Politischer Prozess/ Umsetzung bzw. Durchsetzung von Policies).

**M 11/97.** Nicht ist so spannend wie die Wirtschaft. Dieser Slogan eines Wirtschaftsmagazins gilt auch im Wahlkampf. Bei den Themen, die die deutschen Wähler interessieren, ist nur der zweite Platz umkämpft. Im Polit-Barometer der Forschungsgruppe Wahlen war zunächst die „allgemeine Wirtschaftslage“ das zweitwichtigste Sachthema, bevor es im August vom Thema „Hochwasser“ weggespült wurde. Im September übernahm das Thema „Irak“ dann diesen Platz. Unangefochtener Spitzenreiter ist und bleibt aber das Wirtschaftsthema „Arbeitslosigkeit“, zuletzt mit dem Rekordwert von 85 Prozent der Nennungen. Nach Angaben des Forsa-Instituts beherrscht dieses Thema schon seit 1993 das Wählerinteresse. Diesen Fakten stellte sich unlängst Dick Morris, ehemaliger Wahlkampfmanager von Bill Clinton, entgegen. Dabei war es Morris selber, der Clinton mit dem Motto "It's the economy, stupid" (Es ist die Wirtschaft, die zählt) zur US-Präsidentschaft verholfen hatte. In den deutschen Wahlkampf mischte er sich aber mit der gegenteiligen Aussage: „Die Wähler haben verstanden, dass die Wirtschaftsfragen nicht wirklich vom Kanzler entschieden werden, sondern bestenfalls von europäischen Bürokraten und Banken“, verkündete Morris. (...) Neben dem offensichtlichen Interesse der Wähler am Thema Arbeitslosigkeit spricht auch anderes gegen

diese Thesen. Elisabeth Noelle-Neumann, Gründerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, widerspricht Morris in der September-Ausgabe der Zeitschrift *Criticón*: Nach wie vor erwarte die Bevölkerung von der Regierung, dass sie die wirtschaftlichen Probleme des Landes löst. Im August hatte das Allensbach-Institut die Frage gestellt „Was erwarten Sie von der Politik“? Immerhin 76 Prozent der Befragten entschieden sich für die Antwort „Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen“. Im Wirtschaftsoptimismus der Bevölkerung sieht Noelle-Neumann sogar einen starken Hinweis auf den Wahlausgang. 1994 habe die CDU/CSU wegen des einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs die Bundestagswahl gewonnen. 1998 sei die SPD siegreich gewesen, weil ihr die Wähler am ehesten zutrauten, die Arbeitslosigkeit zu verringern. (B. W., 19.09., Nr. 71, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler).

**M 11/98.** Deutschland trägt nach Meinung von Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), immer schwerer an nicht erledigten Aufgaben in der Tarif-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. (...) Vor der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in München kritisierte der Unternehmer zudem die Rezepte der Hartz-Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als nicht ausreichend. Hundt hält es für einen Fehler, dass die Dauer des Arbeitslosengeldes nicht begrenzt worden sei. Dabei bemängelt er, dass die Lohnersatzleistungen nicht so ausgerichtet seien, dass Empfänger schnellstmöglich eine neue Beschäftigung suchten. Laut Hundt hat es die Hartz-Kommission ferner versäumt, die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) auf die Vermittlung von Stellen zu konzentrieren. Dies aber sei notwendig, um die BA handlungsfähiger zu machen und um den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu senken. (B. W., 20.09., Nr. 72, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von einem Arbeitgeberfunktionär).

**M 11/99.** Der erste Strategieansatz der SPD bestand darin, Stoiber als rechtskonservativen Stotterer zu bezeichnen. Dies ging gründlich daneben. Trotz mancher Stolpereien gewann Stoiber bundesweit an Ansehen, was ganz entscheidend damit zusammenhing, dass ein ausgepowert wirkender Kanzler und seine Koalitions-Hintersassen ein schlechtes Bild abgaben, das an das Chaos-Jahr 1999 erinnerte. In Sachsen-Anhalt verlor die SPD im April de-saströs die Landtagswahl. Dies beantwortete Schröder mit dem Versuch, bereits damals den laufenden Bundestagswahlkampf auf die Formel „der oder ich“ zu reduzieren. Was Ende August schließlich gegriffen hat, kam im April viel zu früh. Stoiber behielt Monat um Monat den Vorteil; die Regierung schlitterte über die schlechte Wirtschaftslage, den katastrophalen Arbeitsmarkt und hausgemachte Dummheiten wie die erzwungene Demission des Affärenministers Scharping. (B. P., 21.09., Nr. 74, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 11/100.** Schnurr (*Christoph, FDP-Direktkandidat für den Wahlkreis 184 in Frankfurt am Main, fs*) sieht aus wie noch nicht volljährig, aber was er sagt, klingt nach 20 Jahren Berufspolitik. „Ich bin sehr früh zu den Jungen Liberalen, weil mir das Lebensgefühl gefallen hat. Freiheitlich, weniger Staat, Eigenverantwortlichkeit, bisschen Selbstentfaltung.“ Wo spürt man denn, als 18-Jähriger, zu viel Staat? „Das spüre ich ganz, ganz, ganz, ganz extrem im Punkt Mittelstand, im Punkt Arbeitsmarktpolitik. Wir haben Verordnungen, die den Mittelstand einfach hemmen. Ich habe innerhalb der letzten sechs Wochen, in der heißen Wahlkampfphase, 13 mittelständische Unternehmen besucht, und alle, vom Blumenmeister bis zum Bäcker bis zur Dönerfabrik, beklagen, dass sie zu viel Bürokratielasten haben, dass es eine Flexibilisierung geben muss am Arbeitsmarkt.“ Immer sagt er solche Sätze, wie ein Sprachcomputer, den jemand mit 18 Möllemann-Zitaten und 18 Westerwelle-Zitaten befüllt hat, und heraus kommt: Möllewelle. (R. P., 21.09., Nr. 75, Wahlkampf/ Art der Kommunikation).

**M 11/101.** Gründe, Schröder abzuwählen, gibt es genug. Deutschlands Wirtschaft schwächelt, sie wächst langsamer als in jedem anderen reichen Land Europas. Es gibt über vier Millionen Arbeitslose, die Zahl der Bankrotte steigt, die Kaufkraft der Verbraucher schwindet. Schröder hat den Arbeitsmarkt nicht flexibilisiert, den Einfluss der Betriebsräte gestärkt und die jobkillenden Sozialausgaben nicht wirklich angetastet. Er hat sein wichtigstes Vorhaben, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, nicht realisieren können. Daran wollte er gemessen

werden, und wer sich erinnert und nicht verzeiht, wird nach vier Jahren sein Urteil fällen: ab in die Opposition. (...) Schröders Politik wirkte halbherzig und widersprüchlich. Er machte der Großindustrie Steuergeschenke und verhinderte mit seinem Feldzug gegen 630-Mark-Gesetz und Scheinselbständigkeit die Lockerung des Arbeitsmarktes. (K./L. P., 21.09., Nr. 76, Konflikt/ Kritik eines Journalisten an der Politik).

**M 11/102.** Schröder führt ihm (*Stoiber, fs*) seit Wochen vor, wie im Zeitalter der Beliebigkeit und der medialen Selbstdarstellung erfolgreich regiert wird. Die Vorschläge der Hartz-Kommission, die Flutkatastrophe im Osten und der drohende Krieg im Irak haben die Defizite in Stoibers Wahlkampfstrategie bloßgelegt. (K./L. P., 21.09., Nr. 76, Wahlkampf/ Wahlkampf-taktik).

**M 11/103.** Endlich, der Wahlkampf ist vorbei. Am Sonntag entschieden die Bürger selbst über den Sieger und nicht die Meinungsforscher. Ein Fazit lässt sich schon vor den ersten Hochrechnungen ziehen: In der heißen Phase des Parteienstreits haben zwar der Irak-Konflikt, Fernsehduelle und das Hochwasser dominiert, unterschwellig spielte aber etwas ganz anderes die zentrale Rolle: Massenarbeitslosigkeit und Rezession. (B. W., 21.09., Nr. 77, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 11/104.** Trotz aller innen- und außenpolitischen Unwägbarkeiten ist die Prognose nicht allzu gewagt: Früher oder später wird jeder Kanzler scheitern, der auf dem Arbeitsmarkt keine bessere Bilanz präsentieren kann. Sollte es Gerhard Schröder schaffen, kann sich der Sozialdemokrat nicht noch einmal mit der miesen Weltwirtschaft herausreden. Packt es Edmund Stoiber, so steht der CSU-Chef nicht minder unter Druck. Ein Wahlsieg der Union wäre wesentlich mit der Hoffnung verbunden, dass CDU und CSU rasch eine Trendwende vorweisen können. Niemand kann bestreiten, dass Reformen am Arbeitsmarkt nur mit beträchtlicher Verzögerung greifen. (...) Beide Volksparteien haben zu erkennen gegeben, dass sie allenfalls moderate Korrekturen wagen wollen. Ein vorsichtiger Reformkurs – dafür mag es plausible sozialpolitische Gründe geben – dauert einfach länger, ehe er positive Folgen zeitigt. (...) Jeder Sachkundige weiß, dass es nur ein erster Schritt sein kann, die Pläne der Hartz-Kommission umzusetzen. Bis dahin ist es – entgegen der landläufigen Wahrnehmung – noch ein weiter Weg. Das Konzept bricht mit vielen Tabus und wird daher für Streit sorgen. (B. W., 21.09., Nr. 77, Politischer Prozess/ Durchsetzung bzw. Umsetzung von Policies).

**M 11/105.** Das Konzept (*Hartz-Konzept, fs*) bricht mit vielen Tabus und wird daher für Streit sorgen. Zum Beispiel dürfte es langwierige Debatten über den besten Weg der Arbeitsvermittlung geben oder inwieweit der Staat Selbständigen helfen soll und kann. Selbst wenn die überwiegend vernünftigen Vorschläge des VW-Managers Peter Hartz Realität werden, ist eines klar: Allein mit 13 Hartz-Modulen wird die Arbeitslosigkeit nicht halbiert. Erst recht nicht in Ostdeutschland. Gerade in den neuen Ländern droht eine politische und soziale Katastrophe, wenn keine echte Wende gelingt. (B. W., 21.09., Nr. 77, Debatte um die Arbeitslosigkeit).

## Policy-Aussagen

**M 12/1.** Auch Stoiber erwartet keinen Stimmungsumschwung. Die Wähler würden sich bei ihrer Stimmabgabe im Wesentlichen nicht von den Ereignissen der vergangenen Wochen leiten lassen, meinte er unter Bezug auf die Hochwasserkatastrophe. Die Menschen wüssten, dass Schröder bei der Bekämpfung „der zweiten nationalen Katastrophe, der Arbeitslosigkeit, völlig versagt hat“. (B. P., 26.08., Nr. 1, Arbeitsmarktpolitik der Regierung, Bilanz).

**M 12/2.** Der grünste Vorschlag der Grünen – mehr Arbeitsplätze durch eine Ökologisierung der Wirtschaft – wirkt da ebenso kleinkariert, wie die Behauptung der PDS großspurig klingt, innerhalb von vier Jahren durch die Umverteilung von Arbeit und die Umschichtung von Mitteln 1,3 Millionen Arbeitsplätze schaffen zu können. (K./L. P., 26.08., Nr. 2, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Grüne).

**M 12/3.** Der grünste Vorschlag der Grünen – mehr Arbeitsplätze durch eine Ökologisierung der Wirtschaft – wirkt da ebenso kleinkariert, wie die Behauptung der PDS großspurig klingt, innerhalb von vier Jahren durch die Umverteilung von Arbeit und die Umschichtung von Mitteln 1,3 Millionen Arbeitsplätze schaffen zu können. (K./L. P., 26.08., Nr. 2, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ PDS).

**M 12/4.** Wachstumsschwäche und steigende Arbeitslosigkeit haben riesige Löcher in den Sozialkassen hinterlassen. Weil immer mehr Menschen keinen Job haben, zahlen sie weniger Sozialbeiträge. Bei der Rentenversicherung liegen die tatsächlichen Einnahmen weit unter den Prognosen. Bei den Krankenkassen ist das Defizit in den ersten sechs Monaten auf über 1,5 Mrd. Euro gewachsen. Im zweiten Halbjahr dürfte sich die Lage etwas entspannen, weil die Sozialkassen zusätzliche Einnahmen erhalten. Ob sich damit die Verluste ausgleichen lassen, ist äußerst zweifelhaft. Ohne kräftiges Wachstum und sinkende Arbeitslosigkeit ist die Finanzmisere kaum zu beheben. Wer immer nach dem 22. September die Ressorts Arbeit, Rente und Gesundheit verwaltet, wird einen Höllenjob antreten. (B. W., 26.08., Nr. 3, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/5.** In Amerika nennt man diesen Grundsatz „keep the message simple“. Stoiber, eigentlich ein gnadenloser Verkomplizierer, hielt sich für seine Verhältnisse erstaunlich häufig daran, etwa indem er bei passenden und unpassenden Gelegenheiten an Schröders Versprechen mit den 3,5 Millionen Arbeitslosen erinnerte. Als zum Beispiel Schröder seinen „deutschen Weg“ erläuterte, konterte Stoiber damit, dass Schröders deutscher Weg 4 Millionen Arbeitslose seien. (F. P., 27.08., Nr. 5, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/6.** Nachdem sich die Gewerkschaften während der Kommissionsarbeit mit öffentlicher Kritik zurück gehalten haben, um die rot-grüne Regierung nicht bloß zu stellen, bricht nun Unmut aus. Denn, so glauben viele, die Reformideen belasten einseitig die Arbeitslosen. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/7.** Und die Union scheute sich, anders als die Wirtschaft, pauschale Leistungskürzungen zu verlangen. Die Kritik Stoibers (*an der Hartz-Kommission, fs*) ähnelte dabei teils sehr jener der Gewerkschaften: Arbeitsplätze müssten nicht allein besser vermittelt, sondern überhaupt erst geschaffen werden, gerne mit einem milliarden schweren Investitionsprogramm. Und die Union scheut sich, anders als die Wirtschaft, pauschale Leistungskürzungen zu verlangen. So sind die Gewerkschaftler Stoiber geradezu dankbar, dass er daneben auch wirtschaftsliberale Kritik an der Hartz-Kommission übte: Deren Vorschläge enthielten zu viel Staat und zu wenig Markt. Dass er beim Streit um die Finanzierung der Fluthilfen eine Kehrtwende machte und doch nicht mehr die Körperschaftssteuer erhöhen wollte. Und dass er das Tarifreuegesetz blockiert hat: Wenigstens hier gibt er ein bisschen das alte Feinbild ab. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/8.** Und die Union scheute sich, anders als die Wirtschaft, pauschale Leistungskürzungen zu verlangen. Die Kritik Stoibers (*an der Hartz-Kommission, fs*) ähnelte dabei teils sehr jener der Gewerkschaften: Arbeitsplätze müssten nicht allein besser vermittelt, sondern überhaupt erst geschaffen werden, gerne mit einem milliarden schweren Investitionsprogramm. Und die Union scheut sich, anders als die Wirtschaft, pauschale Leistungskürzungen zu verlangen. So sind die Gewerkschaftler Stoiber geradezu dankbar, dass er daneben auch wirtschaftsliberale Kritik an der Hartz-Kommission übte: Deren Vorschläge enthielten zu viel Staat und zu wenig Markt. Dass er beim Streit um die Finanzierung der Fluthilfen eine Kehrtwende machte und doch nicht mehr die Körperschaftssteuer erhöhen wollte. Und dass er das Tariftreuegesetz blockiert hat: Wenigstens hier gibt er ein bisschen das alte Feinbild ab. (K./L. P., 27.08., Nr. 6, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Gewerkschaften).

**M 12/9.** Alle Überlegungen zum Rentenbeitrag 2003 seien „Spekulation“ lässt Arbeitsminister Walter Riester (SPD) erklären: „Entschieden wird erst im November.“ Nachdem der durchschnittliche Krankenversicherungsbeitrag dieses Jahr bereits von 13,6 auf 14 Prozent kletterte, wäre ein Anstieg des Rentenbeitrags unter anderem ein weiteres Signal für eine Erhöhung der deutschen Arbeitskosten, die für die Massenarbeitslosigkeit mit verantwortlich gemacht werden. (...) Der CSU-Sozialpolitiker Johannes Singhammer warnte davor, der Rentenbeitrag könne im nächsten Jahr explodieren: „Der Bundesregierung entgleitet die Kontrolle über die Beiträge“, kritisierte Singhammer. Nötig sei nun ein Kassensturz, der die tatsächliche Einnahmesituation offen lege. „Zentral ist, dass wieder mehr Arbeitsplätze entstehen. Sonst werden die Beiträge nicht zu stabilisieren sein.“ (B. W., 27.08., Nr. 7, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/10.** Seit einigen Jahren hinkt der Osten im Wirtschaftswachstum dem Westen wieder hinterher. Die Arbeitslosigkeit hat sich auf einem unerträglich hohen Niveau eingependelt, die Abwanderung wieder zugenommen. Und nichts ist so deprimierend für eine Region, wie das Gefühl, die Jugend zu verlieren. Mit dem Wahlkampf war zwar erneut eine Zeit der politischen Zuneigung über den Osten gekommen, doch wirkten die Versprechen der Kandidaten wie hilflose Rituale angesichts der ausweglosen Lage. (K./L. P., 28.08., Nr. 8, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 12/11.** Wenn sich Verkehrsministerium und die Gewerkschaft Verdi nun für soziale Arbeitsbedingungen im Güterverkehr auf der Strasse einsetzen, so tun sie das auch, weil Rot-Grün im Wahlkampf ist. Die Gewerkschaft denkt zudem tendenziell protektionistisch: Sie will den Arbeitsmarkt stärker abschotten. (K. P., 28.08., Nr. 9, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Verdi).

**M 12/12.** Dem zentralen Problem der Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit, sei nur mit der Deregulierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes beizukommen, heißt es hinter vorgehaltenen Händen (*der Top-Manager der „Initiative für Deutschland“, fs*). (B. W., 30.08., Nr. 11, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Wirtschaft allgemein).

**M 12/13:** Dem zentralen Problem der Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit, sei nur mit der Deregulierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes beizukommen, heißt es hinter vorgehaltenen Händen (*der Top-Manager der „Initiative für Deutschland“, fs*). Doch beide Kandidaten böten nur höchst vage Lösungsvorschläge. Der Berater Roland Berger traut keinem der beiden die Kraft zu echter Veränderung zu. Schröder wolle zurück zum alten Wohlfahrts- und Gewerkschaftsstaat. (B. W., 30.08., Nr. 11, Arbeitsmarktpolitik der Regierung, künftige Vorhaben).

**M 12/14.** Auch beim Versicherungskonzern Allianz ist die Hoffnung gering, dass einer der beiden Kandidaten Lösungen bieten wird, die echte Veränderungen bringen. So wurde der Allianz-Chef Henning Schulte Noelle zum Mitglied der „Initiative für Deutschland.“ Daran sind 25 deutsche Top-Manager beteiligt unter anderen Josef Ackermann, Chef der Deutschen

Bank, Jürgen Weber, Vorstandsvorsitzender der Lufthansa oder Jürgen Strube vom Chemieriesen BASF. „Die Probleme wachsen schneller als Lösungen vorangebracht werden“, sagen die Kritiker bissig. Der Wirtschafts- und Steuerpolitik fehle „eine ganzheitliche Strategie“. Die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sei „nicht überlebensfähig“. Doch die Herren möchten diese harten Worte keinesfalls als Votum gegen Schröder verstanden wissen. (B. W., 30.08., Nr. 11, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/15.** Die SPD profitiert laut Umfragen mehrerer Meinungsforschungsinstitute weiter von ihrem Krisenmanagement während und nach der Hochwasserkatastrophe und rückt drei Wochen vor der Bundestagswahl so nah wie seit Monaten nicht mehr an die Union heran. Ferner werde die Kompetenz der SPD in der Arbeitsmarktpolitik wieder positiver beurteilt, hieß es. (...) Ursache für den SPD-Zugewinn sei auch ein erkennbarer Anstieg der Bundeskanzler Gerhard Schröder zugesprochenen Kompetenz im Bereich Arbeit, teilte die ARD weiter mit. (B. P., 31.08., Nr. 12, Beurteilung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten/ durch die Wähler).

**M 12/16.** Stoiber verwahrte sich gegen Vorwürfe aus der SPD und dem Finanzministerium, die Sofortpläne der Union zur Ankurbelung der Wirtschaft seien nicht finanzierbar. Die Kosten für die wichtigsten Projekte – die Aussetzung der letzten Ökosteuer-Stufe 2003, die steuerliche Absetzbarkeit für Kinderbetreuungskosten, die Schaffung eines Niedriglohnbereiches, ein Zwei-Milliarden-Programm Aufbau Ost sowie eine erste kleinere Zusatzfinanzierung für die Bundeswehr – bezifferte er auf neun bis zehn Milliarden Euro. Das sei mit Einsparungen, auch bei ABM-Maßnahmen in Westdeutschland, Umschichtungen im Bundesetat und Nutzung von EU-Rückflüssen zu bezahlen. (B. P., 31.08., Nr. 13, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/17.** Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Ankurbelung der Wirtschaft sind wichtig, selbstredend. Und die schwarzen Rezepte sind auch nicht wirr und wirkungslos, wie die SPD behauptet. Das können sie schon deshalb nicht sein, weil rote und schwarze Rezepte in vielen Punkten übereinstimmen. (B. P., 31.08., Nr. 15, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/18.** In den zentralen Politikfeldern Arbeitsmarkt und Wirtschaft wird der Union mit 35 beziehungsweise 34 Prozent mehr Kompetenz bei der Bewältigung der Probleme zugetraut, als der SPD mit 25 respektive 22 Prozent. (B. P., 31.08., Nr. 16, Beurteilung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten/ durch die Wähler).

**M 12/19.** Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht drei Tage später die Augustzahlen. Erneut waren mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos. (...) Am (*kommenden, fs*) Donnerstag legt die BA in Nürnberg ihre Zahlen für den vergangenen Monat vor. Nach bislang unbestätigten Meldungen soll die Zahl der offiziell registrierten Erwerbslosen im August bei gut 4,04 Millionen Erwerbslosen gelegen haben. (B. P., 02.09., Nr. 17, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 12/20.** Die weitgehend stagnierende Wirtschaft hat die Zahl der Arbeitslosen über Erwarten in die Höhe getrieben. Bis Ende Juli ist bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) bereits ein Defizit von etwa 3,5 Milliarden Euro aufgelaufen. Dies geht aus einer am Sonntag veröffentlichten Statistik der BA hervor. Im Vorjahr hatte das Defizit zu diesem Zeitpunkt nur knapp die Hälfte betragen. (B. P., 02.09., Nr. 18, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/21.** Experten rechnen damit, dass die Zahl der Arbeitslosen im Winter weiter stark steigen wird. Der Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Horst Siebert, sagte der Bild am Sonntag: „Im Januar werden wir wieder 4,3 Millionen Arbeitslose haben, möglicherweise mehr.“ (B. P., 02.09., Nr. 18, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt).

**M 12/22.** „Wir haben eine Koalition mit dem Wähler“, sagte Brüderle (*Rainer, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*). „Pauschale Blankoschecks“ stelle die FDP nicht aus. Die FDP habe klare Positionen bezogen. Sollten ihre Forderungen nach radikaler Steuersenkung und -vereinfachung sowie einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht erfüllt werden, sei es besser, die Partei bleibe in der Opposition. (B. P., 02.09., Nr. 18, Vorschläge anderer als der Regierung/ FDP).

**M 12/23.** Die rot-grüne Bundesregierung will am Bündnis für Arbeit zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik festhalten. „Wir brauchen das Bündnis dringend zur weiteren Modernisierung der Beschäftigungspolitik und unseres Landes insgesamt“, sagte Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD). (B. W., 02.09., Nr. 19, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftige Vorhaben).

**M 12/24.** Der CDU-Wirtschaftsexperte Lothar Späth dagegen will das Bündnis auflösen, falls er in einer unionsgeführten Regierung nach der Bundestagswahl am 22. September für die Bereiche Wirtschaft und Arbeitsmarkt zuständig werden sollte. Ähnlich äußerte sich auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel. Nur noch auf betrieblicher Ebene solle versucht werden, die Spielräume im Tarifsysteem auszuweiten. Den Gewerkschaften solle dabei ein Mitspracherecht erhalten bleiben. Späth sagte ein Großbetrieb verträge andere Abschlüsse als der Mittelständler oder das kleine Unternehmen in Ostdeutschland. Die Dynamik der Wirtschaft werde vom Mittelstand und den Selbständigen bestimmt, die aus alten Strukturen wie dem Flächentarif flüchteten. (B. W., 02.09., Nr. 19, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/25.** Der CDU-Wirtschaftsexperte Lothar Späth dagegen will das Bündnis auflösen, falls er in einer unionsgeführten Regierung nach der Bundestagswahl am 22. September für die Bereiche Wirtschaft und Arbeitsmarkt zuständig werden sollte. Ähnlich äußerte sich auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel. Nur noch auf betrieblicher Ebene solle versucht werden, die Spielräume im Tarifsysteem auszuweiten. Den Gewerkschaften solle dabei ein Mitspracherecht erhalten bleiben. Späth sagte ein Großbetrieb verträge andere Abschlüsse als der Mittelständler oder das kleine Unternehmen in Ostdeutschland. Die Dynamik der Wirtschaft werde vom Mittelstand und den Selbständigen bestimmt, die aus alten Strukturen wie dem Flächentarif flüchteten. Auch die FDP forderte betriebliche Bündnisse für Arbeit. (B. W., 02.09., Nr. 19, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 12/26.** Problematisch für die (*Kranken-, fs*) Kassen ist auch die steigende Arbeitslosigkeit, deretwegen die Einnahmen nur um 0,7% auf 67,8 Milliarden Euro wuchsen. (B. P., 03.09., Nr. 20, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/27.** Meinungsumfragen hin, Hochwassermanagement her, die jüngste Entwicklung der ökonomisch relevanten Zahlen ist für eine Regierung im Wahlkampf ein Alptraum. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt wieder so hoch wie beim Amtsantritt von Rot-Grün vor vier Jahren, das Defizit der Krankenkassen ist im ersten halben Jahr auf 2,4 Mrd. Euro gestiegen und das Staatsdefizit hat die im europäischen Stabilitätspakt erlaubte Grenze von drei Prozent erreicht; wie weit die Grenze tatsächlich überschritten wird, ist politisch-taktisch von Bedeutung, nicht jedoch ökonomisch-substantiell. (K./L. P., 03.09., Nr. 21, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 12/28.** Die Verbände (*acht verschiedene Wirtschaftsverbände mittelständisch geprägter Branchen, fs*) fordern eine radikale Kehrtwende in der Steuerpolitik, einen flexibleren Arbeitsmarkt sowie mehr Eigenverantwortung für die sozialen Sicherungssysteme. In Deutschland, so der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Dietrich Hoppenstedt, hingen Konjunktur und Arbeitsmarkt seit den 80er Jahren „einseitig am Tropf weltwirtschaftlicher Dynamik“. (B. W., 03.09., Nr. 22, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Wirtschaftsverbände).

**M 12/29.** Bundeskanzler Gerhard Schröder will das von ihm angekündigte Kuratorium Fluthilfe unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker noch in dieser Woche und somit vor der Bundestagswahl ins Leben rufen. Die offizielle Vorstellung des Gremiums, das als Schlichter in Streitfällen bei der Verteilung der staatlichen Milliardenhilfe tätig sein soll, war nach Informationen der Süddeutschen Zeitung für Donnerstag geplant. An diesem Tag wird die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg die jüngsten Arbeitslosenzahlen bekannt geben, die wiederum knapp über der Vier-Millionen-Grenze liegen dürften. In Regierungskreisen reagierte man zurückhaltend auf die Frage nach dem Grund dieser Terminüberschneidung. Das von Schröder vergangene Woche angekündigte Projekt „kann und soll nicht auf die lange Bank geschoben werden“, hieß es. (B. P., 04.09., Nr. 23, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 12/30.** Diesmal freut es die Union, wenn die Bischöfe der „Überwindung der Massenarbeitslosigkeit höchste Priorität einräumen“ und nach vier Jahren rot-grüner Regierung konstatieren: „Die soziale Ungleichheit in unserem Land hat deutlich zugenommen“ – nicht nur die Vermögensunterschiede würden immer größer, die Pisa-Studie habe auch „eine soziale Schieflage“ im Bildungswesen aufgedeckt. (B. P., 05.09., Nr. 25, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/31.** Der am Mittwoch vorgelegte erste Bericht der Regierung zeigt nur, dass die Juristen jetzt den Hartz-Bericht durchbuchstabieren. Sicher: Gesetzesänderungen brauchen Zeit. Doch Eile tut Not. Die Ankündigung aber, schon kommende Woche die Leiharbeitsagenturen für Arbeitslose zu starten, ist Etikettenschwindel: Es sind nicht die, die Hartz plante. Er wollte keine befristeten Anstellungen, keine ohne Tarif. Hartz muss auf der Tagesordnung bleiben – der ganze Hartz und auf Dauer. (K. P., 05.09., Nr. 26, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/32.** Erste Elemente des Hartz-Berichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit will Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) schon in der kommenden Woche verwirklichen. Dann sollen die Leiharbeitsagenturen für Arbeitslose starten, erklärte er am Mittwoch in Berlin. Allerdings sagte der Vorstand der BA, Heinrich Alt, bislang gebe es erst einen fertigen Vertrag mit einer Zeitarbeitsfirma, die übrigen Ausschreibungen liefen noch. Die Beschäftigten würden auch nur für ein Jahr eingestellt, die Bezahlung liege vorerst meist unter Tarif. Hartz hatte unbefristete Arbeitsverhältnisse und einen neuen Leiharbeits-Tarif vorgesehen. Tarifverträge fehlen aber noch. Der Minister legte dem Kabinett den ersten Bericht über den Stand der Hartz-Reformen vor. Änderungen in den Sozialgesetzbüchern, Steuerrecht und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sollen nach dem Willen der jetzigen Bundesregierung zu Beginn der kommenden Legislaturperiode angepackt werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird nach Angaben Riesters noch in diesem Jahr das Finanzierungspaket Job-Floater ausgeben: Ein Finanzierungspaket, das Unternehmen bei der Einstellung eines Arbeitslosen erhalten sollen. Ebenfalls noch in diesem Jahr soll der Service der Arbeitsämter verbessert werden. Das Zusammenfassen aller Anlaufstellen für Arbeitssuchende in Jobcentern soll bis Mitte 2003 gelingen. (B. P., 05.09., Nr. 27, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/33.** Heftigen Streit gab es um den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA). „Die Vorschläge der Hartz-Kommission werden rasch umgesetzt und der Herbst wird ein Konjunkturf Frühling“, verkündete (*Arbeitsminister Walter, fs*) Riester. Arbeitgeberpräsident Hundt habe daher Unrecht, der als Folge der hohen Arbeitslosigkeit eine Verdoppelung des Defizits der BA vorausgesagt hat. Der bislang geplante Zuschuss des Bundes beträgt zwei Milliarden Euro. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) erwartet, dass diese Summe nicht ausreichen wird. Er hält Hundts Prognosen aber für überhöht. (B. P., 05.09., Nr. 27, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/34.** DGB-Chef Sommer verlangte zusätzlich zu Hartz ein Investitionsprogramm insbesondere für Ostdeutschland in Höhe von zehn Milliarden Euro. Dafür müsse auch ein „blauer

Brief“ aus Brüssel in Kauf genommen werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder wies dies als „überflüssig“ zurück. (B. P., 05.09., Nr. 27, Vorschläge anderer als der Regierung/ Gewerkschaften).

**M 12/35.** Etwa zwei Wochen vor der Bundestagswahl bleibt die seit längerem erwartete Konjunkturerholung weiter aus. (...) 16 Tage vor der Wahl haben neue Negativmeldungen Zweifel an dem von Rot-Grün prognostizierten Aufschwung genährt. Die Arbeitslosigkeit sank zwar im August gegenüber dem Vormonat mit 28.700 Menschen etwas stärker als erwartet, dennoch sind mit 4,018 Millionen Arbeitslosen 230.000 Menschen mehr ohne Job als vor einem Jahr. (B. P., 06.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 12/36.** Trotz eines leichten Rückgangs der Arbeitslosenzahlen im August rechnet die Bundesanstalt für Arbeit mit einer Trendwende erst zum Jahresende. Zugleich deutet die Entwicklung in Handel, Industrie und an den Börsen auf eine weiter anhaltende Wirtschaftsflaute hin. Zugleich rechnet der Handel mit dem schlechtesten Jahr der Nachkriegsgeschichte. „Noch nie mussten wir ein so trübes Bild zeichnen wie in diesem Jahr“, sagte der Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hermann Franzen. Wegen der unsicheren Lage hielten sich die Bürger beim Kauf zurück wie nie zuvor, im laufenden Jahr müssten deshalb die Unternehmen fast 30.000 Stellen abbauen. In die Zukunft blickte Franzen düster, die Umsätze würden im nächsten Jahr kaum zulegen. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, sagte bei der Vorstellung der Arbeitsmarktzahlen, die Lage werde sich erst zur Jahreswende deutlich bessern. Bisher hatte er eine Trendwende für das vierte Quartal vorausgesagt. (B. P., 06.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung am Arbeitsmarkt).

**M 12/37.** Nach Ansicht des Chefs des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, geben die Zahlen (*am Arbeitsmarkt, fs*) dagegen keinerlei Hinweise auf eine Besserung. Der Süddeutschen Zeitung sagte Sinn: „Die Arbeitslosigkeit ist saisonbereinigt gestiegen, die Erwerbstätigkeit sinkt, und zunehmend mehr Menschen fallen aus der Statistik heraus, weil sie in den Vorruhestand gehen oder unter das Job-Aktiv-Gesetz fallen.“ Nach Ansicht des ifo-Chefs müsste die Statistik eigentlich 150.000 Arbeitslose mehr aufweisen. Dagegen beurteilte die Regierung die Zahlen verhalten positiv. Kanzler Schröder sah ein „Zeichen der Hoffnung“ und sprach von einem „vorsichtig positiven Trend“. Arbeitsminister Walter Riester (SPD) entdeckte sogar Aufwärtstendenzen. Erwartungsgemäß unterschiedlich fielen die Reaktionen der Sozialpartner aus. Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt sprach von einer „traurigen Bilanz“. Der DGB sieht einen „ersten Lichtstreifen am Horizont“. (B. P., 06.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Reaktionen auf bzw. Einordnung von Zahlen).

**M 12/38.** Die Union warf der Bundesregierung völliges Versagen vor und empfahl sich als Retter aus der Krise. „Das ist der Tag der Wahrheit und des Scheiterns von vier Jahren Rot-Grün“, sagte Kanzlerkandidat Stoiber in Berlin. Schröder habe sein Wahlversprechen von 1998 gebrochen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen zu reduzieren. (...) Auch die FDP kritisierte die Regierung. Ihr Vizechef Rainer Brüderle warf Rot-Grün vor, vier Jahre verschlafen zu haben. (B. P., 06.09., Nr. 28, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/39.** Die Union warf der Bundesregierung völliges Versagen vor und empfahl sich als Retter aus der Krise. „Das ist der Tag der Wahrheit und des Scheiterns von vier Jahren Rot-Grün“, sagte Kanzlerkandidat Stoiber in Berlin. Schröder habe sein Wahlversprechen von 1998 gebrochen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen zu reduzieren. Die hohe Arbeitslosigkeit belaste die Staatskassen und bringe die Sozialsysteme in Finanznot. (B. P., 06.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/40.** Nach einem Wahlsieg will Stoiber einen „Befreiungsschlag“ starten. Er wies auf die milliardenschweren Zusagen aus dem Sofortprogramm von CDU/CSU hin, an dem die Union ungeachtet aller Kritik und leerer Kassen festhält. So sieht das Programm vor, einen Niedrig-

lohnsektor zu schaffen und den Mittelstand zu entlasten. Außerdem will Stoiber auf die letzte Stufe der Ökosteuer verzichten und die von Rot-Grün angestrebte Verschiebung der zweiten Steuerreformstufe rückgängig machen. (B. P., 06.09., Nr. 28, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/41.** Auf den ersten Blick machen die Zahlen Hoffnung, wenigstens ein bisschen. Im August ist die Zahl der Arbeitslosen leicht gesunken. Doch lasse sich niemand täuschen. An der dramatischen Lage, vor allem im Osten, hat sich nichts geändert. So erfreulich es für insgesamt 28.700 Menschen ist, dass sie einen neuen Job gefunden haben; unter dem Strich bleibt die Situation katastrophal. Bereits jetzt ist absehbar: Unabhängig vom Wahlausgang – dem künftigen Kanzler werden weit über vier Millionen Arbeitslose das Weihnachtsfest vermiesen. Sicher, in der wirtschaftlich labilen Situation sind Prognosen kühn. Die Anzeichen aber mehren sich: Die Konjunktur dümpelt dahin und springt nicht an. Es ist keine Panikmache, wenn Ökonomen für die Wintermonate die Horrorzahl von 4.300.000 Arbeitslosen erwarten. Ein beklemmender Ausblick. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung am Arbeitsmarkt).

**M 12/42.** Es ist keine Panikmache, wenn Ökonomen für die Wintermonate die Horrorzahl von 4.300.000 Arbeitslosen erwarten. Ein beklemmender Ausblick. Die Konsequenzen können nur Schönfärber ignorieren. Die Arbeitslosigkeit reißt in die Sozialkassen neue Löcher: Ab Januar werden die Beiträge für Rente und Gesundheit steigen; es sei denn, die nächste Regierung kürzt zum Start ihrer Arbeit radikal die Sozialtats. Die beiden Volksparteien werden aber den Teufel tun – und so wird Arbeit bald noch teurer werden, was den ersehnten Aufschwung weiter erschwert. Keineswegs besser ist die Situation der öffentlichen Haushalte. Die Krise am Arbeitsmarkt lässt die Budgets von Bund, Ländern und Gemeinden bedrohlich tief in den roten Bereich rutschen. Wenn es in Brüssel mit rechten Dingen zugeht, wird Deutschland um einen schriftlichen Tadel in Blau nicht umhinkommen. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/43.** Es bleibt dabei: Breite Schichten der Bevölkerung sind hochgradig verunsichert. Unabhängig von Branche, Alter oder Einkommen hat sich außerhalb der Beamtenschaft herumgesprochen: Jeden kann es treffen. Selbst junge Internetspezialisten und bestverdienende Banker kennen mittlerweile das triste Innenleben der Arbeitsämter. So zynisch es klingt: In der Arbeitslosigkeit sind alle sozialen Klassen vereint. Eine zweifelhafte Gleichheit, was selbst linke Umverteiler nicht bestreiten dürften. Solch eine Stimmung im Volk muss jeder Regierungschef fürchten, auch wenn sie zwischenzeitlich von anderen Emotionen überlagert ist. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Stimmung in der Bevölkerung).

**M 12/44.** Immerhin, Schröder ist es vor Toresschluss gelungen, auf seine offene Wunde ein dickes Pflaster zu kleben. Hartz hilft. Das Konzept des VW-Managers lässt zwar viele Fragen offen und kann nur der Auftakt zu umfassenden Reformen sein. Trotzdem ist es Rot-Grün geglückt, den Eindruck zu erwecken, die selbst verschuldete Lähmung sei überwunden. Die neue Zuversicht hat noch einen wichtigeren Grund: die Schwäche der Opposition. (K./L. P., 06.09., Nr. 29, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/45.** Miriam Mansour geht zur Schule. Ein Jahr noch, dann ist sie Einzel- und Großhandelskauffrau. Was danach kommt, weiß sie nicht. Sie hat sich schon beworben, doch bisher ohne Erfolg. Viele Freunde, die schon im vergangenen Jahr von der Schule abgegangen sind, haben immer noch keinen Job gefunden. Obwohl Schröder doch vor vier Jahren gesagt hat, er werde den Arbeitslosen helfen. „Alles nur leere Versprechungen.“ Wenn das anders wäre, sagt die junge Frau, „würde ich auch wählen gehen“. (R. P., 06.09., Nr. 31, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/46.** Miriam Mansour geht zur Schule. Ein Jahr noch, dann ist sie Einzel- und Großhandelskauffrau. Was danach kommt, weiß sie nicht. Sie hat sich schon beworben, doch bisher ohne Erfolg. Viele Freunde, die schon im vergangenen Jahr von der Schule abgegangen

sind, haben immer noch keinen Job gefunden. (...) Ronny Ermel hat sich für eine Lehre als Groß- und Außenhandelskaufmann entschieden und Glück gehabt: Anders als viele seiner Freunde hat er sofort nach der Schule einen Ausbildungsplatz gefunden. In zwei Jahren ist er fertig, so lange trifft ihn die Lage am Arbeitsmarkt nicht persönlich. (R. P., 06.09., Nr. 31, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 12/47.** Der Bundeskanzler bezeichnet die jüngsten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit als „Zeichen der Hoffnung“. Zu so einer Aussage gehört Mut, um es vorsichtig zu sagen. Der Kandidat Stoiber nennt die Zahl der 4,018 Millionen Arbeitssuchenden eine „verheerende Schlussbilanz“ der Regierung, was stimmen würde, hätte er sich dabei auf die Regierungen Schröder und Kohl bezogen. (...) Aber ist die Arbeitslosigkeit nun tatsächlich gestiegen oder gefallen? Die Zahlen aus Nürnberg sind gar nicht so widersprüchlich, wie man nach den Aussagen der Wahlkämpfer meinen könnte. Gegenüber dem vergangenen Juli ist die Zahl eindeutig gesunken. Das ist üblich und sagt zunächst einmal gar nichts aus. Allerdings ist der Rückgang diesmal etwas stärker ausgefallen als erwartet; das war der Anlass für die optimistische Erklärung des Bundeskanzlers. Für Optimismus aber gibt es keinen Grund: Viele Arbeitslose sind in so genannte „sonstige Nichterwerbsarbeit“ abgewandert, auf deutsch: Sie sind in Förderprojekten tätig oder beim Hochwassereinsatz in Ostdeutschland. Zumindest letzteres ist sicher sinnvoll und notwendig – aber es sei eben Nicht-Erwerbsarbeit und damit gerade kein Abbau von Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum August 2001 lag die Zahl der Arbeitssuchenden um 230.000 höher, wobei sich der Abstand zum Vorjahr wenigstens nicht mehr vergrößerte – aus den genannten Gründen. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit, eine Zahl aus der alle Jahreseinflüsse herausgerechnet sind, stagniert entsprechend. Aufschlussreich ist noch ein anderer Blickwinkel: Die Zahl der tatsächlich Erwerbstätigen ist im Juni saisonbereinigt weiter gesunken – um 40.000. Dies gibt wahrscheinlich am präzisesten die wirklich Lage am Arbeitsmarkt wieder: Die Zahl der Jobs sinkt langsam, aber stetig, überall herrschen Stagnation und Lähmung. Es bleibt die Hoffnung auf den Aufschwung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr. Und man muss schon kräftig mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nachhelfen, um die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Monat noch unter die magische Grenze von vier Millionen zu drücken. (H. W., 06.09., Nr. 32, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Zahlen, Einordnung, Hintergründe).

**M 12/48.** Die Arbeitslosenquote ist im letzten Monat vor der Wahl nur leicht gesunken. Sie betrug 9,6 Prozent, im Juli waren es 0,1 Prozent mehr. Im August 2001 lag sie aber mit 9,2 Prozent noch deutlich niedriger. Unterdessen leidet der Einzelhandel schwer unter der Zurückhaltung der Konsumenten. Die Verringerung der Arbeitslosen auf genau 4.018.200 ist nur jahreszeitlich bedingt, erklärte der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster. Saisonbereinigt gebe es außer in den neuen Bundesländern keine Verbesserung. Während im Westen Deutschlands der Arbeitsmarkt von Juli zu August stagnierte, nahm die Arbeitslosenquote im Osten von 18,0 auf 17,7 Prozent ab. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat ist dort immer noch groß (plus 44.800), aber weniger heftig als noch im Juli und Juni. Die Jobs im Osten sind insgesamt weniger geworden: Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war im Juni mit 4,66 Millionen um 135.000 niedriger als ein Jahr zuvor. Die jüngste kleine Verbesserung lasse sich allerdings auch „auf den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zurückführen“, so Gerster. Dazu zählt etwa der Einsatz von Helfern beim Wiederaufbau nach der Hochwasserkatastrophe. Es nahmen jedoch in diesem Frühherbst nur 126.600 Menschen an Fortbildungen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil, vor der Wahl 1998 seien es 300.000 gewesen. „Wahl-ABM wie damals“ gebe es nicht, sagte Gerster. (...) Allerdings ist die Kurzarbeit allein in Sachsen gegen den Bundestrend um 7900 auf 17.700 angestiegen: Die Betriebe versuchen so, ihre Mitarbeiter über die Krise zu halten. Wie schon in den Monaten zuvor hatte Bayern auch im August den stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit von allen Bundesländern zu verzeichnen. Die Quote stieg binnen eines Monats um 0,2 auf 5,9 Prozent, ist bundesweit aber immer noch die zweitniedrigste. Im August 2001 hatte sie 5,0 Prozent betragen. Ausbildungsstellen gibt es 2002 deutlich weniger als 2001. Die Abnahme beträgt mit 520.600 bundesweit rund acht Prozent. Von allen Branchen hat der Bau die stärksten Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Hier waren im

zweiten Quartal dieses Jahres 5,9 Prozent weniger Menschen in Arbeit als 2001 – die schmerzhafteste Marktbereinigung setzt sich fort. Leichte Mitarbeiterzuwächse wiesen dagegen die Branchen Finanzen, Vermieter und Unternehmensdienstleister auf. In der Krise steckt der deutsche Einzelhandel: Hier gehen in diesem Jahr rund 30.000 Arbeitsplätze verloren. Nach Darstellung von Hermann Franzen, Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), erlebt die Branche das schwächste Jahr der Nachkriegszeit. Er prognostiziert rund 8000 Insolvenzen; einschließlich der „stillen Schließungen“, etwa aufgrund ungelöster Nachfolgefragen, würden mindestens 25.000 Geschäfte aufgeben. Betroffen seien kleine Fachgeschäfte ebenso wie Filialisten. (B. W., 06.09., Nr. 33, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen, Einordnung bzw. Auffächerung von Zahlen).

**M 12/49.** Die Flut hat bisher nicht zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. „Ich rechne nicht mit Massenentlassungen“, sagte (*BA-Chef Florian, fs*) Gerster mit Blick auf die kommenden Monate. Die milliardenschweren Hilfen für den Wiederaufbau wirkten als Konjunkturprogramm. (B. W., 06.09., Nr. 33, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung am Arbeitsmarkt).

**M 12/50.** In der Kompetenzzuweisung auf den Feldern Arbeitsmarkt und Wirtschaft behält die Union die Oberhand: 37 Prozent sehen bei der CDU/CSU die besten Rezepte für den Arbeitsmarkt, 26 Prozent vertrauen auf die SPD. (B. P., 07.09., Nr. 34, Beurteilung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten/ durch die Wähler).

**M 12/51.** SZ: Hält die FDP den Kurs der Eigenständigkeit bis zur Wahl denn durch? Gerhardt (*Wolfgang, FDP-Fraktionsvorsitzender, fs*): Ja. Am Sonntag auf dem Parteitag werden wir klare Wegweiser beschließen. Wir werden niemanden im Unklaren lassen, worauf wir im Kern arbeitsmarktpolitisch, außen- und innenpolitisch hinauswollen. Das gilt dann für jede Regierungsbeteiligung der FDP, und es ist uns ernst damit. SZ: Der Wähler weiß doch wirklich nicht, was für eine Regierung er bekommt, wenn er FDP wählt. Gerhardt: Der weiß genau, welche politische Richtung eingeschlagen wird, wenn er die FDP wählt. Es geht ja nicht nur um die Frage von Koalitionen, es geht um ein Stück Veränderung der bisher von Rot-Grün geprägten Politik. SZ: Welche Veränderungen? Gerhardt: Die Beschäftigungsdynamik in Deutschland wieder zu erzeugen, Arbeitsmarktreformen durchzuführen, viel ambitionierter als die Hartz-Kommission vorgeschlagen hat. Dazu gehört, ein klares und transparentes Steuersystem vorzulegen, die sozialen Sicherungssysteme zu erneuern, vor allem eine Gesundheitsreform mit mehr Wahlfreiheiten voranzubringen. (I. P., 07.09., Nr. 35, Vorschläge anderer als der Regierung/ FDP).

**M 12/52.** Am Sonntag nun (*auf dem Parteitag der FDP in Berlin, fs*) werden sieben Eckpunkte verkündet, die so etwas wie Wahlprüfsteine werden sollen. Mit großen Überraschungen ist nicht zu rechnen, obwohl die Partei sich bemüht, etwas Spannung aufzubauen. Erst am Samstag sollen die konkreten Formulierungen von Präsidium und Vorstand abgesegnet werden. Das meiste dürfte bekannt sein: Die Steuern sollen drastisch gesenkt, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und die Bildungspolitik intensiviert werden. So viel steht fest. Offen allerdings ist, wie konkret die Partei diese Kernaussagen formulieren und sich im Vorfeld möglicher Koalitionsverhandlungen festlegen wird. „Ehrgeizig, konkret und realistisch“ sollen die Eckpunkte sein, sagt Parteichef Westerwelle, wobei die Betonung auf realistisch liegt, denn schließlich will man Koalitionsverhandlungen nicht schon im Vorfeld belasten. (B. P., 07.09., Nr. 36, Vorschläge anderer als der Regierung/ FDP).

**M 12/53.** Ja, Helmut Kohl lobt Sozialdemokraten. Allerdings müssen sie mindestens 80 sein oder in vergangenen Epochen gewirkt haben, und man muss sie gegen Sozialdemokraten von heute benutzen können. Helmut Schmidt – „hat gesagt, dass die Arbeitslosigkeit nichts mit der Weltwirtschaft zu tun hat, sondern vollständig hausgemacht ist“. (R. P., 07.09., Nr. 37, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/54.** „Das größte Problem heißt natürlich Arbeitslosigkeit“, sagt Holger Marquardt von der evangelischen Petrus-Gemeinde. „Viele sind über 50 und haben keine Chance, noch was zu kriegen. Die warten auf die Rente.“ Der Propst steht mit einem kleinen Infotisch auf dem Stadtteilstfest im Mueßer Holz (*im Schweriner Süden, fs*). Man könne nicht behaupten, dass der Wahlkampf durch die Viertel tobe, sagt der Propst mit feiner Ironie. (R. P., 07.09., Nr. 38, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 12/55.** Bei nur drei Gegenstimmen verabschiedete der Parteitag (*der FDP, fs*) Wahlprüfsteine – sieben Punkte, die für eine Beteiligung an einer Regierungskoalition „unabdingbar“ sein sollen. Dazu gehören die Forderungen nach einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem. Zudem soll der Arbeitsmarkt zu Gunsten neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze liberalisiert werden. (...) Diese Prüfsteine wurden bewusst so allgemein formuliert, dass sie eine Koalition mit jeder der beiden großen Volksparteien ermöglichen. (B. P., 09.09., Nr. 39, Vorschläge anderer als der Regierung/ FDP).

**M 12/56.** (*Der FDP-Vorsitzende Guido, fs*) Westerwelle warnte auf dem Parteitag vor einer Systemkrise in Folge der Massenarbeitslosigkeit. Die FDP müsse den Stillstand beenden. (B. P., 09.09., Nr. 39, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/57.** Stoiber habe auf dem Bundeskongress des DGB versucht, als Vertreter sozialer Gerechtigkeit aufzutreten, sagte (*DGB-Chef Michael, fs*) Sommer weiter. Bei der vorgeschlagenen Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erlebe man hingegen den „echten Stoiber“. „Gemeinsam mit Roland Koch und anderen sozialpolitischen Reaktionären sollen die Leistungen für die Betroffenen noch weiter verschlechtert werden“, fügte der Gewerkschaftsvorsitzende hinzu. (B. P., 09.09., Nr. 41, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/58.** (*DGB-Chef Michael, fs*) Sommer warf den Arbeitgebern vor, gezielt mit Entlassungen zu drohen und damit die Arbeitslosigkeit als Waffe gegen die amtierende Regierung einzusetzen. (B. P., 09.09., Nr. 41, Positionen bzw. Handlungen anderer als die Regierung/ Arbeitgeber).

**M 12/59.** „Die Bilanz der rot-grünen Regierung sei trotz mancher Navigationsschwächen insgesamt positiv. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit müsse jedoch verstärkt werden. „Die nächsten vier Jahre Schröder müssen besser werden als die ersten vier“, rief (*IG-Metall-Chef Klaus, fs*) Zwickel. (B. P., 09.09., Nr. 41, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/60.** Der DGB-Chef (*Michael Sommer, fs*) warf der Union vor, mit ihren Vorschlägen für betriebliche Bündnisse für Arbeit die Tarifautonomie zerstören zu wollen. „Wer das macht, der kriegt Ärger“, sagte Sommer vor 11.000 Teilnehmern der Kundgebung und drohte mit Massenprotesten. (...) IG-Metall-Chef Klaus Zwickel kritisierte die von der Union geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes (*womit die betrieblichen Bündnisse ermöglicht werden sollen, fs*) und warnte vor einer Einschränkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer. „Setzen sich Stoiber und Westerwelle mit diesen Vorstellungen durch, würde die soziale Balance in den nächsten vier Jahren stärker aus den Fugen geraten als in 16 Jahren Helmut Kohl“, sagte Zwickel. (B. P., 09.09., Nr. 41, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/61.** Die Herausforderin (*Kristina Köhler von der CDU, die in Wiesbaden als Direktkandidatin gegen die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul antritt*) beugt sich in Richtung Mikrofon, klingt dadurch oft eine Spur zu laut. Und wenn sie von der Konjunktur spricht, gebraucht sie den Ausdruck „beschissen“. Man kann sie noch leicht ins Straucheln bringen. Ein Schüler will wissen, warum ausgerechnet in Bayern die Arbeitslosigkeit so stark gestiegen sei? Köhler antwortet: „Weil Bayern an der Weltkonjunktur hängt.“ Aber auch die 18-Jährigen haben mitbekommen, dass es Sprachregelung der Union im Wahlkampf ist, die

Arbeitslosigkeit in Deutschland habe nichts mit der Weltwirtschaft, sondern mit rot-grüner Politik zu tun. (R. P., 09.09., Nr. 42, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 12/62.** Natürlich gab es auch diesmal die erwartbaren Argumentationsmuster. Stoiber behielt seine Fokussierung auf die hohe Arbeitslosigkeit bei; Schröder konterte mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit gerade in Bayern. Stoiber verwies auf die insgesamt sehr niedrige Arbeitslosigkeit in seinem Land, so dass für beide alles nach Drehbuch lief. (F. P., 10.09., Nr. 44, Handlungen bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/63.** Flotte Sprüche haben im Wahlkampf Konjunktur. Meist steckt dahinter ein komplizierter Sachverhalt. Bis zur Bundestagswahl am 22. September überprüft die SZ an dieser Stelle regelmäßig wirtschaftspolitische Aussagen und stellt sie in den Zusammenhang. Heute: Arbeitslosenzahlen. Nein, clever war die Bemerkung des Kanzlers nicht, mit der er im zweiten Fernsehduell den Herausforderer und bayerischen Ministerpräsidenten maßregelte. „Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern. Und zwar in einer Weise, die drei Mal so hoch ist wie in den übrigen Bundesländern. Das beschäftigt mich schon sehr“, schalt Gerhard Schröder am Sonntagabend. Aus einem sehr engen Blickwinkel betrachtet hat der Kanzler recht: Während die Arbeitslosenquote im gesamten Bundesgebiet von August 2001 bis zum letzten Monat vor der Bundestagswahl „nur“ um 6,1 Prozent stieg, machte sie in Bayern einen Sprung um 19,5 Prozent. In Niedersachsen, dem Land, das Schröder zwischen 1990 und 1998 als Ministerpräsident regierte, betrug der Anstieg nur 3,5 Prozent und im Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote, Sachsen-Anhalt, magere 0,3 Prozent. Dennoch ist die Empörung Edmund Stoibers über Schröders Äußerung verständlich, denn die reine Betrachtung des Anstiegs der Arbeitslosenquote führt in die Irre. Ausgehend von einer niedrigen Basis führt eine Steigerung zu erhöhten prozentualen Veränderungsraten. Aussagekräftiger ist deshalb die Quote der Menschen ohne Beschäftigung selbst – und hier muss sich das Bundesland Bayern, nach Baden-Württemberg, am wenigsten verstecken. Die Arbeitslosenquote im Freistaat lag im August 2002 bei 5,9 Prozent. Im gesamten Bundesgebiet waren es 9,6 Prozent, in Sachsen-Anhalt 19,4 Prozent und im ehemaligen Schröder-Land Niedersachsen 8,9 Prozent. „Von der Quote, die Bayern hat, können wir nur träumen“ sagt ein Sprecher des Arbeitsamtes in Hannover. Selbst in Oberfranken, dem bayerischen Regierungsbezirk mit den größten wirtschaftlichen Problemen, liegt die Quote mit 8,4 Prozent unter Bundesdurchschnitt. (H. W., 10.09., Nr. 46, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen, Hintergründe, Einordnungen).

**M 12/64.** Nein, clever war die Bemerkung des Kanzlers nicht, mit der er im zweiten Fernsehduell den Herausforderer und bayerischen Ministerpräsidenten maßregelte. „Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern. Und zwar in einer Weise, die drei Mal so hoch ist wie in den übrigen Bundesländern. Das beschäftigt mich schon sehr“, schalt Gerhard Schröder am Sonntagabend. (...) Gerade im Süden der Republik findet man dagegen viele Standorte, wo die Branchen gesund gemischt sind. Dies ist auch ein Ergebnis der gezielten Wirtschaftsförderung der CSU: Sie lockte frühzeitig junge Industrien wie Medien- und Technologiefirmen mit attraktiven Standortbedingungen nach Bayern. Und auch wenn es in diesen Branchen derzeit besonders stark kriselt, kann Edmund Stoiber immer noch zu Recht sagen: „Wenn wir in Deutschland die gleiche Quote hätten wie in Bayern, dann hätten wir im Bund nur 2,5 Millionen Arbeitslose.“ (B./H. W., 10.09., Nr. 46, Handlungen bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/65.** In Westdeutschland sind es vor allem Regionen mit industriellen Monokulturen, die unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. Alte Werften-, Kohle- und Stahlstandorte wie Dortmund, Duisburg oder Bremerhaven haben es bis heute nicht geschafft, die Folgen des Zusammenbruchs einer einst prägenden Industrie durch die Ansiedlung von neuen Branchen aufzufangen. Gerade im Süden der Republik findet man dagegen viele Standorte, wo die Branchen gesund gemischt sind. (B./H. W., 10.09., Nr. 46, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 22/66.** Hintergrund für Schröders ungewöhnliche Worte sind unter anderen Missstimmungen zwischen BA-*(Bundesanstalt für Arbeit, fs)* Chef Florian Gerster und Arbeitsminister Walter Riester (SPD). In einem bekannt gewordenen Schreiben an den Verwaltungsrat der BA mokierte sich Gerster darüber, dass Riester jüngst ohne Rücksprache mit der BA-Spitze den Start so genannter Personal-Service-Agenturen (PSA) angekündigt hatte. Diese sind ein Herzstück des Hartz-Konzepts. Arbeitslosen soll in einer PSA eine Beschäftigung als Leiharbeiter angeboten werden. Schröder bekräftigte nun Riesters Zeitplan, dass „bis Jahresende 50 Service-Agenturen realisiert werden“. Eine der ersten will Riester am Montag in Duisburg gründen. Reibereien zwischen dem forschen Gerster, zuvor lange Zeit Minister in der rheinland-pfälzischen Landesregierung, und Vertretern der rot-grünen Regierungskoalition waren in den vergangenen Wochen wiederholt zu beobachten gewesen. (...) Ministerium und BA sind sich uneins, was die Bedingungen für die Gründung von PSA sein müssen. Eine Sprecherin der Arbeitsämter erklärte, es müssten erst Sozialgesetzbuch und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geändert werden. Die Ministerialen widersprachen: Schon auf der Basis heute geltender Gesetze sei der Start in die neue Leiharbeit möglich. „Es soll keine Zeit verschenkt werden“, hieß es. Heftige Irritationen im Verwaltungsrat der Bundesanstalt waren die Folge. „Das befremdet mich“, sagte Isolde Kunkel-Weber von der Gewerkschaft Verdi. „Aufträge an die Agenturen müssten zumindest ausgeschrieben werden.“ Davon wisse sie aber nichts. Auch in Arbeitgeberkreisen war von großer Verärgerung die Rede. Riester mache „mit diesen Alleingängen einfach nur Wahlkampf“, so die Kritik. Der Chef der Personalräte der Arbeitsämter äußerte gleichfalls sein Unverständnis. „Es gibt 70 Kooperationen mit Zeitarbeitsfirmen, aber das ist gar nichts Neues und das ist alles nicht Hartz.“ (B. W., 11.09., Nr. 48, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/67:** So beharrte der BA-Chef (*Florian Gerster, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, fs*) in der Hartz-Kommission bis zuletzt auf Leistungskürzungen für alle Arbeitslosen, statt sich dem Konsens individueller Strafen gegen Vermittlungs-Unwillige anzuschließen. In der SPD-Bundestagsfraktion sind daher zum Teil sehr kritische Stimmen über den Chef der Nürnberger Behörde zu hören. Aus Angst vor dem Zorn des Kanzlers halten sich Abgeordnete mit Kritik aber öffentlich zurück. (B. W., 11.09., Nr. 48, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Bundesregierung/ BA-Chef Florian Gerster).

**M 12/68.** Darüber hinaus kündigte Schröder an, dass der so genannte „Job-Floater“ für den Bundeshaushalt keine großen Belastungen bringen solle. Der angestrebte Zuwachs an Beschäftigung führe schließlich zu neuen Einnahmen. Mittelständische Unternehmen sollen laut Kanzler bis zu 50.000 Euro von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Förderdarlehen erhalten, wenn sie einen Arbeitslosen einstellten. Zusätzlich können die Firmen von ihren Hausbanken weitere 50.000 Euro als Kredit erhalten, für den die KfW die Haftung übernimmt. Die Laufzeit der Darlehen beträgt zehn Jahre. Jährlicher Gesamtumfang des Programms sollen zehn Milliarden Euro sein. „Kapital für Arbeit“ heißt fortan Schröders Initiative, die die Kapitalschwäche kleiner Firmen mildern solle. Die Opposition kritisierte, dieses Finanzierungspaket löse das Problem der hohen Arbeitslosigkeit nicht. Bei 1,4 Millionen Arbeitslosen und nur knapp 80.000 offenen Stellen in Ostdeutschland helfe die beste Vermittlung nichts, so der CDU-Wirtschaftsexperte Matthias Wissmann. Ähnlich äußerte sich die FDP. (B. W., 11.09., Nr. 48, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/69.** Das Phänomen ist nicht neu, aber in diesem Jahr noch ausgeprägter als in früheren Bundestagswahlkämpfen. Politiker aller Parteien haben den Mittelstand wiederentdeckt und umwerben ihn heftig. Die periodisch aufflackernde, mehr oder weniger ausgeprägte Zuneigung hat einen guten Grund. Die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme in Deutschland und der Mittelstand der größte Arbeitgeber. Er scheint der Schlüssel zur Lösung der Beschäftigungskrise zu sein. Nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn arbeiten fast 80 Prozent aller Erwerbstätigen in mittelständischen Firmen und sie bilden mehr als 80 Prozent aller Auszubildenden aus. Wer den Mittelstand stützt, sichert Stellen – und Wählerstimmen. (B. W., 11.09., Nr. 49, Bedeutung des Mittelstandes für den Arbeitsmarkt).

**M 12/70.** Nach Ansicht (*Klaus-Heiner, fs*) Röhls (*Mittelstandsexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft, IW, in Köln, fs*) haben auch in früheren Legislaturperioden die bürokratischen Lasten zugenommen, „auch da ließ eine Steuerreform, die den Mittelstand entlastet hätte, auf sich warten“. Als sie dann kam „ganz am Ende – nach 16 Jahren Kohl“, sei sie im Bundesrat gestoppt worden, sagt er und zieht Parallelen zu den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder, „Warum erst so spät?“ (B. W., 11.09., Nr. 49, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Vorgängerregierung).

**M 12/71.** Nach Ansicht (*Klaus-Heiner, fs*) Röhls (*Mittelstandsexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft, IW, in Köln, fs*) haben auch in früheren Legislaturperioden die bürokratischen Lasten zugenommen, „auch da ließ eine Steuerreform, die den Mittelstand entlastet hätte, auf sich warten“. Als sie dann kam „ganz am Ende – nach 16 Jahren Kohl“, sei sie im Bundesrat gestoppt worden, sagt er und zieht Parallelen zu den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder, „Warum erst so spät?“ (*BDI-Vizepräsident Arend, fs*) Oetker spricht von einer „Kumulation und Eskalation“. Sie verweisen auf die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die Neuregelung der 325-Euro-Jobs, die Verschärfung des Kündigungsschutzes, der gesetzliche Anspruch auf Teilzeit, das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit, um einige wichtige Kritikpunkte zu nennen. (B. W., 11.09., Nr. 49, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/72.** Zweitens sind im bisherigen Entwurf (*des Bundeshaushalts 2003, fs*) zum Beispiel die Finanzhilfen für die Flutopfer ebenso wenig berücksichtigt wie Zusatzausgaben, die bei Umsetzung der Hartz-Pläne zur Reform des Arbeitsmarktes entstehen. (Bei einem Wahlsieg der Opposition sind ohnehin andere Schwerpunkte und damit ganz andere Zahlen zu erwarten). Der dritte Aspekt ist nicht minder wichtig. Keine Regierung kommt nach ihrer Amtsübernahme um eine ehrliche Analyse der Kassenlage umhin. Mit anderen Worten: Die Budgetplanung für das nächste Jahr hängt maßgeblich davon ab, wie sich Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushalt entwickeln. Bereits Anfang dieses Jahres hatte Eichel erklärt, sein Etat für 2002 sei „auf Kante genäht“. Rückblickend hat der Minister eher unter- als übertrieben. Diese Einschätzung belegt seine jüngst verhängte Haushaltssperre. Schuld an der Misere sind in erster Linie die unerwartet schlechte Konjunktur und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit. (B. P., 11.09., Nr. 50, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 12/73.** Kettenraucherin (*Ruth, Wahlkreiskandidatin der PDS, fs*) Fuchs nestelt an ihrer Marlboro-Packung. Aber dann legt sie sich ins Zeug, geißelt mit rauer Stimme die Macht der Konzerne und das Versagen einer Politik, „die jungen Leuten noch Prämien zahlt, wenn sie aus dem Osten abwandern“. Beifall, immerhin. Keine Arbeit, zu wenig Jugend, das macht auch den Rentnern in Eisenberg Sorgen. (...) Gera ist eine Hochburg der PDS, die jeden dritten Sitz im Rat hält, und war einmal Bezirkshauptstadt, von der SED verhätschelt. Heute schauen die steinernen Wächter am Renaissance-Rathaus auf viele blinde Fenster entlang des Marktplatzes. Fast 20 Prozent Arbeitslose, kaum noch Gewerbe und Industrie: Gera ist abgehängt. Jahr für Jahr wandern 2000 Einwohner ab. Nun sieht Horst Pohl, der knorrige Oberbürgermeister der Jahre 1962 bis 1988, die frühere Führungsschicht „tagsüber in der Stadt herumlaufen. Sie haben keine Arbeit mehr.“ (R. P., 12.09., Nr. 52, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 12/74.** In der Auseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik hielt Stoiber dem Kanzler völliges Versagen vor. Schröder sei an seinem Ziel gescheitert, die Arbeitslosigkeit zu senken. Unter Protest aus den Reihen der Regierungskoalition verknüpfte der Kanzlerkandidat (*Edmund Stoiber, fs*) die Zuwanderungspolitik mit der Arbeitslosigkeit. Er warf der Regierung vor, für einen Zuwachs an Einwanderern nach Deutschland zu sorgen. Dies sei aber angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht akzeptabel. In mehreren Punkten zitierte Stoiber die Regierungserklärung Schröders von 1998 und bescheinigte ihm in allen Punkten gescheitert zu sein. CDU-Chefin Angela Merkel sagte, Schröders Regierungszeit stehe unter dem Motto „versprochen – gebrochen“. Er habe die Menschen beim Kampf ge-

gen die Arbeitslosigkeit getäuscht und die Rentner belogen. Schröder eröffnete seine Antwort mit dem Satz: „Ihre Rede hat deutlich gemacht: Sie wollen vielleicht Kanzler werden. Aber Sie haben nicht die Fähigkeiten dazu.“ Er räumte zwar ein, sein Ziel, die Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen zu drücken, nicht erreicht zu haben. Dies hänge jedoch mit der weltweiten Konjunkturkrise zusammen. Stoiber und andere, die behaupteten, die Regierung sei Schuld an der Arbeitsmarktkrise, hätten „entweder keine Ahnung“ oder seien „böswillig“. (B. P., 14.09., Nr. 54, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/75.** Unter Protest aus den Reihen der Regierungskoalition verknüpfte der Kanzlerkandidat (*Edmund Stoiber, fs*) die Zuwanderungspolitik mit der Arbeitslosigkeit. Er warf der Regierung vor, für einen Zuwachs an Einwanderern nach Deutschland zu sorgen. Dies sei aber angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht akzeptabel. (B. P., 14.09., Nr. 54, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/76.** Es gibt ja keinen Zweifel: Schröder hat seine Versprechen in Sachen Wirtschaftswachstum, Aufbau Ost und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht gehalten. (...) Stoiber hat mit fast allem Recht, was er der Bundesregierung und ihrem Kanzler vorwirft: Deutschland ist Schlusslicht in Europa, die Steuerreform hat gravierende handwerkliche Fehler, vier Millionen Arbeitslose sind ein Skandal. (...) Zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission heißt es erst (*von der Union, fs*): „Das ist Quatsch“ und dann: „Das ist bei uns abgeschrieben“. (...) Mit dem Einsetzen der Hartz-Kommission in letzter Minute hat Schröder die Brisanz des Themas anerkannt – aber deren Vorschläge betreffen die bessere Vermittlung von Arbeit, nicht die Rahmenbedingungen für das Schaffen neuer Arbeit. (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/77.** Es gibt ja keinen Zweifel: Schröder hat seine Versprechen in Sachen Wirtschaftswachstum, Aufbau Ost und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht gehalten. Die Sache wäre also klar, wenn man denn genau wüsste, was für eine Wirtschaftspolitik der bekommt, der Edmund Stoiber wählt. Aber genau das ist nicht der Fall, und das ist das Drama dieses Wahlkampfes: Selten war in der Bundesrepublik das Gefühl so verbreitet, dass das Haus brennt, und dass sich in der Wirtschaft irgendetwas Grundlegendes ändern muss. Selten herrschte aber auch über dieses „Irgendetwas“ so viel Unsicherheit wie heute. Man streitet nicht, wie in früheren Jahren, über Ideologien und Konzepte, ja, man weiß noch nicht einmal so genau, welche Konzepte denn im Angebot sind. Man wartet. (...) Aber was ist die Alternative (*von Stoiber, fs*)? Die Union will die Steuern senken und sagt nicht, was dann aus der Sanierung des Haushalts wird. Sie zaubert mitten im Wahlkampf ein Hilfspaket für die neuen Länder aus dem Hut, als habe man Geld im Überfluss (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Positionen bzw. Vorschläge anderer/ Union).

**M 12/78.** Je später Reformen kommen, desto schmerzhafter werden sie. Zum Beispiel Arbeitslosigkeit: Je länger die Beschäftigungskrise dauert, je mehr sich Nicht-Arbeit in Familienbiografien festsetzt, desto schwerer ist die Rückkehr zur Vollbeschäftigung selbst unter günstigen Wachstumsbedingungen. (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Persönliche Befindlichkeiten von Arbeitslosen).

**M 12/79.** Wenn wieder mehr eingestellt werden soll, müssen die Vorschriften des Arbeitsrechts gelockert werden. Betriebsräte und Geschäftsleitungen brauchen zum Beispiel das Recht, auch niedrigere Löhne vereinbaren zu können, als es der Tarifvertrag vorsieht; dagegen werden die Gewerkschaften Sturm laufen. (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Journalisten).

**M 12/80.** Letztlich lässt sich die Beschäftigungskrise aber nur lösen, wenn die deutsche Wirtschaft mehr Dynamik gewinnt. Dazu ist eine Reform der rot-grünen Steuerreform notwendig, der Abbau von Bürokratie, die Begrenzung der Arbeitskosten. Und dies alles bei ohnehin überlasteten Haushalten. (K./L. P., 14.09., Nr. 55, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Journalisten).

**M 12/81.** Besonders stark war der Auftritt des Kanzlers zwar nicht, Schröder wirkte zu selbstgefällig. Demut, wenn auch nur in Anflügen, darf man vom Kanzler nicht erwarten, eine Woche vor der Wahl schon gar nicht. Aber einige Antworten wären doch wichtig gewesen. Was will Schröder im wahrscheinlicher gewordenen Fall seiner Wiederwahl gegen die Arbeitslosigkeit tun? Und was macht er, wenn die USA mit wem auch immer gegen den Irak in den Krieg ziehen? Sperrt er dann den Luftraum für amerikanische Flugzeuge? Schröder tat das, was er seinem Herausforderer vorwarf: Er blieb im Ungefähren. Aber er machte dabei eine bessere Figur als der Kanzlerkandidat, einfach deshalb, weil er sich mehr traut und es schafft, bei aller Wolkigkeit den Eindruck entschlossener Standhaftigkeit zu vermitteln. Aber einige Antworten wären doch wichtig gewesen. Was zum Beispiel wolle Schröder im wahrscheinlicher gewordenen Fall seiner Wiederwahl gegen die Arbeitslosigkeit tun? Und was macht er, wenn die USA mit wem auch immer gegen den Irak in den Krieg zögen? Sperrt er dann den Luftraum für amerikanische Flugzeuge? Schröder tat das, was er seinem Herausforderer vorwarf: Er blieb im Ungefähren. (K. P., 14.09., Nr. 56, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftige Vorhaben).

**M 12/82.** Jugendliche Ausländer erhalten (*im Zuge des von der rot-grünen Bundesregierung geplanten neuen Zuwanderungsgesetzes, fs*) nach der Basisförderung mit 600 Stunden und nach einem Test weitere drei Monate Aufbauförderung mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung. Ähnliches geschieht mit erwachsenen Spätaussiedlern (nicht mit Ausländern), die nach 600 Stunden Sprachkurs noch nicht auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können: Für sie sind „Aufbauförderung oder Abendunterricht“ vorgesehen. In den „Orientierungskursen“ sollen Grundzüge der deutschen Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte vermittelt werden. (B. P., 14.09., Nr. 58, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftige Vorhaben).

**M 12/83.** Stoiber trauen sie (*Facharbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre bei Bosch in Stuttgart, fs*) nicht. Mit viel Geld wolle der was gegen die Arbeitslosigkeit tun, mehr ausgeben für Bildung, die Steuern für die kleinen Leute senken und für die Unternehmen erhöhen – das höre sich alles gut an. „Aber des kann sich doch net rechnen!“, ruft Willi Siarski, ein Graubart in Motorradkluft. (R. W., 14.09., Nr. 59, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/84.** Der Schröder dagegen, dem könne man vertrauen. Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit – eingelöste Versprechen, sagen sie (*Facharbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre bei Bosch in Stuttgart, fs*). Bis auf die Arbeitslosigkeit. „Aber Schröder konnte nicht in vier Jahren schaffen, was die anderen in sechzehn nicht gepackt haben“, sagt Helmut Soenke, einer in Strickjacke, der sonst eher still ist. (...) Schröders Kaninchen heißt Hartz, geben alle zu. Dessen Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit habe aber doch vernünftige Vorschläge gemacht. (R. W., 14.09., Nr. 59, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/85.** Sie selbst (*die interviewten Facharbeiter/ Gewerkschaftsmitglieder im Boschwerk in Stuttgart, fs*) müssen keine Angst vor Arbeitslosigkeit haben: Facharbeiterglück. (R. W., 14.09., Nr. 59, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ persönliche Befindlichkeiten).

**M 12/86:** Die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hält an, zudem schlägt sich die wirtschaftliche Schwäche des vergangenen Jahres jetzt auf den Arbeitsmarkt nieder und dämpft die Nachfrage. Im ersten Halbjahr 2002 sind die Umsätze im Einzelhandel um 4,7 Prozent zurückgegangen. (B. W., 14.09., Nr. 60, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 12/87.** Also legen Merkel und Stoiber die bisherige Vernunft beiseite und versuchen, das Wahlvolk mit einem Thema aufzupeitschen, mit dem man bisher aus gutem Grund zurückhaltend gewesen sei: Ausländer und Zuwanderer. Die jüngsten Interviews würden klingen wie in früheren Wahlkämpfen: Die Ausländer seien schuld an Kriminalität und Arbeitslosigkeit.

keit, die Zuwanderung sei eine Gefahr. (K. P., 16.09., Nr. 62, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung, Union).

**M 12/88.** (Der bayerische Innenminister Günther, fs) Beckstein sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, eine unionsgeführte Regierung werde nach dem Wahlsieg das „Herzstück“ des neuen Zuwanderungsgesetzes „sofort kassieren“. Das im Gesetz verankerte Punktesystem für Zuwanderer ermögliche, kritisierte Beckstein, Zuwanderung „unabhängig vom arbeitsmarktpolitischen Bedarf“. (B. P., 16.09., Nr. 63, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/89.** Angesichts eines Milliardendefizits haben die Krankenkassen vor überstürzten Reformen am Arbeitsmarkt gewarnt. Besonders der Ausbau von Billigjobs könnte für die Sozialversicherung teuer werden. (...) Knapp eine Woche vor der Bundestagswahl haben sich die Krankenkassen in den Streit über die Reformen am Arbeitsmarkt eingemischt. Sie kritisieren die Pläne von SPD und CDU/CSU für den Niedriglohnsektor und bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. „Da sehe ich große Gefahren, egal welche Partei die Regierung stellt“, sagte der Chef des Bundesverbandes der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), Hans Jürgen Ahrens, der SZ. Es müsse auf jeden Fall verhindert werden, dass „die Sozialversicherungen weiter drangsaliert werden“. Ähnlich äußerte sich der Chef der Innungskrankenkassen, Rolf Stuppardt. „Durch die Vorschläge der Hartz-Kommission dürfen uns keine neuen Lasten entstehen“, sagte er. Zwar begrüßten beide Manager die Pläne der Hartz-Kommission, man müsse aber auf die Details achten. Stuppardt: „Die Kassen dürfen bei den Vorhaben nicht außen vor bleiben.“ Die großen Parteien wollen nach einem Wahlsieg den Niedriglohnsektor sowie Arbeits- und Sozialhilfe reformieren. So empfiehlt die Hartz-Kommission, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II zu vereinen. Auch soll die Grenze für Billigjobs von derzeit 325 Euro auf 500 Euro steigen. Bisherige Schwarzarbeiter sollen im Rahmen der „Ich AG“ leichter in den Arbeitsmarkt zurückkehren, wobei die Betroffenen wenig Steuern und keine Sozialabgaben zahlen sollen. (B. W., 16.09., Nr. 64, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/90.** Die großen Parteien wollen nach einem Wahlsieg den Niedriglohnsektor sowie Arbeits- und Sozialhilfe reformieren. Die Union will ebenfalls die Grenze für die Billigjobs anheben, von 325 auf 400 Euro. Daneben will sie die Sozialbeiträge für Geringverdiener senken, die 400 bis 800 Euro monatlich nach Hause tragen. All diese Pläne bergen nach Ansicht der Kassen die Gefahr von neuen Finanzlasten für die Sozialversicherungen. (B. W., 16.09., Nr. 64, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 12/91.** Interessant sind die Änderungen, die Hartz dabei erfährt. Nur mehr auf ein Jahr befristet sollen die Arbeitslosen bei den Agenturen eingestellt werden. Damit haben sie weniger Sicherheit als bisher verkündet. Auch wenn Arbeitslose als Leiharbeiter teils Festangestellte verdrängen würden, rechne sich das Ganze doch, heißt es außerdem. Damit wird Missbrauch als Möglichkeit anerkannt. Beides zeugt vielleicht von mehr Realismus – sicher aber davon, dass bei Hartz das Schwierigste erst noch kommt. (K. P., 17.09., Nr. 65, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 12/92.** Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat der Bundesregierung eine wirtschaftsfeindliche Politik vorgeworfen. Die rot-grüne Regierung habe zu viele Gesetze gemacht, die für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt „eindeutig schädlich“ seien, sagte Hundt am Dienstag im Deutschlandradio Berlin. (B. P., 18.09., Nr. 68, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/93.** Die Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit haben errechnet, dass die Zahl der Arbeitslosen im September unter vier Millionen liegen wird. „Dazu führt alleine schon die übliche saisonale Belegung im Herbst“, sagte Florian Gerster, Chef der Bundesanstalt, am Mittwoch. Er bestätigte damit Aussagen von Gerd Andres (SPD), Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium. Andres rechnet sogar mit 60.000 bis 70.000 weniger Arbeits-

losen und bezog sich dabei auf Stichproben und aktuelle Trends. „Diese Zahlen sind belastbar“, sagte Andres in einem Hintergrundgespräch. Zwar wird die Arbeitslosenzahl üblicherweise erst zum Monatsende bekannt, doch ist der Regierung sichtlich daran gelegen, vor der Bundestagswahl am Sonntag die positiven Zahlen zu vermitteln. Ende August waren nach Angaben der Bundesanstalt noch 4,018 Millionen Menschen ohne festen Job. Nach Gersters Angaben wirkt sich die Flutkatastrophe in Ostdeutschland kaum auf den Arbeitsmarkt aus. Statt Mitarbeiter zu entlassen, nutzten die Betriebe die Chance, auf Kurzarbeit umzustellen. (B. W., 19.09., Nr. 70, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 12/94.** Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) bezeichnete es als realistisch, die Arbeitslosenzahl zu halbieren, wenn die Hartz-Vorschläge komplett umgesetzt würden. (B. W., 19.09., Nr. 70, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung am Arbeitsmarkt).

**M 12/95.** Deutschland trägt nach Meinung von Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), immer schwerer an nicht erledigten Aufgaben in der Tarif-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. (...) Vor der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in München kritisierte der Unternehmer zudem die Rezepte der Hartz-Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als nicht ausreichend. Hundt hält es für einen Fehler, dass die Dauer des Arbeitslosengeldes nicht begrenzt worden sei. Dabei bemängelt er, dass die Lohnersatzleistungen nicht so ausgerichtet seien, dass Empfänger schnellstmöglich eine neue Beschäftigung suchten. Laut Hundt hat es die Hartz-Kommission ferner versäumt, die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) auf die Vermittlung von Stellen zu konzentrieren. Dies aber sei notwendig, um die BA handlungsfähiger zu machen und um den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu senken. (B. W., 20.09., Nr. 72, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/96.**

SZ: Wo werden die Dinge Ihrer Meinung nach (*in Deutschland, fs*) konkret schlechter? Porter (*Michael, Professor an der Harvard Business School und Co-Autor des regelmäßig erscheinenden „World Competitiveness Reports“, fs*): Wenn man einmal von Japan absieht ist Deutschland unter den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Schlusslicht in Sachen Wachstum. Die Arbeitsproduktivität steigt vor allem dadurch, dass die Firmen Mitarbeiter entlassen. Das kann man natürlich machen, aber man bezahlt dafür einen hohen Preis: steigende Arbeitslosenzahlen. Die meisten Industrieländer konnten ihre Beschäftigungslage verbessern – außer Japan und Deutschland. In Japan kommt es von der Bankenkrise, in Deutschland vor allem von der Selbstzufriedenheit. (...)

SZ: Was Sie sagen, wird den Gewerkschaften gefallen. Sie kritisieren die Unternehmen, weil sie Leute entlassen und die Regierung, weil sie spart.

Porter: Die Gewerkschaften sind Teil des Problems, weil sie den Arbeitsmarkt unflexibel gemacht haben. Man kann Deutschlands Unternehmen durchaus kritisieren: Sie sollten sich mehr für ein besseres Wirtschaftsklima engagieren und dabei eine Führungsrolle übernehmen. Aber wenn die Gewerkschaften glauben, sie hätten mit dem Problem nichts zu tun, dann träumen sie. Deutschland neigt sowieso dazu, von seiner Innovationskraft zu träumen. Aber das ist ein Traum der Vergangenheit. Der Rest der Welt überholt Deutschland. Und die Politiker streiten über den Irak. (...)

SZ: Aber die Arbeitslosigkeit hat doch auch mit der Konjunktur zu tun.

Porter: Wieder ein Beispiel, wo die Deutschen auf andere zeigen. Alle Länder sind von der Konjunkturschwäche betroffen, aber in Deutschland sind die Folgen schlimmer als anderswo. (I. W., 20.09., Nr. 73, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 12/97.**

SZ: Haben Sie Beispiele (*für die schädlichen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, fs*)?

Porter: Nehmen Sie nur den Fall Mobilcom, wo der Staat einem gescheiterten Unternehmen beispringt um Arbeitsplätze zu erhalten. Überhaupt tendiert man in Deutschland dazu, das Problem der Arbeitslosigkeit direkt lösen zu wollen. Man hält Unternehmen am Leben, man

verkürzt die Arbeitszeit und subventioniert Arbeitsplätze. Das funktioniert alles nicht. Das einzige was hilft, ist ein vitales Umfeld zu gestalten, in dem Unternehmen gerne investieren und echte Jobs schaffen. (I. W., 20.09., Nr. 73, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Experten).

**M 12/98.**

SZ: Stellen Sie sich vor, Sie würden am Sonntag zum Bundeskanzler gewählt, was würden Sie tun?

Porter: Als erstes würde ich einen nationalen Dialog über die Wirtschaft führen, dann würde ich mich um Wissenschaft und Forschung kümmern. Zurzeit gibt es in Deutschland negative Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung, andere Länder fördern solche Investitionen. Und schließlich: Wahrscheinlich kann man bei Ihnen das Wort Arbeitsmarktreform nicht mehr hören. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Beschäftigungskrise ohne solche Reformen beheben lässt. (I. W., 20.09., Nr. 73, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Experten).

**M 12/99.**

SZ: Gibt es Vorbilder (*für einen erfolgreichen Umgang mit der Konjunkturschwäche, fs*)?

Porter: Schweden und Finnland zum Beispiel: Beide Länder steckten in schweren Krisen und haben durch Reformen den Wiederaufstieg geschafft, ohne ihre Traditionen aufzugeben.

SZ: Was ist mit den Niederlanden?

Porter: Die Niederlande haben scheinbar gute Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt durch Lohnbegrenzung erzielt. Aber so etwas funktioniert nur kurzfristig. Die Niederlande verlieren zurzeit die langfristigen Quellen ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Es ist falsch, einfach nur die Arbeitslosigkeit zu managen.

SZ: Lohnbegrenzung ist kein Rezept?

Porter: Die Erhöhung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist entscheidend, Lohnbegrenzung lenkt die Aufmerksamkeit von notwendigen Innovationen ab. (I. W., 20.09., Nr. 73, Arbeitsmarktpolitik in anderen Ländern).

**M 12/100.** Schnurr (*Christoph, FDP-Direktkandidat für den Wahlkreis 184 in Frankfurt am Main, fs*) sieht aus wie noch nicht volljährig, aber was er sagt, klingt nach 20 Jahren Berufspolitik. „Ich bin sehr früh zu den Jungen Liberalen, weil mir das Lebensgefühl gefallen hat. Freiheitlich, weniger Staat, Eigenverantwortlichkeit, bisschen Selbstentfaltung.“ Wo spürt man denn, als 18-Jähriger, zu viel Staat? „Das spüre ich ganz, ganz, ganz, ganz extrem im Punkt Mittelstand, im Punkt Arbeitsmarktpolitik. Wir haben Verordnungen, die den Mittelstand einfach hemmen. Ich habe innerhalb der letzten sechs Wochen, in der heißen Wahlkampfphase, 13 mittelständische Unternehmen besucht, und alle, vom Blumenmeister bis zum Bäcker bis zur Dönerfabrik, beklagen, dass sie zu viel Bürokratielasten haben, dass es eine Flexibilisierung geben muss am Arbeitsmarkt.“ Immer sagt er solche Sätze, wie ein Sprachcomputer, den jemand mit 18 Möllemann-Zitaten und 18 Westerwelle-Zitaten befüllt hat, und heraus kommt: Möllewelle. (R. P., 21.09., Nr. 75, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 12/101.** Gründe, Schröder abzuwählen, gibt es genug. Deutschlands Wirtschaft schwächelt, sie wächst langsamer als in jedem anderen reichen Land Europas. Es gibt über vier Millionen Arbeitslose, die Zahl der Bankrotte steigt, die Kaufkraft der Verbraucher schwindet. Schröder hat den Arbeitsmarkt nicht flexibilisiert, den Einfluss der Betriebsräte gestärkt und die jobkillenden Sozialausgaben nicht wirklich angetastet. Er hat sein wichtigstes Vorhaben, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, nicht realisieren können. Daran wollte er gemessen werden, und wer sich erinnert und nicht verzeiht, wird nach vier Jahren sein Urteil fällen: ab in die Opposition. (...) Schröders Politik wirkte halbherzig und widersprüchlich. Er machte der Großindustrie Steuergeschenke und verhinderte mit seinem Feldzug gegen 630-Mark-Gesetz und Scheinselbstständigkeit die Lockerung des Arbeitsmarktes. (K./L. P., 21.09., Nr. 76, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 12/102.** Trotz aller innen- und außenpolitischen Unwägbarkeiten ist die Prognose nicht allzu gewagt: Früher oder später wird jeder Kanzler scheitern, der auf dem Arbeitsmarkt keine bessere Bilanz präsentieren kann. Sollte es Gerhard Schröder schaffen, kann sich der Sozialdemokrat nicht noch einmal mit der miesen Weltwirtschaft herausreden. Packt es Edmund Stoiber, so steht der CSU-Chef nicht minder unter Druck. Ein Wahlsieg der Union wäre wesentlich mit der Hoffnung verbunden, dass CDU und CSU rasch eine Trendwende vorweisen können. Jeder Amtsinhaber startet mit Handicaps. Erstens ist es eine Art ökonomisches Naturgesetz, dass im Winter die Zahl der Arbeitslosen zunimmt. Der künftige Kanzler muss bald noch schlechtere Zahlen verkünden. Experten rechnen mit bis zu 4,3 Millionen Arbeitslosen – die negativen Folgen einer militärischen Eskalation des Irakkonflikts sind darin nicht berücksichtigt. (B. W., 21.09., Nr. 77, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung am Arbeitsmarkt).

**M 12/103.** Zum Beispiel dürfte es langwierige Debatten über den besten Weg der Arbeitsvermittlung geben oder inwieweit der Staat Selbständigen helfen soll und kann. Selbst wenn die überwiegend vernünftigen Vorschläge des VW-Managers Peter Hartz Realität werden, ist eines klar: Allein mit 13 Hartz-Modulen wird die Arbeitslosigkeit nicht halbiert. Erst recht nicht in Ostdeutschland. Gerade in den neuen Ländern droht eine politische und soziale Katastrophe, wenn keine echte Wende gelingt. (B. W., 21.09., Nr. 77, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftige Vorhaben).

#### Süddeutsche Zeitung, Liste der Artikel:

Nr. 1: Süddeutsche Zeitung vom 26. 08. 2002, Seite 1, Christop Schwennicke: „Jetzt wird der Wahlkampf spannend“.

Nr. 2: SZ vom 26. 08. 2002, Seite 4, Cathrin Kahlweit: „Das Elend der Kleinen“.

Nr. 3: SZ vom 26. 08. 2002, Seite 17, Andreas Hoffmann: „Konjunktur der Dementis“.

Nr. 4: SZ vom 27. 08.2002, Seite 1, höl/hoff/hif: „Gezerre um Milliarden-Fonds für Flutopfer“.

Nr. 5: SZ vom 27. 08. 2002, Seite 3, Kurt Kister: „Der Zweikampf der Gefesselten“.

Nr. 6: SZ vom 27. 08. 2002, Seite 4, Jonas Viering: „Ein bisschen Feindbild“.

Nr. 7: SZ vom 27. 08. 2002, Seite 19, Alexander Hagelücken: „Rententräger erwarten Beitragserhöhung“.

Nr. 8: SZ vom 28. 08. 2002, Seite 4, Jens Schneider: „Aufbau Ost – die zweite Chance“.

Nr. 9: SZ vom 28. 08. 2002, Seite 4, jv: „Angst vorm Brummi“.

Nr. 10: SZ vom 30. 09. 2002, Seite 4, Susanne Höll: „Stoiber probt die Pirouette“.

Nr. 11: SZ vom 30. 08. 2002, Seite 18, Karl-Heinz Büschemann: „Kanzler-Kandidaten lassen Manager verstummen“.

Nr. 12: SZ vom 31. 08. 2002 Seite 1, Christoph Schwennicke: „SPD holt auf, die FDP rutscht ab“.

Nr. 13: SZ vom 31.08. 2002, Seite 1 und Fortsetzung auf Seite 5, Susanne Höhl: „Stoiber will Wirtschaft sofort ankurbeln“ (Seite 1) und „Neue Pläne für die Bundeswehr und beim Dosenpfand“ (Seite 5).

- Nr. 14: SZ vom 31. 08. 2002, Seite 4, Christoph Schwennicke: „Schröders Atem im Nacken“.
- Nr. 15: SZ vom 31. 08. 2002, Seite 4, höl: „Wunderliche Aufgaben“.
- Nr. 16: SZ vom 31. 08. 2002, Seite 7, Michael Mainka: „Die SPD erreicht die höchsten Werte des Jahres“.
- Nr. 17: SZ vom 2. 09. 2002, Seite 1, Oliver Schumacher: „Wachsende Defizite belasten Rot-Grün“.
- Nr. 18: SZ vom 2. 09. 2002, Seite 6, Marianne Heuwagen: „FDP weist Forderung nach Koalitionsaussage zurück“.
- Nr. 19: SZ vom 2. 09. 2002, Seite 21, dpa/ap (Agenturen): „Späth will Bündnis für Arbeit beenden“.
- Nr. 20: SZ vom 3. 09. 2002, Seite 1, Andreas Hoffmann/ Christiane Wirtz: „Ärzte boykottieren rot-grüne Gesundheitsreform“.
- Nr. 21: SZ vom 3. 09. 2002, Seite 4, Nikolaus Piper: „Erblasten im Wahlkampf“.
- Nr. 22: SZ vom 3. 09. 2002, Seite 23, uhl: „Mittelstand macht mobil“.
- Nr. 23: SZ vom 4. 09. 2002, Seite 4, Susanne Höll: „Schlichter in Streitfällen“.
- Nr. 24: SZ vom 4. 09. 2002, Seite 25, Jonas Viering: „Schonzeit bis zur Bundestagswahl“.
- Nr. 25: SZ vom 5. 09. 2002, Seite 1, Matthais Dobrinski: „Unparteiisch“.
- Nr. 26: SZ vom 5. 09. 2002, Seite 4, jv: „Ruhe nach dem Sturm“.
- Nr. 27: SZ vom 5.09. 2002, Seite 6, Jonas Viering: „Riester beginnt Arbeitsmarkt-Reform“.
- Nr. 28: SZ vom 6. 09. 2002, Seite 1, Andreas Hoffmann/ Susanne Höll: „Der Aufschwung lässt sich auf sich warten“.
- Nr. 29: SZ vom 6. 09. 2002, Seite 4, Oliver Schumacher: „Durchmogeln genügt nicht“.
- Nr. 30: SZ vom 6. 09. 2002, Seite 6, Philip Grassmann: „Hauptsache reinkommen“.
- Nr. 31: SZ vom 6. 09. 2002, Seite 9, Christian Wirtz: „'Sonst kann ich ja nicht meckern““.
- Nr. 32: SZ vom 6. 09. 2002, Seite 19, Nikolaus Piper: „Zahlen im Wahlkampf“.
- Nr. 33: SZ vom 6. 09. 2002, Seite 19, Jonas Viering/ Stefan Weber: „Krise auf dem Arbeitsmarkt verfestigt sich“.
- Nr. 34: SZ vom 7. 09. 2002, Seite 5, o.A. „SPD und Union liegen gleichauf“
- Nr. 35: SZ vom 7. 09. 2002, Seite 5, Wolfgang Gerhard (FDP) im Interview mit Marianne Heuwagen: „'Die rote Laterne loswerden““.
- Nr. 36: SZ vom 7. 09. 2002, Seite 5, Marianne Heuwagen: „Offen für alles“
- Nr. 37: SZ vom 7. 09. 2002, Seite 9, Detlef Esslinger: „Ein Riese auf kleiner Bühne“.

- Nr. 38: SZ vom 7. 09. 2002, Seite 9, Arne Boecker: „'Gibt's was umsonst'?“.
- Nr. 39: SZ vom 9. 09. 2002, Seite 5, Marianne Heuwagen: „'Wir sind nicht das Schoßhündchen““.
- Nr. 40: SZ vom 9. 09. 2002, Seite 5, Philip Grassmann: „Schröder und Stoiber im Endspurt“.
- Nr. 41: SZ vom 9. 09. 2002, Seite 5, ap (Agentur): „Gewerkschaften für Rot-Grün“.
- Nr. 42: SZ vom 9. 09. 2002, Seite 6, Detlef Esslinger: „Junge Schwarze gegen die Rote Heidi“.
- Nr. 43: SZ vom 10. 09. 2002, Seite 1, Susanne Höhl: „Wer die Wahl gewinnt, hat die Qual“.
- Nr. 44: SZ vom 10. 09. 2002, Seite 3, Kurt Kister: „Aufschlag, Bumms, Punkt geholt“.
- Nr. 45: SZ vom 10.09. 2002, Seite 4, Heribert Prantl: „John-Wayne-Romantik“.
- Nr. 46: SZ vom 10.09. 2002, Seite 20, Nina Bovensiepen: „'Es gibt ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit leider steigt. Das ist Bayern““.
- Nr. 47: SZ vom 11. 09. 2002, Seite 4, Jonas Viering: „Der einsame Ritter von Nürnberg“.
- Nr. 48: SZ vom 11. 09. 2002, Seite 23, Oliver Schumacher/ Jonas Viering: „Schröder spricht ein Machtwort“.
- Nr. 49: SZ vom 11. 09. 2002, Seite 24, Elisabeth Dostert: „Die Mitte ist überall“.
- Nr. 50: SZ vom 12. 09. 2002, Seite 2, Oliver Schumacher: „Debatte über ein Phantom“.
- Nr. 51: SZ vom 12. 09. 2002, Seite 2, Susanne Höll: „Verunsichert in die letzte Runde“.
- Nr. 52: SZ vom 12. 09. 2002, Seite 3, Joachim Käppner: „Ruth macht sich Mut“.
- Nr. 53: SZ vom 13. 09. 2002, Seite 1, Susanne Höll: „Überholmanöver“.
- Nr. 54: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 1, Nico Fried: „Schröder bleibt auf Distanz zu Bush“.
- Nr. 55: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 4, Nikolaus Piper: „Sanierungsfall Deutschland“.
- Nr. 56: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 4, Susanne Höll: „Das letzte Duell“.
- Nr. 57: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 5, Adelheid Beck: „Die SPD überholt die Union“
- Nr. 58: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 8, Heribert Prantl: „Stoibers Diät“.
- Nr. 59: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 8, Jonas Viering: „'Wir sind die Ottos““.
- Nr. 60: SZ vom 14. 09. 2002, Seite 19, Nina Bovensiepen: „Aufschwung verschoben“
- Nr. 61: SZ vom 16. 09. 2002, Seite 4, hoff: „Schröder, der gute Doktor?.“
- Nr. 62: SZ vom 16. 09. 2002, Seite 4, pra: „Der neue Stoiber ruft den alten“.
- Nr. 63: SZ vom 16. 09. 2002, Seite 6, Kurt Kister: „Union setzt auf Thema Zuwanderung“.

- Nr. 64: SZ vom 16. 09. 2002, Seite 21, Andreas Hoffmann: „Krankenkassen warnen vor Niedriglohn-Jobs“.
- Nr. 65: SZ vom 17. 09. 2002, Seite 4, jv: „Mit Hartz ganz am Anfang“.
- Nr. 66: SZ vom 18. 09. 2002, Seite 2, höl: „Neue Hoffnung bei der Union“.
- Nr. 67: SZ vom 18. 09. 2002, Seite 3, höl: „Hoffnung aus dem Morgenland“.
- Nr. 68: SZ vom 18. 09. 2002, Seite 5, AFP (Agentur): „Hundt geißelt Schröder Wirtschaftspolitik“.
- Nr. 69: SZ vom 19. 09. 2002, Seite 12, Titus Arnu: „Kampf der Kandidaten im Parallel-Universum“.
- Nr. 70: SZ vom 19. 09. 2002, Seite 20, roj: „Unter vier Millionen Arbeitslose“.
- Nr. 71: SZ vom 19. 09. 2002, Seite 20, Gerrit Roth: „Wirtschaftsthemen überdauern Flut und Irak“.
- Nr. 72: SZ vom 20. 09. 2002, Seite 21, N.F.: „Hundt will Beitragssenkung“.
- Nr. 73: SZ vom 20. 09. 2002, Seite 21, Michael Porter (Professor an der Harvard Business School) im Interview mit Nikolaus Piper: „Die Deutschen träumen den Traum vergangener Stärke“.
- Nr. 74: SZ vom 21. 09. 2002, Seite 2, Kurt Kister: „Berliner Farbenspiele“.
- Nr. 75: SZ vom 21. 09. 2002, Seite 3, Holger Gertz: „Die Stunde der Feldhamster“.
- Nr. 76: SZ vom 21. 09. 2002, Seite 4, Hans Werner Kilz: „Kanzlerwahl? Politikwahl!“.
- Nr. 77: SZ vom 21. 09. 2002, Seite 4, Oliver Schumacher: „Gefesselte Riesen“.

## A 2.2.4. Codierbuch Frankfurter Allgemeine Zeitung:

### Zeichenerklärung der Klammer:

Stilform des Urtextes:

B: Bericht  
Buch: Buchrezension  
F: Feature  
G: Glosse  
Ga: Gastbeitrag  
H: Hintergrundbericht  
I: Interview  
K: Kommentar  
R: Reportage  
Rü: Rückblick

Ressort des Urtextes:

P: Politikteil  
W: Wirtschaftsteil

Datum: Erscheinungstag des Artikels, aus dem die Textstelle stammt (immer 2002)  
Nr. x: Quellenverweis auf zitierten Zeitungsartikel, Auflösung am Ende des Codierbuchs  
Letzter Verweis in der Klammer: Kategorie/ Unterkategorie

### Politics-Aussagen

**M 21/1.** Stoiber warf Schröder Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. „Ich akzeptiere nicht die Ausrede des Bundeskanzlers, andere sind schuld.“ Schuld seien nicht allein wirtschaftliche Gründe, sondern vor allem der „Fehler“ von Rot-Grün, eine Steuerreform ohne Begünstigung des Mittelstandes zu machen. (B. P., 26.08., Nr. 1, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/2.** Der Kanzlerkandidat kritisierte zudem die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes. „Ich kann das nur noch als ein reines Wahlkampfthema betrachten“, sagte der bayerische Ministerpräsident. Im Übrigen löse das Hartz-Papier keine Probleme. (B. P., 26.08., Nr. 1, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/3.** Schröder gestand ein, die Kritik, die Hartz-Kommission sei zu spät eingesetzt worden, sei „teilweise“ berechtigt. (B. P., 26.08., Nr. 1, Politischer Prozess/ Auseinandersetzung um Politics selber).

**M 21/4.** Stoiber warf Schröder Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. „Ich akzeptiere nicht die Ausrede des Bundeskanzlers, andere sind schuld.“ Schuld seien nicht allein wirtschaftliche Gründe, sondern vor allem der „Fehler“ von Rot-Grün, eine Steuerreform ohne Begünstigung des Mittelstandes zu machen. Schröder wies das zurück. Die Gründe (*für die Arbeitslosigkeit, fs*) lägen nicht in erster Linie in Deutschland. Er (*Gerhard Schröder, fs*) hielt Stoiber vor: „Sie versprechen ja allen alles.“ (B. P., 26.08., Nr. 1, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/5.** Stoiber warf Schröder Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. „Ich akzeptiere nicht die Ausrede des Bundeskanzlers, andere sind schuld.“ Schuld seien nicht allein wirtschaftliche Gründe, sondern vor allem der „Fehler“ von Rot-Grün, eine Steuerreform ohne Begünstigung des Mittelstandes zu machen. Schröder wies das zurück. Die Gründe (*für die Arbeitslosigkeit, fs*) lägen nicht in erster Linie in Deutschland. (B. P., 26.08., Nr. 1, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/6.** Der Kanzlerkandidat der Union, Stoiber, sagte, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebe es zwischen Union und FDP „Gemeinsamkeiten, die eine stabile Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit begründen könnten“. In der Zeitung „Welt am Sonntag“ forderte er „klare Signale“ der FDP zugunsten einer Koalition mit der Union. Ansonsten müssten „die Bürger die Union wählen, wenn sie mit Blick auf einen Regierungswechsel sichergehen wollen“. (B. P., 26.08., Nr. 2, Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl).

**M 21/7.** Beide (*Gerhard Schröder und Edmund Stoiber im ersten TV-Duell, fs*) hatten die Chance, eine Sensation daraus zu machen. Die außerordentlich seltene Gelegenheit, geschätzte zehn Millionen Wähler gleichzeitig erreichen zu können, lud geradezu dazu ein. Mit Wahlversprechen vom Typ Halbierung der Arbeitslosenzahlen oder Verdopplung des Kindergeldes war auf dieser Veranstaltung kein Stich mehr zu machen. Von blauen Wundern hat das Publikum schon genug gehört. (K./L., P., 26.08., Nr. 3, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik)

**M 21/8.** Was man zu sehen bekam (*beim zweiten TV-Duell, fs*) war ein Gespräch, das ohne die befürchteten Schaelemente auskam: ein ernsthaftes Ringen um Positionen der Innen- und Außenpolitik. Vor allem bei den Themen Wirtschaft, Arbeit und Finanzen waren Kanzler und Herausforderer unterscheidbar, wobei der Amtsbonus Schröders von dem Nachteil aufgewogen wurde, daß die Ergebnisse seiner Politik viele Angriffspunkte boten. (K./L. P., 26.08., Nr. 3, Wahlkampf/ Art der Kommunikation)

**M 21/9.** Es gab Wichtigeres in den letzten Monaten. Angesichts lahmender Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit blieb für die Umweltpolitik im Wahlkampf wenig Raum. (K./L. W., 26.08., Nr. 4, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 21/10.** Stoiber hat (*im TV-Duell, fs*) fast nur auf einen Punkt gezielt: auf die „nationale Katastrophe Arbeitslosigkeit“. Was immer die Moderatoren sonst zum Thema machten – die Flutkatastrophe, die Politikverdrossenheit, Einwanderung, Steuern, Renten, große Koalition – Stoibers Refrain auf alle diese Fragen war: Sie müßten den Erfordernissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts angepasst und untergeordnet werden. Das könnte auf manchen Gebieten zu einer Roßkur werden. Aber immerhin ist Stoiber damit das Kunststück gelungen, seine politischen Botschaften so zuzuspitzen, daß sie verstanden werden. (K./L. W., 27.08., Nr. 5, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik)

**M 21/11.** Die IG Metall hat Union und FDP vorgeworfen, sie wollten im Falle eines Wahlsiegs die Tarifautonomie demontieren. Der Opposition gehe es in Wahrheit „nicht um mehr Arbeitsplätze, sondern um weniger Gewerkschaftseinfluß“ sowie ein flächendeckendes Lohnsenkungsprogramm. Jeder Arbeitgeber solle die Möglichkeit erhalten, aus dem Tarifvertrag auszubrechen, die Löhne zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern. Dadurch werde nicht die Arbeitslosigkeit gesenkt, sondern die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt vergrößert, kritisierte der Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel am Mittwoch in Berlin. „Jede Regierung, die die Tarifautonomie angreift, wird auf den Widerstand aller Gewerkschaften treffen“, warnte er. (...) CDU/CSU und FDP wollen im Falle eines Wahlsiegs durch eine Änderung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz betriebliche Beschäftigungsbündnisse legitimieren. Arbeitnehmer dürften dann befristet unbezahlte Mehrarbeit leisten oder auf Einkommensbestandteile verzichten, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Betriebsrates oder von 75 Prozent der Belegschaft; die Union will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zudem in begründeten Fällen ein Vetorecht geben. Zwickel kritisierte dieses Einspruchrecht als „weiße Salbe“, da die Betriebsräte – vor die Wahl zwischen Geld und Arbeitsplatz gestellt – erpressbar wären. „Wenn die Erpressung erfolgreich war und die Belegschaft zugestimmt hat, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Ein nachträgliches Veto für Tarifvertragsparteien könne daran nichts ändern. (...) Wollte man den Betriebsräten Tarifverhandlungen zumuten, müsse man ihnen auch ein Streikrecht gewähren, forderte Zwickel. Im Übrigen seien Beschäftigungssicherungstarifverträge, Sanierungstarifverträge oder Härtefallklauseln auch jetzt schon möglich,

wenn dadurch eine reale Zukunftschance für den Betrieb bestehe. „Dafür werden keine neuen Gesetze gebraucht.“ (B. W., 29.08., Nr. 7, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von der IG Metall).

**M 21/12.** Die IG Metall hat Union und FDP vorgeworfen, sie wollten im Falle eines Wahlsiegs die Tarifautonomie demontieren. Der Opposition gehe es in Wahrheit „nicht um mehr Arbeitsplätze, sondern um weniger Gewerkschaftseinfluß“ sowie ein flächendeckendes Lohnsenkungsprogramm. Jeder Arbeitgeber solle die Möglichkeit erhalten, aus dem Tarifvertrag auszubrechen, die Löhne zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern. Dadurch werde nicht die Arbeitslosigkeit gesenkt, sondern die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt vergrößert, kritisierte der Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel am Mittwoch in Berlin. „Jede Regierung, die die Tarifautonomie angreift, wird auf den Widerstand aller Gewerkschaften treffen“, warnte er. (B. W., 29.08., Nr. 7, Politischer Prozess/ Durchsetzung von bzw. Widerstand gegen Policies).

**M 21/13.** CDU/CSU und FDP wollen im Falle eines Wahlsiegs durch eine Änderung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz betriebliche Beschäftigungsbündnisse legitimieren. Arbeitnehmer dürften dann befristet unbezahlte Mehrarbeit leisten oder auf Einkommensbestandteile verzichten, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Betriebsrates oder von 75 Prozent der Belegschaft; die Union will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zudem in begründeten Fällen ein Vetorecht geben. Zwickel kritisierte dieses Einspruchrecht als „weiße Salbe“, da die Betriebsräte – vor die Wahl zwischen Geld und Arbeitsplatz gestellt – erpressbar wären. „Wenn die Erpressung erfolgreich war und die Belegschaft zugestimmt hat, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Ein nachträgliches Veto für Tarifvertragsparteien könne daran nichts ändern. Der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts Thomas Dieterich kritisierte, daß das Veto begründet werden müsse. Das laufe auf eine Tarifizensur durch die Gerichte hinaus. (B. W., 29.08., Nr. 7, Konflikt, Kritik von anderen an der Politik, hier von einem ehemaligen Arbeitsrichter).

**M 21/14.** Michael Spreng, der Wahlkampf- und Medienberater Stoibers, der selbst früher als Journalist an führenden Stellen für Boulevardzeitungen gearbeitet hat, sieht das anders. Er kennt das Milieu. Doch sagt er, der Wahlkampf der Union habe sich an erster Stelle immer mit demselben Thema befaßt, der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Spreng ist nicht nur Berater, sondern immer mehr auch ein Sprecher Stoibers. Also fügt er an, es sei die SPD gewesen, die – wegen ihres Scheiterns in der Arbeitsmarktpolitik – immer neue Themen habe „setzen“ wollen, damit aber gescheitert sei. Die Union aber habe die „Schwachstellen“ der Regierung thematisieren wollen und Erfolg gehabt. Wohl sieht auch er eine „Zersiedelung“ politischer Themen, doch seien die relevanten unter ihnen stets präsent geblieben. Das werde auch weiter so sein, wenn Anfang September die neuen Arbeitslosen-Zahlen bekannt würden. (B. P., 30.08., Nr. 8, Wahlkampf/ Themenstrategie).

**M 21/15.** Michael Spreng, der Wahlkampf- und Medienberater Stoibers, der selbst früher als Journalist an führenden Stellen für Boulevardzeitungen gearbeitet hat, sieht das anders. Er kennt das Milieu. Doch sagt er, der Wahlkampf der Union habe sich an erster Stelle immer mit demselben Thema befaßt, der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Spreng ist nicht nur Berater, sondern immer mehr auch ein Sprecher Stoibers. Also fügt er an, es sei die SPD gewesen, die – wegen ihres Scheiterns in der Arbeitsmarktpolitik – immer neue Themen habe „setzen“ wollen, damit aber gescheitert sei. Die Union aber habe die „Schwachstellen“ der Regierung thematisieren wollen und Erfolg gehabt. Wohl sieht auch er eine „Zersiedelung“ politischer Themen, doch seien die relevanten unter ihnen stets präsent geblieben. Das werde auch weiter so sein, wenn Anfang September die neuen Arbeitslosen-Zahlen bekannt würden. Den SPD-Strategen sei dabei ein gravierender Fehler unterlaufen, meint er mit Blick auf die Hartz-Kommission: „Spiele nie auf dem Feld des Gegners.“ Weil das die SPD getan habe, sei das Thema der Union stets zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen. (B. P., 30.08., Nr. 8, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/16.** War er des Kanzlers erste Wahl? Schon zu Walter Riesters Amtsantritt kursierten Gerüchte, Gerhard Schröder hätte an seiner Stelle lieber den Chef der Chemiegewerkschaft, Schmoldt, auf den Sessel des Bundesarbeitsministers gehoben. Wenn es später kriselte, wurde meist der Name Florian Gerster als potenzieller Nachfolger gehandelt. Zuletzt wetteiferten Beobachter eifrig, ob VW-Manager Hartz bei einem Wahlsieg neuer Hausherr in der Berliner Wilhelmstraße werden würde. Doch Riester, der am 27. September seinen 59. Geburtstag feiert, hat alle Personalspekulationen überdauert. Weder die Ungereimtheiten bei der Vergabe von Aufträgen für das EU-Projekt Equal, in deren Folge der zuständige Abteilungs-, Unterabteilungs- und Referatsleiter die Stelle verloren, noch der Skandal um die geschönten Vermittlungsbilanzen der Arbeitsämter, der immerhin den Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt Jagoda, und Riesters Staatssekretär Tegtmeier in den vorzeitigen Ruhestand beförderten, haben seinen Kopf gekostet. (...) Riester sah sich im Laufe seiner Amtszeit nicht nur einmal mit Rücktrittsforderungen konfrontiert, doch er blieb im Sattel. Das liegt nicht allein an mangelnden besseren Kandidaten. (B. P., 30.08., Nr. 9, Personen/ Personalspekulationen).

**M 21/17.** Auch seinen Humor hat der Schwabe aus Kaufbeuren (*Arbeitsminister Walter Riestert, fs*) nicht verloren. Als ein Journalist mit ernster Miene an ihn herantrat und sagte, er habe eine persönliche Frage an den Minister, erkundigte sich dieser höflich: „Brauchen Sie einen Fliesenleger?“ (B. P., 30.09., Nr. 4, Personalspekulationen), (B. P., 30.08., Nr. 9, Personen/ weiche Personalisierung).

**M 21/18.** Eher erklärt sich Riesters politisches Überleben gerade dadurch, daß er die Rentenreform – und damit den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung – gegen den Widerwillen der Gewerkschaften sowie später die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes gegen den deutlichen Widerspruch des Bundeswirtschaftsministers und die massiven Proteste der Arbeitgeber durchgesetzt hat. (...) Das Hin-und-Her um die Neuregelung der 630-Mark-Jobs und das zunächst viel zu restriktive Gesetz gegen Scheinselbständigkeit trugen Riester den Vorwurf handwerklicher Fehler ein. (B. P., 30.08., Nr. 9, Politischer Prozess, Rolle von Personen).

**M 21/19.** Zu einer durchgreifenden Reform der Arbeitsmarktpolitik fehlten Riester Mut und Zeit; er hat mit der Rentenreform und der Mitbestimmungsnovelle andere Prioritäten gesetzt. Auch gelang es ihm nicht, sich vom Einfluss der Gewerkschaften zu lösen. (B. P., 30.08., Nr. 9, Politischer Prozess/ Umsetzung von bzw. Widerstand gegen bzw. Priorisierung von Policies).

**M 21/20.** Visionen sind (*Walter, fs*) Riesters Sache nicht. Das Job-Aktiv-Gesetz ging auf eine Initiative rot-grüner Parlamentarier zurück. Die Einsetzung der Hartz-Kommission ist Folge des Skandals um die geschönten Vermittlungsbilanzen. Die Modellversuche zum Niedriglohnssektor wurden im Bündnis für Arbeit verabredet, die Greencard-Initiative hat der Kanzler verkündet. Der Vorwurf des ideenlosen Bremsers will Riester indessen nicht auf sich sitzen lassen und reicht ihn an die Fraktionen weiter: „Im Arbeitsministerium sitzt kein Betonkopf, der zu allem nein sagt.“ Er gehe mit seinen Vorstellungen vielmehr „an die Grenze dessen, was das deutsche Parlament zu machen bereit ist“. (B. P., 30.08., Nr. 9, Politischer Prozess/ Rolle von Personen).

**M 21/21.** Mit unverhohlener Genugtuung bescheinigt ihm (*Arbeitsminister Walter Riestert, fs*), einer seiner Gegenspieler, der CSU-Politiker Seehofer, immer wieder ein „erotisches Verhältnis zu Paragraphen“ und nennt ihn einen „begnadenen Murkser“. Zu einer durchgreifenden Reform der Arbeitsmarktpolitik fehlten Riester Mut und Zeit. (...) Visionen sind Riesters Sache nicht. Untätigkeit kann man Riester jedenfalls nicht vorwerfen. Unehrllichkeit auch nicht. Dafür ist er zu lange Tarifpolitiker gewesen: Die offene Auseinandersetzung von Angesicht zu Angesicht ist er gewohnt, Intrigen und Ränke sind ihm fremd. (...) Visionen sind Riesters Sache nicht. (B. P., 30.08., Nr. 9, Personen/ harte Personalisierung).

**M 21/22.** Die Reformen, die Rot-Grün gleich nach Amtsantritt hätte angehen müssen, hat Riester auf die nächste Legislaturperiode verschoben; Ende 2004 sollen sie abgeschlossen sein: die Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, vielleicht sogar eine Generalrevision der Arbeitsmarktpolitik – sofern ihm Wähler, Fraktion und Kanzler dazu den Auftrag geben. (B. P., 30.08., Nr. 9, Politischer Prozess/ Rolle von Personen).

**M 21/23.** Das Startprogramm der Union enthält 49 einzelne Punkte, die zur Hälfte auf Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt zielen, und ansonsten dem Feld der inneren Sicherheit und der ökologischen Entwicklung gelten. Stoiber sprach davon, das Sofortprogramm sei „unter ein einziges Ziel gesetzt“: die Senkung der Arbeitslosigkeit. So sollen unter anderem der Rahmen für Zeitarbeitsverhältnisse und der Spielraum für betriebliche Bündnisse erweitert werden. Ältere Arbeitslose sollen bei der Arbeitsaufnahme zwischen Kündigungsschutz und Abfindung wählen können, sogenannte 400-Euro-Jobs sollen zur Stärkung des Niedriglohnssektors eingeführt werden. Arbeitsminister Riester (SPD) sagte, das Programm sei untauglich, Wachstum und Beschäftigung voranzubringen. (B. P., 31.08., Nr. 11, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/24.** Diese Vorlage wollte Bundeskanzler Schröder seinem Herausforderer Stoiber gewiss nicht liefern. Aber vier Millionen Arbeitslose im August sind ein Negativsaldo, der es dem Kanzlerkandidaten der Union leicht macht, einen Gegenentwurf zur rot-grünen Regierungszeit zu präsentieren. (K. P., 31.08., Nr. 12, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/25.** Stoiber nennt in seinem Startprogramm die Zielsetzung „Arbeit für alle“ die wichtigste soziale Frage. Die Hälfte aller Einzelpunkte ist dem gewidmet. (K. P., 31. August 2002, Nr. 12, Politischer Prozess/ Priorisierung von Policies).

**M 21/26.** Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber argumentierte gegen die Linie der Bundesregierung, als präsentiere er das Ergebnis von Verhandlungen einer Koalition von Union und FDP. Steuererhöhungen seien „Gift“ für die Konjunktur und für den Arbeitsmarkt. (B. P., 31.08., Nr. 14, Rolle/ Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl).

**M 21/27.** Vom ersten Tag an müsse für jedes Mitglied seiner Regierung der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit absolut im Mittelpunkt stehen. Alle Entscheidungen seien dem einen Ziel unterzuordnen, noch im Herbst die Weichen auf Aufschwung zu stellen. Diese Selbstverpflichtung Edmund Stoibers klingt kaum anders als vor vier Jahren die Ankündigung von Gerhard Schröder, seine Regierung werde jede Maßnahme und jedes Instrument daraufhin überprüfen, ob es vorhandene Arbeit sichere oder neue Arbeit schaffe. Was davon zu halten war, wurde im darauffolgenden Frühjahr deutlich, als Rot-Grün die Reformgesetze der Kohl-Regierung bei Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung zurücknahm und das Gesetz gegen Scheinselbständigkeit verabschiedete. Eine Stoiber-Regierung müsste schon schneller Farbe bekennen: Schon bis Jahresende wollen CDU und CSU – gestützt auf ihre Mehrheit in der Länderkammer – die wichtigsten Reformen durch Bundestag und Bundesrat schleusen. Rücksicht auf die im Februar 2003 anstehenden Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen wird die Union dabei nicht nehmen. Das hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel versprochen. Man wird sie und den Kanzlerkandidaten gerne beim Wort nehmen – zumal weder der angekündigte Kassensturz noch die Folgeschäden des Hochwassers eine Ausrede bieten, die notwendigen Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt zu unterlassen. (K. W., 31.08., Nr. 15, Policy-Prozess, Durchsetzung bzw. Umsetzung von Policies).

**M 21/28.** Stoiber machte die Politik der rot-grünen Regierung und Bundeskanzler Schröder (SPD) persönlich für die Zahl von mehr als vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland verantwortlich. „Soziale Gerechtigkeit ist für die SPD ein Fremdwort geworden.“ (B. P., 02.09., Nr. 17, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/29.** Stoiber werde von der FDP vor der Bundestagswahl „keinen Blankoscheck bekommen“, sagte (*Guido, fs*) Westerwelle am Sonntag auf einem Wahlkongreß in Konstanz. Zur Bedingung für eine Koalition machte der FDP-Vorsitzende grundlegende Reformen bei Bildung, Steuersystem und Arbeitsmarkt. Westerwelle sagte der Zeitung „Der Tagesspiegel“, die FDP wolle nach der Wahl „am liebsten mit beiden“ - mit der Union wie mit der SPD - verhandeln, um zu sehen, mit welchem Regierungspartner sie die meisten ihrer Vorstellungen durchsetzen könne. (...) (*Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer, fs*) Brüderle gab an, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sei eine deutliche Bedingung der FDP für die Teilnahme an einer Koalition. (B. P., 02.09., Nr. 17, Bedeutung des Themas für Koalitionsverhandlungen nach der Wahl).

**M 21/30.** (*Angela, fs*) Merkel sagte der „Sonntagszeitung“, sie rechne mit Widerstand der Gewerkschaften gegen die Arbeitsmarktreformen, die die Union im Falle eines Wahlsieges verwirklichen wolle. Merkel nannte als Beispiele etwa betriebliche Bündnisse für Arbeit, mit denen die Tarifbestimmungen flexibilisiert werden könnten. (B. P., 02.09., Nr. 17, Policy-Prozess/ Durchsetzung von bzw. Widerstand gegen Policies).

**M 21/31.** Der stellvertretende FDP-Vorsitzende (*Rainer, fs*) Brüderle warf der Union in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vor, sie lege sich in ihrem Wahlprogramm nicht deutlich genug auf Reformen des Arbeitsmarktes fest. (B. P., 02.09., Nr. 17, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/32.** Mit den Formulierungen nimmt es Florian Gerster dieser Tage ganz genau. Daran sollen die mehreren hundert Zuhörer in der Kantine des Hanauer Technologiekonzerns Heraeus keinen Zweifel haben. So weist sie der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit gleich zu Beginn der Veranstaltung darauf hin, wie das Thema formuliert ist. „Wie kann die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbiert werden?“ lautet es, und nicht etwa „Kann die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbiert werden?“ oder gar „Wie kann die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis 2005 halbiert werden?“ „Diese Fragestellungen hätten es mir schwerer gemacht“, meint er. Denn der ehemalige rheinland-pfälzische Landesminister hat sich in den vergangenen Tagen beträchtlichen Ärger eingehandelt, als er Zweifel anmeldete, ob die Hartz-Kommission ihr Ziel einer Halbierung der Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Jahren erreichen werde. Gerster muß sich mühen, sein in der Öffentlichkeit verblaßtes Bild als Reformier wieder aufzufrischen. Da paßt es nicht, nur als Querulant wahrgenommen zu werden. Im Trubel um die Hartz-Kommission bleibt Gerster bisher nur eine undankbare Nebenrolle. Während der VW-Manager Peter Hartz in den vergangenen Wochen fast täglich mit strahlendem Lächeln für die Fernsehkameras Stufen hinunterschritt und aus Türen austrat, mußte sich der Mann in Nürnberg auf stilles Zuhören und das Überbringen allmonatlicher Hiobsbotschaften beschränken: 3,95 Millionen Arbeitslose im Juni, 4,1 Millionen im Juli und auch am kommenden Donnerstag wird, wenn er zum letzten Mal vor der Bundestagswahl auftritt, die Zahl wohl wieder die Viermillionenmarke überschreiten. So mancher glaubte sich gar an die Auftritte von Amtsvorgänger Bernhard Jagoda erinnert, wenn der Mann an der Spitze wieder einmal nüchtern und akribisch genau die neueste Statistik präsentierte. Kein Wunder also, daß Gerster in Hanau den Namen Hartz erst nach einer Dreiviertelstunde nennt, auch auf den von der Kommission verordneten Umbau seiner Behörde kommt er erst am Ende zu sprechen. Gerster will nicht schon wieder die Konfrontation mit der Bundesregierung suchen. (...) Der Druck auf den Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt ist angesichts der unentwegt weiter steigenden Arbeitslosenzahlen so groß wie nie zuvor. Auch wenn Gerster ankündigt, daß sein 90.000-Mitarbeiter-Apparat die Reform aus sich selbst heraus meistern könne, scheinen Zweifel nicht unberechtigt. Kommen doch gleichzeitig aus der Behörde Stimmen, die nach mehr Personal rufen, Change-Manager für den Umbau fordern und damit das Ziel eines schlankeren Dienstleistungsunternehmens konterkarieren. Zudem hat Gerster selbst erfahren, wie langsam die Mühlen in Nürnberg mahlen. Da dauert es Wochen und Monate, bis Dienstanweisungen neu formuliert und unverständliche Abkürzungen aus den Rundschreiben eliminiert sind. Zeit aber hat er nicht, soll bis 2005 tatsächlich die Arbeitslosigkeit halbiert sein. Peter Hartz hat sich im Schnelldurchgang schon seinen

Ruf als Reformkünstler verschafft, Florian Gerster steht das in einem ungleich mühsameren Prozess noch bevor. Kein Wunder, daß er sensibel auf Formulierungen reagiert. (B. P., 02.09., Nr. 18, Politischer Prozesse/ Rolle von Personen).

**M 21/33.** Viel lieber referiert der frühere Minister (*Florian Gerster, fs*) über die Wurzeln des deutschen Sozialstaates und über die Ignoranz der Medien, die die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch am kommenden Donnerstag wieder einmal nur auf die Frage reduzieren werden, ob die Zahl der Erwerbslosen mehr oder weniger als vier Millionen beträgt. Es ist ihm anzumerken, wie sehr ihn diese allzu simple Sicht der allmonatlichen Routineveranstaltung schon nach fünf Monaten im Amt ermüdet hat, ebenso wie die Erwartung, daß sich mit Reformen in der Nürnberger Zentrale und den 181 Arbeitsämtern allein das Problem der Erwerbslosigkeit löst. (B. P., 2.09., Nr. 18, Politischer Prozess/ Rolle der Medien).

**M 21/34.** Der erste der von der Bundesregierung aus dem Hut gezauberten Reformer des Arbeitsmarktes (*BA-Chef Florian Gerster, fs*) will ein größeres Rad drehen. Aus Gersters Sicht krankt das deutsche System nicht nur daran, daß es zu lange dauert, bis Erwerbslose wieder auf eine neue Stelle vermittelt werden. Es sind die hohen Lohnnebenkosten, die viele Arbeitsplätze schlicht zu teuer machen. „Welcher Handwerker kann sich denn heute leisten, einen weiteren Handwerker bei sich zu beschäftigen“, ruft er unter lautem Beifall - unbekümmert darum, daß er damit auch die Politik seiner eigenen Partei geißelt. Es geht – schließlich darum, überzogene Erwartungen zu relativieren und Schaden am eigenen Bild von vornherein abzuwenden. (B. P., 2.09., Nr. 18, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier BA-Chef Gerster).

**M 21/35.** Altkanzler Helmut Schmidt wird von (*Friedrich, Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag, fs*) Merz mit seiner jüngsten Feststellung, mangelndes Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit seien „hausgemacht“, dabei gern als Kronzeuge gegen die Regierung Schröder in Anspruch genommen. (R. P., 04.09., Nr. 22, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/36.** Die Finanzierung der Flutfolgen führt (*Friedrich Merz bei seinem Wahlkampfauftritt, fs*) zum Thema Arbeitslosigkeit, von dort ist es nur ein Schritt zu den Problemen der Sozialsysteme. Weder Kranken- noch Pflegeversicherung, weder das Renten- noch das Gesundheitssystem seien in Ordnung und Regierungen mit mehr als vier Millionen Arbeitslosen würden abgewählt. (R. P., 04.09., Nr. 22, Machtfragen).

**M 21/37.** Wichtiger, als die Positionen, die Merz (*bei einem Wahlkampfauftritt im Ostseebad Zingst auf Usedom, fs*) vertritt, ist die Art, wie er seine Haltung begründet und wie er Zusammenhänge darstellt. Die Arbeitslosigkeit ist dafür ein dankbares Thema. Den vier Millionen Arbeitlosen stellt er die 1,5 Mio. offenen Stellen gegenüber. Die Frage, warum diese Stellen denn nicht von Arbeitslosen besetzt würden, beantwortete er mit einem Privatissimum über die Besonderheiten des deutschen Sozialsystems. Dieses System habe dazu geführt, dass es inzwischen „Sozialhilfeempfänger-Karrieren in der zweiten und dritten Generation mit der Zielsetzung gebe, nie mehr einen Arbeitsplatz einzunehmen“. Außerdem habe man dank Kinder- und Erziehungsgeld als Sozialhilfeempfänger mehr Geld in der Tasche als man durch geregelte Arbeit verdienen könnte. Merz erläutert dies betont sachlich und nüchtern. Dann hält er kurz inne, ehe er sagt, was alle empfinden: „Es muß wieder so in Deutschland werden, dass derjenige, der Arbeit, mehr Geld bekommt als der, der Sozialleistungen in Anspruch nimmt. (...) Am Prinzip, die eigene politische Programmatik so darzustellen, daß die eigenen Schlußfolgerungen vom Zuhörer mitvollzogen, ja schon vorweggenommen werden, noch bevor der Redner sie ausgesprochen hat, orientiert sich der CDU-Politiker auch bei anderen Themen... (R. P., 04.09., Nr. 22, Wahlkampf/ Art der Kommunikation)

**M 21/38.** Wann gab es eine Wahl wie diese, vor der fast im Wochenrhythmus die Schlagzeilen und Themen wechseln, von Hartz-Kommission zu Bonusmeilen, von Jahrhundertflut zu Kandidatenduell, von Irak zu Arbeitslosenstand? Und jedes neue Thema nährt bei den politi-

schen Protagonisten – je nach Ausgangsposition – die Hoffnung oder die Angst, jäh vor einer völlig neuen Ausgangslage für die Wahl zu stehen. (Ga. P., 04.09., Nr. 23, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 21/39.** Solange die wirtschaftlichen Aussichten unsicher sind, werden andere Themen die Besorgnis der Bevölkerung über die Sicherheit der Arbeitsplätze immer nur sehr kurzfristig überlagern können. Zurzeit nimmt die Skepsis wieder zu, ob in absehbarer Zukunft bei Konjunktur und Arbeitsmarkt mit einer merklichen Besserung zu rechnen ist. Der Anteil der Bevölkerung, den die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sehr besorgt stimmt, hat seit Ende letzten Jahres von 39 auf 50 Prozent zugenommen. (Ga. P., 04.09., Nr. 23, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler bzw. Bürger).

**M 21/40.** Eine FDP, die sich alles offenhält, hat gute Aussichten auf eine Rückkehr an die Macht. Andererseits kann das den Eindruck der Beliebigkeit erwecken. Diese Haltung hat der FDP 1969 eher geschadet als genutzt, ihr Stimmenanteil ging im Vergleich zur Wahl von 1965 von 9,5 auf 5,8 Prozent zurück. Obwohl offenbar war, daß insbesondere die deutschland- und außenpolitischen Überzeugungen der FDP eher von der SPD geteilt wurden, verfocht die FDP ihren „Unabhängigkeitskurs“ bis kurz vor der Wahl. Drei Tage vor der Stimmabgabe wechselte der Parteivorsitzende Scheel in einer Fernsehsendung den Kurs der FDP und erklärte seine Präferenz für eine Koalition mit der SPD. Diesmal stehen die Vorzeichen anders, FDP und SPD haben wenige Gemeinsamkeiten bei Steuern, Arbeitsmarkt, Gesundheit oder Bildung. (B. P., 05.09., Nr. 25, Wahlkampf/Wahlkampfaktik).

**M 21/41.** An diesem Donnerstag wird sich die Aufmerksamkeit in ganz Deutschland wieder einmal auf eine einzige Zahl richten: darauf, wie viele Menschen hierzulande bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet sind. Für die Mitarbeiter in der Bundesanstalt wie für ihren Chef ist die allmonatliche Aufregung um den aktuellen Wert immer wieder Grund zum Kopfschütteln. Denn das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt ist bei weitem vielschichtiger, als ein paar Ziffern suggerieren können. Außerdem sind die drei oder vier Komma etwas Millionen noch nicht einmal der beste Indikator für die Verfassung des Arbeitsmarktes. Saisonbereinigte Daten oder die Entwicklung der Erwerbstätigkeit spiegeln das Geschehen weit besser wider. Sie aber schaffen es nur selten in die Schlagzeilen oder Nachrichtensendungen. (...) Die ganze Prozedur (*der Rechnung der Zahlen, fs*) dauert etwa vier Tage, dann vergehen weitere drei Tage, bis der gut 30 Seiten dicke Arbeitsmarktbericht auf dem Tisch liegt. Damit ausgerüstet, tritt BA-Chef Florian Gerster vor die Presse, um die drängendste Frage zu beantworten: Liegt die eine einzige Zahl über oder unter vier Millionen? (B. W., 05.09., Nr. 27, Politischer Prozess/ Rolle der Medien).

**M 21/42.** Für die Mitarbeiter in der Bundesanstalt wie für ihren Chef ist die allmonatliche Aufregung um den aktuellen Wert (*der Arbeitslosenzahlen, fs*) immer wieder Grund zum Kopfschütteln. Denn das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt ist bei weitem vielschichtiger, als ein paar Ziffern suggerieren können. Außerdem sind die drei oder vier Komma etwas Millionen noch nicht einmal der beste Indikator für die Verfassung des Arbeitsmarktes. Saisonbereinigte Daten oder die Entwicklung der Erwerbstätigkeit spiegeln das Geschehen weit besser wider. Sie aber schaffen es nur selten in die Schlagzeilen oder Nachrichtensendungen. Dennoch erhebt die Nürnberger Behörde unverdrossen jeden Monat eine schier unüberschaubare Masse an Daten. Neben der Erwerbslosenzahl gehören dazu die Zu- und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit, die Zahl der Erwerbstätigen, der Teilnehmer an Förderprogrammen, der Leistungsempfänger, die Bewegungen auf dem Stellenmarkt, die Vermittlungen, nicht zu sprechen von der Arbeitslosigkeit einzelner Gruppen wie Frauen, Arbeiter, Jüngere, Ältere, Langzeitarbeitslose, Schwerbehinderte und Ausländer, jeweils in Ost und West. Insgesamt würden mehrere zehn Millionen Einzeldaten erfaßt, schätzt Wolfgang Kohr, Referent im Bereich Arbeitsmarktstatistik. Diese fließen der Zentrale in Nürnberg jeden Abend auf elektronischem Wege zu. An einem Tag in der letzten Woche des Monats, dem „statistischen Zähltag“, ruft die zuständige Abteilung überdies den gesamten Datenbestand aus den 181 Ämtern ab und gleicht ihn mit den täglich erhobenen Informationen ab. Auch dies passiert in

Sekundenschnelle auf elektronischem Wege. Allerdings kommt es bei 181 Ämtern auch immer wieder zu Störungen, bei denen Kohr und seine beiden Kollegen eingreifen müssen. Neben solchen Reparaturarbeiten tauschen sie außerdem Zahlen mit dem Statistischen Bundesamt aus, berechnen die saisonbereinigten Werte und die Arbeitslosenquote nach EU-Standard. Die ganze Prozedur dauert etwa vier Tage, dann vergehen weitere drei Tage, bis der gut 30 Seiten dicke Arbeitsmarktbericht auf dem Tisch liegt. Damit ausgerüstet, tritt BA-Chef Florian Gerster vor die Presse, um die drängendste Frage zu beantworten: Liegt die eine einzige Zahl über oder unter vier Millionen? (B. W., 05.09., Nr. 27, Politischer Prozess/ Zustandekommen der monatlichen Arbeitslosenstatistik).

**M 21/43.** Die Union bezeichnete die Arbeitsmarktzahlen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) am Donnerstag als „verheerende Schlußbilanz“ der rot-grünen Koalition. (...) Er (*Edmund Stoiber, fs*) wies darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen noch um 800.000 höher liegen würde, wenn die Zahl der Arbeitnehmer in den letzten vier Jahren durch den Geburten-schwund nicht um 800.000 Personen zurückgegangen wäre. Schröder habe sein wichtigstes Wahlversprechen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen bis zum Jahre 2002 zu senken, gebrochen. All dies zeige, daß Schröder und seine Regierung keinen Weg wüßten, der aus der „Job-Misere“ herausführe. (B. P., 06.09., Nr. 31, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/44.** Arbeitgeberpräsident Hundt sagte (*als Reaktion auf die neuen Arbeitsmarktdaten, fs*), es gebe keine Anzeichen für den von (*Arbeitsminister, fs*) Riester prognostizierten „Konjunkturfrühling“. Die Politik habe notwendige Strukturreformen verschlafen. (B. P., 06.09., Nr. 31., Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Arbeitgeberfunktionär).

**M 21/45.** Der FDP-Vorsitzende Westerwelle warf (*als Reaktion auf die neuen Arbeitsmarktdaten, fs*) der früheren Kohl-Regierung und der rot-grünen Koalition Versagen vor. Beide hätten sich durch eine Politik des „Aussitzens“ oder der „ruhigen Hand“ vor „unbequemen Wahrheiten“ gedrückt. (B. P., 06.09., Nr. 31, Konflikt, Kritik am politischen Gegner).

**M 21/46.** SPD-Generalsekretär Müntefering machte Stoiber für die schlechte Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt mitverantwortlich. Wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Stiegler verwies er darauf, daß in Bayern im Vergleich zum Vorjahresmonat die Arbeitslosigkeit um 19,5 Prozent und im Vergleich zu Juli um 3,8 Prozent gestiegen ist. „Wenn Stoiber in seinem Bundesland im Bundestrend läge, wäre die Arbeitslosigkeit schon jetzt unter vier Millionen.“ (B. P., 06.09., Nr. 31, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/47.** Gespannt darf man nun sein, ob der Wähler dieser Koalition wegen des offenkundigen Versagens in Kürze das Vertrauen tatsächlich entzieht oder ob sich eine Mehrheit findet, die sich von Gerhard Schröder geschickter Kombination aus Ausreden – schuld an der deutschen Misere sei die international schlechte Konjunktur – und dem Wecken neuer Hoffnungen unter dem Stichwort „Hartz“ überzeugen lässt. (K. P., 06.09., Nr. 32, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/48.** Nicht nur Sozialdemokraten und Grüne haben deutlich gemacht, dass sie diese Störungen (*des Arbeitsmarktes, fs*) im Falle einer Wiederwahl nicht beseitigen wollen. Auch die Union hat in ihren Programmen notwendige Korrekturen mit Rücksichten auf die Gewerkschaften bereits ausgeschlossen, immerhin aber hält sie sich die eine oder andere Tür – etwas beim Kündigungsschutz – noch offen. Zu mehr Hoffnung berechtigen allein die Vorstellungen der Freien Demokraten – so sie denn umgesetzt werden. (K. P., 06.09., Nr. 32, Politischer Prozess/ Durchsetzung von Policies).

**M 21/49.** Lange hatte Bernhard Jagoda (CDU) sich geziert, die heiß ersehnte Wende auf dem Arbeitsmarkt zu verkünden. Als Bundeskanzler Kohl schon vorhersagte, möglicherweise könne im Herbst 1998 die Marke von vier Millionen Erwerbslosen unterschritten werden, hielt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA) noch tapfer dagegen: Anzeichen dafür seien

noch nicht am Horizont erkennbar, sagte er bei der Bekanntgabe der Juni-Zahlen. Von einer Trendumkehr wollte Jagoda erst sprechen, wenn die Arbeitslosigkeit drei Monate hintereinander niedriger liege als im Jahr zuvor. Das war weder im Juni noch im Juli der Fall. Erst die August-Zahlen brachten das von der schwarz-gelben Regierung erhoffte Signal. „Aus unserer Sicht ist die Trendwende in ganz Deutschland vollzogen“, verkündete Jagoda schließlich am 8. September 1998 in Nürnberg, gerade noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl.

Der Christdemokrat, stets ein treuer und loyaler Diener des Staates, hat damals im Wissen um die Bedeutung der Nürnberger Zahlen für den Wahlkampf versucht, die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit seines Amtes zu bewahren. Es mehrten sich aber auch kritische Stimmen, die seine Standfestigkeit nur als Taktik angesichts des immer wahrscheinlicher werdenden Machtwechsels nach der Bundestagswahl werteten. Jagodas Amtszeit würde am 31. Januar 2001 enden; für eine Verlängerung mußte er sich das Wohlwollen der neuen Regierung sichern. Und Jagoda wußte, wie es ist, wenn man plötzlich ins Nichts fällt: Im Januar 1987 hatte er knapp die Rückkehr in den Bundestag verfehlt, erst im Juni machte ihn der damalige Arbeitsminister Blüm zum beamteten Staatssekretär.

Jagodas Nachfolger Florian Gerster (SPD) braucht sich zumindest finanziell keine Sorgen zu machen. Dem Vernehmen nach ist sein Jahresgehalt von 250.000 Euro für fünf Jahre garantiert. Anders als sein verbeamteter Vorgänger kann der amtierende Vorstandsvorsitzende aber „bei gestörtem Vertrauensverhältnis oder aus sonstigem wichtigen Grund“ entlassen werden.

Während Jagoda auf die Überparteilichkeit seines Amtes pochte, demonstriert Gerster ein ums andere Mal seine innere Unabhängigkeit. In den vergangenen Wochen hat er seine Parteifreunde und die Gewerkschaften mehrfach mit der Forderung nach Leistungskürzungen erzürnt. Und am Donnerstag bescheinigte er denen, die es hören wollten, nochmals die Wirkungslosigkeit des Job-Aktiv-Gesetzes, das die rot-grüne Koalition zum Herzstück ihrer Arbeitsmarktpolitik erhoben hat. Beide – Jagoda sicher weniger als Gerster – haben auf jeweils eigene Weise dem Drängen ihrer Parteifreunde in der Bundesregierung widerstanden, sich für den Wahlkampf vereinnahmen zu lassen.

Die Politiker indessen sind schon eher der Versuchung erlegen, die Nürnberger Statistik zu schönen. So hat die Kohl-Regierung im Wahljahr 1998 die aktive Arbeitsmarktpolitik kräftig ausgeweitet. Die Zahl der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) schnellte zwischen Januar und August 1998 von 132.000 auf 262.000 hoch (und kletterte bis November weiter auf 302.000). Auch in Strukturanpassungsmaßnahmen waren im August 1998 mit 206.000 Teilnehmern doppelt so viele Personen beschäftigt wie im Januar (104.000). Während Kohl im August 1998 schon verkündete, der Aufschwung sei da, gestand der damalige Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) ein, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern weitgehend auf staatliche Entlastungsmaßnahmen zurückzuführen sei. Sechs von zehn Vermittlungen in den neuen Ländern, kritisierte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), seien auf befristete Stellen oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) erfolgt. Zudem seien die Erwerbslosenzahlen nur deshalb gesunken, weil viele tausend Betroffene der neuen Pflicht nicht nachgekommen seien, sich alle drei Monate beim Arbeitsamt zu melden.

In einer Handreichung, die zur „Versachlichung“ der Diskussion beitragen soll, stellte Bundesarbeitsminister Riester (SPD) diesen Daten seine eigene Bilanz entgegen: Die Zahl der Teilnehmer an ABM- und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) ging danach zwischen Januar und August 2002 sogar leicht von 129.000 auf 126.000 sowie von 70.000 auf 65.000 zurück. Diese Daten scheinen seine Ankündigung zu bestätigen, die rot-grüne Regierung werde eine „knochenehrliche“ Politik betreiben und auf Wahlkampf-ABM verzichten.

Erste Auflösungstendenzen dieser harten Linie wurden allerdings schon sichtbar. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik würden „nachgesteuert“, weil der erste Arbeitsmarkt

nicht so viel hergibt, wie wir gerne hätten", erläuterte der neue BA-Chef Gerster im Juni. „Wir versuchen, was in diesem Jahr an neuen Maßnahmen noch sinnvoll begonnen werden kann, auch anzuregen.“ In der Tat hat sich der Bestand an ABM-Teilnehmern zwischen Juni und August erhöht, allerdings nur leicht um 8000 Personen. Stärkere Entlastung kam auf anderem Wege. So haben – dem Vernehmen nach auch auf aktives Anraten der Ämter – immer mehr Arbeitslose die Regelung nach Paragraph 428 des Sozialgesetzbuchs III in Anspruch genommen. Danach können Achtundfünfzigjährige oder Ältere auf die Vermittlungsanstrengungen der Ämter verzichten. Sie erhalten dann zwar weiterhin Arbeitslosengeld, werden aber nicht mehr in der Nürnberger Statistik geführt. Die Zahl dieser Fälle ist im August gegenüber dem Vorjahr um 66.000 gestiegen.

Außerdem wurden aus den Reihen der rot-grünen Koalition mehrfach Überlegungen geäußert, die Nürnberger Statistik zu ändern. Riester stellte das Vorhaben aber auf die Zeit nach dem 22. September zurück, um den Vorwurf der Manipulation zu entkräften. Geplant war, alle diejenigen gesondert auszuweisen, die sich zwar arbeitslos melden, aber an einer Vermittlung nicht interessiert seien, weil sie schon eine neue Stelle in Aussicht haben oder den Arbeitslosenstatus nur benötigen, um sozialrechtliche Ansprüche zu sichern.

Ein sehr viel wirkungsvolleres Statistik-Verschönerungsprogramm – das in seiner Wirkung der Einführung der Sozialversicherungspflicht für Geringverdiener gleichkommt – hält der Bericht der Hartz-Kommission bereit, den die Regierung unmittelbar nach der Wahl eins zu eins umsetzen will. Dann nämlich könnten aus vielen hunderttausend Arbeitslosen kurzfristig Beschäftigte werden: als Leiharbeiter der neuen Personal-Service-Agenturen. (B. P., 06.09., Nr. 33, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/50.** Während Jagoda auf die Überparteilichkeit seines Amtes pochte, demonstriert Gerster ein ums andere Mal seine innere Unabhängigkeit. In den vergangenen Wochen hat er seine Parteifreunde und die Gewerkschaften mehrfach mit der Forderung nach Leistungskürzungen erzürnt. Und am Donnerstag bescheinigte er denen, die es hören wollten, nochmals die Wirkungslosigkeit des Job-Aktiv-Gesetzes, das die rot-grüne Koalition zum Herzstück ihrer Arbeitsmarktpolitik erhoben hat. (B. W., 06.09., Nr. 33, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von BA-Chef Florian Gerster).

**M 21/51.** Oh, sagten sie doch, was sie denken! Oder denken sie wirklich, was sie sagen? Wohl kaum. Gerhard Schröder weiß, dass die Vorschläge der Harz-Kommission kein Jota an der machtbedingten Fehlsteuerung des Arbeitsmarktes ändern. Öffentlich aber feiert er sie als Masterplan des Durchbruchs zur einer „Neuen Ordnung“ des Arbeitsmarktes. (...) Einen zielführenden Wettbewerb der Ideen zur Besserung der Zustände gibt es schon deshalb nicht, weil bereits der Befund wortreich vernebelt wird. Und das gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt. (Ga. W., 06.09., Nr. 35, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/52.** Oh, sagten sie doch, was sie denken! Oder denken sie wirklich, was sie sagen? Wohl kaum. Gerhard Schröder weiß, dass die Vorschläge der Harz-Kommission kein Jota an der machtbedingten Fehlsteuerung des Arbeitsmarktes ändern. Öffentlich aber feiert er sie als Masterplan des Durchbruchs zur einer „Neuen Ordnung“ des Arbeitsmarktes. Auch Edmund Stoiber weiß, daß im Zentrum der sozial schädlichen Machtstrukturen des Arbeitsmarktes die Gewerkschaften sitzen und dass sich nichts bessern kann, solange die Politik auf deren Regelungsansprüche Rücksicht nimmt. Aber er sagt das nicht. Einen zielführenden Wettbewerb der Ideen zur Besserung der Zustände gibt es schon deshalb nicht, weil bereits der Befund wortreich vernebelt wird. Und das gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt. (Ga. W., 06.09., Nr. 35, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/53.** Oh, sagten sie doch, was sie denken! Oder denken sie wirklich, was sie sagen? Wohl kaum. Gerhard Schröder weiß, dass die Vorschläge der Harz-Kommission kein Jota an der machtbedingten Fehlsteuerung des Arbeitsmarktes ändern. Öffentlich aber feiert er sie als Masterplan des Durchbruchs zur einer „Neuen Ordnung“ des Arbeitsmarktes. Auch Ed-

mund Stoiber weiß, dass im Zentrum der sozial schädlichen Machtstrukturen des Arbeitsmarktes die Gewerkschaften sitzen und dass sich nichts bessern kann, solange die Politik auf deren Regelungsansprüche Rücksicht nimmt. Aber er sagt das nicht. Einen zielführenden Wettbewerb der Ideen zur Besserung der Zustände gibt es schon deshalb nicht, weil bereits der Befund wortreich vernebelt wird. Und das gilt nicht nur für den Arbeitsmarkt. (Ga. W., 06.09., Nr. 35, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von Gastkommentator/ Kolumnist Hans D. Barbier, Vorsitzender der Ludwig-Ehrhard-Stiftung).

**M 21/54.** Es mag ja für Politiker reflexhaft naheliegen, sich den Zuspruch von Gruppenvertretungen zu sichern, denen es – wie etwa den Gewerkschaften – gelungen ist, ihren Machtanspruch mit dem Dignitätsanschein tätiger Sorge um die sozial Schwachen zu verbinden. Aber ein Politiker, der sich um ein Mandat bewirbt, und in Regierungsämter strebt, muss doch eigentlich sagen wollen und sagen dürfen, daß eine Politik für mehr Beschäftigung die Entmachtung derer voraussetzt, die den Arbeitsmarkt zu ihrer sozial dräpierten Beute gemacht haben. (Ga. W., 06.09., Nr. 35, Machtfragen)

**M 21/55.** Stoiber will (*im zweiten TV-Duell, fs*) hingegen offenbar den Hauptakzent auf die hohe Arbeitslosigkeit als „zweite nationale Katastrophe“ setzen, nachdem das erste Streitgespräch im Zeichen der Flutkatastrophe gestanden hatte. (B. P., 07.09., Nr. 36, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/56.** Schröder äußerte, daß im August dieses Jahres 70.000 Menschen weniger ohne Beschäftigung gewesen seien als im August 1998. Der Bundeskanzler behauptete, Stoiber spiele sich als Robin Hood auf. Die Arbeitslosigkeit gehe vor allem auf weltwirtschaftliche Schwierigkeiten zurück. (...) Stoiber wies den Vorwurf des Bundeskanzlers zurück, die Arbeitslosigkeit habe vor allem in Bayern zugenommen. (B. P., 09.09., Nr. 38, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/57.** Der Unionskandidat (Edmund Stoiber) warf Schröder vor, sein Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu senken, nicht erfüllt zu haben. Stoiber sagte, für ihn sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze das zentrale Thema des Wahlkampfs. Entscheidend sei es, daß aus mehr Arbeitslosen wieder Zahler von Beiträgen in die Sozialversicherungssysteme würden. Wenn das nicht gelinge, „dann werden wir unsere Probleme, die Geld kosten, nicht lösen können“. Stoiber wies den Vorwurf des Bundeskanzlers zurück, die Arbeitslosigkeit habe vor allem in Bayern zugenommen. Eine Arbeitslosenquote wie in Bayern würde nach Meinung des Kanzlerkandidaten bedeuten, daß im Durchschnitt in ganz Deutschland nur 2,5 Millionen Menschen arbeitslos wären. Schröder habe sich nur als Genosse der Bosse betrachtet und den Mittelstand überhaupt nicht beachtet. (B. P., 09.09., Nr. 38, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/58.** Stoiber sagte, für ihn sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze das zentrale Thema des Wahlkampfs. (B. P., 09.09., Nr. 38, Wahlkampf/ Themenmanagement)

**M 21/59.** Wahlen drehen sich nicht um die Außenpolitik, in Wahlen geht es um die Wirtschaft und den Wohlstand. Das Diktum Clintons von 1992 „It's the economy, stupid“, gilt auch im deutschen Wahlkampf des Jahres 2002, allerdings mit Einschränkung. An der schlechten Wirtschaftslage, insbesondere der Massenarbeitslosigkeit, hat sich in den vergangenen Wochen kaum etwas geändert. Dennoch gewannen die SPD und ihr Vorsitzender, der Bundeskanzler, verlorene Popularität zurück. Schröder gelang es, sich besonders in Ostdeutschland als wirtschaftliche Kompetenz darzustellen, indem er nach der Flut ein Füllhorn von Versprechen ausgoss. (K. P., 09.09., Nr. 39, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/60.** In sieben Programmpunkten legte die Partei (*die FDP, fs*) zwei Wochen vor der Bundestagswahl ihre Bedingungen für eventuelle Koalitionsgespräche fest. Dabei wurden die Themen Steuern, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Außenpolitik, Verkehr, Verfassungsrecht jeweils durch eigene allgemeine Bekenntnisse und konkrete Forderungen ergänzt. (...) Die

Partei will außerdem nur einen Koalitionsvertrag unterzeichnen, der vorsieht, die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von 325- auf 650-Euro-Tätigkeiten auszudehnen. (B. P., 09.09., Nr. 40, Bedeutung für Koalitionsverhandlungen).

**M 21/61.** Zwei Wochen vor der Bundestagswahl haben in den Medien Spekulationen über die Rolle der Unionspolitiker Schäuble, Späth und Seehofer in einem möglichen Kabinett Stoiber begonnen. Nach einem Bericht der Zeitschrift „Spiegel“ hat Stoiber dem Sozialpolitiker Seehofer, der im Falle eines Wahlsiegs der Union Sozialminister werden soll, die Zuständigkeit nicht nur für Rente, Pflege und Gesundheit, sondern auch für die Arbeitslosenversicherung zugesagt. Das stünde im Widerspruch zu der von Stoiber öffentlich bekannten Absicht, dem derzeitigen Chef der Jenoptik Späth nicht nur das Wirtschaftsministerium zu übertragen, sondern auch die Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik. Die bayerische Staatskanzlei dementierte die Meldung. (B. P., 09.09, Nr. 41, Personen/ Personalspekulationen).

**M 21/62.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Union und FDP mit „Massenprotesten“ gedroht, falls diese nach einem Wahlsieg betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglicht und die Arbeitslosenhilfe abschaffen sollten. „Wer das macht, kriegt Ärger“, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (SPD) am Samstag vor rund 11.000 Besuchern auf der zentralen Wahlkampfveranstaltung der Gewerkschaften in Dortmund. (B. W., 09.09., Nr. 42, Politischer Prozess/ Widerstand gegen Policies).

**M 21/63.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Union und FDP mit „Massenprotesten“ gedroht, falls diese nach einem Wahlsieg betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen und die Arbeitslosenhilfe abschaffen sollten. „Wer das macht, kriegt Ärger – und zwar richtig Ärger“, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (SPD) am Samstag vor rund 11.000 Besuchern auf der zentralen Wahlkampfveranstaltung der Gewerkschaften in Dortmund. Die betrieblichen Beschäftigungsverhältnisse sollten „die Erpressung der Betriebsräte und ganzer Belegschaften möglich machen und so den Weg bereiten für niedrige Löhne und längere Arbeitszeiten“. Zudem wollten Union und FDP Arbeitslose in die Sozialhilfe abdrängen. Der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel (SPD) warf Union und FDP vor, mit ihren Angriffen auf die Tarifautonomie einen Grundpfeiler des modernen und sozialen Deutschlands zu zerstören. (B. W., 09.09., Nr. 42, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von den Gewerkschaften bzw. der IG Metall).

**M 21/64.** Der Sozialkontrakt sollte das bisherige Prestigeprojekt der Gewerkschaften, das „Bündnis für Arbeit“, ablösen. Zwickels Bündnisidee hatte sich Gerhard Schröder bei seinem Amtsantritt zwar zu eigen gemacht, um die Arbeitnehmerorganisation im Wahlkampf an sich zu binden; deren Hoffnung, das Bündnis gänzlich für ihre Zwecke vereinnahmen zu können, aber wurden nicht erfüllt. (K./L. W., 09.09., Nr. 43, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/65.** Doch nicht Sommers Sozialkontrakt war Kern des Berliner Kongresses (*der Gewerkschaften im Mai 2002, fs*). Dessen Botschaft lancierten Frank Bsirske und Klaus Zwickel. Der grüne Verdi-Chef lobte die amtierende Koalition, der Sozialdemokrat Zwickel geißelte nun die Pläne der Opposition und schwor die Delegierten auf den Kampf gegen eine drohende Deregulierung des Arbeitsmarktes ein. Seine emotionsgeladene Rede, protokollarisch eigentlich nur ein Diskussionsbeitrag, machte klar, wer im Dachverband den Ton angibt. Kongreßbeobachter befanden, der DGB habe keinen Vorsitzenden, allenfalls einen Präsidenten. (K./L. W., 09.09., Nr. 43, Machtfragen).

**M 21/66.** Doch nicht Sommers Sozialkontrakt war Kern des Berliner Kongresses (*der Gewerkschaften im Mai 2002, fs*). Dessen Botschaft lancierten Frank Bsirske und Klaus Zwickel. Der grüne Verdichef lobte die amtierende Koalition, der Sozialdemokrat Zwickel geißelte nun die Pläne der Opposition und schwor die Delegierten auf den Kampf gegen eine drohende Deregulierung des Arbeitsmarktes ein. Seine emotionsgeladene Rede, protokollarisch

eigentlich nur ein Diskussionsbeitrag, machte klar, wer im Dachverband den Ton angibt. (K./L. W., 09.09., Nr. 43, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von der IG Metall).

**M 21/67.** Stimmen einfangen musste (DGB-Chef Michael, fs) Sommer auch, als es darum ging, den Widerstand der Einzelgewerkschaften gegen das Hartz-Konzept zur Reform der Arbeitsvermittlung bis zur Wahl verstummen zu lassen. Das ist ihm gelungen, wenn auch den meisten das „ja“ nur mühsam über die Lippen kommt, weil es in Wahrheit ein „Ja, aber“ ist. Durch die vordergründige Geschlossenheit aber hat Sommer die Gewerkschaften wenigstens kurzzeitig vom Attribut der ewigen Neinsager befreit und zugleich der rot-grünen Regierung einen beträchtlichen Dienst erwiesen. (K./L. W., 09.09., N. 43, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/68.** (DGB-Chef Michael, fs) Sommer, ein Gewerkschafter aus einfachen Verhältnissen, aber ohne traditionelle Arbeiterkarriere, schien zu ahnen, daß der Verzicht auf ideologische Scheuklappen weiterführen könnte als das Festhalten an alten Zöpfen. Die wollte er denn auch abschneiden. „Nicht jeder Oldie ist ein Hit“, kokettierte er nach seiner Wahl. Doch ist es eine leere Ankündigung geblieben. In den Forderungen des DGB an die Politik ist kein frischer Wind zu spüren. Dem Arbeitsmarkt mehr Schwung verleihen, den Staat handlungsfähig machen, Tarifautonomie sichern, das Bildungswesen demokratisieren, das Familien- und Berufsleben besser vereinbaren und gleiche Chancen zwischen Männern und Frauen herstellen – was wohlfeil klingt, läuft im Kern auf dirigistische und häufig kostenträchtige staatliche Eingriffe hinaus, die über höhere Steuern finanziert werden sollen. (K./L. W., 09.09., Nr. 43, Konflikt/ Kritik an Positionen von Akteuren bzw. Institutionen außerhalb der Politik, hier von einem Journalisten an den Gewerkschaften).

**M 21/69.** In der Arbeitsmarktpolitik bleiben die Pläne nicht nur von SPD und Grünen, sondern auch der Union weit hinter den Forderungen der FDP zurück. Zu welchen Zugeständnissen wären die Liberalen in einer schwarz-gelben Regierung bereit? Rainer Brüderle ist stellvertretender Parteichef und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik der FDP-Bundestagsfraktion. (...) (Frage:) Den Einstig (für Arbeitslose, fs) erleichtern soll auch eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Die Union will lediglich Älteren, die FDP dagegen allen Beschäftigten ein Wahlrecht zwischen Kündigungsschutz und Abfindung geben. Außerdem soll der Schutz erst nach zwei Beschäftigungsjahren und nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten gelten. Springt die Union zu kurz? (Antwort Rainer Brüderle, fs): Wir müssen den Kleinbetrieben die Angst davor nehmen, daß sie sich mit der Einstellung neuer Mitarbeiter ein zusätzliches Risiko aufbürden, falls später die Folgeaufträge ausbleiben. Nur wenn man den Betrieben diese Angst nimmt, werden sie nicht auf Überstunden ausweichen, sondern neue Arbeitsplätze schaffen. Alles andere ist halbherzig. Das ist eben der Unterschied zwischen uns und einer Partei, die lieber bessere Sozialdemokraten sein wollen als eine echte Alternative. (I. W., 09.09., Nr. 44, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/70.** (Interviewfrage an Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs): Nach den Plänen der Hartz-Kommission können Arbeitnehmer schon mit 48 Jahren bis zur Rente befristet beschäftigt werden. (Antwort, Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs): Ich gehöre nicht zu denen, die den Hartz-Bericht völlig verteufeln. Das wäre ein erster Schritt. Aber er geht eben nicht weit genug. (I. W., 09.09., Nr. 44, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/71.** (Interviewfrage an Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs): Die von der FDP geforderte Kürzung des Leistungsbezugs ist mit Stoiber und Seehofer nicht zu machen. (Antwort, Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs): Sie ist aber konsequent, weil dadurch Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht werden. Mit jedem Monat mehr Arbeitslosigkeit verliert der Arbeitnehmer an Qualifikation. Wenn selbst Sozialdemokraten wie Florian Gester das fordern, sollte die Union da nicht völlig auf der Bremse stehen. (Frage, fs): Die Gewerkschaften werden erbittert Widerstand leisten. (Antwort, Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs): Die Gewerkschaften müssen einen neuen Weg gehen. Den haben sie wohl

aber noch nicht gefunden. Jedes Jahr treten mehrere tausend Mitglieder aus. Wenn die Gewerkschaften klug sind, entwickeln sie sich zu Servicegesellschaften. Der Klassenkampf – hier die Proletarier, dort der blutsaugende Kapitalist – ist doch ein Bild vom vorletzten Jahrhundert. Die Gewerkschaften wären gut beraten sich neu zu definieren. (*Frage, fs*): Noch mal: Sie werden sich massive Proteste einhandeln. (*Antwort, Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Wir müssen trotzdem hart bleiben, weil die Sache es gebietet. Sonst ändert sich nichts. Wenn wir die verkleisterten Strukturen nicht aufbrechen, entsteht auf dem Arbeitsmarkt keine Dynamik. Es tut jedem Gärtner leid, wenn er im Herbst die Büsche und Bäume beschneiden muss, weil sie dann kleiner werden. Aber wenn er das nicht macht, treiben sie im nächsten Jahr nicht. (I. W., 09.09., Nr. 44, Politischer Prozess/ Durchsetzung von bzw. Widerstand gegen Policies).

**M 21/72.** (*Antwort, Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Wir müssen trotzdem hart bleiben, weil die Sache es gebietet. Sonst ändert sich nichts. Wenn wir die verkleisterten Strukturen nicht aufbrechen, entsteht auf dem Arbeitsmarkt keine Dynamik. Es tut jedem Gärtner leid, wenn er im Herbst die Büsche und Bäume beschneiden muss, weil sie dann kleiner werden. Aber wenn er das nicht macht, treiben sie im nächsten Jahr nicht. (*Interviewfrage an Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Wieso soll die FDP diesmal größeren Einfluss auf die Union haben als zwischen 1982 und 1998? Sie hatten 16 Jahre Zeit, die Büsche zu beschneiden. (*Antwort, Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): In den 16 Jahren haben wir vieles zu spät oder nicht gemacht. Dafür wurden wir abgewählt. Dann kamen die anderen, die wollten nicht alles anders, aber manches besser machen. Sie haben es nicht besser gemacht. Jetzt sagen wir nicht mehr: „Wählt uns, damit Schröder oder Stoiber gewinnen“ sondern „Macht uns stark, damit wir die Machtposition haben, dieses Kartell der Nichtsteuer aufzubrechen“. Wenn wir nichts verändern können, haben wir in der Regierung nichts verloren. (I. W., 09.09., Nr. 44, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/73.** Auch Kanzlerkandidat Stoiber versicherte, er sei „sehr zufrieden“ mit dem Verlauf seiner beiden Fernsehauftritte mit dem Bundeskanzler. Er gehe mit großer Zuversicht in die entscheidenden Tage bis zur Bundestagswahl. Stoiber sagte, besonders zufrieden sei er damit, daß es ihm gelungen sei, die Frage der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt zu rücken. Ähnlich äußerte sich die CDU-Vorsitzende Merkel nach den Beratungen von Präsidium und Bundesvorstand ihrer Partei. Schröder scheue dieses Thema, doch werde die CDU es ganz in das Zentrum ihres Wahlkampfes rücken; auch in der Debatte über den Haushalt des kommenden Jahres, zu der der Bundestag am Donnerstag und Freitag zusammenkommt. (B. P., 10.09., Nr. 45, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/74.** Schröder wiederum mühte sich monatelang vergeblich einen Kanzlerbonus ins Spiel zu bringen. Thematisch und taktisch hat er im Wahljahr so gut wie alles durchprobiert: Außenpolitik, Familie, Arbeitslosigkeit, Gemeinsinn, er oder ich, wir oder sie und jetzt wieder er oder ich und die Außenpolitik. (K./L. P., 10.09., Nr. 46, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/75.** Im Streitgespräch (*zweiten TV-Duell, fs*) selbst machte Stoiber von Anfang an klar, welchen Angriffspunkt bei seinem gegenüber er wieder und wieder attackieren würde. Ohne auf die Frage nach möglichen Konstellationen nach der Wahl einzugehen, nannte er die „zentrale Frage, das wesentliche Thema“: die hohe Arbeitslosigkeit. Nicht abstrakt-technokratisch, sondern persönlich: „Viele fragen sich jetzt, wie steht es um meinem Job.“ (...) Die Frage nach zukünftigen Ministern gab Stoiber wieder Gelegenheit, auf die „nationale“ Katastrophe Arbeitslosigkeit hinzuweisen, während Schröder zum politischen Thema Frauen sagte: „Ich habe auch dazugelernt, was das angeht.“ (B. P., 10.09., Nr. 47, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/76.** Schließlich ging es (*im zweiten TV-Duell, fs*) auch ausdrücklich um das Thema Arbeitslosigkeit. Schröder verteidigte seine Worte von Beginn der Legislaturperiode, wenn es nicht gelinge, sie dauerhaft zu senken, verdiene man es nicht wiedergewählt zu werden. Damals habe die Weltwirtschaft geboomt. Dass sie nun so darniederliegen würde, habe man

nicht ahnen können. Im August 1998 habe es hingegen 70.000 Arbeitslose mehr gegeben als heute. Stoiber entgegnete unumwunden: Die Regierung Kohl sei wegen der hohen Arbeitslosigkeit abgewählt worden, und so werde es den Nachfolgern auch ergehen. Als Kronzeuge gegen das Argumentieren mit der Weltwirtschaft aber rief Helmut Schmidt an: Die Arbeitslosigkeit habe nichts mit der Globalisierung zu tun, sie sei hausgemacht. (B. P., 10.09., Nr. 47, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/77.** Stoiber entgegnete unumwunden: Die Regierung Kohl sei wegen der hohen Arbeitslosigkeit abgewählt worden, und so werde es den Nachfolgern auch ergehen. (B. P., 10.09., Nr. 47, Bedeutung des Themas für Wahlentscheidung).

**M 21/78.** Im Frühjahr, als die SPD in den Umfragen immer weiter hinter die Union zurückfiel, machten sich die Wahlkampfplaner der Partei Gedanken, wie das Blatt zu wenden sei. Sie taten sich schwer damit, weil sie sich selbst eigentlich keiner Schuld bewußt waren und sich mithin die Entwicklungen bei den Umfragen nicht erklären konnten. Zwar gestanden sie ein, das Wahljahr habe für sie schlecht angefangen – nahezu zeitgleich wurde über Einzelheiten der Verteidigungspolitik (Finanzierung des neuen Transportflugzeuges), der Arbeitsmarktpolitik (falsche Zahlen bei der Bundesanstalt in Nürnberg) und der Innenpolitik (V-Leute und Verfassungsschutzbehörden) gestritten und daß diese Auseinandersetzungen jeweils zu Lasten der beteiligten Minister (Scharping, Riester, Schily) gingen. Doch sahen sie kaum noch Möglichkeiten, diese Pannen durch Regierungshandeln auszugleichen. (B. P., 10.09., Nr. 48, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/79.** Wahlkampfpolitisch sollte die Hartz-Kommission (*von der SPD, fs*) in den Mittelpunkt gerückt werden, und zeitweise war das mit Ankündigungen über eine künftige Reform des Arbeitsmarktes auch der Fall. Die Debatte über die Hartz-Vorschläge sollte der Wahlkampfstrategie der Union entgegenwirken, die auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt verwies und ihren Slogan „Versprochen – gebrochen“ vor allem mit dieser begründete. (B. P., 10.09., Nr. 48, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/80.** Schröder versuchte mit der Hartz-Kommission, seine Regierungstaktik zu wiederholen, Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, vor allem der Wirtschaft und der Gewerkschaften zusammenzubinden – den Konflikt von „Kapital und Arbeit“, wie es im sozialdemokratischen Jargon heißt, zu überwinden. (B. P., 10.09., Nr. 48, Politischer Prozess/ Rolle von Personen).

**M 21/81.** Immer noch ist Schröder mit uneinholbarem Abstand der Sympathisierere der beiden, Stoiber auf dem Feld der Steuerpolitik und des Arbeitsmarkts mit uneinholbarem Abstand der Kompetentere. (...) Denn mag Stoiber in der Steuer-, der Wirtschafts- und auch der Arbeitsmarktpolitik so seriös erscheinen wie immer, Schröder in der Familienpolitik vor Stoiber liegen, und in der Bildungspolitik schon mit dem Bayern gleichziehen, das zweite (TV-, fs) Duell wird auf dem Feld der Außenpolitik entschieden. Da kann Stoiber auf sein „altes Thema“ Arbeitsmarkt so oft zurückkommen, wie er mag. „Mit dem neuen Thema Irak hat Schröder alles weggedrückt“, sagt Richard Hilmer von infratest-dimap. (B. P., 10.09., Nr. 49, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/82.** Doch sollen nicht nur die Umfragen (*für Schröder, fs*), sondern auch das Wahlergebnis selber überraschend eindeutig ausfallen, muss noch viel geschehen. Denn nach wie vor sagt die Mehrheit der Bürger, das Thema Arbeitslosigkeit sei das wichtigste in Deutschland. (B. P., 10.09., Nr. 49, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler).

**M 21/83.** Zwar hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom November 1998 versprochen, die gesetzlichen Lohnnebenkosten zu senken. „Erstmals geht eine deutsche Bundesregierung daran, mit staatlichen Mitteln die Lohnnebenkosten zu senken“, hieß es damals. Daraus ist ebensowenig etwas geworden wie aus der Ankündigung, die Anzahl der Arbeitslosen auf unter 3,5 Millionen zu vermindern. Beide Zahlenwerte stehen

in einem engen Wirkungszusammenhang, den auch die rot-grüne Koalition zutreffend eingeschätzt hat. Steigende gesetzliche Lohnnebenkosten verteuern den Einsatz von Arbeitskräften und veranlassen die Unternehmen, eher kapitalintensive Produktionsmethoden zu bevorzugen, also Arbeitskräfte möglichst einzusparen. Hohe Kosten der sozialen Sicherung fördern zudem die Schwarzarbeit. Im internationalen Standortwettbewerb ist es verhängnisvoll, daß Deutschland mit seinen Löhnen und gesetzlichen Lohnnebenkosten weltweit an der Spitze liegt, bei der Arbeitsproduktivität aber nur Mittelmaß erreicht. Auch die Wege zu niedrigeren Lohnnebenkosten hatte Schröder vor vier Jahren genannt: „Soziale Leistungen werden wir stärker als bisher auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren“, und es wurde „eine Politik, die die Eigenverantwortlichkeit der Menschen fördert und stärkt“, angekündigt. Daraus ist so gut wie nichts geworden. Im Gegenteil, es wurde beispielsweise die Selbstbeteiligung an den Gesundheitsausgaben generell eingeschränkt. Den Arbeitslosen wurden drei Jahre lang nicht mehr Eigenverantwortung, Flexibilität und Selbsthilfe abverlangt, sondern weniger. (K./L. W., 10.09., Nr. 50, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Journalisten).

**M 21/84.** Und wenn man fragt: „Zu welcher Partei haben Sie mehr Vertrauen, daß sie die richtigen Entscheidungen trifft, wenn es zu einer internationalen militärischen Auseinandersetzung mit dem Irak kommt: zur CDU/CSU oder zur SPD?“ entscheiden sich 31 Prozent für die Sozialdemokraten, 25 Prozent für die Union. Damit hat die SPD zwar nur einen leichten Vorsprung. Wichtiger ist jedoch, dass dieses Thema die Aufmerksamkeit von den Themen ablenkt, die für die Union günstig sind, nämlich Wirtschaft und Arbeitsmarkt. (Ga. P., 11.09., Nr. 51, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 21/85.** Es brodelt zwischen Berlin und Nürnberg. Hat der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, bislang ruhig zugesehen, wie sich das Schröder-Hartz-Riester-Trio für seinen spätgezündeten Reformeifer feiern ließ, beschwert er sich nun schriftlich. „Irritiert“ sei er gewesen, dass die Regierung ankündige, sie werde kommende Woche eine Personal-Service-Agentur einweihen, ohne diejenige darüber zu informieren, die dafür zuständig sei, die Behörde in Nürnberg. Gerster hat sachlich richtige Argumente auf seiner Seite. Die neuen staatlichen Zeitarbeitsunternehmen können nicht im Eilverfahren ohne Gesetzesänderung und Tarifabschlüsse eröffnet werden. Zudem haben die Mitarbeiter in den Ämtern bisher nicht die leiseste Ahnung von Zeitarbeit. Riester stört die alles nicht, er behilft sich, in dem er ein längst bestehendes Modellprojekt als Innovation anpreist. (K. W., 11.09., Nr. 52, Politischer Prozess/ Auseinandersetzung um politischen Prozess selber).

**M 21/86.** Gersters Einwände stoßen in Berlin auf taube Ohren. Im Bemühen, den Kompetenzvorsprung der Opposition in Sachen „Arbeitsmarkt“ aufzuholen, hat sich Rot-Grün auf den letzten Metern vor der Wahl von seriöser Politik verabschiedet. So winkt der Kanzler, der die Umsetzung der Hartz-Pläne gestern rasch noch zur „Chefsache“ erklärt hat, unverfroren mit Milliardenkrediten für den arbeitsplatzschaffenden Mittelstand. Ob Politik nach dem Motto „Frech kommt weiter“ aufgeht, hat in Kürze der Wähler in der Hand. (K. W., 11.09., Nr. 52, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/87.** Um die Umsetzung der Hartz-Vorschläge will Schröder sich persönlich kümmern. Er kündigte ferner an, sie in einen Koalitionsvertrag einfließen zu lassen, sofern die SPD nach der Wahl an einer Regierungsbildung beteiligt sei. (B. W., 11.09., Nr. 53, Politischer Prozess/ Rolle von Personen).

**M 21/88.** Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung ein Kreditprogramm für mittelständische Unternehmen starten, um so Anreize für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bundeskanzler Gerhard Schröder kündigte am Dienstag an, das Programm werde unter dem Namen „Kapital für Arbeit“ spätestens am 1. November beginnen. Basis seien die Hartz-Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes. Dort hieß die Maßnahme „Job-Floater“. Um die Umsetzung der Hartz-Vorschläge will Schröder sich persönlich kümmern. Er kündigte ferner an, sie in einen Koalitionsvertrag einfließen zu lassen, sofern die SPD nach der Wahl an einer Regie-

rungsbildung beteiligt sei. Die Opposition sprach von einer „Wahlkampf-Show, die keinem einzigen der mehr als vier Millionen Arbeitslosen eine Arbeitsplatz-Perspektive aufzeigt“. (B. W., 11.09., Nr. 53, Politischer Prozess/ Durchsetzung bzw. Umsetzung von Policies).

**M 21/89.** Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung ein Kreditprogramm für mittelständische Unternehmen starten, um so Anreize für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bundeskanzler Gerhard Schröder kündigte am Dienstag an, das Programm werde unter dem Namen „Kapital für Arbeit“ spätestens am 1. November beginnen. Basis seien die Hartz-Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes. Dort hieß die Maßnahme „Job-Floater“. Um die Umsetzung der Hartz-Vorschläge will Schröder sich persönlich kümmern. Er kündigte ferner an, sie in einen Koalitionsvertrag einfließen zu lassen, sofern die SPD nach der Wahl an einer Regierungsbildung beteiligt sei. Die Opposition sprach von einer „Wahlkampf-Show, die keinem einzigen der mehr als vier Millionen Arbeitslosen eine Arbeitsplatz-Perspektive aufzeige“. (B. W., 11.09., Nr. 53, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/90.** Um die Umsetzung der Hartz-Vorschläge will Schröder sich persönlich kümmern. Er kündigte ferner an, sie in einen Koalitionsvertrag einfließen zu lassen, sofern die SPD nach der Wahl an einer Regierungsbildung beteiligt sei. Die Opposition sprach von einer „Wahlkampf-Show, die keinem einzigen der mehr als vier Millionen Arbeitslosen eine Arbeitsplatz-Perspektive aufzeige“. (B. W., 11.09., Nr. 53, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/91.** Der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, zeigte sich verärgert über das Vorgehen der Regierung. In einem Brief an den Verwaltungsrat beklagt er, daß Arbeitsminister Walter Riester Entscheidungen über die Behörde hinweg treffe. Die Mitglieder des Verwaltungsrats, aber auch der Hauptpersonalrat der Bundesanstalt für Arbeit seien so Gerster „zu Recht irritiert darüber, daß die Eröffnung von Personal-Service-Agenturen öffentlich angekündigt wird, ohne daß sie im Vorfeld einbezogen worden sind“, heißt es in dem Schreiben. Am vergangenen Mittwoch hatte Riester angekündigt, dass bis Ende des Jahres 50 Personal-Service-Agenturen bei den Arbeitsämtern eingerichtet werden. Am Donnerstag folgte die Mitteilung, daß Riester schon am kommenden Montag eine Personal-Service-Agentur in Duisburg und einen Tag später ein Jobcenter in Leipzig eröffnen werde. Ein Sprecher der Bundesanstalt für Arbeit betonte, die Hartz-Vorschläge könnten erst umgesetzt werden, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geändert und Tarifverträge ausgehandelt seien. Je schneller dies geschehe, desto früher könnten Personal-Service-Agenturen ihre Arbeit aufnehmen. „Wir stehen in den Startlöchern.“ Dies gelte ebenso für die Einführung der geplanten Jobcenter, die anstelle der Arbeitsämter sämtliche Anliegen von Arbeitssuchenden und Sozialhilfeempfängern bedienen sollen. (B. W., 11.09., Nr. 53, Politischer Prozess/ Auseinandersetzung um politischen Prozess selber).

**M 21/92.** Der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, zeigte sich verärgert über das Vorgehen der Regierung. In einem Brief an den Verwaltungsrat beklagt er, daß Arbeitsminister Walter Riester Entscheidungen über die Behörde hinweg treffe. Die Mitglieder des Verwaltungsrats, aber auch der Hauptpersonalrat der Bundesanstalt für Arbeit seien so Gerster „zu Recht irritiert darüber, daß die Eröffnung von Personal-Service-Agenturen öffentlich angekündigt wird, ohne daß sie im Vorfeld einbezogen worden sind“, heißt es in dem Schreiben. (B. W., 11.09., Nr. 53, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von BA-Chef Florian Gerster).

**M 21/93.** Während Redner von SPD und Grünen den Haushalt zehn Tage vor der Bundestagswahl als solide priesen, werteten ihn Union, FDP und PDS als schon überholt, weil die Annahmen bei Steuereinnahmen und Beschäftigung zu optimistisch seien. (...) (*Finanzminister Hans, fs*) Eichel wies die Vorwürfe zurück. Die Behauptung, der Haushalt basiere auf illusorischen Wachstumsprognosen, halte der Wirklichkeit nicht Stand. „Wir sind auf einem gesicherten Wachstumspfad.“ Dieses Jahr erwarte er weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 0,75 Prozent, sagte Eichel. Auch mit der Beschäftigung werde es bergauf gehen; dies werde

auch die Sozialkassen entlasten. (B. P., 13.09., Nr. 54, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/94.** Die Regierungsfractionen stimmten überdies für einen Entschließungsantrag, die Eckpunkte des Hartz-Berichts zur Reform der Arbeitsmarktpolitik in der kommenden Legislaturperiode in die Tat umzusetzen. (B. P., 13.09., Nr. 54, Politischer Prozess/ Umsetzung von Policies).

**M 21/95.** Mit zwei Reaktionen will die Union Schröders Haltung (*zum Irak, fs*) konterkarieren: Zum einen bemüht sie sich, weiter das "eigene" Thema, nämlich die Arbeitslosigkeit und die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, in den Vordergrund zu rücken. Zum anderen soll die Diskussion über den Irak zugespitzt werden. (B. P., 13.09., Nr. 55, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/96.** Stoiber verpackte – eigenes Handeln vorwegnehmend – seine Botschaft so: „Unabhängig vom Ausgang der Wahl wird im Winter kein einziger deutscher Soldat im Irak stehen. Aber wenn sie die Wahl gewinnen würden, dann sind schon im nächsten Winter in Deutschland noch mal 300.000 Arbeitsplätze weg.“ (...) Ansprüche und Wirklichkeit, Versprechen und Taten der Regierung Schröder stellte Stoiber gegeneinander. Arbeitsmarkt, Mittelstand, Steuern waren seine Schwerpunkte. „Das haben die Menschen in Deutschland nicht verdient“, war eine der wiederkehrenden Formeln. Ansprüche und Wirklichkeit, Versprechen und Taten der Regierung Schröder stellte Stoiber gegeneinander. Arbeitsmarkt, Mittelstand, Steuern waren seine Schwerpunkte. (B. P., 14.09., Nr. 56, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/97.** An den Anfang seiner Rede hatte er (*Edmund Stoiber, fs*) diese Passagen gestellt, was auch dem Versuch diente, die Debatte von Krieg und Frieden herunterzubrechen und für den Wahlausgang zu neutralisieren. „Wenn der Bundeskanzler so tut, als müsse er eine Frage beantworten, die in Wirklichkeit niemand stellt, dann täuscht er unser Volk.“ Stoiber verpackte – eigenes Handeln vorwegnehmend – seine Botschaft so: „Unabhängig vom Ausgang der Wahl wird im Winter kein einziger deutscher Soldat im Irak stehen. Aber wenn sie die Wahl gewinnen würden, dann sind schon im nächsten Winter in Deutschland noch mal 300.000 Arbeitsplätze weg.“ (B. P., 14.09., Nr. 56, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/98.** Das Team Merkel/ Schröder, die sich (*auf den Wahlkampf- Plakaten, fs*) wie ein altes Ehepaar harmonisch anlächeln, ist der Gegenentwurf zum einsamen Bundeskanzler. Die Konzentration auf die Themen Wirtschaft und Arbeit bedeutet zweierlei. Zum einen: Es steht schlecht um Deutschland; es muss etwas geändert werden. Zum anderen: Die SPD hat es nicht gekonnt, aber wir, die Unionsparteien, können das. Die Plakate zu diesem Themenkomplex sind textlastig, wiederum Blau gehalten und spielen mit dem Symbol der Bundesanstalt für Arbeit. Solange die Arbeitslosigkeit das beherrschende Thema im Wahlkampf war, wirkten die Plakate passend. Doch mit der Flutkatastrophe und dem drohenden Irakkrieg ist die Ausrichtung der Kampagne vermutlich zu einseitig geworden. (...) In das Duell der großen mischen sich Grüne und PDS nicht ein. Sie setzen auf eigene Themen – in Wahlaussagen und auf Wahlplakaten. Mit ihren acht Themen Arbeit, Klima- und Umweltschutz, Emanzipation, Verbraucherschutz, Kinder und Familie, Gerechtigkeit, Multi-Kulti und Toleranz sind die Grünen Spitzenreiter. (...) Auch die PDS konzentriert sich auf eine Zielgruppe: Im Osten werden mehr Plakate geklebt als im Westen, das Plakat „Macht den Osten stark“ ist in Bonn oder Stuttgart gar nicht zu sehen. Die Themen sind Frieden, Arbeit, Aufbau Ost, und soziale Gerechtigkeit. (...) Anders macht es die FDP. Sie beschränkt sich nicht auf eine Zielgruppe. Sie zeigt einen jungen Spitzenkandidaten, den Parteivorsitzenden Westerwelle, der sich in Freizeitkleidung an einen Baum stützt oder gestikulierend Aktivismus suggeriert. Dazu kommen die sogenannten Themenplakate zu Bildung, Arbeit und Steuersenkungen. (B. P., 14.09., Nr. 57, Wahlkampfaktik/ Themenmanagement).

**M 21/99.** Eine Woche vor der Bundestagswahl versuchen CDU/CSU und FDP, ihrem Wahlkampf neuen Schwung zu verleihen. Die Union, der inzwischen von allen Meinungsforschungsinstituten bestenfalls noch ein Gleichstand, überwiegend jedoch ein Rückstand gegenüber der SPD zugemessen wird, will sich in den kommenden Tagen vor allem darum bemühen, die Aufmerksamkeit weg von Hochwasser, Irak und Kanzler-Image wieder hin zu ihrem eigentlichen Wahlthema zu führen, nämlich Wirtschaft und Arbeit. Man müsse, so hieß es, die Aufmerksamkeit auf die „hundsmiserable Bilanz“ der Regierung in der Wirtschaftspolitik lenken und darauf, daß unter Rot-Grün auf dem Arbeitsmarkt einer der härtesten Winter der Nachkriegsgeschichte bevorstehe. So vertritt der hessische Ministerpräsident Koch gemeinsam mit der Parteiführung die Auffassung, es müsse verdeutlicht werden, daß die Diskussion darüber für die Zukunft des Landes wegweisender sei als Fragen von Image, Hochwasser und Irak. „Arbeit und Wirtschaft wählen“ soll demzufolge die Botschaft der letzten Tage des Wahlkampfes der Union sein, der nach dem Wunsch von Koch und anderen auch im Ton schärfer und pointierter werden müsse. (B. P., 16.09., Nr. 59, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/100.** Man müsse, so hieß es (*in der Union, fs*) die Aufmerksamkeit auf die „hundsmiserable Bilanz“ der Regierung in der Wirtschaftspolitik lenken und darauf, daß unter Rot-Grün auf dem Arbeitsmarkt einer der härtesten Winter der Nachkriegsgeschichte bevorstehe. (B. P. 16.09., Nr. 59, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/101.** Das gilt offenbar besonders dann, wenn es um Starthilfen für Exporteure wie (*Hermann, deutscher Geschäftsmann chilenischer Abstammung, fs*) Streicher geht. Hier müsse die Politik mit Exportbürgschaften einspringen, aber die bekomme man eben auch erst, wenn das Geschäft schon laufe. In Amerika, sagt Streicher, sei das ganz anders, und dort seien die Banken auch eher bereit, ein Risiko mit kleinen Exportunternehmen einzugehen. Deutschland betreibe hier die falsche Politik: „Beihilfen zu zahlen, wenn man Arbeitslose einstellt, das ist doch Quatsch.“ Kleine Unternehmensgründer schafften Arbeitsplätze, die Sekretärin, die Fahrer. Er selbst hätte jetzt vielleicht zehn oder mehr Angestellte – wenn er damals etwas mehr Geld bekommen hätte. (R. W., 16.09., Nr. 61, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Geschäftsmann).

**M 21/102.** In der amerikanischen Businesswelt stoßen hohe Steuern, Sozialabgaben und der verkrustete Arbeitsmarkt auf harsche Kritik. (R. W., 16.09., Nr. 61, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von der anonymen „amerikanischen Businesswelt“).

**M 21/103.** Der "Kanzlerbonus", der Schröder lange fehlte, als die Wahl noch fern war, lugt überall hervor, wenn Hochwasser, Kriegsangst, Arbeitsplatzverlust den Wahlkampf prägen. (K./L. P., 17.09., Nr. 62, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 21/104.** Längst hat die SPD bis in die letzte Reihe ihrer Wahlwerber die Parole ausgegeben, die Fehler einer ganzen Regierungsperiode zählten nicht mehr; Schröder selbst sagte im Bundestag, er gebe „gerne“ zu, die Minderung der Arbeitslosigkeit nicht erreicht zu haben. „Aber, seien Sie ehrlich, wollen Sie Krieg?“ (K./L. P., 17.09., Nr. 62, Wahlkampf/ Wahlkampf-taktik).

**M 21/105.** Der Gewissensmensch Stoiber fängt in einer solchen Lage an, über Verhältnismäßigkeiten zu rasonieren: Ihm wäre auch im Fall Mobilcom „fast jedes Mittel recht“, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Das bedenkenschwangere „fast“ ist das Wörtchen, das den Macher Stoiber vom Schopfpacker Schröder trennt. (K./L. P., 17.09., Nr. 62, Personen/ harte Personalisierung).

**M 21/106.** Auf der Flucht vor den für ihn unangenehmen, aber aus Sicht der Union entscheidenden Wahlkampfthemen „Wirtschaft und Arbeitsplätze“, so sagte (*der hessische Ministerpräsident Roland, fs*) Koch in einem Gespräch mit dieser Zeitung, sei dem Wahlkämpfer

Schröder das deutsch-amerikanische Verhältnis „völlig egal“ geworden. (B. P., 17.04., Nr. 63, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/107.** Auf der Flucht vor den für ihn unangenehmen, aber aus Sicht der Union entscheidenden Wahlkampfthemen „Wirtschaft und Arbeitsplätze“, so sagte *der hessische Ministerpräsident Roland, fs*) Koch in einem Gespräch mit dieser Zeitung, sei dem Wahlkämpfer Schröder das deutsch-amerikanische Verhältnis „völlig egal“ geworden. Koch ist daher schon vor einer Woche in den Führungsgremien der Union dafür eingetreten, im Wahlkampf „die Gangart zu verschärfen“ und Themen und Aussagen „mehr zuzuspitzen“. Der Blick der Wähler solle wieder auf die „katastrophale wirtschaftliche Lage Deutschlands“ gelenkt werden. Dies war von Koch nicht als Kritik an dem bisherigen Wahlkampfstil des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, Stoiber (CSU), gemeint, sondern als Reaktion auf die Äußerungen des Bundeskanzlers zu dem Plan der Amerikaner, gegen Saddam Hussein militärisch vorzugehen. Entsprechend gab der hessische CDU-Chef für die Schlussphase des Wahlkampfes ein Plakat der Landespartei in Auftrag: „Wer Arbeit will, muss Stoiber wählen.“ Bei seinen Wahlkampfauftritten ging Koch zu schärferen Tönen über. Dem „Krieg-und-Frieden-Gerede“ Schröders stellte er das wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Resümee gegenüber: „Deutschland ist krank“. (...) Auch soll (*von der Union, fs*) wieder ins Bewusstsein geholt werden, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt keineswegs verbessert hat. (B. P., 17.04., Nr. 63, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/108.** Im jüngst erschienenen Heft 4 der sozialdemokratischen Zweimonatszeitschrift „Berliner Republik“ warnt er (*der Wahlforscher Wolfram Brunner, fs*) davor, ein angeblich ganz neues Wahlkampfmanagement zu überschätzen. Unter der Überschrift „Alles wie immer“ schreibt er: „Werden wir Zeugen einer neuen Art von Wahlkämpfen? Bisher sieht es nicht danach aus. Im Gegenteil: Von einer neuen Allmacht der Kampagneros kann überhaupt keine Rede sein. All die schönen neuen Methoden der Wahlkampfführung werden in ihrer Bedeutung relativiert, wenn am Ende alles Tun wirkungslos verpufft. Erst dann kommt man erschrocken zur Besinnung: War da noch was? Ja, da war noch was. Es sind zum Beispiel die externen Rahmenbedingungen, unter denen Wahlkämpfe stattfinden – die konjunkturelle Lage oder die Situation auf dem Arbeitsmarkt etwa. Beides spricht momentan nicht für die SPD.“ (Ga. P., 17.09., Nr. 64, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/109.** Die Bundesregierung dagegen setzt – unter lautem Protest der Zeitarbeitsbranche – vor allem auf die Zusammenarbeit mit rein vermittlungs- und nicht gewinnorientierten Gesellschaften, für welche die bisherigen rigiden gesetzlichen Regelungen gelockert werden sollen. Daneben sollen Personal-Service-Agenturen von den Arbeitsämtern selbst getragen werden und aus der Zusammenarbeit mit gewerblichen Firmen entstehen. (B. W., 17.09., Nr. 65, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier aus einer speziellen Wirtschaftsbranche).

**M 21/110.** Stoiber weiß sein Publikum einzuschätzen und seine Rede darauf einzurichten. In Bonn, nach wie vor Sitz des Bundesverteidigungsministeriums, stellt er das Irakthema in den Vordergrund – später, am Abend in Dortmund, zieht er den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nach vorne. (...): „Im Winter wird es im Irak keinen einzigen Soldaten der Bundeswehr geben, aber 4,3 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Das ist die wirkliche Gefahr, vor der wir stehen.“ Arbeitslosigkeit ist für ihn das wichtigste Thema, auch, aber nicht nur, weil seine Wahlchance davon abhängt; davon ist er überzeugt. (R. P., 18.09., Nr. 66, Wahlkampf/ Themenmanagement).

**M 21/111.** Wo den Leuten das Arbeitsplatzrisiko auf den Nägeln brennt, da glaubt der christlich-soziale Politiker (*Edmund Stoiber, fs*) vor den größten Herausforderungen zu stehen. Berührungspunkte mit Gewerkschaftlern gleich welchen Ranges hatte Stoiber nie, die musste er spätestens vor zwei Jahrzehnten als CSU-Generalsekretär ablegen: Bei allem rhetorischen Schlagabtausch herrscht zwischen bayerischen Arbeiter-Funktionären und bürgerlichen Politikern so viel Vertrauen, dass im Freistaat ein Bündnis für Arbeit über Jahre gedieh. (R. P., 18.09., Nr. 66, Politischer Prozess/ Rolle von Personen).

**M 21/112.** Stoiber weiß sein Publikum einzuschätzen und seine Rede darauf einzurichten. In Bonn, nach wie vor Sitz des Bundesverteidigungsministeriums, stellt er das Irakthema in den Vordergrund – später, am Abend in Dortmund, zieht er den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nach vorne. Aber worüber er auch spricht: Stoiber reiht Argument an Argument, und er hat die stimmliche und psychische Kraft, das auch vor einer Versammlung von drei, bis viertausend Menschen zu tun, von denen sich ein Teil damit beschäftigt, mit Sprechchören und Trompetensignalen zu stören. (...) Er (Edmund Stoiber, fs) doziert bisweilen wie ein Volkshochschullehrer. Das kann jeder nachvollziehen. „Schröder hat 1998 versprochen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen zu senken, andernfalls habe er es nicht verdient, wiedergewählt zu werden. Schröder hatte seine Chance. Aber jetzt sind es nicht weniger Arbeitslose als 1998, sondern mehr. Wer unser Land zum Schlusslicht macht, der kann es nicht.“ (R. P., 18.09., Nr. 66, Wahlkampfaktik/ Art der Kommunikation).

**M 21/113.** Er (Stoiber, fs) doziert bisweilen wie ein Volkshochschullehrer. Das kann jeder nachvollziehen. „Schröder hat 1998 versprochen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen zu senken, andernfalls habe er es nicht verdient, wiedergewählt zu werden. Schröder hatte seine Chance. Aber jetzt sind es nicht weniger Arbeitslose als 1998, sondern mehr. Wer unser Land zum Schlusslicht macht, der kann es nicht.“ (R. P., 18.09., Nr. 66, Konflikt/ Kritik am politischen Gegner).

**M 21/114.** Stoiber zeigte sich zudem zuversichtlich, daß die Ankündigung des Iraks, UN-Waffenkontrolleure wieder zuzulassen, einen positiven Effekt auf die Siegesaussichten der Union haben werde. Wenn sich nun das Thema Kriegsangst verflüchtige, werde sich das Interesse der Bevölkerung wieder der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsflaute zuwenden. (B. P., 18.08., Nr. 67, Wahlkampf/ Wahlkampfthema).

**M 21/115.** Auf der Erwartungs- und Aufgabenliste für die nächste Legislaturperiode steht in der Bevölkerung nach wie vor die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Abstand an der Spitze, ihr folgen die Senkung der Steuern, die (Neu-) Regelung der Zuwanderung und Reformen des Bildungs- und Gesundheitssystems. (...) Frage: Was werden Ihrer Meinung nach die drei wichtigsten Aufgaben für die nächste Bundesregierung sein? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste hier (Vorlage einer Liste) (Alle Angaben in Prozent) (Gesamt) Die Arbeitslosigkeit verringern 89, die Steuern senken 45 ... (Ga. P., 18.09., Nr. 68, Interessen/ Policy-Interessen der Wähler).

**M 21/116.** Die Arbeitgeber halten Werte von mehr als 42 Prozent (für die Beiträge zur Sozialversicherung im Jahre 2003, fs) für realistisch. Hauptgrund für die schlechte Kassenlage ist die Einnahmesituation. Da die Beiträge an die Höhe der Arbeitnehmereinkommen gekoppelt sind, schlägt sich die schlechte Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit und mäßiger Erhöhung der Grundlohnsumme direkt in den Kassen der Renten, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung nieder. Deshalb sehen alle Parteien eine Priorität in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. (B. W., 18.09., Nr. 70, Politischer Prozess/ Priorisierung von Policies).

**M 21/117.** Schröder war schlecht beraten, jenen Einflüsterern zu folgen, die sich von Hysterisierung, subtilen Unterstellungen und gezielten Hieben gegen die Regierung Bush eine Stimmungswende der Wähler versprochen nach dem Motto: Mit antiamerikanischen Motiven angereicherte Kriegsangst sticht Arbeitslosigkeit. (K./L. P., 19.09., Nr. 71, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/118.** (FDP-Chef Guido, fs) Westerwelle sieht sich neuerlich mit Forderungen von allen Seiten konfrontiert: Er solle Möllemann (beim Thema Israel/ Friedmann, fs) zum Schweigen bringen. Insbesondere Politiker der Grünen stürzen sich beredet ins letzte Gefecht des Wahlkampfes. Wenn es nur gelänge, auch noch die letzten Tage über anderes zu reden als über Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsflaute, Elternnöte und Bildungskatastrophe – das wäre doch

wunderschön. Da kommt Möllemanns Faltblatt wie bestellt. (B. P., 19.09., Nr. 72, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/119.** Manchmal sagen kleine Auslassungen mehr als große Worte. Derselbe Kanzler, der noch vor vier Jahren das politische Überleben seiner Regierung vom erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit abhängig gemacht hatte, nahm in seinem Schlußwort zum Fernsehduell das Wort Arbeitsmarkt nicht mehr in den Mund. Gerhard Schröders Sprachlosigkeit illustriert, wie wenig die amtierende Koalition ihrer eigenen Politik zutraut. (...) Doch das Bündnis ist gescheitert, und die Hartz-Vorschläge mußte Schröder zur Chefsache erklären, um sie wenigstens über den Wahltag zu retten. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Wahlkampf/ Wahlkampfaktik).

**M 21/120.** Manchmal sagen kleine Auslassungen mehr als große Worte. Derselbe Kanzler, der noch vor vier Jahren das politische Überleben seiner Regierung vom erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit abhängig gemacht hatte, nahm in seinem Schlußwort zum Fernsehduell das Wort Arbeitsmarkt nicht mehr in den Mund. Gerhard Schröders Sprachlosigkeit illustriert, wie wenig die amtierende Koalition ihrer eigenen Politik zutraut. Wäre das Job-Aktiv-Gesetz wirklich eine gelungene Übersetzung des Prinzips vom „Fördern und Fordern“ in praktisches Verwaltungshandeln und lieferte der Hartz-Bericht wirklich die Blaupause für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, hätte Schröder sich nicht so in die Defensive drängen lassen müssen. Allenfalls zu späte Erkenntnis hätte man ihm vorwerfen können, nicht aber Konzeptlosigkeit oder mangelnden Reformwillen. Doch der Kanzler weiß, was von der Hartz-Prophezeiung zu halten ist: Wer bloß den Mangel besser verwalten will, wird eine Halbierung der Arbeitslosenzahl bis 2005 nicht erreichen. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von einem Journalisten).

**M 21/121.** Mit Rücksicht auf die Gewerkschaften hat die Koalition weder die Anreizstrukturen der sozialen Sicherung, die zum Verbleib in öffentlich geförderter Untätigkeit ermuntern, neu justiert noch die Tarifpolitik, die wichtigste Stellschraube für mehr Beschäftigung, angetastet. Zwar ist die Lohnfindung dem direkten Zugriff der Politik entzogen. Doch gibt es Mittel und Wege, die Tarifvertragsparteien zur Übernahme ihrer Beschäftigungsverantwortung zu zwingen. Union und FDP wollen den Machtkampf mit den Gewerkschaften wagen. Ob sie ihn gewinnen werden, ist offen. SPD und Grüne haben es gar nicht erst versucht. Zwar mühte sich der Kanzler, die Sozialpolitiker in seiner Fraktion gelegentlich zu umgehen und auf andere Weise Tatsachen zu schaffen – in der Tarifpolitik durch das Bündnis für Arbeit, bei der Reform des Sozialstaats durch die Hartz-Kommission. Doch das Bündnis ist gescheitert, und die Hartz-Vorschläge mußte Schröder zur Chefsache erklären, um sie wenigstens über den Wahltag zu retten. Dem Kanzler fehlen die Fußtruppen auf seinem Marsch in die Neue Mitte. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von einem Journalisten).

**M 21/122.** Mit Rücksicht auf die Gewerkschaften hat die Koalition weder die Anreizstrukturen der sozialen Sicherung, die zum Verbleib in öffentlich geförderter Untätigkeit ermuntern, neu justiert noch die Tarifpolitik, die wichtigste Stellschraube für mehr Beschäftigung, angetastet. Zwar ist die Lohnfindung dem direkten Zugriff der Politik entzogen. Doch gibt es Mittel und Wege, die Tarifvertragsparteien zur Übernahme ihrer Beschäftigungsverantwortung zu zwingen. Union und FDP wollen den Machtkampf mit den Gewerkschaften wagen. Ob sie ihn gewinnen werden, ist offen. SPD und Grüne haben es gar nicht erst versucht. Zwar mühte sich der Kanzler, die Sozialpolitiker in seiner Fraktion gelegentlich zu umgehen und auf andere Weise Tatsachen zu schaffen – in der Tarifpolitik durch das Bündnis für Arbeit, bei der Reform des Sozialstaats durch die Hartz-Kommission. Doch das Bündnis ist gescheitert, und die Hartz-Vorschläge mußte Schröder zur Chefsache erklären, um sie wenigstens über den Wahltag zu retten. Dem Kanzler fehlen die Fußtruppen auf seinem Marsch in die Neue Mitte. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Politischer Prozess/ Durchsetzung bzw. Umsetzung von Policies).

**M 21/123.** Die Fesseln des Arbeitsmarkts wird aber auch die Union nicht durchtrennen. Edmund Stoiber ist kein Ordnungs-, sondern ein Sozialpolitiker. Auch er fängt marode Arbeitsplätze mit staatlicher Hilfe auf, auch er tastet überlange Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld nicht an, auch er wird drastische Einschnitte in den Nürnberger Etat zu verhindern wissen. Allenfalls eine maßvolle Öffnung der Tarifverträge, eine bescheidene Lockerung des Kündigungsschutzes und die Rücknahme der größten Regulierungen sind zu erwarten. Damit bleibt er weit hinter dem Notwendigen zurück. (...) Während die Regierungsparteien das Fördern propagieren, ohne wirklich zu fordern, und die Union zwischen Alimentierung und Aktivierung schwankt, setzt die PDS unverdrossen auf Umverteilung der Arbeit und staatliche Stellenbewirtschaftung. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Konflikt/ Kritik an der Politik von anderen, hier von einem Journalisten).

**M 21/124.** Die Bundesregierung erwartet im September eine Arbeitslosenzahl unter vier Millionen, die Opposition ruft dazu auf, die Bundestagswahl „zu einer Volksabstimmung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen“. Was sich liest wie eine Meldung dieser Tage, stammt tatsächlich von 1998. Vier Jahre später jedoch stellt sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum verändert dar. Mit 4,018 Millionen Erwerbslosen zieht die rot-grüne Koalition an diesem Sonntag in die Bundestagswahl, ihre Vorgängerin trat die Wahl damals mit 4,095 Millionen Menschen ohne Arbeit an. (B. W., 20.09., Nr. 76, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 22/125.** Rot: Den Sozialdemokraten vorzuwerfen, sie seien nicht in der Lage, die Verkrustungen der Arbeitsbeziehungen aufzubrechen, den Arbeitsmarkt wirklich einen Markt sein zu lassen, unternehmerische Entscheidungsräume für die Disposition von Arbeit zu öffnen und beengende Mitbestimmungsregeln zu lockern – dieses den Sozialdemokraten vorzuwerfen, geht fehl. Es geht nicht darum, ob sie es mehr oder weniger gut können. Es ist vielmehr so, dass sie es partout und aus Überzeugung nicht wollen. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, auch dieses Jahrhundert im Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu durchschreiten. Das sagen sie nicht nur so dahin. Das meinen sie Ernst. Mehr als „Hartz minus“ wollen die Sozialdemokraten daher nicht leisten. Und das ist – im Verhältnis zu dem, was zu leisten wäre – denn doch wohl allzuwenig. (Ga. W., 20.09., Nr. 77, Kritik an der Politik von anderen, hier vom FAZ-Gastkommentar Hans D. Barbier, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, der regelmäßig eine Kolumne im Wirtschaftsteil der FAZ schreibt).

**M 22/126.** Gelb: Philosophie und Programm des Liberalismus kommen der Formulierung und der Lösung der ordnungspolitischen Reformaufgaben unter allen Politikangeboten am nächsten. Eine Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung ohne einen gehörigen Schuss Liberalismus ist ein wenig Erfolg versprechendes Unterfangen. Wahr ist aber auch: Die Liberalen waren schon an vielen Bundesregierungen beteiligt. Der Vorwurf ist daher nicht ungerechtfertigt, sie hätten nicht kraftvoll genug darauf gedrungen, etwas Entscheidendes gegen die Verkrustungen des Arbeitsmarktes zu übernehmen und die Fehlkonstruktion der sozial gemeinten Vorsorgeeinrichtungen zu korrigieren. (Ga. W., 20.09., Nr. 77, Kritik an der Politik von anderen, hier vom FAZ-Gastkommentar Hans D. Barbier, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, der regelmäßig eine Kolumne im Wirtschaftsteil der FAZ schreibt).

**M 22/127.** Es fällt schwer, in der Geschichte der Bundesrepublik eine Parallele zur Wahlkampagne 2002 zu finden, in der die Inhaber der Regierungsmehrheit fast bis zum Schluß bergauf kämpften, während die Herausforderer die längste Zeit mit Rückenwind fuhren. Denn in aller Regel beherrschten die regierenden Kanzler die Kunst, sich rechtzeitig zum Wahltermin in ein günstiges Licht zu setzen. Wie durch ein Wunder – tatsächlich meist durch haushaltsgesetzliche Weichenstellungen – hellte sich gegen Ende der Legislaturperiode der Konjunkturrhimmel auf, gingen Arbeitslosenzahlen etwas zurück, sank die Inflationsrate auf einen Tiefpunkt. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/128.** Doch schon das letzte Jahr vor der Wahl endete mit Nackenschlägen für die (rot-grüne, fs) Koalition, die kein Strategie in seinem Konzept hatte: Nur unter Einsatz seiner gan-

zen Autorität war es Schröder im November noch einmal gelungen, die Kanzlermehrheit für den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr zu sichern, die Zahl der Arbeitslosen näherte sich unaufhaltsam der Vier-Millionen-Marke und die Regierungsbildung in Berlin endete in den Weihnachtstagen mit einer Entscheidung, die nicht nach Schröders Geschmack gewesen sein kann, auch wenn er versuchte, gute Miene dazu zu machen: Wieder und wieder mußte die SPD in den folgenden Monaten beschwören, daß Rot-Rot zwar für Berlin eine akzeptable Farbkombination war, nicht aber für den Bund. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/129.** (*Zwischenüberschrift:* Die „ruhige Hand“ kommt ins Gerede). In den Reihen der SPD macht sich unterdessen Mißmut breit über die gescheiterte Arbeitsmarktpolitik und die „ruhige Hand“ des Kanzlers. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier aus der eigenen Partei).

**M 21/130.** (*Zwischenüberschrift:* Schläge auf empfindliche Stellen). So läuft die Abwehrstrategie (*der SPD, fs*) ins Leere, die Stoiber erst als Rechtsaußen, dann als Spalter, dann als Täuscher und „Kreidefresser“, schließlich noch als neoliberalen Haudrauf zu treffen versucht. Stoiber läßt sich nicht einmal beim politischen Aschermittwoch zu Kraftausdrücken hinreißen, die solchen Brandzeichen Glaubwürdigkeit verleihen würden. Stattdessen macht er sich zunehmend auch im Osten bekannt als jemand, dem es nur um eines geht: um Arbeit und nochmals Arbeit. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/131.** (*Zwischenüberschrift:* Wendet sich das Blatt? Erster Versuch mit Hartz). Mitten in die politische Sommerpause hinein platziert Schröder seinen letzten Wahlkampfschlager: Die Hartz-Kommission leistet eine erste Anzahlung auf ihr Konzept zur Reform der Arbeitsverwaltung. Arbeitslosigkeit soll nicht mehr verwaltet, sondern umgewandelt werden in Zeitarbeit und selbständige Arbeit. Mit sanftem Druck sollen Mobilität und Arbeitswilligkeit befördert, die Bundesanstalt selber zur Job-Agentur umgebaut werden. Die Wirkung verpufft durch weitere Negativ-Schlagzeilen: Pleite bei Babcock-Borsig in Nordrhein-Westfalen, Führungskrise bei der Telekom und schließlich noch die Hunziger-Affäre, die erst Verteidigungsminister Scharping und dann den Grünen-Abgeordneten Özdemir zu Fall bringt. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Wahlkampf/ Wahlkampfstrategie).

**M 21/132.** Heute leben, morgen zahlen. Nach dieser Devise führte nicht nur die rot-grüne Regierung das Land. Während unsere europäischen Nachbarn handeln, indem sie ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen den Herausforderungen einer zunehmend globalisierten Welt anpassen und dafür mit niedrigerer Arbeitslosigkeit und höheren Wachstumsraten als Deutschland belohnt werden, legen Politiker in unserem Land ihre Hände in den Schoß. Die Folgen sind fatal. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich sinkt rapide, ebenso der Wohlstand der Menschen. Parallel dazu, steigt die Zahl der Arbeitslosen auf unerträgliche Höhen. (K./L. W., 21.09. Nr. 79, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Journalisten).

**M 21/133.** Der rot-grünen Regierung ist durch Propaganda das Kunststück gelungen, das Zurückdrehen vorangegangener Reformen als moderne Reformpolitik zu verkaufen. In Wahrheit jedoch hat Kanzler Gerhard Schröder entgegen seiner Versprechen nicht nur die Zahl der Arbeitslosen nicht gesenkt, sondern den Gewerkschaften zuliebe den deutschen Arbeitsmarkt weiter stranguliert, indem er einen rigorosen Kündigungsschutz auch für Kleinbetriebe eingeführt, die Möglichkeit befristeter Arbeitsverhältnisse eingeschränkt, die Mitbestimmung verschärft, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhöht und die 630-DM-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgebucht hat, was nur auf dem Papier zu einem Anstieg der Zahl der Beschäftigten geführt hat. (K./L. W., 21.09., Nr. 79, Konflikt/ Kritik von anderen an der Politik, hier von einem Journalisten).

**M 21/134:** In Wahrheit jedoch hat Kanzler Gerhard Schröder entgegen seiner Versprechen nicht nur die Zahl der Arbeitslosen nicht gesenkt, sondern den Gewerkschaften zuliebe den

deutschen Arbeitsmarkt weiter stranguliert. (K. W., 21.09., Nr. 79, Interessen/ Policy-Interessen bestimmter Akteure, hier der Gewerkschaften).

**M 21/135.** Die deutschen Gewerkschaften kennen kein Pardon, mag die Zahl der Arbeitslosen auch noch so groß sein. Notfalls mit Streik wird der volle Lohnausgleich erstritten, der die Arbeitskosten wieder ein Stück weiter in Höhen katapultiert, die mit dem Produktivitätsfortschritt in keinem Zusammenhang mehr stehen. Im Hintergrund dieses Kalküls steht wie eh und je der treue Beitrags- und Steuerzahler, der für die zusätzlichen Arbeitslosen aufkommt. Will er nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag für die Folgen einer falschen Tarifpolitik – an der neben den Gewerkschaften auch die regelmäßig vor den Forderungen einknickenden Arbeitgeber beteiligt sind – haften, sollte er sich genau überlegen, wo er diesmal seine Kreuzchen macht. (K. W., 21.09, Nr. 80, Rolle für Wahlentscheidung).

## Policy-Aussagen

**M 22/1.** Stoiber warf Schröder Versagen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. „Ich akzeptiere nicht die Ausrede des Bundeskanzlers, andere sind schuld.“ Schuld seien nicht allein wirtschaftliche Gründe, sondern vor allem der „Fehler“ von Rot-Grün, eine Steuerreform ohne Begünstigung des Mittelstandes zu machen.“ (B. P., 26.08., Nr. 1, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/2.** Schröder wies das (*die Kritik von Edmund Stoiber, fs*) zurück. Die Gründe (*für die Arbeitslosigkeit, fs*) lägen nicht in erster Linie in Deutschland. Er hielt Stoiber vor: „Sie versprechen ja allen alles.“ (B. P., 26.08., Nr. 1, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 22/3.** Der Kanzlerkandidat kritisierte zudem die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes. „Ich kann das nur noch als ein reines Wahlkampfthema betrachten“, sagte der bayerische Ministerpräsident. Im Übrigen löse das Hartz-Papier keine Probleme. Schröder gestand ein, die Kritik, die Hartz-Kommission sei zu spät eingesetzt worden, sei „teilweise“ berechtigt. (B. P., 26.08., Nr. 1, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/Aktuelles Handeln).

**M 22/4.** Stoiber, an den sich vereinbarungsgemäß die zweite Frage (*im ersten TV-Duell, fs*) richtete, konterte mit dem Verweis auf bildungspolitische Erfolge sowie mit der vergleichsweise niedrigen Arbeitslosigkeit in Bayern. „Ich möchte das, was ich für Bayern getan habe, in den kommenden vier Jahren auch für Deutschland tun.“ (B. P., 26.08., Nr.1, Vorschläge bzw. Handlungen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/5.** Die Bundesregierung wollte mit der Ökosteuer zu viel erreichen: Der Ausstoß von Treibhausgasen in die Atmosphäre sollte deutlich verringert werden. Mit dem erzielten Steueraufkommen, das in die Rentenkassen fließt, wollte man zudem den Arbeitsmarkt über geringere Lohnnebenkosten entlasten. Die Politiker der Regierungskoalition haben alles dafür getan, um den Eindruck zu erwecken, der Arbeitsmarktaspekt sei der wichtigere. Die „doppelte Dividende“ der Ökosteuer – für Umwelt und Arbeit – aber war eine Illusion. Denn zusätzliche Umweltsteuern hemmen zunächst einmal die wirtschaftliche Aktivität. Das kostet eher Arbeitsplätze, als daß es welche schafft. Die sinkenden Lohnnebenkosten können dies kaum wettmachen oder gar überkompensieren; zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen das. Nach vier Jahren Ökosteuer ist von einer Entlastung des Arbeitsmarktes wirklich nicht viel zu sehen. (K./L. W., 26.08., Nr. 4, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/6.** In dem (*Sofort-, fs*) Programm, das am Freitag der Öffentlichkeit präsentiert werden soll, hat die Union zusammengestellt, welche Regelungen sie im Falle einer Regierungsübernahme zuerst verwirklichen will. Ungeachtet der Ergänzung um Fluthilfe nahmen Bestimmungen zum Arbeitsmarkt und zur Ankurbelung der Wirtschaft den größten Raum ein. (...) Schäuble, der zusammen mit Generalsekretär Meyer und dem Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Huber, die Federführung bei der Erarbeitung des Sofortprogramms hat, sagte der Nachrichtenagentur Reuters, das Programm lege fest, die kostenträchtigen Teile des von der Bundesregierung veränderten Betriebsverfassungsgesetzes zurückzunehmen. Auch werde man die Bestimmungen zum 630-Mark-Gesetz ändern und 400-Euro-Jobs schaffen. (B. P., 28. 08., Nr. 6, Vorschläge bzw. Programme anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/7.** Die IG Metall hat Union und FDP vorgeworfen, sie wollten im Falle eines Wahlsiegs die Tarifautonomie demontieren. Der Opposition gehe es in Wahrheit „nicht um mehr Arbeitsplätze, sondern um weniger Gewerkschaftseinfluß“ sowie ein flächendeckendes Lohnsenkungsprogramm. Jeder Arbeitgeber solle die Möglichkeit erhalten, aus dem Tarifvertrag auszubrechen, die Löhne zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern. Dadurch werde nicht die Arbeitslosigkeit gesenkt, sondern die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt vergrößert, kritisierte der Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel am Mittwoch in Berlin. „Jede Regierung, die die Tarifautonomie angreift, wird auf den Widerstand aller Gewerkschaften treffen“,

warnte er (...). Lothar Späth, im Kompetenzteam der Union für Wirtschaft und Arbeit zuständig, wies die Kritik zurück: „Wir müssen die Tarifautonomie nicht prinzipiell in Frage stellen.“ Doch müsste der Flächentarifvertrag Spielräume für betriebliche Vereinbarungen lassen. CDU/CSU und FDP wollen im Falle eines Wahlsiegs durch eine Änderung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz betriebliche Beschäftigungsbündnisse legitimieren. Arbeitnehmer dürften dann befristet unbezahlte Mehrarbeit leisten oder auf Einkommensbestandteile verzichten, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Betriebsrates oder von 75 Prozent der Belegschaft; die Union will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zudem in begründeten Fällen ein Vetorecht geben. Zwickel kritisierte dieses Einspruchrecht als „weiße Salbe“, da die Betriebsräte – vor die Wahl zwischen Geld und Arbeitsplatz gestellt – erpressbar wären. „Wenn die Erpressung erfolgreich war und die Belegschaft zugestimmt hat, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Ein nachträgliches Veto der Tarifvertragsparteien könne daran nichts ändern. (...) Wollte man den Betriebsräten Tarifverhandlungen zumuten, müsse man ihnen auch ein Streikrecht gewähren, forderte Zwickel. Im Übrigen seien Beschäftigungssicherungstarifverträge, Sanierungstarifverträge oder Härtefallklauseln auch jetzt schon möglich, wenn dadurch eine reale Zukunftschance für den Betrieb bestehe. „Dafür werden keine neuen Gesetze gebraucht.“ Das bestätigte auch Bundesarbeitsminister Riester (SPD): „Den“ Flächentarifvertrag gebe es schon lange nicht mehr. (B. W., 29.08., Nr. 7, Programme bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union und FDP gemeinsam).

**M 22/8.** Die IG Metall hat Union und FDP vorgeworfen, sie wollten im Falle eines Wahlsiegs die Tarifautonomie demontieren. Der Opposition gehe es in Wahrheit „nicht um mehr Arbeitsplätze, sondern um weniger Gewerkschaftseinfluß“ sowie ein flächendeckendes Lohnsenkungsprogramm. Jeder Arbeitgeber solle die Möglichkeit erhalten, aus dem Tarifvertrag auszubrechen, die Löhne zu senken und die Arbeitszeiten zu verlängern. Dadurch werde nicht die Arbeitslosigkeit gesenkt, sondern die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt vergrößert, kritisierte der Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel am Mittwoch in Berlin. „Jede Regierung, die die Tarifautonomie angreift, wird auf den Widerstand aller Gewerkschaften treffen“, warnte er (...). CDU/CSU und FDP wollen im Falle eines Wahlsiegs durch eine Änderung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz betriebliche Beschäftigungsbündnisse legitimieren. Arbeitnehmer dürften dann befristet unbezahlte Mehrarbeit leisten oder auf Einkommensbestandteile verzichten, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Betriebsrates oder von 75 Prozent der Belegschaft; die Union will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zudem in begründeten Fällen ein Vetorecht geben. Zwickel kritisierte dieses Einspruchrecht als „weiße Salbe“, da die Betriebsräte – vor die Wahl zwischen Geld und Arbeitsplatz gestellt – erpressbar wären. „Wenn die Erpressung erfolgreich war und die Belegschaft zugestimmt hat, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Ein nachträgliches Veto für Tarifvertragsparteien könne daran nichts ändern. (...) Wollte man den Betriebsräten Tarifverhandlungen zumuten, müsse man ihnen auch ein Streikrecht gewähren, forderte Zwickel. Im Übrigen seien Beschäftigungssicherungstarifverträge, Sanierungstarifverträge oder Härtefallklauseln auch jetzt schon möglich, wenn dadurch eine reale Zukunftschance für den Betrieb bestehe. „Dafür werden keine neuen Gesetze gebraucht.“ (B. W., 29.08., Nr. 7, Positionen anderer als der Regierung/ IG Metall)

**M 22/9.** Die IG Metall hat Union und FDP vorgeworfen, sie wollten im Falle eines Wahlsiegs die Tarifautonomie demontieren. (...) Lothar Späth, im Kompetenzteam der Union für Wirtschaft und Arbeit zuständig, wies die Kritik zurück: „Wir müssen die Tarifautonomie nicht prinzipiell in Frage stellen.“ Doch müsste der Flächentarifvertrag Spielräume für betriebliche Vereinbarungen lassen. (...) ... die Union will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zudem in begründeten Fällen ein Vetorecht geben. Zwickel kritisierte dieses Einspruchrecht als „weiße Salbe“, da die Betriebsräte – vor die Wahl zwischen Arbeitsplatz und Geld gestellt – erpressbar wären. „Wenn die Erpressung erfolgreich war und die Belegschaft zugestimmt hat, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Ein nachträgliches Veto der Tarifvertrags-

parteien könne daran nichts ändern. (B. W., 29.08., Nr. 7, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung, hier der Union).

**M 22/10.** CDU/CSU und FDP wollen im Falle eines Wahlsiegs durch eine Änderung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz betriebliche Beschäftigungsbündnisse legitimieren. Arbeitnehmer dürften dann befristet unbezahlte Mehrarbeit leisten oder auf Einkommensbestandteile verzichten, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Betriebsrates oder von 75 Prozent der Belegschaft; die Union will Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zudem in begründeten Fällen ein Vetorecht geben. (*IG Metall-Chef Klaus, fs*) Zwickel kritisierte dieses Einspruchrecht als „weiße Salbe“, da die Betriebsräte – vor die Wahl zwischen Arbeitsplatz und Geld gestellt – erpressbar wären. „Wenn die Erpressung erfolgreich war und die Belegschaft zugestimmt hat, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen.“ Ein nachträgliches Veto der Tarifvertragsparteien könne daran nichts ändern. Der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts Thomas Dieterich kritisierte, daß das Veto begründet sein müsse. Dies laufe auf eine „Tarifzensur“ der Gerichte hinaus. (B. W., 29.08., Nr. 7, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung, hier eines Experten, eines ehemaligen Arbeitsrichters).

**M 22/11.** Wolle man den Betriebsräten Tarifverhandlungen zumuten, müsse man ihnen auch ein Streikrecht gewähren, forderte (*IG Metall-Chef Klaus, fs*) Zwickel. Im Übrigen seien Beschäftigungssicherungstarifverträge, Sanierungstarifverträge oder Härtefallklauseln auch jetzt schon möglich, wenn dadurch eine reale Zukunftschance für den Betrieb bestehe. „Dafür werden keine neuen Gesetze gebraucht.“ Das bestätigte auch Bundesarbeitsminister Riester (SPD): „Den“ Flächentarifvertrag gebe es schon lange nicht mehr. (B. W., 29.08., Nr. 7, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftiges Handeln).

**M 22/12.** Das Mitglied des Sachverständigenrates Bert Rürup verlangte, der im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Vorrang tariflicher vor betrieblicher Regelungen müsse abgeschafft, die Nachwirkung von Tarifverträgen verkürzt und der Flächentarifvertrag durch Lohnkorridore, erfolgsabhängige Bestandteile und Einstiegstarife flexibilisiert werden. Auf mittlere Sicht sei in Deutschland nur ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 2,5 Prozent zu erwarten: „Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, das Beschäftigungsproblem durch Wachstum lösen zu können.“ (B. W., 29.08., Nr. 7, Positionen anderer als der Regierung/ hier von einem Experten, dem Mitglied des Sachverständigenrates Bert Rürup).

**M 22/13.** Das Verlesen des Manuskriptes nimmt ihm (*Edmund Stoiber im Bundestag, fs*) nicht die Authentizität. „Wir wollen eine andere Finanzierung, weil Deutschland neben der Flutkatastrophe unter einer zweiten nationalen Katastrophe leidet: über vier Millionen Arbeitslose mitten im Sommer.“ (B. P., 30.08., Nr. 8, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 22/14.** Eher erklärt sich Riesters politisches Überleben gerade daraus, dass der die Rentenreform – und damit den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung – gegen den Willen der Gewerkschaften sowie später die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes gegen den deutlichen Widerspruch des Bundeswirtschaftsministers und die massiven Proteste der Arbeitgeber durchgesetzt hat. Auf dem politischen Parkett hatte der Handwerksmeister damit sein Gesellenstück abgeliefert. Inzwischen ist es um den Arbeitsminister, der mit 93,4 Milliarden Euro den größten Einzelhaushalt und mehr als ein Drittel des gesamten Bundesetats verwaltet, ruhiger geworden. Der verpatzte Start seiner Amtszeit liegt lange zurück. Da musste Riester den geforderten „Politikwechsel für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ wahr machen und die Wahlversprechen an die Gewerkschaften erfüllen: durch die Rücknahme der gekürzten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Wiederherstellung des ursprünglichen Kündigungsschutzes. Das Hin-und-Her um die Neuregelung der 630-Mark-Jobs und das zunächst viel zu restriktive Gesetz gegen Scheinselbständigkeit trugen Riester den Vorwurf handwerklicher Fehler ein. (...) Der Versuchung, die Nürnberger Daten durch einen massiven Einsatz von Wahlkampf-ABM zu schönen, ist er widerstanden, auch von der mehr-

fach geforderten Änderung der Arbeitslosenstatistik nahm er letztlich wieder Abstand. (Rü. P., 30.08., Nr. 9, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/15.** Riesters Vorhaben zielten meist nicht darauf ab, Bürokratie abzubauen, sondern neue – und häufig kostentreibende – Vorschriften einzuführen: mehr Rechte für mehr Betriebsräte, einen Anspruch auf Teilzeitarbeit, das Recht des Ministers, allgemeinverbindliche Mindestlöhne auf dem Bau durch Rechtsverordnung festzulegen, und zuletzt die Ausweitung der Fördermöglichkeiten im Job-Aktiv-Gesetz. Mit unverhohlener Genugtuung bescheinigt ihm einer seiner Gegenspieler, der CSU-Politiker Seehofer, immer wieder ein „erotisches Verhältnis zu Paragraphen“ und nennt ihn einen „begnadeten Murkser“. Untätigkeit kann man Riester jedenfalls nicht vorwerfen. Unehrllichkeit auch nicht. (Rü. P., 30.08., Nr. 9, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/16.** An der miserablen Lage auf dem Arbeitsmarkt hat Riesters Wirken indessen nichts geändert, obwohl die Schröder-Regierung gerade den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit zum Herzstück ihrer Politik erhoben hatte. Im Herbst vergangen Jahres rühmte sich der Minister zwar noch, daß die Arbeitslosigkeit bis einschließlich Juli 2001 39 Monate hintereinander gesunken sei, seither hat sich die Entwicklung aber Monat für Monat wieder verschlechtert. Auch der zwischenzeitlich erzielte Beschäftigungsaufbau gegenüber 1998 schmilzt langsam dahin. Ein Teil des Stellenzuwachses ist zudem auf die Statistikumstellung infolge der Neuordnung der 630-Mark-Jobs zurückzuführen. Zu einer durchgreifenden Reform der Arbeitsmarktpolitik fehlten Riester Mut und Zeit; er hat mit der Rentenreform und der Mitbestimmungsnovelle andere Prioritäten gesetzt. Auch gelang es ihm nicht, sich vom Einfluss der Gewerkschaften zu lösen. (Rü. P., 30.08., Nr. 9, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/17.** Visionen sind Riesters Sache nicht. Das Job-Aktiv-Gesetz ging auf eine Initiative rot-grüner Parlamentarier zurück. Die Einsetzung der Hartz-Kommission ist Folge des Skandals um die geschönten Vermittlungsbilanzen. Die Modellversuche zum Niedriglohnsektor wurden im Bündnis für Arbeit verabredet, die Greencard-Initiative hat der Kanzler verkündet. Der Vorwurf des ideenlosen Bremsers will Riester indessen nicht auf sich sitzen lassen und reicht ihn an die Fraktionen weiter: „Im Arbeitsministerium sitzt kein Betonkopf, der zu allem nein sagt.“ Er gehe mit seinen Vorstellungen vielmehr „an die Grenze dessen, was das deutsche Parlament zu machen bereit ist“. (Rü. P., 30.08., Nr. 9, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/18.** Die Reformen, die Rot-Grün gleich nach Amtsantritt hätte angehen müssen, hat Riester auf die nächste Legislaturperiode verschoben; Ende 2004 sollen sie abgeschlossen sein: die Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, vielleicht sogar eine Generalrevision der Arbeitsmarktpolitik – sofern ihm Wähler, Fraktion und Kanzler dazu den Auftrag geben. (Rü. P., 30.08., Nr. 9, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftige Vorhaben).

**M 22/19.** Bundesaußenminister Joschka Fischer betonte, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur gewonnen werden könne, wenn neue Beschäftigungsfelder erschlossen und neue Technologien angewendet würden. Insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Stromerzeugern aus alternativen Energiequellen einen festen Abnahmepreis zusichere, habe eine Welle privater Investitionen ausgelöst. (B. W. , 30. 08., Nr. 10, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/20.** Das Startprogramm der Union enthält 49 einzelne Punkte, die zur Hälfte auf Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt zielen, und ansonsten dem Feld der inneren Sicherheit und der ökologischen Entwicklung gelten. Stoiber sprach davon, das Sofortprogramm sei „unter ein einziges Ziel gesetzt“: die Senkung der Arbeitslosigkeit. So sollen unter anderem der Rahmen für Zeitarbeitsverhältnisse und der Spielraum für betriebliche Bündnisse erweitert

werden. (B. P., 31.08., Nr. 11, Programme bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/21.** Das Startprogramm der Union enthält 49 einzelne Punkte, die zur Hälfte auf Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt zielen, und ansonsten dem Feld der inneren Sicherheit und der ökologischen Entwicklung gelten. Stoiber sprach davon, das Sofortprogramm sei „unter ein einziges Ziel gesetzt“: die Senkung der Arbeitslosigkeit. (...) Ältere Arbeitslose sollen bei der Arbeitsaufnahme zwischen Kündigungsschutz und Abfindung wählen können, sogenannte 400-Euro-Jobs sollen zur Stärkung des Niedriglohnssektors wiedereingeführt werden. Arbeitsminister Riester (SPD) sagte, das Programm sei untauglich, Wachstum und Beschäftigung voranzubringen. (B. P., 31.08., Nr. 11, Programme bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/22.** Und schon ist Claus (*Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion, fs*) in die Kurve zum Thema Arbeitslosigkeit eingebogen. 90.000 Euro koste es, einen Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, 70.000 Euro davon kämen durch zusätzliche Abgaben und Ersparnisse wieder in die öffentlichen Kassen zurück. (B. P., 31.08., Nr. 13, Vorschläge bzw. Programme anderer als der Regierung/ PDS).

**M 22/23:** Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber argumentierte gegen die Linie der Bundesregierung, als präsentiere er das Ergebnis von Verhandlungen einer Koalition von Union und FDP. Steuererhöhungen seien „Gift“ für die Konjunktur und für den Arbeitsmarkt. Dreierlei Steuererhöhungen werde es unter einer rot-grünen Bundesregierung zum Jahreswechsel geben, wenn diese weiter amtiere, rief er: die letzte Stufe der Ökosteuer, also eine weitere Anhebung von Energiesteuern, dazu die Verschiebung der schon beschlossenen Steuersenkung und schließlich die jetzt eingeleitete Erhöhung der Körperschaftsteuer. (B. P., 31.08., Nr. 14, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/24:** Die Zahlung höherer Zinsen aus dem Staatshaushalt, die sich aus dem Finanzierungsmodell der Union ergebe, sei demgegenüber das „kleinere Übel“ für Konjunktur und Arbeitsmarkt (*sagte Edmund Stoiber, fs*). (B. P., 31.08., Nr. 14, Vorschläge bzw. Programme anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/25.** Vom ersten Tag an müsse für jedes Mitglied seiner Regierung der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit absolut im Mittelpunkt stehen. Alle Entscheidungen seien dem einen Ziel unterzuordnen, noch im Herbst die Weichen auf Aufschwung zu stellen. Diese Selbstverpflichtung Edmund Stoibers klingt kaum anders als vor vier Jahren die Ankündigung von Gerhard Schröder, seine Regierung werde jede Maßnahme und jedes Instrument daraufhin überprüfen, ob es vorhandene Arbeit sichere oder neue Arbeit schaffe. Was davon zu halten war, wurde im darauffolgenden Frühjahr deutlich, als Rot-Grün die Reformgesetze der Kohl-Regierung bei Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung zurücknahm und das Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit verabschiedete. (K. W., 31.08., Nr. 15, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz)

**M 22/26.** Die Zahl der Arbeitslosen könnte nach Schätzung von Bankvolkswirten auch im Durchschnitt des laufenden Jahres auf mehr als vier Millionen steigen. Bis Jahresende sei in den üblicherweise schwächeren Wintermonaten auch ein Anstieg auf 4,1 Millionen nicht auszuschließen, heißt es. Das Bundesarbeitsministerium wies am Freitag Berichte über eine weitere Zunahme der Erwerbslosenzahlen als „reine Spekulation“ zurück. Medienberichten zufolge soll die Zahl der Arbeitslosen im August auf 4,04 Millionen und damit auf den höchsten August-Wert seit drei Jahren gestiegen sein. Die August-Daten sind die letzten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) vor der Bundestagswahl. Genaue Zahlen lägen noch nicht vor, betonte Ministeriumssprecher Klaus Vater in Berlin. „Die Arbeitsämter brauchen noch Zeit.“ Insbesondere in Sachsen sei die Situation aufgrund des Hochwassers „unübersichtlich“. Die exakte August-Zahl erführen Ministerium und Kanzleramt erst am Mittwochabend, einen Tag vor der offiziellen Bekanntgabe durch die Bundesanstalt. Es gebe im Übrigen

auch keine interne BA-Prognose, derzufolge die Arbeitslosenzahl im Durchschnitt des laufenden Jahres knapp über vier Millionen liegen werde. Von dieser Zeitung befragte Bankvolkswirte halten gleichwohl einen jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 200.000 auf rund 4,06 Millionen für möglich. Für August wird bereinigt von jahreszeitlichen Einflüssen mit einem Anstieg um 10.000 gerechnet. Dies ist zwar deutlich weniger als in den vorangegangenen Monaten. Auf einen Aufschwung deutet die vergleichsweise geringe Zunahme aus Sicht der Ökonomen aber nicht hin. Vielmehr machten sich Sondereffekte wie die Folgen des Job-Aktiv-Gesetzes sowie unübliche Ferientermine in den Daten jetzt weniger bemerkbar. „Die Wirtschaftsentwicklung ist nach wie vor nicht von großer Dynamik gekennzeichnet“, sagen die Volkswirte der DZ Bank. Vor allem der Konsum liege weiterhin brach. Mit einer Besserung rechnen die Beobachter frühestens am Ende dieses Jahres. Auch die Bundesanstalt für Arbeit erwartet erst im vierten Quartal erste Anzeichen für einen Aufschwung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. (B. W., 31.08., Nr. 16, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung).

**M 22/27.** Das Bundesarbeitsministerium wies am Freitag Berichte über eine weitere Zunahme der Erwerbslosenzahlen als „reine Spekulation“ zurück. Medienberichten zufolge soll die Zahl der Arbeitslosen im August auf 4,04 Millionen und damit auf den höchsten August-Wert seit drei Jahren gestiegen sein. Die August-Daten sind die letzten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) vor der Bundestagswahl. Genaue Zahlen lägen noch nicht vor, betonte Ministeriumssprecher Klaus Vater in Berlin. „Die Arbeitsämter brauchen noch Zeit.“ Insbesondere in Sachsen sei die Situation aufgrund des Hochwassers „unübersichtlich“. Die exakte August-Zahl erführen Ministerium und Kanzleramt erst am Mittwochabend, einen Tag vor der offiziellen Bekanntgabe durch die Bundesanstalt. (B. W., 31.08., Nr. 16, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 22/28.** Stoiber machte die Politik der rot-grünen Regierung und Bundeskanzler Schröder (SPD) persönlich für die Zahl von mehr als vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland verantwortlich. „Soziale Gerechtigkeit ist für die SPD ein Fremdwort geworden.“ (B. P., 02.09., Nr. 17, Arbeitslosigkeit der Regierung/ Bilanz).

**M 22/29:** Stoiber werde von der FDP vor der Bundestagswahl „keinen Blankoscheck bekommen“, sagte (*Guido, fs*) Westerwelle am Sonntag auf einem Wahlkongreß in Konstanz. Zur Bedingung für eine Koalition machte der FDP-Vorsitzende grundlegende Reformen bei Bildung, Steuersystem und Arbeitsmarkt. Westerwelle sagte der Zeitung „Der Tagesspiegel“, die FDP wolle nach der Wahl „am liebsten mit beiden“ - mit der Union wie mit der SPD - verhandeln, um zu sehen, mit welchem Regierungspartner sie die meisten ihrer Vorstellungen durchsetzen könne. (...) (*Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer, fs*) Brüderle gab an, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sei eine deutliche Bedingung der FDP für die Teilnahme an einer Koalition. (B. P., 02.09., Nr. 17, Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/30.** (*Angela, fs*) Merkel sagte der „Sonntagszeitung“ (*FAZ am Sonntag, fs*), sie rechne mit Widerstand der Gewerkschaften gegen die Arbeitsmarktreformen, die die Union im Falle eines Wahlsieges verwirklichen wolle. Merkel nannte als Beispiele etwa betriebliche Bündnisse für Arbeit, mit denen die Tarifbestimmungen flexibilisiert werden könnten. (...) Der stellvertretende FDP-Vorsitzende (*Rainer, fs*) Brüderle warf der Union in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vor, sie lege sich in ihrem Wahlprogramm nicht deutlich genug auf Reformen des Arbeitsmarktes fest. (B. P., 02.09., Nr. 17, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/31.** Der erste der von der Bundesregierung aus dem Hut gezauberten Reformer des Arbeitsmarktes (*BA-Chef, Florian Gerster, fs*) will ein größeres Rad drehen. Aus Gersters Sicht krankt das deutsche System nicht nur daran, daß es zu lange dauert, bis Erwerbslose wieder auf eine neue Stelle vermittelt werden. Es sind die hohen Lohnnebenkosten, die viele Arbeitsplätze schlicht zu teuer machen. „Welcher Handwerker kann sich denn heute leisten, einen weiteren Handwerker bei sich zu beschäftigen“, ruft er unter lautem Beifall – unbe-

kümmert darum, daß er damit auch die Politik seiner eigenen Partei geißelt. Es geht – schließlich darum, überzogene Erwartungen zu relativieren und Schaden am eigenen Bild von vornherein abzuwenden. (B. P., 02.09., Nr. 18, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/32.** Die Mitarbeiter (*der Bundesanstalt für Arbeit, fs*) müssen sich auf einen kräftig anschwellenden „Kunden“-Ansturm gefaßt machen, wenn sich (*im Zuge der Hartz-Gesetze, fs*) Arbeitsuchende gleich nach der Kündigung melden müssen und auch die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger betreut werden müssen. Hinzu kommt der Aufbau der Personal-Service-Agenturen für die Zeitarbeit - einem bisher völlig unbekanntem Geschäftsfeld. Zudem sollen sich die Angestellten mehr um die Arbeitgeber kümmern, sie bei der Personalplanung unterstützen und selbst Stellen akquirieren – ein Projekt, das in der Geschichte der Bundesanstalt seinesgleichen sucht. Der Druck auf den Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt ist angesichts der unentwegt weiter steigenden Arbeitslosenzahlen so groß wie nie zuvor. Auch wenn Gerster ankündigt, daß sein 90.000-Mitarbeiter-Apparat die Reform aus sich selbst heraus meistern könne, scheinen Zweifel nicht unberechtigt. Kommen doch gleichzeitig aus der Behörde Stimmen, die nach mehr Personal rufen, Change-Manager für den Umbau fordern und damit das Ziel eines schlankeren Dienstleistungsunternehmens konterkarieren. Zudem hat Gerster selbst erfahren, wie langsam die Mühlen in Nürnberg mahlen. Da dauert es Wochen und Monate, bis Dienstweisungen neu formuliert und unverständliche Abkürzungen aus den Rundschreiben eliminiert sind. Zeit aber hat er nicht, soll bis 2005 tatsächlich die Arbeitslosigkeit halbiert sein. (B. P., 02.09., Nr. 18, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/33.** Das minimale Wachstum der Grundlohnsumme im ersten Halbjahr werden auch die Tariflohnsteigerungen nicht mehr ausgleichen. Hier rächt sich der Unwille oder die Unfähigkeit der rot-grünen Regierung, Strukturreformen im Arbeitsmarkt oder der Gesundheitspolitik anzugehen. (K. W., 02.09., Nr. 19, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/34.** (*Acht große Wirtschaftsverbände, meist Interessenvertretungen des Mittelstands, meinen in ihrem Aufruf, fs*)... mehr Arbeitsplätze können nur geschaffen werden, wenn die Sozialversicherungsbeiträge sinken. Dazu seien Reformen an den überstrapazierten sozialen Sicherungssystemen nötig. Der einzelne müsse wieder mehr Verantwortung übernehmen. Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft könnten so bekämpft werden. (B. W., 02.09., Nr. 20, Positionen anderer als der Regierung/ Wirtschaft allgemein).

**M 22/35.** Vom Arbeitsmarkt erwarte der Mittelstand (*In Gestalt von acht großen Wirtschaftsverbänden, meist Interessenvertretungen des Mittelstands, fs*) mehr Flexibilität, Überreglementierung wie bei den 325-Euro-Jobs verhindere Beschäftigung. (B. W., 02.09., Nr. 20, Positionen anderer als der Regierung/ Wirtschaft allgemein).

**M 22/36.** Die Regierung Schröder hat sich verkalkuliert. Sie hat ganz im Sinne des Arguments, daß die Lohnnebenkosten über die Arbeitsplätze entscheiden würden, die Beitragsätze so niedrig wie möglich gehalten, immer in der Überzeugung, am Ende werde sich das bei einer Arbeitslosenzahl von 3,5 Millionen doch noch rechnen. Doch weil sich diese Zielzahl als Illusion erwiesen hat, geht die ganze Rechnung nicht auf. (K. P. 03.09., Nr. 21, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/37.** Altkanzler Helmut Schmidt wird von (*Friedrich, Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag, fs*) Merz mit seiner jüngsten Feststellung, mangelndes Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit seien „hausgemacht“, dabei gern als Kronzeuge gegen die Regierung Schröder in Anspruch genommen. (R. P., 04.09., Nr. 22, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/38.** Die Finanzierung der Flutfolgen führt (*Friedrich Merz, fs*) zum Thema Arbeitslosigkeit, von dort ist es nur ein Schritt zu den Problemen der Sozialsysteme. Weder Kranken-

noch Pflegeversicherung, weder das Renten- noch das Gesundheitssystem seien in Ordnung und Regierungen mit mehr als vier Millionen Arbeitslosen würden abgewählt. (R. P., 04.09., Nr. 22, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/39.** Wichtiger, als die Positionen, die Merz vertritt, ist die Art, wie er seine Haltung begründet und wie er Zusammenhänge darstellt. Die Arbeitslosigkeit ist dafür ein dankbares Thema. Den vier Millionen Arbeitlosen stellt er die 1,5 Mio. offenen Stellen gegenüber. Die Frage, warum diese Stellen denn nicht von Arbeitslosen besetzt würden, beantwortete er mit einem Privatissimum über die Besonderheiten des deutschen Sozialsystems. Dieses System habe dazu geführt, dass es inzwischen „Sozialhilfeempfänger-Karrieren in der zweiten und dritten Generation mit der Zielsetzung gibt, nie mehr einen Arbeitsplatz einzunehmen“. Außerdem habe man dank Kinder- und Erziehungsgeld als Sozialhilfeempfänger mehr Geld in der Tasche als man durch geregelte Arbeit verdienen könnte. Merz erläutert dies betont sachlich und nüchtern. (R. P., 04.09., Nr. 22, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 22/40.** Dann hält er (*Friedrich Merz, fs*) kurz inne, ehe er sagt, was alle empfinden: „Es muß wieder so in Deutschland werden, daß derjenige, der arbeitet, mehr Geld bekommt als der, der Sozialleistungen in Anspruch nimmt.“ Vor einer Pauschalisierung des heiklen Themas aber hütet sich Merz. Er weiß genau, wo er ist – nämlich in Mecklenburg-Vorpommern, im Osten, dort, wo die 1,5 Millionen unbesetzten Arbeitsplätze nicht zu finden sind und wo Eingriffe in die Sozialleistungen folglich auch keine regulierende Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben können. Deshalb, so Merz, sollen nur diejenigen weniger Sozialhilfe erhalten, die angebotene Arbeit ablehnen. Sie sollten nur noch das Existenzminimum, am besten in Form von Naturalien, also Lebensmitteln erhalten. Das ist eine Position, die auch im Osten Zustimmung findet. (R. P., 04.09., Nr. 22, Vorschläge bzw. Positionen von anderen als der Regierung/ Union).

**M 22/41.** Solange die wirtschaftlichen Aussichten unsicher sind, werden andere Themen die Besorgnis der Bevölkerung über die Sicherheit der Arbeitsplätze immer nur sehr kurzfristig überlagern können. Zurzeit nimmt die Skepsis wieder zu, ob in absehbarer Zukunft bei Konjunktur und Arbeitsmarkt mit einer merklichen Besserung zu rechnen ist. Der Anteil der Bevölkerung, den die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sehr besorgt stimmt, hat seit Ende letzten Jahres von 39 auf 50 Prozent zugenommen. Nur knapp ein Fünftel der Bevölkerung rechnet in den kommenden Monaten mit einem Aufschwung, 40 Prozent befürchten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmendaten. (Ga. P., 04.09., Nr. 23, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Stimmung in der Bevölkerung).

**M 22/42.** Auch auf Sicht von einem Jahr erwartet die Mehrheit keine durchschlagende Besserung. Diese Skepsis liegt wie Blei auf allen Bemühungen, für die Wahl und die kommende Legislaturperiode eine Stimmung von Aufbruch und Hoffnung zu erzeugen. Die Vorschläge der Hartz-Kommission halten nur knapp 8 Prozent der Bevölkerung für einen großen Wurf, von dem eine nachhaltige Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten ist. (Ga. P., 04.09., Nr. 23, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/43.** Außerdem bezeichnen die Bischöfe die „anhaltend hohe Arbeitslosigkeit“ als eine schwer tragbare Belastung für die Erwerbslosen und ihre Familien und als sehr großen gesellschaftlichen Schaden. Sie zu überwinden müsse die vornehmste Aufgabe der Politik sein. (B. P., 05.09., Nr. 24, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ persönliche Befindlichkeiten von Arbeitslosen).

**M 22/44.** Die Zahl der Arbeitslosen hat auch im August die Marke von vier Millionen überschritten. Mit 4,018 Millionen lag sie allerdings um rund 29.000 niedriger als im Juli, wie die Nachrichtenagentur am Mittwoch aus Regierungskreisen erfuhr. Im August des vergangenen Jahres waren 3,789 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Die letzte Arbeitsmarktbilanz vor der Bundestagswahl stellt am heutigen Donnerstag der Vorstandsvorsitzende der Bun-

desanstalt für Arbeit, Florian Gerster, öffentlich in Nürnberg vor. (K. W., 05.09., Nr. 26, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 22/45.** Für die Mitarbeiter in der Bundesanstalt wie für ihren Chef ist die allmonatliche Aufregung um den aktuellen Wert (*der Arbeitslosenzahlen, fs*) immer wieder Grund zum Kopfschütteln. Denn das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt ist bei weitem vielschichtiger, als ein paar Ziffern suggerieren können. Außerdem sind die drei oder vier Komma etwas Millionen noch nicht einmal der beste Indikator für die Verfassung des Arbeitsmarktes. Saisonbereinigte Daten oder die Entwicklung der Erwerbstätigkeit spiegeln das Geschehen weit besser wider. (B. W., 05.09., Nr. 27, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Hintergründe bzw. Einordnung von Arbeitslosenzahlen).

**M 22/46.** Für Bundeskanzler Gerhard Schröder dürfte dieser Donnerstag ein wenig erfreulicher Tag werden. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, wird aller Voraussicht nach für den August abermals eine Arbeitslosenzahl von rund vier Millionen bekannt geben. Damit erhält der Kanzler im letzten Monat vor der Bundestagswahl von der Nürnberger Behörde dokumentiert, daß er sein im November 1998 gegebenes Versprechen, die Erwerbslosenzahl von knapp 4 Millionen bei Amtsantritt auf 3,5 Millionen zu drücken, nicht einhalten konnte. (B. W., 05.09., Nr. 28, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/47.** Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich seit Oktober 2000 sukzessive verschlechtert. Damals erreichte die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit mit 3,8 Millionen ihren Tiefpunkt in dieser Legislaturperiode. Danach trübte sich die Konjunktur zusehends ein. Besonders betroffen war davon der Westen Deutschlands. So mußten die Wachstumsprognosen für 2001 und 2002 laufend nach unten revidiert werden. Im vergangenen Jahr legte das Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,6 Prozent zu, in diesem Jahr wird das Wachstum wohl zwischen 0,7 und 1,2 Prozent und im kommenden Jahr zwischen 2 und 2,5 Prozent liegen. (B. W., 05.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Rückblick auf Entwicklung der Arbeitslosenzahlen).

**M 22/48.** Für einen Beschäftigungszuwachs sind nach einer Faustregel der Wissenschaftler in Deutschland mindestens 3 Prozent Wachstum nötig. Wäre der Arbeitsmarkt flexibler, könnte diese Beschäftigungsschwelle deutlich gesenkt werden. Ohne eine solche von Wissenschaftlern seit langem geforderte Liberalisierung ist ein Aufschwung aber in diesem Jahr wohl nicht mehr zu erwarten, und auch im kommenden Jahr dürfte es schwierig werden. (B.W., 05.09., Nr. 28, Positionen von anderen als der Regierung, hier von einem Wissenschaftler).

**M 22/49.** Das Bundesarbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit dagegen rechnen weiterhin schon im zweiten Halbjahr dieses Jahres mit ersten Anzeichen einer Besserung (*auf dem Arbeitsmarkt, fs*). (...) Verschlimmern dürfte sich die Lage jetzt auch noch durch die Hochwasserkatastrophe. In den an diesem Donnerstag veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen wird sich die Flut allerdings noch nicht niederschlagen. „In Sachsen gab es keinen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit wegen des Hochwassers“, erklärt etwa der Sprecher des Landesarbeitsamtes, Claus Welz. In einigen Regionen wie in Pirna sei jedoch der gesamte Amtsbezirk von den Fluten betroffen gewesen. Dort werde es im September einen Ansturm auf die Arbeitsämter geben. Ein Indiz für den von der Flut schwer angegriffenen Arbeitsmarkt ist indessen schon jetzt der beträchtliche Zuwachs von Kurzarbeit. Wegen der Flutkatastrophe hat die Bundesanstalt für Arbeit "Kurzarbeit Null" wiedereingeführt. Dies bedeutet, daß das Arbeitsamt auch zahlt, wenn nicht gearbeitet wird. Wegen des Hochwassers übernehmen die Behörden außerdem die sonst vom Arbeitgeber zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge. Allein in Sachsen habe sich die Zahl der Kurzarbeiter im vergangenen Monat um 7900 erhöht und damit beinahe verdoppelt, heißt es im Landesarbeitsamt. Dabei seien etliche Anträge noch gar nicht bearbeitet worden. In nächster Zeit rechnet die Behörde mit einem Anstieg auf mehr als 20.000. Bisher hätten vor allem Gastronomie, Handel und die

Bauwirtschaft Kurzarbeit angemeldet. In der Wasserwirtschaft arbeite dagegen niemand mehr kurz. In Sachsen-Anhalt liegen derzeit von 1800 Betrieben für insgesamt 17 300 Arbeitnehmer (*Berechnungsfehler der FAZ, fs*) Anträge auf Kurzarbeitergeld vor. Mit der Förderung des Arbeitsamtes können so viele Beschäftigte sechs oder maximal zwölf Monate von der Arbeitslosigkeit verschont bleiben – sofern sich die Unternehmen nicht doch zu Entlassungen gezwungen sehen. Eine Entlastung für die Arbeitslosenstatistik erhoffen die Ämter außerdem von dem verstärkten Einsatz von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen in den Hochwassergebieten. So sollen in Sachsen 7000 Erwerbslose mithelfen, die Flutfolgen zu beseitigen, in Sachsen-Anhalt seien es mehr als 3000. Insgesamt sei die Zahl der Teilnehmer an diesen Programmen schon im August kräftig in die Höhe geschneit, heißt es in beiden Ämtern. Die betroffenen Gebiete hatten schon vor der Katastrophe mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. (...) An diesem Stellenmangel dürften auch die Aufbauhilfen der Bundesregierung und die nur langsam steigenden Auftragszahlen für die schwächelnde Bauwirtschaft wenig ändern. Ökonomen des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) warnen daher schon vor zu großen Erwartungen. Selbst wenn Bauunternehmen kurzfristig das Personal aufstocken sollten, müssten langfristig Überkapazitäten wieder abgebaut werden, und dies sogar im stärkerem Maße als bisher. Der Abbau von Arbeitsplätzen werde durch die Flut nur verzögert. Gleichzeitig würden viele Unternehmer ihre zerstörten Betriebe wohl gar nicht mehr aufbauen, befürchten die Wissenschaftler. In welchem Ausmaß sich dies langfristig auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, wagen auch sie nicht zu prognostizieren. (B. W., 05.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Hintergründe Folgen der Flut im Osten Deutschland auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenzahlen).

**M 22/50.** Größtes Sorgenkind für die Bundesregierung ist trotz der jüngst deutlich gestiegenen Arbeitslosigkeit im Westen immer noch der Osten Deutschlands. Dort wurden kürzlich mit 1,4 Millionen etwa eine halbe Million mehr Arbeitslose ausgewiesen als in der ersten gesamtdeutschen Arbeitsmarktstatistik 1991. Die Arbeitslosenquote verharrt seit Jahren auf mehr als doppelt so hohen Werten wie im Westen. Verschlimmern wird sich die Lage jetzt auch in den Hochwassergebieten (...) Die betroffenen Gebiete hatten schon vor der Katastrophe mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Quote in Sachsen etwa stieg in den vergangenen zehn Jahren von 9,1 auf 19 Prozent. Sachsen-Anhalt wies im Jahresdurchschnitt 2001 mit 20,9 Prozent sogar die höchste Quote aller Bundesländer auf. Dabei dürfte der Mangel an Arbeitsplätzen noch deutlich höher sein als die offiziell gemeldete Zahl von Arbeitsuchenden. Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit gehen davon aus, daß es in Ostdeutschland 2 Millionen Arbeitsplätze zuwenig gibt gegenüber 1,4 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitsuchenden. Im Westen sind es rund 4 Millionen. (B.W., 05.09., Nr. 28, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Auffächerung von Zahlen nach Regionen, Schwerpunkt Ostdeutschland).

**M 22/51. Frage:** Der Kanzler hat sein arbeitsmarktpolitisches Ziel deutlich verfehlt. Hat er recht, wenn er die verschlechterte Weltkonjunktur als Ursache nennt?

*Antwort H.W. Sinn (Hans-Werner, Chef des Münchener Ifo-Instituts, fs):* Nur zum Teil. Der Trend der wachsenden Arbeitslosigkeit ist seit dreißig Jahren ungebrochen. Statt nur auf eine Konjunkturverbesserung zu setzen, hätte die Regierung Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit ergreifen können.

*Frage:* Was war der größte arbeitsmarktpolitische Fehler der Regierung?

*Antwort H.W. Sinn:* Ihr Attentismus. Irgendwelche Maßnahmen von Substanz, die die Arbeitslosigkeit hätten verringern können, hat sie nicht ergriffen – auch wenn die Steuerreform sinnvoll war. (I. W., 05.09., Nr. 29, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/52. Frage:** Wenn Sie einen Tag lang die alleinige Gesetzgebungskompetenz in der Arbeitsmarktpolitik hätten, was würden Sie als erstes ändern?

*Antwort H.W. Sinn (Hans-Werner, Chef des Münchener Ifo-Instituts, fs):* Ein Tag reicht für gar nichts. Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich den Flächentarifvertrag lockern und die betriebliche Tarifkompetenz stärken, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen aufheben und Ver-

träge mit begrenztem Kündigungsschutz ermöglichen. (I. W., 05.09., Nr. 29, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ hier von einem Experten).

**M 22/53. Frage:** Wenn Sie einen Tag lang die alleinige Gesetzgebungskompetenz in der Arbeitsmarktpolitik hätten, was würden Sie als erstes ändern?

*Antwort H.W. Sinn (Hans-Werner, Chef des Münchener Ifo-Instituts, fs):* Vor allem würde ich die Hemmnisse für einen Niedriglohnsektor beseitigen. Ich würde die Sozialhilfe für Arbeitsfähige und die Arbeitslosenhilfe zusammenführen und erheblich kürzen, und mit den so freierwerdenden Mitteln würde ich gering Qualifizierten eine Lohnsubvention zahlen.

*Frage:* Hat eine Regierung, egal, von wem geführt, überhaupt Einfluß auf die Höhe der Arbeitslosigkeit?

*Antwort H.W. Sinn:* Ja. Wir brauchen mehr Freiheit auf den Arbeitsmärkten und weniger korporatistische Einflüsse. Es ist die Aufgabe von Regierung und Parlament, die dafür nötigen Reformen einzuleiten. (I. W., 05.09., Nr. 29, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ hier von einem Experten).

**M 22/54. Frage:** Der Kanzler hat sein arbeitsmarktpolitisches Ziel deutlich verfehlt. Hat er recht, wenn er die verschlechterte Weltkonjunktur als Ursache nennt?

*Antwort Klaus Zimmermann (Präsident des Forschungsinstituts Zukunft der Arbeit in Bonn und Präsident des DIW Berlin, fs):* Im Prinzip schon. Ohne eine länger andauernde Wachstumsphase ist die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig abbaubar. Die Bundesregierung hat durch ihren Sparkurs, die Steuerreform, ihr Einwirken zugunsten einer gemäßigten Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Zuwanderung ihre makroökonomischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Ohne die schlechte Weltkonjunktur wäre das Ziel nicht deutlich verpaßt worden.

*Frage:* Was war der größte arbeitsmarktpolitische Fehler der Regierung?

*Antwort K. Zimmermann:* Ende 2001, als der dauerhafte Einbruch der Weltkonjunktur endgültig klar war, hätte man die für später vorgesehene mikroökonomische Offensive der Arbeitsmarktpolitik vorziehen sollen. Hier fehlte der Mut, in Wahlkampfzeiten Profil zu zeigen. (I. W., 05.09., Nr. 30, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/55. Frage:** Wenn Sie einen Tag lang die alleinige Gesetzgebungskompetenz in der Arbeitsmarktpolitik hätten, was würden Sie als erstes ändern?

*Antwort Klaus Zimmermann (Präsident des Forschungsinstituts Zukunft der Arbeit in Bonn und Präsident des DIW Berlin, fs):* Ich würde die Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf einem gemeinsamen Förderniveau zusammenführen und die Arbeitslosenunterstützung auf zwölf Monate begrenzen. Aber: Es sind nicht so sehr die Gesetze, die den Erfolg bestimmen, sondern die Art und Weise, wie wir die vorhandenen Instrumente und Institutionen nutzen. (I. W., 05.09., Nr. 30, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ hier von einem Experten).

**M 22/56. Frage:** Hat eine Regierung, egal von wem geführt, überhaupt Einfluß auf die Höhe der Arbeitslosigkeit?

*Antwort Klaus Zimmermann (Präsident des Forschungsinstituts Zukunft der Arbeit in Bonn und Präsident des DIW Berlin, fs):* Ja. Der Schlüssel zum Erfolg liegt im Panzerschrank des Wirtschaftsministers. Eine Deregulierung der Dienstleistungsmärkte und die Förderung der Selbständigkeit sind das Gebot der Stunde. (I. W., 05.09., Nr. 30, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ hier von einem Experten).

**M 22/57.** Die Bundesregierung wird mit mehr als vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland in die Bundestagswahl ziehen. Im August, dem letzten Monat vor der Wahl, hatten 4,018 Millionen Menschen hierzulande keine Arbeit. Das sind jahreszeitlich bedingt 28 700 weniger als im Monat zuvor. Bereinigt von saisonalen Einflüssen, ergab sich eine Stagnation, nachdem sich die Erwerbslosenzahl von Januar bis Juli durchschnittlich um 23.000 erhöht hatte. Die Arbeitslosenquote lag bei 9,6 Prozent. (B. P., 06.09, Nr. 31, Lage auf dem Arbeitsmarkt,

aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 22/58.** Die Union bezeichnete die Arbeitsmarktzahlen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) am Donnerstag als „verheerende Schlussbilanz“ der rot-grünen Koalition. (B. P., 06.09., Nr. 31, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/59.** Bundeskanzler Schröder (SPD) und Wirtschaftsminister Müller (parteilos) machten dagegen Anzeichen für eine Wende auf dem Arbeitsmarkt aus. Auch der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Gerster, zeigte sich in Nürnberg zuversichtlich. „Die absolute Arbeitslosenzahl wird im nächsten und im übernächsten Monat unter der magischen Zahl von vier Millionen liegen.“ Außerdem erwarte er im vierten Quartal dieses Jahres erste Anzeichen einer Erholung, dabei sei er aber „etwas vorsichtiger“ als zuvor. Die relativ günstige Entwicklung im August deutet jedoch noch nicht auf eine Aufwärtstendenz auf dem Arbeitsmarkt hin. Sie geht nach Angaben der Bundesanstalt vor allem darauf zurück, daß sich mehr Arbeitslose bei den Ämtern abmeldeten, ohne dem Arbeitsmarkt danach zur Verfügung zu stehen. So seien die Zugänge in die Arbeitslosigkeit im August außergewöhnlich stark um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, insbesondere zuvor Beschäftigte meldeten sich neu bei den Behörden. Auf der anderen Seite beendeten auch 18 Prozent mehr Menschen ihre Erwerbslosigkeit, allerdings nur wenige, um zu arbeiten. Auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt sorgte die Hochwasserkatastrophe im August für eine leichte Entspannung, sagte Gerster weiter. So nahmen in den Gebieten an Elbe und Mulde mehr Arbeitslose an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) teil, um die Schäden zu beseitigen. In Sachsen erhöhte sich gleichzeitig die Zahl der Kurzarbeiter um 7900 auf 17 700. Viele eingegangene Anträge deuteten darauf hin, daß im September noch deutlich mehr Menschen kurzarbeiten werden. Das werde helfen, die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten. Zudem generierten die Hilfsprogramme neue Aufträge, die in ähnlicher Weise die Beschäftigung ankurbeln könnten wie eine Steuerentlastung. (...) Bundesarbeitsminister Riester zeigte sich wie Gerster am Donnerstag überzeugt, daß die Erwerbslosenzahl im September „deutlich unter“ vier Millionen liegen werde. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund sah einen „ersten Lichtstreifen am Horizont“. (B. P., 06.09., Nr. 31, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Einordnung von Zahlen bzw. Reaktionen auf Zahlen).

**M 22/60.** Arbeitgeberpräsident Hundt sagte (*als Reaktion auf die neuen Arbeitsmarktdaten, fs*), es gebe keine Anzeichen für den von Riester prognostizierten „Konjunkturfrühling“. Die Politik habe notwendige Strukturreformen verschlafen. Der FDP-Vorsitzende Westerwelle warf der früheren Kohl-Regierung und der rot-grünen Koalition Versagen vor. Beide hätten sich durch eine Politik des „Aussitzens“ oder der „ruhigen Hand“ vor „unbequemen Wahrheiten“ gedrückt. (B. P., 06.09., Nr. 31, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/61.** SPD-Generalsekretär Müntefering machte Stoiber für die schlechte Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt mitverantwortlich. Wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Stiegler verwies er darauf, daß in Bayern im Vergleich zum Vorjahresmonat die Arbeitslosigkeit um 19,5 Prozent und im Vergleich zu Juli um 3,8 Prozent gestiegen ist. „Wenn Stoiber in seinem Bundesland im Bundestrend läge, wäre die Arbeitslosigkeit schon jetzt unter vier Millionen.“ (B. P., 06.09., Nr. 31, Handlungen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/62.** Die Union kündigte an, nach gewonnener Bundestagswahl einen „Befreiungsschlag auf dem Arbeitsmarkt“ durchzuführen, um Deutschland aus der wirtschaftlichen Rezession und der Massenarbeitslosigkeit zu führen. Dabei soll die massive Förderung des Mittelstandes die entscheidende Maßnahme sein. Das sagte der Kanzlerkandidat der Union, Stoiber, am Donnerstag. (...) Dem stellte Stoiber die Maßnahme gegenüber, die er als Kanzler nach einer Regierungsbildung unverzüglich ergreifen will. Er kündigte an, die Steuern zum 1. Januar zu senken. Außerdem sollen zum 1. Januar Beschäftigungsverhältnisse bis zu einer Einkommensgrenze von 800 Euro von Steuern und Abgaben entlastet werden. Die Liquidität des Mittelstandes solle dadurch erhöht werden, daß geplante Investitionen vom Gewinn abgezogen werden könnten und sich damit steuersenkend auswirken würden. Außerdem wer-

de die Gewerbesteuerumlage von derzeit 28 Prozent wieder auf 20 Prozent zurückgeführt. (B. P., Nr. 31, 06.09, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/63.** Er (*Stoiber, fs*) wies darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen noch um 800.000 höher liegen würde, wenn die Zahl der Arbeitnehmer in den letzten vier Jahren durch den Geburtenschwund nicht um 800.000 Personen zurückgegangen wäre. Schröder habe sein wichtigstes Wahlversprechen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen bis zum Jahre 2002 zu senken, gebrochen. All dies zeige, daß Schröder und seine Regierung keinen Weg wüßten, der aus der „Job-Misere“ herausführe. (B. P., 06.09., Nr. 31, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/64.** Zur Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung wollte sich der BA-Vorstandsvorsitzende (*Florian Gerster, fs*) nicht äußern: „Ich bin nicht der Obergutachter“, sagte Gerster. Mit dem Job-Aktiv-Gesetz habe die Regierung zwar innovative Instrumente für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geschaffen. Diese würden aber zu wenig genutzt. „Mein Eindruck ist, daß es manche Schranken in den Köpfen gibt und nicht in den Gesetzen.“ Überfordert seien die Ämter jedoch mit den im Job-Aktiv-Gesetz vorgesehenen Eingliederungsvereinbarungen mit den Arbeitslosen. (B. P., 06.09., Nr. 31, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/65.** Die rot-grüne Bundesregierung ist ausgerechnet dort gescheitert, wo sie am meisten versprochen hatte und wo ihr eine Mehrheit der Bevölkerung vor vier Jahren wohl am ehesten Erfolg zutraute: in der Arbeitsmarktpolitik. An diesem Befund vermag der leichte Rückgang der Arbeitslosenzahlen im August nichts mehr zu ändern, auch wenn sich der Bundesarbeitsminister noch so bemüht, die Trendwende in der Beschäftigung herauszulesen. Gespannt darf man nun sein, ob der Wähler dieser Koalition wegen des offenkundigen Versagens in Kürze das Vertrauen tatsächlich entzieht oder ob sich eine Mehrheit findet, die sich von Gerhard Schröder geschickter Kombination aus Ausreden – schuld an der deutschen Misere sei die international schlechte Konjunktur – und dem Wecken neuer Hoffnungen unter dem Stichwort „Hartz“ überzeugen lässt. (K. P., 06.09., Nr. 32, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/66.** Die Schröder-Kombi (*Ausrede schlechte Konjunktur und neue Hoffnung durch Hartz, fs*) dürfte eigentlich nur diejenigen ansprechen, die unverdrossen der Illusion anhängen, eine Regierung könne bei ausreichend gutem Willen und dem Einsatz entsprechender finanzieller Mittel einen schmerzlosen Weg zur Vollbeschäftigung bahnen. Den gibt es nicht. Niemand sollte zu sehr auf die Prognosen der Demografen bauen, nach denen sich der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt demnächst durch den Rückgang der Bevölkerung möglicherweise von allein ergibt. Dies erscheint deswegen zweifelhaft, weil der deutsche Arbeitsmarkt an zentralen Stellen schwer gestört ist: Das Lohnkartell verhindert marktgerechte Einkommen. (K. P., 06.09., Nr. 32, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 22/67.** Die Schröder-Kombi (*Ausrede schlechte Konjunktur und neue Hoffnung durch Hartz, fs*) dürfte eigentlich nur diejenigen ansprechen, die unverdrossen der Illusion anhängen, eine Regierung könne bei ausreichend gutem Willen und dem Einsatz entsprechender finanzieller Mittel einen schmerzlosen Weg zur Vollbeschäftigung bahnen. Den gibt es nicht. Niemand sollte zu sehr auf die Prognosen der Demografen bauen, nach denen sich der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt demnächst durch den Rückgang der Bevölkerung möglicherweise von allein ergibt. Dies erscheint deswegen zweifelhaft, weil der deutsche Arbeitsmarkt an zentralen Stellen schwer gestört ist: Das Lohnkartell verhindert marktgerechte Einkommen. Durch die Anbindung der Kosten der sozialen Sicherung an den Arbeitsvertrag wird der Faktor Arbeit zusätzlich verteuert. Und das Arbeitsrecht engt die unternehmerische Entscheidung darüber, wie lange beschäftigt wird, massiv ein. (K. P., 06.09., Nr. 32, Positionen anderer als der Regierung/ Journalisten).

**M 22/68.** Die Politiker indessen sind schon eher der Versuchung erlegen, die Nürnberger Statistik zu schönen. So hat die Kohl-Regierung im Wahljahr 1998 die aktive Arbeitsmarktpolitik kräftig ausgeweitet. Die Zahl der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) schnellte zwischen Januar und August 1998 von 132.000 auf 262.000 hoch (und kletterte bis November weiter auf 302.000). Auch in Strukturanpassungsmaßnahmen waren im August 1998 mit 206.000 Teilnehmern doppelt so viele Personen beschäftigt wie im Januar (104.000). Während Kohl im August 1998 schon verkündete, der Aufschwung sei da, gestand der damalige Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) ein, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern weitgehend auf staatliche Entlastungsmaßnahmen zurückzuführen sei. Sechs von zehn Vermittlungen in den neuen Ländern, kritisierte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), seien auf befristete Stellen oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) erfolgt. Zudem seien die Erwerbslosenzahlen nur deshalb gesunken, weil viele tausend Betroffene der neuen Pflicht nicht nachgekommen seien, sich alle drei Monate beim Arbeitsamt zu melden. (B. P., 06.09., Nr. 33, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz der Vorgängerregierung).

**M 22/69.** In einer Handreichung, die zur „Versachlichung“ der Diskussion beitragen soll, stellte Bundesarbeitsminister Riester (SPD) diesen Daten seine eigene Bilanz entgegen: Die Zahl der Teilnehmer an ABM- und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) ging danach zwischen Januar und August 2002 sogar leicht von 129.000 auf 126.000 sowie von 70.000 auf 65.000 zurück. Diese Daten scheinen seine Ankündigung zu bestätigen, die rot-grüne Regierung werde eine „knochenehrliche“ Politik betreiben und auf Wahlkampf-ABM verzichten. Erste Auflösungsstendenzen dieser harten Linie wurden allerdings schon sichtbar. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik würden „nachgesteuert“, weil der erste Arbeitsmarkt nicht so viel hergibt, wie wir gerne hätten“, erläuterte der neue BA- Chef Gerster im Juni. „Wir versuchen, was in diesem Jahr an neuen Maßnahmen noch sinnvoll begonnen werden kann, auch anzuregen.“ In der Tat hat sich der Bestand an ABM-Teilnehmern zwischen Juni und August erhöht, allerdings nur leicht um 8000 Personen. Stärkere Entlastung kam auf anderem Wege. So haben – dem Vernehmen nach auch auf aktives Anraten der Ämter – immer mehr Arbeitslose die Regelung nach Paragraph 428 des Sozialgesetzbuchs III in Anspruch genommen. Danach können Achtundfünfzigjährige oder Ältere auf die Vermittlungsanstrengungen der Ämter verzichten. Sie erhalten dann zwar weiterhin Arbeitslosengeld, werden aber nicht mehr in der Nürnberger Statistik geführt. Die Zahl dieser Fälle ist im August gegenüber dem Vorjahr um 66.000 gestiegen. Außerdem wurden aus den Reihen der rot-grünen Koalition mehrfach Überlegungen geäußert, die Nürnberger Statistik zu ändern. Riester stellte das Vorhaben aber auf die Zeit nach dem 22. September zurück, um den Vorwurf der Manipulation zu entkräften. Geplant war, alle diejenigen gesondert auszuweisen, die sich zwar arbeitslos melden, aber an einer Vermittlung nicht interessiert seien, weil sie schon eine neue Stelle in Aussicht haben oder den Arbeitslosenstatus nur benötigen, um sozialrechtliche Ansprüche zu sichern. Ein sehr viel wirkungsvolleres Statistik-Verschönerungsprogramm – das in seiner Wirkung der Einführung der Sozialversicherungspflicht für Geringverdiener gleichkommt – hält der Bericht der Hartz-Kommission bereit, den die Regierung unmittelbar nach der Wahl eins zu eins umsetzen will. Dann nämlich könnten aus vielen hunderttausend Arbeitslosen kurzfristig Beschäftigte werden: als Leiharbeiter der neuen Personal-Service-Agenturen. (B. P., 06.09., Nr. 33, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/70.** Während Jagoda auf die Überparteilichkeit seines Amtes pochte, demonstriert (BA-Chef Florian, fs) Gerster ein ums andere Mal seine innere Unabhängigkeit. In den vergangenen Wochen hat er seine Parteifreunde und die Gewerkschaften mehrfach mit der Forderung nach Leistungskürzungen erzürnt. (B. W., 06.09., Nr. 33, Vorschläge anderer als der Regierung/ BA-Chef Florian Gerster).

**M 22/71.** Und am Donnerstag bescheinigte er (Florian Gerster, fs) denen, die es hören wollten, nochmals die Wirkungslosigkeit des Job-Aktiv-Gesetzes, das die rot-grüne Koalition zum Herzstück ihrer Arbeitsmarktpolitik erhoben hat. Beide – Jagoda sicher weniger als Gerster – haben auf jeweils eigene Weise dem Drängen ihrer Parteifreunde in der Bundesregierung

widerstanden, sich für den Wahlkampf vereinnahmen zu lassen. (B. W., 06.09., Nr. 33, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, Bilanz).

**M 22/72.** Die Zeiten waren für Sozialdemokraten schon einmal günstiger. Damals, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herrschte allenthalben die Überzeugung, der Staat könne maßgeblich zu Glück und Wohlstand seiner Bürger beitragen. Das Pathos der Sozialdemokraten, dem Erbe der sozialistischen Utopie geschuldet, versprach Wohlstand und Arbeit für alle. (...) Gewiß, daß der Staat dafür verantwortlich sein sollte, die großen Risiken des Lebens – Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit – zu versichern, das war schon Bismarcks Überzeugung. Doch Sozialdemokraten haben daraus in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein lückenloses System des Wohlfahrtsstaates geschaffen, der Anrechte zu Ansprüchen wandelt, die einzulösen der Staat jedermann als kollektives Recht garantierte: ein System der Umverteilung, das sich selbst als Ausdruck kollektiver Solidarität begriff. Ein zweites wirtschaftspolitisches Instrument kam hinzu: Während für die großen Lebensrisiken der Wohlfahrtsstaat zuständig war, sollten die Irrationalitäten des kurzfristig schwankenden Konjunkturzyklus (mit der für Sozialdemokraten besonders unerträglichen Folge der Arbeitslosigkeit) von der Fiskalpolitik ausgeglichen werden. Antizyklisch greift der Staat in die Konjunktur ein und verschuldet sich, um Geld zur Verfügung zu haben, wenn das Wachstum schwächelt. Es waren übrigens zwei britische Lords, Beveridge und Keynes, die den Sozialdemokraten im 20. Jahrhundert diese sozial- und fiskalpolitischen Instrumente in die Hand gaben, um mit Wirtschaftspolitik eine gute Gesellschaft zu schaffen. (B., W., 06.09., Nr. 34, Sonstiges/ Rückblick auf die keynesianische Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Sozialdemokraten bis zum Ende des 20. Jahrhunderts).

**M 22/73.** Es war die große Kränkung des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, daß Länder wie die Vereinigten Staaten am Ende des 20. Jahrhunderts ohne Keynes und Beveridge, aber mit einer Deregulierung der Märkte, einer Entstaatlichung ehemals öffentlicher Güter und Dienste und einer Senkung der Steuern Beschäftigungserfolge erzielten, die ihnen mit der alten Sozial- und Fiskalpolitik versagt geblieben waren. Das offenbart die ganze Misere. Denn die Sozialdemokraten tun sich schwer, diesen Weg der Beschäftigungspolitik durch Deregulierung zu kopieren. Wer ihn geht, muß größere soziale Ungleichheit in Kauf nehmen. Das widerspricht sozialdemokratischem Selbstverständnis. Sie können allenfalls die Erfolge der Deregulierung in Anspruch nehmen, wenn andere die Reformen vor ihnen durchgefochten haben. Deshalb hatte es der Sozialdemokrat Tony Blair leichter als sein deutscher Kombattant Gerhard Schröder. (...) Doch nun, im Herbst 2007, wird das Elend der deutschen Sozialdemokratie offenbar. Nirgends ist ein neuer Keynes oder Beveridge in Sicht, der ihnen wirtschaftspolitische Elemente einer Politik des Wohlstands für alle in die Hände gäbe. So stehen die Sozialdemokraten am Ende von vier Jahren mit leeren Händen und ohne Ideen da. Stattdessen müssen sie eingestehen, daß auch sie die Beschäftigung in Deutschland nicht verbessern konnten und damit nicht nur gegenüber dem Kanzler-Versprechen („Daran will ich mich messen lassen“), sondern auch gegenüber der sozialdemokratischen Utopie versagt haben. (B. W., 06.09. Nr. 34, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/74.** Oh, sagten sie doch, was sie denken! Oder denken sie wirklich, was sie sagen? Wohl kaum. Gerhard Schröder weiß, dass die Vorschläge der Harz-Kommission kein Jota an der machtbedingten Fehlsteuerung des Arbeitsmarktes ändern. Öffentlich aber feiert er sie als Masterplan des Durchbruchs zur einer „Neuen Ordnung“ des Arbeitsmarktes. (Ga. W., 06.09. Nr. 34, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/75.** Aber ein Politiker, der sich um ein Mandat bewirbt, und in Regierungsämter strebt, muss doch eigentlich sagen wollen und sagen dürfen, daß eine Politik für mehr Beschäftigung die Entmachtung derer (*der Gewerkschaften, fs*) voraussetzt, die den Arbeitsmarkt zu ihrer sozial dräpierten Beute gemacht haben. Damit läge auch die Agenda auf der Hand: betriebsnahe Lohnfindung ohne die Genehmigung durch die Gewerkschaften; flexiblere Verträge ohne die Zwischenschaltung von Staatsagenturen, Verringerung der Lohnnebenkosten

durch Reformen der Sicherungseinrichtungen. (Ga. W., 06.09., Nr. 35, Vorschläge von anderer als der Regierung, hier eines Experten).

**M 22/76.** Vor allem in den Großsiedlungen im Osten (*Berlins, fs*) und in den Quartieren mit unsanierterem Altbaubestand herrscht Wohnungsleerstand. Dort wird das wichtig, was Soziologen „Wohnumfeld“ nennen: Je ärmer jemand ist, desto wichtiger wird es, möglichst viele Bedürfnisse in der unmittelbaren Umgebung stillen zu können. „Da gesellschaftliche Integration zunehmend weniger über den Arbeitsmarkt stattfindet, kommt dem Wohnquartier und damit dem Wohnumfeld eine integrative Rolle zu“, schreibt Marlies Schulz. Sie ist Hochschullehrerin für Raumplanung. Berlin hat eine Arbeitslosenquote von 17 Prozent, nur 41 Prozent leben von einem Einkommen aus Erwerbstätigkeit. (...) Und im ehemaligen Arbeiterbezirk Wedding ist noch heute fast jeder zweite Erwerbstätige Arbeiter, obwohl in den vergangenen zehn Jahren Hunderttausende Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe – 300.000 waren es wohl – verschwanden. Im bürgerlichen Zehlendorf gehört nur jeder Zehnte zu den Arbeitern. (F. P., 07.09., Nr. 37, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Zahlen und Lage in einer bestimmten Region, hier Berlins).

**M 22/77.** Schröder äußerte, daß im August dieses Jahres 70.000 Menschen weniger ohne Beschäftigung gewesen seien als im August 1998. (...) Der Unionskandidat warf Schröder vor, sein Versprechen, die Arbeitslosigkeit zu senken, nicht erfüllt zu haben. (...) Schröder habe sich nur als Genosse der Bosse betrachtet und den Mittelstand überhaupt nicht beachtet. (B. P., 09.09., Nr. 38, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/78.** Der Bundeskanzler behauptete, Stoiber spiele sich als Robin Hood auf. Die Arbeitslosigkeit gehe vor allem auf weltwirtschaftliche Schwierigkeiten zurück. (B. P., 09.09., Nr. 38, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 22/79.** Entscheidend (*so Stoiber, fs*) sei es, daß aus mehr Arbeitslosen wieder Zahler von Beiträgen in die Sozialversicherungssysteme würden. Wenn das nicht gelinge, „dann werden wir unsere Probleme, die Geld kosten, nicht lösen können“. (B. P., 09.09., Nr. 38, Position anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/80.** Stoiber wies den Vorwurf des Bundeskanzlers zurück, die Arbeitslosigkeit habe vor allem in Bayern zugenommen. Eine Arbeitslosenquote wie in Bayern würde nach Meinung des Kanzlerkandidaten bedeuten, daß im Durchschnitt in ganz Deutschland nur 2,5 Millionen Menschen arbeitslos wären. (B. P., 09.09., Nr. 38, Handlungen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/81.** In sieben Programmpunkten legte die Partei (*die FDP, fs*) zwei Wochen vor der Bundestagswahl ihre Bedingungen für eventuelle Koalitionsgespräche fest. Dabei wurden die Themen Steuern, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Außenpolitik, Verkehr, Verfassungsrecht jeweils durch eigene allgemeine Bekenntnisse und konkrete Forderungen ergänzt. (...) Die Partei will außerdem nur einen Koalitionsvertrag unterzeichnen, der vorsieht, die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von 325- auf 650-Euro-Tätigkeiten auszudehnen. (B. P., 09.09., Nr. 40, Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/82.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Union und FDP mit „Massenprotesten“ gedroht, falls diese nach einem Wahlsieg betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglicht und die Arbeitslosenhilfe abschaffen sollten. „Wer das macht, kriegt Ärger – und zwar richtig Ärger“, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (SPD) am Samstag vor rund 11.000 Besuchern auf der zentralen Wahlkampfveranstaltung der Gewerkschaften in Dortmund. Die betrieblichen Beschäftigungsverhältnisse sollten „die Erpressung der Betriebsräte und ganzer Belegschaften möglich machen und so den Weg bereiten für niedrige Löhne und längere Arbeitszeiten“. Zudem wollten Union und FDP Arbeitslose in die Sozialhilfe abdrängen. Der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel (SPD) warf Union und SPD vor, mit ihren Angriffen auf

die Tarifautonomie einen Grundpfeiler des modernen und sozialen Deutschlands zu zerstören. (B. W., 09.09., Nr. 42, Positionen anderer als der Regierung/ Union und FDP ).

**M 22/83.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat Union und FDP mit „Massenprotesten“ gedroht, falls diese nach einem Wahlsieg betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglicht und die Arbeitslosenhilfe abschaffen sollten. (...) Zudem wollten Union und FDP Arbeitslose in die Sozialhilfe abdrängen. (B. W., 09.09., Nr. 42, Positionen anderer als der Regierung/ Union und FDP gemeinsam).

**M 22/84.** Vor diesem Hintergrund ist (DGB-Chef Michael, fs) Sommers Versuch zu bewerten, mit einem von ihm vorgeschlagenen „Sozialkontrakt“ ein neues, sinnstiftendes, die Gewerkschaften und die parlamentarische Linke einendes Projekt aus der Taufe zu heben. Der Sozialkontrakt soll das bisherige Prestigeprojekt der Gewerkschaften, das „Bündnis für Arbeit“, ablösen. Zwickels Bündnisidee hatte sich Gerhard Schröder bei seinem Amtsantritt zwar zu eigen gemacht, um die Arbeitnehmerorganisation im Wahlkampf an sich zu binden; deren Hoffnung, das Bündnis gänzlich für ihre Zweck zu vereinnahmen, aber wurden nicht erfüllt. Der Sozialkontrakt sollte in diese Lücke stoßen. Konzeptionell fällt er, weil viel diffuser, hinter das Bündnis für Arbeit zurück, erhebt aber einen sehr viel ambitionierteren Anspruch. Unter der Schiedsrichterrolle des soziale Gerechtigkeit fordernden und damit moralisch korrekten DGB sollen die Gutmeinenden im Land einen neuen, verbindlichen Gesellschaftsvertrag schließen: für existenzsichernde Einkommen, und kürzere Arbeitszeiten, gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. (K. W., 09.09., Nr. 43, Vorschläge von anderen als der Regierung/ Gewerkschaften bzw. DGB).

**M 22/85.** In den Forderungen des DGB an die Politik ist kein frischer Wind zu spüren. Dem Arbeitsmarkt mehr Schwung verleihen, den Staat handlungsfähig machen, Tarifautonomie sichern, das Bildungswesen demokratisieren, das Familien- und Berufsleben besser vereinbaren und gleiche Chancen zwischen Männern und Frauen herstellen – was wohlfeil klingt, läuft im Kern auf dirigistische und häufig kostenträchtige staatliche Eingriffe hinaus, die über höhere Steuern finanziert werden sollen. (K. W., 09.09., Nr. 43, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Gewerkschaften bzw. DGB).

**M 22/86.** In der Arbeitsmarktpolitik bleiben die Pläne nicht nur von SPD und Grünen, sondern auch der Union weit hinter den Forderungen der FDP zurück. Zu welchen Zugeständnissen wären die Liberalen in einer schwarz-gelben Regierung bereit? Rainer Brüderle ist stellvertretender Parteichef und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik der FDP-Bundestagsfraktion (*Frage, fs*): Sie wollen wie die Union die alten 630-Mark-Jobs wiedereinführen, die Verdienstgrenze aber auf 630 Euro anheben. Die Union hält 400 Euro für ausreichend. Lassen Sie sich soweit herunterhandeln? (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): 630 Euro sind unser Ziel. Das wäre die bessere Lösung, weil man nur dann in der Substanz, in der Breite etwas hinkriegt. Wir wollen ja nicht nur Nebenjobs fördern und Kleinbetrieben mehr Flexibilität gewähren, sondern auch Arbeitslosen einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Das könnte sich über so ein „Schnupper-Beschäftigungsverhältnis“ in der Praxis bewähren. (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/87.** (*Frage, fs*): Den Einstig (*für Arbeitslose, fs*) erleichtern soll auch eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Die Union will lediglich Älteren, die FDP dagegen allen Beschäftigten ein Wahlrecht zwischen Kündigungsschutz und Abfindung geben. Außerdem soll der Schutz erst nach zwei Beschäftigungsjahren und nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten gelten. Springt die Union zu kurz? (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/88.** (*Frage, fs*): Den Einstig (*für Arbeitslose, fs*) erleichtern soll auch eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Die Union will lediglich Älteren, die FDP dagegen allen Beschäftigten ein Wahlrecht zwischen Kündigungsschutz und Abfindung geben. Außerdem soll der

Schutz erst nach zwei Beschäftigungsjahren und nur in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten gelten. Springt die Union zu kurz? (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Wir müssen den Kleinbetrieben die Angst davor nehmen, das sie sich mit der Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter ein zusätzliches Risiko aufbürden, falls später die Folgeaufträge ausbleiben. Nur wenn man den Betrieben diese Angst nimmt, werden sie nicht auf Überstunden ausweichen, sondern neue Arbeitsplätze schaffen. Alles andere ist halbherzig. Das ist eben der Unterschied zwischen uns und einer Partei, die lieber bessere Sozialdemokraten sein wollen als eine echte Alternative. (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/89.** (*Frage, fs*): Nach den Plänen der Hartz-Kommission können Arbeitnehmer schon mit 48 Jahren bis zur Rente befristet beschäftigt werden. (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Ich gehöre nicht zu denen, die den Hartz-Bericht völlig verteufeln. Das wäre ein erster Schritt. Aber er geht eben nicht weit genug. (I. W., 09.09., Nr. 44, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/90.** (*Frage, fs*): Die Union will betriebliche Bündnisse für Arbeit durch eine Änderung des Günstigkeitsbetriebs im Tarifgesetz legitimieren. Die FDP will außerdem den Tarifvorbehalt beim Betriebsverfassungsgesetz ändern, der Lohnabsprachen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat verbietet. Müsste es statt ändern nicht abschaffen heißen? (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Man kann etwas auch dadurch ändern, dass man die Abschaffung an die Zustimmung von drei Vierteln der Belegschaft bindet. Das ist eher Öffnung als Abschaffung. (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP und Union gemeinsam).

**M 22/91.** (*Frage, fs*): Die FPD will Arbeitsvermittlung und Berufsberatung privatisieren und die Landesarbeitsämter abschaffen. Im Programm der Union steht davon nichts. (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): In der Gesundheitspolitik gibt es die freie Arztwahl. Weshalb sollten nicht auch Arbeitslose den Vermittler frei wählen dürfen? Nur so kann wirklich ein Markt für Arbeit entstehen. (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/92.** (*Frage, fs*): Sie wollen den Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent kürzen. Wo werden Sie kürzen? (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Nur die Hälfte aller Mittel sind Versicherungsleistungen und finanzieren den Entgeltausfall. Alles andere sind sachfremde Leistungen. Würde man die komplett rausnehmen, könnte man den Satz auf 3,25 Prozent halbieren. Soweit wollen wir gar nicht gehen. ABM kann man zum Beispiel nicht völlig streichen. Aber jetzt einen Punkt weniger und in ein paar Jahren noch einen Punkt weniger, das muss drin sein. Dann hätten wir immer noch 10 Milliarden Euro übrig für zusätzliche Maßnahmen von der Prophylaxe bis zur Beschäftigungstherapie. (*Frage, fs*): Müsste der Versicherungsschutz nicht auch Qualifizierungsmaßnahmen umfassen? Man zahlt Beiträge doch nicht, um zu alimentieren, sondern um bei der Suche nach einer neuen Stelle unterstützt zu werden. (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Wenn man den Versicherungsgedanken ernst nimmt: nein. Alles, was nicht den Entgeltausfall ausgleicht, ist versicherungsfremd. Wenn der Staat Weiterbildung und Umschulung will, dann soll er sie auch bezahlen. (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/93.** (*Frage, fs*): Die von der FDP geforderte Kürzung des Leistungsbezugs auf 12 Monate ist mit Stoiber und Seehofer nicht zu machen. (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Sie ist aber konsequent, weil dadurch Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht werden. Mit jedem Monat mehr Arbeitslosigkeit verliert der Arbeitnehmer an Qualifikation. Wenn selbst Sozialdemokraten wie Florian Gerster das fordern, sollte die Union da nicht völlig auf der Bremse stehen. (*Frage, fs*): (...).Noch mal: Sie werden sich massive Proteste (von den Gewerkschaften gegen die Leistungskürzung, fs) einhandeln. (*Antwort Rainer Brüderle, stellv. FDP-Vorsitzender, fs*): Wir müssen trotzdem hart bleiben, weil die Sache es gebietet.

Sonst ändert sich nichts. Wenn wir die verkleisterten Strukturen nicht aufbrechen, entsteht auf dem Arbeitsmarkt keine Dynamik. Es tut jedem Gärtner leid, wenn er im Herbst die Büsche und Bäume beschneiden muss, weil sie dann kleiner werden. Aber wenn er das nicht macht, treiben sie im nächsten Jahr nicht. (I. W., 09.09., Nr. 44, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/94.** Im Streitgespräch (*zweites TV-Duell, fs*) selbst machte Stoiber von Anfang an klar, welchen Angriffspunkt bei seinem gegenüber er wieder und wieder attackieren würde. Ohne auf die Frage nach möglichen Konstellationen nach der Wahl einzugehen, nannte er die „zentrale Frage, das wesentliche Thema“: die hohe Arbeitslosigkeit. Nicht abstrakt-technokratisch, sondern persönlich: „Viele fragen sich jetzt, wie steht es um meinen Job.“ (B. P., 10.09., Nr. 47, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Stimmung in der Bevölkerung).

**M 22/95.** Schließlich ging es (*im zweiten TV-Duell, fs*) auch ausdrücklich um das Thema Arbeitslosigkeit. Schröder verteidigte seine Worte von Beginn der Legislaturperiode, wenn es nicht gelinge, sie dauerhaft zu senken, verdiene man es nicht wiedergewählt zu werden. Damals habe die Weltwirtschaft geboomt. Dass sie nun so darniederliegen würde, habe man nicht ahnen können. Im August 1998 habe es hingegen 70.000 Arbeitslose mehr gegeben als heute (B. P., 10.09., Nr. 47, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/96.** Im August 1998 habe es hingegen 70.000 Arbeitslose mehr gegeben als heute (*sagte Schröder im zweiten TV-Duell, fs*). Stoiber entgegnete unumwunden: Die Regierung Kohl sei wegen der hohen Arbeitslosigkeit abgewählt worden, und so werde es den Nachfolgern auch ergehen. Als Kronzeuge gegen das Argumentieren mit der Weltwirtschaft aber rief Stoiber Helmut Schmidt an: Die Arbeitslosigkeit habe nichts mit der Globalisierung zu tun, sie sei hausgemacht. (B. P., 10.09., Nr. 47, Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit).

**M 22/97.** Zwar hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom November 1998 versprochen, die gesetzlichen Lohnnebenkosten zu senken. „Erstmals geht eine deutsche Bundesregierung daran, mit staatlichen Mitteln die Lohnnebenkosten zu senken“, hieß es damals. Daraus ist ebensowenig etwas geworden wie aus der Ankündigung, die Anzahl der Arbeitslosen auf unter 3,5 Millionen zu vermindern. Beide Zahlenwerte stehen in einem engen Wirkungszusammenhang, den auch die rot-grüne Koalition zutreffend eingeschätzt hat. Steigende gesetzliche Lohnnebenkosten verteuern den Einsatz von Arbeitskräften und veranlassen die Unternehmen, eher kapitalintensive Produktionsmethoden zu bevorzugen, also Arbeitskräfte möglichst einzusparen. Hohe Kosten der sozialen Sicherung fördern zudem die Schwarzarbeit. Im internationalen Standortwettbewerb ist es verhängnisvoll, daß Deutschland mit seinen Löhnen und gesetzlichen Lohnnebenkosten weltweit an der Spitze liegt, bei der Arbeitsproduktivität aber nur Mittelmaß erreicht. Auch die Wege zu niedrigeren Lohnnebenkosten hatte Schröder vor vier Jahren genannt: „Soziale Leistungen werden wir stärker als bisher auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren“, und es wurde „eine Politik, die die Eigenverantwortlichkeit der Menschen fördert und stärkt“, angekündigt. Daraus ist so gut wie nichts geworden. Im Gegenteil, es wurde beispielsweise die Selbstbeteiligung an den Gesundheitsausgaben generell eingeschränkt. Den Arbeitslosen wurden drei Jahre lang nicht mehr Eigenverantwortung, Flexibilität und Selbsthilfe abverlangt, sondern weniger. (K./L. W., 10.09., Nr. 50, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/98.** Die zunehmende Arbeitslosigkeit schmälert nicht nur die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung, sondern erhöht auch den Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit, belastet damit die Steuerzahler und bringt uns einem „blauen Brief“ aus Brüssel wegen unsozialer Finanzpolitik näher. (K./L. W., 10.09., Nr. 50, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 22/99.** Die über Monate hinweg gleichbleibend große Zustimmung zu den Unionsparteien hatte ihre Hauptursache in der Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. (Ga. P., 11.09., Nr. 51, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/100.** Es brodelt zwischen Berlin und Nürnberg. Hat der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, bislang ruhig zugesehen, wie sich das Schröder-Hartz-Riester-Trio für seinen spätgezündeten Reformeifer feiern ließ, beschwert er sich nun schriftlich. „Irritiert“ sei er gewesen, dass die Regierung ankündige, sie werde kommende Woche eine Personal-Service-Agentur einweihen, ohne diejenige darüber zu informieren, die dafür zuständig sei, die Behörde in Nürnberg. Gerster hat sachliche Argumente auf seiner Seite. Die neuen staatlichen Zeitarbeitsunternehmen können nicht im Eilverfahren ohne Gesetzesänderung und Tarifabschlüsse eröffnet werden. Zudem haben die Mitarbeiter in den Ämtern bisher nicht die leiseste Ahnung von Zeitarbeit. Riester stört die alles nicht, er behilft sich, in dem er ein längst bestehendes Modellprojekt als Innovation anpreist. (K. W., 11.09., Nr. 52, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/101.** (Florian, fs) Gersters Einwände (gegen die Einweihung der ersten Personal-Service-Agentur, fs) stoßen in Berlin auf taube Ohren. Im Bemühen, den Kompetenzvorsprung der Opposition in Sachen „Arbeitsmarkt“ aufzuholen, hat sich Rot-Grün auf den letzten Metern vor der Wahl von seriöser Politik verabschiedet. So winkt der Kanzler, der die Umsetzung der Hartz-Pläne gestern rasch noch zur „Chefsache“ erklärt hat, unverfroren mit Milliardenkrediten für den arbeitsplatzschaffenden Mittelstand. Ob Politik nach dem Motto „Frech kommt weiter“ aufgeht, hat in Kürze der Wähler in der Hand. (K. W., 11.09., Nr. 52, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/102.** Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung ein Kreditprogramm für mittelständische Unternehmen starten, um so Anreize für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bundeskanzler Gerhard Schröder kündigte am Dienstag an, das Programm werde unter dem Namen „Kapital für Arbeit“ spätestens am 1. November beginnen. Basis dafür seien die Hartz-Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes. (...) Nach dem bislang propagierten Vorschlag soll ein mittelständisches Unternehmen ein Finanzierungspaket von bis zu 100.000 Euro erhalten. Der Betrag soll über die Hausbanken „nach positiver Bonitätsprüfung“ in zwei Teilen ausgezahlt werden. Zum einen als Förderkredit von bis 50.000 Euro und als KfW-Darlehen von bis zu 50.000 Euro, für das die Hausbank „vollständig von der Haftung freigestellt wird“. Die Zinskonditionen bewegten sich – wie bei Förderkrediten üblich – „am unteren Ende des Marktniveaus“, erklärte die KfW. Die Laufzeit der Förderdarlehen betrage bis zu zehn Jahre. Nach einer Anlaufphase werde ein jährliches Gesamtvolumen von bis zu 10 Milliarden Euro angestrebt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen klagten über Schwierigkeiten bei der Investitionsfinanzierung, erklärte die Regierung weiter. Dem wolle sie abhelfen, in dem sie finanzielle Anreize für die Einstellung Arbeitsloser mit einem leichteren Zugang der Unternehmen zu Finanzmitteln verbinde. Dabei sei die Eigenkapitalkomponente von großer wirtschaftlicher Bedeutung, weil sie die Bonität der Unternehmen verbessere, hob Schröder hervor. Er rechne damit, daß die Eigenkapitalkomponente des Programms durch die KfW zu marktüblichen Konditionen finanziert werde. (B. W., 11.09., Nr. 53, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/103.** Der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, zeigte sich verärgert über das Vorgehen der Regierung. In einem Brief an den Verwaltungsrat beklagt er, daß Arbeitsminister Walter Riester Entscheidungen über die Behörde hinweg treffe. Die Mitglieder des Verwaltungsrats, aber auch der Hauptpersonalrat der Bundesanstalt für Arbeit seien so Gerster „zu Recht irritiert darüber, daß die Eröffnung von Personal-Service-Agenturen öffentlich angekündigt wird, ohne daß sie im Vorfeld einbezogen worden sind“, heißt es in dem Schreiben. Am vergangenen Mittwoch hatte Riester angekündigt, dass bis Ende des Jahres 50 Personal-Service-Agenturen bei den Arbeitsämtern eingerichtet werden. Am Donnerstag folgte die Mitteilung, daß Riester schon am kommenden Montag eine Personal-Service-Agentur in Duisburg und einen Tag später ein Jobcenter in Leipzig eröffnen werde. Ein Sprecher der Bundesanstalt für Arbeit betonte, die Hartz-Vorschläge könnten erst umgesetzt werden, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geändert und Tarifverträge ausgehandelt seien. Je schneller dies geschehe, desto früher könnten Personal-

Service-Agenturen ihre Arbeit aufnehmen. „Wir stehen in den Startlöchern.“ Dies gelte ebenso für die Einführung der geplanten Jobcenter, die anstelle der Arbeitsämter sämtliche Anliegen von Arbeitssuchenden und Sozialhilfeempfängern bedienen sollen. (B. W., 11.09., Nr. 53, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/104.** Während Redner von SPD und Grünen den Haushalt zehn Tage vor der Bundestagswahl als solide priesen, werteten ihn Union, FDP und PDS als schon überholt, weil die Annahmen bei Steuereinnahmen und Beschäftigung zu optimistisch seien. (...) Der Haushaltsentwurf, den erst der neue Bundestag verabschieden wird, sieht im nächsten Jahr einen Rückgang der Ausgaben um 0,5 Prozent auf 246,3 Milliarden Euro vor. Dabei sind allerdings weder die finanziellen Folgen der Flutkatastrophe noch die Kosten der Verwirklichung der Hartz-Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes berücksichtigt. (...) (*Finanzminister Hans, fs*) Eichel wies die Vorwürfe zurück. Die Behauptung, der Haushalt basiere auf illusorischen Wachstumsprognosen, halte der Wirklichkeit nicht Stand. „Wir sind auf einem gesicherten Wachstumspfad.“ Dieses Jahr erwarte er weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 0,75 Prozent, sagte Eichel. Auch mit der Beschäftigung werde es bergauf gehen; dies werde auch die Sozialkassen entlasten. (B. P., 13.09., Nr. 54, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 22/105.** (*Der Grünen Politiker Oswald, fs*) Metzger sprach sich für weitere Einsparungen bei den Staatsausgaben und Strukturreformen aus. Die Arbeitslosenhilfe müsse langfristig etwa auf Sozialhilfeniveau gesenkt werden. Nur eine Verzahnung der Systeme ermögliche Einsparungen. (B. P., 13.09., Nr. 54, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Grüne).

**M 22/106.** Stoiber verpackte – eigenes Handeln vorwegnehmend – seine Botschaft so: „Unabhängig vom Ausgang der Wahl wird im Winter kein einziger deutscher Soldat im Irak stehen. Aber wenn sie die Wahl gewinnen würden, dann sind schon im nächsten Winter in Deutschland noch mal 300.000 Arbeitsplätze weg.“ Ansprüche und Wirklichkeit, Versprechen und Taten der Regierung Schröder stellte Stoiber gegeneinander. Arbeitsmarkt, Mittelstand, Steuern waren seine Schwerpunkte. (B. P., 14.09., Nr. 56, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/107.** Trudes Truppe (*die „Grauen Panther“, fs*) kämpft für einen „Volkskapitalismus“, mit dem die Arbeitslosigkeit gesenkt und Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden könnten. Alle Erwerbspersonen sollen in einen „Nationalen Sicherheitsfonds für Sozialwirtschaft“ einzahlen, der einen „Nationalen Mindestlohn“ und eine „Nationale Mindestrente“ garantieren könnte. (B. P., 14.09., Nr. 57, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ sonstige Parteien bzw. Graue Panther).

**M 22/108.** Mit dem Bau einer „eurasischen Landbrücke“ bis nach China, ein internationales Transrapid-Netz inklusive, will die Partei (*„Bürgerrechtsbewegung Solidarität“/ BüSo, fs*) acht Millionen Arbeitsplätze in Deutschland schaffen. (B. P., 14.09., Nr. 57, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ sonstige Parteien bzw. BüSo).

**M 22/109.** Man müsse, so hieß es (*in der Union, fs*), die Aufmerksamkeit auf die „hundsmiserable Bilanz“ der Regierung in der Wirtschaftspolitik lenken und darauf, daß unter Rot-Grün auf dem Arbeitsmarkt einer der härtesten Winter der Nachkriegsgeschichte bevorstehe. (B. P., 16.09., Nr. 59, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/110.** Bill Clintons Berater boten 1992 eine einfache Erklärung seines Wahlerfolgs: „It's the economy, stupid.“ Europas Politik hat es indes schwerer. Der Sockel der Arbeitslosigkeit hat in Deutschland steigende Tendenz. (...) Der „Dritte Weg“ sollte eine vorsichtige Öffnung zu den politischen Rezepten der „Chicago School“ einleiten, unter Beibehaltung der Traditionswerte Solidarität und Gerechtigkeit. Doch vielen Funktionären schien der „Dritte Weg“ ein Holzweg. Die Diskussionen darüber sind inzwischen versandet, Mandelsson und Hombach haben ihre Stühle geräumt. Doch das eifersüchtig programmatische Reinheitsgebot verengt

das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Sozialdemokraten, die ihren Erfolg am Pegel der Arbeitslosigkeit messen. (Buch. W., 16.09., Nr. 60, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung).

**M 22/111.** In Amerika, sagt Streicher (*Hermann, deutscher Geschäftsmann chilenischer Abstammung, fs*), sei das ganz anders, und dort seien die Banken auch eher bereit, ein Risiko mit kleinen Exportunternehmen einzugehen. Deutschland betreibe hier die falsche Politik: „Beihilfen zu zahlen, wenn man Arbeitslose einstellt, das ist doch Quatsch.“ (...). Kleine Unternehmensgründer schafften Arbeitsplätze, die Sekretärin, die Fahrer. Er selbst (*ein Unternehmer, fs*) hätte jetzt vielleicht zehn oder mehr Angestellte – wenn er damals etwas mehr Geld bekommen hätte. (R. W., 16.09., Nr. 61, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/112.** Konstantin (*Swerjew, russischer Programmierer, fs*), der zuvor schon einmal in einer kleinen Softwarefirma in München gearbeitet hat, erzählt: „Dort stand auf meiner Greencard, dass ich nur bei einer konkreten Firma arbeiten darf. In Hessen ist das allerdings nicht so.“ Deshalb ist die Verunsicherung unter den Greencard-Besitzern groß. Was passiert, wenn jemand seine Arbeit verliert? Es hängt von einzelnen Beamten ab, ob sie dem Arbeitssuchenden drei Wochen oder drei Monate einräumen, um eine neue Arbeit zu finden. (R. W., 16.09., Nr. 61, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Befindlichkeiten von einzelnen Arbeitnehmern).

**M 22/113.** In der amerikanischen Businesswelt stoßen hohe Steuern, Sozialabgaben und der verkrustete Arbeitsmarkt auf harsche Kritik. (R. W., 16.09., Nr. 61, Kritik am deutschen Arbeitsmarkt bzw. an den Strukturen).

**M 22/114.** Längst hat die SPD bis in die letzte Reihe ihrer Wahlwerber die Parole ausgegeben, die Fehler einer ganzen Regierungsperiode zählten nicht mehr; Schröder selbst sagte im Bundestag, er gebe „gerne“ zu, die Minderung der Arbeitslosigkeit nicht erreicht zu haben. „Aber, seien Sie ehrlich, wollen Sie Krieg?“ (K. P., 17.09., Nr. 62, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/115.** Der Gewissensmensch Stoiber fängt in einer solchen Lage an, über Verhältnismäßigkeiten zu rasonieren: Ihm wäre auch im Fall Mobilcom „fast jedes Mittel recht“, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Das bedenkenschwangere „fast“ ist das Wörtchen, das den Macher Stoiber vom Schopfpacker Schröder trennt. (K./L. P., 17.09., Nr. 62, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/116.** Die Bundesregierung drückt mit der Errichtung von Zeitarbeitsagenturen in den Arbeitsämtern kräftig auf das Tempo. An diesem Montag, gut vier Wochen nach der Bekanntgabe des Hartz-Plans und sechs Tage vor der Wahl, hat Bundesarbeitsminister Walter Riester in Duisburg die erste Personal-Service-Agentur (PSA) eingeweiht. Der Direktor des Arbeitsamtes unterzeichnete mit dem Geschäftsführer der gemeinnützigen Start Zeitarbeit NRW GmbH ein entsprechendes Abkommen. „Die Gründung eines Prototyps einer PSA zu einem solch frühen Zeitpunkt macht deutlich, dass Bundesregierung und Dienststellen der Bundesanstalt so rasch, wie es geht, handeln“, sagte Riester. Das Arbeitsamt Duisburg arbeitet zwar schon seit 1995 mit Start zusammen, allerdings soll jetzt der Arbeitslose und nicht länger der Arbeitgeber im Mittelpunkt stehen. Riester betonte, daß zum Jahresende rund 50 solcher Zeitarbeitsagenturen bei den Arbeitsämtern eingerichtet werden sollen. Bis Mitte kommenden Jahres sollen die PSA flächendeckend in ganz Deutschland etabliert sein. (...) Die Bundesregierung dagegen setzt – unter lautem Protest der Zeitarbeitsbranche – vor allem auf die Zusammenarbeit mit rein vermittlungs- und nicht gewinnorientierten Gesellschaften, für welche die bisherigen rigiden gesetzlichen Regelungen gelockert werden sollen. Daneben sollen Personal-Service-Agenturen von den Arbeitsämtern selbst getragen werden und aus der Zusammenarbeit mit gewerblichen Firmen entstehen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gibt es derzeit schon 70 Kooperationsverträge mit gemeinnützi-

gen und kommerziellen Zeitarbeitsunternehmen. Bisher spielten diese Abkommen aber eine untergeordnete Rolle. (...) Aus Sicht der Bertelsmann-Stiftung spart der Staat gleichzeitig durch die Agenturen, die Arbeitslose wie Zeitarbeitskräfte für eine bestimmte Zeit an Unternehmen verleihen sollen. „Jeder zusätzliche PSA-Beschäftigte bringt eine gesamtwirtschaftliche Entlastung von 16.500 Euro jährlich“, heißt es. Dabei müsse allerdings vermieden werden, dass die Unternehmen reguläre Stellen abbauen und dafür Zeitarbeitskräfte einstellen. Doch selbst wenn jeder zweite Zeitarbeitnehmer einen regulär Beschäftigten verdränge, deckten die Einnahmen aus Sozialabgaben, Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag sowie die geringeren Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung noch die Ausgaben für Zeitarbeitszuschüsse und Vermittlungsprämien. (B. W., 17.09., Nr. 65, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ aktuelles Handeln).

**M 22/117.** Aus Sicht der Bertelsmann-Stiftung könnten mit Hilfe der (*Personal-Service-, fs*) Agenturen in den kommenden fünf Jahren bis zu 375.000 Arbeitslose wieder eine dauerhafte Stelle finden. Dies hat eine gemeinsame Studie der Bertelsmann-Stiftung, der Bundesanstalt für Arbeit und der Unternehmensberatung McKinsey ergeben. Das Arbeitsministerium scheut sich vor Erfolgsprognosen für einzelne Bestandteile des Hart-Konzepts. Ursprünglich sollten die PSA 780.000 Arbeitslose in drei Jahren in Arbeit bringen. (B. W., 17.09., Nr. 65, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung).

**M 22/118.** Die Verfasser der Studie (*über die Personal-Service-Agenturen, fs*) haben zehn Modelle von Agenturen untersucht. Von diesen hätten privatrechtlich organisierte und gewinnorientierte Varianten besonders gut abgeschnitten, sagte einer der Autoren, der McKinsey-Direktor Jürgen Schrader. Die Anbieter sollten befristet auf ein Jahr auf Vorschlag des Arbeitsamtes Arbeitslose als Leiharbeitnehmer einstellen und dafür mit der Zeit sinkende Lohnzuschüsse erhalten. Falls eine Zeitarbeitskraft eine andere Stelle annehme, solle eine Vermittlungsprämie fällig werden (B. W., 17.09., Nr. 65, Vorschläge bzw. Positionen anderer/ Wirtschaft).

**M 22/119.** In Bayern beispielsweise arbeitet die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung der beruflichen Fortbildungszentren der Bayrischen Wirtschaft (BFZ) seit acht Jahren mit den Arbeitsämtern zusammen. „Die Integrationserfolge sind größer als bei den Weiterbildungsprogrammen“, berichtet der Vermittlungsexperte Peter Braun. Die Arbeitgeber könnten über die Zeitarbeit ihre künftigen Mitarbeiter ohne Risiko „erproben“, umgekehrt könnten die Beschäftigten wieder Erfahrungen auf dem ersten Arbeitsmarkt sammeln – zu Löhnen, die im unteren Drittel der Lohnspanne gewerblicher Zeitarbeitsfirmen lägen. 60 Prozent der Arbeitslosen fänden so wieder eine reguläre Stelle. Die Kosten dafür seien wegen der Einnahmen aus den Verleihgebühren deutlich geringer als bei anderen Arbeitsmarktprogrammen. Sie liegen nach Schätzungen des Bildungswerks bei rund 700 Euro im Monat, bei Weiterbildungen dagegen falle mehr als das Doppelte an. Bisher allerdings hat die Zeitarbeitsgesellschaft in ganz Bayern im Monat nur 700 Arbeitssuchende unter Vertrag. Um die Erfolgsquoten von 60 Prozent zu erreichen, sind dafür 70 sogenannte Personaldisponenten im Einsatz. Wenn das Modell ausgeweitet wird, muss freilich ein Vielfaches dieser Fachleute angestellt werden. In manchen Einrichtungen geht daher schon der Witz um, dass die PSA vor allem ein Ziel dient: arbeitslose Arbeitsvermittler wieder in Arbeit zu bringen. Die gemeinnützigen Anbieter pochen daher durchaus darauf, daß die Ämter auch mit privaten Zeitarbeitsfirmen zusammenarbeiten. Zwischen gemeinnützigen und gewinnorientierten gebe es ein „gutes Miteinander und Nebeneinander“, erklärt (*Vermittlungsexperte Peter, fs*) Braun. Von unfairer Konkurrenz könne keine Rede sein: „Wir machen dafür die Zeitarbeit salonfähig.“ Das Arbeitsamt Kiel etwa führt nach Angaben des stellvertretenden Direktors, Wolfgang Heyn, bereits Gespräche mit privaten Unternehmen. Schon seit drei Jahren verfolgt das Arbeitsamt das Programm „Soziale Arbeit“. Bisher beteiligen sich im Monat durchschnittlich nur zwischen 20 und 40 Erwerbslose an dem Programm. Wie die Bertelsmann-Stiftung ist auch Heyn der Ansicht, dass Arbeitslose von den Agenturen profitieren: „Das ist durchaus eine Alternative, die man erproben sollte.“ (B. W., 17.09., Nr. 65, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Er-

fahrung/ Hintergrundbericht über Erprobung von verschiedenen Modellen der Arbeitsvermittlung in einzelnen Bundesländern).

**M 22/120.** „Im Winter wird es im Irak keinen einzigen Soldaten der Bundeswehr geben, aber 4,3 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Das ist die wirkliche Gefahr, vor der wir stehen.“ Arbeitslosigkeit ist für ihn (*Edmund Stoiber, fs*) das wichtigste Thema. (R. P., 18.09., Nr. 66, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung).

**M 22/121.** Stoiber sagt vor jeder Zuhörerschaft: „Wir leisten uns mehr als Engländer und Franzosen. Aber wenn wir nicht vom letzten Platz beim Wirtschaftswachstum wegkommen und die Arbeitslosigkeit abbauen, dann können wir uns die bisherige Spitzenversorgung nicht mehr leisten, denn wir können sie nicht mehr bezahlen. Hunderttausend Arbeitslose kosten jährlich 2,3 Milliarden Euro.“ (R. P., 18.09., Nr. 66, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Folgen).

**M 22/122.** Er (*Edmund Stoiber, fs*) doziert bisweilen wie ein Volkshochschullehrer. Das kann jeder nachvollziehen. „Schröder hat 1998 versprochen, die Zahl der Arbeitslosen auf weniger als 3,5 Millionen zu senken, andernfalls habe er es nicht verdient, wiedergewählt zu werden. Schröder hatte seine Chance. Aber jetzt sind es nicht weniger Arbeitslose als 1998, sondern mehr. Wer unser Land zum Schlußlicht macht, der kann es nicht.“ (R. P., 18.09., Nr. 66, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/123.** Daher setzt er (*Edmund Stoiber, fs*) sein Versprechen an seiner Heimat an: „Ich will das, was ich in Bayern geschafft habe, für ganz Deutschland schaffen.“ Und für die, die es nicht wissen sollten, fügt er hinzu, dass die Arbeitslosigkeit in Bayern knapp über fünf Prozent liegt und nicht bei 18 wie andersorts in Deutschland. (R. P., 18.09., Nr. 66, Handlungen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/124.** Wo den Leuten das Arbeitsplatzrisiko auf den Nägeln brennt, da glaubt der christlich-soziale Politiker (*Edmund Stoiber, fs*) vor den größten Herausforderungen zu stehen. (R. P., 18.09., Nr. 66, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Befindlichkeiten in der Bevölkerung).

**M 22/125.** Wenn für die Wähler diese nüchterne Tagesordnung am Tag der Wahl im Vordergrund steht, verbessert dies die Chancen der CDU/CSU, der die Bevölkerung in der Wirtschaftspolitik und besonders in der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Zuwanderungspolitik mehr zutraut als der SPD. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik schreiben 37 Prozent der CDU/CSU, 26 Prozent der SPD zu, zielführende Konzepte für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwarten 36 Prozent von CDU und CSU, 24 Prozent von der SPD. Auf diesen Feldern wird auch Stoiber, der bei der Kanzlerpräferenz noch klar hinter Schröder liegt, weitaus größere Kompetenz zugeschrieben als dem Amtsinhaber. (Ga. P., 18.09., Nr. 68, Bewertung der Lösungskompetenz der Parteien bzw. Kandidaten/ durch die Wähler).

**M 22/126.** Die Parteien haben ihre wirtschaftspolitischen Angebote zur Wahl ausgebreitet, die Argumente sind ausgetauscht, zu viel aber blieb auch diesmal ungesagt oder widersprüchlich. Messen lassen müssen sich alle Programme an einer Frage: Was begünstigt Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze? In den Leitartikeln der nächsten Tage überprüft die Wirtschaftsredaktion dieser Zeitung, wie plausibel die Antworten ausfallen. Eine Schlüsselstellung nimmt die soziale Sicherung ein, weil ein großer Teil ihrer Kosten direkt am Arbeitsvertrag hängt und damit den Aufbau von Beschäftigung entscheidend behindert. (...) Dem Reformbedarf, den die sozialen Sicherungssysteme mit Blick auf die demographische Entwicklung und den Arbeitsmarkt haben, wird keine Partei gerecht. Diese Erkenntnis ist bitter, doch soll sie nicht zu Gleichgültigkeit verführen. Die verbliebenen Unterschiede fallen durchaus ins Gewicht, Stichworte wie Wettbewerb, und Wahlfreiheit und die klare Orientierung auf ein Ziel sind nicht geringzuschätzen. (K./L. W., 18.09., Nr. 69, Bewertung der Lösungskompetenz der Parteien/ durch die FAZ)

**M 22/127.** Nach außen sind sich zwar weiterhin alle Parteien einig, daß hier (*bei der Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, fs*) ein ganz wesentliches Hemmnis für den Arbeitsmarkt liegt. Das Unterschreiten der 40 Prozent aber findet sich nur noch bei Union und FDP als Marke, während SPD und Grüne nun ohne Orientierungshilfe auszukommen suchen. Im Ergebnis drücken die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung weiter wie Mahlsteine auf sowohl Steuer- als auch Beitragszahler. Schneller als erwartet bewegen sich die Beitragssätze wieder auf die magische Marke von 20 Prozent zu, die sie 1998 schon einmal übersprungen hatten – obwohl der Steuerzahler mittlerweile ein Drittel der Rentenausgaben aufbringt. Die einzig ehrliche Antwort, der Kostenlawine noch zu begegnen, lautet: Das Rentenalter muß so rasch wie möglich heraufgesetzt werden. (K./L. W., 18.09., Nr. 69, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ Union, FDP, SPD, Grüne).

**M 22/128.** Was begünstigt Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze? In den Leitartikeln der nächsten Tage überprüft die Wirtschaftsredaktion dieser Zeitung, wie plausibel die Antworten ausfallen. Eine Schlüsselstellung nimmt die soziale Sicherung ein, weil ein großer Teil ihrer Kosten direkt am Arbeitsvertrag hängt und damit den Aufbau von Beschäftigung entscheidend behindert. 41,3 Prozent des Bruttolohns (gedeckt durch Bemessungsgrenzen) verschlingen die Beiträge zu den vier Pflichtversicherungen der Arbeitnehmer heute – mit stark steigender Tendenz. Sozialdemokraten und Grüne haben ihr Ziel verfehlt, die Kosten in dieser Legislaturperiode wenigstens unter 40 Prozent zu drücken. Nur mit Hilfe eines erheblichen Steuerzuschusses in die Rentenversicherung ist es der rot-grünen Koalition überhaupt gelungen, momentan noch ein um 0,8 Punkte niedrigeres Niveau auszuweisen als bei Amtsübernahme vorgefunden. (K./L. W., 18.09., Nr. 69, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/129.** Die Arbeitgeber halten Werte von mehr als 42 Prozent (*für die Beiträge zur Sozialversicherung im Jahre 2003, fs*) für realistisch. Hauptgrund für die schlechte Kassenlage ist die Einnahmesituation. Da die Beiträge an die Höhe der Arbeitnehmereinkommen gekoppelt sind, schlägt sich die schlechte Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit und mäßiger Erhöhung der Grundlohnsumme direkt in den Kassen der Renten, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung nieder. Deshalb sehen alle Parteien eine Priorität in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. (B. W., 18.09., Nr. 70, Lage auf dem Arbeitsmarkt/Folgen).

**M 22/130.** Um die GKV-Finzen (*Gesetzliche Krankenversicherung, fs*) zu stabilisieren, fordern alle Parteien die Entlastung von Leistungen, für die andere – etwa die Arbeitslosenversicherung oder bei familienpolitischen Leistung der Bundeshaushalt – aufkommen müßten. Doch geben Politiker zu, daß diese milliardenschweren Forderungen angesichts der Haushaltslage kaum durchsetzbar sind. (B. W., 18.09., Nr. 70, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung, alle Parteien).

**M 22/131.** Die Zahl der Arbeitslosen wird im September um 60.000 bis 70.000 gegenüber dem Vormonat sinken und damit deutlich unter vier Millionen liegen. Diese Einschätzung äußerte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Gerd Andres (SPD), in Berlin. Obwohl die September-Daten erst Anfang Oktober bekannt gegeben werden, nannte Andres seine Prognose „belastbar“. Sie stimme mit einer Trendabschätzung der Bundesanstalt für Arbeit überein. Der saisonbereinigte Anstieg der Erwerbslosenzahlen, der sich in den zurückliegenden Monaten schon abgeschwächt habe, werde im September „zumindest zum Stillstand kommen“, sagte Andres weiter. Möglicherweise könne sogar ein Rückgang der saisonbereinigten Zahlen verzeichnet werden. (...) Im August, dem letzten Monat vor der Bundestagswahl, hatten in Deutschland 4,018 Millionen Menschen keine Arbeit. Die Arbeitslosenquote lag nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit bei 9,6 Prozent. (B. W., 19.09. Nr. 73, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ aktuelle Arbeitslosenzahlen).

**M 22/132.** Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) schloß sich unterdessen der Prognose der Hartz-Kommission an, die Zahl der Arbeitslosen bis 2005 halbieren zu können. „Ich halte eine Absenkung um zwei Millionen für möglich, wenn das Hartz-Konzept in Gänze und von der ganzen Gesellschaft umgesetzt wird“, sagte der Arbeitsminister der „Rheinischen

Post". (B. W., 19.09., Nr. 73, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Prognose über künftige Entwicklung).

**M 22/133.** Seit längerem hechelt Deutschland den anderen großen Volkswirtschaften hinterher. Bei der Suche nach den Ursachen wird man schnell fündig: Die fehlende Wachstumsdynamik und die hohe Arbeitslosigkeit sind auch Folge zu geringer Anreize. Wer Investitionen anlocken und Mehrarbeit attraktiver machen will, muß Steuern und Abgaben weiter senken. Im Prinzip wollen das fast alle Parteien. Doch gibt es klare Unterschiede, was Tempo und Finanzierung betrifft. (K./L. W., 19.09., Nr. 74, Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit).

**M 22/134.** Wäre das Job-Aktiv-Gesetz wirklich eine gelungene Übersetzung des Prinzips vom „Fördern und Fordern“ in praktisches Verwaltungshandeln und lieferte der Hartz-Bericht wirklich die Blaupause für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, hätte Schröder sich nicht so in die Defensive drängen lassen müssen. Allenfalls zu späte Erkenntnis hätte man ihm vorwerfen können, nicht aber Konzeptlosigkeit oder mangelnden Reformwillen. Doch der Kanzler weiß, was von der Hartz-Prophezeiung zu halten ist: Wer bloß den Mangel besser verwalten will, wird eine Halbierung der Arbeitslosenzahl bis 2005 nicht erreichen. (...) Entscheidend ist daher weniger, daß Schröder sich vor vier Jahren – verführt von einer günstigen konjunkturellen und demographischen Entwicklung – zu seiner 3,5-Millionen-Prognose hinreißen ließ. Entscheidend ist, was seine Regierung für den Abbau der Arbeitslosigkeit getan hat und noch zu tun verspricht. Das ist nicht viel. Die Steuer- und die Rentenreform sind zwar auf der beschäftigungspolitischen Habenseite zu verbuchen. Dem steht aber eine Vielzahl an Maßnahmen gegenüber, die den Betrieben neue Kosten aufgebürdet und die unternehmerische Flexibilität eingeschnürt haben: die Rückkehr zur vollen Lohnfortzahlung, die Wiedereinführung des alten Kündigungsschutzes, die Abschaffung der 630-DM-Jobs, die Vorschriften gegen Scheinselbständigkeit, der Rechtsanspruch auf Teilzeit, der Machtzuwachs für Betriebsräte und die Ausweitung ihrer Gremien, die Regelungen gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung. Mehr Bürokratie, stärkere Regulierung, höhere Kosten – in diesem Bermudadreieck sind die an das rot-grüne Projekt geknüpften Beschäftigungshoffnungen verschwunden. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/135.** Mit Rücksicht auf die Gewerkschaften hat die Koalition weder die Anreizstrukturen der sozialen Sicherung, die zum Verbleib in öffentlich geförderter Untätigkeit ermuntern, neu justiert noch die Tarifpolitik, die wichtigste Stellschraube für mehr Beschäftigung, angetastet. Zwar ist die Lohnfindung dem direkten Zugriff der Politik entzogen. Doch gibt es Mittel und Wege, die Tarifvertragsparteien zur Übernahme ihrer Beschäftigungsverantwortung zu zwingen. (...) Die Grünen haben meist schneller und undogmatischer agiert als die SPD und sich damit koalitionsintern als Antreiber profiliert. Eigene Akzente haben sie aber kaum gesetzt. (K. W., 20.09., Nr. 75, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz).

**M 22/136.** Schröder ist nicht der erste Kanzler, der leere Versprechungen gemacht hat. Auch Helmut Kohl hat noch 1996 – als die Folgen der Wiedervereinigung längst überschaubar waren – eine Halbierung der Erwerbslosenzahl bis zum Jahr 2000 in Aussicht gestellt, die nie eintrat. In seiner Regierungszeit ist die Sockelarbeitslosigkeit weiter gewachsen, in der augenblicklichen Konjunkturflaute scheint der Anstieg zumindest gebremst. Und falls in diesem Winter 4,3 oder gar 4,5 Millionen Arbeitslose gezählt werden sollten, wären das immer noch weniger als die 4,8 Millionen zur Jahreswende 1997/98. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung/ Bilanz der Vorgängerregierung).

**M 22/137.** Während die Regierungsparteien das Fördern propagieren, ohne wirklich zu fordern, und die Union zwischen Alimentierung und Aktivierung schwankt, setzt die PDS unverdrossen auf Umverteilung der Arbeit und staatliche Stellenbewirtschaftung. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Positionen anderer als der Regierung/ PDS).

**M 22/138.** Die Arbeitsmarktpolitik darf Marktkräfte nicht behindern, sondern muß den Mechanismus geschmeidiger machen, indem sie Suchzeiten verkürzt, Transparenz schafft, die Vermittlung beschleunigt. Neue Stellen entstehen aber nur, wenn die Wirtschafts- und Finanzpolitik dafür Voraussetzungen schafft: durch einen Abbau von Bürokratie und beschäftigungsfeindlichen Fehlanreizen, durch die Herausnahme versicherungsfremder Leistungen und das Ausmustern kontraproduktiver Instrumente aus der Arbeitslosenversicherung, durch mehr Gestaltungsfreiheit für betriebliche Vereinbarungen sowie durch eine nachhaltige Senkung der Steuern und Abgaben. Dieses Primat der Wirtschaft über das vermeintlich Soziale sollte nach der Wahl auch äußerlich sichtbar werden: Die Arbeitsmarktpolitik braucht keinen eigenen Minister. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Positionen anderer als der Regierung/ FAZ).

**M 22/139.** Die Fesseln des Arbeitsmarkts wird aber auch die Union nicht durchtrennen. Edmund Stoiber ist kein Ordnungs-, sondern ein Sozialpolitiker. Auch er fängt marode Arbeitsplätze mit staatlicher Hilfe auf, auch er tastet überlange Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld nicht an, auch er wird drastische Einschnitte in den Nürnberger Etat zu verhindern wissen. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Handlungen bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/140.** Allenfalls eine maßvolle Öffnung der Tarifverträge, eine bescheidene Lockerung des Kündigungsschutzes und die Rücknahme der größten Regulierungen sind zu erwarten. Damit bleibt er weit hinter dem Notwendigen zurück. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Handlungen bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

**M 22/141.** Nur die FDP steht für einen Richtungswechsel. Wegen ihrer Radikalität haben die Vorschläge – Privatisierung von Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, Abschaffung der Landesarbeitsämter, Begrenzung der Arbeitslosenversicherung auf den Entgeltausgleich, gesetzliche Öffnung des Flächentarifs – zwar kaum Chancen, einmal Gesetz zu werden. Doch sie weisen den Weg zu einem wirklichen Markt für Arbeit. (K./L. W., 20.09., Nr. 75, Positionen zw. Vorschläge anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/142.** Die Bundesregierung erwartet im September eine Arbeitslosenzahl unter vier Millionen, die Opposition ruft dazu auf, die Bundestagswahl „zu einer Volksabstimmung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen“. Was sich liest wie eine Meldung dieser Tage, stammt tatsächlich von 1998. Vier Jahre später jedoch stellt sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum verändert dar. Mit 4,018 Millionen Erwerbslosen zieht die rot-grüne Koalition an diesem Sonntag in die Bundestagswahl, ihre Vorgängerin trat die Wahl damals mit 4,095 Millionen Menschen ohne Arbeit an. (B. W., 20.09., Nr. 76, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ allgemeine Zustandsbeschreibung).

**M 22/143.** Die Bundesregierung erwartet im September eine Arbeitslosenzahl unter vier Millionen, die Opposition ruft dazu auf, die Bundestagswahl „zu einer Volksabstimmung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen“. Was sich liest wie eine Meldung dieser Tage, stammt tatsächlich von 1998. Vier Jahre später jedoch stellt sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum verändert dar. Mit 4,018 Millionen Erwerbslosen zieht die rot-grüne Koalition an diesem Sonntag in die Bundestagswahl, ihre Vorgängerin trat die Wahl damals mit 4,095 Millionen Menschen ohne Arbeit an. Auch wenn sich die Schlußbilanzen auf den ersten Blick nur wenig unterscheiden, ist es in den vergangenen vier Jahren zu beträchtlichen Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt gekommen. Bis 2000 etwa hat sich die Erwerbslosigkeit hierzulande verringert, gleichzeitig legte die Beschäftigung zu – allerdings nicht nur getrieben von einer besseren Konjunktur. Auch die seit 1999 registrierten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, die sogenannten 325-Euro-Jobs, ließen die Beschäftigungsdaten zumindest auf dem Papier in die Höhe schnellen. Nach Schätzungen entfällt immerhin etwa die Hälfte des Zuwachses auf geringfügige Arbeitsverhältnisse. Seinen Spitzenwert erreichte das Beschäftigungswachstum im Mai 2000 mit einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 2,4 Prozent, dem höchsten Wert seit Beginn des Jahres 1998. Die Arbeitslosigkeit schmolz in diesem Jahr gleichzeitig auf den Tiefpunkt der Legislaturperiode von 3,6 Millionen. Seit Mitte 2000 jedoch kühlte die Konjunktur merklich ab und hinterließ auch auf dem Arbeitsmarkt tiefe

Spuren. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen verringerte sich immer mehr. Seit November vergangenen Jahres geht die Beschäftigung sogar zurück, und das in zunehmendem Maße. Zuletzt verzeichneten die Statistiker im Juni ein Minus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ob dies der stärkste Rückgang sein wird, ist noch nicht abzusehen. Erste Anzeichen für eine Belebung erwartet die Bundesanstalt für Arbeit erst Ende dieses Jahres. Tatsächlich spürbar wird dies aber wohl erst im kommenden Jahr. (B. W., 20.09., Nr. 76, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Rückblick bzw. Prognose auf Entwicklung der Arbeitslosenzahlen).

**M 22/144.** Die einzelnen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt waren (*in den letzten vier Jahren, fs*) dabei in unterschiedlicher Weise von Arbeitslosigkeit betroffen – allerdings wiederum nur auf dem Papier. So hat sich zwar die Zahl der Langzeitarbeitslosen um fast 12 und die der älteren Arbeitslosen um 38 Prozent verringert. Verantwortlich für beides waren aber ausgeweitete Vorruhestandsprogramme und neue Richtlinien für die Meldepflicht. Die Jugendarbeitslosigkeit dagegen hat sich trotz der Anstrengungen der Regierung, die dieses Gebiet zum Schwerpunkt erklärt hatte, um mehr als 9 Prozent erhöht. Keine Entwarnung gab es für den Osten. Die Kluft zwischen beiden Landesteilen hat sich auch in den vergangenen vier Jahren weiter vergrößert. Allerdings nahm dabei auch der Einsatz der Arbeitsmarktpolitik stark ab. In den neuen Ländern zählten die Statistiker im August noch 390.000 Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, das ist ein Drittel des Wertes von 1998. (B. W., 20.09., Nr. 76, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Hintergründe, Einordnung nach Regionen und Gruppen).

**M 22/145.** Im internationalen Vergleich steht Deutschland mit dieser Entwicklung (*der Arbeitslosenzahlen der letzten vier Jahre, fs*) nicht an letzter Stelle, hat es aber auch noch lange nicht in die Liga der erfolgreichsten Länder geschafft. „Die Bilanz ist nicht so negativ, wie Deutschland sie selbst sieht“, meint ein Arbeitsmarktfachmann in Brüssel. Mit einer Arbeitslosenquote nach EU-Standards von 8,3 Prozent liegt Deutschland zwar weit abgeschlagen hinter Ländern wie Dänemark, Irland oder den Niederlanden, aber immer noch vor Spanien, Frankreich und Finnland. Auch ein Blick auf die Beschäftigungsquoten bestätigt die Position Deutschlands im Mittelfeld. Während sich aber in vielen Ländern die Beschäftigungsquote zum Teil dramatisch verbesserte, verzeichnete Deutschland nahezu Stagnation (B. W., 20.09., Nr. 76, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Vergleich mit Zahlen in anderen Ländern).

**M 22/146.** Als eines der größten Handicaps für den deutschen Arbeitsmarkt werden in Brüssel die Lohnnebenkosten bezeichnet – die mit Abstand höchsten der EU. Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Bundesanstalt für Arbeit machen sich daher schon seit Jahren dafür stark, einige Programme der Arbeitsmarktpolitik über Steuergelder und nicht über die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu finanzieren. Wenn die Steuerzahler für die Kosten der beruflichen Qualifizierung von 7 Milliarden Euro im Jahr aufkämen, könnte der Beitrag um einen Prozentpunkt sinken, lauten Modellrechnungen. Derzeit freilich sind Beitragssenkungen kein Thema. Die Nürnberger Behörde steuert im Gegenteil auf ein Defizit von 4 Milliarden Euro zu. (B. W., 20.09., Nr. 76, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Tarifpartner und BA).

**M 22/147.** An den hohen Kosten der Arbeit liegt es aber nicht allein: „Jedes Land hat seine Probleme, bei uns aber kommt alles zusammen: Hohe Lohnforderungen, ein inflexibler Arbeitsmarkt, nicht funktionierende Systeme der sozialen Sicherung und Reformunwilligkeit“, lautet das Urteil des Präsidenten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Wolfgang Franz. Nur ein kleiner Teil der Arbeitslosigkeit lasse sich allein mit konjunkturellen Gründen erklären, etwa 8 Prozentpunkte der Arbeitslosenquote entfielen auf „Funktionsstörungen auf dem Arbeitsmarkt“. Dies mache es vor allem Geringqualifizierten immer schwerer, eine Arbeit zu finden. (B. W., 20.09., Nr. 76, Lage auf dem Arbeitsmarkt/ Positionen von anderen als der Regierung/ Experten).

**M 22/148.** Ähnliche Hemmnisse (*auf dem Arbeitsmarkt wie Deutschland, so der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Wolfgang Franz*) hätten in Euro-

pa nur Spanien oder Frankreich. Österreich dagegen habe Fortschritte erzielt durch ein zentrales Lohnbildungssystem, das zu moderaten Lohnsteigerungen führe. Andererseits fänden dort viele Menschen im öffentlichen Dienst eine Stelle, was die Arbeitslosenzahl künstlich niedrig halte. Ähnlich stark ausgeprägt ist das öffentliche Dienstleistungswesen auch in Skandinavien, womit sich ein Teil der guten Arbeitsmarktdaten dort erklären läßt. Dänemark indes hat mit dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ oder mit Job-Rotation tatsächliche Erfolge erzielt. In den Niederlanden spielen Beschäftigungsmodelle wie die Zeitarbeit eine große Rolle. Diese erleichtern den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt nach Konjunkturkrisen. (B. W., 20.09., Nr. 76, Arbeitsmarktpolitik in anderen Ländern).

**M 22/149.** Mit Ausnahme der PDS setzen alle Parteien daher auf eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. SPD und Grüne vertrauen auf die Wirkung des Hartz-Konzepts und wollen unter anderem die Vermittlung beschleunigen sowie die Zeitarbeit über Personal-Service-Agenturen ausbauen. Zuschüsse für Geringverdiener nach der Arbeitslosigkeit hat die Koalition schon eingeführt.

#### SPD und Grüne

Hartz-Bericht umsetzen: Vermittlung Arbeitsloser als Leiharbeiter, Restriktionen für Zeitarbeit lockern; 500-Euro-Jobs für private Haushaltshilfen, Ich-AG als Weg in Selbständigkeit, verbilligte Kredite bei Einstellung Arbeitsloser, Kündigung unverzüglich melden, Beweislast und Zumutbarkeit ändern, befristete Verträge von 50 Jahren an; Kündigungsschutz erhalten; Zuschüsse zu Sozialabgaben für Einkommen von 326 bis 800/870 Euro; Arbeitslosenhilfe mit Sozialhilfe verzahnen, Leistung nicht auf Sozialhilfeniveau senken; Zugang zur Arbeitsförderung auch für Sozialhilfeempfänger, einheitliche Betreuung in Job-Centern; langfristig steuerfinanzierte, bedarfsorientierte Grundsicherung einführen (Grüne); Jugendteilzeit als Beschäftigungsbrücke. (B. W., 20.09., Nr. 76, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ künftige Vorhaben).

**M 22/150.** Union und FDP dagegen wollen den Arbeitsmarkt stärker deregulieren. So soll das Gesetz gegen Scheinselbständigkeit zurückgenommen, das Betriebsverfassungsgesetz korrigiert und der Teilzeitanpruch eingeschränkt werden. Die Liberalen fordern zudem, den Kündigungsschutz drastisch zu lockern. Bei der Förderung des Niedriglohnsektors setzen Union und FDP auf eine Erhöhung der 325-Euro-Grenze. Während die Union 400-Euro-Jobs vorschlägt, plädiert die FDP für 630-Euro-Jobs. (...) Bei allen Unterschieden im Detail haben die Parteien aber ein Ziel: Ein Déjà-vu-Erlebnis wie in diesem Jahr soll es 2006 nicht geben. (B. W., 20.09., Nr. 76, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union und FDP gemeinsam).

#### **M 22/151.** CDU/CSU

400-Euro-Jobs wie früher pauschal versteuern, gesenkte Sozialbeiträge zwischen 401 und 800 Euro; Beweislast für Zumutbarkeit umkehren; Leistungskürzungen für Arbeits- oder Qualifizierungsunwillige; Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau, Betreuung in Job-Centern; Arbeitsmarktpolitik überprüfen; Leiharbeit deregulieren; Teilzeitanpruch begrenzen; Wahl zwischen Abfindung statt Kündigungsschutz für Ältere; mehr Spielraum für betriebliche Beschäftigungsbündnisse, Einspruchsrecht für Tarifparteien; Betriebsverfassungsgesetz korrigieren, Scheinselbständigkeitsgesetz abschaffen; Investitions- und Sonderförderprogramm für Mittelstand und Existenzgründer im Osten (je 1 Milliarde Euro). (B. W., 20.09., Nr. 76, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ Union).

#### **M 22/152.** FDP

630-Euro-Jobs wie früher pauschal versteuern; steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen; Beweislast für Zumutbarkeit umkehren; Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau mit höheren Freibeträgen als Arbeitsanreiz, einheitliche Betreuung in Job-Centern; Arbeitslosengeld auf 12 Monate beschränken, Arbeitsmarktpolitik überprüfen, Beitragssatz mittelfristig um 2 Punkte senken; Arbeitsvermittlung und Berufsberatung

privatisieren, Selbstverwaltung und Landesarbeitsämter abschaffen; Leiharbeit deregulieren; betriebliche Beschäftigungsbündnisse ermöglichen; Kündigungsschutz erst nach zwei Jahren und von 21 Beschäftigten an, Wahlrecht auf Abfindung für alle; Frühverrentung streichen. (B. W., 20.09., Nr. 76, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ FDP).

**M 22/153. PDS**

Die PDS schlägt den entgegengesetzten Weg ein und will über staatliche Programme die Arbeitslosigkeit senken. (...) Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich senken; Überstunden gesetzlich begrenzen; öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen, Mindestlohn einführen; Umlage für nicht ausbildende Betriebe; Kopplung der Wirtschafts- und Strukturförderung an Beschäftigungsziele; kommunales Infrastrukturprogramm; regionale runde Tische zur Beschäftigungssicherung; Rechtsanspruch für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf einheitliche Fördermaßnahmen, steuerfinanzierte Grundsicherung für Erwerbslose; Meldepflicht für alle offenen Stellen, verbindliche Beschäftigungsbilanzen für Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeitern; Kopplung der Sozialbeiträge an Wertschöpfung des Betriebs; Einbeziehung aller Erwerbstätigen in soziale Sicherung. (B. W., 20.09., Nr. 76, Vorschläge bzw. Positionen anderer als der Regierung/ PDS).

**M 22/154. Rot, Schwarz, Grün, Gelb. Wo geht's zur guten Wahl? Am Ende hat das jeder allein zu entscheiden. Aber ohne Signalwert sind Farben nicht, wenn es – als gedachtes Wahlkriterium – am 22. September etwa darum gehen sollte, den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig zu machen und viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Rot: Den Sozialdemokraten vorzuwerfen, sie seien nicht in der Lage, die Verkrustungen der Arbeitsbeziehungen aufzubrechen, den Arbeitsmarkt wirklich einen Markt sein zu lassen, unternehmerische Entscheidungsräume für die Disposition von Arbeit zu öffnen und beengende Mitbestimmungsregeln zu lockern – dieses den Sozialdemokraten vorzuwerfen, geht fehl. Es geht nicht darum, ob sie es mehr oder weniger gut können. Es ist vielmehr so, dass sie es partout und aus Überzeugung nicht wollen. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, auch dieses Jahrhundert im Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu durchschreiten. Das sagen sie nicht nur so dahin. Das meinen sie Ernst. Mehr als „Hartz minus“ wollen die Sozialdemokraten daher nicht leisten. Und das ist – im Verhältnis zu dem, was zu leisten wäre – denn doch wohl allzuwenig. (Ga. W., 20.09., Nr. 77, Vorschläge bzw. Handlungen anderer als der Regierung/ Sozialdemokraten).**

**M 22/155. Gelb: Philosophie und Programm des Liberalismus kommen der Formulierung und der Lösung der ordnungspolitischen Reformaufgaben unter allen Politikangeboten am nächsten. Eine Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung ohne einen gehörigen Schub? Liberalismus ist ein wenig erfolgversprechendes Unterfangen. Wahr ist aber auch: Die Liberalen waren schon an vielen Bundesregierungen beteiligt. Der Vorwurf ist daher nicht ungerechtfertigt, sie hätten nicht kraftvoll genug darauf gedrungen, etwas Entscheidendes gegen die Verkrustungen des Arbeitsmarktes zu übernehmen und die Fehlkonstruktion der sozial gemeinten Vorsorgeeinrichtungen zu korrigieren. (Ga. W., 20.09., Nr. 77, Vorschläge bzw. Handlungen anderer als der Regierung/ FDP).**

**M 22/156. Der Streit darüber (über einen abgewendeten „blauen Brief“ aus Brüssel zum Thema Haushaltskonsolidierung, fs) ist noch in vollem Gange, als aus Nürnberg die nächste Hiobsbotschaft für die Regierung kommt: Der Bunderechnungshof hat festgestellt, daß die Bundesanstalt für Arbeit systematisch falsche Erfolgsmeldungen über angeblich vermittelte Arbeitsverhältnisse verbreitet hat. Das Ausmaß des Skandals macht eine Reform an Haupt und Gliedern unumgänglich. Schröder beauftragt den Volkswagen-Vorstand Peter Hartz, ein Reformkonzept für die Nürnberger Mamutbehörde vorzulegen. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).**

**M 22/157. Mitten in die politische Sommerpause hinein platziert Schröder seinen letzten Wahlkampfslager: Die Hartz-Kommission leistet eine erste Anzahlung auf ihr Konzept zur Reform der Arbeitsverwaltung. Arbeitslosigkeit soll nicht mehr verwaltet, sondern umgewan-**

delt werden in Zeitarbeit und selbständige Arbeit. Mit sanftem Druck sollen Mobilität und Arbeitswilligkeit befördert, die Bundesanstalt selber zur Job-Agentur umgebaut werden. Die Wirkung verpufft durch weitere Negativ-Schlagzeilen: Pleite bei Babcock-Borsig in Nordrhein-Westfalen, Führungskrise bei der Telekom und schließlich noch die Hunziger-Affäre, die erst Verteidigungsminister Scharping und dann den Grünen-Abgeordneten Özdemir zu Fall bringt. (Rü. P., 21.09., Nr. 78, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/158.** Heute leben, morgen zahlen. Nach dieser Devise führte nicht nur die rot-grüne Regierung das Land. Während unsere europäischen Nachbarn handeln, indem sie ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen den Herausforderungen einer zunehmend globalisierten Welt anpassen und dafür mit niedrigerer Arbeitslosigkeit und höheren Wachstumsraten als Deutschland belohnt werden, legen Politiker in unserem Land ihre Hände in den Schoß. Die Folgen sind fatal. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich sinkt rapide, ebenso der Wohlstand der Menschen. Parallel dazu, steigt die Zahl der Arbeitslosen auf unerträgliche Höhen. (K./L. W., 21.09., Nr. 79, Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit).

**M 22/159.** Deutschland braucht langfristige Reformperspektiven. Vordringlich ist der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Hierfür darf die Lohnpolitik nicht mehr zu Verteilungszwecken mißbraucht werden. Es muß eine dezentrale Lohnfindung auf der Ebene der Betriebe möglich sein. Arbeitslose, die sich auf die Tarifverhandlungen verlassen, liefern sich einem Kartell der Arbeitsplatzbesitzer aus. Deshalb müssen Arbeitslose und Arbeitnehmer mehr Freiheiten für die individuelle Vertragsgestaltung mit den Arbeitgebern erhalten, einschließlich Lockerungen beim Kündigungsschutz und der Lohnhöhe. Zudem muß das Niveau der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe gesenkt werden. (K./L. W., 21.09., Nr. 79, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ FAZ-Journalist).

**M 22/160.** Die notwendige Deregulierung der Arbeitsmärkte ist untrennbar verbunden mit einer Rentenreform, weil die Massenarbeitslosigkeit das Rentenniveau der Zukunft gefährdet. Die Bevölkerung Deutschlands schrumpft, zugleich kehrt sich die Alterspyramide um. Zwar ist der Eintritt in die kapitalgedeckte zusätzliche private Altersvorsorge zu begrüßen. Doch versteht kaum jemand die Regeln der staatlichen Riester-Förderung, weshalb Fördergelder in Milliardenhöhe nicht abgerufen werden. Eine echte Rentenreform kommt um eine Erhöhung der Altersgrenzen nicht umhin, allein schon wegen der längeren Ausbildungszeiten und der steigenden Lebenserwartung. Darüber hinaus sollte eine moderate Absenkung des Rentenniveaus möglich sein, damit nicht nur die Jüngeren die Lasten der Rentenreform schultern müssen. Soziale Härten der Reform müssen durch staatliche Förderungen aufgefangen werden, wobei der Schwerpunkt bei niedrigen Einkommen und Familien mit Kindern liegen sollte. (K./L. W., 21.09., Nr. 79, Positionen bzw. Vorschläge anderer als der Regierung/ FAZ-Journalist).

**M 22/161.** Der rot-grünen Regierung ist durch Propaganda das Kunststück gelungen, das Zurückdrehen vorangegangener Reformen als moderne Reformpolitik zu verkaufen. In Wahrheit jedoch hat Kanzler Gerhard Schröder entgegen seiner Versprechen nicht nur die Zahl der Arbeitslosen nicht gesenkt, sondern den Gewerkschaften zuliebe den deutschen Arbeitsmarkt weiter stranguliert, indem er einen rigorosen Kündigungsschutz auch für Kleinbetriebe eingeführt, die Möglichkeit befristeter Arbeitsverhältnisse eingeschränkt, die Mitbestimmung verschärft, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhöht und die 630-DM-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgebucht hat, was nur auf dem Papier zu einem Anstieg der Zahl der Beschäftigten geführt hat. (K./L. W., 21.09., Nr. 79, Arbeitsmarktpolitik der Regierung/ Bilanz).

**M 22/162.** Die deutschen Gewerkschaften kennen kein Pardon, mag die Zahl der Arbeitslosen auch noch so groß sein. Notfalls mit Streik wird der volle Lohnausgleich erstritten, der die Arbeitskosten wieder ein Stück weiter in Höhen katapultiert, die mit dem Produktivitätsfortschritt in keinem Zusammenhang mehr stehen. Im Hintergrund dieses Kalküls steht wie

eh und je der treue Beitrags- und Steuerzahler, der für die zusätzlichen Arbeitslosen aufkommt. Will er nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag für die Folgen einer falschen Tarifpolitik – an der neben den Gewerkschaften auch die regelmäßig vor den Forderungen einknickenden Arbeitgeber beteiligt sind – haften, sollte er sich genau überlegen, wo er diesmal seine Kreuzchen macht. (K. W., 21.09, Nr. 80, Handlungen anderer als der Bundesregierung/ Gewerkschaften).

#### Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Liste der Artikel:

Nr. 1: FAZ vom 26. 08. 2002, Seite 1, F.A.Z.: „Schröder und Stoiber werben im TV-Duell um das Vertrauen der Wähler“.

Nr. 2: FAZ vom 26. 08. 2002, Seite 1, ban.: „Die FDP versucht sich abzugrenzen“.

Nr. 3: FAZ vom 26.08. 2002, Dt.: „Ohne Sensation“.

Nr. 4: FAZ vom 26. 08. 2002, Seite 11, Bettina Bode: „Der fast vergessene Klimaschutz“.

Nr. 5: FAZ vom 27. 08. 2002, Seite 1, Stefan Dietrich: „Lohnende Inszenierung“.

Nr. 6: FAZ vom 28. 08. 2002, Seite 1, fy. „Die Union ergänzt ihr Sofortprogramm“

Nr. 7: FAZ vom 29. 08. 2002, Seite 11, nf.: Zwickel warnt Opposition vor Demontage der Tarifautonomie“.

Nr. 8: FAZ vom 30. 08. 2002, Seite 3, Günter Bannas: „Spiele nie auf dem Feld des Gegners“.

Nr. 9: FAZ vom 30. 08. 2002, Seite 4, Nico Fickinger: „Ein uneitler Macher, der anderen gern den Vortritt läßt“.

Nr. 10: FAZ vom 30.08. 2002, Seite 12, nf.: „Alternative Energien sind keine Selbstläufer“.

Nr. 11: FAZ vom 31.08. 2002, Seite 1, (Fortsetzung auf Seite 2): Lt.: „Stoiber will Mittelstand sofort helfen“.

Nr. 12: FAZ vom 31. 08. 2002, Seite 1, G.H.: „Stoibers Startvorgaben“.

Nr. 13: FAZ vom 31. 08. 2002, Seite 4, mtz.: „Claus fast allein“.

Nr. 14: FAZ vom 31. 08. 2002, Seite 8, Günter Bannas: „Nicht im Würgegriff“.

Nr. 15: FAZ vom 31. August 2002, Seite 9, nf.: „Versprochen ist versprochen“.

Nr. 16: FAZ vom 31. August 2002, Seite 9, clb./nf.: „Über 4 Millionen Arbeitslose erwartet“.

Nr. 17: FAZ von 2. 09. 2002, Seite 1, F.A.Z., „Union: Wir sind die Garanten für einen Wechsel“.

Nr. 18: FAZ vom 2.09. 2002, Seite 3, Claudia Bröll: „Gerster will ein großes Rad drehen“.

Nr. 19: FAZ vom 2. 09. 2002, Seite 9, ami.: „In der Klemme“.

Nr. 20: FAZ vom 2. 09. 2002, Seite 9, ami.: „Der Mittelstand macht zur Wahl mobil“.

- Nr. 21: FAZ vom 3.09. 2002, Seite 1, G.H.: „Verkalkuliert“.
- Nr. 22: FAZ vom 4. 09. 2002, Seite 4, Karl Feldmeyer: „Im Einklang mit seinem Publikum“.
- Nr. 23: FAZ vom 4. 09. 2002, Seite 4, Dr. Renate Köcher: „Spannung, aber geringe Anteilnahme“.
- Nr. 24: FAZ vom 5. 09. 2002, Seite 6, D.D.: „Bischöfe: Politik am Gemeinwohl messen“.
- Nr. 25: FAZ vom 5. 09. 2002, Seite 10, Peter Carstens: „Schweigen für Stimmen“.
- Nr. 26: FAZ vom 5. 09. 2002, Seite 11, dpa (Agentur): „Mehr als vier Millionen Arbeitslose“.
- Nr. 27: FAZ vom 5. 09. 2002, Seite 12, clb: „Nürnberger Datenberge“.
- Nr. 28: FAZ vom 05. 09. 2002, Seite 12, clb.: „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist ohnehin desolat – jetzt kommt noch die Flut dazu“.
- Nr. 29: FAZ vom 5. 09. 2002, Seite 12, Hans-Werner Sinn (Präsident des „Ifo-Instituts“ in München) im Interview mit Werner Mussler: „Mehr Freiheit“
- Nr. 30: FAZ vom 5. 09. 2002, Seite 12, Klaus F. Zimmermann (Präsident des Forschungsinstituts „Zukunft der Arbeit“ in Bonn und Präsident des DIW Berlin) im Interview mit Werner Mussler: „Der Mut fehlt“
- Nr. 31: FAZ vom 6. 09. 2002, Seite 1 (Fortsetzung auf Seite 2), clb./fy.: „Mehr als vier Millionen Arbeitslose auch im August“.
- Nr. 32: FAZ vom 6. 09. 2002, Seite 1, hig: „Die Schröder-Kombi“.
- Nr. 33: FAZ vom 6. 09. 2002, Seite 3, Nico Fickinger: „Glaube nur den Statistiken, die du selbst gefälscht hast“.
- Nr. 34: FAZ vom 6. 09. 2002, Seite 13, Rainer Hank: „Das Elend der Sozialdemokratie“.
- Nr. 35: FAZ vom 6. 09. 2002, Seite 15, Hans D. Barbier: „Singen mit Frankie-Boy“.
- Nr. 36: FAZ vom 7. 09. 2002, Seite 1, löw.: „Die SPD setzt wieder auf die Person Schröder“.
- Nr. 37: FAZ vom 7. 09. 2002, Seite 4, Mechthild Küpper: „Warum es an der Spree so schäbig zugeht“.
- Nr. 38: FAZ vom 9. 09. 2002, Seite 1, F.A.Z.: „Schröder und Stoiber streiten im Fernsehen über das Verhältnis zu Amerika“.
- Nr. 39: FAZ vom 9. 09. 2002, Seite, 1, bko.: „Flut und Krieg“.
- Nr. 40: FAZ vom 9. 09. 2002, Seite 1, pca.: „Die FDP nennt Bedingungen für eine Koalition“.
- Nr. 41: FAZ vom 9. 09. 2002, Seite 2, fy: „Spekulationen über mögliches Kabinett“.
- Nr. 42: FAZ vom 9. 09. 2002, Seite 9, nf.: „DGB droht mit Massenprotesten“.
- Nr. 43: FAZ vom 9. 09. 2002, Seite 9, Nico Fickinger: „Stimmenfänger“.

- Nr. 44: FAZ vom 9. 09. 2002, Rainer Brüderle (Stellv. FDP-Vorsitzender) im Interview mit Nico Fickinger: „Nur wir brechen das Kartell des Nichtstuns auf“
- Nr. 45: FAZ vom 10. 09. 2002, ban./fy./pca.tbs.: „Stoiber und Schröder halten sich beide für den Gewinner“.
- Nr. 46: FAZ vom 10. 09. 2002, Volker Zastrow: „Der äußere Eindruck“.
- Nr. 47: FAZ vom 10.09. 2002, Seite 2, löw.: „Stoiber zitiert Helmut Schmidt, Schröder gibt sich launig“.
- Nr. 48: FAZ vom 10. 09. 2002, Seite 3, Günter Bannas: „Der Kanzler empfiehlt sich als Krisenmanager“.
- Nr. 49: FAZ vom 10. 09. 2002, Seite 3, Daniel Deckers: „Stoiber ist kein ‚underdog‘ mehr“.
- Nr. 50: FAZ vom 10. 09. 2002, Seite 11, Walter Hamm: „Dies ausgebliebenen Sozialreformen“.
- Nr. 51: FAZ vom 11. 09. 2002, Seite 5: Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann: „Spannung auf der Zielgeraden“.
- Nr. 52: FAZ vom 11. 09. 2002, Seite 13. clb.: „Frech kommt weiter“.
- Nr. 53: FAZ vom 11. 09. 2002, Seite 16: ami./clb.: „'Kapital für Arbeit' statt Job-Floater“.
- Nr. 54: FAZ vom 13. 09. 2002, Seite 1 (Fortsetzung auf Seite 2): enn./nf.: „Merz: Eichel greift stets zu Steuererhöhungen“. Überschrift Seite 2: „Eichel verteidigt seinen Haushalt“.
- Nr. 55: FAZ vom 13. 09. 2002, Seite 3, Karl Feldmeyer: „Der Verstand kämpft gegen den Bauch“.
- Nr. 56: FAZ vom 14. 09. 2002, Seite 3, Günter Bannas: „Debatte ohne Glockengeläut“.
- Nr. 57: FAZ vom 14. 09. 2002, Seite 4, Tobias Schmidt: „Die Sonstigen“.
- Nr. 58: FAZ vom 14. 09. 2002, Seite 4, Barbara Wieland: „Für alle etwas dabei“.
- Nr. 59: FAZ vom 16. 09. 2002, Seite 1, pca.: „Die Union sucht neuen Schwung“.
- Nr. 60: FAZ vom 16. 09. 2002, Seite 14, Benedikt Koehler: „Der dritte Holzweg“.
- Nr. 61: FAZ vom 16. 09. 2002, Seite 16: Susanne Landwehr und Lukas Weber: „Schlaraffenland mit kleinen Fehlern“.
- Nr. 62: FAZ vom 17. 09. 2002, Seite 1, Georg Paul Hefty: „Politik der Kurzformeln“.
- Nr. 63: FAZ vom 17. 09. 2002, Seite 4, Bernd Heptner/ Peter Schilder/ Eckhart Kauntz und Siegfried Thielbeer: „Mit ein paar Themen zuspitzen“.
- Nr. 64: FAZ vom 17. 09. 2002, Seite 8, Arnulf Baring: „Wer die Wahl hat...“.
- Nr. 65: FAZ vom 17. 09. 2002, Seite 15, clb.: „Riester gibt den Startschuss für die Personal-Service-Agenturen“.
- Nr. 66: FAZ vom 18. 09. 2002, Seite 3, Karl Feldmeyer: „Für ganz Deutschland“.

- Nr. 67: FAZ vom 18. 09. 2002, Seite 4, Lt./ff./bhr.: „Stoiber: Richtungsentscheidung“.
- Nr. 68: FAZ vom 17. 09. 2002, Seite 5, Dr. Renate Köcher: „Knapper Vorteil für Schwarz-Gelb“.
- Nr. 69: FAZ vom 18. 09. 2002, Seite 13, Heike Göbel: „Wettbewerb, Wahlfreiheit und ein Ziel“.
- Nr. 70: FAZ vom 18. 09. 2002, Seite 15, ami./enn.: „Alle wollen höhere Beiträge zur Sozialversicherung vermeiden – sie werden wohl dennoch steigen“.
- Nr. 71: FAZ vom 19. 09. 2002, Seite 1, Klaus-Dieter Frankenberger: „Extratour ins Abseits“.
- Nr. 72: FAZ vom 19. 09. 2002, Seite 3, Peter Carstens: „Am Montag wird abgerechnet“.
- Nr. 73: FAZ vom 19. 09. 2002, Seite 13, nf.: „Arbeitslosigkeit wohl unter 4 Millionen“.
- Nr. 74: FAZ vom 19. 09. 2002, Seite 13, Manfred Schäfers: „Höhere Steuern zur Wahl“.
- Nr. 75: FAZ vom 20. 09. 2002, Seite 13, Nico Fickinger: „Ein Markt für Arbeit“.
- Nr. 76: FAZ vom 20. 09. 2002, Seite 14, clb. (Kastentext nf.): „Der Weg in die erste Liga der Arbeitsmarktpolitik ist für Deutschland noch weit“.
- Nr. 77: FAZ vom 20. 09. 2002, Seite 15: Hans D. Barbier: „Merci, Monsieur Seurat“
- Nr. 78: FAZ vom 21. 09. 2002, Seiten 6 und 7, Stefan Dietrich: „Nach neun Monaten Kampf – die Wahl“, Zwischenüberschriften: „Die ‚ruhige Hand‘ kommt ins Gerede“ (Seite 6), „Schläge auf empfindliche Stellen (Seite 6) und „Wendet sich das Blatt? Erster Versuch mit Harz“ (Seite 7).
- Nr. 79: FAZ vom 21. 09. 2002, Seite 11, Holger Steltzner: „Mut zu Reformen“.
- Nr. 80: FAZ vom 21. 09. 2002, Seite 11, hig: „Zweimal 35“.

### **A 3: Ausdrucke der Dokumente, die aus dem Internet heruntergeladen wurden**

Berlinpolis (2004): Dokumentation des Workshops von Berlinpolis und Vodafone am 13. November 2004 in Berlin: „Wie innovativ ist die Politik? Politische Beratung und Kommunikation auf dem Prüfstand.“ Download des Manuskriptes am 9. Mai 2005 von der Internetseite [www.berlinpolis.de](http://www.berlinpolis.de).

Blancke, Susanne/ Schmid, Josef (2003): „Bilanz der Bundesregierung Schröder im Bereich der Arbeitsmarktpolitik 1998 –2002. Ansätze zu einer doppelten Wende“ in: Egele, Christoph/ Ostheim, Tobias/ Zohlnhöfer, Reimut: „Das rot-grüne Projekt.“ Wiesbaden 2003. Download des Manuskriptes am 9. Mai 2005 von der Internetseite [www.wip-online.de](http://www.wip-online.de).

Brettschneider, Frank (2002): „Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49-50/2002, S.36-47. Download des Manuskripts am 6. November 2003 von der Internet-Seite [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

Bundeszentrale für politische Bildung (2005): „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.“ Download am 26. März 2007 von der Internetseite [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

Deutsches Historisches Museum (2004): „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands.“ Download des Manuskripts am 13. September 2003 von der Internetseite [www.dhm.de](http://www.dhm.de).

ECC-Research (2002): „Medien-Resonanz-Analyse 2003. Medienbeobachtung durchgeführt von ECC Research Bonn.“ Power Point-Präsentation, Bonn 2002.

Hebel, Stephan (2003): „Qualitätszeitung – was ist das?“ Umfrage der „Initiative Qualität“ des DJV im September 2003 dokumentiert auf Seiten 63 bis 66 in: Dokumentation IQ-Forum „Qualität mit Brief und Siegel. Bewertungsmaßstäbe im Journalismus“ am 29. September 2003 in Berlin. Download des Manuskripts am 26. Juni 2005 von der Internetseite [www.initiative-qualitaet.de](http://www.initiative-qualitaet.de).

Holtz-Bacha, Christina (2001): „Das Private in der Politik: Ein neuer Trend?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42/2001, S. 20-26. Download der Manuskripts am 3. November 2003 von der Internet-Seite [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

Hummel, Volker (2003): „Qualitätszeitung – was ist das?“ Umfrage der „Initiative Qualität“ des DJV im September 2003 dokumentiert auf Seiten 63 bis 66 in: Dokumentation IQ-Forum „Qualität mit Brief und Siegel. Bewertungsmaßstäbe im Journalismus“ am 29. September 2003 in Berlin. Download des Manuskripts am 26. Juni 2005 von der Internetseite [www.initiative-qualitaet.de](http://www.initiative-qualitaet.de).

Knüpfer, Uwe (2003) „Qualitätszeitung – was ist das?“ Umfrage der „Initiative Qualität“ des DJV im September 2003 dokumentiert auf Seiten 63 bis 66 in: Dokumentation IQ-Forum „Qualität mit Brief und Siegel. Bewertungsmaßstäbe im Journalismus“ am 29. September 2003 in Berlin. Download des Manuskripts am 26. Juni 2005 von der Internetseite [www.initiative-qualitaet.de](http://www.initiative-qualitaet.de).

Lücke, Detlev (2004): „Opposition ist Mist. Lasst das die anderen machen – wir wollen regieren“ in: Das Parlament Nr. 14 / 29.03.2004. Download des Manuskripts am 22. November 2007 von der Internetseite [www.bundestag.de/dasparlament](http://www.bundestag.de/dasparlament).

Meng, Richard (2003): „Guck mal, wer da spricht. Über die Kommunikationsstörungen zwischen Politikern und Journalisten im Macht-Medien-System“ in: Frankfurter Rundschau online am 19. November 2003. Download des Manuskripts am 26. November 2003 unter [www.fr-aktuell.de](http://www.fr-aktuell.de).

Merkel, Wolfgang (2006a): „Die klassischen Verlierer: PSF und SPD“ in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 3/2006, Seite 50 - 54.

Merkel, Wolfgang (2006b): „Politologe empfiehlt Blick nach Skandinavien“. Interview im Deutschlandfunk mit Wolfgang Merkel am 3. Juli 2006. Download des Interviews am 27. März 2007 von der Internetseite [www.dradio.de](http://www.dradio.de).

Rheingold-Institut (2005): „Impulswahl statt Richtungswahl. Rheingold-Studie zur Bundestagswahl 2005.“ Studie des Instituts für qualitative Markt- und Medienanalysen Rheingold in Köln, 2005. Download des (Kurz-)Manuskripts am 20. November 2005 unter <http://www.rheingold-online.de>.

SPD (2007): Mitgliederbestand der SPD, Stand 31. Oktober 2007. Download der Statistik am 22. November 2007 von der Internetseite [www.spd.de](http://www.spd.de).

Stöss, Richard/ Niedermayer, Oskar (2000): „Zwischen Anpassung und Profilierung. Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrtausend“ in Aus Politik und Zeitgeschichte B 5/2000. Download des Manuskripts am 21. Juni 2007.

Stolte, Dieter (2003): „Qualitätszeitung – was ist das?“ Umfrage der „Initiative Qualität“ des DJV im September 2003 dokumentiert auf Seiten 63 bis 66 in: Dokumentation IQ-Forum „Qualität mit Brief und Siegel. Bewertungsmaßstäbe im Journalismus“ am 29. September 2003 in Berlin. Download des Manuskripts am 26. Juni 2005 von der Internetseite [www.initiative-qualitaet.de](http://www.initiative-qualitaet.de).

Völz, Hans-Jürgen (2006): „Vorteil Ostdeutschland: Arbeitskosten unter Westniveau“ in: Newsletter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Nr. 23 vom 13. Juli 2006. Download des Manuskripts am 13. März 2007 von der Internetseite [www.bda-online.de](http://www.bda-online.de).

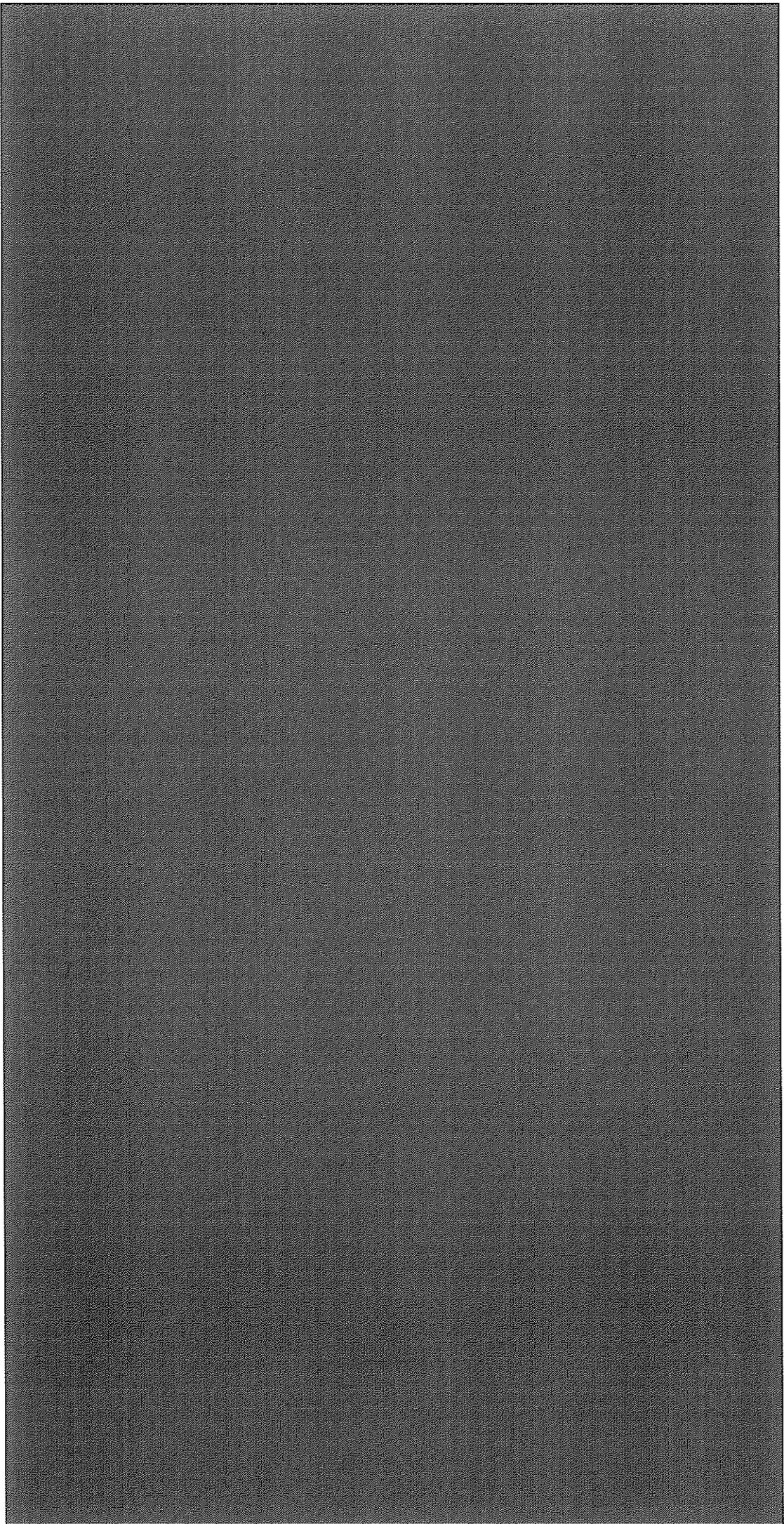
Vorkötter, Uwe (2003) „Qualitätszeitung – was ist das?“ Umfrage der „Initiative Qualität“ des DJV im September 2003 dokumentiert auf Seiten 63 bis 66 in: Dokumentation IQ-Forum „Qualität mit Brief und Siegel. Bewertungsmaßstäbe im Journalismus“ am 29. September 2003 in Berlin. Download des Manuskripts am 26. Juni 2005 von der Internetseite [www.initiative-qualitaet.de](http://www.initiative-qualitaet.de).

Ziesemer, Bernd (2003): „Qualitätszeitung – was ist das?“ Umfrage der „Initiative Qualität“ des DJV im September 2003 dokumentiert auf Seiten 63 bis 66 in: Dokumentation IQ-Forum „Qualität mit Brief und Siegel. Bewertungsmaßstäbe im Journalismus“ am 29. September 2003 in Berlin. Download des Manuskripts am 26. Juni 2005 von der Internetseite [www.initiative-qualitaet.de](http://www.initiative-qualitaet.de).



# Wie innovativ ist die Politik in Deutschland?

Politische Beratung und Kommunikation auf dem Prüfstand



# Wie innovativ ist die Politik in Deutschland?

in der Politik und Unternehmensentwicklung

**Dokumentation des Workshops vom  
13. November 2004 in Berlin**

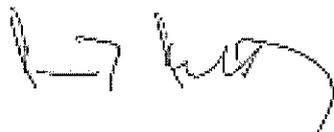
Politikberatung von außen hat in Deutschland keine lange Tradition. Seit 1989 haben sich die Bedingungen und Umstände, unter denen Politik statt findet, jedoch radikal verändert. Politik muss sich stärker begründen als bislang. Die Berliner Republik ist in Folge der Herausforderungen von Globalisierung, Individualisierung und Flexibilisierung unübersichtlicher, komplexer und dynamischer. Die Medien sind ungeduldiger, der Entscheidungsdruck härter und der Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit größer. Mit der gesellschaftlichen und ökonomischen Dynamik Schritt zu halten setzt die Politik, ihre Institutionen und Akteure zunehmend unter Druck. Der rasante technologische und gesellschaftliche Wandel verlangt von der Politik Beschleunigung und Orientierungsleistung zugleich. Politik soll rasch auf veränderte Bedingungen reagieren und gleichzeitig langfristig und nachhaltig angelegt sein. Der beschleunigte technologische und wissenschaftliche Fortschritt zeigt deutlich, dass der Politik ihre natürliche Langsamkeit und ihre oftmals noch nationale Begrenztheit zum Nachteil gerät. In dieser Situation fehlt es politischen Entscheidungsstrukturen an wirksamen Instrumenten und es fehlt an einer strategischen Ausrichtung, die dieser Situation gerecht wird. Die neue Unübersichtlichkeit verlangt strukturelle Flexibilität und Konsequenzen, die jetzt gefällt werden müssen, immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.

Die gegenwärtige Politikberatung ist auf diese Situation nicht vorbereitet. Sie leistet einen richtigen Rat an den falschen oder einen falschen Rat an den richtigen Adressaten und sie ist oftmals schlicht unprofessionell. Unterschieden werden muss in Zukunft stärker zwischen Politikberatung, die sich an die Öffentlichkeit richtet, und Politikerberatung, also die Beratung einzelner Akteure.

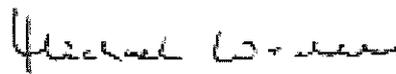
Struktureller Wandel und Reformkommunikation kann künftig nicht allein als Politik der Politiker stattfinden. Die deutsche Politik leidet nicht nur an einem Darstellungs-, sondern vor allem an einem Herstellungsproblem. Es werden Plattformen und Foren wichtig, in denen „Koalitionen der Ideen“ entstehen können. Im Mittelpunkt dieser neuen Allianzen stehen Akteure, die bislang kaum öffentlich wahrgenommen werden: die Berater der Politik. Welchen Beitrag können sie leisten, damit der Primat der Politik zurückgewonnen wird? Welche institutionellen Voraussetzungen braucht es dafür?

Der Think Tank berlinpolis und die Vodafone Konzernrepräsentanz Berlin haben im November 2004 einige namhafte Politikberater und Politikwissenschaftler eingeladen, um diese Fragen zu diskutieren. Vorliegende Broschüre ist das Ergebnis. Wir wünschen Ihnen eine produktive Lektüre und freuen uns über Anregungen und Hinweise.

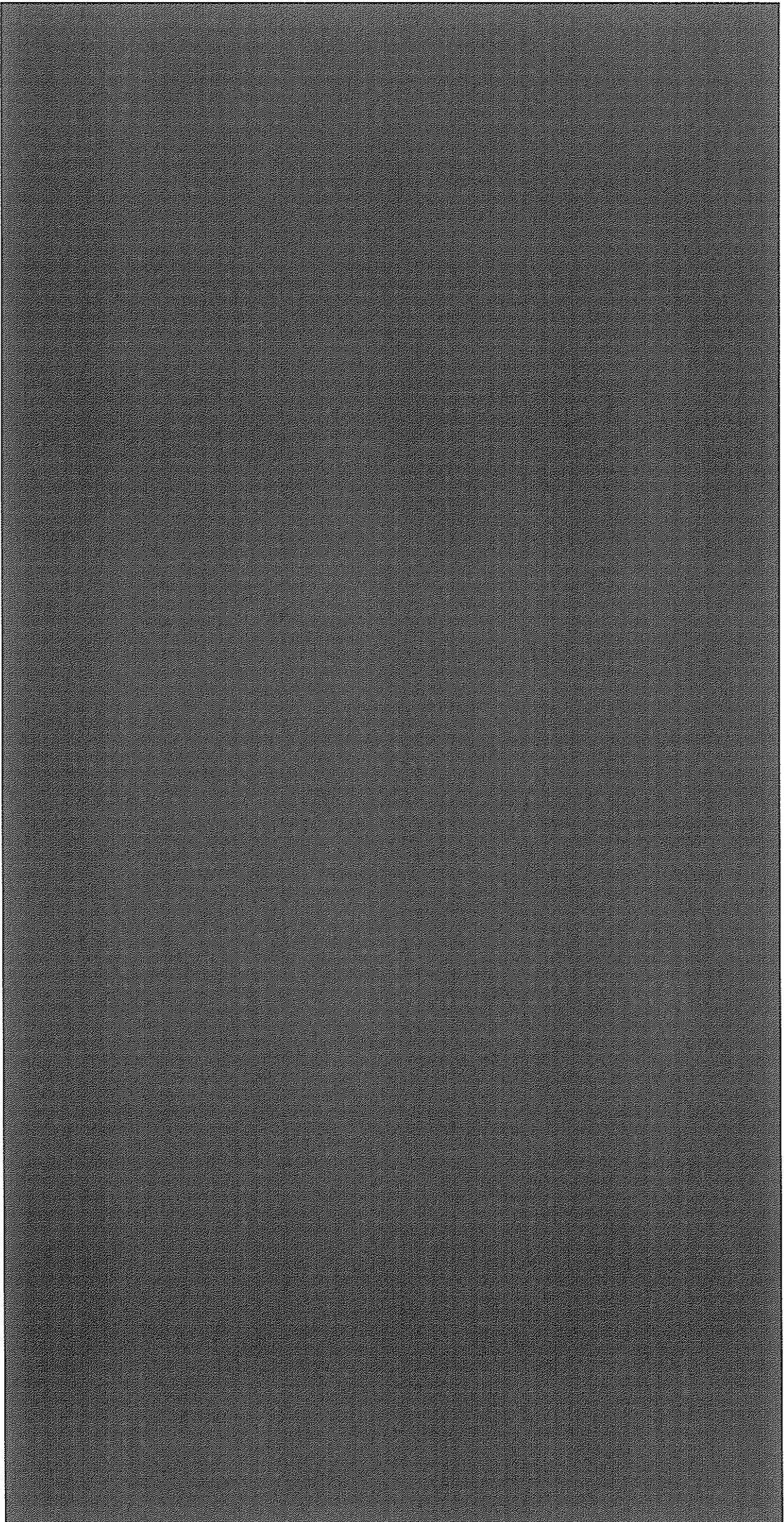
Berlin, im Februar 2005



Daniel Dettling  
Vorsitzender berlinpolis



Michael Wedell  
Leiter Public Affairs und  
Government Relations  
Vodafone



**01.**

Was heißt Strategiefähigkeit in der Politik?

**02.**

Welche Kompetenzen und Strukturen braucht strategische Politikberatung?

**03.**

Wie beratungsfähig sind die politischen Eliten in Deutschland?

**04.**

Wie beratungsoffen ist das Spitzenpersonal in der Politik?

Was sind die Ursachen, was die möglichen Hebel für eine Veränderung?

**05.**

Wie strategiefähig sind die Parteien?

**06.**

Wie kommt Strategie in die Politik, obwohl die Medien zur Taktik nötigen?

**07.**

Kann strategische Politikberatung das Vertrauen der Bevölkerung in Reformen stärken?

**08.**

Ist die Verständlichkeit von Politikberatung ein Erfolgskriterium für das Gewinnen von Resonanz – und Wahlen?

**09.**

Gibt es in Deutschland Nachfrage nach Politikberatung?

**10.**

Wie ist es um das Angebot an Politikberatung bestellt?

**11.**

Wer sollte Politikberatung außerhalb der Parteien finanzieren?



1. Der deutschen Politik und Beratung mangelt es an Strategiefähigkeit.
2. Medien- und Umsetzungsberatung und Krisenmanagement ersetzen keine Politikberatung im Sinne von Strategie- und Führungsfähigkeit.
3. Politik und Gesellschaft steht eine Renaissance der Werte bevor.
4. Zugleich geht die Zeit der kurzfristig denkenden an kommenden Wahlen orientierten Politik zu Ende. Der nachfrageorientierte Politiker ist out. Gefragt ist der angebotsorientierte Politiker, der in Generationen und nicht nur in Wahlen denkt.
5. Dies erfordert Programme und Konzepte, die auf Werten aufbauen und eine Richtung aufzeigen. Statt alter Rhetorik braucht es neue Ideen und Inhalte.
6. Obwohl hier ihre Aufgabe liegt, müssen wir feststellen: Die Parteien sind nur unzulängliche Orte langfristiger Strategieführung.
7. Eine neue, mutige Politik muss auch durch gesellschaftliche Debatte und Interventionen vorangetrieben werden. Ein öffentliches Klima, das abweichende und neue Ideen positiv bewertet anstatt vor allem das Haar in der Suppe zu suchen, fördert innovatives Denken in der Politik.
8. Strategischer Politik fehlt es an Orten und Räumen. Neue, abweichende und langfristige Ideen werden in Think Tanks oder anderen geschützten Räumen formuliert. Diese Orte strategischer Politikentwicklung sind in Deutschland kaum vorhanden.
9. Das Angebot der Beratung ist zudem unzureichend. Es fehlen Strukturen, Ausbildungswege und Ressourcen. Und: Die Nachfrage nach Beratung ist beschränkt. Es fehlen Zeit, Geld und Orte für strategische Planung.
10. Politikberatung muss nicht immer und zwangsläufig partei-gebunden sein. So wie sich insbesondere junge PolitikerInnen im parteiübergreifenden Diskurs befinden, so kann sich auch strategische Politikberatung in gemeinsamen Räumen gegenseitig bereichern. In einer solchen „Cross border“-Beratung führt die jeweils besten Ansätze parteiübergreifend zusammen.

## Die Teilnehmer



**Ulrich von Alemann**  
Politikwissenschaftler,  
Universität Düsseldorf



**Matthias Machnig**  
Geschäftsleitung,  
Booz Allen Hamilton



**Warnfried Dettling**  
Publizist und Politikberater



**Frank Nullmeier**  
Politikwissenschaftler,  
Universität Essen



**Fritz Goergen**  
Kommunikations-  
und Strategieberater



**Peter Radunski**  
Senior Consultant,  
Publicis



**Rudi Hoogvliet**  
Politikberater



**Thomas Steg**  
stellv. Regierungssprecher,  
Bundespresseamt



**Karl-Rudolf Korte**  
Politikwissenschaftler,  
Universität Duisburg

### **01. Was heißt Strategiefähigkeit in der Politik?**

### **02. Welche Kompetenzen und Strukturen braucht strategische Beratung?**

Matthias Machnig

In Deutschland haben weder die Politik noch die Politikberatung einen wirklich entwickelten Strategiebegriff. In der Politikwissenschaft findet keine systematische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Strategiefähigkeit statt. Stattdessen greift man hier auf alte Theoretiker wie Clausewitz oder Machiavelli zurück. Zudem wird in der Wissenschaft zwar zwischen policy und politics unterschieden, die Verbindung zwischen beiden fehlt aber. Politikberatung bei Spitzenpolitikern besitzt hierzulande eine Zufälligkeit und wird sehr vom Loyalitätsaspekt beherrscht. Beraten wird vom Auftraggeber nahe stehenden Personen, die aber häufig Politikern sind.

#### **Drei Cluster der Beratung**

Die heutige Beratung kann man in drei Cluster unterteilen:

1. Im Topmanagementbereich bezieht sich Beratung nie auf Strategieprojekte, sondern auf Implementierungsprojekte.
2. Im Bereich wissenschaftlicher Beiratsstrukturen findet ein Dialog zur Politik nur zufällig statt und umfasst auch keine strategische Planung, sondern wird von der Politik vielmehr als Quelle für Legitimationswissen nachgefragt.
3. Innerhalb der Parteistrukturen leisten die Führungsgremien keine wirkliche Führung, sondern dienen lediglich als Sprachregelungsinstanzen, die den Zweck haben, die versammelten Akteure verbal und argumentativ auf eine Linie zu bringen.

Insgesamt gibt es lediglich Kommunikationsberatung für Kampagnen und Versuche ihrer werblichen Umsetzung, aber keine konkrete Strategieberatung.

#### **Angebot ist nicht politikkompatibel**

Das Angebot der Beratung ist zudem in Deutschland nicht politikkompatibel. Die meisten Berater besitzen zwar fachliche Qualitäten, ihnen fehlt aber das Gespür für politische Prämissen wie z.B. Timing, Platzierung

von Inhalten und Symbolik. Oder sie verstehen sich auf kommunikative Elemente und lassen dann die fachliche Dimension vermissen. Länder wie die Vereinigten Staaten oder die britische Regierung liefern den Gegenbeweis. Der US-Wahlkampf 2004 war eine der intelligentesten Auflösungen seit langem. Es ist den Bush-Beratern gelungen, aus einer potenziellen Schwäche eine Stärke zu machen. Der „war on terror“ wurde zur Mission. In Großbritannien ist die Reformära unter Thatcher ein gutes Beispiel für den Einfluss von Think Tanks.

#### **Kaum Raum für eine Politik der Langfristigkeit**

Strategieplanung dieser Art funktioniert in Deutschland nicht. Die Gründe liegen vor allem in der Verfasstheit der politischen Parteien. Hier dominiert ein Rekrutierungsmechanismus, der ein strukturelles, institutionalisiertes Misstrauensverhältnis begünstigt. Wer neue Konzepte vertritt, wird misstrauisch beobachtet. Zudem glauben politische Eliten in Deutschland an die Ausrichtung der Politik an Tagesinhalten und nicht an Langfristigkeit. Das deutsche Parteienwettbewerbsmodell setzt auf eine Ansammlung von Wahlen, die besondere Wettbewerbstimmungen erzeugen und wenig Raum für eine langatmige Politik lassen.

#### **Verbindung von Sachkenntnis und Kommunikation**

Von zentraler Bedeutung für eine strategische Politikberatung ist die Verbindung von Sach- bzw. Fachkenntnissen mit dem Wissen um Kommunikation und Symbolik. Die entscheidenden beiden Fragen:

- a) Wie können Implementierung und Kommunikation als harmonisierende Kombination in der Beratung erreicht werden und Themen symbolisch so aufgeladen werden, dass ihre Umsetzung garantiert und Akzeptanz gewonnen wird?
- b) Und wie lassen sich Steuerungsmöglichkeiten finden und gleichzeitig Akzeptanz aufbauen?

#### **Vision „Cross Border-Beratung“**

Das große Problem liegt in der Ungleichzeitigkeit von politischem Zyklus und der Zeit, die Strukturreformen brauchen, um zu wirken. Wichtig ist auch, dass die Angebotsseite die Chancen und Möglichkeiten sowie das Profil von strategischer Politikberatung definiert, damit eine zeitgemäße Beratungsstruktur aufgebaut werden kann. Hierbei spielt ein „Cross-Bor-

der-Prozess“ eine Rolle, der dazu beitragen soll, dass unterschiedliche Teile der Bevölkerung an der Umsetzung der Reformmaßnahmen beteiligt sind. Nur dann lassen sich die künftigen politischen Zumutungen besser verteilen.

### **03. Wie beratungsfähig sind die politischen Eliten in Deutschland?**

### **04. Wie beratungsoffen ist das Spitzenpersonal in der Politik? Was sind die Ursachen, was die möglichen Hebel für eine Veränderung?**

Warnfried Dettling

In Bezug auf die Beratungsfähigkeit der Politik muss man zunächst zwischen politics, d.h. Strategien der Machterhaltung, des Machterwerbs und policy, d.h. inhaltliche, grundsätzliche, strategische und langfristige Fragen, unterscheiden. Politiker sind umso beratungsfähiger, je mehr sie den Nutzen der Beratung für sich oder ihren Machterhalt erkennen können. Daher gibt es in Bezug auf die Ressourcen (Zeit, Geld und Aufmerksamkeit) eine ungleiche Verteilung der Politikberatung zu Gunsten von politics.

#### **Machterhaltung, Machterwerb und das Problem der Langfristigkeit von Politik**

In ruhigen und stabilen Zeiten ist dies kein Problem; ein Problem der ungleichen Verteilung besteht aber in Umbruchzeiten. Politik droht dann, immer kurzfristiger zu werden – zu Lasten der Nachhaltigkeit der Politik. Dieses Ungleichgewicht der Politikberatung beeinträchtigt letztlich die Performance der Politik. Erst wenn dies von der Bevölkerung erkannt wird, kann es auch die Machterhaltungsstrategie des Politikers gefährden.

#### **Problem wissenschaftliche Ausbildung**

Die Politikfähigkeit der Berater aus dem wissenschaftlichen, akademischen Bereich ist unterentwickelt, während Politikberater aus dem Wahlkampfgebiet in dieser Hinsicht sehr gute Fähigkeiten mitbringen. Es gibt sehr gute Politikberater in Deutschland, die jedoch im Hinblick auf die langfristige Planung und Strategiefähigkeit von Politik unterentwickelt arbeiten. Das Problem liegt vor allem in der wissenschaftlichen Ausbil-

dung, die nicht praktisch genug ist und sich kaum mit den Zwängen der Politiker beschäftigt und so ihrer Beratungsfähigkeit diametral entgegengerichtet läuft.

### **Die Innovationsfähigkeit der Politik entscheidet sich mit ihrer Angebotsorientierung**

Wie innovativ ist die Politik? Neue Ideen in der Politik sind immer unbequeme, abweichende Ideen und müssen daher immer gegen Routinen und Besitzstände angehen. Bisher gab es in der jüngeren deutschen Geschichte Innovationen fast ausschließlich nach großen Katastrophen. Aktuell findet in Deutschland der Versuch eines Umbaus bei laufenden Motoren statt. Eine wichtige Frage wäre, ob es funktionale Äquivalente zu Katastrophen gibt. Wann, wie und warum lernen Gesellschaften und politische Systeme?

Ein grundsätzliches Problem liegt darin, dass Parteien und Regierungen ohne Innovation, also auch ohne Strategiefähigkeit überleben können. Dies verändert sich allerdings langsam, da die bisherige nachfrageorientierte Politik nicht mehr nur zu positiven Ergebnissen führt. Wichtig für die Innovationsfähigkeit in der Politik ist daher ein Politiker als Unternehmer, der eine angebots- statt einer nachfrageorientierten Politik betreibt. Beispiele für unternehmerisch denkende Politiker sind Angela Merkel, Kurt Biedenkopf und Gerhard Schröder. Der Politiker als Unternehmer bietet eine bestimmte Politik an und kämpft für sie. Voraussetzung ist ein starkes Leitbild, hinter dem sich eine Regierung oder Partei neu positioniert. Innovationspolitik kann nur von der Zukunft und nicht von der Vergangenheit her begründet werden. Eine solche Strategie kann neue Energien freisetzen und auch die Gesellschaft zusammenführen.

### **Entscheidend sind politische Kultur und Denk-Orte**

Innovationspolitik braucht Orte, deren Aufgabe es ist, neue, abweichende und langfristige Gedanken zu formulieren, wie z.B. Think Tanks. Die Innovationsfähigkeit der Politik ist nicht beschränkt auf Politiker und Politikberatung, sondern ist eine kulturelle, öffentliche Angelegenheit. Entscheidend ist ein Klima in der Bevölkerung, das abweichende, innovative Ideen positiv bewertet. Innovationsfähigkeit, nachhaltige Politik und Strategiefähigkeit betreffen daher nicht nur Politiker und Berater, sondern

hängen mit der öffentlichen Kultur und der Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit zusammen. Negativ und innovationsfeindlich wirkt hier der „real existierende politisch-mediale Komplex“, also das eingespielte Verhältnis von Politikern und Medien, insbesondere der Massenmedien. Hier wird viel Geld ausgegeben, um die öffentliche Meinung zu messen, anstatt die öffentliche Urteilsfähigkeit zu stärken.

Thomas Steg

#### **Die Strukturen beeinträchtigen die Beratung**

Ein zentrales Problem ist die Zunahme eines populären Mainstream-Journalismus, der nicht nur den Boulevardbereich umfasst, sondern sich auch immer weiter in anspruchsvollen Formaten, letztlich in allen Medien ausbreitet. Im Gegensatz zu Bonner Zeiten verhalten sich die Journalisten in Berlin weniger als Politikberater. Nach meinem Eindruck gibt es auch in Deutschland Beratungsinstitutionen und -strukturen, die Politik beraten, darüber hinaus selbst politisch agieren und öffentlichen Einfluss erlangen können (Beispiel „Initiative Neue Marktwirtschaft“).

Die spezifischen Strukturen im politischen System (Föderalismus, Wahlrecht, schwierige Mehrheiten, Bundestag vs. Bundesrat, vermeintlich starke, aber im Vergleich zu Präsidialsystemen in Wirklichkeit eher schwache Position des Bundeskanzlers) setzen Bedingungen und Grenzen für Beratungsfähigkeit von Politik in Deutschland. Politik- und Strategieberatung muss diesen Umständen Rechnung tragen.

Karl-Rudolf Korte

#### **Sach- und Machtfragen lassen sich nicht trennen**

Eine große Rolle spielt der Zusammenhang von Macht- und Sachfragen. Während auf wissenschaftlicher Seite die Sachfragen (policy-Forschung) im Zentrum stehen, gibt es nur wenige Berater, die sich auf Machtfragen konzentrieren (Wahlkampfberater). Machtfragen spielen bislang im Bereich der Politikberatung keine große Rolle. Idealtypisch gehören Sach- und Machtfragen zusammen, ideal ist der Berater, der beide Aspekte verbinden kann.

Wichtig sind dabei die drei Ebenen der Sachrationalität, der Durchsetzungsrationalität und der Vermittlungsrationalität. Diese drei Ebenen sind

im Zeitverlauf verhakter und weniger kompatibel geworden. Politikberatung ist schwieriger geworden, da auch politische Führung komplexer geworden ist.

#### **Wie lässt sich die Angebotsseite im Medienkomplex verändern?**

Bestimmte Formate müssten neu entwickelt werden (Beispiel: „Hart aber fair“ im WDR oder DELTA bei 3SAT). Wie kann der Beitrag der Medien zur Politikvermittlung in Zeiten umfassender Reformkontexte aussehen? Politikvermittlung hat nicht nur mit der Seite der politischen Akteure zu tun, sondern immer auch mit den angebotenen Formaten der Medien.

Auch durch die Erosion der traditionellen Volksparteiendemokratie sinkt der Beratungsgehalt, der aus diesen Parteien früher gekommen wäre. Der Bedarf nach externer Beratung wird daher künftig steigen.

Matthias Machnig

#### **Re-Politisierung der Politik als Schlüsselaufgabe**

Die Frage nach der Inhaltsfähigkeit der Parteien hat sich in den letzten zwanzig Jahren massiv verändert. Die Bindewirkung an die Parteien und ihr eigenes Selbstverständnis hat sich fundamental geändert. Die Berater der Parteien sind schon so lange dabei, dass sie Teil der Akteurskonstruktion geworden sind. Beratung kann daher kaum noch extern sein. Berater werden zudem nach bestimmten Aspekten ausgesucht. Wichtig ist, dass sie in die Diskussionsprozesse der Partei hineinpassen und kalkulierbar sind. Dies hat restriktive Konsequenzen: bestimmte Aspekte werden nicht mehr in den Prozess eingebracht.

In der Politik kommen strukturelle Blockaden hinzu. Die Politik hat sich längst einer administrativen Logik unterworfen. Die Re-Politisierung der Politik wird daher zu einer Schlüsselaufgabe. Eine Lösung könnte sein, dass zentrale Steuerungsakteure (z.B. Kanzleramt) ein größeres Gewicht bekommen. Gedacht werden muss in Zukunft verstärkt in strategischen Zentren: Regierung, Partei und Fraktionsspitze.

#### **Berater müssen auch Ziele formulieren**

Berater haben auch die Aufgabe neue Ziele zu formulieren. Durch die Erosion der politischen Parteien und aufgrund eines antizipierten Gehor-

sam innerhalb der Parteien, ist niemand anders in der Lage, neue Ziele formulieren zu können. Innovatives Denken ist in den Parteiapparaten nicht gewünscht, da es karrieretechnisch dysfunktional ist und weil man sonst als unloyal oder Betreiber einer hidden agenda gilt.

Das Rollenverständnis der Journalisten hat sich geändert. Viele wollen selber politische Akteure sein. Folge ist ein Rollenkonflikt zwischen Journalisten und Politikern und entsprechende Konsequenzen für die Berichterstattung.

Rudi Hoogvliet

#### **Politiker sind oft strategieunfähig**

Nur wenige Spitzenpolitiker befassen sich damit, politische Ziele zu formulieren und Strategien vorzugeben. Gründe sind vor allem Sachzwänge und die tagespolitische Ausrichtung. Wegen dieser fehlenden Strategiebildung sollte der Berater als Korrektiv fungieren, um Strategie anzumahnen und Ziele zu formulieren.

Sicher ist es ein Problem, wenn der Politiker zum Träger der vom Berater formulierten Ziele wird. Aber es ist nur in der Theorie richtig, dass Politiker Ziele formulieren sollten; in der Realität trifft dies nur auf wenige Fälle zu. Der Wahlkampf 2002 hat die These bestätigt, dass oftmals die Berater hinter den Politikern die Politik formulieren. Dies ist zwar unter demokratischen Gesichtspunkten bedenklich, aber immer mehr der Fall.

Fritz Goergen

#### **Die Parteien brauchen externen Rat**

Den Parteien ist das Geschäft der Information und Kommunikation abhanden gekommen, sie haben es an die Massenmedien verloren. Parteifunktionäre wissen heute genauso viel wie die Journalisten. Den Parteien ist zudem das Programme-formulieren-Geschäft verloren gegangen. Ist es positiv, wenn dies Think Tanks übernehmen? In den späten 60ern und in den 70ern gab es in der FDP eine intensive externe Politikberatung, weitgehend ohne Medieninteresse. Ende der 70er ist diese starke inhaltliche Auseinandersetzung mit programmatischen Themen ausgestorben, nicht nur in der FDP. Die Parteien sind daher gut beraten, wenn sie sich

externen Rat holen. Vor allem Think Tanks bieten eine gewisse Kontinuität und Tiefe. Viele Programmentwürfe stammen inzwischen meist aus den Ministerien. Hier formulieren Experten Lösungsvorschläge, oft in Zusammenarbeit mit Verbänden, in den Parteien wird nur noch abgesegnet.

Frank Nullmeier

#### **Professionalisierung tut not – Wie verberuflicht ist die Politik?**

In der Theorie wird unter Politikberatung immer nur das Verhältnis von Politik und Wissenschaft untersucht. Politikberatung ist heute aber mehr als wissenschaftliche Beratung, es ist ein vollständig eigenes Feld geworden mit Kommunikationsberatung, Strategieberatung, Coaching und Beratung in sehr speziellen Policyfragen. Daher ist auch die berufliche Professionalisierung des Feldes Politikberatung zu betreiben: An den Unis sollte es ein eigenes Studium für „Politikmanagement“ geben.

Strategische Politikberatung soll gleichzeitig auf Sachfragen und die Verbesserung der Stimmenmaximierung zielen. Im Idealfall fördert sie Fach-Politiker, die durch ihre Auswirkungen in der Bevölkerung jene kulturellen und sozialen Einstellungen erzeugen, die eine Wiederwahl sichern. Eine solche Politikberatung ist gerade nicht auf den Unterhaltungsbereich fixiert (Politainment), wie 2002 angenommen wurde, sondern braucht neben der kurzfristigen Aufmerksamkeitserzeugung auch eine „ideologische“, langfristige Perspektive (siehe US-Wahlkampf 2004).

Peter Radunski

#### **Es fehlen Zeit, Geld und Berater**

Eine wichtige Frage der Politikberatung ist die nach der Zeit des Politikers. Wichtig für die strategische Beratung von Politikern ist, dass sie Ruhe und Zeit haben, beraten zu werden.

Ein entscheidendes Element von Strategieführung und politischen Diskussion waren die Parteien. Dies ist heute nicht mehr möglich. Die Parteien haben kaum noch Einflussmöglichkeiten, da die Entscheidungen von den Fraktionen getroffen werden. Das Beratungswesen in Deutschland muss dringend normiert werden und seinen Platz finden. Hierfür

gibt es vor allem zu wenig Geld (dies wird hauptsächlich für Werbeagenturen ausgegeben). Des Weiteren müssen Beratungstechniken verändert werden. In Zukunft werden Beratungsteams wichtig, da die drei Kompetenzen der Sach-, Vermittlungs- und Durchsetzungsrationalität nicht von einer Person übernommen werden können. Ein positives Beispiel stellt das Beratungsumfeld des amerikanischen Präsidenten dar.

Matthias Machnig

#### **Die politische Elite sieht zu wenig Bedarf nach Beratung**

Bedarf für Politikberatung gibt es aktuell nur in Krisenzeiten und dann als kurzfristige und taktische Beratung (Krisenmanagement). Ursache hierfür ist, dass die politische Elite ihren eigenen Beratungsbedarf für nicht sehr groß hält. Sie glaubt, ihre Entscheidungen alleine treffen zu können.

#### **Entscheidend ist ein anderes Zusammenspiel**

Zudem glauben Politiker nicht an die Steuerungsfähigkeit von Politik und versuchen möglichst viele Optionen im Sinne von „nicht entscheiden“ offen zu halten. Da jedoch der Problemdruck aus unterschiedlichen Bereichen immer höher wird, ist diese Wahl zunehmend versperrt. Politikangebote müssen zum einen implementierungs- und kommunikationsfähig sein. Fraglich ist, auf welcher Ebene dies geschehen soll, da die Regierungsebene zu sehr an die Tagesaktualität gebunden ist, die Parteien erodieren und als Vetospieler begriffen werden und nicht als Innovations-, Kommunikations- oder Implementierungselement angesehen werden. Wichtig wird ein anderes Zusammenspiel zwischen administrativen und den politischen Akteuren, das einem organisierten Dialog folgt. Dafür müssten jedoch viel mehr Akteure an politischen Prozessen beteiligt werden, was diese öffentlicher und torpedierbarer macht.

Ulrich von Alemann

#### **Misstrauen bekämpfen durch kleine Runden**

Politiker lehnen Beratung oft aus Borniertheit ab, weil sie meinen vieles besser zu wissen und zudem sehr misstrauisch sind. Politiker sollten aber der Beratung gegenüber aufgeschlossen sein. Kleine Runden von Beratern und Politikern sind viel effektiver als Beiräte, Expertenrunden und Enquete-Kommissionen.

### **05. Wie strategiefähig sind die Parteien?**

### **06. Wie kommt Strategie in die Politik, obwohl die Medien zur Taktik nötigen?**

Fritz Goergen

Eine Langzeitanalyse mit der Frage „Kann die Demokratie die Medien überleben“, die in den USA, dem UK und Deutschland erhoben wurde, kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Medien bestimmen, wer auftreten darf und wer nicht.  
Dabei gewinnt regelmäßig der jeweilige Regierungschef
2. Der Streit zwischen Personen wird ins Zentrum der Berichterstattung gestellt oder notfalls von den Medien selbst inszeniert.
3. Es wird nicht über Unterschiede in den politischen Inhalten berichtet, sondern nur über bekannte Personen.
4. ARD und ZDF berichten über das Regierungshandeln zu 90% und nur zu 10% über parlamentarische Arbeit, bei letzterer zu 90% über Regierungsredner.
5. Es wird zunehmend über die Bundesebene berichtet und immer weniger über die Länderebene. Dies passt zu den vorher schon angesprochenen Anzeichen für einen „Bonapartismus“ oder eine präsidentielle Demokratie in Deutschland.

#### **Das Versagen der Medien**

In der Unternehmensberichterstattung gibt es viele Ähnlichkeiten zur Politik. Da hauptsächlich negativ berichtet wird, gilt es als erfolgreich, nicht genannt zu werden, also PR als Vermeidungsstrategie von Öffentlichkeit zu benutzen. In den Parteien führt dies zu einem weit verbreiteten Verhaltensmuster. Mit parteiinternen Mitteln kann niemand mehr auf sich aufmerksam machen, sondern nur über die Medien.

Zu viel Aufmerksamkeit in den Medien wiederum kann parteiintern auch schädlich sein; eine gefährliche Gratwanderung. Profilierung durch Personenstreit ist Trumpf, da die Leute Sachkonflikte nach Meinung der Medien nicht interessiert und Unterschiede zwischen den Parteien gegen Null tendieren. „Schreihälse und Intriganten“ machen Karriere statt Sachpolitiker.

Eine gravierende Veränderung bewirkt die zunehmende Geschwindigkeit in der Medienberichterstattung, das Diktat des Tempos. Ist ein politisches Problem erkannt, wird seine sofortige Lösung verlangt. Daraus folgt, dass jede sachliche Erörterung nicht möglich ist und Placebolösungen dominieren. Zudem werden in den Medien die Lösungen honoriert, die bei den relevanten Lobbies auf kein negatives Echo stoßen. Daher steckt Politik mehrfach in der Sackgasse: Es muss den Interessengruppen entsprechen und auf die Medien acht gegeben werden. Die handelnden Politiker müssen in den Medienchor einstimmen, was jedoch der Lösung politischer Probleme entgegensteht.

#### **Die Politik braucht Gegenkräfte**

Qualität kann in die Politik nur kommen, wenn der Teufelskreis des permanenten Taktierens von strategischer Politik durchbrochen wird. Politik benötigt einen starken Gegenpart, der in selbstorganisierten Kräften der offenen Gesellschaft liegen könnte. Alte und neue Institutionen und Organisationen, die Aufgaben, von denen sich der Staat zurückgezogen hat, selber in die Hand nehmen und dadurch Glaubwürdigkeit erlangen. Ein Beispiel wären die Gewerkschaften, die soziale Grundsicherung z.B. durch Beschäftigungsgesellschaften selber organisieren.

#### **07. Kann strategische Politikberatung das Vertrauen der Bevölkerung in Reformen stärken?**

#### **08. Ist die Verständlichkeit von Politikberatung ein Erfolgskriterium für das Gewinnen von Resonanz – und Wahlen?**

Karl-Rudolf Korte

Politikberatung kann behilflich sein, das Vertrauen der Bevölkerung in Reformen zu stärken. Zwischen den Repräsentierten und den Repräsentanten existiert eine wechselseitige Beeinflussung, aber in einigen Phasen überwiegt die Führungskomponente. Die Frage ist, ob durch Führung ein Wandel der öffentlichen Meinung herbei geführt werden kann?

Alle zentralen politischen Weichenstellungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgten durch politische Führung, unabhängig von der öffentlichen Meinung, die erst Jahre später die getroffenen Entscheidungen

gen sanktionierte. Allerdings handelte es sich bei diesen Entscheidungen fast ausschließlich um außenpolitische Entscheidungen. Politische Führung bei Sozialreformen baut hingegen auf eine innenpolitische Führungsleistung.

### **Hürden der politischen Führung**

Hürden, die es schwieriger machen, durch Führungsleistung die Öffentlichkeit zu beeinflussen, sind vor allem:

1. 41% der wahlberechtigten Bevölkerung erhalten zu Hunderprozent ihr volles Einkommen aus Transferleistungen des Staates. Wenn insofern Sozialreformen einsetzen, schlägt sich das zwangsläufig negativ auf die angestrebte Stimmenmaximierung der Regierung nieder.
2. Von den Sozialtransfers sind ältere Menschen am meisten betroffen, die Gruppe, unter der es gleichzeitig die höchste Wahlbeteiligung gibt.
3. Politische Führung ist im Zeitverlauf schwieriger geworden, denn sie ist kommunikationsabhängiger, verflochtener, zeitaufwendiger und unkalkulierbarer geworden.
4. Zudem bestehen systemische Hürden (viele sogenannte Nebenregierungen) und eine Art „Gegenwartsschrumpfung“, d.h. dass durch die Wettbewerbssituation der Parteien entsteht eine Gegenwartsorientierung, die politisches Handeln lähmt. So müssen immer wichtigere und weitreichendere Entscheidungen immer schneller getroffen werden.
5. Eine weitere Hürde stellt die Gleichzeitigkeit von gegenläufigen Entwicklungen, also eine steigende Kontingenz dar. Führung findet sozusagen in einer Parallelgesellschaft statt (Mitmachgesellschaft vs. Politikverachtung).
6. Die letzte Hürde ist die Erosion der Volksparteiendemokratie. So ist die Partei als eine verlässliche Machtressource und damit ihre kalkulierbare Verlässlichkeit verloren gegangen. Dies geht weit über den reinen Mitgliederschwund hinaus.

### **Neue Chancen für politische Führung**

Dennoch gibt es Chancen, Führungsleistung zu erbringen und darüber öffentliche Meinung zu verändern. Führungsleistung muss auf drei Ebenen erbracht werden:

1. Führung durch Sprache: Sie ist die zentrale Möglichkeit für eine

Führungsleistung. Jede Reformstrategie muss eine Reformkommunikation entwickeln. Bisher dominiert eine Rhetorik der Misere.

Zugespißt heißt das: Sprachverlust bedeutet Machtverlust.

2. Führung durch Personen: Eine Führungsperson muss als Programmträger fungieren und nicht nur durch äußere Erscheinung überzeugen, sondern eine Lösungskompetenz ausstrahlen und verkörpern. Dies ist in der heutigen Zeit einfacher, da es eine Sehnsucht nach starker Führung gibt und sich das politische System in ein präsidentielles System verwandelt („Kanzlerpräsident“) hat. Die Bürger können eher über die Leistungen einzelner Akteure urteilen. Die gezielte Einsetzung von bestimmten Personen wirkt sich somit positiv auf die Führungsleistung und die Möglichkeit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, aus.
3. Führung durch Werte: In der Öffentlichkeit besteht ein Wunsch nach moralischer Orientierung in der Programmatik und nach Wertgebundenheit. Der Maßstab politischen Handelns muss daher von einem Werteprofil abgeleitet werden. Argumentieren in Sachzwängen genügt nicht mehr.

Alle drei Komponenten stellen Mobilisierungsinstrumente für Identitäten dar. Über Führungsleistung können Sicherheit, Vertrauen und Orientierung und damit Identitäten mobilisiert werden.

Warnfried Dettling

#### **Führung durch Ideen**

Eine vierte Führungsdimension wäre Führung durch politische Ideen, die vielleicht sogar die Voraussetzung für die anderen drei Ebenen (Sprache, Person und Werte) darstellt. Diese kommt in der heutigen Politik jedoch viel zu kurz. Wie lässt sich die „Veröffentlichung“ durch eine kritische und problembewusste Öffentlichkeit ergänzen?

Thomas Steg

#### **Purer Aktionismus schwächt das Vertrauen**

Politik repräsentiert immer bestimmte soziale und materielle Interessen. Da von den Reformen der Agenda 2010 fast alle Bürger betroffen sind (nicht nur die 41%, die Korte anführt), kann dies auch ein Zugang sein, den Einstieg in einen Reformprozess zu finden. Politik muss es sich leisten, sich für die von den Menschen erwarteten und bisweilen auch

befürchteten Entscheidungen Zeit zu lassen, komplexe und komplizierte Dinge geduldig zu klären und sich nicht dem Druck der Medien auszusetzen. In Wirklichkeit ist nämlich der pure Aktionismus, der durch die Medien gefördert wird, kontraproduktiv und schwächt auf Dauer das Vertrauen der Bürger in die Politik.

Rudi Hoogvliet

#### **Renaissance der Politik und der Werte**

Die Lage ist hoffnungsvoller, da wir kurz vor einem Wendepunkt stehen. Gerhard Schröder ist nicht, wie Warnfried Dettling gesagt hat, ein schon vollkommen angebotsorientierter Politiker, er achtet immer noch sehr auf die Nachfrage, aber er erkennt als erster, dass eine neue Form des Politikers gefragt ist, nämlich der angebotsorientierte Politiker. Hinzu kommt eine Renaissance der Werte. Ein Politiker kann nicht mehr nur als medienorientierter Politiker überleben, sondern muss für Werte und für Programme und Konzepte, die auf diese Werte aufbauen, stehen. Für diesen Typ Politiker gibt es große Chancen. Die nächsten Monate und Jahre bieten Chancen, aus dem erwähnten Teufelskreis auszubrechen und zu einer Verlangsamung des Spiels zwischen Medien und Politik zu kommen.

Matthias Machnig

#### **Inhalte und Kommunikation integrieren**

Der Politiker wird heute mit einer enormen Anzahl von Ideen, Vorschlägen und Anregungen konfrontiert. Diese werden von der Politik jedoch nicht mehr zu einem integralen, politischen Konzept verarbeitet. Die Frage ist, wem diese Aufgabe zukommt. Dies sollte eigentlich in einem intelligenten Zusammenspiel von Partei und Regierungsapparat geschehen, doch beide Seiten haben zwei unterschiedliche Perspektiven und es gibt zwischen beiden keinen systematischen, integralen Dialog. Beide fassen sich gegenseitig eher als Vetospieler auf.

Die drei Führungsdimensionen von Herrn Korte entsprechen der politischen Realität. Die Generierung von politischen Inhalten und deren Kommunikation gehen heute Hand in Hand. In den Parteien sieht dies jedoch völlig anders aus, da die Problemmunikation auch einen Teil des Machtspiels darstellt.

### **Zeit der grundlegenden Weichenstellung**

Dass Werte eine wichtige Führungsdimension darstellen, ist in Parteien gar nicht umstritten, es fehlt jedoch an der Übersetzung in entsprechende programmatische Inhalte. Die anstehende Periode ist eine Zeit der grundlegenden Weichenstellung. Das Problem ist, dass die Parteien diese gar nicht diskutieren. Die anstehende Frage ist: Wieweit werden bestehende Lebensbereiche ökonomisiert? Diese Frage könnte zu einer Richtungsdebatte genutzt werden. Diese Frage thematisieren die Parteien jedoch gar nicht, da hier taktische bzw. Machtfragen überwiegen. In dem Geflecht zwischen Partei, Regierung und Fraktion gibt es keine strategischen Elemente mehr, es überwiegt das day-by-day business.

Frank Nullmeier

### **Werte und Personen müssen passen**

Ein ideenpolitisches Grundproblem ist, dass für die heute entscheidenden Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik keine alternativen Ideen von der Wissenschaft aus über die Politikberatung hin zur Politik formuliert werden. Ein weiteres Problem liegt darin, dass die drei Führungsdimensionen Sprache, Werte und Person nicht immer zusammenpassen. Es müssten bei der Konzentration auf Werte auch die entsprechenden Personen gefunden werden, die diese verkörpern können.

Warnfried Dettling

### **Es fehlen konzeptionelle Orte**

Ein Problem für Politik und Beratung ist, dass diese Konzeptionen fehlen und ohne diese können Politik und Beratung ihre Arbeit nicht richtig machen. Es fehlen gesellschaftliche Orte, an denen diese konzeptionelle Arbeit stattfinden kann. Dieser Workshop, gefördert von einem Unternehmen, das sich zu „Corporate Citizenship“ bekennt, ist ein gutes Beispiel für einen solchen Ort. Denn offensichtlich ist es auch für moderne Unternehmen wichtig, dass die Politik besser wird als sie bisher ist. Solange sich dies aber generell nicht ändert, werden die Politiker ihre Führungsaufgaben nicht optimal erledigen können und die Berater immer „im Dunkeln tappen“.

Peter Radunski

#### **Der Wähler reagiert mit Abkehr**

Die nächsten großen Auseinandersetzungen in Deutschland müssten um Richtungsentscheidungen gehen. Das Problem ist aber, dass eine Richtungsentscheidung auch immer Ansprüche an die Wähler stellt. Hierzu muss von den Politikern aus konkreter gearbeitet werden, der einfache symbolic approach reicht hier nicht. Dem Wähler müssen konkrete Perspektiven aus den verschiedenen Richtungen geboten werden. Wo man das in den Parteien macht, ist die große Frage. Wenn die Apparate weiter gegeneinander arbeiten, wird es keine Lösung geben. Das derzeitige Spiel der Parteien findet bei den Wählern seine Entsprechung: in allen Wahlen sind die Nichtwähler die stärkste Fraktion.

Fritz Goergen

#### **Der Richtungsstreit bleibt aus**

Allen Parteien mangelt es am eigenen Standort und an langfristigen Strategien. So fehlt in Deutschland eine wirkliche konservative Partei; auch deshalb findet ein wirklicher Richtungsstreit nicht statt. Hier gibt es zudem das Problem, dass kein Geld in die Forschung nach Alternativideen, sowohl von links als auch von rechts, gesteckt wird. Die Zivilgesellschaft ist kein richtungspolitisches Gegenmodell; sie könnte aber ein entscheidender Meinungsspieler sein, der heute fehlt: die Gegenöffentlichkeit zu der von den Massenmedien „veröffentlichten Meinung“.

Karl-Rudolf Korte

#### **Einbettung von Entscheidungen in den Wertehorizont**

Um in heterogenen Gesellschaften Stimmen für unpopuläre Veränderungen zu gewinnen, müssen die Kräfte verstärkt werden. Was fehlt ist, dass die getroffenen Entscheidungen auch ausreichend begründet und vor allem in den bestehenden Wertehorizont eingebettet werden.

- 09. Gibt es in Deutschland Nachfrage nach Politikberatung?**  
**10. Wie ist es um das Angebot nach Politikberatung bestellt?**  
**11. Wer sollte Politikberatung außerhalb der Parteien finanzieren?**

Peter Radunski

Das Angebot an Politikberatung ist breit, jedoch ist die Nachfrage beschränkt. Entscheidend ist, dass sich das Zeitbudget des Politikers ändert und das zur Verfügung stehende Geld muss besser eingesetzt werden. Parteien geben zuviel Geld für Werbeagenturen aus und zu wenig für strategische Planung. Insgesamt muss sich die Organisation dahingehend ändern, dass ein Beraterteam vorhanden ist, in dem verschiedene Talente aufeinander eingestimmt sein sollten. Ein positives Beispiel ist hier George W. Bush, der schon in Texas ein Team von Beratern um sich gescharrt hat, in dem sich einzelne Leute perfekt ergänzen. Der Politiker muss jedoch aufpassen, dass er nicht von einer Beraterentourage umgeben ist, die ihn zu sehr abschottet, dass keine „Bunkermentalität“ entsteht. Berater sind teilweise noch beratungsresistenter als der Politiker.

**Entscheidend ist Disziplin, Zeit, Geld, Team und Kommunikation**

Ein Politiker muss ein Ziel und ein Programm haben, für das er gerade steht, auch wenn er Gefahr läuft, damit zu fallen. Politiker sollten eine persönliche Philosophie haben und genau wissen, warum sie Politik machen. Damit sollte dann auch die Themen- und Strategiesuche verbunden sein. Hinzu kommen muss das Auftreten und der Umgang mit Menschen. Entscheidend ist Disziplin. In Deutschland ist es schwer, bei einer Strategie zu bleiben, da viel von der Meinungsforschung beeinflusst wird. Die Faktoren Geld, Zeit, Team, Disziplin, Wissen und Kommunikation müssen also bei den Überlegungen zur Verbesserung der Politikberatung mitbeachtet werden.

Rudi Hoogvliet

Es gibt einen sehr großen Beratungsbedarf in der Politik, im Vergleich dazu aber eine extrem geringe Nachfrage und ein relativ dünnes Angebot an politischer Beratung. Zudem fehlt die fachspezifische Ausbildung, Berater kommen aus verschiedenen Bereichen, lernen aus Fehlern und haben sich dann irgendwann das richtige Handwerkszeug erarbeitet.

### **Strategische Beratung fehlt**

Bei den Grünen ist es jetzt an der Zeit eine strategische Beratung zu implementieren, und es wird daran gearbeitet. Ein Großteil der Beratung findet auf fachlicher Ebene statt. Es gibt Berater für Finanzen, Ökologie und alle fachlichen Bereiche, aber es fehlt eine Abteilung für strategische Beratung. Und für das Finden einer strategischen Ausrichtung, einer Zielsetzung, wo man hin will, muss die Bereitschaft und Akzeptanz zur Zentralisierung vorhanden sein. Als Abfederung und zur Legitimation ist eine intensive Kommunikation durch alle Ebenen der Partei erforderlich und ein anschließendes Controlling, ob die Strategie auch eingehalten wurde.

Thomas Steg

### **Sechs Forderungen für mehr Strategiefähigkeit und Beratung**

Als erstes sollte es ein viel stärkeres Plädoyer für die Professionalisierung der Politik geben. Bisher sorgt es schon für große Diskussionen und Überprüfungen durch den Rechnungshof, ob dem Bundeskanzler ein Redenschreiber zur Seite gestellt werden darf. Diese typisch deutschen Debatten sind geradezu absurd und höchst provinziell.

Zweitens braucht es mehr Professionalität in der Politik, was seit dem Wahlkampf 1998 mit der professionalisierten Kampagnenplanung auch schon geschehen ist. Es hat wenig Sinn, wenn in Wahlkämpfen 12 Monate intensiv und „state of the art“ gearbeitet wird, wenn es um Politikherstellung und -darstellung geht, und danach drei Zwischenjahre als Leerstelle folgen.

Drittens sollte nicht angenommen werden, ein Politiker wäre nicht auch von sich aus zu strategischer Planung fähig. Wer oben angekommen ist, verfügt über enorme persönliche und politische, und damit auch über intuitive und strategische Fähigkeiten.

Viertens gibt es zwar Beratung, doch die erfolgt unspezifisch und unsystematisch. Bisher sind die Strukturen nicht vernetzt und zielführend ausgerichtet, vielmehr findet eine Ad-hoc-Beratung statt, die nur punktueller Natur ist.

Fünftens wird auch eine Beratung für Politik und nicht nur für Politiker benötigt. Nicht nur personalisierte Beratung ist notwendig, auch Instanzen wie das Bundeskanzleramt, die Parteien und die Fraktionen brauchen Beratung. Dabei muss aber immer die Durchsetzungsperspektive der Strategien berücksichtigt werden, da diese für Politiker entscheidend ist. Beratung um der Beratung willen wird nicht gebraucht.

Sechstens muss man feststellen, dass es an Orten und Akteuren für einen ideologischen, politischen, gesellschaftlichen Diskurs mangelt. Grundsätzlich ist ein Bedarf an Politikberatung vorhanden. Dieser kann sich aber nicht auf das Dienstleistungsverhältnis zwischen Beratern und Politikern oder Beratern und Politik beschränken, sondern es geht auch um grundsätzliche konzeptionelle und gesellschaftspolitische Fragen. Beispiel: Biomedizin/Gentechnik. Dieses Thema betrifft alle und zugleich Grundfragen menschlicher Existenz. Da ist es nicht mit Beratung durch Experten getan, da braucht es eine wirklich offene und umfassende gesellschaftliche Debatte darüber, was zulässig sein soll bzw. was verboten sein soll, obwohl es technisch machbar wäre.

Matthias Machnig

Für strategische Beratung ist Mut notwendig, weil auch Unangenehmes angesprochen werden muss. So muss eine Kampagne vor allem Fehlerminimierung betreiben. Das Problem ist jedoch, dass zurzeit der Trend vorherrscht, dass Unangenehmes umgangen wird.

#### **Politikberatung muss Leadership-Rolle einnehmen**

Im Hinblick auf den Beratungsprozess bedarf es bestimmter Räume (im Sinne bestimmter Atmosphäre) und Exklusivität. Zudem muss Politikberatung eine Leadership-Funktion übernehmen und zwar auch in internen Prozessen. So muss eine bestimmte Führungsverantwortung derjenigen, die beraten, klar erkennbar sein. Beratung ist in der Regel zufällig angelegt. Notwendig sind Strukturen, die Konturen und Kontinuität gewährleisten. Dafür muss ein Lernprozess in Gang kommen. Im Hinblick auf die anstehenden Reformen bedarf es nicht nur eines programmatischen Portfolios, sondern auch eines personellen Settings, da Beratung auch

von den Personen und deren Akzeptanz abhängt. Hier wäre ein gemischtes Portfolio im Bereich der Personen höchst interessant. Ein Zukunftsprojekt für die Politikberatung wäre eine Cross-Boarder-Beratung, die dann eine cross-border-policy zur Folge hat: die jeweils besten Ansätze werden parteiübergreifend zusammengeführt.



berlinpolis

berlinpolis ist ein Think Tank der nächsten Generation. Ziel ist die Beschleunigung politischer Veränderungen. berlinpolis bringt die Ideen von Wissenschaftlern, Unternehmern und anderer Verantwortungsträger in die Politik. Unterstützt wird berlinpolis von einem Beirat, dem unter anderen folgende Personen angehören: Prof. Dr. Rita Süßmuth, Marianne Birthler, Prof. Dr. Peter Glotz, Bischof Josef Homeyer, Bischof Wolfgang Huber und Matthias Horx.

## Vodafone

Die Vodafone D2 GmbH betreibt in Deutschland eines der größten und leistungsstärksten Mobilfunknetze der Welt: Im deutschen Vodafone-Netz telefonieren rund 27 Millionen Kunden (Stand: 31. Dezember 2004; weltweit hat Vodafone derzeit 152 Millionen Kunden). Der Düsseldorfer Netzbetreiber erhielt im Dezember 1989 die erste private Lizenz für ein digitales Mobilfunknetz in Deutschland. Im Juni 1992 erfolgte der kommerzielle Start. Inzwischen betreibt das Unternehmen als Teil der Vodafone Group plc. eines der größten und leistungsstärksten UMTS- und GSM-Mobilfunknetze der Welt.

Als Unternehmen mit derzeit ca. 15.000 Mitarbeitern in Deutschland ist Vodafone sich seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst und will Verbindungen für eine bessere Zukunft schaffen. Das Hauptprodukt, hoch entwickelte Kommunikationstechnologien, ist eines der wichtigsten Medien unserer Gesellschaft geworden. Daraus erwächst dem Unternehmen eine Verantwortung. Vodafone will einen Beitrag für die Entwicklung der Gesellschaft leisten und hat alle gesellschaftlichen Aktivitäten zu einer umfassenden Corporate Social Responsibility Strategie zusammengeführt. Als Unternehmen verantwortungsvoll zu handeln heißt, darauf zu achten, wie sich die Geschäftstätigkeit auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft auswirkt. Vodafone Deutschland veröffentlicht jährlich einen CSR-Report, ebenso wie die Vodafone Group.

Wichtiger Teil des CSR-Engagements ist die Vodafone Stiftung Deutschland. Sie ist Ausdruck des gesellschaftlichen Engagements. Sie handelt verantwortungsbewusst zum Nutzen der Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt. Im Rahmen ihres Stiftungszwecks will sie Initiativen zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben ergreifen, Impulse für gesellschaftlichen Fortschritt geben und nachhaltige Entwicklungen stärken. Dabei will sie selbst fördernd tätig werden und auch erfolgversprechende Vorhaben Dritter unterstützen.

In der „Vodafone Stiftung für Forschung“ richtet Vodafone den Fokus auf die Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten im Mobilfunk. Die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Mobilfunkbereich ist für die Sicherung und den Ausbau von Arbeitsplätzen ebenso wichtig wie für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

## **KONTAKT**

### **berlinpolis e.V.**

Torstraße 98

10119 Berlin

[www.berlinpolis.de](http://www.berlinpolis.de)

[info@berlinpolis.de](mailto:info@berlinpolis.de)

### **Vodafone Konzernrepräsentanz**

Pariser Platz 6a

10117 Berlin

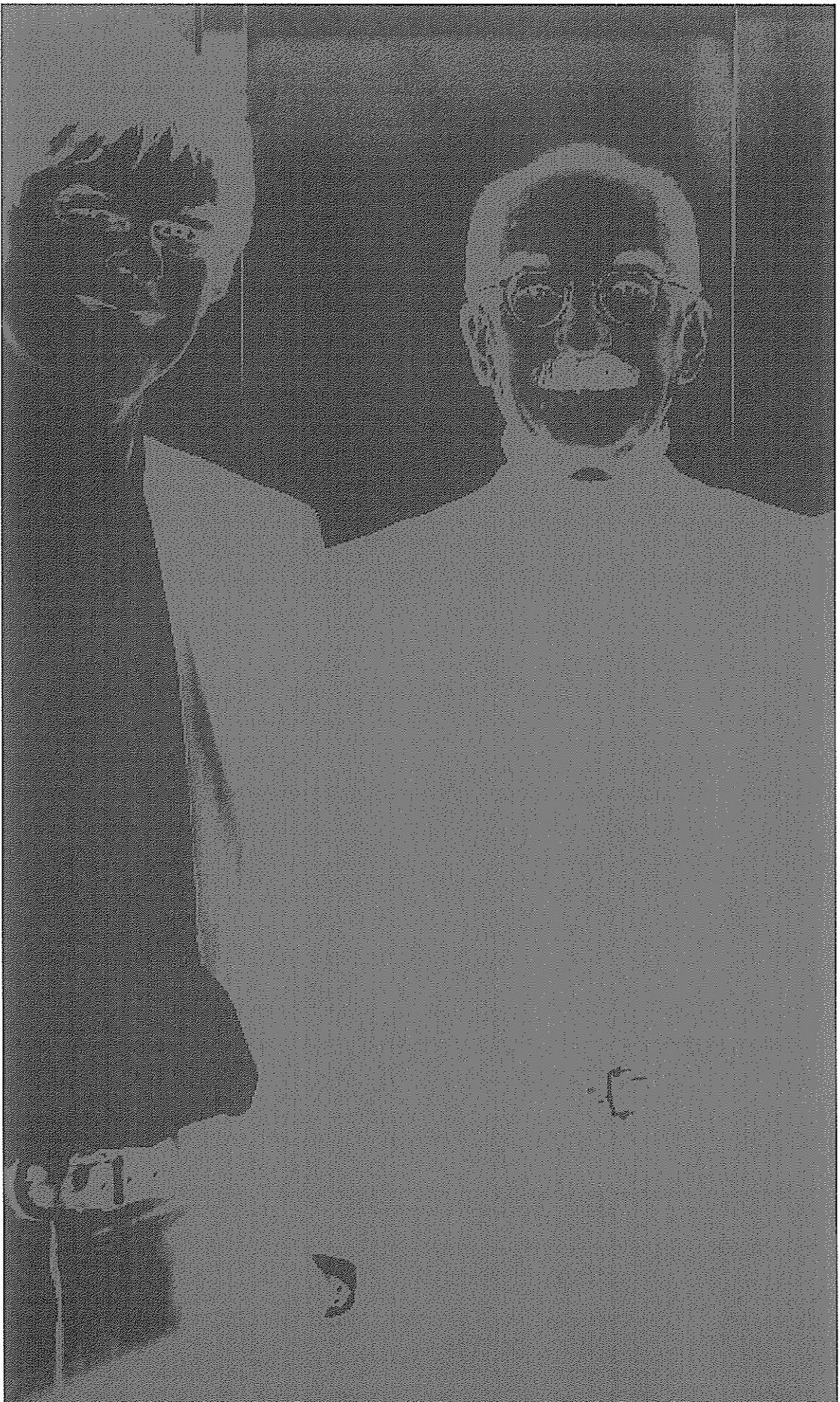
[www.vodafone.de](http://www.vodafone.de)

[politik@vodafone.de](mailto:politik@vodafone.de)

berlinpolis / Vodafone Konzernrepräsentanz  
Berlin, Februar 2005

ISBN 3-938483-03-2

Textredaktion:  
Hendrik Bürmann  
Daniel Dettling  
Sonja Pohlmann



**ti** berlinpolis  
POLITIK FÜR MORGEN



## **Bilanz der Bundesregierung Schröder im Bereich der Arbeitsmarktpolitik 1998 – 2002:**

### **Ansätze zu einer doppelten Wende**

Susanne Blancke/Josef Schmid

*Beitrag zu Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.) 2003: Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag*

#### **1. Einleitung: Politik und Arbeitsmarkt**

Das Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystem stellt ein zentrales Feld materieller Reproduktion und politischer Legitimation entwickelter Industriestaaten dar. Insofern ist es naheliegend, dass Regierungen versuchen, auf diesem Gebiet gute Ergebnisse vorzulegen. Dann verbinden sich funktionale Problemlösung und Wiederwahlchancen, was dem Credo liberaldemokratischer Systeme entspricht. Allerdings existieren dabei einige Hürden, die es zu überwinden gilt, wenn die Devise „Arbeit für alle“ realisiert werden soll. So lässt sich eine kapitalistische, international verflochtene Ökonomie nicht einfach steuern, staatliche Interventionen bedürfen politischer Mehrheiten und finanzieller bzw. organisatorischer Ressourcen. Dass gerade dieses ein Problem ist, zeigt der bundesrepublikanische Fall mit dem ausgeprägten Hang zur Einschränkung der Regierungsmacht und langwierigen Verhandlungen. Insofern stellt sich die Frage, welche Handlungs- und Reformspielräume denn für die rot-grüne Koalition bestanden haben, welche Restriktionen am Werk waren und – last but not least – welche „windows of opportunity“ (Kingdon 1984) sich geöffnet haben. Dabei konzentrieren wir uns vorrangig auf die aktive Arbeitsmarktpolitik; darunter fallen alle Maßnahmen der Vermittlung, Beratung, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung (ABM). Sie werden vor allem im SGB III (früher AFG) normiert und über die Bundesanstalt für Arbeit implementiert.<sup>1</sup>

Um die angesprochenen Fragen zu klären, wollen wir zuerst die Entwicklung des Politikfeldes darstellen und dann ausgewählte Aspekte einer Erklärung zuführen. Theoretische Grundlage bildet dabei die Vergleichende Politikfeldanalyse, insbesondere das Theorem der Parteidifferenz (zum Forschungsstand vgl. Armingeon 2002, Schmidt 1993, Schmid 1998 und 2002, Zohlnhöfer 2002). Demzufolge macht es einen Unterschied, ob bürgerliche oder sozialdemokratische Parteien an der Regierung sind. Dieser müsste im Feld der Arbeitsmarktpolitik besonders ausgeprägt sein, da einer These von Hibbs (1977, 1991) zufolge eine Wahloption

---

<sup>1</sup> Weitere Strategien, die hier nicht näher untersucht werden, sind die nachfrageorientierte, keynesianische Globalsteuerung, die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und die Umverteilung des Arbeitsvolumens bzw. Arbeitszeitpolitik (vgl. dazu Blancke/Schmid/Roth 2001).

zwischen der Verfolgung des Vollbeschäftigungszieles, das bei Sozialdemokraten und ihrem Arbeiterklientel Priorität genießt, und der Bekämpfung der Inflation, die im Zentrum der bürgerlichen Interessen liegt, besteht. Diese „politische Ökonomie der Philipps-Kurve“ basiert jedoch auf den Annahmen einer keynesianischen Wirtschaftssteuerung bzw. auf deren Kontrast zu monetaristischen und angebotsorientierten Politikstrategien.

Inzwischen ist diese Differenz in der politischen Wirklichkeit weitgehend überholt, da sich die sozialdemokratischen Parteien im Zuge des sogenannten „Dritten Weges“ der neuen politisch-ökonomischen Situation angepasst und weitreichende Veränderungen gegenüber ihrer traditionellen programmatischen Ausrichtung vollzogen haben.<sup>2</sup> Damit wirkt die Parteiendifferenz einerseits entlang des klassischen Schemas bürgerlich vs. sozialdemokratisch und andererseits entlang der Scheidelinie alte vs. neue Sozialdemokratie. Eben dieses Phänomen wird von uns als doppelte Wende bezeichnet und in unseren Überlegungen in den Mittelpunkt gerückt.

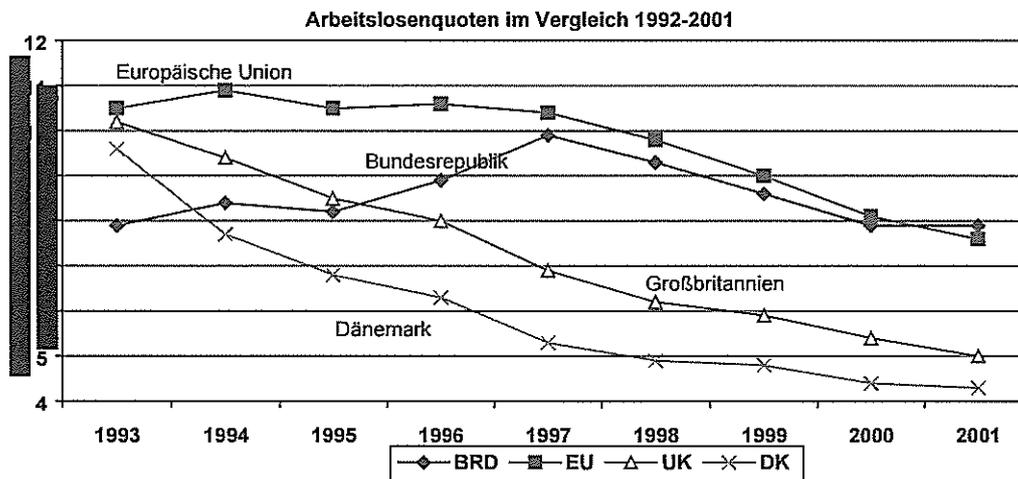
## **2. Stand der Arbeitslosigkeit bei Regierungsübernahme**

Als 1998 die rot-grüne Koalition die Regierungsgeschäfte übernahm, sah sie sich mit einer unverändert hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert, die schon auf ihre Vorgängerin starken politischen Druck ausgeübt hatte. Zwischen 1993 und 1998 stieg die Arbeitslosigkeit in Deutschland von 7,9 % auf 9,3 % (OECD standardised unemployment rates). Auch wenn sie unter der Regierung Kohl noch unterhalb des EU Durchschnitts lag, war die Entwicklung doch alarmierend: Im EU Durchschnitt stagnierte die Arbeitslosigkeit zwischen 1995 und 1997 und konnte z.T. sogar deutlich abgebaut werden, in Deutschland stieg sie dagegen weiter an (vgl. Schaubild)<sup>3</sup>. Wenngleich diese Entwicklung in hohem Maße den besonderen ökonomischen Bedingungen im Osten geschuldet war, konnte ebenfalls im Westen ein deutlicher Anstieg um rund vier Prozentpunkte verzeichnet werden. Selbstverständlich waren diese Entwicklungen alleine nicht wahlentscheidend, jedoch beeinflussten sie in ganz erheblichem Maße das Wählerverhalten: So gaben zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen 1998 im ZDF Politbarometer immerhin 80 Prozent der Befragten an, dass Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem der Bundesrepublik sei (<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/0,1872,1020771,00.html>).

---

<sup>2</sup> Ein wichtiges Element dieses Dritten Weges ist, neben dem Arbeitsrecht, der Lohn-, Abgaben- und Steuerpolitik etc., die aktive Arbeitsmarktpolitik, auf die in den folgenden Ausführungen vorrangig fokussiert werden soll.

<sup>3</sup> Zur beschäftigungspolitischen Bilanz der Ära Kohl vgl. G. Schmid 1998; zu rot-grünen Leistungsbilanzen vgl. Heise 2002; Zinn 2002; Schatz 2002; Bertelsmann-Stiftung 2002; Beiträge in Schabedoth 2002.



Quelle: OECD (Labour Force Statistics, No. 1/2002)

Einige beschäftigungspolitische Vorstöße der christlich-liberalen Koalition, wie etwa die Errichtung eines „Bündnis für Arbeit“ 1995/96 sowie eine Verordnung zur Erhöhung der Freibeträge für arbeitende Sozialhilfeempfänger (1997) zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnssektor scheiterten – ersteres an dem Rückzug der Arbeitnehmervertreter aus dem Bündnis im April 1996 (vgl. z.B. Schroeder/Esser 1999), letzteres am Widerstand des Bundesrates (vgl. Bundesrat 1998).

Was die aktive Arbeitsmarktpolitik anbelangt, wurden durch ihren massiven Einsatz vor allem im Osten – so auch im Wahljahr 1998 – zwischenzeitlich erhebliche Entlastungseffekte erzielt. Einige Neuerungen in Ostdeutschland, wie etwa die produktiven Lohnkostenzuschüsse Ost, die Förderung von Existenzgründungen für Arbeitslose sowie die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften gaben zunächst Innovationsimpulse für die Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsrechts (J. Schmid/Blancke 1997), die schließlich Eingang in das Arbeitsförderungsreformgesetz von 1997 fanden. Mit dem Reformgesetz und seiner Überführung in das SGB III 1998 wurde zudem auf eine verstärkte Aktivierung der Arbeitslosen gezielt (etwa durch Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien bei Arbeitsaufnahme, Pflicht zur aktiven Arbeitssuche etc.). Zuvor schon wurden Neuregelungen im Sozialhilferecht eingeführt, mit denen ebenfalls verstärkt Arbeitsanreize und Beschäftigungshilfen für Arbeitslose gegeben wurden. Insgesamt gesehen blieb eine wirklich umfassende Neuorientierung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus und trug die Reform des Arbeitsförderungsrechtes in der Ära Kohl Züge vorwiegend inkrementeller Anpassungsprozesse (vgl. ausführlicher Zohlhörer 2001; G. Schmid 1998).

### 3. Die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Regierung: wichtige Entwicklungen und Ereignisse

Vor dem Hintergrund der ungebrochen schlechten Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt machte die SPD die Arbeitsmarktpolitik zu einem zentralen Wahlkampfthema. Unter den „Neun guten Gründen, die SPD zu wählen“ befassete sich schon der erste Punkt mit dem Thema „Mehr Arbeitsplätze“.<sup>4</sup> Angekündigt wurde für den Fall des Wahlsiegs die Senkung der Arbeitslosigkeit von über 4,2 (1998) auf 3,5 Millionen. Dies sollte unter anderem durch eine konzentrierte Aktion, ein „Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ erzielt werden. Arbeitslosigkeit, so lautete der Slogan, lässt sich bekämpfen.

Nach den Wahlen brachte die neue Bundesregierung das Bündnis für Arbeit, wie zuvor angekündigt, zügig auf den Weg. Schon am 7. Dezember 1998 wurde ein „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ konstituiert und in der Folge eine Benchmarkinggruppe zur sachlichen und wissenschaftlichen Begleitung eingesetzt (vgl. auch Heinze i.d.B.). Auf breiten Konsens im Bündnis stieß das „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ der Bundesregierung vom 25.11.1998. Gleichzeitig setzte die Koalition, gemäß ihrer Wahlversprechen, einige Gesetze der Regierung Kohl wieder außer Kraft, so die gelockerten Kündigungsschutzbestimmungen und die Kürzungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Zu den Maßnahmen der ersten Stunde gehört ferner das „Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte“

- mit dem unter anderem die Scheinselbständigkeit eingedämmt werden sollte (Rentenversicherungspflicht für arbeitnehmerähnliche Selbständige)
- und die Sozialversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte eingeführt wurde (Neuregelungen für 630 Mark Jobs/325 Euro Jobs).

Das Gesetz wurde noch im November 1998 vom Bundeskabinett beschlossen und trat zum 01.01.1999 in Kraft (BMA Pressestelle 20.11.1998).

Nach diesen ersten Aktivitäten trat zunächst Ruhe in der Arbeitsmarktpolitik ein. Im Juni 1999 erregte alleine das Blair- Schröder-Papier (Blair/Schröder 1999) hohe Aufmerksamkeit. Diskutiert wurde eine fundamentale Neuorientierung, ein „Dritter Weg“ der wohlfahrtsstaatlichen und insbesondere arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der beiden sozialdemokratischen Regierungen. Mit der Formel „Welfare to Work“ wurde eine Strategie angekündigt, die weg von kompensatorischen Leistungen hin zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik weist, welche Pflicht-

---

<sup>4</sup> Die SPD hatte im Rahmen des Wahlkampfes Karten im Scheckkartenformat verteilt, auf denen „Neuen Gründe, die SPD zu wählen“ angegeben waren (eine Bilanz nach vier Jahren Regierungsarbeit der Koalition entlang dieser Karte in: <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,179261,00.htm>>)

ten und Rechte – Fördern und Fordern –, stärker als zuvor miteinander verknüpft und auf der einen Seite Druck auf Arbeitslose ausübt, eine Beschäftigung aufzunehmen, auf der anderen Seite hierfür entsprechende Hilfestellungen und Förderprogramme zur Verfügung stellt (vgl. Benchmarking-Gruppe 2000, Cox 1998; Picot/J. Schmid 2000). Zusätzliche Arbeitsplätze, so das Blair-Schröder-Papier, sollten durch einen Abbau von Beschäftigungshindernissen in Sektoren mit niedriger Produktivität geschaffen werden, also in den Niedriglohnsektoren. Auch Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sollten (gegebenenfalls unter Mithilfe von Subventionen) gefördert werden.

Das Papier wies auf eine Strategie hin, die im deutschen Kontext einiger Anpassungen und Neuerungen bedurft hätte. So wurde letztlich die Notwendigkeit zu einer Erhöhung des Anteils der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik impliziert, einer weiteren Verschärfung der Bezugsbedingungen von Arbeitslosengeld und -hilfe bei Ablehnung einer angebotenen Beschäftigung, stärkeren Qualifizierungsanstrengungen, einer gezielteren Betreuung der Arbeitslosen, etwa durch individuelle Förderkonzepte, einer wie auch immer gearteten Teilzeitoffensive und einer Möglichkeit zur Subventionierung von Niedriglohnjobs. Zu erwarten war dementsprechend eine Abkehr von traditionellen sozialdemokratischen (d.h. stärker nachfrageorientierten) hin zu stärker angebotsorientierten Strategien, wie sie schon von der Vorgängerregierung eingeleitet wurden.

Das Papier blieb jedoch zunächst folgenlos, bestehende Maßnahmen wurden ausgebaut oder weitergeführt, aber von einem Richtungswechsel im Sinne des Blair-Schröder-Papiers kann bis Mitte 2001 nicht die Rede sein.<sup>5</sup> Vielmehr ist ab Mitte 1999 bis Ende 2001 das Verklingen jeglichen Reformeifers zu konstatieren. Einzige Neuerung war die Erprobung von Modellprojekten für Geringqualifizierte (CAST), sowie im April 2001 die Einführung von Modellvorhaben zur verbesserten Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern (MOZART).

Erst ab Ende 2001 entfachte neuer Reformeifer:

- Am 19.09.2001 beschloss das Bundeskabinett den Entwurf des Job-Aktiv-Gesetzes, das eine umfassende Neuorientierung des SGB III/der Arbeitsförderung in Richtung Aktivierung/Fördern und Fordern vorsieht. Am 30. November passierte das Gesetz den Bundesrat und trat zum 01.01.2002 in Kraft.
- Am 6. Februar 2002 beschloss die Bundesregierung die flächendeckende Einführung eines Modells zum Kombilohn (Mainzer-Modell). Das Modell blieb jedoch hinter den Forderungen verschiedener Arbeitsmarktexperten, der Benchmarkinggruppe des

---

<sup>5</sup> Möglicherweise wird das Papier im Hinblick auf seine politische Steuerungsentention überschätzt; u.E. hat es vorwiegend die Funktion, das innerparteiliche Terrain zu sondieren.

Bündnis für Arbeit, der Grünen und des Kanzleramts zurück.

- Am 22. März 2002 beschloss der Bundesrat die Vergabe von Gutscheinen für die private Arbeitsvermittlung, womit die Vermittlungsdauer für Arbeitslose gesenkt werden soll.
- Am 22. März 2002 wurde im Bundesrat zudem die Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen. Hierzu war von der Bundesregierung eine Reformkommission eingesetzt worden. Die Kommission aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, Wissenschaftlern, Politikern und Unternehmensberatern unter der Leitung des VW-Managers Peter Hartz hatte den Auftrag zur Ausarbeitung einer Arbeitsmarktreform. Die Ergebnisse wurden am 16. August 2002 vorgestellt (<http://www.bma.bund.de/download/Hartz-Kommission/kurzfassung.pdf>). Am 21. August beschloss das Bundeskabinett die zügige Umsetzung der Vorschläge, am 4. September wurden schließlich erste Umsetzungen noch vor den Wahlen am 22. September verkündet.

Aus den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der rot-grünen Bundesregierung lassen sich drei Phasen identifizieren, die im Folgenden einer vertieften Analyse unterzogen werden sollen:

1. Einlösung der Wahlversprechen Ende 1998 bis Mitte 1999 und erste Aktivitäten mit dem Bündnis für Arbeit und dem Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.
2. Weitgehender Stillstand zwischen Ende 1999 und Ende 2001, alleine die Erprobung von Niedriglohnkonzepten (CAST) und 28 Modellvorhaben zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Sozialämtern (MOZART) werden beschlossen.
3. Verstärkte Anstrengungen zwischen Ende 2001 und September 2002 mit der flächendeckenden Einführung der Subvention von Niedriglohnjobs, dem Job-AQTIV Gesetz, der Reform der Bundesanstalt für Arbeit und dem Einsatz der Hartz Kommission sowie der ersten Umsetzung ihrer Vorschläge.

Betrafen die bisherigen Ausführungen die qualitative Seite der Arbeitsmarktpolitik, so ist auch ein Blick auf die quantitative Seite zu werfen und zu untersuchen, ob über die Ausweitung der finanziellen Ressourcen für aktive Arbeitsmarktpolitik eine sozialdemokratische Strategie und eine Aktivierungsstrategie im Sinne des Blair-Schröder-Papiers stattgefunden hat. Diese Frage muss weitgehend verneint werden. Zwar kann seit 1999 eine Erhöhung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik konstatiert werden: Nach Regierungsübernahme im Herbst 1998 stieg der

Anteil der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik am Gesamtbudget der Bundesanstalt für Arbeit von 35,9% (1998) auf 41,1% (1999) und wurde seitdem auf diesem Niveau weitergeführt (wobei auch das Gesamtbudget leicht gestiegen ist). Gleichwohl hatten auch Erhöhungen des Budgets schon in früheren Jahren unter der Regierung Kohl stattgefunden und war die Höhe des Anteils nun keineswegs als außergewöhnlich zu bezeichnen.

#### **4. Politikwissenschaftliche Erklärungen der doppelten Wende**

##### **4.1 Einlösung von Wahlversprechen und Anpassung nach sozialdemokratischer Programmatik**

Legt man die Parteiendifferenzhypothese einer Untersuchung der Arbeitsmarktpolitik unter der Regierung Schröder zugrunde, so bestätigen sich für die erste Phase durchaus Annahmen einer sozialdemokratischen Wende: Die ersten Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung gingen hochgradig konform mit klientelbezogenen Vorstellungen und setzten einen deutlich sozialdemokratischen Akzent. So erfüllte die Koalition mit der Zurücknahme der Gesetze ihrer Vorgängerregierung Wünsche ihrer Wählerklientel und Forderungen der Gewerkschaften im Bereich Arbeitsregulierung: Die christlich-liberale Koalition hatte 1996 mit dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (CDU/CSU 1996) ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das als Basis weitreichender Deregulierungen galt und bei den Gewerkschaften auf äußerst heftige Kritik stieß. Das Programm der Koalition sah unter anderem Leistungsbeschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Absenkung der Lohnfortzahlung von 100 % auf 80 % der zuvor gezahlten Monatsbezüge; Anrechnung von Urlaubstagen bei Kuren) und die Lockerung der Kündigungsschutzbestimmungen (Geltung des Kündigungsschutzgesetzes erst bei Betrieben ab zehn Mitarbeitern anstatt wie bislang bei fünf Mitarbeitern) vor. Insbesondere diese beiden Maßnahmen, aber auch die anderen Vorhaben der Regierung wurden seitens der Gewerkschaften als dezidiert wirtschaftsfreundlich und gewerkschaftsfeindlich interpretiert und als „völlig unakzeptabel“ bezeichnet (DGB et al. 1996). Der Vorstoß der christlich-liberalen Bundesregierung bewegte schließlich die Arbeitnehmervertreter, sich im April 1996 aus dem Bündnis für Arbeit zurückzuziehen und einen stärkeren Konfrontationskurs zu fahren (vgl. z.B. Schroeder/Esser 1999; Schmittthener 1998; Urban 1998; Schulten 1997).

Noch im Wahlkampf 1998 wurde deutlich, dass eine SPD geführte Bundesregierung diese Gesetze rückgängig machen würde. Mit dem Einlösen der Wahlversprechen direkt nach dem Wahlsieg präsentierte sich die Bundesregierung als tatkräftig und arbeitnehmerfreundlich. Gleichzeitig hoffte die Regierung, damit die Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit auf Kooperationskurs zu bringen – eine Fehlannahme, wie sich später zeigte.

Auch das Gesetz gegen Scheinselbständigkeit und das 630 Mark Gesetz tragen grundsätzlich sozialdemokratische und gewerkschaftsnahe Züge. Ersteres legt fest, dass Erwerbstätigen, die ihrem Erscheinungsbild nach Arbeitnehmer sind, jedoch als Selbständige arbeiten, der Status eines sozial abgesicherten Unternehmers zukommen soll. Letzteres sieht die Sozialversicherungspflicht geringfügig Beschäftigter vor. Schließlich ist auch der Rechtsanspruch auf Teilzeit, vom Kabinett am 27. September 1998 beschlossen, dieser Kategorie der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich „verträglichen“ Gesetze zuzuordnen. Alle drei Gesetze wurden ausdrücklich seitens der Gewerkschaften begrüßt.

Was das Bündnis selbst anbelangt, so scheint seine sozialdemokratische Ausrichtung zunächst eher vage. Zwar haben sich in der Geschichte (auch in Europa) eher sozialdemokratische Regierungen geneigt gezeigt, solche Bündnisse zu bilden. Gleichzeitig zeigt aber der europäische und auch der innerdeutsche Vergleich, dass korporatistische Arrangements keine Domäne der Sozialdemokraten darstellen – in Deutschland existierte zur Zeit der Regierungsbildung z.B. schon ein gut funktionierendes Bündnis im CSU regierten Bayern.<sup>6</sup> Und auch die Themenbesetzung im Bündnis zeigte sich weit davon entfernt, die in den 70er Jahren typischen und stark sozialdemokratisch orientierten Bereiche solcher Arrangements (keynesianische Nachfragesteuerung) zu besetzen. Vielmehr kann hier von einem „Wettbewerbskorporatismus“ (competitive corporatism) gesprochen werden, in dessen Vordergrund nun angebotsorientierte Policies stehen (Rhodes 1998: 182 ff.; Traxler 2000: 415; Hassel 1999; Klein 2000; vgl. auch Lehnbruch 2000). Gleichwohl wurde gerade vor dem Hintergrund des gescheiterten Bündnisses unter Kohl und der Rücknahme der Gesetze zur Lohnfortzahlung und zum Kündigungsschutz ein deutlich sozialdemokratischer Akzent gesetzt: Nach der Vorstellung ihres Wachstumsprogramms war die Vorgängerregierung 1996 am Rückzug der Gewerkschaften gescheitert – mit der Rücknahme der Gesetze, die diesem Programm gefolgt waren, fiel es der SPD leichter als seinerzeit der CDU, die Gewerkschaften ins Boot zu ziehen und Vertrauen zu gewinnen, zumal die eigentliche Initiative zur Bildung eines Bündnisses 1995 vom IG Metall Vorsitzenden Zwickel ausging.

Eine „klassisch“ sozialdemokratische Beschäftigungsstrategie, d.h. eine keynesianische Nachfragesteuerung, wie sie Oskar Lafontaine, bis zum 11. März 1999 Finanzminister der Koalition, forderte, war allerdings schon aus institutionellen Gründen nicht (und schon gar nicht im deutschen Alleingang) durchführbar, denn die Unabhängigkeit der EZB und die Maastricht-

---

<sup>6</sup> Vgl. zu diesem Aspekt und den Folgen für die Leistungsfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik Blancke 2002 und Tiemann/Kaulisch 1999.

Kriterien stellten nur schwer zu überwindende Schranken dar<sup>7</sup>. Gleichzeitig fand sie unter den Reformern in der SPD um Kanzler Schröder auch keinerlei Rückhalt; hier dominierte eine wirtschaftspolitische Überzeugung, die stärker auf angebotsorientierte Strategien, Entlastung der Wirtschaft und Haushaltskonsolidierung setzte. Damit befand sich Lafontaine von zwei Seiten bedrängt: Zum einen musste er gegen die Widerstände der Europäischen Zentralbank angehen und versuchen, die bisher verweigerten Zinssenkungen durchzusetzen. Hierzu bemühte sich Lafontaine um Kooperation mit den anderen (ebenfalls mehrheitlich sozialdemokratisch geführten) Mitgliedsländern der EU; sein Ziel war eine europaweit abgestimmte Lohnpolitik, welche Preisstabilität fördern und der EZB die notwendige Sicherheit für Zinssenkungen geben sollte. Darüber hinaus strebte er an, die europäischen Nachbarn zu kreditfinanzierten Ausgabeprogrammen zu bewegen (Der Spiegel, 7/99, 10/99). Zum anderen musste er gegen die Reformer der SPD, repräsentiert durch den Kanzler und Kanzleramtsminister Bodo Hombach, angehen. Durchsetzen konnte sich Lafontaine alleine bei einer zunächst expansiven Fiskalpolitik (vgl. Zohlhörer i.d.B.). Doch die parteiinternen Machtkämpfe zwischen dem Reformflügel auf der einen und dem „linken“ Flügel auf der anderen Seite wurden schließlich zugunsten des Kanzlers entschieden. Eine Demontage des Kanzlers durch seine eigene Partei hätte eine zu starke Destabilisierung der Regierung mit sich gebracht, eine Gefahr, die sich disziplinierend auf die parteiinternen Flügelkämpfe auswirkte. Nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers, seiner Niederlegung des Bundestagsmandates und dem Antritt Hans Eichels als Finanzminister wurde ein harter fiskalpolitischer Konsolidierungskurs eingeleitet und verhallte der Ruf nach keynesianischen Rezepten schnell. Heute finden Forderungen nach einer makroökonomischen Globalsteuerung vorrangig in Gewerkschaftskreisen, kaum jedoch in der SPD ihr Echo (vgl. Welzmüller 2002).

#### **4.2 Stagnation im Verhandlungslabyrinth**

Mit dem Rücktritt Lafontaines wurde der linke Flügel der SPD deutlich geschwächt und schien der Weg für eine stärkere Reformorientierung, für einen „zweiten Wandel der Politik“ frei. Dies erwies sich jedoch weitgehend als Fehlannahme. Zwar hatte der Kanzler mit dem Schröder-Blair Papier eine Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik angekündigt und seinen Reformwillen in Richtung „Dritter Weg“/„Angebotsorientierte Politik von links“ bekräftigt, in der Praxis hingegen tat sich äußerst wenig.

Der Konflikt um den Reformkurs in der Arbeitsmarktpolitik entbrannte insbesondere in

---

<sup>7</sup> Zur Diskussion der damit implizierten Parteidifferenzhypothese und makropolitischen Steuerung vgl. Hibbs 1977 und insbesondere Boix 2000.

der Debatte um die Einführung subventionierter Niedriglohn-Jobs, die gleichzeitig Teil der Gespräche im Bündnis für Arbeit waren (vgl. Blancke 2002: 137 ff.). Nach dem Wahlsieg der SPD wurde, wie zuvor angekündigt, der Themenkomplex Bestandteil der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Bundesregierung 1998). Im Rahmen des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, so sah der Koalitionsvertrag vom 20. Oktober 1998 vor, sollten unter anderem Vereinbarungen zum Thema „Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte“ getroffen werden. Am 10. Mai 1999 legte die Arbeitsgruppe Benchmarking des Bündnisses<sup>8</sup> denn auch erste Eckpunkte für eine Strategie zur Arbeitsmarktintegration Geringqualifizierter und zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor. Gleichzeitig wurde das Papier von zwei Wissenschaftlern der Benchmarkinggruppe im „Spiegel“ vorgestellt (Streeck/Heinze 2000; vgl. auch: Der Spiegel, Nr. 19/1999: 30-37). Der Tenor des Papiers war deutlich: Um der Beschäftigungskrise in Deutschland wirksam zu begegnen, sei insbesondere die Ausweitung der niedrigentlohnnten Dienstleistungen notwendig; um die Beschäftigung in diesem Sektor zu stimulieren, seien Subventionen der Beschäftigten in diesem Bereich denkbar.

Der Artikel im „Spiegel“ und das Eckpunktepapier der Gruppe stießen bei Mitgliedern des Bündnis, bei den Gewerkschaften, aber auch bei den gewerkschaftsnahen Teilen der SPD auf heftige Ablehnung (IG Metall 1999; vgl. auch Der Spiegel, Nr. 20, 17.05.1999: 60 ff.). Schon in früheren Stellungnahmen hatten sich die Gewerkschaften gegenüber der Errichtung eines Niedriglohnsektors grundsätzlich skeptisch und ablehnend gezeigt, da Lohndumping und Lohnspreizung befürchtet wurden. Zudem wurde die Auffassung vertreten, dass nicht eine Sozialhilfefalle die Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern verhindert, sondern ein Mangel an Arbeitsplätzen sowie individuelle Vermittlungshemmnisse. Zur Behebung dieser Probleme sollten die Arbeitsnachfrage verstärkt und Qualifizierung und Betreuung der Arbeitslosen gefördert werden (vgl. auch DGB 2001). Die Gewerkschaften waren allenfalls bereit, Entlastungen für Arbeitgeber zur Stimulation der Arbeitsnachfrage und einer deutlichen Beschränkung der Maßnahmen auf Langzeitarbeitslose und besondere Zielgruppen zuzustimmen. Der Vorstoß der Benchmarkinggruppe verstimmte die Gewerkschaften in hohem Maße und veranlassten sie zu schärfster Kritik. Dagegen präferierten die Arbeitgebervertreter im Bündnis generell Zahlungen bzw. Entlastungen für die Arbeitnehmerseite, was zur Überwindung der „Sozialhilfefalle“ beitragen sollte. Die SPD Bundestagfraktion dagegen plädierte für Mischmodelle, bei denen Zahlungen bzw. Entlastungen sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer erfol-

---

<sup>8</sup> Unterhalb des Spitzengesprächs des Bündnisses wurde die Steuerungsgruppe eingesetzt, die die einzelnen Arbeits- und Expertengruppen koordiniert und die Beratungen der Spitzengespräche vorbereitet. Ihr arbeitet die Benchmarkinggruppe zu, der fünf Wissenschaftler angehören. Ihre Aufgabe ist es, u.a. auf der Basis internationaler Vergleichende Reformmöglichkeiten für die nationale Politik zu erarbeiten.

gen sollten. Die Grünen rückten zwar von ihren Vorstellungen eines allen Bürgern zustehenden Bürgergeldes ab, setzten sich aber für die flächendeckende Einführung subventionierter Niedriglöhne ein.

Nach äußerst konfliktreichen Verhandlungen konnten die Bündnispartner erst im November 1999 ein Ergebnis erzielen. Der Entscheidungsprozess im Bündnis endete jedoch mit einer Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, nämlich der Erprobung zweier deutlich abgespeckter Modelle in vier Bundesländern. Die Modellvorhaben sollten von September 2000 bis Ende 2002 unter dem Projektnamen CAST (Chancen und Anreize zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten) durchgeführt werden. Das Ansinnen des Kanzleramtes, der Benchmarking-Gruppe und des Reformflügels der SPD, schnell zu einer möglichst weitreichenden Lösung zu kommen, war am Widerstand insbesondere der Gewerkschaften im Bündnis gescheitert. Ein Alleingang der Bundesregierung jedoch hätte das Ende des Bündnisses, des Aushängeschildes der Bundesregierung, welches zudem dringend materieller Ergebnisse bedurfte, bedeutet. Auch war nicht sicher, ob eine Bundestagsmehrheit hätte erreicht werden können, da auch Teile der SPD den weitreichenden Niedriglohnkonzepten äußerst skeptisch gegenüberstanden, wie z.B. Ottmar Schreiner, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (<http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-interview/1546.print>).

Abgesehen von „Modellprojekten zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe“ (MOZART), und dem Teilzeit- und Befristungsgesetz, welches alleine die Umsetzung einer EU Richtlinie darstellte, wurden weitere Reformanstrengungen seitens der Bundesregierung zwischen 1999 und Anfang 2001 gar nicht erst in Angriff genommen. Zum einen schien die Niedriglohndebatte kräftezehrend und strapazierte das Bündnis für Arbeit sowie das Verhältnis der Bundesregierung zu den Gewerkschaften und dem linken Flügel der SPD in hohem Maße. Eine Verschärfung der Bezugsberechtigung von Arbeitslosengeld und -hilfe sowie andere aktivierende Maßnahmen, die im Blair-Schröder-Papier angedeutet wurden, hätten zu einer weiteren Konfrontation – mit ungewissem Ausgang – geführt, möglicherweise eine endgültige Einigung im Bereich Niedriglohn gar gefährdet. Zum anderen schien ein solcher Kurs zwischenzeitlich auch nicht mehr vordringlich: Seit Mitte 1999 ging die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich zurück, im November 1999 meldet die Pressestelle des BMA für Oktober des Jahres den niedrigsten Stand an Arbeitslosen (3,88 Mio.) seit Herbst 1996, ein Jahr später für Oktober 2000 nur 3,61 Mio., den niedrigsten Stand in einem Oktober seit 1995. Das Ziel der Senkung der Arbeitslosigkeit auf 3,5 Mio. schien in greifbarer Nähe, „unnötige“ Konflikte und unpopuläre Maßnahmen konnten angesichts des sinkenden Problemdrucks vorerst vermieden und weitere Reformvorhaben mit „ruhiger Hand“ vorbereitet werden. Dies kam nicht zuletzt Arbeitsminister Riester entgegen, der seine Prioritäten bei der mit seinem Namen verknüpften Rentenreform

Namen verknüpften Rentenreform und der Novelle der Mitbestimmung setzte.

#### **4.3 Kurswechsel und reformpolitischer Endspurt im Vorfeld der Wahl**

Doch schon im Frühjahr 2001 gab es erste Anzeichen dafür, dass die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt hinter den Erwartungen zurückblieben; in den folgenden Monaten verschärfte sich diese Situation weiter, die Zahl der Arbeitslosen stieg an und stellte die „Politik der ruhigen Hand“ des Kanzlers in Frage. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der im September 2002 anstehenden Bundestagswahlen und des langsam beginnenden Wahlkampfes sah sich die Bundesregierung nun unter Reformdruck, würde sie sich doch für eine Verfehlung ihres arbeitsmarktpolitischen Ziels rechtfertigen müssen.

In der Folge zeigten sich nun verstärkte Bemühungen um die Reform des SGB III. Am 19. September verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, das sogenannte Job-Aktiv-Gesetz, das am 9. November vom Bundestag und am 30. November vom Bundesrat verabschiedet wurde. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören unter anderem:

- Zu Beginn der Vermittlungstätigkeiten haben die Arbeitsämter zusammen mit dem Arbeitsuchenden dessen Bewerberprofil zu ermitteln (profiling) und in einer Eingliederungsvereinbarung festzuhalten.
- Arbeitslose, deren Eingliederung voraussichtlich erschwert ist oder die nicht binnen sechs Monaten vermittelt werden, sind z.B. durch eine Beauftragung Dritter und andere Anstrengungen (Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente etc.) verstärkt zu unterstützen.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können ohne Wartezeit eingesetzt werden, außerdem müssen Qualifizierungsanteile gewährt werden.
- Kurzzeitige Qualifizierungsmaßnahmen von bis zu 12 Wochen (Trainingsmaßnahmen) und Mobilitätshilfen sollen Langzeitarbeitslosigkeit vorbeugen und den Vermittlungsprozess unterstützen. Arbeitgebern, die ungelernete oder gering qualifizierte Arbeitnehmer für eine Qualifizierung freistellen, kann der Lohn teilweise oder ganz erstattet werden.
- Einige Maßnahmen (wie der Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung und berufsvorbereitende Maßnahmen) wurden aus dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit übernommen und sollen ab 2004 als Regelinstrumente der Arbeitsförderung gelten.
- Betriebe, die einem beschäftigten Arbeitnehmer die Teilnahme an einer beruflichen

Weiterbildung ermöglichen und für diese Zeit einen Arbeitslosen als Vertreter einstellen, können einen Zuschuss in Höhe von 50 bis 100 Prozent des Arbeitsentgelts erhalten (Job-Rotation).

- Die Arbeitnehmerüberlassung wird erleichtert und die Überlassungsdauer eines Leiharbeitnehmers an einen Entleiher von bisher 12 aufeinander folgende Monate auf 24 Monate verlängert.
- Auf die jährliche Absenkung der Arbeitslosenhilfe (wegen Qualifikationsverlust) kann, wenn kein Qualifikationsverlust eingetreten ist (Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme), verzichtet werden.
- Wer Angebote zur Qualifikation oder ein Arbeitsangebot ohne wichtigen Grund ausschlägt, kann zeitweise Leistungen gestrichen bekommen.

Das Gesetz trägt eindeutige Züge eines arbeitsmarktpolitischen Wandels weg von den bislang üblichen nachfrageorientierten Strategien (Lohnkostenzuschüsse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen) hin zu einer stärker angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik. Dies sollte jedoch nicht, wie unter der christlich-liberalen Koalition, durch Verschärfung der Anspruchsbedingungen für passive (lohnkompensatorische) Maßnahmen angestrebt werden, sondern durch Veränderungen der materiellen Inhalte der aktiven Maßnahmen: durch das individuelle profiling der Arbeitslosen, die Verkürzung der Wartezeiten auf eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme, die Verlängerung der möglichen Leiharbeitszeiten, Job-Rotation und verstärkte Qualifizierungsanstrengungen. Damit handelte es sich um eine Strategie, die bis auf wenig Ausnahmen auf allen politischen Ebenen konsensfähig war und auch von den Gewerkschaften und dem linken Flügel der SPD begrüßt wurde. Schließlich wurde auf weitreichende Kürzungen bei Leistungen verzichtet und fanden sich auch sonst kaum kontroverse Maßnahmen im Gesetz. Alleine die Verlängerung der Ausleihzeiten bei der Arbeitnehmerüberlassung stieß bei den Gewerkschaften auf entschiedene Kritik (DGB 2001).

Die zweite Reformmaßnahme betrifft die Niedriglohnmodelle: Ursprünglich war geplant, die Modelle bis Ende 2002 zu erproben. Nach einer ersten Evaluation der Ergebnisse Ende 2001 kristallisierte sich das Mainzer Modell, das Subventionen der Sozialversicherungsbeiträge auf Seiten der Arbeitnehmer vorsieht, als das erfolgversprechendere heraus. Vor dem Hintergrund der problematischen Arbeitsmarktsituation und des Bundestagswahlkampfes 2002 beschloss das Bundeskabinett schon am 6. Februar 2002 die flächendeckende Einführung des Mainzer Modells. Zwar wurde damit das Ziel der Förderung Geringqualifizierter, wie seitens der Bundesregierung schon 1998 angekündigt, erreicht. Aufgrund der Vorgeschichte im Bündnis blieb das Konzept jedoch äußerst weit hinter den ursprünglichen Überlegungen zurück. Er-

neute Maximalforderungen seitens Bündnis 90/Die Grünen, welche sämtliche Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich entsprechend subventionieren wollten, wurden entschieden zurückgewiesen (vgl. auch Handelsblatt, 13.01.2002), der Streit im Wahljahr herunter gespielt und nach außen Gleichklang zwischen SPD und Grünen gezeigt (vgl. auch Tagesspiegel, 13.01.2002).

Insgesamt wurde mit den beiden Reformmaßnahmen ein zweiter Wandel eingeleitet, der nicht mehr die „linke“ sozialdemokratische Handschrift der ersten Stunden trug, sondern die eines „dritten Weges“ hin zu einer aktivierenden Strategie des „Förderns und Forderns“, wie im Blair-Schröder-Papier angekündigt. Möglich wurde diese Strategie durch einen erheblichen Problemdruck, der die Wiederwahlchancen der SPD stark gefährdete. Mit dem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit entstand derart breiter Unmut über die arbeitsmarktpolitische Performance der Bundesregierung, dass Reformen unumgänglich waren. Gleichzeitig wurden diese so kurz vor den Bundestagswahlen durchgeführt, dass innerparteiliche Konflikte sowie Dissens mit den Gewerkschaften den Wahlgewinn der SPD gefährden würden. Dies disziplinierte zwar innerparteiliche und gewerkschaftliche Widerstände, gleichzeitig war die Regierung jedoch gezwungen, diesen Akteuren gegenüber Konzessionen zu machen – womit das Ausmaß der Reformen hinter den angestrebten Zielen zurückblieb und auf Kürzungen bei passiven Leistungen zur Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme weitgehend verzichtet wurde.

Anfang 2002 öffnete sich für die Regierung eine weitere Reformchance, die zunächst mit einem Skandal begann: Am 5. Februar äußerte der Bundesrechnungshof im Prüfungsbericht massive Kritik an der Vermittlungsstatistik der Arbeitsämter. Die geprüften Arbeitsämter buchten rund 70 Prozent der statistisch erfassten Vermittlungen fehlerhaft; tatsächlich konnten die Arbeitsämter weit weniger Stellenangebote besetzen als die Vermittlungszahlen auswiesen. In den folgenden Tagen geriet das System der Arbeitsvermittlung zunehmend unter Druck. Neben den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und der mangelhaften Vermittlungstätigkeit wurde vor allem auch der hohe bürokratische Aufwand kritisiert und die Tatsache, dass der geringste Teil der Mitarbeiter der BA tatsächlich mit Vermittlungsaufgaben vor Ort betraut waren. Nicht nur die Union, sondern auch Parlamentarier der Grünen und die Arbeitgeberverbände forderten im Falle der Bestätigung der Vorwürfe des Rechnungshofes eine grundlegende Reform der Bundesanstalt für Arbeit. Aus SPD und Gewerkschaftskreisen wurden personelle Konsequenzen bei der Bundesanstalt gefordert. Seitens Union und FDP wurden zudem Rücktrittsforderungen gegenüber Arbeitsminister Riester laut. Der Skandal heizte sich in den folgenden zwei Wochen derart auf, dass die Bundesregierung zum Handeln gezwungen war: Am 20. Februar gab Riester den Rückzug des Präsidenten der Bundesanstalt, Bernhard Jagoda, bekannt. Nachfolger wurde Florian Gerster, bislang sozialdemokratischer Sozialminister in Rheinland-Pfalz, der sich

schon im Rahmen der Niedriglohndebatte einen Namen gemacht hatte und als arbeitsmarktpolitischer Reformler galt.

Der designierte Chef der Bundesanstalt für Arbeit profilierte sich schon in den ersten Tagen nach seiner Nominierung durch unkonventionelle Forderungen. Unter anderem sprach er sich dafür aus, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere stufenweise zu reduzieren und Einschnitte bei den Leistungen für Langzeitarbeitslose vorzunehmen. Während sich der Bundeskanzler deutlich hinter Gerster stellte und auch die Fraktion der Grünen den Innovationswillen des neuen BA Chefs begrüßten, wurde seitens der Gewerkschaften harsche Kritik laut. In der „Saarbrückener Zeitung“ warnte Jürgen Peters, der Zweite Vorsitzende der IG Metall, den Kanzler, die Arbeitnehmer könnten sich bei der anstehenden Bundestagswahl der SPD verweigern (ZDF 14.03.2002) und auch die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, Doris Barnett (SPD), sowie andere SPD Politiker kritisierten die Vorhaben Gersters scharf (ZDF, 18.03.2002).<sup>9</sup>

Trotz der Kritik der traditionellen Gewerkschaftsflügel und Teilen der SPD bot sich die Vermittlungskrise der Bundesanstalt als Einfallstor für Schröder und die Reformler der SPD. Gerade aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit des Vermittlungsskandals wurden Reformen durchsetzbar und vermittelbar. Durch den externen Schock wurde der Umgestaltungsbedarf des Systems der Arbeitsvermittlung überdeutlich. Dies betraf nicht alleine den Umbau der Struktur der Bundesanstalt selbst sondern gleichsam auch die Veränderung der Instrumente. Wenn die tatsächlichen Vermittlungszahlen, d.h. die Leistungen der BA erheblich geringer waren als angenommen, so wurde damit auch das verfügbare arbeitsmarktpolitische Instrumentarium (des SGB III) in Frage gestellt. Zu den Sofortmaßnahmen der Bundesregierung zählten nun eine Neugestaltung der Organisation der Bundesanstalt (Abschaffung der Position des Präsidenten und Organisation der Verwaltungsspitze nach privatwirtschaftlichen Kriterien mit einem Vorstand und Verwaltungsrat), die Stärkung privater Arbeitsvermittler (Abschaffung der Zulassungspflicht für private Arbeitsvermittler durch die Arbeitsverwaltung) sowie die Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen an Personen, die mehr als drei Monate arbeitslos sind. Gleichzeitig wurde die Einsetzung einer Kommission zur Reform der Bundesanstalt beschlossen, die unter der Leitung des VW-Managers Peter Hartz ihre Arbeit zügig aufnahm.

Als im Juni und Juli 2002 die ersten Vorschläge der Kommission durch Medienberichte bekannt wurden, äußerten SPD Linke und Gewerkschaften zwar Kritik an den Vorschlägen zu Kürzungen bei Leistungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger (ZDF, 25.06.2002, 01.07.2002); durch die Besetzung der Kommission auch mit Gewerkschaftsvertretern wurde

---

<sup>9</sup> Zu Entwicklung der BA im Längsschnitt und ihrer ausgeprägten korporatistischen Struktur vgl. Trampusch 2002

den Vorschlägen jedoch später Schärfe genommen und schien eine Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen gewährleistet. Die Ergebnisse der Kommission wurden am 16. August 2002 vorgestellt (<http://www.bma.bund.de/download/Hartz-Kommission/kurzfassung.pdf>), und stellen einen Kompromiss zwischen den verschiedenen in der Kommission vertretenen Interessengruppen dar. Zentrale Elemente der Vorschläge sind unter anderem:

- die Umgestaltung der Arbeitsämtern zu JobCentern, welche neben den originären Dienstleistungen der BA arbeitsmarktrelevante Beratungs- und Betreuungsleistungen (Sozialamt, Jugendamt, Wohnungsamt, Sucht- und Schuldenberatung etc.) miteinander verbinden,
- die Beschleunigung der Vermittlung durch Vereinfachung der Prozesse und Instrumente, durch Erhöhung der Eigenverantwortung der Fachkräfte, Reduzierung der Betreuungsquote,
- die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien für die Arbeitsaufnahme,
- die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe,
- die Einrichtung von PersonalServiceAgenturen, die ähnlich wie Zeitarbeitsfirmen arbeiten,
- die Bildung von „Ich-AGs“ als zeitlich befristet bezuschusste Vorstufe zu einer vollwertigen Selbständigkeit,
- die Finanzierung von Arbeitsplätzen mithilfe des JobFloaters (Gewährung von Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen bei der Festeinstellung zuvor Arbeitsloser).

Nach der Übergabe des Berichts an die Bundesregierung beschloss diese am 21. August die zügige Umsetzung der Hartz-Vorschläge. Am 4. September gab Arbeitsminister Riester bekannt, dass die Umsetzung der Vorschläge schon begonnen hat, schon am 16. September wurde die erste PersonalServiceAgentur eingeweiht, bis zum Jahresende sollen 50 Agenturen eingerichtet werden.

Gewerkschaften und SPD begrüßten die Vorschläge einstimmig (ZDF, 16.08.2002). Gerade im Hinblick auf die Äußerungen der Gewerkschaften wird jedoch die Bedeutung des Zeitpunktes der Veröffentlichung des Hartz-Berichts für die gewerkschaftliche Zustimmung deutlich: Einerseits würdigten der DGB und die IG Metall die Hartz-Vorschläge als Chance zum Abbau der Arbeitslosigkeit und stellten sich hinter die Regierung – der IG Metall Vorsitzende Klaus Zwickel rief sogar ausdrücklich zur Wahl der SPD auf (DGB 2002a; Frankfurter Rundschau 24.08.2002). Andererseits klang bei der Stellungnahme der IG Metall zum Bericht der Hartz-Kommission auch deutliche Kritik durch, etwa an der Ausweitung der Leiharbeit durch PersonalServiceAgenturen (PSA), der Senkung der Arbeitslosenhilfe und der Ausweitung

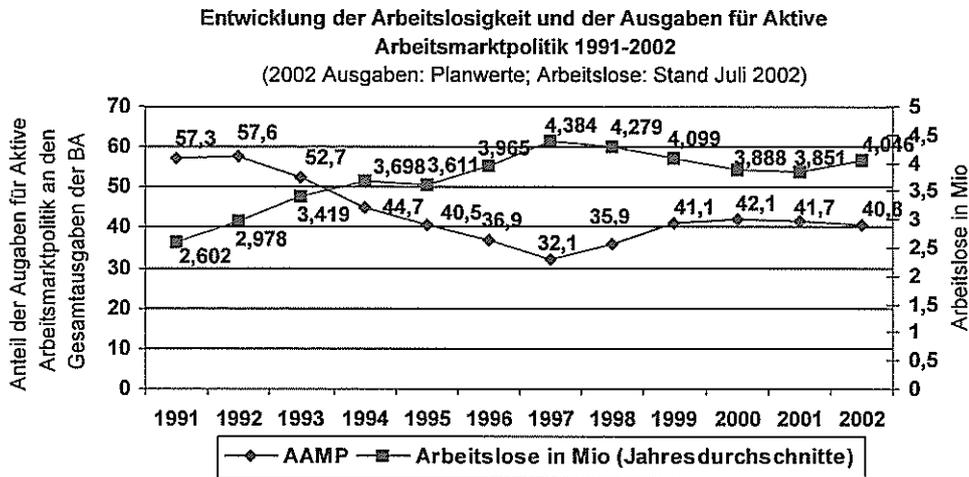
der geringfügigen Beschäftigung (Frankfurter Rundschau, 28.08.2002).<sup>10</sup> Mit der sofortigen Umsetzung der Vorschläge nutzte die SPD die Gunst der Stunde und implementierte eine Politik, die unter anderen Bedingungen wenn überhaupt, dann nur gegen erhebliche Widerstände der Gewerkschaften und mit deutlichem Ansehensverlust bei der gewerkschaftsnahen Wählerklientel hätte umgesetzt werden können.

#### **4.4. Verpasste Aktivierung: Konstanz der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik und der Erwerbsbeteiligung**

Was die Ausgabenpolitik der rot-grünen Regierung anbelangt, wäre zu erwarten gewesen, dass sich der Anteil der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik gemäß der traditionellen sozialdemokratischen Strategie sowie des angekündigten aktivierenden Reformkurses der Regierung Schröder erhöhen würde. Dies war verglichen mit den letzten Jahren der Regierung Kohl zwar durchaus der Fall, gleichwohl zeigt sich, dass die Regierung Kohl ebenfalls mit einem zum Teil recht hohen Mittelvolumen für aktive Arbeitsmarktpolitik operiert hat (vgl. Schaubild, s.a. Heinelt/Weik 1998). Selbst wenn man von der Ausnahmesituation in den ersten Jahren nach der Vereinigung, in denen über Vorruhestandsregelungen und andere Maßnahmen versucht wurde, die verheerende Arbeitsmarktsituation in den ostdeutschen Ländern aufzufangen, absieht, ist nach der „Normalisierung“ der Situation seit Mitte der 90er Jahre doch zwischenzeitlich ein ähnlich hohes Niveau wie unter der Regierung Schröder erreicht worden. Und auch unter früheren Regierungen schwankten die Anteile stark. In der Regel gingen sie mit steigender Arbeitslosigkeit zurück und stiegen dann mit sinkender Arbeitslosigkeit (prozyklische Ausgabenpolitik).

---

<sup>10</sup> Eine Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten und kritische Bewertung einiger Vorschläge hat ferner das IAB (2002) unternommen; ambivalent sind auch die Einschätzungen über die empirischen Wirkungen von befristeten Arbeitsverträgen (vgl. etwa Giesecke/Groß 2002) oder den Bedarf an organisatorischer Integration der BA (im Lichte des internationalen Vergleich Clasen 2001).



Quelle: StBA

Eine wichtige Ursache für die Ausgabenentwicklung sind die institutionellen Bedingungen der Arbeitsförderung in Deutschland. Da sowohl aktive als auch passive Maßnahmen aus Versicherungsleistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden, steigt bei steigender Arbeitslosigkeit die Notwendigkeit aus diesem (begrenzten) Budget passive Leistungen zahlen zu müssen – der Spielraum für aktive Maßnahmen verringert sich. Zwar hat die Bundesregierung die Möglichkeit, Zuschüsse zum Budget der BA zu gewähren (und tut dies in der Regel auch in geringem Maße – sie muss Defizite ausgleichen), jedoch hat sich in der Geschichte des AFG/SGB III selten eine Regierung auf deutliche steuerfinanzierte Erhöhungen des Budgets eingelassen. (vgl. auch Webber 1987; Reissert/Schmid 1987; Blancke/Schmid/Roth 2000). Als neuer haushaltspolitischer Druck kamen die Maastricht-Kriterien hinzu, welche ebenfalls einen sparsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen des Bundes verlangten und den finanziellen Handlungsspielraum der Regierung einschränkten.

Zugleich bildet der Indikator den Wechsel von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik nur teilweise ab (vgl. auch Schmid 2002: 385ff). Aktivierung zielt zugleich auf eine Erhöhung der Erwerbsquote und tangiert andere Politikfelder durch die der Zugang bzw. Abgang zum Arbeitsmarkt reguliert wird. Hierzu zählen besonders zwei Maßnahmen: Zum einen die verbesserte Vereinbarung von Familie und Beruf, was eine entsprechende Infrastruktur an Betreuungseinrichtungen erfordert; zum anderen die Beendigung der Frühverrentungspraxis als sogenannter „sozialverträglicher Ausstieg“ für ältere Arbeitnehmer. Hier ist jedoch nur wenig umgesetzt worden. Zugleich zeigen sich zwar leichte Veränderungen der Erwerbsquote im Zeitverlauf, doch sind diese zu Beginn des Jahrzehnts Folge der deutschen Einheit (bzw. des anderen Erwerbsverhaltens in den neuen Bundesländern) und gegen Ende durch die verbesserte

Lage am Arbeitsmarkt sowie durch die Einführung der Sozialversicherungspflicht für geringfügig Verdienende (630 Mark/325 Euro Jobs) verursacht. Gegenwärtig sinkt die Erwerbsbeteiligung – wie in ganz Europa – wieder leicht ab (vgl. Tabelle).<sup>11</sup>

| <b>Erwerbsbeteiligung im Vergleich</b>    |             |             |             |             |             |             |             |             |             |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| (in % der Bevölkerung zwischen 15 und 64) |             |             |             |             |             |             |             |             |             |
|   | <b>1993</b> | <b>1994</b> | <b>1995</b> | <b>1996</b> | <b>1997</b> | <b>1998</b> | <b>1999</b> | <b>2000</b> | <b>2001</b> |
| <b>D</b>                                  | 71,4        | 71,3        | 70,7        | 70,3        | 70,8        | 71,4        | 71,6        | 72,2        | 71,6        |
| <b>Dk</b>                                 | 82,7        | 79,3        | 80,1        | 80,1        | 79,8        | 79,3        | 80,6        | 80,0        | 79,2        |
| <b>EU</b>                                 | 66,4        | 66,5        | 66,4        | 66,8        | 68,1        | 68,6        | 69,1        | 69,6        | 69,2        |
| <b>GB</b>                                 | 77,5        | 77,4        | 77,2        | 77,3        | 76,2        | 75,9        | 76,3        | 76,6        | 74,9        |

Quelle: OECD (Labour Force Statistics.)

Insgesamt wurden die formulierten Ziele in der Arbeitsmarktpolitik – Abbau der Arbeitslosigkeit und höhere Erwerbsbeteiligung – nicht erreicht: Zum Ende der Legislaturperiode stand die Bundesregierung vor einer fast identischen Zahl an Arbeitslosen wie zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme und auch die Erwerbsbeteiligung blieb in etwa gleich. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik mit einer nachhaltigen Belegung des Arbeitsmarktes überfordert ist, da sie im Grunde keine neue Beschäftigung schafft, sondern „nur“ Übergänge in den regulären Arbeitsmarkt verbessern kann. Entsprechend kritisch urteilen etwa Mitglieder aus der Benchmarkinggruppe, die den Ausbau eines Niedriglohnssektors vorgeschlagen hatten, um die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen (Heinze/Streck 2002).

## 5. Fazit: Do Parties matter?

Vor dem Hintergrund der empirischen Befunde stellt sich nun abschließend aus starker policy-theoretischer Sicht die Frage nach der Reichweite der Parteiendifferenzhypothese. Festzuhalten bleibt zunächst, dass wir es im vorliegenden Fall durchaus mit einem Politikwandel, ja sogar mit einem doppelten Wandel, zu tun haben. Im ersten Fall in Richtung „klassischer“ Sozialdemokratie, im zweiten Fall (dritte Phase) in Richtung „Dritter Weg“ bzw. im Sinne der Wählermaximierungsthese von Downs und eines reformpolitischen Konjunkturzyklus (Ruß-Mohl 1993). Gleichzeitig wurde jedoch auch deutlich, dass sowohl institutionelle Konstellationen als auch Vetospieler<sup>12</sup> innerhalb und außerhalb der Partei eine nicht unbedeutende Rolle für den Regie-

<sup>11</sup> Ein weiterer Aspekt von arbeitsmarktpolitischen Reformen in Deutschland ist das Fehlen von umfassenden Dezentralisierungs- und Wettbewerbsstrategien, die sich gerade im Kontext des Föderalismus anbieten bzw. in anderen Ländern praktiziert werden (vgl. etwa Trampusch 2000, Klassen/Schneider 2002, Blancke 2002).

<sup>12</sup> Hierbei verstehen wir Vetospieler breiter als in der gängigen politikwissenschaftlichen Literatur, in der auf formale Vetorechte abgehoben wird (Tsebelis 2000).

rungskurs spielten.

In der ersten Phase konnten mit der Einlösung der Wahlversprechen und einigen anderen, eher kleineren Maßnahmen einerseits Reformen durchgeführt werden, die auf breiten Konsens in der SPD stießen, „typisch“ sozialdemokratisch waren und gleichzeitig Akzente setzten, um die Gewerkschaften zufrieden zu stellen. Auf der anderen Seite konnte eine keynesianische Politik seitens des Lafontaine-Flügels nicht dauerhaft durchgesetzt werden, da sowohl der Europäische Kontext dies nicht zuließ (Maastricht und der Stabilitätspakt; Unabhängigkeit der EZB) als auch seitens des Reformflügels der SPD um den Kanzler und der Grünen eine solche Strategie nicht erwünscht war.

In der zweiten Phase, die durch weitgehende Stagnation in der Arbeitsmarktpolitik gekennzeichnet war, zeigt sich ein schwacher regierungspolitischer Einfluss. Hier kommen vor allem mikropolitische Faktoren (Bogumil/Schmid 2001) zum Tragen. So waren zwar Wissenskoalitionen (s. dazu Sabatier 1993) in der Arbeitsmarktpolitik in der Benchmarking-Gruppe einflussreich, ihre Reichweite in die Administration und die politischen Organisationen fielen jedoch erheblich schwächer aus. Während der Reformflügel der SPD weitreichende Veränderungen in Richtung „Dritter Weg“ anstrebte, blockierten nun Widerstände im Bündnis für Arbeit und innerhalb des linken Parteiflügels diesen Reformkurs; die Folge war ein weitreichender Stillstand und eine Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Gleichzeitig verloren Reformanstrengungen auch ihre Unerlässlichkeit: Die Arbeitslosigkeit sank bis Mitte 2001 fast bis auf das gewünschte Ziel, die Bundesregierung konnte auf weitere konjunkturelle Effekte hoffen und nebenbei ihre Steuerreform als beschäftigungspolitischen Erfolg handeln. Angesichts dieser Entwicklung stellte eine Forcierung der Arbeitsmarktreformen keine Priorität der Politik mehr dar und die Bundesregierung konnte einem Dissens mit den Gewerkschaften und dem gewerkschaftsnahen SPD-Flügel aus dem Weg gehen – zumal eine weitere Belastung des Bündnisses mit Kontroversen auch noch das Bündnis selbst und die wenigen erhofften Ergebnisse im Bereich Niedriglohngewinnertänzen. Schließlich stieg der regierungspolitische Einfluss auf den Policy-Output wieder sehr deutlich an – diesmal jedoch nicht in die „klassisch“ sozialdemokratische Richtung, sondern nun konnte der Reformflügel deutlich Boden gewinnen. Drei Faktoren führten dazu, dass sich für die Bundesregierung ein „window of opportunity“ (Kingdon 1984: 173 ff.) öffnete und den Weg für einige Reformen freigab. Zum einen zeigte sich ab Ende 2001 wieder eine steigende Arbeitslosigkeit, die erneutes Handeln notwendig machte. Stillstand wäre unter diesen Bedingungen politisch nur schwer zu vermitteln gewesen. Des Weiteren wirkte ein „Timing-Effekt“: Die Bundestagswahlen rückten näher, was nicht nur die Dringlichkeit wirkungsvoller Reformen erhöhte, sondern – vor dem Hintergrund des Parteienwettbewerbs – auch dis-

zipliniierend auf Gewerkschaften und parteiinterne Veto-Spieler wirkte. Hinzu kam drittens schließlich der Vermittlungsskandal der Bundesanstalt, der die Regierung, zum schnellen Handeln zwang. Unter diesen Bedingungen konnten in besonderer Eile Reformen auf den Weg gebracht werden, welche unter anderen Umständen zu erheblichen Schwierigkeiten, langen Verhandlungen und stärkeren Rücksichtnahmen geführt hätten. Je näher der Zeitpunkt der Wahlen rückte und je stärker der arbeitsmarktpolitische Problem- und Handlungsdruck wurde, desto freier wurde daher die Regierung in ihren Handlungsmöglichkeiten. Gleichwohl darf das Maß der Reformen nicht überbewertet werden. So wurde beim Job-Aktiv-Gesetz auf weitreichende Leistungskürzungen verzichtet und auch das Papier der Hartz-Kommission stellt einen Kompromiss dar und wurde, nicht zuletzt durch die gewerkschaftlichen Vertreter in der Kommission, um einige Schärfen geglättet. Zudem sind die Vorschläge bisher nur in Ansätzen umgesetzt worden und es bleibt abzuwarten, ob die Maßnahmen nach dem Wahltag tatsächlich so realisiert werden, wie sie vorgeschlagen wurden.

| <b>Phasen der arbeitsmarktpolitischen Reformen</b>                     | <b>Regierungspolitischer Einfluss auf das Policy-Output</b>                  | <b>Relevante Einflussfaktoren</b>   |
|--|--|---|
| <b>I<br/>Einlösung der Versprechen und erste Maßnahmen</b>             | hoch<br>(i.S.v. Umsetzung der „klassisch“ sozialdemokratischen Programmatik) | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ keine bzw. schwache Vetospieler</li> </ul>   |
| <b>I<br/>Keynesianische Nachfragesteuerung</b>                         | (faktisch) niedrig   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ institutionelle Hemmnisse</li> <li>▪ parteiinterne Vetospieler (Reformflügel der SPD)</li> </ul>   |
| <b>II<br/>Stagnation</b>   | niedrig  | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verhandlung und Blockade; parteiinterne und externe Vetospieler</li> <li>▪ sinkender Problemdruck (wg. sinkender Arbeitslosigkeit)</li> </ul>  |
| <b>III<br/>Endspurt: Reform des Arbeitsförderungsrechts und der BA</b> | hoch<br>(i.S.v. Reformkurs)  | <p>Öffnung eines Window of Opportunity durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ steigende Arbeitslosigkeit</li> <li>▪ externen Schock (Vermittlungsskandal)</li> <li>▪ anstehende Bundestagswahlen (mit disziplinierender Wirkung auf potenzielle Vetospieler)</li> </ul> |

Zusammenfassend zeigt sich, dass eine statische Anwendung der Parteiendifferenzhypothese und des Vetospieler-Theorems zu kurz greifen und nur begrenztes Erklärungspotenzial besitzen. Vielmehr sind bei der Analyse des Policy-Making zusätzliche – situative, institutionelle und mikropolitische – Dimensionen zu beachten: Erstens sind „Veto-Spieler“ nach unserem Verständnis von der rein formalen Vetoposition der Akteure wie bei Tsebelis (2000) zu trennen. Auch Widerstände seitens Interessengruppen können in Entscheidungsprozessen sehr deutliche Blockadewirkungen entfalten, im vorliegenden Fall waren insbesondere die Gewerkschaften und parteiinterne Akteure von Bedeutung (vgl. dazu Heinze 2002). Gerade bei den Sozialdemokraten sind hier aufgrund der engen Beziehungen zwischen Teilen der Gewerkschaften und Teilen der SPD auch Beeinflussungen und Wechselwirkungen zu erwarten, welche in die Partei selbst hinein reichen und einen starken Einfluss auf das Handeln von Regierungen haben können. Zweitens sind institutionelle Schranken staatlichen Handelns gesetzt, welche selbst konsensuale Vorhaben zum Scheitern bringen können; d.h. zum Beispiel, dass selbst wenn die Regierung keynesianische Programme hätte durchsetzen wollen, diese zumindest mittel- und langfristige doch an den restriktiven Europäischen Institutionen gescheitert wären. Drittens wirken externe Schocks und Problemdruck auf Regierungshandeln und können die Macht von Vetospielern brechen. Der Veränderungsdruck wird angesichts der Schocks so groß, dass jegliche Blockade von Reformen nicht mehr vermittelbar wäre. Ergänzend kommt das Timing von Reformvorhaben hinzu. Wo zu einem bestimmten Zeitpunkt eine starke Vetoposition mächtiger Akteure erwartet werden kann, kann ein anderer Zeitpunkt (etwa bei anstehenden Wahlen) den Parteienwettbewerb zur eigentlichen Motivationsgröße avancieren lassen, damit disziplinierend wirken und Reformen möglich machen. Glückliche Umstände – fortuna genannt bei Machiavelli – gehören eben auch zum Erfolg in der Politik.

## Literatur

- Armingeon, Klaus*, 2002: Die Politische Ökonomie der Arbeitslosigkeit, in: *Wagschal, Uwe/Obinger, Herbert/Küttel, Bernhard* (Hrsg.): Politische Ökonomie. Politik und wirtschaftspolitische Leistungsprofile in OECD-Demokratien, Opladen (i.E.).
- Benchmarking-Gruppe*, 2000: Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik. Thesen der Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, Berlin
- Bertelsmann-Stiftung* (Hrsg.), 2002: Internationales Beschäftigungsranking 2002, Gütersloh.
- Blair, Tony/Schröder, Gerhard*, 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, o.O.
- Blancke, Susanne/Schmid, Josef/Roth, Christian*, 2000: Aktiv und koordiniert? Arbeitsmarktpolitik auf verschiedenen Ebenen, in: *SOWI* 29: 6-17.
- Blancke, Susanne*, 2002: Politikinnovationen im Schatten des Bundes. Eine Untersuchung von Policy-Innovationen und -Diffusionen anhand der Arbeitsmarktpolitik der Länder, Tübingen: Dissertation.
- Boix, Charles*, 2000: Partisan Governments, the International Economy, and Macroeconomic Policies in Advanced Nations, 1960-93, in: *World Politics* 53: 38-73.

- Bundesrat*, 1998: Empfehlung der Ausschüsse, zu: Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des § 76 des Bundessozialhilfegesetzes, Drucksache 546/98.
- CDU/CSU*, 1996: Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung; Beschluß vom 25.04.1996, <<http://www.cducsu.bundestag.de/programm.htm>> (11.03.2001).
- Clasen, Jochen et al.*, 2001: Towards 'single gateways'? A cross-national review of the changing roles of employment offices in seven countries, in: *Zeitschrift für ausländisches und internationales Sozialrecht* 15: 43-63.
- Cox, Robert Henry*, 1998: From Safety Net to Trampoline, WIP Occasional Paper 2-1999, Tübingen <<http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/schmid5.htm>> (15.08.2002).
- Der Spiegel*, 10/99: Lafontaines Leitlinien, <<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,13124,00.htm>> (1.9.2002).
- Der Spiegel*, 7/99: Aufschwung à la Keynes, <<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,12320,00.htm>> (1.9.2002).
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund*, 2001: Stellungnahme zum Job-AQTIV-Gesetz, ISA Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, 5/2001, Berlin: DGB.
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund*, (2002a): Diese Wahl wird richtungsweisend. o.O. <<http://www.dgb.de>> (2.9.2002).
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund*, 2002b: Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes vom 15. August 2002 zu den Ergebnissen der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz-Kommission) <<http://www.dgb.de>> (3.9.2002).
- DGB/DAG/IG Chemie-Papier-Keramik/IG Metall/ÖTV*, 1996: Erklärung der Repräsentanten der Gewerkschaften im Anschluss an die Kanzlerrunde vom 23.04.1996, <[http://www.dgb.de/themen/buen\\_23-4-96.htm](http://www.dgb.de/themen/buen_23-4-96.htm)> (11.10.2000).
- Frankfurter Rundschau*, 24.08.2002: Zwickel wirbt persönlich für die SPD. IG Metall-Chef spendet rot-grüner Regierungsarbeit Lob, <<http://www.frankfurter-rundschau.de>> (3.9.2002).
- Frankfurter Rundschau*, 28.08.2002: Die Distanz zu Hartz wächst. Kritik aus Gewerkschaften, <<http://www.frankfurter-rundschau.de>> (3.9.2002).
- Giesecke, Johannes/Groß, Martin*, 2002: Befristetete Beschäftigung: Chance oder Risiko, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54: 85-108.
- Handelsblatt*, 13.01.2002: Rot-Grün uneins über Kombilohn Finanzierung, <<http://www.handelblatt.de>> (1.9.2002)
- Hassel, Anke*, 1999: Bündnisse für Arbeit: Nationale Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb, Köln (MPIfG Discussion Paper 99/5).
- Heinelt, Hubert/Weik, Michael*, 1998: Arbeitsmarktpolitik - Vom Vereinigungskonsens zur Standortdebatte, Opladen.
- Heinze, Rolf G.*, 2002: Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat?, Wiesbaden.
- Heinze, Rolf G./Streeck, Wolfgang*, 2002: Optionen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt oder: ein Lehrstück für einen gescheiterten Politikwechsel, in: *Jürgen Schupp* (Koord.): DIW-Sonderheft zur "Niedriglohnproblematik", Berlin (i.E.).
- Heise, Arne*, 2002: Innovation und Gerechtigkeit? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte der Schröder-Regierung, in: *Heyder, Ulrich/Menzel, Ulrich/Rebe, Bernd* (Hrsg.): Das Land verändert? Rot-grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik, Hamburg, 29-45.
- Hibbs, Douglas*, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policies, in: *American Political Science Review* 71: 1467-1487.
- Hibbs, Douglas*, 1991: The Partisan Model of Macroeconomic Cycles: More Theory and Evidence for the United States, Stockholm.
- Kingdon, John W.*, 1984: Agendas, Alternatives and Public Policies. Glenview/London.
- Klassen, Thomas R./Schneider, Steffen*, 2002: Similar Challenges, Different Solutions: Reforming Labour Market Policies in Germany and Canada During the 1990s", in: *Canadian Public Policy* 28: 51-69.

- Klein, Martina*, 2000: Zwischenbilanz zum Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, in: WSI-Mitteilungen 53: 453-458.
- Lehmbruch, Gerhard*, 2000: Institutionelle Schranken einer ausgehandelten Reform des Wohlfahrtsstaates. Das Bündnis für Arbeit und seine Erfolgsbedingungen, in: *Czada, Roland/Wollmann, Hellmut* (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. Zehn Jahre deutsche Einheit (Leviathan Sonderheft 19), Wiesbaden, 89-112.
- Picot, Georg/Schmid, Josef*, 2000: Welfare to Work bei Blair und Schröder: Eine Idee, zwei Realitäten?, in: *Hirscher, Gerhard/Sturm, Roland* (Hrsg.): Die Strategie des Dritten Weges, München, 229-264.
- Reissert, Bernd/Schmid, Günther*, 1987: Organisations- und Finanzierungssysteme als „Handlungsfilter“ der Arbeitsmarktpolitik: ein internationaler Vergleich, in: *Abromeit, Heidrun/Blanke, Bernhard* (Hrsg.): Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren (Leviathan Sonderheft 8), Opladen, 86-99.
- Rhodes, Martin*, 1998: Globalization, Labour Market and Welfare States: A Future of 'Competitive Corporatism?', in: *Rhodes, Martin/Méry, Yves* (Hrsg.): The Future of European Welfare: A New Social Contract?, London, 178-203.
- Ruß-Mohl, Stefan*, 1993: Konjunkturen und Zyklichkeit in der Politik, in: *Héritier, Adrienne* (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS Sonderheft 24), Opladen, 356-368.
- Sabatier, Paul A.*, 1993: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasentheorie, in: *Héritier, Adrienne* (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS Sonderheft 24), Opladen, 116-148.
- Schabedoth, Hans-Joachim* (Hrsg.), 2002: Vorrang für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Marburg.
- Schatz, Holger*, 2002: „Manche muss man halt zu ihrem Glück zwingen.“ Arbeitszwang im aktivierenden Staat, in: *Eicker-Wolf, Kai/Kindler, Holger/Schäfer, Ingo/Wehrheim, Melanie/Wolf, Dorothee* (Hrsg.): „Deutschland auf den Weg gebracht.“ Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg, 157-186.
- Schmid, Günther*, 1998: Das Nadelöhr der Wirklichkeit verfehlt: Eine beschäftigungspolitische Bilanz der Ära Kohl, in: *Wewer, Götrik* (Hrsg.): Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982-1998, Opladen, 145-181.
- Schmid, Josef*, 1998: Arbeitsmarktpolitik im Vergleich, in: *Schmid, Josef/Niketta, Rainer* (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat. Krise und Reform im Vergleich, Marburg, 139-169.
- Schmid, Josef*, 2002: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Opladen.
- Schmid, Josef/Blancke, Susanne*, 1997: Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland: Aufstieg und Niedergang einer Policy? in: Deutschland-Archiv 31: 938-947.
- Schmidt, Manfred G.*, 1993: Theorien der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, in: *Héritier, Adrienne* (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS Sonderheft 24), Opladen, 371-393.
- Schmittthener, Horst*, 1998: Bündnis für Arbeit – schon wieder? in: Blätter für deutsche und internationale Politik 43: 841-849.
- Schroeder, Wolfgang/Esler, Josef*, 1999: Modell Deutschland: Von der Konzertierte(n) Aktion zum Bündnis für Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37/99: 3-12.
- Schulten, Torsten*, 1997: Bargaining 1996 – from the Employment Alliance to the sick pay dispute, in: eiro-online, February 1997. <<http://www.eiro.eurofound.ie/1997/02/features/DE970220F.html>> (14.3.2001).
- Streeck, Wolfgang/Rolf G. Heinze* 2000: Wende am Arbeitsmarkt durch Erneuerung des „deutschen Modells“, in: SOWI 29: 18-27.
- Tagesspiegel*, 13.01.2002: Zwei Partner – unterschiedliche Ideen. SPD und Grüne haben den Konflikt über die Arbeitsmarktpolitik entschärft. Zumindest vorerst, <<http://ww2.tagesspiegel.de>> (1.9.2002)
- Tiemann, Heinrich/Kaulisch, Tomas*, 1999: Bündnisse für Arbeit auf Landesebene, in: WIP Schwerpunkt- heft 11: Vom Vergleich zum Lernen. Zwei Beiträge zur materiellen Föderalismusanalyse, Tübingen.

- Trampusch, Christine*, 2000: Arbeitsmarktpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber. Ein Vergleich der Entstehung und Transformation der öffentlichen Arbeitsverwaltungen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden zwischen 1909 und 1999. Dissertation zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen. <<http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2000/trampusch/index.html>>.
- Trampusch, Christine*, 2002: Die Bundesanstalt für Arbeit und das Zusammenwirken von Staat und Verbänden in der Arbeitsmarktpolitik von 1952 bis 2001, Köln (MPIfG Working Paper 02/5).
- Traxler, Franz*, 2000: Nationale Pakte im internationalen Vergleich, in: WSI-Mitteilungen 53: 411-418.
- Tsebelis, George*, 2000: Veto Players and Institutional Analysis, in: Governance 13: 441-474.
- Urban, Hans-Jürgen*, 1998: Ein neues „Bündnis für Arbeit“? Über Interessenlagen und Verhandlungsstrategien in einem neokorporatistischen Beschäftigungspakt, in: Zeitschrift für Sozialreform 44: 613-637.
- Webber, Douglas*, 1987: Eine Wende in der deutschen Arbeitsmarktpolitik? – Sozialliberale und christlich-liberale Antworten auf die Beschäftigungskrise, in: *Abromeit, Heidrun/Blanke, Bernhard* (Hrsg.): Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren (Leviathan Sonderheft 8), Opladen, 74-85.
- Welzmüller, Rudolf*, 2002: Für eine Europäische Wirtschaftspolitik! Den Makroökonomischen Dialog ausbauen! Frankfurt.
- ZDF, 14.03.2002: IG Metall droht Schröder mit Wahlabstänzen. Bundeskanzler bestenfalls „kleineres Übel“, <<http://www.heute.t-online.de>> (1.9.2002)
- ZDF, 16.08.2002: Hartz hat Bericht zur Arbeitsmarktreform an Schröder übergeben. Bundeskanzler: Umsetzung sofort – Merkel: Dokument des Versagens, <<http://www.heute.t-online.de>> (1.9.2002)
- ZDF, 18.03.2002: SPD Expertin kritisiert Gerster-Pläne. Arbeitslosengeld dürfte nicht gekürzt werden, <http://www.heute.t-online.de> (09/01/2002)
- ZDF, 22.02.2002: Gewerkschaft bremst hohe Vermittlungshoffnungen. Gespaltene Reaktion auf Gerster-Ernennung, <<http://www.heute.t-online.de>> (1.9.2002)
- Zinn, Karl Georg*, 2002: Nicht anders, kaum besser. Rot-grüne Beschäftigungspolitik, in: Vorgänge 41: 90-97.
- Zohlnhöfer, Reimut*, 2001: Parteien, Vetospieler und der Wettbewerb um Wählerstimmen. Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Ära Kohl, in: Politische Vierteljahresschrift 42: 655-382.
- Zohlnhöfer, Reimut*, 2002: Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: *Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe/Kittel, Bernhard* (Hrsg.): 2002: Politische Ökonomie. Politik und wirtschaftspolitische Leistungsprofile in OECD-Demokratien, Opladen (i.E.).
-

Frank Brettschneider

## Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung

---

### I. Medienberichterstattung und Wählerverhalten

---

Hat die Elbe- und Muldeflut Rot-Grün für weitere vier Jahre in die Regierung „gespült“? Waren die Sorgen um eine deutsche Beteiligung an einem Angriff auf den Irak wichtiger als Befürchtungen um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Deutschland? Hat der Kanzlerkandidat Edmund Stoiber der Union den Wahlsieg gekostet? Zu den Ursachen des Ausgangs der Bundestagswahl 2002 gibt es zahlreiche Spekulationen und einige fundierte Analysen. Aus der Wahlforschung ist bekannt, dass das Wählerverhalten nie auf nur einen einzigen Grund zurückgeführt werden kann, sondern dass zahlreiche Faktoren darüber entscheiden, wer welcher Partei seine Stimme gibt (vgl. Abbildung 1).<sup>1</sup> Als langfristig relativ stabile Größe gilt die Parteiidentifikation. Sie wird während der Sozialisation des Wählers erworben und verfestigt sich mit zunehmender Wahlerfahrung. Die Parteineigung bildet das Grundgerüst des Wählerverhaltens. Je stärker sie bei einem Wähler ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher handelt es sich um einen Stammwähler, der meist dieselbe Partei wählt. Selbstverständlich kann es aber vorkommen, dass besondere Umstände ihn dazu bewegen, auch einmal von seiner Parteineigung abzuweichen – etwa wenn er aus taktischen Gründen den potenziellen Koalitionspartner wählt oder wenn er aus vorübergehender Unzufriedenheit mit seiner Partei oder ihrem Spitzenkandidaten der Wahl fernbleibt.

Der nach wie vor recht hohe Anteil von Personen mit einer langfristigen Parteibindung führt in Deutschland dazu, dass die Ergebnisse bei Bundestagswahlen noch immer relativ stabil bleiben. Wie stark sich gleichwohl Stimmenanteile von Wahl zu Wahl verschieben, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: Wie gut können die Parteien ihre Stammwähler mobilisieren? In welchem Umfang gelingt es ihnen, Wechselwähler zur Stimmabgabe für sich zu bewegen?

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York u. a. 1960.

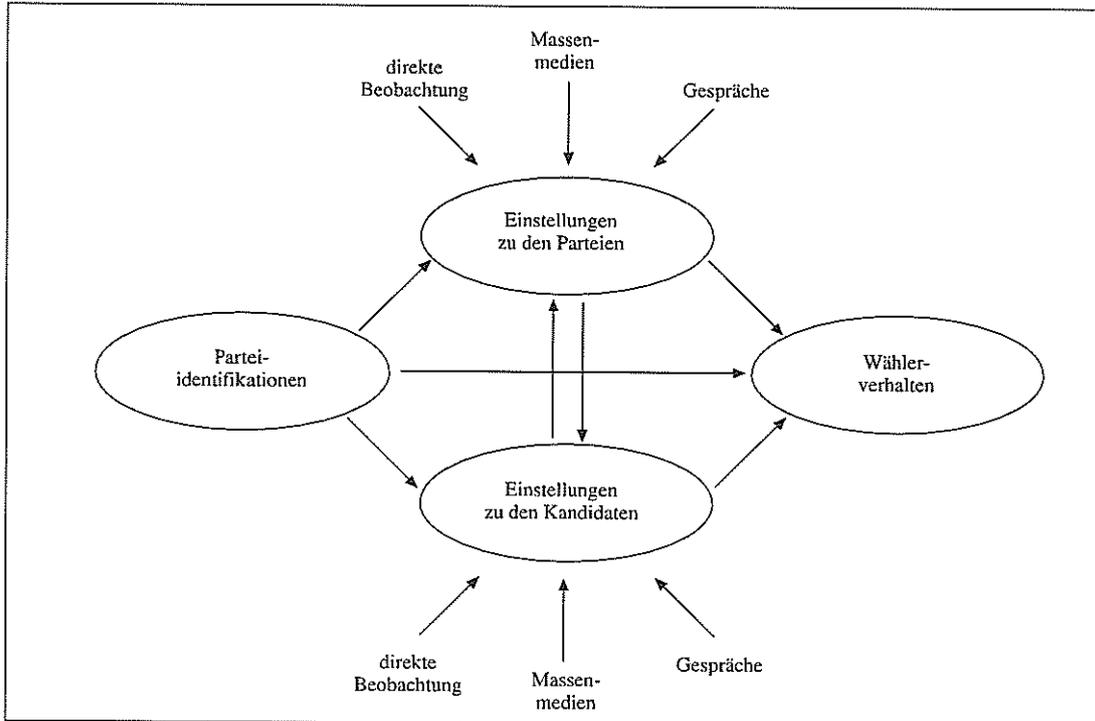
Sowohl die Mobilisierung als auch das Überzeugen von Wechselwählern werden maßgeblich von den kurzfristigen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler zum aktuellen Erscheinungsbild der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten geprägt. Die Images der Parteien und Kandidaten setzen sich aus zahlreichen Bausteinen zusammen. So werden Parteien unter anderem anhand ihrer Problemlösungskompetenz und ihrer Geschlossenheit beurteilt. Die Bewertung der Kandidaten beruht in erster Linie auf ihren Leadership-Qualitäten (Entscheidungsfreude, Tatkraft) und auf ihrer Fähigkeit, die wichtigsten Probleme im Land wenn schon nicht zu lösen, so doch wenigstens konsequent anzugehen. Darüber hinaus ist die Integrität der Kandidaten ein wichtiger Image-Faktor. Unpolitische Merkmale wie die Frisur oder Bekleidung eines Kandidaten, seine Eloquenz oder sein familiäres Umfeld werden hingegen in politischen Kommentaren maßlos überschätzt. Die Wähler unterhalten sich zwar über solche Fragen, für die Stimmabgabe sind sie aber weitgehend irrelevant.<sup>2</sup>

Für die Mobilisierung der Stammwähler und für die Überzeugung der Wechselwähler sind jedoch nicht die tatsächlichen Eigenschaften der Parteien und Kandidaten ausschlaggebend, sondern die von den Wählern *wahrgenommenen* Eigenschaften. Eine Partei kann noch so kompetent sein – wenn die Bevölkerung sie nicht für kompetent hält, nützt ihre Kompetenz wenig. Und ein Kandidat kann in der öffentlichen Wahrnehmung beispielsweise als führungstark gelten, obwohl er in Wirklichkeit sein Fähnlein in den Wind hängt.

Die Wahrnehmung der Kandidaten und der Parteien speist sich aus drei unterschiedlich wichtigen Quellen: aus der direkten Beobachtung, aus Gesprächen mit anderen sowie aus den Massenmedien. Nur wenige Menschen verschaffen sich unmittelbare Eindrücke von den Kandidaten und den Parteien – etwa durch den Besuch von Wahlveranstaltungen oder durch Diskussionen an den Infoständen der Parteien. Ihre Wahrnehmungen beruhen also nicht auf direkten, sondern auf ver-

<sup>2</sup> Vgl. Frank Brettschneider, *Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien*. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2002.

Abbildung 1: Bestimmungsgründe für das Wählerverhalten



mittelten Eindrücken. Als sich Wähler noch in sozial und politisch homogenen Gruppen bewegten, stellten Gespräche mit anderen die Hauptquelle für wahlrelevante Informationen dar.<sup>3</sup> Heute hingegen werden die wahlrelevanten Eindrücke überwiegend durch die Medienberichterstattung vermittelt.<sup>4</sup> Und unter den Massenmedien stellt das Fernsehen die wichtigste Informationsquelle dar – sowohl im Hinblick auf die Parteien als auch im Hinblick auf die Kandidaten.<sup>5</sup> Das Fernsehen hat die größte Reichweite, und es wird von den Menschen als das glaubwürdigste Medium angesehen. Außerdem lassen sich die Inhalte von Nachrichtensendungen sehr viel weniger selektiv wahrnehmen, als dies bei den Printmedien der Fall ist. Mit anderen Worten: Während Zeitungen oder Zeitungsartikel entsprechend der eigenen politischen Prädispositionen ausgewählt werden, konfrontieren Nachrichtensendungen die Zuschauer auch mit Informationen, die die eigenen politischen Einstellungen in Frage stellen können.

3 Vgl. Paul F. Lazarsfeld/Bernard Berelson/Hazel Gaudet, *The Peoples Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*, New York–London 1968<sup>3</sup> (Erstauflage 1944).

4 Vgl. Winfried Schulz, *Wahlkampf unter Vielkanalbedingungen. Kampagnenmanagement, Informationsnutzung und Wählerverhalten*, in: *Media Perspektiven*, (1998) 8, S. 378–391.

5 Vgl. ebd., S. 385.

## II. Themenmanagement: Agenda-Setting, Agenda-Cutting und Agenda-Surfing

Auch die für den Wahlkampf verantwortlichen Parteimanager und die speziell in Wahlkampfzeiten angeheuerten „Spin-Doktoren“ und Medienberater wissen um die Bedeutung der Massenmedien. Sie versuchen daher, die Medienberichterstattung zugunsten ihrer Partei oder des von ihnen betreuten Kandidaten zu beeinflussen. Zwei Ziele stehen dabei im Mittelpunkt: Erstens müssen die eigene Partei und ihre Akteure – allen voran ihr Spitzenkandidat – von den Wahlberechtigten wahrgenommen werden. Diese Aufmerksamkeit kann keinesfalls als selbstverständlich vorausgesetzt werden, denn für die meisten Menschen zählt Politik nicht zu den Lebensbereichen, mit denen sie sich kontinuierlich beschäftigen. Zudem konkurriert die Politik mit vielen anderen Bereichen und Akteuren – etwa aus der Unterhaltungsbranche – um die Aufmerksamkeit der Menschen. Zweitens geht es darum, diese Aufmerksamkeit für die Vermittlung der eigenen Botschaften zu nutzen. Auch sollen diese Botschaften in der Berichterstattung möglichst positiv – zumindest aber neutral – bewertet werden. Den Spitzenkan-

didaten kommt bei dieser Vermittlung eine wichtige Aufgabe zu, denn sie verleihen ihrer Partei und ihrem politischen Programm Gesicht und Stimme.<sup>6</sup>

In diesen Zielen – Medienpräsenz und positive bzw. neutrale Medientendenz – ähnelt Polit-PR der Markenwerbung. Es gibt jedoch auch grundsätzliche Unterschiede. Ein zielgerichtetes, konsequentes Kommunikationsmanagement ist im Wahlkampf viel schwieriger als etwa bei der Einführung einer neuen Produktlinie durch einen Automobilkonzern oder bei der Etablierung eines geschmacklich noch nie dagewesenen Müsli-Riegels. Markenwerbung kann Anzeigen schalten, mit TV-Spots arbeiten und Events produzieren. Dies macht zwar die Polit-PR auch, aber für die Wahrnehmung durch die Wählerinnen und Wähler ist sie in weitaus größerem Maße auf die journalistische Berichterstattung im redaktionellen Teil der Zeitungen und des Fernsehens angewiesen – und diese lässt sich sehr viel weniger planen und beeinflussen als die „paid media“ (z. B. eine Anzeigenkampagne). Gerade in der politischen Kommunikation wollen sich Journalisten nicht dem Vorwurf der Manipulierbarkeit aussetzen. Sie meinen, ihre journalistische Distanz vor allem dadurch unter Beweis stellen zu können, dass sie häufiger negativ als positiv über die Parteien und ihre Akteure berichten.

Aber nicht nur die Journalisten, auch das eigene Personal – Spitzenpolitiker wie „Hinterbänkler“ – lässt sich nur schwer kontrollieren. Letzterer äußert sich in keiner Talkshow, er lässt auch keine fragwürdig finanzierten Flugblätter zweifelhaften Inhalts verteilen, die das Kommunikationsmanagement der eigenen Partei vor Schwierigkeiten stellen. Ein nicht unerheblicher Teil der Polit-PR dient dazu, hausgemachte Kommunikationspannen wieder auszubügeln, Äußerungen von Politikern aus den eigenen Reihen zu interpretieren, Widersprüche zwischen den Aussagen unterschiedlicher Politiker zu glätten. Markenwerbung hat es da leichter.

Und schließlich findet politische Kommunikation in einem sich permanent wandelnden Kommunikationsumfeld statt. Ereignisse, die bei der Formulierung einer Kommunikationsstrategie nicht vorhersehbar waren, können von heute auf morgen auf der Tagesordnung erscheinen und Reaktionen der Parteien erzwingen. Die Flutkatastrophe ist das beste Beispiel. Aber auch die Verstrickungen sozialdemokratischer Lokalpolitiker in Bestechungsskandale in Nordrhein-Westfalen lassen

<sup>6</sup> Vgl. Peter Radunski, *Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation*, München-Wien 1980.

sich anführen. Um darauf reagieren zu können, muss Polit-PR sehr flexibel angelegt sein und Szenarien für zahlreiche Eventualitäten bereithalten.

Den größten Stellenwert im Rahmen der Polit-PR besitzt das Themenmanagement. Damit soll die Themen-Agenda, die Tagesordnung der in den Medien diskutierten Themen, so beeinflusst bzw. genutzt werden, dass die eigene Partei und der eigene Kandidat davon profitieren. Drei Strategien stehen zur Verfügung:

*Agenda-Setting:* Beim aktiven Setzen der politischen Tagesordnung wird versucht, jene Themen in die Medienberichterstattung zu lancieren oder sie dort zu halten, bei denen entweder die eigene Partei bzw. der eigene Kandidat von der Bevölkerung als kompetent angesehen werden oder bei denen die Bevölkerung bei der gegnerischen Partei und dem gegnerischen Kandidaten Defizite wahrnimmt.

*Agenda-Cutting:* Es wird aktiv versucht, jene Themen aus der Medienberichterstattung fernzuhalten oder sie von dort verschwinden zu lassen, bei denen entweder die eigene Partei bzw. der eigene Kandidat von der Bevölkerung nicht als kompetent angesehen werden oder die Bevölkerung der gegnerischen Partei und dem gegnerischen Kandidaten größere Problemlösungsfähigkeit zuschreibt.

*Agenda-Surfing:* Wenn man das in der Medienberichterstattung existierende Themen-Set nicht beeinflussen kann – beispielsweise weil sich ein Thema so aufdrängt, wie es bei der Elbe-Flut vor dieser Bundestagswahl der Fall war –, dann wird versucht, dieses Themen-Set zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Welche Themen den Wahlkampf dominieren, ist für die Bewertung der Parteien und Kandidaten durch die Wähler von großer Bedeutung. Vor allem diejenigen Wähler, die sich erst relativ kurzfristig vor der Wahl für die Stimmabgabe zugunsten der einen oder der anderen Partei entscheiden, treffen diese Entscheidung anhand der Themen, die gerade „top-of-the-head“ sind. Sie saldieren also nicht die Vorzüge und die Defizite der einzelnen Parteien in allen Themenfeldern, sondern sie ziehen für ihre Meinungsbildung nur diejenigen Themen heran, die aktuell gedanklich verfügbar sind.<sup>7</sup> Und gedanklich ohne großen Aufwand verfügbar sind genau jene Themen, über die in den Medien häufig berichtet wird. Indem die Massenmedien mitbestimmen, welche Themen dominieren, definieren sie unbewusst auch den Bewertungsmaßstab, anhand dessen die Bevölkerung

<sup>7</sup> Vgl. John R. Zaller, *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge 1992.

Parteien und Politiker beurteilt. Dominieren beispielsweise außenpolitische Themen, so werden die Akteure vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer außenpolitischen Kompetenz bewertet. Davon profitiert die Partei, die im Hinblick auf die Außenpolitik unter den Wählern besser abschneidet als die Konkurrenten. Dominieren wirtschaftspolitische Themen, so werden die Akteure vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz bewertet. Davon profitiert die Partei, der wirtschaftspolitisch mehr zugetraut wird als den anderen Parteien. Daher besitzen „die Massenmedien auch dann einen Einfluss auf die Meinungsbildung und Wahlentscheidung, wenn sie die vorhandenen Einstellungen nicht ändern. Es genügt, sie mehr oder weniger stark zu aktualisieren.“<sup>8</sup>

Vor diesem Hintergrund werden für die Bundestagswahl 2002 folgende Fragen empirisch untersucht:

- Was waren aus der Sicht der Bevölkerung die thematischen Stärken und Schwächen der einzelnen Parteien? Und welche Themen haben die Parteien im Wahlkampf zu lancieren versucht?<sup>9</sup>
- Wie ausgeprägt war die Medienpräsenz der SPD, der Union, der Grünen, der FDP und ihrer jeweiligen Spitzenkandidaten?
- Wie häufig erfuhren die Zeitungsleser und Fernsehzuschauer etwas über politische Sachthemen der Parteien und Kandidaten – und wann standen der Wahlkampf selbst und der Wettkampfcharakter der Wahl im Mittelpunkt?
- Wie hat sich diese Medien-Agenda in der Medientendenz, also in der medialen Gesamtbewertung der Parteien und Kandidaten, niederschlagen?
- Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Medientendenz und der Wahlabsicht der Wählerinnen und Wähler?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird auf Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung zurückgegriffen, die vom Institut „Medien Tenor“ durchgeführt wurden.<sup>10</sup> Der „Medien Tenor“ erfasste vom 1. Januar bis zum 22. September 2002 jeden Tag Zahl, Inhalt und Tendenz sämtlicher Aussagen

8 Hans Mathias Kepplinger u. a., Der Einfluss der Fernsehnachrichten auf die politische Meinungsbildung, Freiburg–München 1989, S. 75; ähnlich: Shanto Iyengar/Donald R. Kinder, News That Matters. Television and American Opinion, Chicago–London 1987.

9 Untersucht werden lediglich Parteien, die in Fraktionsstärke in den neuen Bundestag eingezogen sind.

10 Ich danke dem „Medien Tenor“, insbesondere Markus Rettich und Roland Schatz, für den Zugang zu den Daten ([www.medien-tenor.de](http://www.medien-tenor.de)).

von und über Parteien und Politiker in folgenden Medien: ARD Tagesschau und Tagesthemen, ZDF heute, heute journal und Berlin direkt, RTL Aktuell, SAT.1 18:30, ProSieben Nachrichten, Bild, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, taz, Focus, Spiegel, Stern, Die Woche (bis 8. März 2002), Die Zeit, Rheinischer Merkur, Bild am Sonntag, FAZ Sonntagszeitung, Welt am Sonntag. Insgesamt wurden 325 432 Aussagen erfasst. In den folgenden Analysen wurden diese Aussagen jeweils zusammengefasst, um das gesamte Bild der meinungsführenden Massenmedien zu repräsentieren. Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass unterschiedliche Medien unterschiedliche Tendenzen aufweisen. In diesem Bundestagswahlkampf waren lediglich die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens weitgehend ausgewogen. Die Nachrichtensendungen der privat-kommerziellen Sender begünstigten die Union. Gleiches gilt für Die Welt, die FAZ, Focus und Bild. Im Spiegel, der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, im Stern und in der taz wurden hingegen SPD und Grüne positiver dargestellt als die bürgerliche Opposition.<sup>11</sup>

Ferner wurden vom „Medien Tenor“ die von den Parteien in den letzten vier Wochen vor der Wahl verbreiteten Presseerklärungen erfasst. So konnten die thematischen Schwerpunkte von 535 Pressemitteilungen ermittelt werden.

Darüber hinaus werden die Inhaltsanalysedaten mit Ergebnissen aus repräsentativen Meinungsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen, von Infratest dimap und vor allem von FORSA verglichen. FORSA hat Woche für Woche die Wahlabsicht von 2 500 Bundesbürgern erhoben. Hier werden die 53 880 Interviews ausgewertet, die zwischen der 17. Kalenderwoche (Ende April) und dem Wahltag stattgefunden haben.<sup>12</sup>

---

### III. Themenkompetenz und Thematisierungsversuche der Parteien

---

Thematische Stärken und Schwächen der Parteien waren aus Sicht der Wählerinnen und Wähler vor der Wahl relativ klar zu erkennen. So wurde der Union und ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in den Bereichen Wirtschafts-, Haushalts-,

11 Vgl. Markus Rettich, Wahlempfehlungen – eine Frage der Glaubwürdigkeit. Die meinungsführenden Medien neigen bestimmten Parteien zu: Das sind implizite Wahlempfehlungen, in: Medien Tenor, 9 (2002) 125, S. 10–13.

12 Ich danke FORSA, insbesondere Manfred Güllner und Sigrid Beeske, für den Zugang zu den Daten.

**Tabelle 1: Themenschwerpunkte in den Presseerklärungen von im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und Fraktionen in den letzten vier Wochen vor der Bundestagswahl 2002 (in Prozent aller Presseerklärungen einer Partei/Fraktion)**

|                                 | SPD | Union | Grüne | FDP |
|---------------------------------|-----|-------|-------|-----|
| Zahl der Presseerklärungen      | 165 | 157   | 88    | 125 |
| Wirtschaftspolitik              | 11  | 14    | 7     | 14  |
| Arbeitsmarkt                    | 7   | 10    | 3     | 7   |
| Haushalts- und Steuerpolitik    | 4   | 6     | –     | 8   |
| Gesundheitssystem               | 8   | 3     | –     | 3   |
| Bildung                         | –   | –     | –     | 3   |
| Frauen/Familie                  | 4   | 4     | 5     | –   |
| Ausländerpolitik                | –   | –     | 7     | –   |
| Umwelt- und Verkehrspolitik     | 5   | 12    | 8     | 5   |
| Internationale Politik          | 7   | –     | 18    | 11  |
| Wahlkampf / Koalitionsfragen    | 7   | 4     | –     | 4   |
| Politisches Auftreten allgemein | 14  | 4     | 14    | 6   |

*Quelle:* Medien Tenor. Datenbasis: Presseerklärungen der Parteien und Fraktionen in den vier Wochen vor der Wahl. Erfasst wurde jeweils das zentrale Thema der Presseerklärung. In der Tabelle werden lediglich Themen dargestellt, die in mindestens drei Presseerklärungen einer Partei angesprochen wurden. Die Differenz zu 100 Prozent bilden einzelne Presseerklärungen zu speziellen Themen.

Steuer- und Arbeitsmarktpolitik mehr zugetraut als der SPD und Bundeskanzler Gerhard Schröder. Im September 2002 trauten beispielsweise 43 Prozent der Bundesbürger eher der Union die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu – gegenüber 32 Prozent, die diesbezüglich die SPD für kompetenter hielten.<sup>13</sup> Auch in der Bildungspolitik nahm die Bevölkerung einen Kompetenzvorsprung der Union wahr. Bei der Gesundheits- und der Ausländerpolitik gab es mehr oder weniger einen Gleichstand zwischen den beiden Volksparteien. Der SPD wurde eher zugetraut, sich für den Frieden einzusetzen (37 vs. 23 Prozent für die Union) und eine verlässliche Außenpolitik zu betreiben (36 vs. 29 Prozent). Friedens- und Außenpolitik waren ebenfalls die Stärken der Grünen (21 bzw. 19 Prozent), die zudem bei der Umweltpolitik mit 54 Prozent unangefochten an der Spitze lagen. Der FDP schrieben in keinem Politikfeld mehr als 7 Prozent der Wählerinnen und Wähler die größte Kompetenz zu. Man kann sagen, dass die FDP von der Bevölkerung nicht unter thematischen Gesichtspunkten wahrgenommen wurde.

Die Kommunikationsprofis wissen um die Stärken und Schwächen ihrer Parteien. Folgerichtig betreiben sie Agenda-Setting – u. a. mittels Interviews, Wahlkampfreden, Plakaten und Auftritten in Talkshows. Auch in den 535 Presseerklärungen, die in den letzten vier Wochen vor der Wahl herausgegeben wurden, spiegeln sich die oben genannten Stärken und Schwächen wider (vgl. Tabelle 1). Wie in den Interviews und den beiden „TV-Duellen“ konzentrierten sich die Union und Edmund Stoi-

ber auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Themen sowie den Arbeitsmarkt. Deutschland wurde als Schlusslicht unter den EU-Staaten charakterisiert. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien hausgemacht, die Verantwortung dafür trage die Bundesregierung. Den gleichen thematischen Schwerpunkt setzte die FDP. In etwas geringerem Umfang äußerte sich die SPD zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wirtschaftliche Probleme wurden nicht geleugnet, die Ursachen dafür wurden aber in der Entwicklung der Weltwirtschaftslage gesucht. Auch wurde mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission versucht, den Eindruck von Tatkraft und Problembewusstsein zu vermitteln.

Daneben stand im Zuge der Elbe-Flut das klassische SPD-Thema Solidarität im Mittelpunkt, bis es von der Thematisierung einer deutschen Beteiligung an einem hypothetischen Angriff der USA auf den Irak abgelöst wurde. Auch bei den Grünen nahm die internationale Politik – verbunden mit Außenminister Joschka Fischer – einen breiten Raum ein. Sie wurde in den Presseerklärungen sogar häufiger thematisiert als das urgrüne Thema Umweltpolitik.

---

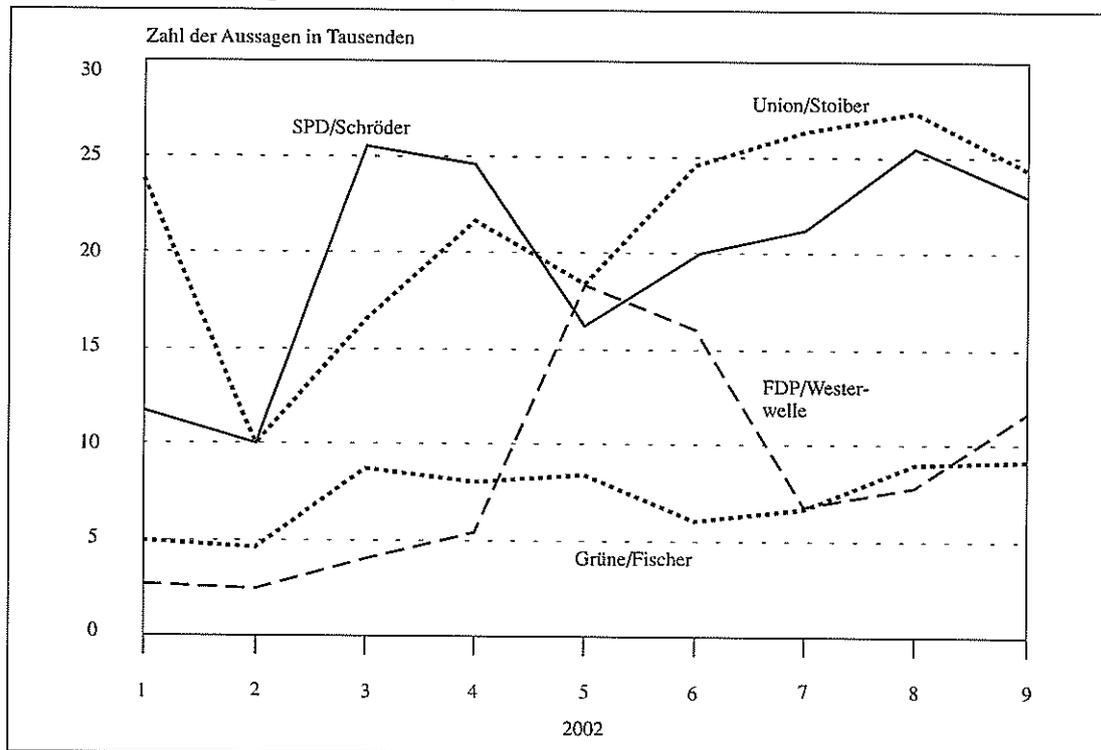
#### IV. Medienpräsenz der Parteien und Medien-Agenda

---

Um wahrgenommen zu werden, müssen Parteien und Kandidaten in den Medien präsent sein. Präsenz alleine ist jedoch kein Erfolgsgarant. Wichtig ist vielmehr, dass das thematische Umfeld der Berichterstattung und damit die Medientendenz für eine Partei „günstig“ ausfällt. Hinsichtlich der Medienpräsenz, also der Häufigkeit der Berichter-

<sup>13</sup> Vgl. Infratest dimap Deutschland-Trend ([www.infratest-dimap.de/politik/deutschlandtrend/dt0210/default.htm](http://www.infratest-dimap.de/politik/deutschlandtrend/dt0210/default.htm)).

**Abbildung 2: Häufigkeit der Berichterstattung über die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und ihre Spitzenkandidaten, 2002**



Quelle: Medien Tenor. Datenbasis: 325 432 Aussagen über die Parteien und ihre Spitzenkandidaten in den oben genannten Medien; Darstellung auf Monatsbasis.

stattung über die Parteien und ihre Spitzenkandidaten, lagen SPD und Union erwartungsgemäß vorne (vgl. Abbildung 2). Die Union dominierte im Januar die Berichterstattung, in der die Entscheidung der Union zugunsten Edmund Stoibers als Kanzlerkandidat im Mittelpunkt stand. Die Korruptionsskandale von nordrhein-westfälischen SPD-Kommunalpolitikern bescherten den Sozialdemokraten im Frühjahr eine in diesem Kontext unerwünschte Medienpräsenz. Im März entfielen knapp 10 Prozent der gesamten Berichterstattung auf die Bestechungsaffäre, im April waren es nur noch 4,3 Prozent.

Der Mai war dann ein Ausnahmemonat: Über die FDP wurde häufiger berichtet als über jede andere Partei. Zunächst war mit der Präsenz auch eine positive Tendenz verbunden, denn die häufige Berichterstattung beruhte anfänglich auf der in den Medien positiv aufgenommenen Ernennung Guido Westerwelles zum Kanzlerkandidaten der FDP. Die Freude bei den Freidemokraten über den gelungenen Medien-Coup hielt jedoch nicht lange an, wurde doch die positive von einer negativen Berichterstattung abgelöst. Auslöser war der Streit des stellvertretenden FDP-Parteichefs Jür-

gen Möllemann mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und die sich daraus ergebende Diskussion über Antisemitismus und Rechtspopulismus in der FDP. Im Zuge dieser Diskussion wurde immer wieder die Führungsfähigkeit des Parteivorsitzenden Westerwelle hinterfragt. Auch wurde ihm nun das Format eines ernst zu nehmenden Kanzlerkandidaten abgesprochen. Die Schlüsselthemen der FDP – Bildungs-, Steuer- und Wirtschaftspolitik – traten in den Hintergrund.

Im Juni stieg dann wieder die Berichterstattung über die Union und die SPD an. Beide Parteien erhielten Resonanz auf ihre Wahlparteitage. Die dosierte und sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Präsentation des „Kompetenzteams“ der Union erhöhte ebenfalls die Medienpräsenz der Partei. Zudem thematisierte die Union das schlechte Abschneiden Deutschlands in der PISA-Studie – nicht ohne die innerdeutsche Spitzenstellung unionsgeführter Bundesländer zu unterstreichen. Dies alles verschaffte der Union ein im Vergleich zur SPD positives Medienimage.

Die vorzeitige Lancierung einiger Vorschläge der Hartz-Kommission konnte daran zunächst nicht

viel ändern. Zwar war der SPD damit ein erfolgreiches Agenda-Cutting gelungen – das für sie ungünstige Thema Bildungspolitik wurde in den Hintergrund gedrängt. Der Medienerfolg der sozialdemokratischen „Spin-Doktoren“ wurde jedoch im Juli durch die Bonusmeilen-Affären von Koalitionsmitgliedern und durch den erzwungenen Rücktritt von Verteidigungsminister Rudolf Scharping wieder zunichte gemacht. Hinzu kam das „Sommer“-Theater bei der Telekom, bei dem die Regierung ebenfalls kein gutes Bild abgab. Der Union gelang es in diesem Zeitraum zudem, das Thema Arbeitslosigkeit wieder in das Zentrum der Berichterstattung zu rücken. Darüber hinaus genügte es für sie, die für die Regierung ungünstigen Themen präsent zu erhalten. In keinem Monat war das kommunikative Umfeld für die Regierung ungünstiger als im Juli 2002.

Im August kam das Elbe-Hochwasser, das sogleich als „Jahrhundert-Flut“ zum alles andere überragenden Medienereignis wurde. Die zuvor zentralen Themen waren mit einem Male buchstäblich von der Tagesordnung „gespült“. Die Regierung, allen voran Gerhard Schröder, nutzte diese Gelegenheit. Krisenzeiten sind Regierungszeiten, wenn es der Regierung gelingt, als anpackend und problemlösend dargestellt zu werden. Die SPD verband zudem das Elbe-Hochwasser mit ihrem Kernthema „Solidarität“ – nicht zuletzt, um Stammwähler zu mobilisieren und Wechselwähler in Ostdeutschland zu gewinnen. Dabei handelte es sich um ein gelungenes Agenda-Surfing auf der Flut-Welle.

Mit der Flut gelangte auch das für die Grünen wichtige Umweltthema auf die Tagesordnung und verhalf ihnen über die mediale Wahrnehmungsschwelle; bis zum August hatten die Grünen in der Medienberichterstattung eher ein Schattendasein gefristet.

Die Union reagierte auf die veränderten kommunikativen Rahmenbedingungen hingegen zu spät und unzureichend. So hielt sie an der Präsentation ihres 49-Punkte-Plans – „Sofortprogramm für ein leistungsfähiges und soziales Deutschland“ – fest und ging damit in der Flutberichterstattung unter. Gleiches gilt für die FDP und ihren im „Guidomobil“ über die Campingplätze tingelnden Vorsitzenden.

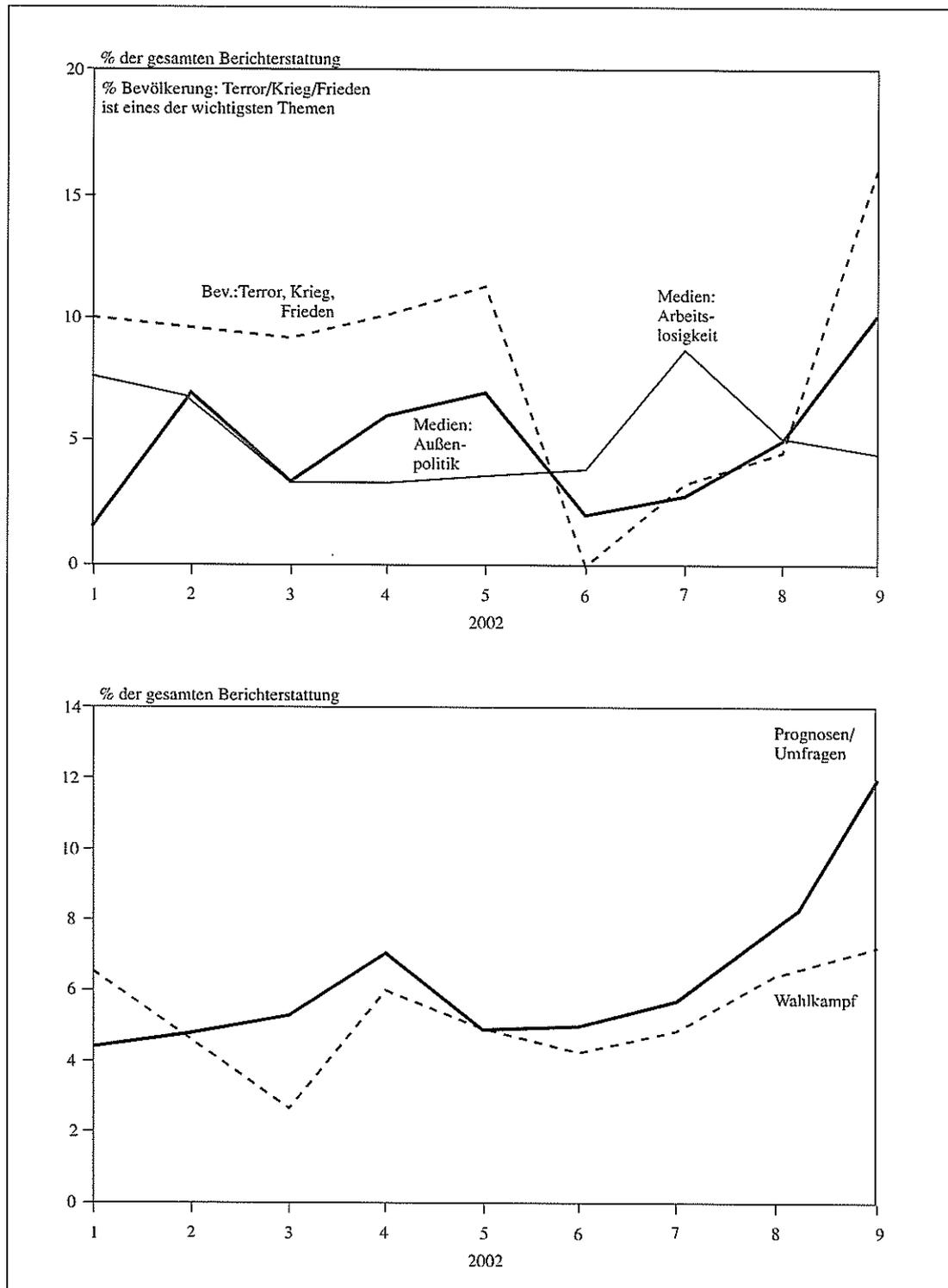
Erst Ende August geriet die Union wieder in das Scheinwerferlicht, als Edmund Stoiber im ersten „TV-Duell“ mit Gerhard Schröder besser abschnitt als von den Journalisten erwartet. Die daraufhin einsetzende positive Berichterstattung für Stoiber wurde jedoch rasch durch Meldungen zum angeblichen Schlingerkurs der Union in zahlreichen Sachfragen – etwa beim Dosenpfand oder

bei den Reaktionen auf die Vorschläge der Hartz-Kommission – konterkariert.

Gravierender war jedoch, dass der Versuch der Union misslang, die Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik wieder zum Spitzenthema in den Medien zu machen. Stattdessen prägte der Kanzler die politische Diskussion im September mit seiner Ablehnung einer deutschen Beteiligung an einem möglichen Angriff der USA auf den Irak. Dies war Agenda-Setting und Agenda-Cutting zugleich. Es gelang ihm damit, die für die SPD ungünstigen Themen Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt in den Hintergrund zu drängen und das für die SPD günstige Thema Frieden in den Mittelpunkt zu rücken. In den Medien wurde erstmals häufiger über Außenpolitik berichtet (mehr als 10 Prozent aller Aussagen) als über den Arbeitsmarkt (weniger als 5 Prozent aller Aussagen; vgl. Abbildung 3). Dies hatte Konsequenzen für die Einschätzung der Wichtigkeit des Themas Krieg, Frieden und Terror durch die Bevölkerung. Auf die Frage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland erhielt die Forschungsgruppe Wahlen Antworten, welche die Medienberichterstattung widerspiegeln. War das Thema im Juni für die Bevölkerung noch relativ unbedeutend, stieg der Anteil derjenigen, die Krieg und Frieden als eines der wichtigsten Themen bezeichneten, im September auf 15 Prozent an. Gleichwohl wurde das Thema Arbeitslosigkeit von den Menschen nach wie vor als das mit Abstand wichtigste Thema angesehen (mehr als 80 Prozent) – nur haben sie aus den Medien zu den betreffenden Standpunkten der Parteien nicht viel erfahren.

Häufiger als über jedes einzelne Sachthema wurde im September über Prognosen und Meinungsfragen berichtet. Dabei stand der „Horse-Race-Aspekt“ im Mittelpunkt: Wer liegt vorne, wer liegt zurück, wer holt auf, wer macht das Rennen? Nur selten wurden Umfragen für die Hintergrundberichterstattung über das sich wandelnde Meinungsklima und zu den Motiven der Wähler herangezogen. Somit erfuhren die Zeitungsleser und die Zuschauer der Fernsehnachrichten mehr über den Stand des Wettkampfes, als über seinen Inhalt. Die „Aufholjagd“ der Regierung in den Umfragen wurde ein wichtigeres Medienthema als die Frage, welche Konzepte die Parteien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Weg aus der Bildungsmisere oder zur Reform der sozialen Sicherungssysteme anbieten. Auch nach den TV-Debatten, in denen beide Kontrahenten zahlreiche Sachpositionen vertraten, drehte sich die Berichterstattung kaum um diese Positionen, sondern um die Frage, wer gewonnen habe. Kein Wunder, dass nach der Wahl das Erstaunen über die Regierungspläne etwa im Renten- und im Gesundheitswesen so

Abbildung 3: Themenschwerpunkte der Berichterstattung und Bevölkerungseinstellung, 2002



Quelle: Medien Tenor, Forschungsgruppe Wahlen. Datenbasis: 325 432 Aussagen über die Parteien und ihre Spitzenkandidaten in den oben genannten Medien; repräsentative Bevölkerungsumfragen; Darstellung auf Monatsbasis.

groß ist. Durch eine themenorientierte Berichterstattung hätten Journalisten die Wähler bereits vor der Wahl mit diesen Vorhaben vertraut machen können.

Schröders Themenführerschaft wurde im September durch eine Verstärkung des Kanzlerwahlkampfes der SPD unterstrichen. Daneben konnten nur wenige Themen bestehen: *erstens* das zweite „TV-Duell“, bei dem Edmund Stoiber ebenso verzweifelt wie erfolglos versuchte, die Wirtschaftspolitik wieder auf die Tagesordnung zu setzen, *zweitens* die Aufholjagd von Rot-Grün in den in kurzen Abständen publizierten Meinungsumfragen und *drittens* die von Jürgen Möllemann veranlasste Verteilung eines umstrittenen Faltblatts, welches der FDP wieder mehr – aber eben vor allem negativ – Medienpräsenz eintrug.

Wegen der Querelen innerhalb der FDP war Guido Westerwelle der einzige Spitzenkandidat, der gegen Ende des Wahlkampfes das Medienbild seiner Partei nicht maßgeblich prägen konnte. Während sich im September mehr als 35 Prozent aller Aussagen über die Grünen auf Joschka Fischer bezogen, kam Guido Westerwelle bei der Berichterstattung der FDP lediglich auf 22 Prozent. Am deutlichsten prägte jedoch Gerhard Schröder das Medienbild seiner Partei. Mehr als 57 Prozent aller Aussagen über die SPD entfielen auf ihn. Damit wurde über ihn häufiger berichtet als über alle anderen SPD-Politiker zusammen. Durch die Konzentration der SPD auf den Kanzler wurde zum einen der Versuch unternommen, als Partei vom positiven Image Gerhard Schröders zu profitieren. Zum anderen ist es bei einer solchen kommunikativen Fokussierung auf eine Person leichter, Botschaften konsistent und kontrolliert zu platzieren. Edmund Stoiber hatte es da wesentlich schwerer. Vom ihm stammen lediglich 38 Prozent des Medienbildes der Union. Neben ihm meldeten sich zahlreiche andere Unions-Akteure zu Wort. Dies erschwerte ein kontrolliertes Themenmanagement.

Die personelle Zuspitzung, die die Parteien und die Medien am Ende des Wahlkampfes betrieben haben, ist jedoch nicht mit einer Entsachlichung gleichzusetzen. Interessanterweise ist der Anteil der Sachaussagen an der Berichterstattung über die Spitzenpolitiker sogar geringfügig größer als der Anteil der Sachaussagen an der Berichterstattung über die Parteien (42 versus 38 Prozent). Die Berichterstattung über die SPD und Gerhard Schröder sowie über die Union und Edmund Stoiber ist in gleichem Maße von Sachaussagen geprägt – jeweils etwa 40 Prozent entfallen auf thematische Positionen der Parteien bzw. ihrer Kandidaten. Die FDP drang hingegen mit Sachaussagen

kaum in die Berichterstattung vor (27 Prozent). Der „Spaßwahlkampf“ führte zwar zunächst zu der erwünschten Aufmerksamkeit – allerdings zu Lasten der Sachaussagen. Und die vielfachen Möllemann-Äußerungen lenkten ebenfalls von den Sachthemen der FDP ab. Oder anders formuliert: Die FDP war primär mit sich selbst und ihrer Wahlkampfführung – „Projekt 18“ und Kanzlerkandidat – beschäftigt statt klarzumachen, für welche inhaltlichen Positionen sie steht. Das Themenmanagement der Liberalen ist gründlich misslungen.

Ganz anders war dies bei den Grünen: In fast der Hälfte aller Aussagen über die Grünen und Joschka Fischer erfuhren die Zeitungleser und Fernsehzuschauer etwas über deren Sachpositionen. Da die Grünen zudem ihre inhaltlichen Standpunkte im Bereich der Außenpolitik – die in der Endphase des Wahlkampfes starke mediale Präsenz erfuhr – über den in der Bevölkerung beliebten Joschka Fischer transportierten, kann man von einem gelungenen Themenmanagement sprechen.

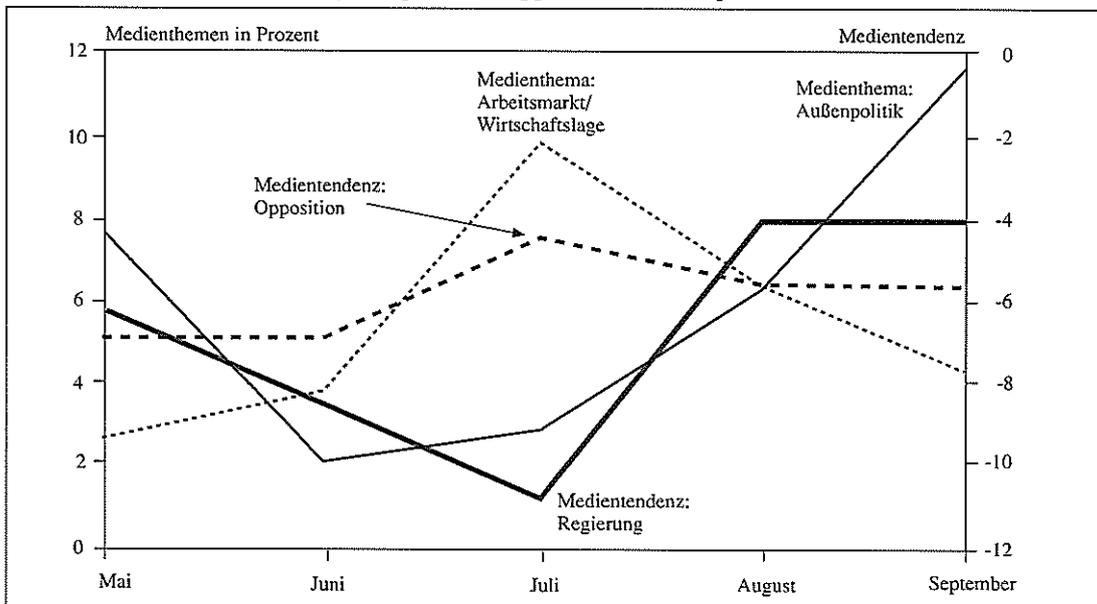
---

## V. Medien-Agenda, Medientendenz und Wahlabsicht

---

Die Zusammensetzung der Medien-Agenda schlägt sich auch in der Medientendenz nieder, also in der medialen Gesamtbewertung der Parteien und ihrer Kandidaten. Ob die Regierung oder die Opposition in den Medien besser abschneidet, hängt wesentlich vom thematischen Umfeld der Berichterstattung ab. Im Juli, als die Medien in nennenswertem Umfang über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage in Deutschland berichteten, ging die Bewertung von Union und FDP deutlich nach oben (vgl. Abbildung 4). Mit der Verdrängung des Themas durch die Irak-Debatte verschlechterte sich auch die mediale Bewertung der Opposition. Im Gegenzug stieg hingegen die Bewertung der Regierung, die noch im Juli ihren Tiefpunkt erreicht hatte: Den 6,5 Prozent positiven Aussagen standen im Juli 16,9 Prozent negative Aussagen gegenüber. Bis zum September verringerte sich die Kluft von 10,4 Prozentpunkten auf nur noch 4 Prozentpunkte. Damit stand die Regierung kurz vor der Wahl besser da als die Opposition. Dies ist nicht nur auf die gestiegene Medienpräsenz der Außenpolitik zurückzuführen – auch die Probleme der FDP sowie die für die Regierung verbesserten Umfragewerte trugen zu der steigenden Medientendenz bei.

**Abbildung 4: Themenschwerpunkte in der Berichterstattung und die Tendenz der Medienberichterstattung über die Regierung und die Opposition, Mai–September 2002**



Quelle: Medien Tenor. Datenbasis: Anteil der Themen Arbeitsmarkt/Wirtschaftslage bzw. Außenpolitik an allen 325 432 Aussagen über die Parteien bzw. ihre Spitzenkandidaten in den oben genannten Medien. Die Medientendenz errechnet sich aus dem Anteil positiver Aussagen über eine Partei und ihren Spitzenkandidaten abzüglich des Anteils negativer Aussagen über diese Partei und ihren Spitzenkandidaten; die Werte wurden für Union und FDP sowie für SPD und Grüne gemeinsam berechnet; Darstellung auf Monatsbasis.

Die Medientendenz ist ihrerseits ein wichtiger Orientierungspunkt für die noch unentschiedenen Wähler. Auch kann sie die Mobilisierung der Wechselwähler beeinflussen. Mit medialem Rückenwind lässt es sich an den Infoständen der eigenen Partei und auf Wahlveranstaltungen besser „kämpfen“. So schlägt sich die Medientendenz denn auch in der Wahlabsicht nieder. Dabei ist für die Wahlabsicht in den letzten Wochen vor der Wahl nicht nur die aktuelle Berichterstattung von Bedeutung, sondern auch das Medienbild, das sich in den drei einer Umfrage vorausgehenden Wochen gebildet hat. Die Kumulation der Berichterstattung kann vorhandene Trends in der Bevölkerung verstärken – gelegentlich sogar anstoßen.<sup>14</sup>

So ging der Aufholjagd der Regierung in der Wahlabsichtsfrage eine in der letzten Juli-Woche (30. Woche) beginnende Verbesserung der Medientendenz voraus. Mitte August (34. Woche) war der Drei-Wochen-Wert der Regierung dann besser als der Drei-Wochen-Wert der Opposition. Zwei Wochen später, Anfang September, konnte die Regierung in der Wahlabsichtsfrage erstmals die Opposition überholen (vgl. Abbildung 5, S. 46).

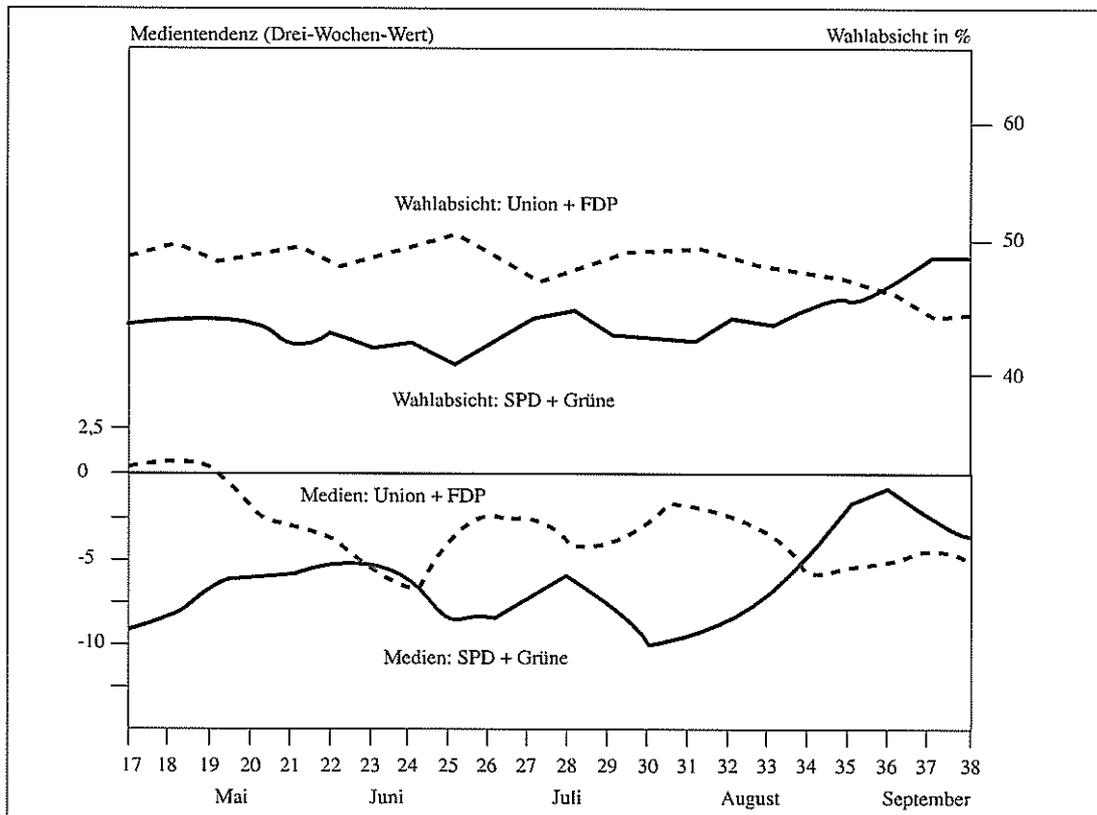
<sup>14</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt, in: Publizistik, 18 (1973) 1, S. 26–55.

Obwohl sich die Bewertungen von Union und FDP einerseits sowie von SPD und Grünen andererseits in den beiden letzten Wochen vor der Wahl wieder leicht aneinander annäherten, reichte der Schub, den die Regierung in der Berichterstattung zwischen der 30. und der 36. Woche erfahren hatte, aus, um als Sieger die Ziellinie zu überqueren.

## VI. Permanentes Themenmanagement?

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Bis zur nächsten Bundestagswahl ist es zwar – aller Voraussicht nach – noch eine Weile hin. Aber in einem föderalen System wie der Bundesrepublik kann sich die Regierung nach einer gewonnenen Bundestagswahl keine kommunikative Verschnaufpause und schon gar keine Kommunikationsschnitzer leisten. Sie könnte dafür bereits bei der nächsten Landtagswahl bestraft werden. Der Absturz, den die SPD derzeit in den Meinungsumfragen erlebt, zeigt, dass sich kommunikative Anstrengungen nicht nur auf den Wahlkampf beschränken dürfen. Politische Entscheidungen – erst recht, wenn es sich um unpopuläre Maßnahmen wie die Erhöhung der Rentenbeiträge oder um Leistungsein-

**Abbildung 5: Tendenz der Medienberichterstattung über die Regierung und die Opposition sowie Wahlabsicht, Mai-September 2002**



*Quelle:* Medien Tenor, FORSA. Datenbasis: Die Wahlabsicht wurde mit Hilfe der Sonntagsfrage ermittelt. Es werden die von FORSA gewichteten Daten dargestellt. Die Anteile von Union und FDP sowie von SPD und Grünen wurden addiert. Die Differenz zu 100 Prozent ergibt sich aus den Wählern anderer Parteien. Die 53 880 Interviews werden auf Wochenbasis dargestellt. Die Medientendenz errechnet sich aus dem Anteil positiver Aussagen über eine Partei und ihren Spitzenkandidaten abzüglich des Anteils negativer Aussagen über diese Partei und ihren Spitzenkandidaten. Erneut wurden die Werte für Union und FDP sowie für SPD und Grüne gemeinsam berechnet. Die Darstellung erfolgt ebenfalls auf Wochenbasis. Für den Wochenwert wurden die aktuelle Berichterstattung und die Berichterstattung in den vorangegangenen zwei Wochen addiert.

schränkungen im Gesundheitssystem handelt – müssen kommunikativ begleitet werden. Die Gründe für diese Maßnahmen müssen den Menschen erläutert, es muss um Verständnis und Unterstützung für die Entscheidungen geworben werden. Dabei geht es nicht um ein permanentes politisches Themenmanagement, mit dem versucht wird, die Themen-Agenda der Berichterstattung zu seinen eigenen Gunsten zu beeinflussen – sondern es geht um Überzeugungsarbeit.

Die Enttäuschung vieler Bürger über das Verhalten der Bundesregierung zeigt aber auch, dass Journalisten nicht erst nach der Wahl, sondern schon davor eine überwiegend an politischen Sachthemen orientierte Berichterstattung pflegen sollten. Oder war etwa nicht schon vor der Wahl bekannt, dass die Bundesrepublik die Brüsseler

Drei-Prozent-Hürde reißen würde? War nicht schon vor der Wahl bekannt, dass die Rentenfinanzierung bei der derzeitigen Beschäftigungslage nicht ohne Beitragserhöhungen auskommen kann? Die Regierung hat im September solche für sie ungünstigen Themen von der Medien-Agenda verdrängen können. Journalisten haben sich nicht durch Recherche, durch Nachfragen und durch Insistieren auf diese Themen zur Wehr gesetzt. Stattdessen wurde ausführlich über die Siegchancen der Parteien, über den Gewinner der „TV-Duelle“ und über den „deutschen Sonderweg“ von Kanzler Schröder in der Irak-Frage berichtet.

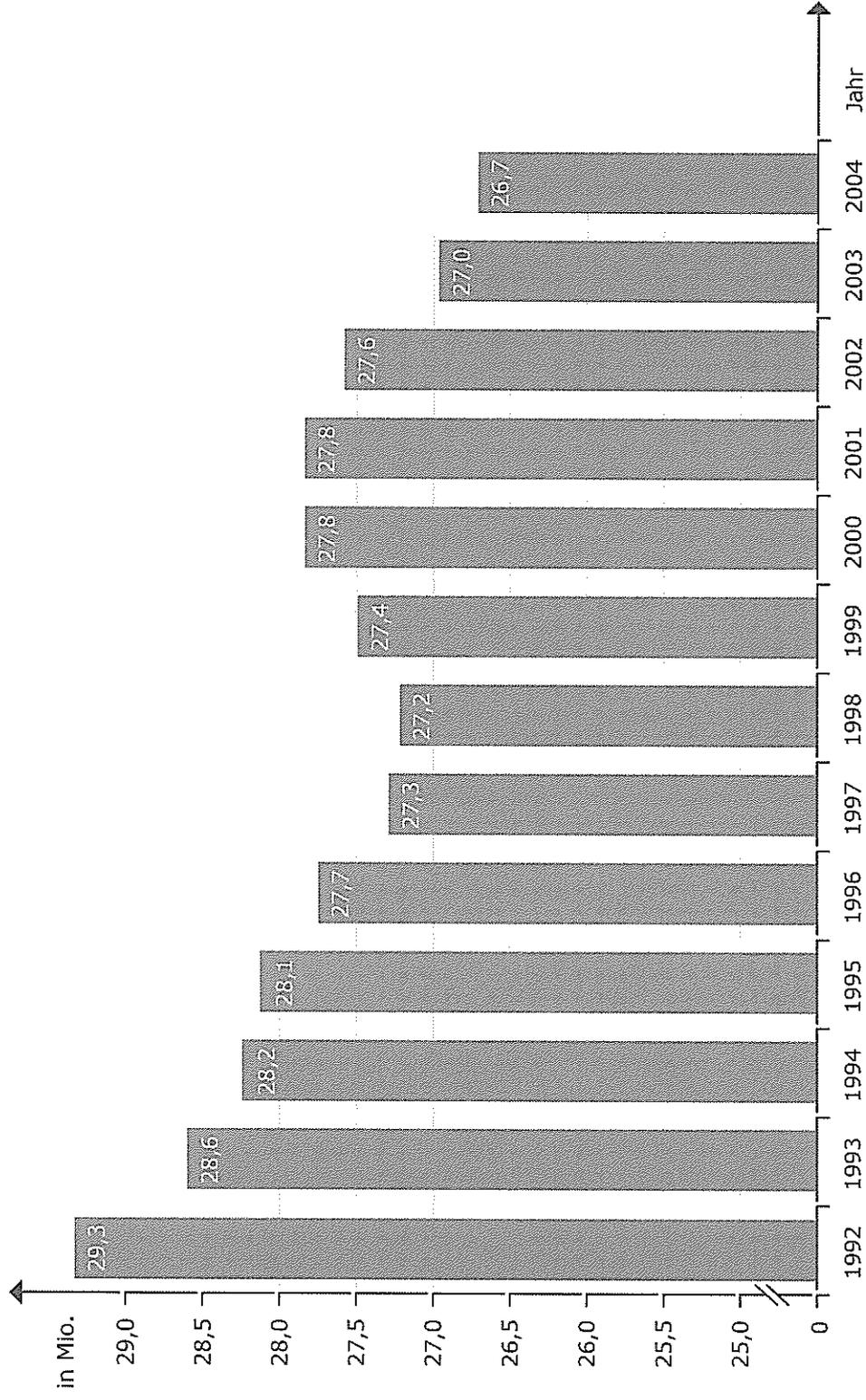
Mehr Berichterstattung über Sachthemen, weniger Horse-Race-Journalism – das würde die Wählerinnen und Wähler vor Wahlen in die Lage versetzen, sich ein Bild von der Kompetenz der Parteien und

ihres Führungspersonals zu machen. Deren Bewertung hängt maßgeblich von dem Themen-Set der Berichterstattung ab. Zwar lässt sich der Wahlausgang nicht alleine – ja, vielleicht noch nicht einmal hauptsächlich – durch die Medienberichterstattung erklären. Langfristige Traditionen und die nach wie vor zahlreich vorhandenen Bindungen von Wählerinnen und Wählern an eine Partei spielen eine größere Rolle. Aber auch Stammwähler wollen erst einmal mobilisiert werden. Die richtigen Wahlkampfthemen sind dafür mitentscheidend. Und die Wechselwähler, zumal diejenigen, die sich erst sehr kurz vor der Wahl entscheiden, nutzen

die in den Medien dominierenden Themen als Maßstab zur Beurteilung der Parteien und Politiker. Bei einem knappen Wahlausgang kann es daher entscheidend sein, welche Themen unmittelbar vor der Wahl „gespielt“ werden. Die Bundestagswahl 2002 hat nicht zuletzt dies unter Beweis gestellt: Ohne ein aktives Gestalten des kommunikativen Umfeldes – ohne Agenda-Setting, Agenda-Cutting und Agenda-Surfing – lässt sich die Wahl nicht gewinnen; selbst dann nicht, wenn man, wie die Union, in den langfristig wichtigsten Themenfeldern als die kompetentere Partei angesehen wird.

# Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

In absoluten Zahlen, Deutschland 1992 bis 2004



Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
Stand: 11.2004

DDG - Institut für politische Bildung

# Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

## In absoluten Zahlen, Deutschland 1992 bis 2004

### ▪ Fakten

Bei der Betrachtung der Erwerbstätigkeit in Deutschland interessiert besonders die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Denn nur diese erwerben über ihre Beitragszahlungen soziale Leistungsansprüche wie zum Beispiel auf Renten und Arbeitslosengeld. Außerdem hängen die Einnahmen der Sozialversicherungsträger stark von ihren Beitragszahlungen ab.

Die Grafik zeigt, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit mehreren Jahren rückläufig ist. So sind zwischen 1992 und 2004 gut 2,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen. Dies ist zum einen Ausdruck der Krise auf dem Arbeitsmarkt. Zum anderen sind aber auch Beschäftigungsverhältnisse ohne Sozialversicherungspflicht ausgeweitet worden – ein Trend, der die andauernde Finanzkrise der Sozialversicherungsträger verstärkt.

### ▪ Datenquelle

Bundesagentur für Arbeit

### ▪ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Nicht zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zählen Mini-Jobs, Beamtenverhältnisse sowie die unterschiedlichen Formen und Ausprägungen selbstständiger Tätigkeit.

Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird nicht nach der Arbeitszeit unterschieden. Hier hat sich eine Verschiebung zu Gunsten von Teilzeitbeschäftigung und zu Lasten von Vollzeitbeschäftigung ergeben.

## ■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

In absoluten Zahlen, Deutschland 1992 bis 2004

|      | in Mio. |
|------|---------|
| 1992 | 29,3    |
| 1993 | 28,6    |
| 1994 | 28,2    |
| 1995 | 28,1    |
| 1996 | 27,7    |
| 1997 | 27,3    |
| 1998 | 27,2    |
| 1999 | 27,4    |
| 2000 | 27,8    |
| 2001 | 27,8    |
| 2002 | 27,6    |
| 2003 | 27,0    |
| 2004 | 26,7    |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
Stand: 11.2004

# 1871-1914 Die

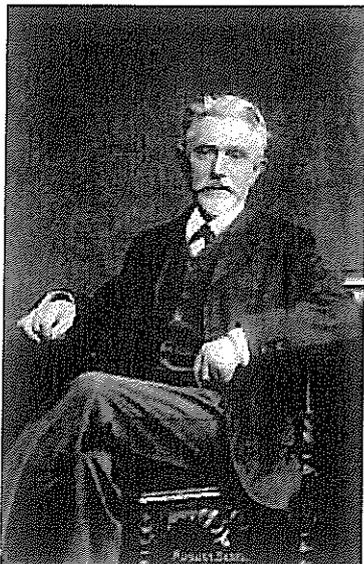
# Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 1870-1918

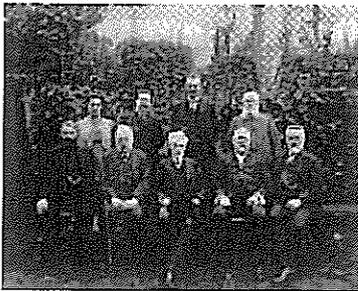
- Die SPD 1918-1933
- Die SPD 1933-1945
- Die SPD 1945
- Die SPD 1959

## 1870-1914

Der 1863 unter Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sowie die 1869 unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) schlossen sich 1875 auf dem Gothaer Kongreß zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) zusammen. Damit verfügte Deutschland im Unterschied zu anderen europäischen Ländern über eine einheitliche sozialistische Partei. Programmatisch stand die SAP in grundsätzlicher Opposition zum politischen System des Kaiserreichs. Von Otto von Bismarck zum "Reichsfeind" gestempelt, wurde die SAP durch das Gesetz "wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" 1878 verboten. Desgleichen wurden alle Organisationen der SAP, ihre Presse und die von ihr aufgebauten Gewerkschaften durch dieses "Sozialistengesetz" verboten, die Reichstagsfraktion jedoch blieb weiter bestehen. Ausnahme Gesetze, polizeistaatliche Unterdrückung und Terror konnten den Aufstieg der Sozialdemokratie aber nicht verhindern. Unter dem "Sozialistengesetz" verdreifachte die Partei ihre Stimmen und erhielt 1890 bei den Reichstagswahlen mit knapp 20 Prozent erstmals die meisten der abgegebenen Stimmen. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts, der gegen sie gerichteten Wahlbündnisse der bürgerlichen Parteien sowie der sie stark benachteiligenden Wahlkreiseinteilung erhielt sie als stimmenstärkste Partei jedoch nur 35 der 391 Mandate. Die Verfolgung unter dem "Sozialistengesetz" hinterließ in der Arbeiterbewegung tiefe Verbitterung und machte marxistische Ideen attraktiv und populär. Nach der Nichtverlängerung des "Sozialistengesetzes" gründete sich die SAP 1890 offiziell als Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) neu.

Das 1891 verabschiedete Erfurter Programm vertrat einen dogmatischen Marxismus, gegen den die sozialreformerische Politik der Freien Gewerkschaften sich unter Personen wie Carl Legien jedoch immer stärker behauptete. Führender Theoretiker der "Revisionisten" war Eduard Bernstein. Erbittert bekämpft wurde der Revisionismus von führenden Sozialdemokraten wie August Bebel, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Unbeschadet des innerparteilichen Streits um die richtige Theorie war die SPD die mit Abstand mitgliederstärkste Partei vor dem





Ersten Weltkrieg und stellte 1912 erstmals auch die stärkste Reichstagsfraktion. Die SPD war vor allem die Partei protestantischer und konfessionsloser Industriearbeiter, aber sie hatte auch im Mittelstand Anhänger. Keine andere Partei unterhielt im Kaiserreich ein so dichtes Organisationsnetz von Vereinen, keine andere Partei prägte das soziokulturelle Milieu ihrer Anhänger so wie die SPD das der Arbeiterschaft. Noch vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich im Reichstag eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der SPD und den bürgerlichen Mitte-Links-Parteien, auf regionaler Basis hatte es bereits vorher Koalitionen gegeben.

### 1914-1918

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs stimmte die SPD unter dem Eindruck der nationalen Hochstimmung am 4. August 1914 im Reichstag geschlossen für die Kriegskredite zur Landesverteidigung. Allerdings hatten 14 Abgeordnete parteiintern gegen die Kredite gestimmt, sich bei der Abstimmung des Reichstags aber der Fraktionsdisziplin gebeugt. Zudem verpflichtete sich auch die SPD mit dem sogenannten Burgfrieden, für die Dauer des Krieges auf jede Auseinandersetzung mit den anderen Parteien sowie auf jegliche Agitation gegen die Reichsregierung zu verzichten.

Die schon vor dem Krieg hervorgetretenen inneren Gegensätze der Partei ließen sich nur für kurze Zeit überdecken. Die radikale Linke der Vorkriegszeit unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wandte sich bereits Ende 1914 gegen die Fortsetzung des Krieges. Sie bildete ab dem 1. Januar 1916 die "Gruppe Internationale", die sich bald den Namen Spartakusbund gab. Auch der gemäßigte, aber gegen den Krieg agitierende linke Parteiflügel um Hugo Haase lehnte ab Dezember 1915 weitere Kriegskredite ab und verweigerte die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik. 18 Abgeordnete dieser gemäßigten Linken wurden 1916 aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen und gründeten die "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft". Gespalten wurde die Parteiorganisation im April 1917 mit Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD).

Die SPD, die sich nach der Spaltung den Namen Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD) gab, setzte unter Friedrich Ebert zwar die weitere Bewilligung der Kriegskredite fort, drängte aber zugleich auf eine Friedenspolitik und innere Reformen im Reich. Sie bildete 1917 im Reichstag zusammen mit der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und mit dem Zentrum den "Interfraktionellen Ausschuß", der in seiner Friedensresolution vom Juli 1917 den Verzicht von Annexionen forderte. Im Oktober 1918 unterstützte die SPD die unter Reichskanzler Prinz Max von Baden eingeleitete Parlamentarisierung und stellte mit Philipp Scheidemann und Gustav Bauer erstmals zwei Staatssekretäre.

(ba)





ECC RESEARCH

# ***MEDIEN Resonanz Analyse***

**Wahlkampf 2002**

Medienbeobachtung, durchgeführt von  
**ECC Research**

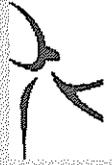
© ECC Research Bonn, August 2002



ECC RESEARCH

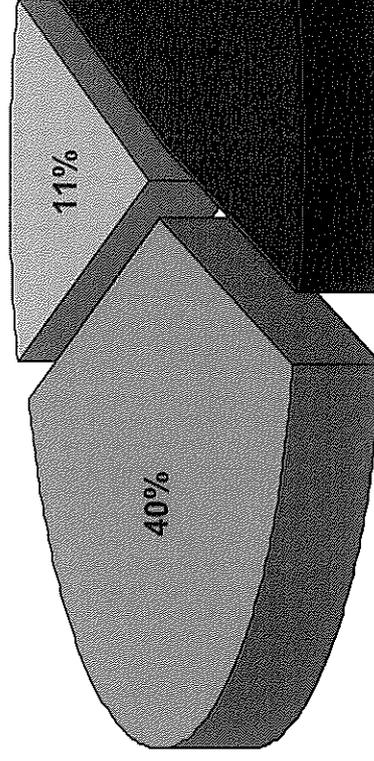
## Untersuchungsdesign

|  |   |
|--|---|
| <b>Beobachtungszeitraum:</b>               | 1. Februar bis 25. Juli 2002  |
| <b>Medienset:</b>                          | FAZ, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Frankfurter Rundschau, taz, Handelsblatt, Börsen-Zeitung, WamS, Die Zeit, Focus, Spiegel, Stern, VDI Nachrichten, Capital, Wirtschaftswoche |
| <b>Thematischer Kontext:</b>               | Inhalte, Kampagnen und Spitzenkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung  |
| <b>Anzahl der ausgewerteten Clippings:</b> | 406   |



## Hauptergebnis

Der Spitzenkandidat ist  
Schwerpunkt des Beitrags

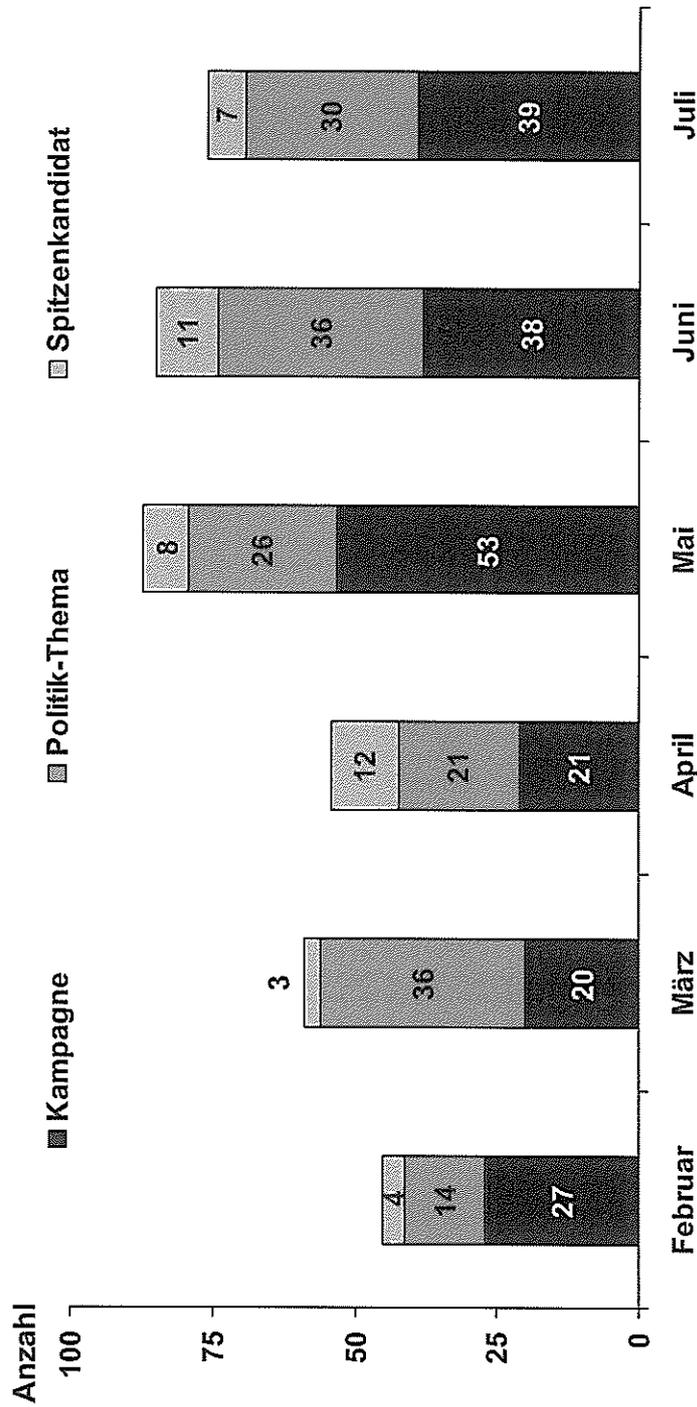


Politikthemen  
überwiegen im  
Artikelkontext

Die Kampagne  
überwiegt im  
Artikelkontext

Die Kampagnen stehen mit nahezu der Hälfte aller Beiträge im Zentrum der Berichterstattung.

## Medienresonanz im Zeitverlauf

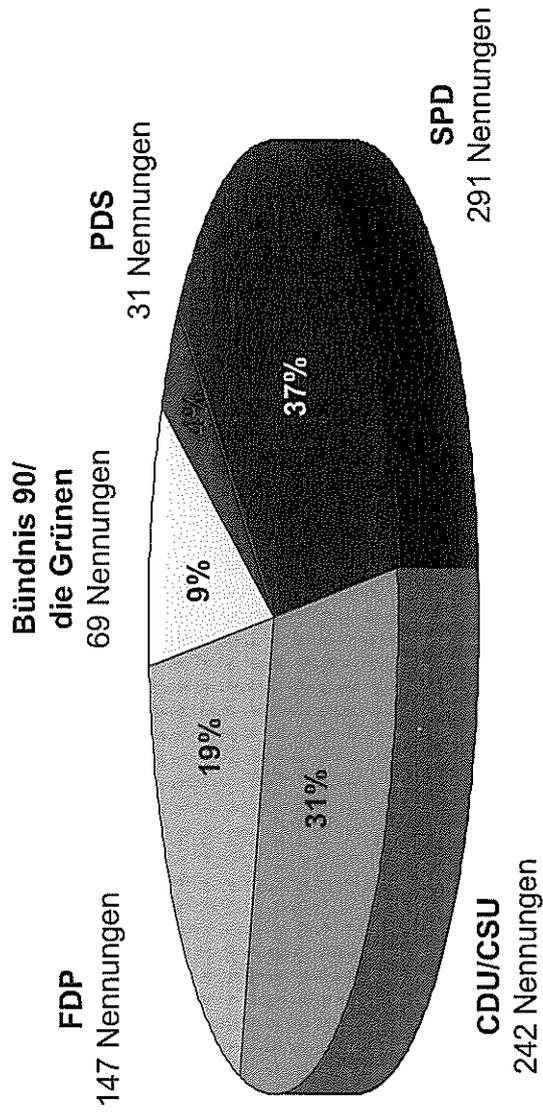


Die Kampagnen-Berichterstattung überwog seit Mai. Insgesamt verlief die Medienberichterstattung zu politischen Themen konstanter.



## Partei-Nennungen

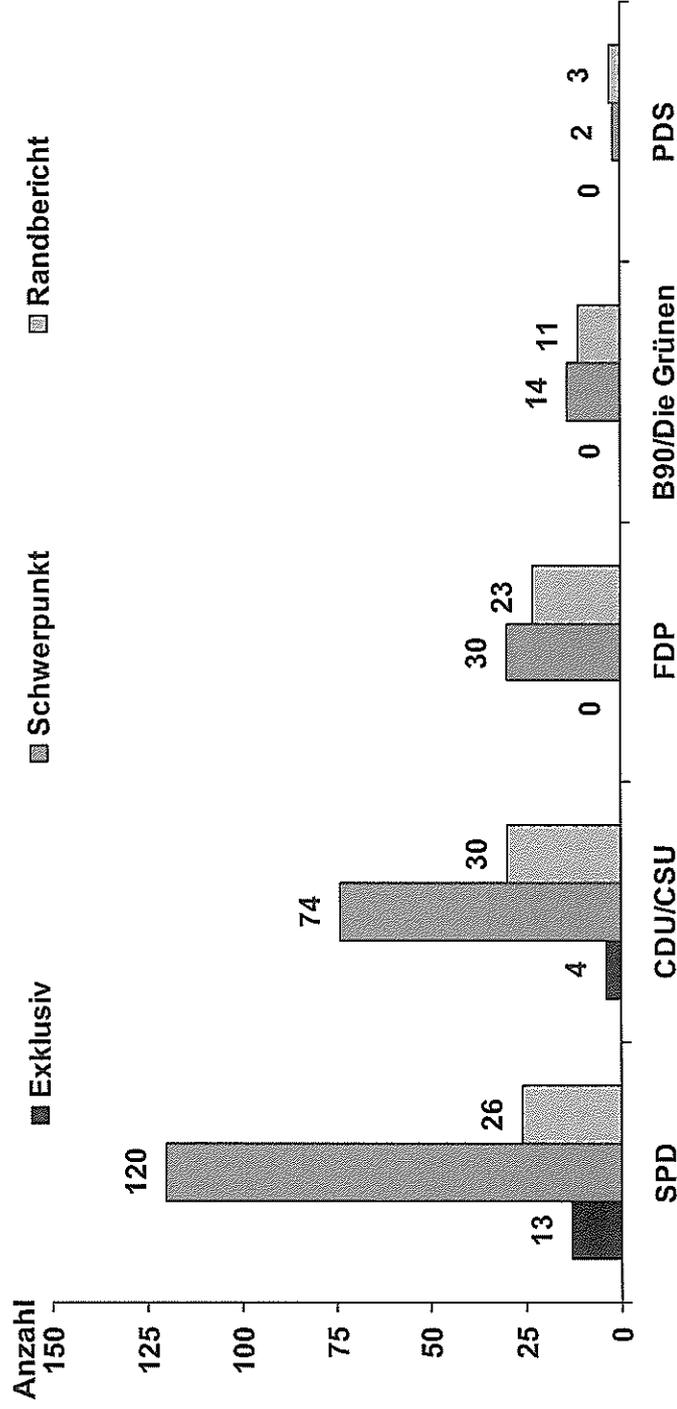
Prozentzahlen bezogen auf die Gesamtzahl der Nennungen (780) in den 406 Beiträgen



> Der im Vergleich zur CDU/CSU höhere Anteil der SPD-Nennungen wurde durch ihre Eigenschaft als Regierungspartei beeinflusst. Die FDP erzielte zusätzliche Nennungen durch die Antisemitismus-Debatte .

## Politik-Thema

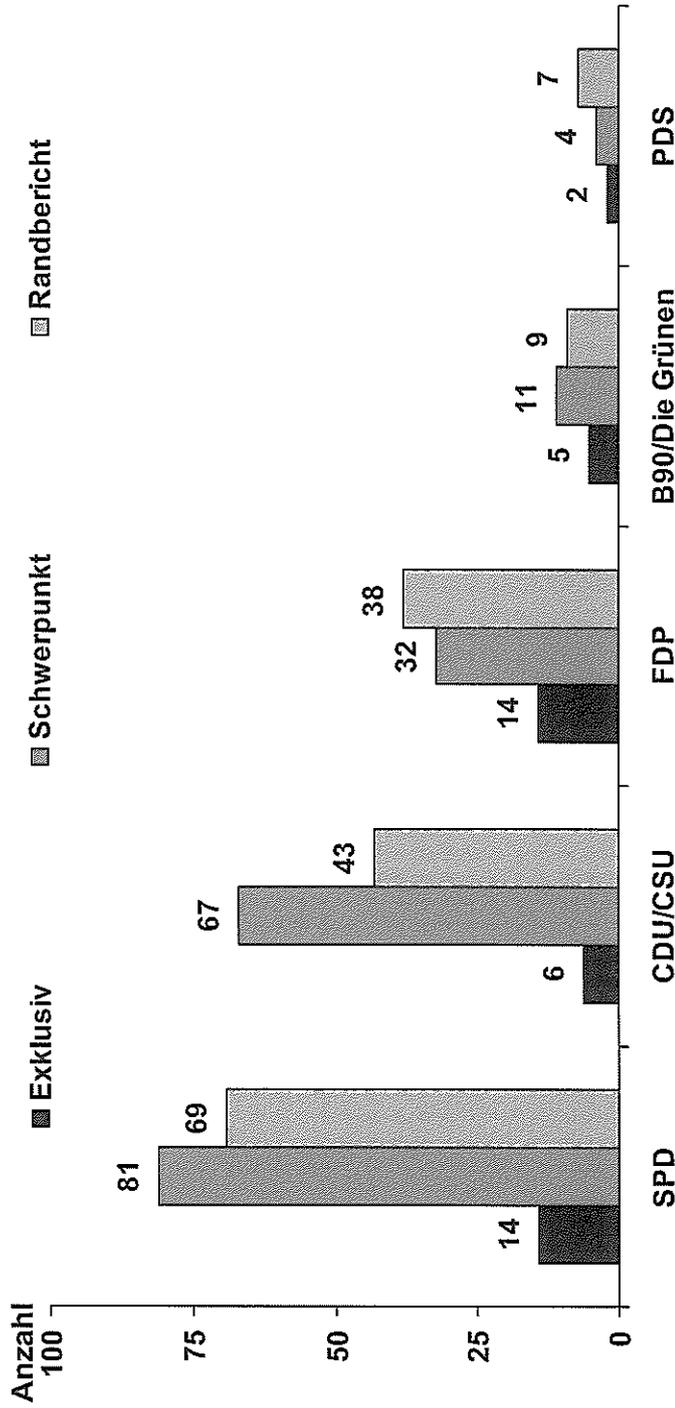
Anteil der Politik-Themen in der Berichterstattung nach Parteien



Die Schwerpunkt-Berichterstattung zu politischen Themen konzentriert sich vor allem auf die Beiträge zur SPD.

# Kampagne

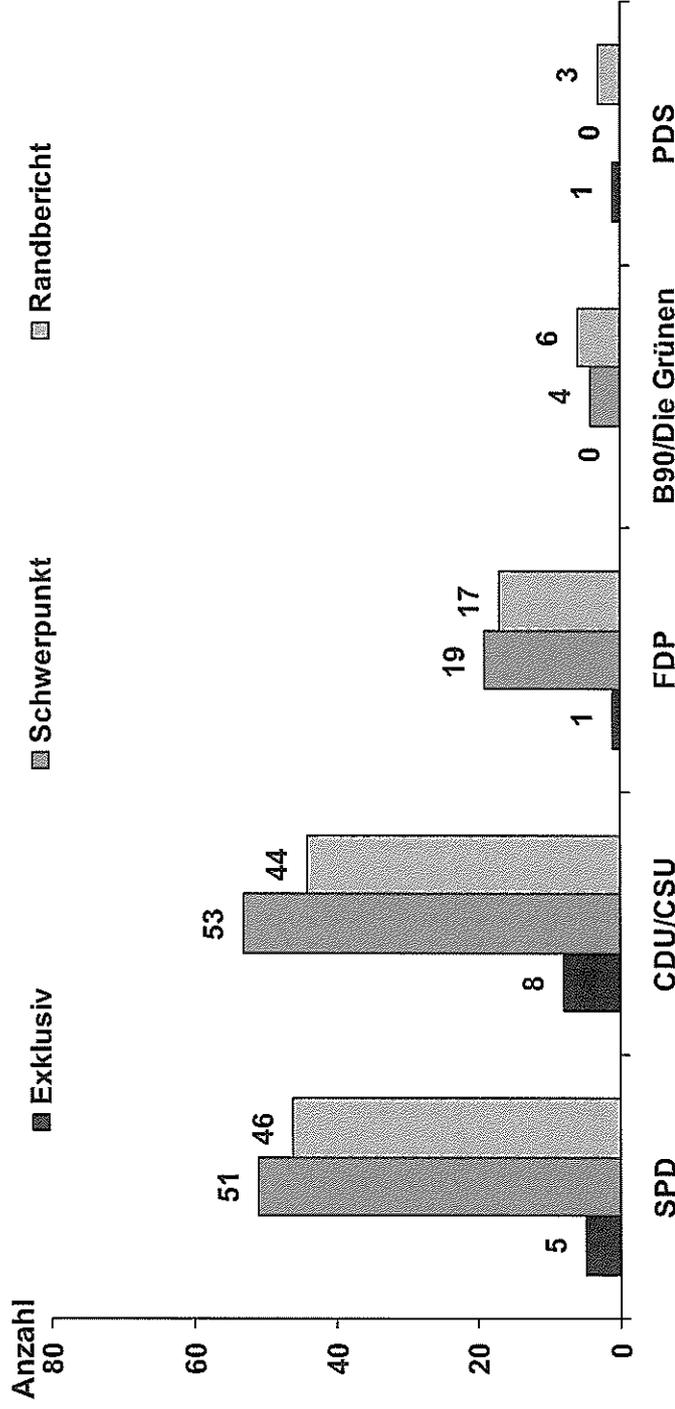
Anteil der Kampagnen in der Berichterstattung nach Parteien



Die Wahlkampfkampagne der SPD dominierte mit insgesamt 164 Artikeln die Berichterstattung der Medien zum Thema Kampagnen. Bemerkenswert ist die hohe Anzahl an exklusiven Beiträgen zum „Projekt 18“ der FDP.

## Spitzenkandidat

Anteil der Spitzenkandidaten in der Berichterstattung nach Parteien

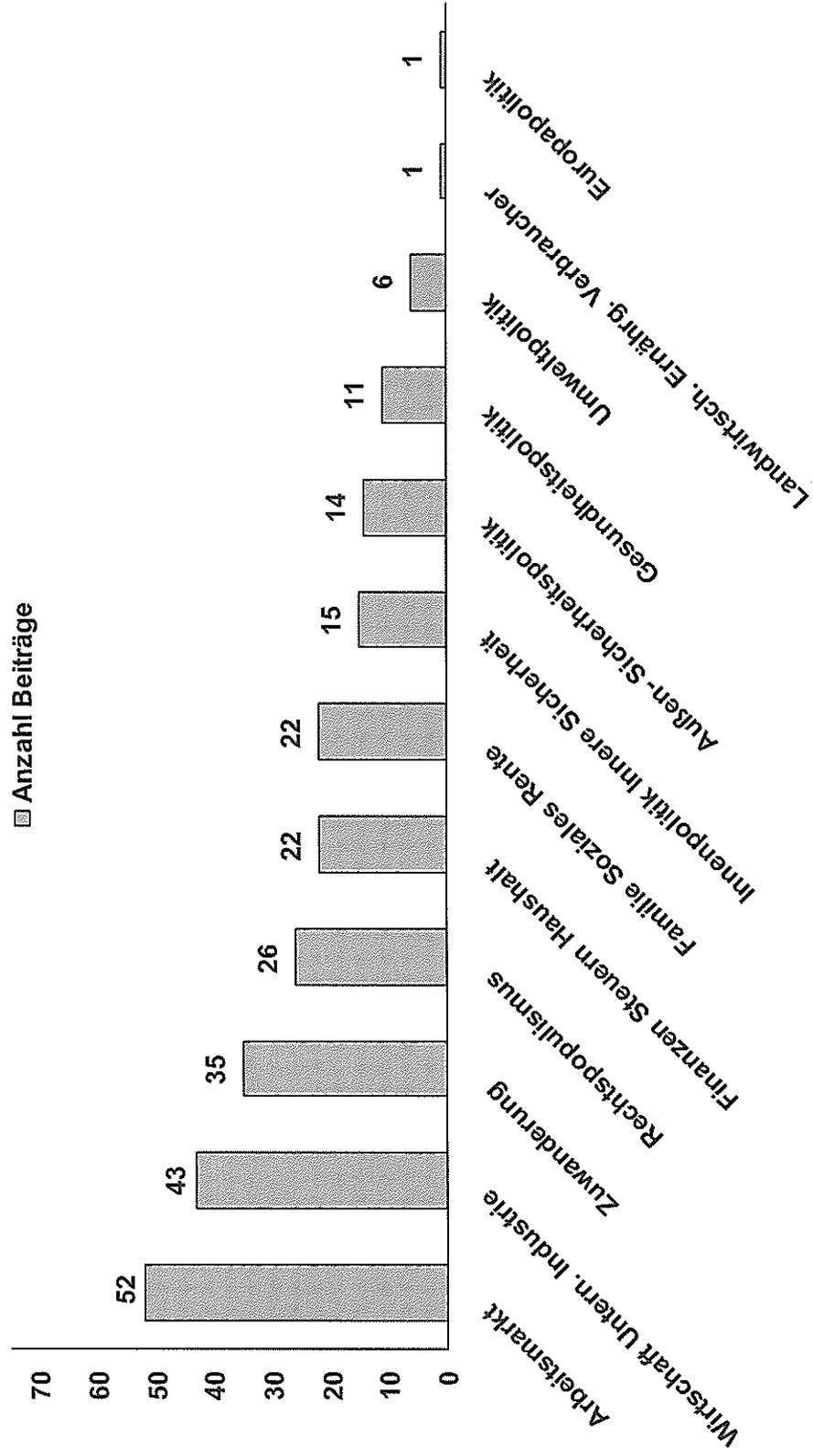


Edmund Stoiber und Gerhard Schröder standen im Mittelpunkt der Berichterstattung zu den Spitzenkandidaten der Parteien. Darüber hinaus erreichte nur die FDP eine nennenswerte Medienpräsenz in Beiträgen zu den Spitzenkandidaten der Parteien.

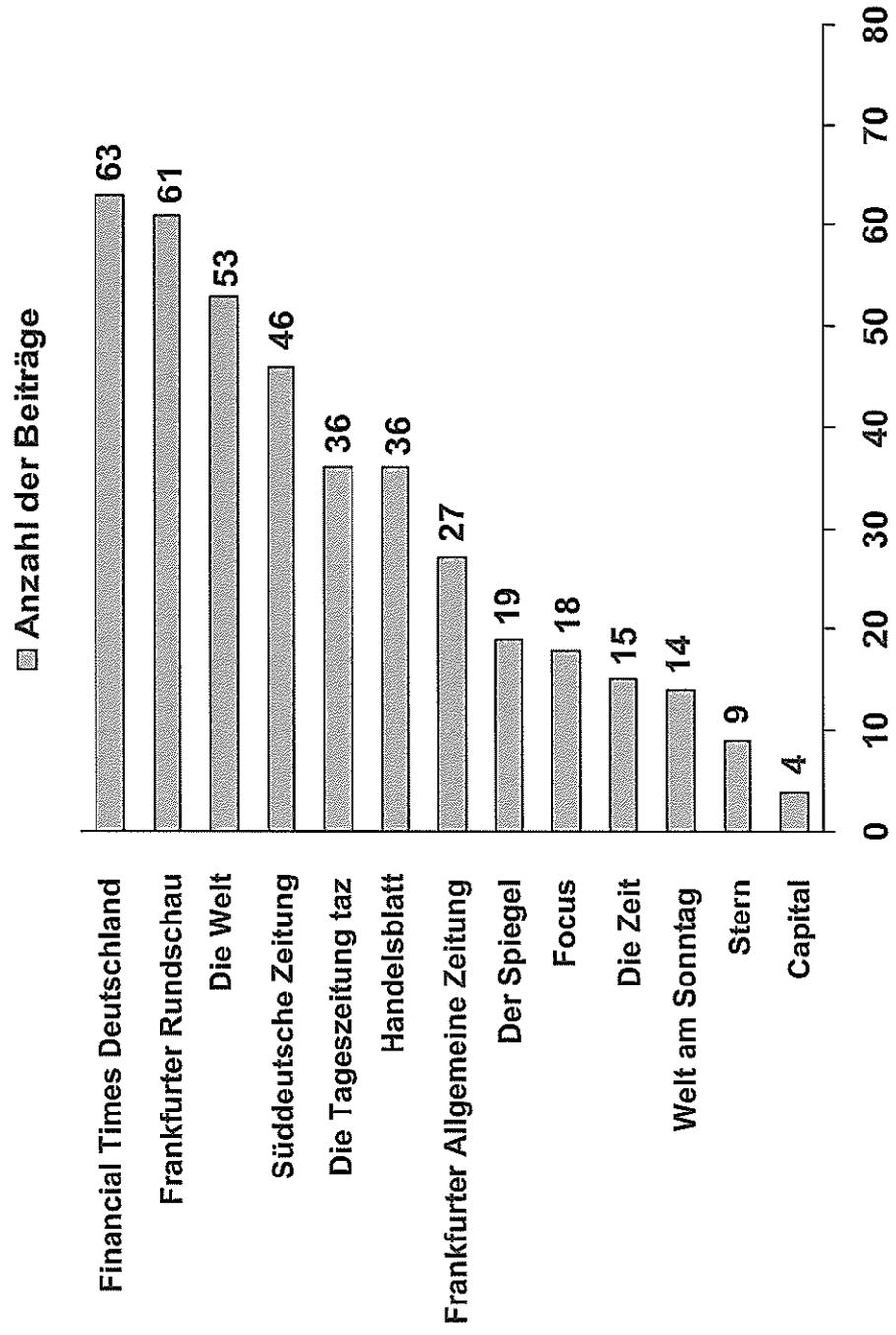


## Diskutierte Politik-Themen

Anzahl der Beiträge zu den Themen (ein Beitrag kann mehrere Politik-Themen ansprechen)

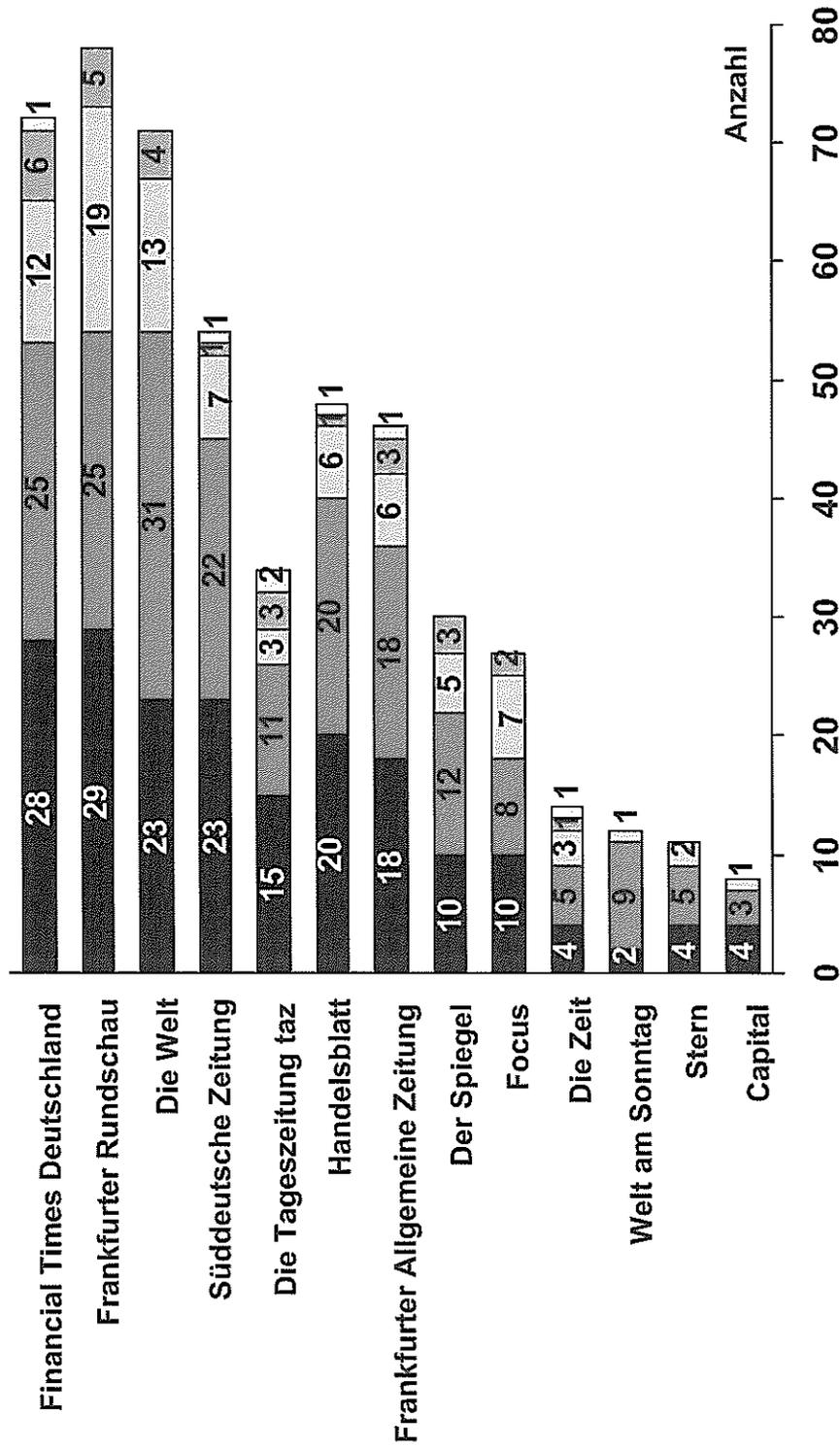


## Top-Medien



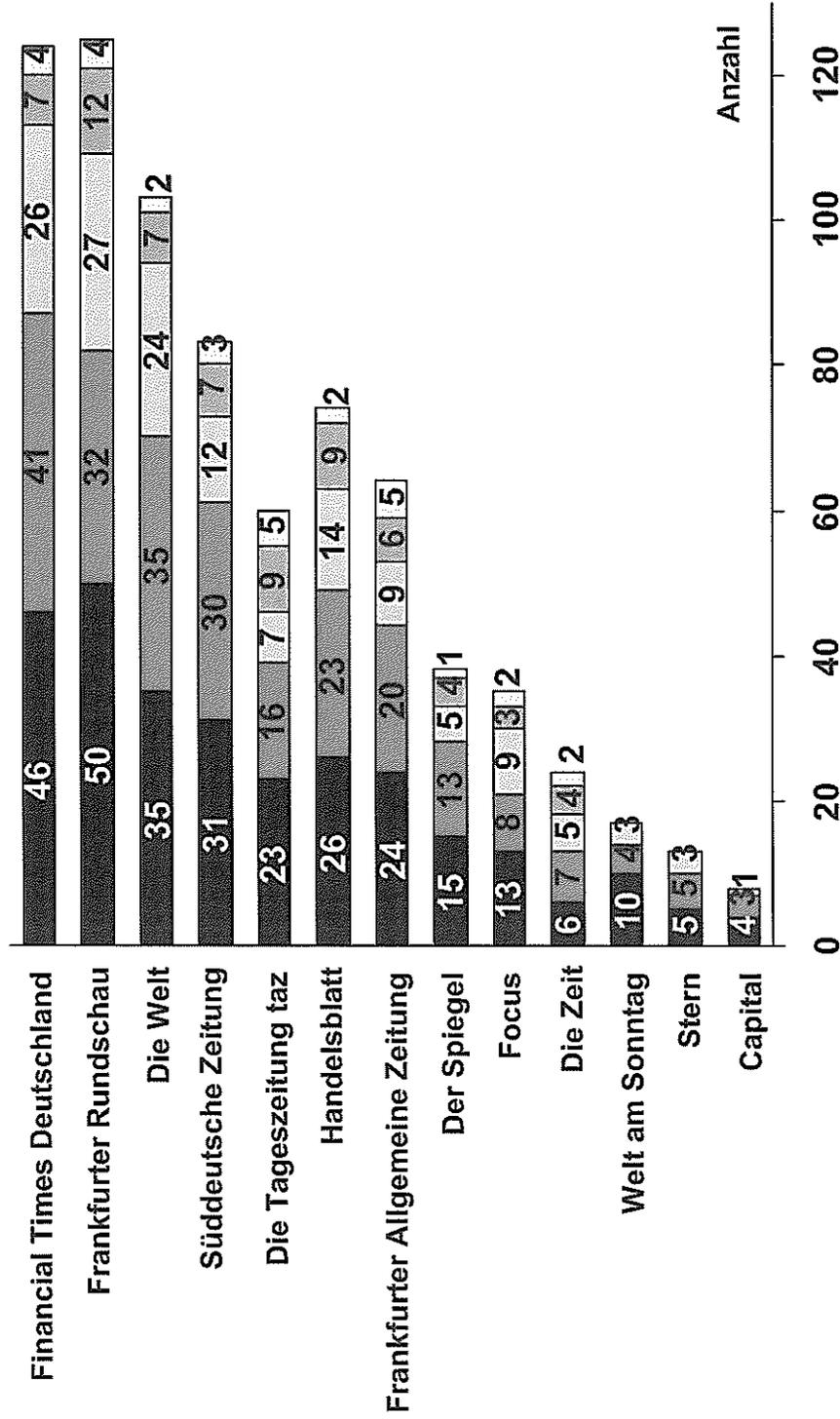
## Nennung der Spitzenkandidaten in den Top-Medien

■ Schröder ■ Stoiber ■ Westerwelle ■ Fischer ■ Zimmer

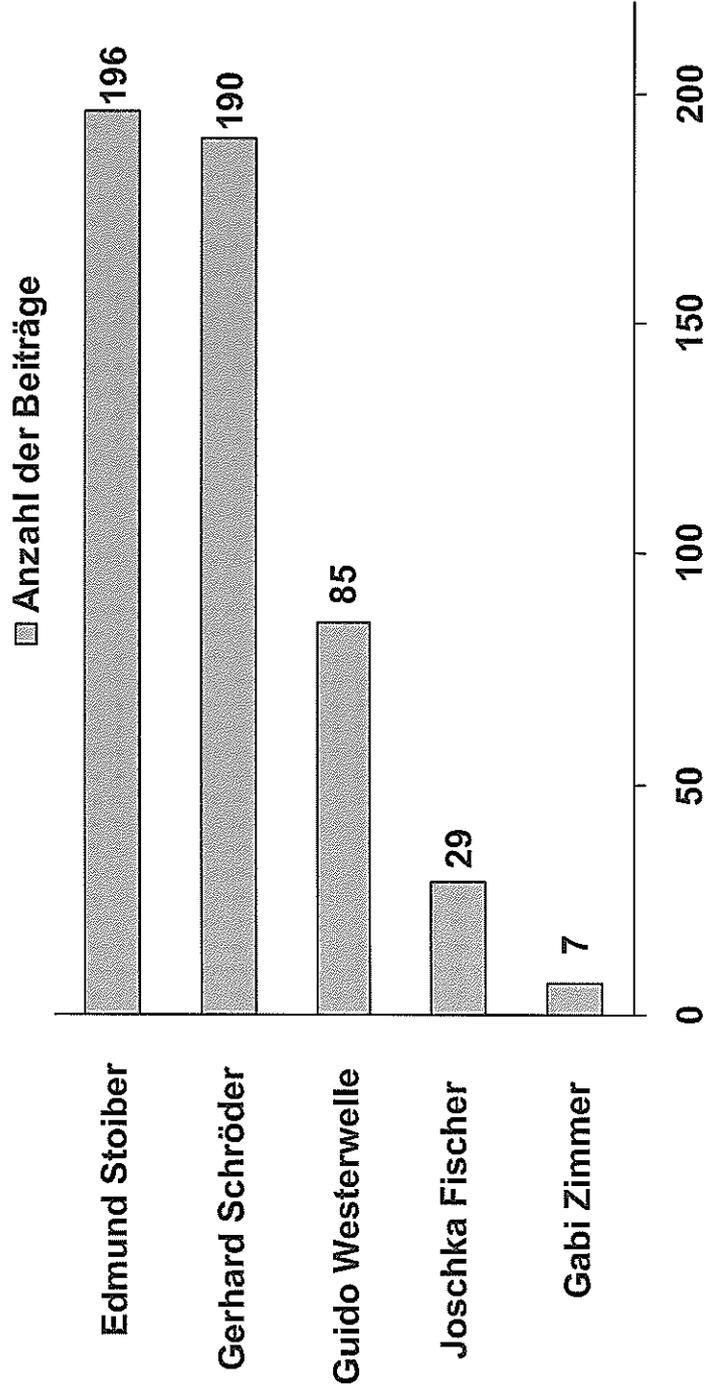


## Nennung der Parteien in den Top-Medien

■ SPD ■ CDU/CSU ■ FDP ■ Bündnis 90/ Die Grünen □ PDS



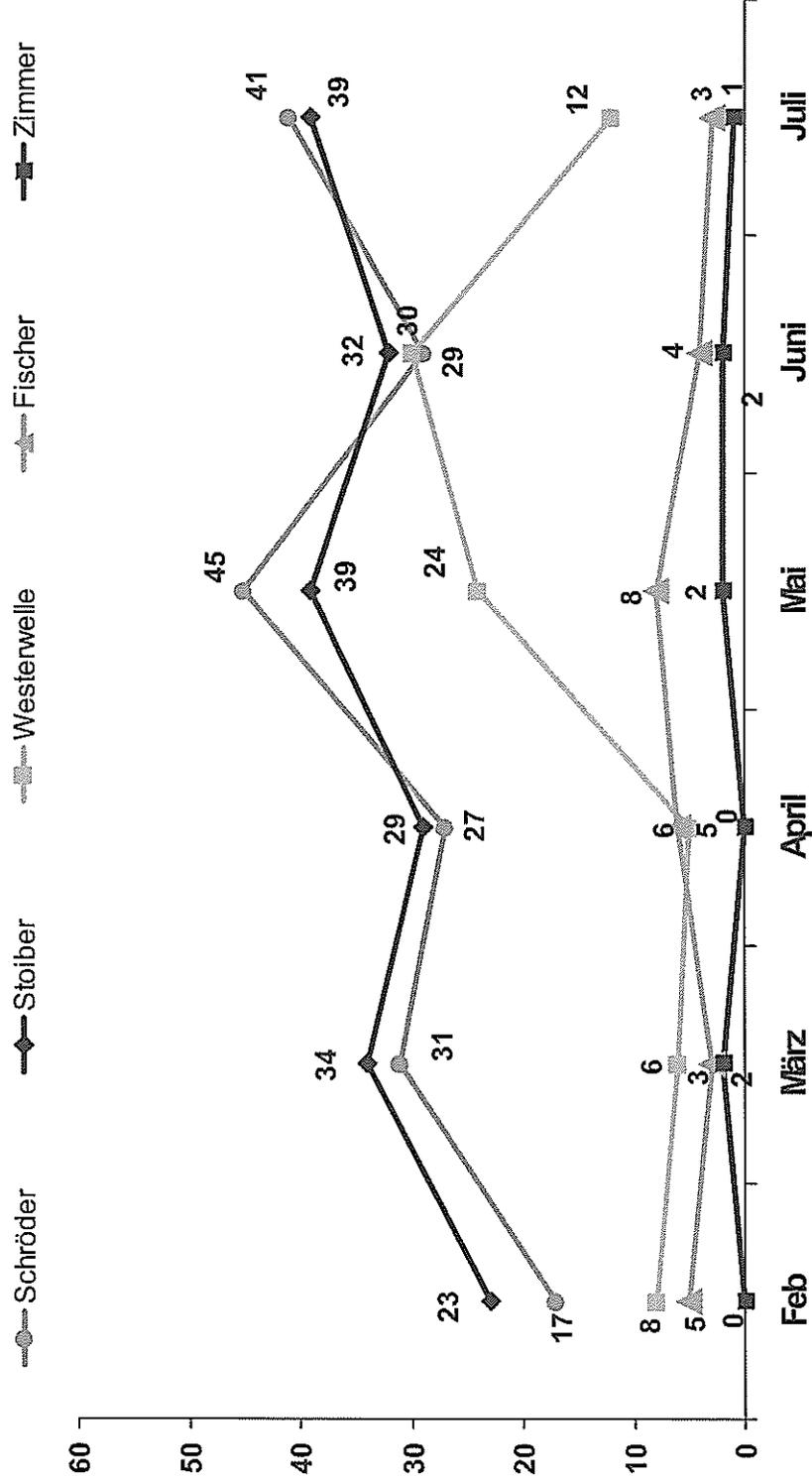
## Spitzenkandidaten



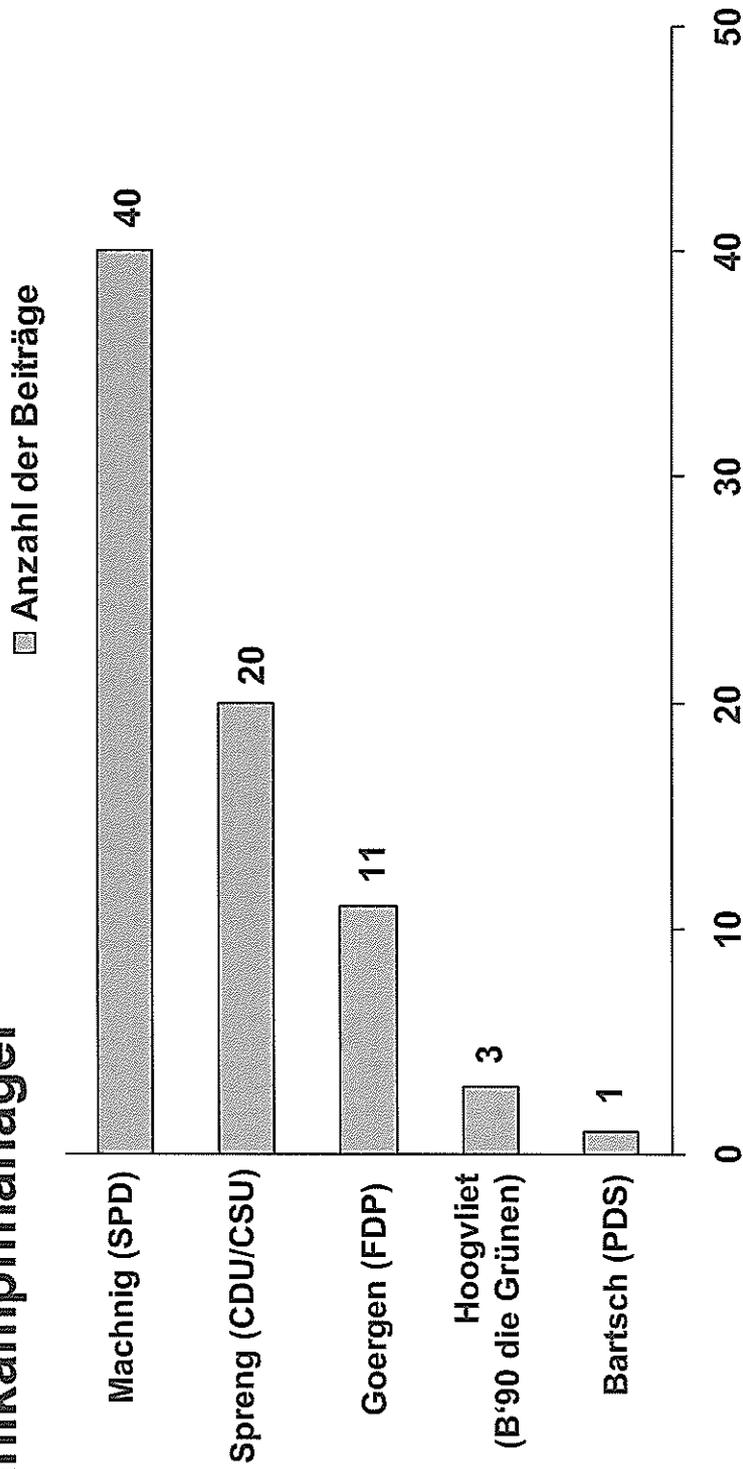
Über den Spitzenkandidaten der Union wurde am häufigsten berichtet. In vielen Beiträgen zur Kampa02 der SPD wurde auch Edmund Stoiber thematisiert.

# Präsenz der Spitzenkandidaten im Monatsvergleich

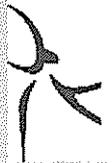
Anzahl der Nennungen in der Wahlkampfbereiterstaltung



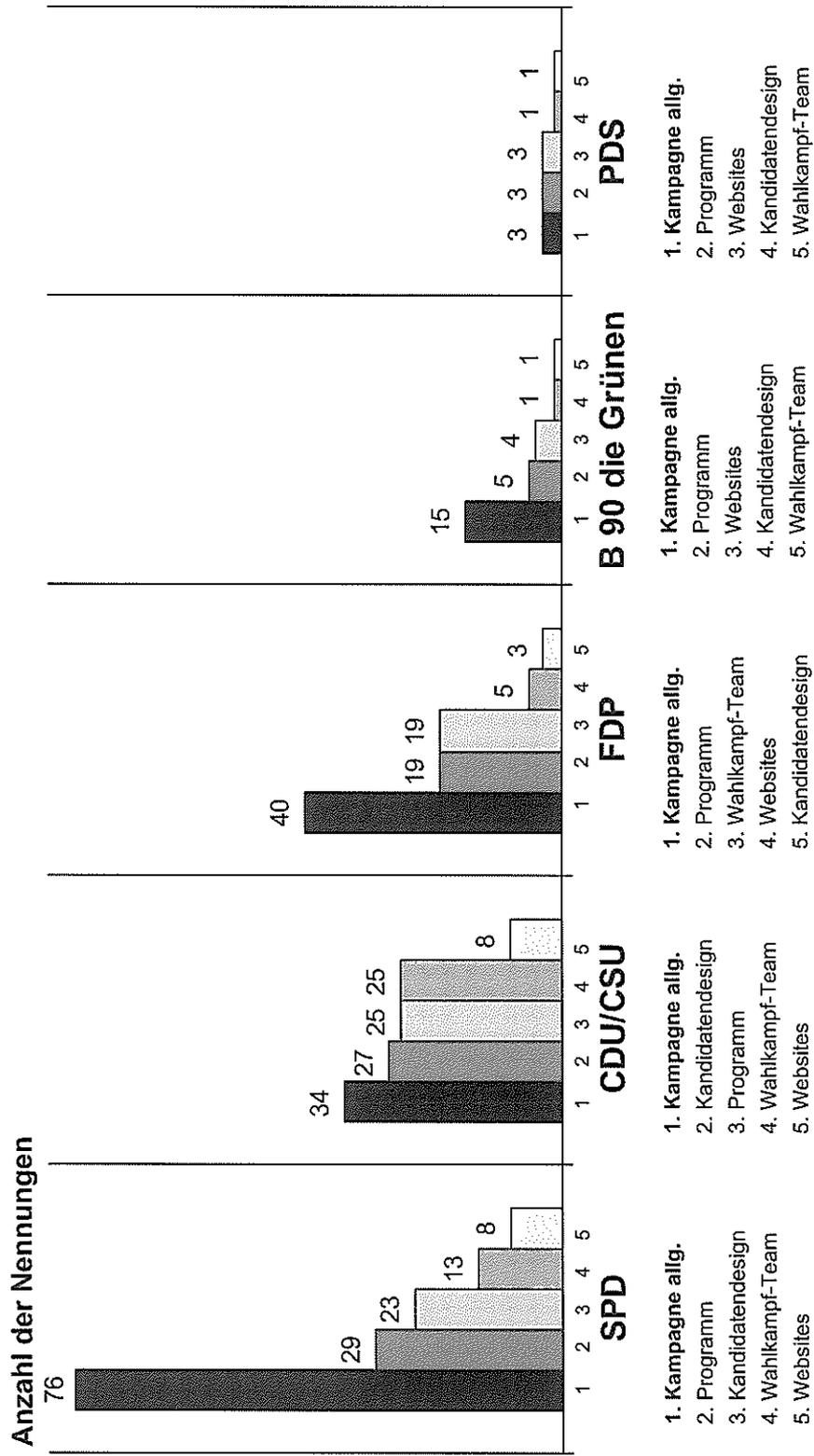
## Wahlkampfmanager



Zahlreiche Beiträge behandeln die Kampagne bzw. die Mechanismen der Wahlkampfstrategien generell. Der Wahlkampfleiter der SPD wurde mit Abstand am häufigsten genannt. Dazu führte auch die umfangreiche Berichterstattung über die Ausrichtung der SPD-Wahlkampfstrategie und die Arbeit der Kampa.



## Kampagnen-Inhalte



# **DOKUMENTATION**

**IQ-FORUM**

**QUALITÄT MIT BRIEF UND SIEGEL  
BEWERTUNGSMASSTÄBE IM JOURNALISMUS**

**AM 29. SEPTEMBER 2003 IN BERLIN**

Volker Hummel

## **Qualitätszeitung – was ist das?**

**Ergebnisse einer Umfrage unter Chefredakteuren  
für die „Initiative Qualität“ im September 2003**

### **Die Umfrage:**

Wir erleben einen schier inflationären Gebrauch des Begriffs „Qualität“ im Zusammenhang mit Medienthemen. Oft wird schon in der Schlagzeile das Wort „Qualität“ bemüht, ohne dass man im Beitrag Substanzielles dazu finden könnte.

Wir im DJV verfolgen das mit großer Aufmerksamkeit, weil „Qualität“ – wenn sie denn ernst gemeint ist! – für den DJV ein ganz wichtiges Thema ist. Die von uns auf den Weg gebrachte „Initiative Qualität (IQ)“ befasst sich kontinuierlich damit.

In der Berichterstattung ist inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit die Rede von „Qualitätszeitungen“. Die „Berliner Zeitung“ z.B. hat mit diesem Begriff für sich geworben, auch die „WELT“ nimmt für sich den „überregionalen Qualitätsjournalismus“ in Anspruch (Anzeige vom 15.7.) Oft wird so getan, als gäbe es einen Grundkonsens, was „Qualitätszeitungen“ leisten/sich leisten – und was andere Blätter nicht bieten können oder wollen.

Unsere Fragen:

Was macht eine „Qualitätszeitung“ aus?

Was sind die unabdingbaren Voraussetzungen?

Oder ist der Begriff ein Teil der Werbesprache und nicht der Rede wert?

Die knappe pointierte Stellungnahme ist genauso willkommen wie ein ganzes Blatt!

**Hier einige Antworten**

### **Uwe Vorkötter, Chefredakteur „Berliner Zeitung“:**

Also gut, ein Versuch zum Thema Qualitätszeitung.

Eine Qualitätszeitung hat ein eigenes, unverwechselbares Profil – im Selbstverständnis der Redaktion ebenso wie in der Wahrnehmung des Blattes auf dem Lesermarkt.

Die „Berliner Zeitung“ konkretisiert diesen Anspruch für sich selbst in mehreren Punkten. Zum Beispiel:

1. Aktualität und Exklusivität des redaktionellen Angebots: Nichts gegen Nachrichtenagenturen, nichts gegen die Tagesschau, aber die Zeitung von heute muss mehr bieten als die Ereignisse von gestern.
2. Moderne Präsentation, leserfreundliche Gestaltung: Nichts gegen lange Texte, aber lange Texte sind nicht zwangsläufig gute Texte. Auch der schnelle Leser muss präzise informiert werden.
3. Nummer eins in der Hauptstadt: Auf dem Wettbewerbsmarkt Berlin die (einzige) Zeitung für die ganze Stadt machen.

Andere Qualitätszeitungen brauchen andere Profile. Qualität verträgt sich nicht mit Beliebigkeit.

### **Romanus Otte, Ressortleiter Politik und Wirtschaft „Financial Times Deutschland“:**

**ES GEHT UM WERTSCHÄTZUNG !**

Eine Zeitung ist ein Produkt. Nicht erschrecken: Natürlich sind Zeitungen ganz besondere Produkte. Und doch lohnt es, sich der gestellten Frage nach der Qualität von diesem nüchternen Standpunkt aus zu nähern. Denn in der Welt der Produkte lässt sich der Modebegriff Qualitätszeitung mit dem schönen Begriff „Wertarbeit“ übersetzen. Er sagt sehr gut, was gemeint ist.

Das Wichtigste ist die Wertschätzung. Eine Qualitätszeitung benötigt die Wertschätzung ihrer Macher, ihrer Käufer und ihrer Anzeigenkunden. Nur Verleger und Journalisten mit Liebe und Leidenschaft für ihr Produkt werden auf Dauer eine Qualitätszeitung zu Stande bringen, Nur sie werden den Verlockungen der Bequemlichkeit wie dem Drang zum Billigen widerstehen. Aber nur dann, wenn sie ausreichend viele Leser finden, die den Wert ihres hochwertigen Produktes zu schätzen wissen, wird die Zeitung überleben. Und nur wenn Inserenten den Wert der Leserschaft und des Produktes schätzen, kann die Zeitung dauerhaft wirtschaftlich erfolgreich und damit innovativ und unabhängig sein.

Am Anfang steht also der Anspruch der Macher. Und das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Hinzu kommen Kreativität, hochwertige Zutaten, sorgfältige Verarbeitung und angemessene Präsentation. Die Maßstäbe dieser Wertarbeiter mögen unterschiedlich sein. Sie können sich in einem breiten Spektrum bewegen zwischen Information und Unterhaltung, Objektivität und Meinungsstärke, Berechenbarkeit und Spontaneität. Allein, hinter ihnen muss Überzeugung stehen.

Leidenschaft ist bisweilen auch billig zu haben. Kreativität, erlesene Zutaten und sorgfältige Verarbeitung aber benötigen Zeit und damit Menschen und damit Geld. Aus diesem Grund ist Wertarbeit nicht billig. Aus diesem Grund ist Wertarbeit auch nicht beliebig, nicht austauschbar. Qualitätszeitungen haben einen eigenen Charakter. Sie pflegen einen eigenen Stil – in ihren Texten, ihrer Mischung, ihrer Optik. Wo immer es geht, berichten sie aus eigener Anschauung. Sie analysieren und kommentieren aus eigener Abwägung. Sie sind Produzenten und nicht allein Konfektionäre. Qualitätszeitungen verfolgen hohe eigene Ansprüche – aber immer im Dienste ihrer Leser.

Ist das nicht alles zu abstrakt, zu relativ. Nein, denn Qualität ist nicht absolut. Zeitungen sind eben ein besonderes Produkt. Sie lassen sich nicht wie Eier in Güteklassen einteilen nach Größe und Gewicht. Seine konkreten Qualitätsmaßstäbe wird jeder Zeitungsmacher, wird jeder Leser, wird jeder Inserent schon selbst definieren müssen. So mussten es auch die Verleger und Journalisten, die vor mehr als drei Jahren die „Financial Times Deutschland“ auf den Markt gebracht haben. Eine Qualitätszeitung - mit Erfolg.

**Stephan Hebel, stellvertretender Chefredakteur „Frankfurter Rundschau“:**

Um gleich zur letzten Frage zu kommen: Nein, der Begriff „Qualitätszeitung“ ist nicht nur ein Teil der Werbesprache. Doch, er ist der Rede wert. Warum?

In einem Umfeld, das insgesamt in den letzten Jahren vielleicht an journalistischer Breite, sicher aber nicht an Tiefe gewonnen hat, stellt sich jedem einzelnen Medium die Frage nach seinem Platz auf einem umkämpften Markt. Ich bin überzeugt, dass sich in einer gar nicht so kleinen Marktnische Leserinnen und Leser tummeln, die nicht (nur) mit schnellen und dadurch gezwungenermaßen wenig durchdachten Nachrichtenschnipseln versorgt werden wollen, sondern auch mit Hintergrund, Analyse, ruhig einer längeren Reportage und begründeter Meinung. Man könnte auch sagen: mit journalistischer, intellektueller Qualität im besten Sinne.

Womit, so viel zum Begriff „intellektuell“, nicht das gnadenlos abgehobene Minderheitenprogramm gemeint ist, sondern durchaus eine Mischung aus gedanklichem Durchdringen aktueller Ereignisse einerseits und Nutzwert für die eigene Lebenswelt andererseits.

Genau dies versucht die „Frankfurter Rundschau“ mit der neuen Blattstruktur, die sie am 30. September einführt: einerseits ein eigenes Zeitungsbuch mit großzügig gestalteten, langen Strecken („FRplus“) sowie verstärkte Versorgung der Leser mit externen Gedanken auf einer Seite „Standpunkte“; andererseits Verstärkung des Service-Elements, etwa durch Verbrauchertipps, Tagungshinweise etc. Dazu für Hessen ein Veranstaltungskalender, also ein vor allem auf Nutzwert angelegtes Produkt, und - beispielsweise - täglich zwei Stadtteil-Seiten im Blatt. Also: Nähe zur Lebenswelt, Service, aber eben auch anspruchsvolle Analyse - das könnte eine Qualitätszeitung ausmachen.

Allerdings: Auch für den Begriff „Qualitätszeitung“ gilt das Prinzip der Inflation: Was allzu häufig auf dem Markt ist, verliert an Wert. Wir sollten deshalb mit dem Wort nicht allzu großzügig umgehen.

Voraussetzungen für eine Qualitätszeitung? Wenn wir ehrlich sind: Sie sind nur mit Mühe noch zu erfüllen. Alle Blätter, die den Ehrentitel für sich beanspruchen, operieren in Zeiten des Sparsens redaktionell an der Untergrenze. Recherche, vor Ort sein, Nachdenken, das erfordert Menschen, und die kosten Geld. Wir werden dieses Geld nicht mehr im früher gewohnten Maß mit Anzeigen verdienen. Also werden wir die an Qualität in unserem Sinne interessierten Leser vielleicht bald überzeugen müssen, dass ein bestimmtes Niveau auch einen bestimmten Preis hat. Und noch eine Voraussetzung: Wer unter Journalismus mehr versteht als die Eins-zu-eins-Abbildung von Statements und Pressemitteilungen, wird sehr genau wissen müssen, welches Thema er warum in welcher Form behandelt - wenn er sich nicht an seiner Vorstellung von „Volkes Stimme“ orientieren will. Deshalb bin ich der Meinung, dass Qualitätszeitung einen bestimmten Werte-Kanon (nicht platt eine ideologische Richtung) braucht, um auf dem Markt das nötige Profil zu gewinnen.

**Bernd Ziesemer, Chefredakteur „Handelsblatt“:**

zu 1: Was Qualitätszeitungen sind, kann letztlich nur der Leser beantworten. Unsere Leser erwarten von uns als Wirtschaftsqualitätszeitung jedenfalls, dass wir tiefer schürfen als die normale Tages- und Wochenpresse, wenn es um volkswirtschaftliche Trends und Unternehmensnachrichten aus aller Welt geht. Mit einem Wort: mehr Recherche, was die Fakten betrifft, und mehr Sachkenntnis, wenn es um Analysen geht.

zu 2: Viele gute Redakteure und Korrespondenten. Und ein paar einfache Regeln, wie sie arbeiten sollen.

zu 3: Nein, Qualität ist kein Begriff, den wir den leichtfüßigen Werbern überlassen sollten. Aber leider gehört „Qualität“ (ähnlich wie das Wort „sozial“) zu den Begriffen, mit denen besonders viel Schindluder getrieben wird. Nur weil man einem Kulturkorrespondenten in Venedig in der Anzeigenkrise das Motorboot streicht, geht die Welt des Qualitätsjournalismus noch lange nicht unter.

**Dr. Wolfgang Mauersberg, Chefredakteur „Hannoversche Allgemeine Zeitung“:**

Qualitätszeitung zeichnet sich dadurch aus: Dass sie der sachlichen Information Vorrang vor Effekthascherei gibt. Dass sie die Themenpalette offen hält; sie muss alles umfassen, was für das Verständnis unserer modernen Welt von Belang ist. Dass sie sich um Wahrhaftigkeit und Aufklärung bemüht. Aufklärung heißt auch: Dass komplizierte Vorgänge für Leser verständlich beschrieben und erklärt werden.

Qualitätszeitung muss möglichst fehlerfrei sein; das gilt für sachliche ebenso wie für grammatikalische Richtigkeit.

**Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte, Herausgeber DIE WELT / Berliner Morgenpost:**

Auf dem Gütermarkt gibt es keinen abstrakten Begriff von Qualität. Er definiert sich daran, was man erreichen will und vor allem wen und wie. Medienprodukte dürften da keinen grundsätzlichen Unterschied machen. Hat eine überregionale Tageszeitung oder eine Wochenzeitung per se eine höhere Qualität als eine Boulevardzeitung? Nein! Jede Zeitung hat ihre eigene Qualität, die sich nach der Zielgruppe richtet, die man ansprechen und vor allem erreichen will. Erreicht man sie, dann stimmt die Qualität. Gewissermaßen löst man eine Erwartung bzw. ein Versprechen bei dem ein, der das Produkt kauft. Dabei ist allerdings die Beachtung journalistischer Grundregeln unverzichtbar. Solche Regeln sind zum Beispiel:

Trennung von Nachricht und Kommentar,  
Zuverlässigkeit der Information und damit Glaubwürdigkeit der Aussagen,  
Genauigkeit in der Sprache,  
Übersichtlichkeit des Layout,  
Originalität und Nachhaltigkeit der Themen,  
gut recherchierte eigene Geschichten,  
Pflege der Reportage als Königsdisziplin des Journalismus.

**Uwe Knüpfer, Chefredakteur „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“**

Eine Qualitätszeitung ist seriös, verlässlich, aktuell und hintergründig, redet niemandem nach dem Mund und genießt zu Recht das Vertrauen der Leser.

Christina Holtz-Bacha

## Das Private in der Politik: Ein neuer Medientrend?

Was es bedeutet, unter den Bedingungen moderner Massenkommunikation Politik zu betreiben, hat uns die Präsidentschaft Bill Clintons in besonderer Weise vor Augen geführt. Seine Wahlkämpfe dienen als Lehrbeispiele professionalisierter Kampagnenorganisation, die sich die Medien bestmöglich zunutze macht, sich ihren Gesetzen dafür aber auch weitgehend unterwerfen muss. Außerdem gilt Clinton als der US-Präsident, der die *permanent campaign*, den andauernden Wahlkampf, zwar nicht erfunden, aber fürs erste doch perfektioniert hat. Auch im Amt schien der Wahlkampf immer weiterzugehen, bis zum Ende der zweiten Amtszeit, obwohl Clinton gar nicht mehr zur Wiederwahl anstand.

Auf der anderen Seite hat die Lewinsky-Affäre nur zu deutlich gemacht, dass das innige Verhältnis des Politikers zu den Medien stets auch die Gefahr birgt, deren Opfer zu werden. In drastischer Weise wurden der Weltöffentlichkeit Details aus Privat- und Intimsphäre des amerikanischen Präsidenten vorgeführt. Die vom Fernsehen übertragene Anhörung schien den mächtigsten Politiker der Welt auf die Rolle eines armen Sünders zu reduzieren. Allerdings hat die Lewinsky-Affäre auch gezeigt, dass sich die Medien, die die Ereignisse auskosteten und versuchten, für sich daraus Profit zu schlagen, diesmal im Publikum und dessen Interesse an den Liebesbeziehungen des Präsidenten verrechnet hatten. Umfragen ließen erkennen, dass die amerikanische Bevölkerung das alles gar nicht so genau wissen wollte, der Sache überdrüssig wurde und zugleich das positive Urteil über die Präsidentschaft Clintons nur relativ wenig Einbuße erlitt. Für viele gab es also durchaus einen Unterschied zwischen der Privatperson und der Leistung im Amt.

Amerikanische Politiker sind es gewohnt, dass die öffentliche Aufmerksamkeit auch ihrem Privatleben gilt. Die Watergate-Affäre, die die Frage nach der Moral in der Politik auf die Agenda brachte, gilt als das Ereignis, das der Diskretion der Presse, auf die etwa John F. Kennedy Anfang der sechziger Jahre noch bauen konnte, ein Ende gesetzt hat. Wer heute in den USA ein öffentliches Amt anstrebt und sich zur Wahl stellt, muss sich gefal-

len lassen, dass der Blick der Medien weit in die private Sphäre von Politikern hineinreicht. Die Politiker ihrerseits fördern das allerdings auch. Ehefrauen und Ehemänner, Kinder, Eltern und Geschwister bis hin zu Katze und Hund werden für die Kampagnen fest eingeplant und spielen eine gewichtige Rolle in der inszenierten Politikvermittlung. Die Kandidaten setzen darauf, dass die Demonstration privater, vor allem emotionaler Kompetenz sie auch für das angestrebte politische Amt empfiehlt. Wenn Al Gore im Präsidentschaftswahlkampf 2000 beim Parteitag der Demokraten seiner Frau Tipper einen langen und leidenschaftlichen Kuss vor laufenden Kameras gibt, soll das nicht nur zeigen, dass der spröde Kandidat auch eine weiche Seite hat, sondern er will damit außerdem speziell die Frauen ansprechen. Manche Familienmitglieder sind selbst so populär, dass sie mehr für den Kandidaten bewirken können, als nur glückliches Familienleben vorzuführen. So profitierte etwa George Bush bei seinen Wahlkämpfen 1988 und 1992 von der Beliebtheit seiner Frau Barbara, und Bob Dole setzte 1996 stark auf seine Frau Elizabeth, die vier Jahre später schließlich sogar selbst ins Rennen um das Präsidentenamt ging.

Die amerikanische Presse – ohnehin der Politikinszenierung überdrüssig – macht an der von Kandidaten und Politikberatern errichteten Fassade nicht Halt. Das war nicht immer so. Die Diskretion ging einst so weit, dass Franklin D. Roosevelt, der von 1933 bis 1945 Präsident der USA war, auf Zeitungsfotos niemals in seinem Rollstuhl gezeigt wurde. Außereheliche Eskapaden der Politiker, wiewohl in Journalistenkreisen bekannt, waren kein Thema für die Medien. Konnte auch Kennedy während seiner Zeit im Weißen Haus (1961-1963) noch darauf bauen, dass seine Affären unkommentiert blieben, stolperte später mancher Kandidat über von den Medien aufgedeckte außereheliche Beziehungen. Eines der prominentesten Beispiele ist Gary Hart, Senator aus Colorado, der im Präsidentschaftswahlkampf 1988 antrat und aufgeben musste, als bekannt wurde, dass er eine Geliebte hatte. Er hatte sich so sicher gefühlt, dass er die Reporter geradezu herausgefordert hatte, ihm außereheliche Beziehungen nachzuweisen.

Clinton machte sein *character problem* schon vor der Wahl 1992 zu schaffen. Nicht nur dass die Medien dieses thematisierten, auch der politische Gegner, Amtsinhaber George Bush, versuchte daraus Kapital zu schlagen, indem er in seinen Reden oder in der Fernsehwerbung Clintons Unzuverlässigkeit hintergründig zum Problem erklärte. Dieser konterte mit geschickter Medienarbeit, wobei vor allem die Rolle, die seine Frau Hillary dabei spielte, entscheidend war. Ähnlich sah die Strategie auch bei der Bewältigung der Lewinsky-Affäre aus.

Weil in den USA gilt, dass das Privatleben eines Kandidaten durchaus Aufschluss über seine Befähigung zum politischen Amt gibt, findet seine Privatsphäre ganz selbstverständlich das Interesse der Medien, aber auch der anderen Bewerber. Direkte Angriffe auf den Konkurrenten mit Hinweisen auf seine vermeintlich fragwürdigen Eigenschaften sind in amerikanischen Wahlkämpfen keine Seltenheit. Nicht umsonst gehört zur Kampagnenorganisation der Präsidentschaftsbewerber auch ein *Rapid Response-* oder *Instant Rebuttal-Team*, das solche Angriffe in geeigneter Weise schnellstens abwehren, möglichst jedoch voraussehen und im Vorfeld schon abfedern, aber womöglich auch entsprechende Schwachstellen des Gegners aufdecken soll.

Dass die Medien vor der Privatsphäre eines Politikers nicht Halt machen, ist indessen keineswegs ein ausschließlich amerikanisches Phänomen. Auch in Großbritannien wird dem Privatleben von Politikern politische Bedeutung beigemessen. Hier findet nicht nur die aggressive britische Boulevardpresse Futter, sondern auch die seriösen Blätter beteiligen sich an der Ausbreitung intimer Details. Solche Enthüllungen haben bereits mehrmals zu Rücktritten von Regierungsmitgliedern geführt.

---

## Abschied von einem journalistischen Tabu?

---

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen gilt die Privatsphäre von Politikern als journalistisches Tabu. Aufgrund eines – unausgesprochenen – Agreements können sich Politiker hier darauf verlassen, dass die Presse verfängliche Informationen über Politiker, auch wenn solche in Journalistenkreisen sehr wohl kursieren, nicht verbreitet. Für diese Zurückhaltung lassen sich mehrere Gründe

anführen. Dazu gehören die deutschen Regelungen zum Persönlichkeitsschutz bzw. deren Auslegung, wobei auch das journalistische Selbstverständnis, was das Verhältnis zwischen Medien und Staat angeht, eine Rolle spielt; schließlich noch die notorische Kuschelei zwischen Journalisten und Politikern in Deutschland, zu der das Bonner „Treibhaus“ seinen Teil beigetragen hat.

Während nach dem angelsächsischen Verständnis von Pressefreiheit jegliche, auch die fördernde Regulierung der Presse abgelehnt wird und dem Interesse der Öffentlichkeit an Informationen eine größere Bedeutung zukommt als den Persönlichkeitsrechten des Einzelnen, wird in Deutschland (und in anderen europäischen Ländern) dem Persönlichkeitsschutz ein stärkeres Gewicht beigemessen.<sup>1</sup> Die Schutzwürdigkeit der individuellen Privatsphäre muss hier gegenüber dem öffentlichen Informationsinteresse abgewogen werden. Was allerdings Personen des öffentlichen Lebens angeht, die sich in einer herausgehobenen Stellung befinden – und dazu gehören Politiker –, haben Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht erst kürzlich bestätigt, dass die Allgemeinheit an deren Privatleben ein berechtigtes Interesse hat. Dabei verwies das Bundesverfassungsgericht auch auf die Leitbildfunktion solcher Personen, bei denen es durchaus aufschlussreich sein könnte zu beobachten, inwieweit sie öffentliche Funktionen und ihr persönliches Verhalten in Übereinstimmung bringen.<sup>2</sup> Sie stehen für bestimmte Wertvorstellungen und Lebenshaltungen und können damit auch Vorbildcharakter haben. Das heißt, Personen in herausgehobener Position – Prominente – müssen sich also gefallen lassen, dass sie zum Gegenstand der Berichterstattung gemacht werden, wenn sie sich, jenseits ihrer öffentlichen Funktion, privat in der Öffentlichkeit bewegen. Die Privatsphäre ist indessen da geschützt, wo räumliche Abgeschiedenheit besteht oder erkennbar demonstriert wird. Absoluter Schutz besteht für die Intimsphäre, es sei denn, die Berichterstattung geschieht mit Einwilligung eines Betroffenen.

Was das Verhältnis der Medien bzw. der Journalistinnen und Journalisten zum Staat angeht, wird ihnen trotz aller Unabhängigkeit – zumal im Vergleich mit den angelsächsischen Ländern – eine größere Nähe zugeschrieben. Der Anspruch, eine Rolle als „Fourth Estate“, als Vierte Gewalt zu spielen – dies im Zusammenhang mit einem weite-

---

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen von Gerlach, Persönlichkeitsschutz und öffentliches Informationsinteresse im internationalen Vergleich, in: *Archiv für Presserecht*, 32 (2001) 1, S. 1–8.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 1.

ren Verständnis ihrer öffentlichen Aufgabe –, ist zum Beispiel in Großbritannien stärker verankert als in den deutschen Medien. Die Gründe dafür sind u. a. in der Entwicklung der Pressefreiheit bzw. für Deutschland vor allem auch in der Neuorganisation der Medien durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg zu suchen. Darüber hinaus spielt eine Rolle, dass in den angelsächsischen Ländern der kommerzielle Aspekt der Medien insofern positiver gesehen wird, als er als wichtige Voraussetzung für deren Unabhängigkeit gesehen wird.<sup>3</sup>

Das enge Verhältnis zwischen politischen Journalisten und Politikern in Deutschland ist auch von Journalisten selbst schon als Symbiose bezeichnet worden. Symbiose bezeichnet das Zusammenleben ungleicher Lebewesen zu deren gegenseitigem Nutzen. Die einen suchen Öffentlichkeit, die anderen haben eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen. Ungleich sind Politiker und Journalisten insofern, als sie unterschiedliche Ziele verfolgen – die einen wollen Macht, die anderen brauchen Informationen. Bei der Verwirklichung ihrer Ziele treffen sich indessen ihre Interessen, und daraus entsteht der gegenseitige Nutzen. Das kleine Bonn mit der isolierten Konzentration des politischen Geschäfts auf das Regierungsviertel galt als für diese Beziehung besonders förderlich. Wer sich auf kurzen Wegen immer wieder traf, dieselben Restaurants und Bars frequentierte und denselben Friseur hatte, konnte schwer auf Distanz gehen.

Der Journalist, der gegen die stille Übereinkunft verstieß, musste insofern mit Konsequenzen rechnen, als ihm der Ausschluss von Hintergrundgesprächen drohte. Das ist nicht nur misslich mit Blick auf die Arbeit, sondern nagt außerdem an dem wonnigen Gefühl, das die Nähe zur Macht auslöst, die scheinbar – oder tatsächlich, wenn man sich etwa die Personalpolitik der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ansieht – abfährt.

Indessen hat sich etwas verändert am einst gedeihlichen Verhältnis zum gegenseitigen Nutzen. Die symbiotische Beziehung sei manchmal parasitär, heißt es nun.<sup>4</sup> Parasitär aber nennt man ein Verhältnis, in dem es ein Partner darauf anlegt, den anderen zu seinem Vorteil auszunutzen. Nun beklagen sich Journalisten über Instrumentalisie-

<sup>3</sup> Diese Unterscheidung hat z. B. Esser an verschiedenen Stellen herausgearbeitet: Frank Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*, Freiburg–München 1998.

<sup>4</sup> Vgl. Kurt Kister, Krawall in der Mediendemokratie, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Oktober 1999, S. 4.

rungsversuche durch die Politik, Politiker ihrerseits beklagen sich über die Behandlung durch die Medien. Damit scheint nun auch ein Tabu zu fallen, das die deutschen Politiker in ihrer Privatsphäre bislang geschützt hat.

Das Ereignis, das den Dammbruch in dieser Hinsicht markiert, war der „Rosenkrieg“ nach der Trennung von Gerhard und Hiltrud Schröder. Nachdem zunächst eine nüchterne Meldung aus der Staatskanzlei Anfang März 1996 den Auszug des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten aus dem ehelichen Haus mitgeteilt hatte und erste Fotos von ihm mit „der Neuen“ aufgetaucht waren, stieg nicht nur die Boulevardpresse auf dieses Thema ein. Nach Zahl der Beiträge stand nach der *Bildzeitung* die *Süddeutsche Zeitung* an zweiter Stelle und damit noch vor der *Bunten* und *Gala*. Die Behandlung des Falles schwankte zwischen Mitleid für die arme betroffene Ehefrau, Euphorie über das neue Traumpaar bis hin zu Berichten über eine schmutzige Scheidung. Während das Hauptinteresse der Presse den beiden Frauen galt, wurde für Schröder selbst allenfalls – aber immerhin – diskutiert, ob sich die Trennung für seine Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur auswirken könnte.

Nach einem ersten Hoch der öffentlichen Aufmerksamkeit erreichte das Thema erneut breiteres Interesse, als Hiltrud Schröder im August 1997 dem *SZ Magazin* ein Interview gab und Vorwürfe gegenüber ihrem Mann erhob, die teils privater Natur waren, aber auch seine politische Rolle betrafen. Schließlich kehrte das Thema noch einmal zurück und fand seinen Abschluss, als im November 1997 der Scheidungstermin anstand.<sup>5</sup>

Bislang hatte in der deutschen Presse gegolten: Berichtet wird über Privatangelegenheiten nur mit dem Einverständnis des betroffenen Politikers. Tatsächlich fand auch der „Rosenkrieg“ der Schröders nicht ohne deren Zutun den Weg in die Medien. Schon die Ehe von Gerhard und Hiltrud Schröder war zur öffentlichen Angelegenheit gemacht worden. Sie pflegten ein offenes Haus, traten gemeinsam in Fernsehshows auf, und ein Wahlplakat aus dem niedersächsischen Landtagswahlkampf 1986 zeigt die beiden unter der Überschrift „Politik ist nicht alles“. Nicht umsonst war die Rede von den niedersächsischen Clintons.

<sup>5</sup> Diese Befunde gehen zurück auf eine Untersuchung, die Cornelia Jeck für ihre Magisterarbeit am Institut für Publizistik Mainz durchführte.

---

## Der Einsatz des Privaten als Strategie der Selbstdarstellung

---

Nicht erst mit Gerhard Schröder ist der Einsatz des Privaten für die Politik zur Strategie geworden. So wurde etwa schon Franz Josef Strauß im Bundestagswahlkampf 1969 in einem CSU-Wahlspot beim Mensch-ärgere-dich-nicht im Kreis der Familie gezeigt. Im Wahlkampf 1980, in dem Strauß als Kanzlerkandidat der Union antrat, zeigte ihn ein Plakat zusammen mit seiner Tochter, die ihn auf dem Bild von hinten umarmt. Auch Edmund Stoiber lässt sich auf Wahlplakaten mit seiner Frau abbilden, so zum Beispiel im bayerischen Landtagswahlkampf 1994 als sich gegenseitig umfassendes Paar unter der Überschrift „Die Stoibers“. Im Wahljahr 1998 plauderte Joschka Fischer in *Boulevard Bio* über sein emotionales Tief nach der Trennung von seiner Frau und in der *Harald-Schmidt-Show* über seine Erfahrungen als jugendlicher Ministrant. Im SPD-Fernsehspot für Spitzenkandidat Rudolf Scharping im Bundestagswahlkampf 1994 traten seine Frau und seine Mutter auf, außerdem wurde ein altes Familienvideo eingeblendet, das Scharping mit seinen kleinen Kindern zeigte. Auch Hans-Jochen Vogel und Hans-Dietrich Genscher haben in früheren Wahlkämpfen mit ihren Biographien im Fernsehen geworben.

Mittlerweile ist das Private der Politikerinnen und Politiker noch sehr viel deutlicher präsent in den Medien. So wurde etwa die neue Liebe des heutigen Verteidigungsministers frühzeitig öffentlich gemacht, nicht zuletzt durch ein längeres Interview des Paares in der *Bunten* schon im November 2000 oder einen Auftritt in *Boulevard Bio* im Januar dieses Jahres zum Thema „Nur die Liebe zählt“. Diese öffentliche Inszenierung seines Privatlebens wurde dann im Sommer selbst Medien-Thema und hätte fast zum Verlust seines Amtes geführt. Der Bundeskanzler wiederum inszeniert die Entdeckung seiner ihm bislang unbekanntem Cousinen zum Medienereignis. Die Suche nach dem Grab seines im Krieg gefallenen Vaters findet unter reger Beteiligung der Medien statt.

Die allseitige Beliebtheit der Talkshows – bei den Sendern, dem Publikum und den Politikern – hat ihren Teil dazu beigetragen, dass Privates öffentlich gemacht wird. Politiker nutzen mittlerweile auch die eher unpolitischen Talkshows für ihre Selbstdarstellung.<sup>6</sup> Eine Analyse von *Beckmann, Johan-*

6 Vgl. Christina Holtz-Bacha, *Entertainisierung der Politik*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 31 (2000) 1, S. 156–166.

*nes B. Kerner-Show* und *Boulevard Bio* über den Zeitraum von einem Jahr hat gezeigt, dass rund die Hälfte aller Themen, die von Politikern dort angesprochen werden, privater Natur sind.<sup>7</sup> Bei ihren Talkshow-Auftritten nähern sich Politiker mit der Bezugnahme auf Persönliches und Privates den Stars aus dem Showbusiness an und heben sich damit gegenüber anderen Experten, die stärker auf Fakten und Analysen Bezug nehmen, ab.<sup>8</sup>

Dass Politiker Privates in die Öffentlichkeit tragen und den Medien damit willkommenen Stoff liefern und umgekehrt die Medien die imaginäre Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem heute bereitwillig überschreiten, hat verschiedene Gründe. Aus der Perspektive der Politiker erfüllt die Privatisierung der Politikdarstellung vier Funktionen: Vermenschlichung, Vereinfachung und Ablenkung, Emotionalisierung und Prominenzgewinn.

### 1. Strategie der Vermenschlichung

Die Strategie der Vermenschlichung ist eine klassische Imagestrategie der Politik. Sie lässt den Politiker als „Mensch wie du und ich“ erscheinen, macht ihn der Wählerschaft vertraut. Sie wird bevorzugt eingesetzt für die Arbeit am Image hölzernen, arrogant oder kalt wirkender Politikertypen. Die zuvor beschriebenen Plakatmotive für Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber sind Beispiele dafür. In die gleiche Richtung zielte die Kampagne „Mensch Scharping“ im Bundestagswahlkampf 1994, in die sich auch der erwähnte SPD-Werbespot fügte, mit dem der Spitzenkandidat aus der „familiären Erfahrung“ heraus charakterisiert wurde. Diese Strategie dient der Politik auch ganz allgemein zur Demonstration von Nähe zur Bevölkerung, um der Politikverdrossenheit in der Wählerschaft zu begegnen, die die Politiker als abgehoben und nur an der eigenen Machtsicherung interessiert empfindet. Ein Beispiel dafür, wie die Wahlwerbung versucht, einen Kanzlerkandidaten auf eine Ebene mit der Wählerschaft zu stellen, ist ein Fernsehspot aus dem Bundestagswahlkampf 1961 für Willy Brandt. Der Film zeigte Brandt bei der Fahrt mit dem Auto zu seinem Büro in Berlin. Der Text hebt hervor, dass sich natürlich auch der Regierende Bürgermeister an die Verkehrsregeln hält. Auf der Straße erkennen ihn die Bürger und grüßen ihn. Unterschwellig lautet die Botschaft:

7 Dieses Ergebnis ermittelte Nicole Roos im Rahmen ihrer Magisterarbeit am Institut für Publizistik Mainz.

8 Vgl. Astrid Schütz, *Selbstdarstellung in der Politik: Techniken und ihre Werbung*, in: Peter Winterhoff-Spurk/Michael Jäckel (Hrsg.), *Politische Eliten in der Mediengesellschaft. Rekrutierung – Darstellung – Wirkung*, München 1999, S. 105–120, hier S. 111.

Der Kanzlerkandidat ist einer von euch, er nimmt keine Privilegien für sich in Anspruch. Zugleich sollte damit im Wahlkampf gegen „den Alten“, Amtsinhaber Konrad Adenauer, auch ein anderer Politikstil in Aussicht gestellt werden.

## 2. Strategie der Vereinfachung und der Ablenkung

Die Strategie der Vereinfachung und der Ablenkung durch Privatisierung ist die Antwort auf die Komplexität der Politik, die sich nur schwer vermitteln lässt. Politische Programme, Lösungen für politische Probleme werden daher bevorzugt an Personen geknüpft, durch Personen symbolisiert: Der Politiker steht für die Sache. Mit Personalisierung vereinfacht das politische System die Politikdarstellung für sich, antwortet damit aber zugleich auch auf die Bedürfnisse der Medien, zumal des Fernsehens, das auch abstrakte Politik konkret – mit Bildern – präsentieren muss, und auf die Bedürfnisse des Publikums, dem die Orientierung an Personen allemal leichter fällt als die Auseinandersetzung mit Sachfragen. Personalisierung eignet sich außerdem zur Ablenkung dort, wo die Diskussion von Themen besser vermieden wird, weil der Spielraum für Entscheidungen eng ist, diese schwierig oder unpopulär sind. Personalisierung indessen wird schnell persönlich, privat: Der Kanzler macht Modenschau, die *Bildzeitung* gibt Empfehlungen für die Frisur der CDU-Parteivorsitzenden; der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien macht mit der „attraktiven Autorin“ an seiner Seite von sich reden, der Bundespräsident findet seine Krankengeschichte mit der Grafik seines Bauches in der Presse ausgebreitet; der ehemalige Bundespräsident präsentiert der Presse die neue Frau an seiner Seite, die *Bildzeitung* wittert eine Ehekrise des Außenministers.

## 3. Strategie der Emotionalisierung

Als Strategie der Emotionalisierung dient die Privatisierung der Sympathiewerbung sowie der Schaffung emotionaler Bindungen. Diese ist eine Konsequenz aus der Schwächung klassischer Wählerbindungen an die Parteien. Da soziodemographische Variablen an Erklärungskraft für Parteipreferenz und Wahlentscheidung eingebüßt, stattdessen aber kurzfristige und situative Faktoren Bedeutung gewonnen haben, versucht die Politik emotionale Bindungen herzustellen, die über Sympathie (Antipathie gegenüber den Kontrahenten) und Wohlfühl („feel good“) vermittelt wer-

den. Die neue Politik bietet Lebensstil und Lebensgefühl; die Rede von „Toskana-Fraktion“ und „Generation Guido“<sup>9</sup> verdeutlicht, wie Lebensstil und Politikerpersönlichkeit verschmelzen und zum politischen Angebot werden, das zur Identifikation einlädt.

## 4. Prominenzgewinn

Schließlich setzen Politiker das Private ein als Strategie zum Aufbau, zum Erhalt und zur Mehrung ihrer Prominenz. Für Politiker ist Prominenz notwendiges Kapital.<sup>10</sup> Prominenz bedeutet massenhafte Bekanntheit, wiewohl nicht unbedingt aufgrund positiver Eigenschaften oder Leistungen. Prominenz schafft die Aufmerksamkeit der Medien, ihnen dient Prominenz als Selektionskriterium. Es sind aber auch die Medien, die Prominenz schaffen. Wer in den Medien – vor allem im Fernsehen, weil es ein Gesicht mitliefert – auftritt oder Gegenstand der Berichterstattung ist, hat eine gute Chance, prominent zu werden. Die dauerhafte Beachtung durch die Medien ist notwendig, um die Prominenz zu erhalten. Um sich also die Aufmerksamkeit der Medien und besonders des Fernsehens zu sichern, orientieren sich Politikerinnen und Politiker mit ihrer Selbstdarstellung an deren Aufmerksamkeitskriterien. Da im kommerzialisierten Rundfunksystem auch für politische Angebote das Ziel größtmöglicher Publikumsattraktivität gilt, müssen sich Politik und Politiker diesem Ziel unterordnen, und das bedeutet, sich an ihrem Unterhaltungswert messen lassen. Das betrifft die Themen der Politik, erst recht aber ihre Verpackung, und es betrifft auch die Kandidaten.

Hier treffen sich nun unmittelbar die Interessen von Politikern und Medien – und es wird klar, warum die Medien auch in der Politik immer mehr aufs Private setzen und die Politik damit in Zugzwang bringen, diese aber ihrerseits den Trend fördert.

Klatsch und das Alltäglich-Menschliche sind längst nicht mehr die Domänen der Boulevard- und Regenbogenpresse. Der wegen seiner Werbefinanzierung an Reichweiten orientierte Privatfunk – und in der Folge auch der unter Konkurrenzdruck geratene öffentlich-rechtliche Rundfunk – bevorzugt das *Human-Interest-Format*, das Themen, zumal durch Personalisierung und Darstellung des

9 So lautete der Titel des *Spiegel*, Nr. 18 vom 30. April 2001.  
10 Zu Prominenz, auch im Zusammenhang der Politik, vgl. Birgit Peters, Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung, Opladen 1996; Harald Wenzel, Obertanen. Zur soziologischen Bedeutung von Prominenz, in: Leviathan, 28 (2000) 4, S. 452–476.

Einzelfalls, verständlich und spannend aufbereitet, Bezüge zum Alltag herstellt und dabei ganz auf Gefühle setzt. Boulevardisierung ist ein Trend, der im Zuge einer allgemeinen Kommerzialisierung des Medienmarktes auch die seriöseren Medien erreicht hat. Das spiegelt sich im Selbstverständnis der deutschen Journalistinnen und Journalisten, die sich mittlerweile auch zu einer unterhaltenden Funktion bekennen. Dazu kommt ferner, dass Politikvermittlung im Fernsehen längst nicht mehr nur von (politischen) Journalisten betrieben wird, sondern zunehmend auch von *Talkshow-Hosts* oder *Entertainern*. Die Medien, allen voran das kommerzielle Fernsehen und die Klatschpresse, machen sich mit ihrem Interesse an der Privatsphäre der politischen Prominenz die gesamtgesellschaftlich zu beobachtende Verschiebung der Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem zunutze, arbeiten aber selbst daran mit. Das wirkt sich für die Politik insofern aus, als das, was als im öffentlichen Interesse liegend verstanden wird, mittlerweile weit in die ehemals als privat definierte Sphäre hineinreicht.

Die Lewinsky-Affäre hat gezeigt, dass die seriösen Medien auch unter Druck geraten durch das Internet, über das jeder – relativ einfach und unverbindlich – Nachrichten und Gerüchte in Umlauf bringen kann: „Monicagate“ wurde zuerst über das Internet angestoßen; der Reporter der *Washington Post*, der an der Geschichte schon längere Zeit arbeitete, seine Recherchen aber vor einer Veröffentlichung noch untermauern wollte, wurde überholt.

Die deutschen Medien scheinen sich indessen nicht alle sicher zu sein, dass der Weg in die Privatsphäre der Politik so ganz richtig ist. Dafür spricht, dass immer dann, wenn Privates in der Politik öffentlich gemacht wird – egal von wem –, auch eine Diskussion darüber einsetzt, ob das Private politische Bedeutung hat und so die Veröffentlichung ihre Rechtfertigung findet. Dieses Lavieren wird besonders deutlich in der *Woche*, die zu solchen Fällen Pro- und Contra-Positionen von Prominenten, Experten und Betroffenen einholt und diese unter dem Seitentitel „Streitfall“ abdruckt. Dies wird noch ergänzt durch Ergebnisse von Meinungsumfragen.<sup>11</sup> Aber auch andere – zumal die überregionalen – Blätter retten sich gern in den Kommentar, der die Distanzierung erlaubt. Beispiele für eine solche Strategie der Distanzierung, die dann gelegentlich mit dem Lächerlichmachen des Politikers einhergeht, waren die zahlreichen

11 So zum Beispiel bei der Trennung der Schröders (Die Woche vom 15. März 1996, S. 2) oder beim Outing des Klaus Wowereit (Die Woche vom 22. Juni 2001, S. 4).

Berichte und Kommentare über Rudolf Scharping<sup>12</sup> oder über das Outing des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, was als „grassierender Exhibitionismus“<sup>13</sup> bezeichnet wurde. In dieser Sache beobachteten sich die Medien auch untereinander sehr genau – auch wenn es nur darum geht, mahmend den Finger in Richtung Boulevardmedien zu heben.

---

## Konsequenzen

---

Vor dem Hintergrund der skizzierten Wechselwirkung zwischen dem strategischen Einsatz des Privaten durch Politiker und dem kommerziellen Interesse der Medien am Privaten auch in der Politik hat sich das Verhältnis von Journalisten und Politikern gewandelt. Was als journalistisches Tabu galt, ist aufgeweicht worden; auf die Gültigkeit des stillschweigenden Agreements oder auch des ausgesprochenen Stillhalteabkommens können sich Politiker nicht mehr verlassen. Da die Politik aber ihrerseits längst begonnen hat, das Private für sich zu instrumentalisieren, dient dieses Verhalten dann auch schon als Rechtfertigung für die journalistische Grenzüberschreitung. So rechtfertigte der Anwalt des Bauer-Verlages den – als solchen vom Hamburger Landgericht verurteilten – Eingriff in die Privatsphäre des Bundeskanzlers mit dem Argument: „Wenn der Medienkanzler Schröder seine Privatsphäre so weit öffnet wie im Fall seiner Cousins, dann muss er damit leben können, dass über seine Privatsphäre gelegentlich auch gegen seinen Willen berichtet wird.“<sup>14</sup>

Indem Politiker auch das Private für ihre Selbstdarstellung einsetzen, geben sie – scheinbar – den Blick auf ihre Privatsphäre frei. Durch deren Inszenierung versuchen sie indessen, in der Hand zu behalten, was davon öffentlich wird. Ebenso wie die geschickte Inszenierung des Geschehens auf der politischen Vorderbühne, die immer schon ein Thema der Medien war, stellt auch die Inszenierung des Privaten geradezu eine Herausforderung für journalistische Recherche dar. In den USA wird indessen ein geringer Widerstand der Journalisten gegenüber den Umarmungen der

12 Damit wurde dieses Mal von der SPD das journalistische Sommerloch gefüllt; selbst Der Spiegel beteiligte sich mit einer Titelgeschichte daran.

13 Streifflicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2001, S. 1.

14 Zitiert in: Robert Jaquet, Intimsphäre tabu!, in: Süddeutsche Zeitung vom 2./3./4. Juni 2001, S. 17.

Politik schon seit einiger Zeit bemerkt und in Europa, wo Ähnliches festgestellt wurde, nun sogar als ein Indikator für diese „neue“ Art von Amerikanisierung gehandelt.<sup>15</sup>

Die Orientierung der Politiker an den medialen Aufmerksamkeitskriterien, die diejenigen des unterhaltungsorientierten Fernsehpublikums sind, hat außerdem Folgen für die Rekrutierung der politischen Elite. Ein Politiker, der Karriere machen, also gewählt werden will, hatte sich bislang auf zwei „Märkten“ zu bewähren, auf dem unterschiedliche Auswahlkriterien gelten: Um als Kandidat aufgestellt zu werden, musste sich ein Politiker in der Partei hervortun, sich durch Leistung für Partei und Programm beweisen. Politiker, die sich nun vorrangig am zweiten „Markt“ – also an den Medien und an der Wählerschaft – orientieren und dessen Aufmerksamkeits- und Auswahlkriterien im Blick haben, zwingen dann auch dem ersten, der Partei, neue Ausleseverfahren auf oder machen diese sogar obsolet.

Damit öffnet sich das politische Geschäft aber auch solchen Persönlichkeiten, die zwar den Selektionskriterien der Parteien nicht genügen, es dafür aber umso besser verstehen, die Aufmerksamkeit des Medienpublikums bzw. der Wählerschaft zu finden. Die Parteien kommen so unter Umständen in Zugzwang, weil sie an der Attraktivität eines Kandidaten für die Medien und deren Publikum nicht mehr vorbei können und ihnen von dorthin ein Kandidat gewissermaßen aufgezwungen wird.

Der Politiker, der im Interesse seines Images sein Privatleben öffnet, begibt sich schließlich auf eine schwierige Gratwanderung zwischen Nähe und Distanz. Mit der Demonstration von Nähe zur Wählerschaft und der damit verbundenen Aufgabe der Distanz zeigt sich der Politiker zwar menschlich „wie du und ich“, indessen: Die „Distanzlosigkeit“ rein als solche ist eine der Todsünden jedes Politikers.<sup>16</sup> Wer sich allzu menschlich und gewöhnlich gibt, hat es schwer, sich als Führungspersonlichkeit zu empfehlen.

Die „Tyrannei der Intimität“ ist allerdings bereits so weit fortgeschritten, dass Richard Sennett behauptet: „Es käme in der Politik heute einem

Selbstmord gleich, zu sagen: ‚Mein Privatleben geht euch nichts an; was ihr kennen müsst, sind meine Überzeugungen und die Programme, die ich durchsetzen werde.‘<sup>17</sup> Der Politiker also, der sich – der Umweltminister ist ein Beispiel – bewusst der Öffnung seiner Privatsphäre verweigert, weiß, dass er sich das Leben bzw. die Karriere schwer macht, weil er als unnahbar gilt und daher leicht arrogant wirkt.

Es stellt sich die Frage, ob Politiker mit der von ihnen mit betriebenen Öffnung ihrer Privatsphäre nicht auch eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung riskieren. Anders als zum Beispiel in den USA galt *negative campaigning* in Deutschland bislang eher der Sache als der Person. Das „Fahndungsplakat“, das die CDU Ende Januar dieses Jahres vorstellte und das den Bundeskanzler zu kriminalisieren schien, deutet in diese Richtung. Dieses Plakat, das schnell zurückgezogen wurde, war die Antwort der Parteispitze auf einen Plakatentwurf der Fraktion, auf dem der Kanzler – grinsend und mit Zigarre – gezeigt wurde und dazu der Text: „Meine Rente ist sicher.“<sup>18</sup>

Welchen Anteil das Privatleben eines Politikers an dem Bild hat, das sich die Bevölkerung von ihm macht, und inwieweit es sich womöglich auf die Wahlentscheidung auswirkt, ist nicht so einfach zu ermitteln. Befunde aus den USA, die dem Privaten durchaus einen Einfluss auf das Image eines Kandidaten und seine Wahlchancen zuweisen, können wir hier schlecht übertragen. Für die Bundestagswahl 1998 konnte nun aber gezeigt werden, dass Meinungen über das Privatleben von Helmut Kohl und Gerhard Schröder in der Wählerschaft verbreitet waren und von ihnen auch ein Einfluss auf die Wahlentscheidung ausging.<sup>19</sup> Es wird sich erweisen müssen, ob das ein Spezifikum der letzten Bundestagswahl war – mit einem Kanzlerkandidaten, der das Private nicht erst im Wahlkampf nach außen trug – oder ob sich damit ein Medientrend angekündigt hat. Wenn das aber so ist, dass 1998 kein Einzelfall war, dann schlägt auf die Politiker also zurück, was sie durch ihre Selbstdarstellungsstrategien provoziert haben.

15 Vgl. Jay G. Blumler/Michael Gurevitch, „Americanization“ reconsidered: U.K. – U.S. campaign communication comparisons across time, in: W. Lance Bennett/Robert M. Entman (Hrsg.), *Mediated politics. Communication in the future of democracy*, Cambridge 2001, S. 380–403.

16 Max Weber, *Der Beruf zur Politik*, in: ders., *Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik*, Stuttgart 1973 (zuerst 1919), S. 167–185, hier S. 168.

17 Richard Sennett, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt/M. 1996, S. 343.

18 Karl Feldmeyer, *Wie aus Rivalität Misstrauen wurde*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Juni 2001, S. 3.

19 Vgl. Markus Klein/Dieter Ohr, *Gerhard oder Helmut? „Unpolitische“ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 41 (2000) 2, S. 199–224.

Durchsetzungsfragen, Parteipersonalia - aber nur ganz oben. Die restlichen 90 Prozent, befasst mit höchst interessensrelevanten Detailentscheidungen über allerlei schwer verständliche Gesetzesparagrafen, arbeiten relativ unbeobachtet von der Medienwelt, treffen dabei vorwiegend auf machtfern arbeitende Fachjournalisten und werden für den politischen Journalismus erst interessant, wenn sich mit ihrem Detailgebiet irgendwann ein machtrelevanter Vorgang verbindet. Als "Rebellen" oder Abweichler also, als Widersprecher - sonst prinzipiell nicht.

Politiker denken stark in persönlichen Seilschaften, codiert häufig über innerparteiliche Flügelrollen. Politiker verdanken ihre Aufstiege zumindest anfangs persönlichen Kommunikationsnetzen bzw. Loyalitäten und sind in ihren innerparteilichen Welten, aus denen einige langsam in öffentlichkeitsrelevante Rollen hineinwachsen, tief reichende Konkurrenzstrukturen gewohnt, die sich bis in Feindbilder hinein verfestigen. Diese in den Macht-Welten ansozialisierten üblichen Feindbilder werden - jenseits aller professionellen Nettigkeit - schnell auch gegenüber Journalisten deutlich, die dann mit aller Brutalität ins politikinterne Freund-Feind-Raster eingeordnet werden.

Journalisten bleiben, erst Recht im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitszuweisung innerhalb der Redaktionen, prinzipiell eher Einzelkämpfer - was innerredaktionelle Seilschaften unter Karrieregesichtspunkten nicht ausschließt, sie aber in der aktuellen Berichterstattung schwer erkennbar macht. Journalisten denken in Ereignissen und Berichtskategorien, insofern eher tagesbezogen und vom späteren Produkt her, das ihnen als vergleichsweise singulär erscheint. Eine Reportage, ein Leitartikel, ein Interview: Wer daran arbeitet, denkt wenig prozesshaft und schon gar nicht an das nachfolgende übernächste Produkt.

Individuelle journalistische Grundhaltungen stehen weniger als die der Politiker unter ständigem Legitimationsdruck, weil die inhaltliche Einordnung letztlich schon über die Jobzuordnung (das Medium, das Aufgabengebiet) vollzogen ist. Sie spielen im Redaktionsalltag eine überraschend geringe Rolle. Es ist hier dagegen eher viel (oft: generationstypisches) Mainstream-Denken im Spiel und insofern durchaus eine hohe Bereitschaft, komplexe politische Prozesse unter einfache Fragestellungen zu subsumieren und sie insofern dann auch wieder sehr nach Schwarz-Weiß-Schema wahrzunehmen. Das kann für gestalterische Politik mit Veränderungsimpetus in der Medienwelt zur extremen Akzeptanzschwelle werden, falls sie die vorherrschenden journalistischen Grunderwartungen dabei nicht bedient.

Innerprofessioneller journalistischer Diskurs dreht sich dagegen eher selten um politische Grundsätze und strategische Linien, ganz häufig aber um rein Handwerkliches (Stilformen, Sprache) und die Präsentation der Produkte im jeweiligen Medium. Das Pendant zur Machtlogik, die bei Politikern jedes Denken dominiert, ist bei den Journalisten die Logik von Aktualität, Neuigkeitswert und Darstellungsästhetik. So ent-inhaltlich gelegentlich, dass die Assimilation mit der Grundorientierung des jeweiligen Verlags oder auch nur dem unterstellten common-sense der Profession weniger schwer fällt als bei so individualistischen Menschen, wie es Journalisten nun einmal sind, eigentlich zu erwarten wäre.

Politiker und politische Journalisten bleiben unterschiedliche Spezies aus der Gattung homo politicus - mit einigen Grenzgängern gelegentlich, aber in ihren unterschiedlichen Welten doch mit sehr unterschiedlich ausgeprägten Individualitäten und Motiven. Sehnsüchte in die jeweils andere Richtung inbegriffen: Es gibt - je höher in der Hierarchie, desto häufiger - einen Politikertyp mit viel innerer Bewunderung und sogar Neid gegenüber der von ihm so erlebten journalistischen Freiheit, von der aus seiner Sicht so viel echte Definitionsmacht ausgeht.

Es gibt auf der Top-Ebene der Politik nach wie vor aber viele, die rein als Parteimenschen agieren und keinerlei Gespür für journalistische Maßstäbe haben, dafür umso mehr prinzipielles Misstrauen allen Medienleuten gegenüber, und sich - wenn es gut geht - dann solches Gespür via Pressesprecher und Medienberater einkaufen, was die Kommunikation funktional, aber recht entseelt macht.

Die individuelle journalistische Professionalität misst sich letztlich daran, wie weit jemand den möglichen Spielraum seines Mediums voll ausspielen kann. Das funktioniert über persönliche Kontakte und professionelles Vertrauen, dem augenzwinkerndes Bewusstsein der Interessensfunktionalität einer Indiskretion alles andere als fremd ist. Natürlich ist jeder Kontakt dieser Art ein wechselseitiger Instrumentalisierungsversuch, bei dem beide Seiten die Preise bestimmen wollen.

Die Kategorie professionelles Vertrauen ist in diesem Zusammenhang zwar nicht unproblematisch. Sie unterscheidet sich von der ebenfalls existenten professionellen Kumpanei aber durch das notwendige Maß an Rollensicherheit. Professionelles Vertrauen bedeutet, dass beide Seiten sicher sein können, nicht hinters Licht geführt zu werden und dass Absprachen über den Status einer Information und manchmal auch den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung verlässlich sind. Dass beide Seiten einander aber auch Grenzen setzen, Politiker sich bei allem Selbstdarstellungsdrang ein Gespür für die Grenze zur offenen Illoyalität erhalten können und Journalisten sich nicht jenseits öffentlichen Informationsinteresses für politische Intrigen hergeben.

Beides sind im Konkreten Gratwanderungen zwischen zwei Welten, vollzogen meist in Vier-Augen-Situationen. Privatwanderungen also zu einem Gutteil, bei denen auf journalistischer Seite nur eine gut funktionierende,

gleichfalls offen-vertrauensvolle Redaktionskommunikation eine Art professionelles Korrektiv bilden kann. Das setzt voraus, dass auch redaktionsintern die privaten Einfluss- und Karriereinteressen (erkennbar zum Beispiel in der Monopolisierung von Kontaktsträngen) nicht dominieren.

Speziell bei extrem machtnahen Fragestellungen gewinnen diese persönlichen Faktoren an Gewicht. Wenn ein Politiker einen konkreten Journalisten nicht leiden kann - und umgekehrt, in gelegentlich wechselseitigen Eskalationsstufen -, wird es zu einer hohen Kontaktdichte nicht kommen. Andererseits versagen Journalisten auch unter dem Gesichtspunkt Aufklärungsanspruch, wenn sie mit ihrem Zuständigkeitsgebiet insofern nicht klar kommen, als die wichtigsten Informationsstränge an ihnen vorbeilaufen. Dieser Mechanismus der gegenseitigen Abhängigkeiten - bei gleichzeitig sehr unterschiedlicher kommunikativer Vorsozialisation - erklärt im Konkreten manche Friktion, die bei rein inhaltlicher und deshalb dennoch oberflächlicher Betrachtung als schwer verständliche kommunikative Störung erscheint.

Auf den ersten Blick wirkt es verwirrend, wie das Verhältnis Journalisten - Politiker sich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt hat. Offenkundig symbiotische Beziehungen auf manchen Top-Ebenen einerseits, bis hin zu denen zwischen dem Kanzler Helmut Kohl und dem damaligen Medienmilliardär Leo Kirch oder später zwischen Schröder und manchen seiner journalistischen Wegbegleiter und Kanzlermacher, stehen neben Entfremdungstendenzen bis hin zu völligem Unverständnis über die Handlungslogik der anderen Seite - besonders zwischen einer jüngeren, immer individualistischeren Journalistengeneration und den stark institutionell, eher medienfern arbeitenden Politikern auf der mittleren Machtebene.

Geradezu klassisch sind dabei die Gefolgschaftsmechanismen. Parteipolitiker einerseits, die sich in tiefem Misstrauen abschotten und journalistische Logik nur als Börsartigkeit erleben. Journalisten andererseits, die Parteimenschen und speziell klassische Verbandsvertreter, aktuell vor allem die aus den Gewerkschaften, als nur noch langweilig und unflexibel erleben. Politiker, die aus ihrer Institutionenlogik herausgedacht Regierungsfähigkeit vorwiegend durch allerlei Anpassungsvorgänge sichern wollen. Journalisten, die mehr oder weniger unbewusst in den großen Fragen nur noch in Geleitzügen denken. Die mit einem relativ einfachen gedanklichen Raster an die Tagespolitik herangehen, das sich selbst nicht mehr hinterfragt.

Setzt der Kanzler seine Reformpolitik durch oder nicht? Wird die transatlantische Irritation beendet oder nicht? Der Inhalt und die sozialen Auswirkungen einer Reformpolitik außerhalb der eigenen Milieus oder der Anlass und die langfristige Wirkung eines außenpolitischen Konflikts stehen dabei nicht mehr im Zentrum. Sie werden in einer recht kollektiven Interpretation unterstellt - und die kommunikative Kunst aus Machtperspektive / Politikersicht ist es, den Blick ganz auf die prozeduralen Fragen (Durchsetzung oder nicht, Konsens oder nicht) zu lenken.

Prozeduralkommunikation statt strategisch-intentionaler Auseinandersetzung: Es sind dann häufig nur mehr psychologische Grundmuster, die aktiviert werden. Harmoniebedürfnis, Stillstand überwinden, dem allseits als gut Unterstellten zum Durchbruch helfen: nicht mehr echte inhaltliche Kontroversen, aber eine in prozeduraler Hinsicht gelungene Kommunikation.

In der langfristigen Wirkung ist das nicht zu unterschätzen. Es entspricht oft durchaus der Art, wie die Politikerseite sich unter Federführung ihrer stark medienorientierten Führungskräfte vorausschauend bereits selbst positioniert hatte. Bis hin zum Medienberater-gesteuerten Finanzminister, der professionellerweise drei Tage vor der erwarteten negativen Steuerschätzung über ein Wochenendinterview höchst selbst schon die prozeduralen Konsequenzen ins Gespräch bringt und so die Kommunikationsrichtung bestimmt, nicht zuletzt gegenüber der nächsthöheren Ebene in Brüssel: Nachtragshaushalt, Korrektur des Konsolidierungsziels.

## Der Prozess gerät aus den Augen

Politischer Journalismus hat eine normsetzende und eine rezeptive Seite. Die normsetzende Seite zeigt sich im Definieren von Themen und Fragestellungen, an denen sich öffentliches Interesse festmacht bzw. festmachen sollte. Sie sucht offensiv die Definitionsrolle. Die rezeptive, für bereits Geschehenes Öffentlichkeit herstellende Seite hat mit Aufdecken, Erklären und Einordnen machtpolitischer Prozesse zu tun - bis hin zu suchend-investigativen Ansätzen, aber in der Regel vorwiegend entlang der institutionellen politischen Tagesagenda. Beide Seiten gehören beim Qualitätsjournalismus zusammen, weil nur so der komplexe politische Prozess transparent und verständlich gemacht werden kann.

Die Trivialisierung der öffentlichen Politikdarstellung ist weit fortgeschritten und sie korrespondiert mit einer Trivialisierung des allgemeinen politischen Denkens, mag vom chronisch ernsthaften Qualitätsjournalismus

## Das Buch

Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Herausgegeben von Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli und Juniorprof. Dr. Jens Tenschler, Universität Landau, Baden-Baden: Nomos-Verlag 2003, 285 S., brosch., 49,- Euro, ISBN 3-8329-0396-8. Der Sammelband beleuchtet die vielfältigen Veränderungen, die sich aus der wachsenden Verflechtung von Politik und Massenmedien ergeben. Außerdem werden erstmals theoretische Reflexionen aus der politischen Kommunikationsforschung mit Beiträgen aus der Praxis moderner Politikvermittlung konfrontiert. Der hier dokumentierte Beitrag ist dem Band entnommen. ber

hinterher auch noch so sprachgewandt und logisch analysiert werden, warum welche größeren Linien hinter der betreffenden Tagesentscheidung erkennbar werden. Denn meist wird die Philosophie in der Politik ja ohnehin erst nachgereicht - dann so gut passend zum realen Ergebnis wie der Sportkommentar nach vollzogenem Wettkampf. Und obendrein so nur noch das konkrete, vergangene Spiel im Blick. Das Prozesshafte, die längerfristige Logik, gerät schnell aus den Augen.

Hier besonders stellt sich die Frage nach Kommunikationsstörungen erweitert: bezogen auf die Kommunikation zwischen gesamter politischer Oberschicht (zu der die meinungsprägenden politischen Journalisten hinzuzuzählen sind) und Publikum, als Demokratiefrage letztlich.

Erklären und einordnen statt immer nur zuspitzen und hochspielen: Es wäre eine ruhigere, gelassenere, aber auch fundiertere und gegenüber Denkmoden resistenter Berichtserstattung, die einer orientierenden Pfadfinderrolle durch den gedanklichen Tagesmüll gerecht wird. Aber sie muss zweifellos schon jetzt um ihr Publikum kämpfen. Und sie muss die eine oder andere Kommunikationsstörung in Kauf nehmen gegenüber Politikern, die sich nur noch im großen Meinungsstrom bewegen wollen.

#### Der Autor

Richard Meng, Jahrgang 1954, ist seit 1984 Redakteur der Frankfurter Rundschau und seit 1996 bundespolitischer Korrespondent, zunächst in Bonn und jetzt in Berlin. Der promovierte Sozialwissenschaftler hat mehrere Bücher zum Thema Verhältnis Medien und Politik veröffentlicht; zuletzt: "Der Medienkanzler - was bleibt vom System Schröder?", Suhrkamp-Verlag 2002. ber

[ document info ]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2003  
Dokument erstellt am 18.11.2003 um 16:20:02 Uhr  
Erscheinungsdatum 19.11.2003

**GESPRÄCH MIT  
WOLFGANG MERKEL  
Die klassischen Verlierer:  
PSF und SPD**

Wolfgang Merkel, geboren 1952, ist seit April 2004 Professor für Politikwissenschaft an der Robert-Humboldt-Universität und Direktor der Abteilung „Demokratische Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZL) in Berlin. Herwig Meyer sprach mit ihm über das gerade im Verzuge für sozialwissenschaftlichen Erwähnung stehende Buch seiner Forschungsgruppe – Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Vollerwartung – das Wolfgang Merkel zusammen mit Christoph Engel, Christian Henke, Tobias Othman und Alexander Pining herausgegeben hat. Das Gespräch fand im Januar in Berlin statt.

NG/FH: Wolfgang Merkel, Sie haben in den letzten fünf Jahren ein Forschungsprojekt über sozialdemokratische Regierungspolitik geleitet. Was wollten Sie herausfinden?

Wolfgang Merkel: Wir wollten herausfinden, ob sozialdemokratische Parteien an der Macht bzw. in der Regierung in der Lage sind, sich zu reformieren. Reformieren wiederum heißt, wie sie es geschafft haben, bei den gewandelten äußeren Bedingungen wie etwa Globalisierung und Europäisierung ihre Politik und deren Instrumente zu modernisieren, ohne die alten Ziele aufzugeben.

NG/FH: Gibt es denn überhaupt noch Spielräume für politisches Handeln im nationalen Rahmen?

Merkel: Ja, es gibt erhebliche Spielräume. Es ist eine Mkr der Neoliberalen und der Altmarxisten, dass die Globalisierung diese

Handlungsspielräume komplett aufgehoben habe. Wir haben in Europa in einzelnen Ländern völlig unterschiedliche Politikergebnisse in den letzten zehn, fünfzehn Jahren beobachten können. In der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, vor allem aber in der Arbeitsmarktpolitik.

NG/FH: Welche Länder haben Sie verglichen?

Merkel: Wir haben uns systematisch sechs Länder herausgesucht. In jenen sozialdemokratischen Parteien seit Mitte der 1980er Jahre eine ganz bestimmte Periode gemeinsam regiert haben: Großbritannien mit New Labour, die Niederlande mit der Pvdv von dr. Arden (Pvdv), die beiden skandinavischen Regierungsparteien in Dänemark und Schweden, und zwei typische kontinentaleuropäische Parteien, nämlich die deutsche SPD und die französische Sozialistische Partei.

NG/FH: Wo liegen denn die Varianten?

Merkel: Wir haben zentrale Politikfelder wie die Haushaltspolitik, die Steuerpolitik, die Sozialpolitik und die Beschäftigungspolitik untersucht und einen komplexen Indikator für soziale Gerechtigkeit entwickelt. Das Ergebnis ergibt ein eindeutiges Gesamtbild. Es gibt zwei sozialdemokratische Parteien, die sich an der Regierung reformiert haben, mit beeindruckenden Erfolgen, nämlich die dänische und die schwedische. Wir haben eine mittlere Gruppe, das sind die Holländer und die Briten, und wir haben eindeutig in nahezu allen Politikfeldern zwei klassische Verlierer, die französische Sozialistische Partei und leider auch die SPD.

NG/FH: Was sind die Hauptdefizite der deutschen Sozialdemokratie?

Merkel: Die Hauptdefizite im Ergebnis liegen ganz offen zutage. In der Beschäftigungspolitik ist die Bilanz düster. Nicht

... nur, dass wir zusammen mit Frankreich die höchsten Arbeitslosenquoten haben, wir haben auch unter all diesen Ländern die niedrigsten Beschäftigungswachstumsraten. Übrigens auch die niedrigsten Beschäftigungswachstumsraten für Frauen. Für eine Partei, die zu Recht Geschlechtergerechtigkeit auf ihre Fahnen schreibt, ist das ein schlechtes Ergebnis. Natürlich darf man die schwere Erblast von 1989 nicht vergessen, die deutsche Wiedervereinigung und vor allem die großen Fehler der Kohl-Regierung, diese erheblich über die Sozialversicherungen mit zu finanzieren. Man darf sich nicht vergessen, dass die liberal-konservative Regierung in Deutschland zudem als in nahezu allen anderen OECD-Staaten keine einzige präzisierbare Strukturreform auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialstaat zustande gebracht hat. Aber der deutsche Sozialstaat ist sprachlos geworden. Er war von seinen Strukturalen her sehr geeignet für das industrielle Zeitalter. Jedoch mit seinem Schwerpunkt auf die an die Arbeit gebundene Sozialversicherungspflicht behindert er heute Beschäftigungswachstum und trägt nicht mehr für moderne post-industrielle Dienstleistungsgesellschaften mit ihren geänderten Geschlechterrollen, Lebensformen und Geburtenraten.

NG/FH: Ihre Hauptthese am Ende der empirischen Untersuchung lautet, dass die Parteien, die in ihren Instrumenten am meisten traditionell geblieben sind, die traditionellen Ziele der Sozialdemokratie am stärksten verfolgt haben, und die, die sich am deutlichsten modernisiert haben, die traditionellen Ziele der Sozialdemokratie am besten erreicht haben. Wie erklären sich dieses Paradox?

Merkel: Es ist im Grunde die berühmte Ironie der Geschichte. Tatsächlich sind die französischen Sozialisten und die deutsche Sozialdemokratie in ihrer programmatischen Ausrichtung und ihren Politikinstrumenten am stärksten traditionell geblieben. Sie haben zu stark an Rezepten der 70er

Jahre festgehalten. Diese Rezepte trugen aber nicht mehr für das Zeitalter der Globalisierung, nicht mehr für individualisierte, geburtenstarke Gesellschaften. Vor allem die Vermeidung struktureller Reformen des Sozialstaats, zum der Ausnahme von Hartz IV, war ein schwerer Fehler. Die skandinavischen Sozialdemokraten haben mit Erfolg gezeigt, dass man Sozialreformen sozial gerecht und kleinteilig erfolgreich gestalten kann.

NG/FH: Was macht deren Modernität aus? Merkel: Der Kern ist nach wie vor die Art des Sozialstaats. Dieser hat nicht nur die Ungleichheit zwischen den Schichten und Klassen eingabst, sondern weitgehend auch jene zwischen den Geschlechtern. Die Ländliche Differenz ist, dass man der Gesellschaft durch die Sozialpolitik soziale Dienstleistungen und keine Geld-Transfers liefert und diese viel stärker über allgemeine Steuern als über Lohnsteuern finanziert. Außerdem konzentriert man die Politik nach wie vor auf ein wesentliches Ziel, das Beschäftigung nicht nur als Vermeidung von Arbeitslosigkeit ansieht, sondern auf hohe Beschäftigungsziffern, besonders auf hohe Frauenerwerbsquoten setzt. Man hat es geschafft, den Arbeitsmarkt sozial verträglich zu deregulieren. Dänemark ist das beste Beispiel. Die kürzesten Arbeitslosenzeiten für Erwerbslose, die besten Trainings- und Requalifizierungsbedingungen, effektive Wiedereingliederungs- und Vermittlungschancen haben dort sowohl zu sozialer Sicherheit wie auch zu dynamischer Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt geführt.

NG/FH: Ist die Reform im Bildungsbereich ein Schlüsselement für den Erfolg der skandinavischen Modelle?

Merkel: Ja, unbedingt, und der Vergleich mit Deutschland fällt für uns wenig schmeichelhaft aus. Der erste Indikator sind die Bildungsausgaben, die in Dänemark und Schweden fast doppelt so hoch sind wie in der Bundesrepublik. Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts.

Der zweite Punkt ist ein ganz wesentlicher Unterschied: frühes Eingreifen in die Bildung und Erziehung der Kinder. Das heißt die Bereitstellung von exzellenten Kindergärten oder Vorschulen schon für die zwei- und Dreijährigen. Vor dem Hintergrund dieser skandinavischen Erfahrungen einer kostenlosen Bereitstellung höchstqualifizierter Kindergärten und Kindererzieherinnen sind die hiesigen Debatten über notwendige Gebühren für relativ schlecht ausgestattete Kindergärten geradezu perspektivlos, sozial ungerecht und unsozialdemokratisch.

NG/FH: Was von den Erfolgsmodellen ist übertragbar auf die deutsche Situation und was ist spezifisch von Faktoren abhängig, die eigentlich nur in diesen Ländern selber vorhanden sind?

Merkel: Ich halte nichts von Modellklausuren oder den berühmten 1:1-Oberreutungen. Wir sollten nicht mit dem skandinavischen Modell argumentieren, weil dann die Debatte ideologisch einseitiger dreht. Wichtig ist, sich Teilaspekte anzueignen und deren Übertragbarkeit zu prüfen. Bildung und Anreize, die Frauen in den Arbeitsmarkt hinführen, sollten da zu erster Stelle stehen. Wir haben mittlerweile viele hoch qualifizierte Frauen. Sie sind gerade in modernen Dienstleistungsgeschäften ein ungeheures Produktionspotenzial, das wir stärker kräftigen lassen als die skandinavischen und angelsächsischen Gesellschaften. Unser Steuerstufen-„Kesselfrauen und Beschäftigung, weil wir Hausfrau und nicht mehrfache Personen besteuern. Es war schon eine große Fortschrittsleistung, dass diese wichtigen Fragen unter unserer rot-grünen Koalition kaum diskutiert und noch weniger angegangen wurden.

NG/FH: Welche Faktoren sind grundlegend dafür, dass in Deutschland so ein ganz anderer Weg gewählt worden ist?

Merkel: Rot-Grün hat die ersten vier Jahre 1998/99 formell verabschiedet. Man hat 2000 geplatzt, mit zunehmender Konjunk-

tur werden sich wesentliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt erledigen. Das war eine Illusion. Hartz kam zu spät. Vor 2002 wurden kaum substantielle sozial- und beschäftigungspolitische Reformen auf den Weg gebracht. Als man 2002 eine zweite Chance bekam, war Hartz IV zwar ein wichtiger Schritt, der aber leider nicht in eine Wachstumpolitik eingebettet war, die unbedingt nötig gewesen wäre, um Jobs zu schaffen. Übrigens ist dieses von Hartz IV intendierte Wechselverhältnis von Sünden und Fördera nichts Neoliberaler, sondern etwas, was wir in Regibulgar in dem sozial gerechteren System Dünemark beibehalten können.

NG/FH: Einige sozialdemokratische Parteien haben sich liberalisiert, aber nicht neoliberalisiert. Können Sie diese politischen Begriffe etwas präzisieren?

Merkel: Ich halte den Begriff neoliberaler zynisch für einen analytisch wenig ergebnisreichen Kampfbegriff. Man sollte dieses Etikett ebenfalls für diejenigen reservieren, die möglicherweise alle Barrieren abbauen wollen, um den kapitalistischen Markt von jeder sozialen Einbettung zu befreien und us-amerikanische Verhältnisse herzustellen. Sie etwa auf Tony Blairs New Labour anzuwenden ist analytisch unsinnig. Zwei Parteien, die wir als liberalisierte Sozialdemokraten charakterisieren haben, sind eben New Labour in Großbritannien und die holländischen Sozialdemokraten. Beide Parteien und Regierungen haben sehr engagiert versucht, Wachstumpolitik und Beschäftigungspolitik zu betreiben. Da wurde das Kinder- und Familienproblem relativ klein gehalten. Sie haben zwar niedrige Steuern beibehalten oder die Steuern gesenkt, waren aber in der Lage, ihre Arbeitsmärkte zu dynamisieren, ohne Sozialabbau zu betreiben. Das ist freilich in den Niederlanden besser gelungen als in Großbritannien.

NG/FH: Die Studie kommt auch zu dem Resümee: „Einer der Faktoren, die in Deutschland zum Misserfolg beigetragen

haben, war die unangenehme Strategiepflicht der Sozialdemokratischen Partei. Was ist darunter genau zu verstehen?

Merkel: Zurecht ist das politische System Deutschlands nach der Schweiz das System mit den meisten so genannten Veto-Spielern, also mächtigen Akteuren wie dem Bundesrat, dem Verfassungsgericht oder einflussreichen Verbänden gegen eine Regierungspolitik. Aber man kann nicht die ganze Schuld auf diese Strukturen und Organisationen abladen, sondern ich glaube, dass 1998 und 2002 ein window of opportunity offen war, das nicht genutzt wurde, obwohl in der Regierung zum Teil solche Perspektiven gesehen wurden. Aber leider hat der traditionellistische Block der SPD, die Bremer in Partei und Gewerkschaften eine eher modernisierende Regierungspolitik, wie die Schröder-Blein-Pöple zugedacht hätte, blockiert. Das wäre der Beginn einer Reformagenda gewesen, die man 1999 hätte starten müssen und welche die Sozialdemokratie in Deutschland zu besseren Politikergebnissen geführt hätte. In diesem Sinne waren die Modernisierer um Schröder zu wenig durchsetzungsbereit.

NG/FH: Bietet denn die Große Koalition eine neue Chance?

Merkel: Sie ist eine Chance, und die Verbauungen, die wir heute von Steinbrück und anderen hören, deuten ja darauf hin, dass man den Sozialstaat nicht einfach weiter über Lohnnebenkosten finanzieren möchte. Hier wurden Anknüpfungen an das Schröder-Blein-Pöple von 1999 durchaus sichtbar. Außerdem wurde ein Veto-Spieler, der Bundesrat, zurückpoliert.

NG/FH: Welche strategische Empfehlung lässt sich denn aus Ihrer Untersuchung für die sozialdemokratische Reformdebatte in Deutschland ableiten?

Merkel: Erstens glaube ich, dass man eine zu restriktive Geldpolitik zugelassen hat. Hier bin ich durchaus der Meinung von Lafontaine, dass man nach 1999 und 2002 zu

stark gegen fiskalische Nachfrageimpulse votierte.

Zweitens bin ich kein Befürworter von Lohnzurückhaltung. Der Lohnanstieg war zu gering für den Konjunkturaufschwung. Zu Unrecht ist zudem der Lafontaine-Nachfolger Eichel für seine Sparappelle gefeiert worden. Diese Politik war weder sozialdemokratisch noch in irgendeiner Weise erfolgreich.

Drittens möchte ich, dass man den Arbeitsmarkt hätte stärker deregulieren und die Einstiegschwellen in ihn senken müssen und müsste, um von der Sozialversicherungspflicht wegzukommen, hätte man stärker in die Steuerfinanzierung des Sozialstaats einsteigen sollen, durchaus ergänzt mit einer dritten Säule der privaten Sozialversicherung, insbesondere für die, die es sich leisten können. Ein Arbeiter hat dazu im Prinzip sehr wohl leisten. Die Renten-Rente war ein wichtiger Schritt, aber zu wenig ausgereicht.

Ein weiterer kritischer Punkt ist, dass man es nicht geschafft hat, schon früh den Kindern einen guten Einstieg in Bildung und Ausbildung zu geben. Dies wäre für eine Politik, die mehr Chancengerechtigkeit herstellen will, unabdingbar gewesen. Die Steuererbschenke der Regierung Schröder/Eichel für die Beveridge-Länder haben dagegen nicht erbracht. Nachzudenken wäre auch über einen Niedriglohnsektor für jene, die wir sonst in einer hoch entwickelten Dienstleistungsgesellschaft aufgrund ihres niedrigen Bildungs- und Ausbildungsniveaus nicht in Lohn und Arbeit bringen können. Hier müsste wir über Kombiflexi nachdenken, ohne Mindestlöhne anzuzeigen.

NG/FH: Es gibt nationale Handlungsspielräume im Bereich der Reformpolitik. Gilt dies auch im Hinblick auf die Europäische Union, denn es gibt die These, dass man die wesentlichen Entscheidungen in den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Sozialpo-

Wird nur nach auf europäischer Ebene voranzutreiben könnte. Wie groß sind die nationalen Spielräume, hier, was nationale eher europäisch gemacht werden?

Merzel: Hier müßte man genau auf das jeweilige Politikfeld blicken. Die Wettbewerbs- und Handelspolitik wird tatsächlich in Brüssel gemacht. Aber es gibt andere Bereiche, in denen es mehr Möglichkeiten gegeben hätte, die man jedoch nicht genutzt hat, etwa eine Harmonisierung der Steuerpolitik. Da gab es einen Vorstoß von Dominique Strauss-Kahn und Jospin im Jahre 1999, der nicht energisch genug weiter verfolgt wurde. Wir haben Beschäftigungslinien im Gefolge des Lissabon-Prozesses, was ein zarter positiver Schritt ist. Man darf die Wirkung aber nicht überschätzen, weil dessen offene Methode der Koordinierung keine leitenden Politiken sind wie jene, die im Wettbewerbsrecht vorgeschrieben werden. Ich glaube, dass die europäische Ebene von den sozialdemokratischen Parteien stärker genutzt werden könnte, gerade aber ein, dass dies sehr viel schwerer geworden ist nach der Osterweiterung.

NG/FH: Wie lässt sich die Erfolgsbilanz des unterschiedlichen sozialdemokratischen Parteiensystems in Europa im Ganzen bilanzieren?

Merzel: Die drei Typen von sozialdemokratischen Parteien, die wir herausgearbeitet haben, umfassen den liberalisierten Typ, den modernisierten Typ und den traditionellen Typ. Sie setzen unterschiedliche Formeln in der Politik. Wenn wir Politik generell als ein Spiel betrachten, in dem es so genannte trade-offs, also Entscheidungen gibt, die auf Basis anderer Entscheidungen getroffen werden, lässt sich das folgendermaßen darstellen: Wir haben die modernisierte Sozialdemokratie, die auf solide Staatsfinanzen aus war und dies realisiert hat. Sie war gleichzeitig auf Umverteilung durch sozialstaatliche Transferleistungen aus, was auch erfolgreich umgesetzt werden konnte. Andererseits hat sich dieser

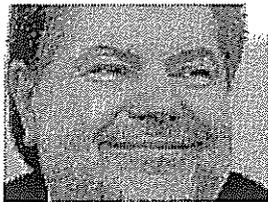
Typus nicht am Steuerentlastungswettbewerb beteiligt. In Dänemark und in Schweden wurden Steuern entweder stabil gehalten oder erhöht. Man hat also eine Umverteilung von Staatsfinanzen realisiert, Steuerentlastungen aber nicht.

Die *liberalisierte* Sozialdemokratie, repräsentiert von *Mano Leuter* oder der *PvdA* in Holland, hat die Steuern gesenkt, die Staatsfinanzen solide gehalten, auf zusätzliche Umverteilung aber weitgehend verzichtet, egal ob über soziale Dienstleistungen oder monetäre Transfers.

Frankreich, Deutschland, also die *traditionelle* Sozialdemokratie, insbesondere die *SPD*, hat Steuerentlastungen durchgeführt. Sie hat aber das Ziel verändert, solide Staatsfinanzen herzustellen und Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie ist die Strukturform eines antiquierten und nicht sehr gerechten Sozialstaats nicht angegangen. Sie hat zwar auf Umverteilung gesetzt, wie aber alle Indikatoren zeigen, hat sie dieses Ziel jedoch nicht erreicht. Daran ist nicht zuletzt das Versagen auf dem Arbeitsmarkt schuld.

#### WERNER EICHHORST Kombilöhne - Erfahrungen und Lehren für Deutschland

Kombilöhne sollen das Angebot und die Abnahme gering unedelter Arbeit attraktiver machen. Hierbei unterscheidet man zwischen befristeten und unbefristeten, arbeitsnehmer- und/oder arbeitgeberseitigen Bezahlungsmustern. Bei unbefristeten Modellen zeigt der Blick ins Ausland zwei Gruppen von Ländern: Staaten mit niedriger sozialer Grundversicherung und niedrigerem, geringer Abgabenbelastung und flexiblen Arbeitsmarkt und Staaten mit höherer sozialer Grundversicherung und Mindestlöhnen, höherer Abgabenbelastung und stärker reguliertem Arbeitsmarkt.

**dradio.de**URL: [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/492672/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/492672/)INTERVIEW**24.04.2006***Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und designierte SPD-Vorsitzende Kurt Beck. (Bild: AP)***Politologe empfiehlt SPD Blick nach Skandinavien**

## **Beck solle sich nicht auf Verteidigung des herkömmlichen Sozialstaats beschränken**

**Moderation: Bettina Klein**

**Der Politologe Wolfgang Merkel traut der SPD unter ihrem designierten neuen Vorsitzenden Kurt Beck einen programmatischen Neuanfang zu. Dabei dürfe sich Beck nicht auf die Verteidigung des Sozialstaates beschränken, sagte der Wissenschaftler. Merkel empfahl der SPD, sich bei ihrer Programmdebatte Anregungen von den skandinavischen Sozialstaatsmodellen zu holen.**

**Bettina Klein:** Die beiden Volksparteien wollen die Diskussion über ihr jeweiliges Grundsatzprogramm in diesen Tagen vorantreiben. Und sie wollen sich stärker voneinander abgrenzen. Das geht aus mehreren Interviews von Politikern beider Parteien hervor, aus denen heute Morgen zitiert wird. Die CDU setzt heute eine Kommission zum Thema ein, die SPD startet gleich einen ganzen Kongress. Eine Grundsatzrede vom designierten SPD-Vorsitzenden Beck wird mit Spannung erwartet, nicht zuletzt zum Thema Steuerpolitik. Und die Sozialdemokratie stand ohnehin in den vergangenen Monaten und Wochen immer wieder verstärkt im Blickpunkt, allerdings eher unter der besorgten Überschrift "Was wird nur aus der alten Tante SPD?", die ihre Vorsitzenden immer schneller verschleißt.

Professor Wolfgang Merkel ist Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin, und er hat sich gerade in einem neuen Buch mit diesen Fragen und mit der SPD beschäftigt. Herr Merkel, "Kraft der Erneuerung" heißt der Kongress, auf dem heute über das neue Grundsatzprogramm diskutiert werden soll. Sie haben sich in Ihrem Buch auch gefragt, ob die SPD überhaupt reformfähig ist. Ist sie es? Hat sie die Kraft zur Erneuerung?

**Wolfgang Merkel:** Prinzipiell zweifle ich da überhaupt nicht daran. Allerdings gibt es heute keine Garantien dafür. Nichts, meine ich, ist bisher entschieden. Allerdings wenn man in das Programm hineinblickt, sind einige Elemente formuliert, die so eine Kraft tatsächlich andeuten. Es sind vor allen Dingen Elemente, die Lehren aus der letztendlich gescheiterten Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Regierungskoalition ziehen.

**Klein:** Welche positiven Ansätze sehen Sie bereits in dem Entwurf?

**Merkel:** Ich sehe es insbesondere auf zwei Feldern. Ich sehe es auf dem wichtigen Feld der Sozialstaatsreform, von der ich meine, dass sie in den letzten sieben Jahren überhaupt nicht angepackt worden ist. Ich sehe sie auch auf dem Sektor der Beschäftigung und hier insbesondere

das Augenmerk darauf, dass wir wesentlich mehr Frauen in Beschäftigungsverhältnissen benötigen.

**Klein:** Nun spricht die SPD im neuen Entwurf von vorsorgendem Sozialstaat. Da frage ich mich, worin besteht denn jetzt die ganz große Reform?

**Merkel:** Das ist genau der Punkt. Wir haben bisher einen Sozialstaat, der eigentümlicherweise von der SPD-Linken in den letzten Jahren mit Zähnen und Klauen verteidigt worden ist, der im Grunde sozial überhaupt nicht gerecht ist. Zukunftsgerecht ist er soundso nicht, weil er auf einem Prinzip der Finanzierung basiert, nämlich der Sozialversicherung, die vollkommen zuwider unserer demografischen Entwicklung läuft. Aber er ist auch nicht gerecht. Er benachteiligt Frauen systematisch. Und wenn man heute sagt, ein Sozialstaat soll nicht nur die Schadensfälle gleichsam begradien, sondern soll vorbeugen, dass diese Schäden gar nicht eintreten, dann ist das ein ganz wichtiger Schritt in die Zukunft.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Ganz zentral erscheint mir alles das, was mit Bildung verbunden ist. Bildung ist nicht nur an Universitäten und Gymnasien, sondern Bildung muss bei uns sehr viel früher einsetzen, das heißt schon in den Kindergärten. Wir wissen, dass Kinder besonders gut lernen zwischen drei und sechs Jahre. Schon in der Hauptschule kann es zu spät sein. Also vorzeitig intervenieren, das gilt für Bildung, das gilt für Gesundheit, es gilt mittlerweile auch für eine finanzielle Vorsorge für zukünftige Alterssicherungen.

**Klein:** Und da sind wir natürlich bei der Frage nach der Finanzierung, die ja in den vergangenen Tagen wieder sehr stark diskutiert wurde. Vom designierten Vorsitzenden Kurt Beck kam die Anmerkung, mit der bisherigen Steuerquote kommen wir dort überhaupt nicht weiter, was sofort zu einer großen Diskussion um weitere Steuererhöhungen geführt hat. Das heißt, laufen all diese doch auch gut gemeinten Maßnahmen letzten Endes auf Steuererhöhungen hinaus, und ist das die große Reform, die die SPD anstrebt?

**Merkel:** Diese ganze Debatte ist von einer erheblichen Unkenntnis geprägt. Ich glaube, dass wir an Steuererhöhungen überhaupt nicht vorbeikommen. Die Frage ist nur, wie intelligent wir diese Steuern auf die Schultern in der Gesellschaft verteilen. Beck hat vollkommen Recht, dass Deutschland eine der niedrigsten Steuerquoten im gesamten Bereich der so genannten OECD-Welt, das heißt der entwickelten Staaten hat. Wir haben nur ein Problem, dass wir eine niedrige Steuerquote haben, aber die höchste Sozialabgabenquote. Gerade die Sozialabgabenquote drückt auf die Dynamik im Beschäftigungssektor, verhindert es, dass dort Jobs entstehen. Ergo liegt es auf der Hand, dass wir umsteuern müssen von Sozialabgaben auf höhere Steuern, das heißt Sozialabgaben senken, und das muss natürlich auf der anderen Seite durch eine höhere Steuerquote erzielt werden.

**Klein:** All das, was Sie gerade beschrieben haben, nämlich zu hohe Sozialabgaben, was sich wiederum sehr negativ in der Arbeitsmarktpolitik auswirkt, all dies wissen wir ja seit Jahren. Es war auch bekannt in den sieben Jahren, in denen die SPD den Kanzler gestellt hat. Ich frage Sie: Wo erkennen Sie im Programm Ansätze, dass jetzt wirklich Konsequenzen gezogen werden sollen?

**Merkel:** Ich sehe zum ersten Mal ganz deutlich - und das wird expressis verbis ganz wörtlich genannt -, stärker einen steuerfinanzierten Sozialstaat schaffen, stärker auf die Bereitstellung so genannter sozialer Dienstleistungen, wovon ich vorhin gesprochen habe, Kindergärten flächendeckend und in guter Qualität etwa bereitzustellen, also dass hier ein Umsteuern stattfindet. Und da können wir tatsächlich von großen Erfolgen von unseren nordeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten lernen.

**Klein:** Sie bringen das Beispiel Lernen von anderen sozialdemokratischen Parteien in Nordeuropa. Sie favorisieren als Vorbild für die deutsche Sozialdemokratie das skandinavische Modell?

**Merkel:** Modell ist immer ein schwieriges Wort, aber all das, wovon wir vorhin gesprochen haben, eine stärkere Steuerfinanzierung, weniger über Sozialabgaben, hochklassige, hochwertige Dienstleistungen im sozialen Bereich und insbesondere eine sehr erfolgreiche Investition in Bildung, sind Elemente zumindest eines Modells, von dem wir hochgradig lernen können und das wir ohne allzu große Probleme Schritt für Schritt in unser System einbauen können. Also nicht das ganze Modell soll importiert werden, sondern erfolgreiche Politiken.

Das Erfolgreiche dabei ist geradezu, dass eine hohe soziale Sicherungsqualität vorhanden ist, aber

die vereinbar ist mit wirtschaftlicher Prosperität. Wir müssen also nicht in die USA blicken, nicht einmal nach Großbritannien, wo wir auch solche wirtschaftlichen Dynamiken haben, die dort aber bezahlt werden mit hohen sozialen Kosten, hohen Armutsquoten. Das alles haben wir in Dänemark, Schweden oder Finnland nicht.

**Klein:** Lassen Sie uns noch einen Blick allgemein auf die Sozialdemokratie werfen. Immer wieder wurden die Arbeiten an diesem neuen Grundsatzprogramm vertagt. Weshalb tut sich die SPD so schwer damit, und weshalb könnte es anders werden?

**Merkel:** Sie tut sich schwer oder sie tat sich zumindest schwer deshalb vor allen Dingen, weil sie Probleme mit der Führungsfrage hatten. Sie wissen, dass seit diese Programmdebatte von Schröder eigentlich mehr von oben in Auftrag gegeben wurde, als sie inhaltlich angestoßen wurde, hat die SPD dreimal den Vorsitzenden und ihre Generalsekretäre gewechselt. Müntefering löste Schröder ab, Platzeck Müntefering und schließlich folgte dann auch Kurt Beck auf den angeschlagenen Matthias Platzeck.

Zweitens - und das sollte nicht verschwiegen werden - hat die SPD nach wie vor ein gewisses Problem, einen nachhaltigen innerparteilichen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Strömungen zu finden. Wenn Sie mir das erlauben, hier eine sehr prononcierte These, die wir auch in unseren Untersuchungen gefunden haben: Die so genannte SPD-Linke ist konservativ geworden. Sie ist in den Konzepten stark in den 70er Jahren verhaftet und sie hat eher nach Frankreich als nach Skandinavien geblickt. Eine Schwierigkeit hier ist auch, innerparteilich Konsens zu finden und sich auch nicht von Gewerkschaften etwa hier abschrecken zu lassen.

**Klein:** Würde ein Neuanfang, den Sie, wenn ich Sie richtig verstehe, für notwendig halten, den sich viele Genossen gewünscht haben, den sie von Matthias Platzeck erhofft haben, mit einem Vorsitzenden Kurt Beck möglich sein?

**Merkel:** Hier ist meine Antwort zunächst tatsächlich ein überzeugtes Ja. Die Gründe sind gar nicht so uneinsichtig. Beck ist ein glaubwürdiger Politiker. Er ist populär. Er kann in der Partei integrieren und hat zumindest in Rheinland-Pfalz eine erstaunliche Führungsstärke bewiesen. Hier sehe ich sogar Vorteile von Kurt Beck gegenüber Matthias Platzeck, von dem wir bei diesen Eigenschaften gar nicht so genau Bescheid wussten. Aber Beck muss es auch gelingen, mutig die Reformen, von denen wir vorhin gesprochen haben, auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialstaat, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in der Bildung anzugehen und sich nicht - und das ist ganz wichtig meine ich - auf die Verteidigung des Sozialstaates zu beschränken. Beck muss sein wichtiges Pfund, mit dem er wuchern kann, Glaubwürdigkeit, Integrationsfähigkeit, nun mit einer Führungsstärke im Hinblick auf zukunftsfeste Reformen finden.

**Klein:** Und in der praktischen Politik: Wird die SPD die Möglichkeit und die Kraft haben, in der großen Koalition einige von diesen Zielen umzusetzen, oder ist sie da vielleicht gar nicht so weit von der Union entfernt?

**Merkel:** Da bin ich etwas skeptischer als bei den vorherigen Einschätzungen. Bisher hat die große Koalition nicht gezeigt, dass sie einschneidende Reformmaßnahmen angehen kann. Es war so etwas, was wir in den letzten Jahren und ich möchte fast sagen Jahrzehnten beobachten konnten, eine Reformschwäche. Man tariert aus, man wird letztendlich Kompromisse finden müssen. Die sehe ich in der Gesundheitspolitik zunächst nicht, sehe ich eher auf dem Arbeitsmarkt. Und der Lakmустest wird sicherlich die Sozialstaatfrage sein, und hier sehe ich bisher noch nicht so viel Positives. Die große Koalition muss erst noch zeigen, dass sie reformorientiert regieren kann.

**Klein:** Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel über das zu entwickelnde neue Grundsatzprogramm der SPD, mit dem sich die Parteigremien heute befassen werden.

## **Impulswahl statt Richtungswahl - rheingold-Studie zur Bundestagswahl 2005**

**Tiefenpsychologische Studie: Wähler beklagen fehlende Visionen bei CDU und SPD. Resignative Einsicht, dass kein konsequenzloses Wechsel-Spiel möglich ist. Vermutete Nebenwirkungen entscheiden über den Wahlausgang.**

### **Der Wahlkampf verschärft die Orientierungskrise der Bürger**

Die auffällige Zahl der unentschiedenen Wähler und die ständigen Präferenz-Verschiebungen, die wöchentlich die Demoskopie aufzeigt, sind – psychologisch betrachtet – Ausdruck einer tiefgreifenden Orientierungskrise der Wähler. Die Positionen der großen Parteien nähern sich aus Sicht der Wähler immer stärker an und sind "für den einfachen Mann" kaum noch differenzierbar: "Alle Parteien sind ja für soziale Gerechtigkeit und für die Förderung der Wirtschaft. Da gibt es heute nur noch Nuancen, aber keine Unterschiede mehr." "Die Politik wirkt auf mich heute nur noch verklebt und wie in Ahornsirup gegossen. Ich weiß beim besten Willen nicht mehr, wen ich wählen soll."

Quer durch alle Parteien vermissen die Wähler wie bereits in den letzten beiden Wahlkämpfen einen übergreifenden Zukunftsentwurf für das neue Jahrtausend. Der Wunsch nach einer klaren Zukunftsperspektiven oder gar eine Vision, "wohin die Reise hinget", wurde auch beim finalen Kandidatenduell enttäuscht. Die Wähler hatten den Eindruck als würden Herr Schröder und Merkel versuchen, "die Zukunftsprobleme des Landes mit dem Rechenschieber zu lösen". Der gesamte Wahlkampf scheint von ständigen Schuld-Verschiebungen und Schwarze-Peter-Spielen geprägt zu sein: Das kleinkarierte Aufrechnen und Umrechnen ersetzt das richtungsweisende Umgestalten.

Auch in der Wahlwerbung ziehen es die Parteien vor, den Gegner anzugreifen, statt eigener Leitideen zu profilieren. Die CDU-Plakate verweisen auf die schlechte Bilanz der Regierung oder begnügen sich mit der diffusen Aussicht auf einen Aufbruch und Neuanfang. Die SPD-Plakate reklamieren zwar, wofür die Partei im Gegensatz zur CDU steht, aber nicht wohin sie das Land führt.

## **2. Die Wähler reagieren mit Angst oder Panik auf das visionäre Vakuum in der Politik**

Der Wahlkampf 2005 schafft es nicht das visionäre Vakuum zu füllen, in denen sich die Wähler seit der Jahrtausendwende befinden. Mittlerweile ist zwar fast allen theoretisch klar, daß es aufgrund der Krisen der Wirtschaft und der Sozialsysteme nicht wie bisher weitergehen kann. Aber dieser unabweisbare Veränderungsdruck und der daraus resultierende Reformprozeß werden bislang von keiner Partei durch ein übergreifendes Leitbild gefasst. Dieser bildlose Zustand erzeugt bei vielen Wählern Angst: sie haben das Gefühl auf einer rasenden Lokomotive zu sitzen, die ins Ungewisse donnert. Und sie reagieren panisch mit den Bremsbewegungen der Besitzstandswahrung und Risikominimierung.

Ohne konkrete Vorstellungen von der Zukunft klammern sie sich an die bestehenden Rechte, Privilegien oder Subventionen. Der private Konsum wird ebenso eingeschränkt wie wirtschaftliche Investitionen. Die Bereitschaft zu tiefgreifenden Veränderungen und persönlichem Opfern ist trotz gelegentlicher Lippenbekenntnisse bei den meisten Wählern nicht erkennbar.

## **3. Die Hoffnung auf ein konsequenzloses Wechselspiel mit der CDU hat sich zerschlagen**

In diesem visionslosen, ungewissen und daher beängstigenden Zustand hoffen die Wähler derzeit auf eine Veränderung der Lage ohne sich dabei einem wirklichen Veränderungsprozeß auszusetzen. Die unbewußte Forderung an die Politiker lautet: ‚Wascht mich, aber macht mich nicht naß.‘ Jede Wahl und jede Landtagswahl der letzten Jahre wird für die Wähler zu einem magischen Datum eines neuen Wunder von Berns, an dem sich mit einem Mal das Schicksal Deutschlands zum Besseren wenden soll. Diese wundersame Wechselspiel konnte Angela Merkel zu Beginn des Wahlkampfes besser bedienen als Gerhard Schröder. Denn sie verkörpert - nicht nur als Frau - den totalen Wechsel: von der SPD zur CDU, vom Kanzler zur Kanzlerin, vom Wessi zu Ossi und vom traditionellen CDU-Katholizismus zum modernen CDU-Protestantismus.

Im Verlauf des Wahlkampfes ist allerdings der Glaube an ein konsequenzloses Wechselwunder aufgegeben worden. Vor allem die von der SPD geschickt geschürte Debatte über die Mehrwertsteuer und die Kirchhoffsche Steuer-Politik hat allen Wählern klar gemacht, daß es auch mit Angela Merkel keinen Wechsel ohne spürbare Konsequenzen oder Opfer geben wird. Diese schmerzliche Einsicht verstärkt aber die Resignation und die Entscheidungsnot vieler Wähler. Sie wissen einfach nicht, was der Wechsel bringen wird, wenn er weder als Wunder erscheint, noch als Vision eine Perspektive weist.

## **4. Statt Aufbruchgeist und Wechselfieber bestimmen Resignation oder Zweckoptimismus die**

## Wähler

Bei den Wählern aller Lager kommt keine begeisternde, kämpferische oder hoffnungsfrohe Stimmung auf.

- Bei Wählern, die zu den Regierungsparteien tendieren, ist eine resignative und fast sprachlose Grundstimmung spürbar. Es fällt ihnen schwer die Politik der Regierung zu verteidigen oder klare Gründe für eine Wiederwahl von rot/grün zu benennen. Beunruhigt durch eine diffuse Angst vor dem Wechsel, erscheint ihnen die Fortsetzung der bestehenden Regierungs-Koalition lediglich als das kleinere Übel.
- Einen eher trotzig-resignativen Ausbruch aus ihrer ohnmächtigen Sprachlosigkeit versuchen die Wähler, die offen mit den neuen Linken sympathisieren. Ihre zum Teil wütende Entschiedenheit stützen sie durch eine Ideologie der sozialen Ungerechtigkeit und durch die Errichtung klarer Feindbilder ala "Ackermann, Beckstein, Stoiber".
- Aber auch die CDU und die FDP-Wähler präsentieren sich nicht mit kämpferischen Elan oder fester Wechsel-Überzeugung. Getragen von der vagen Hoffnung, dass Deutschland mit der CDU wieder zur alten Stärke und Sicherheit zurückfinden könnte, demonstrieren sie einen verhaltenen Zweckoptimismus.

### 5. Die Wähler vollziehen am 18. September keine Richtungswahl, sondern eine Impulswahl

Da die Wähler ihre Entscheidung weder an einem visionären Leitbild, noch an klar unterscheidbaren inhaltlichen Positionen ausrichten können, orientieren sie sich noch stärker als bei den letzten beiden Bundestagswahlen an der Wirkung der Kandidaten und der ganzheitlichen Wahlkampf-Performance der Parteien. Sie achten also weniger auf konkrete politische Fakten, sondern auf die aktuellen politische Wetterlage, die atmosphärische Strömungen und die gefühlten Wechseltemperaturen. Von daher treffen die Wähler keine Richtungsentscheidung, sondern sie vollziehen eine Impulswahl. Leitend bei ihren sehr subjektiven Beobachtungen und impulsiven Empfindungen wird selbst noch in der Wahlkabine die Frage sein, wie sich der Wechsel "anfühlen" und "ausgestalten" wird, wenn die CDU mit Frau Merkel gewinnt oder wenn Schröder Kanzler bleibt.

### 6. Mit Schröder und Merkel verbinden die Wähler unterschiedliche Wechselprofile

#### Gerhard Schröder – unerschütterliche Stabilität mit bekannten Einbußen

Bei der Wahl 2002 hatte Schröder im Zeichen der Flut und des Irak-Krieges einen bemerkenswerten Image-Wandel vollzogen. Er galt jetzt als der durch die Flut geläuterte Lebemann, der väterlichere und fürsorglichere Züge zeigte als der eher gestrenge und asketische Oberlehrer Stoiber. Seitdem hat Schröder sich zum Prototyp des Staatsmanns und zu einer Art Übervater der Nation entwickelt, der auch von vielen CDU-Wählern als mutig, charakterstark und grundsätzlich vertrauensvoll gesehen wird. Seine väterliche Aura demonstrierte er auch im Kanzlerduell, als er Angela Merkel mit demonstrativer Zugewandtheit wie eine Tochter behandelte und sie vor dem neuen Freund aus Heidelberg warnte.

Durch seine demonstrative Unerschütterlichkeit, seine charmante und unbeirrbar Schlagfertigkeit suggeriert er eine Stabilität, Kraft und Unangreifbarkeit, die vor allem in Krisensituationen auf viele verunsicherte Wähler sehr beruhigend und beschwichtigend wirkt: "Auch wenn in der Regierung alles schief läuft, er vermittelt immer ‚wir kriegen das schon hin‘."

Die Kehrseite dieser souveränen und staatsmännischen Unerschütterlichkeit ist allerdings eine gewissen Abgehobenheit: "Er ist nur noch souverän, lässt sich niemals provozieren. Er wirkt machtvoll aber auch arrogant." Er ist kein originärer SPD-Mann mehr, man kann ihn sich auch nicht mehr als Trinkkumpan oder in Gummistiefeln vorstellen. Er ist ein fast überparteilicher Kanzler, den auch viele CDU-Wähler gerne in ihrer Partei sehen würden. Insgesamt erscheint Schröder nicht als entschlossener Reformkanzler, der das Schiff Deutschland mutig in neue Gewässer steuert, sondern als Fels in der Brandung einer unsicheren Zukunft.

#### Angela Merkel – entbehrungsreicher Aufbruch mit ungewissenen Nebenwirkungen

Im Gegensatz zum unerschütterlichen und "unsinkbaren" Kanzler Schröder besticht Angela Merkel durch ihre dynamische Entwicklungsfähigkeit, mit der sie den Politikhimmel gestürmt hat. Spontan wird immer wieder ihre außergewöhnliche und überraschende Partei-Karriere betont. Sie beweist ihren enormen - und auf den ersten Blick kaum vermuteten - Ehrgeiz und ihre bahnbrechende Zielstrebigkeit. Latente Zweifel der CDU-Wähler, ob Angela Merkel wirklich als Kanzlerin "ihren Mann stehen" und in puncto Durchsetzungsstärke mit Schröder konkurrieren kann, werden oft beiseite gewischt durch den Verweis auf die politischen Leichen, die ihren Weg säumen.

Durch diese vorbildliche Zielstrebigkeit trauen ihr auch viele SPD-Wähler, dass sie in Deutschland etwas bewegen kann. Allerdings erscheint sie nicht wie Maggi Thatcher als eiserne Lady, sondern eher als "erzerner Engel". Man traut ihr prinzipiell zwar nur Gutes zu, weiß sie aber als Mensch letztendlich nicht

einzuschätzen und kann ihre persönlichen Hintergründe und Motive nicht durchschauen. Diese Ungewissheiten einer Regierung Merkel werden auch durch den verschwommenen Hintergrund der Merkel-Wahlplakate versinnbildlicht.

Im Gegensatz zum locker-gelösten und lebensfreudigen Schröder wirkt Angela Merkel allerdings sehr angestrengt, beflissen und bemüht. Die Wähler habe das Gefühl, dass sie alles gibt, sich im Wahlkampf förmlich aufreibt. Ihr Leben ist eher von einem beständigen Kampf geprägt, dem letztlich Lebensfreude und Genuss geopfert werden. Viele Wähler fürchten, dass diese anstrengende und entbehrungsreiche Seite von Angela Merkel auch das Klima nach dem Wechsel bestimmen wird.

#### **Grundlage der Studie:**

Die Studie "Impulswahl statt Richtungswahl" ist eine Eigenstudie von rheingold und wurde ohne Auftraggeber durchgeführt. Insgesamt wurden 50 Wähler von erfahrenen Diplompsychologen jeweils zwei Stunden intensiv befragt. 25 Wähler hatten bei der letzten Wahl die Regierungsparteien gewählt (70 % SPD, 30 % Grüne), 25 Wähler hatten bei der letzten Wahl CDU (70 %) bzw. FDP (30 %) gewählt. Die demographische Schichtung der Probanden entsprach dem Durchschnitt der Wähler.

Die Stichprobengröße reicht aus, um psychologisch relevante Strömungen und Beweggründe zu repräsentieren. Im Fokus der Studie stand keine Wahlprognose, sondern die Frage, wie die Wähler den Wahlkampf erleben und verarbeiten und welche Erwartungen sie eigentlich an die Politik und die Politiker haben.

Fenster schliessen

## Mitgliederbestand; Stichtag: 31.10.2007

| Gliederung    | Name                                  | Mitglieder gesamt | männlich | männlich % | weiblich | weiblich % |
|---------------|---------------------------------------|-------------------|----------|------------|----------|------------|
| 1000000000000 | SPD-LV Schleswig-Holstein             | 20.803            | 13.565   | 65,21      | 7.238    | 34,79      |
| 1100000000000 | SPD-LV Mecklenburg Vorpommern         | 2.805             | 1.946    | 69,38      | 859      | 30,62      |
| 1200000000000 | SPD-Landesorganisation Hamburg        | 11.142            | 7.308    | 65,59      | 3.834    | 34,41      |
| 1300000000000 | SPD-Landesorganisation Bremen         | 5.247             | 3.465    | 66,04      | 1.782    | 33,96      |
| 1400000000000 | SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen         | 6.841             | 4.832    | 70,63      | 2.009    | 29,37      |
| 1500000000000 | SPD-Bezirk Weser-Ems                  | 18.953            | 13.376   | 70,57      | 5.577    | 29,43      |
| 1600000000000 | SPD-Bezirk Hannover                   | 32.452            | 22.807   | 70,28      | 9.645    | 29,72      |
| 1700000000000 | SPD-Bezirk Braunschweig               | 13.589            | 9.662    | 71,10      | 3.927    | 28,90      |
| 1800000000000 | SPD-LV Sachsen-Anhalt                 | 4.363             | 3.182    | 72,93      | 1.181    | 27,07      |
| 1900000000000 | SPD-Landesverband Brandenburg         | 6.586             | 4.717    | 71,62      | 1.869    | 28,38      |
| 2000000000000 | SPD-Landesverband Berlin              | 16.073            | 10.730   | 66,76      | 5.343    | 33,24      |
| 2500000000000 | SPD-Bezirk Hessen-Nord                | 24.274            | 17.913   | 73,80      | 6.361    | 26,20      |
| 2600000000000 | SPD-Bezirk Hessen-Süd                 | 43.882            | 31.470   | 71,72      | 12.412   | 28,28      |
| 2700000000000 | SPD-LV Thüringen                      | 4.434             | 3.230    | 72,85      | 1.204    | 27,15      |
| 2800000000000 | SPD-LV Sachsen                        | 4.368             | 3.309    | 75,76      | 1.059    | 24,24      |
| 2900000000000 | SPD-Landesverband Saar                | 23.043            | 15.777   | 68,47      | 7.266    | 31,53      |
| 3300000000000 | SPD-Landesverband BADEN-WÜRTTEMBERG   | 40.731            | 27.859   | 68,40      | 12.872   | 31,60      |
| 3400000000000 | SPD-Landesverband Bayern              | 72.620            | 50.039   | 68,91      | 22.581   | 31,09      |
| 4000000000000 | SPD-LV Rheinland-Pfalz                | 44.721            | 31.728   | 70,95      | 12.993   | 29,05      |
| 5200000000000 | SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen | 146.339           | 98.726   | 67,46      | 47.613   | 32,54      |
| Gliederung    | SPD gesamt                            | 543.266           | 375.641  | 69,14      | 167.625  | 30,86      |

## Quelle:

<http://www.bpb.de/publikationen/IGLNJP.html>

► Aus Politik und Zeitgeschichte (B 5/2000)

### Zwischen Anpassung und Profilierung ▼

#### Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert

Richard Stöss / Oskar Niedermayer

#### Kurzbeschreibung:

Im Parteiensystem der Bundesrepublik sind die Machtchancen ungleich verteilt. Die SPD belegt im Parteienwettbewerb dauerhaft den zweiten Platz. Dies hat sich auch mit der deutschen Einheit nicht geändert. Bei den bislang 14 Bundestagswahlen konnte sie die Unionsparteien nur zweimal überflügeln: 1972 und 1998. Die Ursachen für diese Asymmetrie sind zum einen sozialstrukturell bedingt.

Die SPD vermag daher nur dann Wahlerfolge zu erringen, wenn sie ihre Stammklientel voll mobilisiert und darüber hinaus in erheblichem Umfang Wechselwähler von den Unionsparteien gewinnt. Die Ausnahmewahlen von 1972 und 1998 zeigen, dass dies nur gelingt, wenn die Union politisch gescheitert und die SPD gleichzeitig politisch-programmatisch und personell in Topform ist.

Der Wettbewerbsvorteil der CDU/CSU beruht zum anderen darauf, dass die SPD generell mit hohen Reformervwartungen im sozioökonomischen Bereich konfrontiert ist, denen sie angesichts des sinkenden Handlungsspielraums der Politik immer weniger nachkommen kann. Ihr programmatisches Dilemma äußert sich darin, dass sie zumeist zwischen Anpassung an den gesellschaftlich-politischen Mainstream und sozialdemokratischer Profilbildung schwankt und dann über keine klaren Alternativpositionen im Parteienwettbewerb verfügt. Selbst wenn es ihr gelingt, eine konturierte Gegenposition zum Neoliberalismus aufzubauen, dürfte ein Machtwechsel nur durch eine vorausschauende Bündnispolitik zu verhindern sein.

#### Inhalt

- I. Die Asymmetrie des Parteiensystems der Bundesrepublik
- II. Die Erfolgsbedingungen der SPD
- III. Der Wahlsieg der SPD
- IV. Die Akzeptanzkrise der SPD nach der Bundestagswahl 1998
- V. Das programmatische Dilemma der SPD
- VI. Die Herausforderung des Neoliberalismus
- VII. Fazit

#### I. Die Asymmetrie des Parteiensystems der Bundesrepublik ▲ ▼

Im Rückblick auf die über fünfzigjährige Parteiengeschichte der Bundesrepublik erweist sich die SPD als die zweite Partei im

Wettbewerb um Wählerstimmen und staatlich-administrative Macht. Dass sie die Unionsparteien in den bislang 14 Bundestagswahlen zweimal überflügeln konnte (1972 und 1998), widerspricht dem keineswegs. An der Tatsache, dass die Machtchancen zwischen CDU/CSU und SPD ungleich verteilt sind, ist nicht zu rütteln. Dies hat sich auch nach der deutschen Einheit nicht geändert. Die Hoffnungen, dass diese Asymmetrie mit der Verschmelzung von alter Bundesrepublik und dem „Kernland der deutschen Arbeiterbewegung“ beendet sein würde, haben sich nicht erfüllt [1], jedenfalls bis jetzt nicht. Aber der Abstand zwischen beiden Großparteien ist geringer geworden. Vor 1990 erreichte die SPD bei Bundestagswahlen durchschnittlich 37,7 Prozent der Zweitstimmen (CDU/CSU: 45,1 Prozent), zwischen 1990 und 1998 betrug der entsprechende Wert für die SPD nahezu unverändert 36,9 Prozent (CDU/CSU: 40,1 Prozent), und im Durchschnitt aller bisherigen Bundestagswahlen brachte es die Sozialdemokratie auf 37,5 Prozent (CDU/CSU: 44,1 Prozent). Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Zweitstimmendifferenz zwischen beiden Parteien (Asymmetrie) von 7,4 Prozentpunkten für die Bundestagswahlen vor 1990, von 3,2 Prozentpunkten für die Bundestagswahlen seit 1990 und von 6,6 Prozentpunkten für alle Bundestagswahlen. Dass sich der Abstand zwischen Union und SPD nach der deutschen Einheit verringert hat, beruht also nicht etwa darauf, dass die SPD aufgeholt hat, sondern dass die Unionsparteien schwächer geworden sind.

#### ▪ Zur Person

---

##### **Richard Stöss**

Dr. phil., geb. 1944; Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Zahlreiche *Veröffentlichungen* zu Parteien, Wahlen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses zugegebenerweise schlichte Ranking-Verfahren, das der SPD pauschal den zweiten Platz im Parteienwettbewerb zuweist, lenkt den Blick auf Probleme von historischer Bedeutung. Denn die Rechnung erstreckt sich auf ein halbes Jahrhundert und legt es nahe, in ihrem Resultat eine Gesetzmäßigkeit zu vermuten. Aber worauf gründet sie sich? Welche langfristig wirksamen Faktoren könnten die SPD auf die Rolle der zweiten Partei im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik festlegen - und dies auch noch mit einem nahezu konstanten Durchschnittsergebnis vor und nach der deutschen Einheit von rund 37 Prozent? Welche Prognose ergibt sich daraus für die gegenwärtig regierende rot-grüne Koalition? Wie erklären sich dann die genannten beiden Abweichungen von der Regel? Bei der Bundestagswahl 1972 übertraf die SPD ihre Konkurrentin mit dem Spitzenergebnis von 45,8 Prozent (CDU/CSU: 44,9 Prozent) um immerhin 0,9 Prozentpunkte. Bei der vergangenen Bundestagswahl 1998, die nach sechzehnjähriger konservativ-liberaler Regentschaft den dritten Machtwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik herbeiführte, betrug der Abstand sogar 5,8 Prozentpunkte, wobei die SPD „nur“ 40,9 Prozent der Zweitstimmen erreichte (CDU/CSU: 35,1 Prozent).

#### ▪ Zur Person

---

### **Oskar Niedermayer**

Oskar Niedermayer, Dr. rer. pol., geb. 1952; o. Professor am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Zahlreiche *Veröffentlichungen* zu Parteien, Wahlen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.

## **II. Die Erfolgsbedingungen der SPD**



Die dauerhafte Benachteiligung der SPD gegenüber der CDU/CSU im Parteienwettbewerb hat externe und interne Ursachen. Wenn auch beide Ursachenkomplexe eng miteinander verzahnt sind, konzentrieren wir uns zunächst auf die externen Erfolgsbedingungen der SPD und wenden uns später ihrem Programmangebot zu. Dass die Sozialstruktur der Bundesrepublik eher die Union als die SPD begünstigt, ist bekannt und bedarf daher keiner weiteren Vertiefung. Zudem wirken sich der soziale Wandel, die „Enttraditionalisierung der industriegesellschaftlichen Lebensformen“ und die „Individualisierung sozialer Ungleichheit“ [2] eher nachteilig auf die Allianzen von Arbeit (nehm)erparteien und ihren gesellschaftlichen Referenzgruppen aus, die sich schon in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft der „entideologisierten“ Nachkriegszeit weithin „verbürgerlicht“ hatten. Infolge des Abschmelzens der Arbeitermilieus kann die SPD nur dann Wahlerfolge erzielen, wenn sie sich über die Vollmobilisierung ihrer Stammklientel hinaus Wechselwähler aus dem katholischen Milieu oder aus dem Bereich der Mittelschichten (im Wesentlichen also von der CDU/CSU) erschließt [3]. Dies war ihr erstmals bei der Bundestagswahl 1961 gelungen und beweist, dass das in neuerer Zeit vielbeschworene Wahldilemma der SPD, nämlich eine Wählerkoalition aus Arbeiterschaft und Mittelschichten zustande zu bringen, ein altbekanntes Problem sozialdemokratischer Politikstrategie darstellt [4]. Für die CDU/CSU resultiert daraus als Hauptaufgabe ihrer elektoralen Kampagnen, den Verbund von katholischen bzw. christlichen und/oder konservativen Arbeitern, Bürgern und Bauern geschlossen an die Wahlurnen zu bringen. Die Union muss vor allem verhindern, dass katholische Arbeitnehmer zur SPD überwechseln. Diese vereinfachte Darstellung der Wettbewerbssituation der beiden Großparteien erklärt, warum „die CDU/CSU Wahlen bisher in erster Linie mit einer Polarisierungsstrategie gewinnen konnte, die SPD hingegen eher mit einer auf die Mitte gerichteten Anpassungsstrategie“ [5]. Die für sozialdemokratische Wahlerfolge existenzielle Doppelstrategie (Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen) kann nur unter zwei Voraussetzungen zum Erfolg führen: Erstens muss die Union bei der Bewältigung wichtiger politischer Probleme dauerhaft versagen und damit nachhaltige Unzufriedenheit bei einem Teil ihrer bisherigen Wähler auslösen. Da frustrierte Parteianhänger zumeist nicht umstandslos zu einer anderen Partei überwechseln, sondern zunächst zu Wahlenthaltung neigen (weil sie immer noch über rudimentäre Bindungen an „ihre“ Partei verfügen [6]), profitiert die SPD nicht automatisch von Integrationsverlusten ihrer Konkurrenz. Sie muss - dies ist die zweite Erfolgsbedingung - ihrerseits mit einem attraktiven und kompetenten Personal- bzw. Programmangebot aufwarten, das ihre eigenen Anhänger überzeugt und zugleich Zuwanderung (von anderen Parteien oder aus dem Lager der Nichtwähler) forciert. Sie muss mithin

politische Projekte anbieten, die für potenzielle Wechsler so bedeutend sind, dass sie diese nicht nur gutheißen, sondern auch durch ihr Wahlverhalten unterstützen.

Das permanente Handicap der SPD im Parteienwettbewerb besteht folglich zunächst einmal darin, dass sie die sozialstrukturell begünstigte Union nur ein- oder gar überholen kann, wenn diese politisch versagt und sie selbst in Topform ist und über nachfragerrelevante Alternativangebote verfügt. In den Fünfzigerjahren mangelte es der SPD nicht an Profil, für ihr sozialistisches Modell bestand aber keine hinreichende Nachfrage außerhalb ihrer Stammklientel, so dass die Partei in ihrem „Dreißig-Prozent-Turm“ gefangen blieb. In den Achtzigerjahren vertrat die SPD beileibe keine abwegigen Positionen, von attraktiven sozialdemokratischen Alternativen konnte jedoch keine Rede sein. Unter dem Gesichtspunkt von Wahlerfolgen bilden Anpassung und Profilierung zwei Seiten einer Medaille, aus der Perspektive der politisch-programmatischen Praxis handelt es sich dabei allerdings um einen Widerspruch, der sich nur unter günstigen Wettbewerbsbedingungen lösen lässt. Damit wären wir beim Programmangebot der SPD angelangt, dessen Betrachtung aber noch etwas zurückgestellt werden soll, um zunächst den Blick auf die Ausnahmewahlergebnisse von 1972 und 1998 zu richten.

### **III. Der Wahlsieg der SPD**



bei der Bundestagswahl 1998

Dass die SPD die genannten Erfolgsbedingungen 1972 erfüllte, ist bekannt [7]. Anders als 1998, führte sie den Wahlkampf damals als Regierungspartei, die eine beachtliche Leistungsbilanz und mit Willy Brandt einen zugleich populären und umstrittenen Spitzenkandidaten vorweisen konnte und die mit ihren Reformprojekten die politischen Diskurse in der Bundesrepublik beherrschte. Dem außerordentlich konfrontativen und im Stil des „Kalten Kriegs“ geführten Wahlkampf der politisch-programmatisch und personell ausgezehrten Unionsparteien setzte die SPD eine professionelle Kampagne entgegen, die ausgefeilte und pfiffige Methoden der Massenkommunikation einsetzte, um ihre Reformprojekte offensiv zu verteidigen, ihre Anhänger zu mobilisieren und der Union mit ihren Attacken den Wind aus den Segeln zu nehmen [8].

Der Wahlkampf 1998 fand unter anderen Ausgangsbedingungen statt: CDU/CSU und FDP hatten nach ihrem grandiosen Wahlsieg von 1990, den sie ihren Verdiensten um die deutsche Einheit verdankten, kontinuierlich an Zustimmung in der Bevölkerung verloren. Die Differenz zwischen den Zweitstimmenergebnissen von 1990 und 1998 betrug für beide Parteien zusammen in Westdeutschland knapp elf und in Ostdeutschland sogar 24 Prozentpunkte. Im selben Zeitraum verbesserte sich die SPD im Westen um nahezu sieben Prozentpunkte und im Osten um rund elf [9]. Als wesentliche Ursache für die Verluste von CDU/CSU und FDP galt die gewachsene „Gerechtigkeitslücke“ [10], für die die Regierungsparteien verantwortlich gemacht wurden.

Die Stimmung der Bevölkerung war 1997/98 stark durch Politik- und Systemverdrossenheit sowie durch Zukunftspessimismus geprägt. Selbst Teile des Regierungslagers drängten auf personelle und sachliche Veränderungen. Der Wunsch nach einem

Wechsel war weit verbreitet. Die SPD hatte ihre Wahlkampagne professionell und mediengerecht organisiert und die öffentliche Meinung war ihr außerordentlich wohlgesonnen. Für die erfolgreiche Umsetzung der Wahlkampf-Doppelstrategie (Stammwähler halten, Wechselwähler gewinnen) hatte sich die SPD personell und programmatisch gerüstet: Während der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine eher das sozialdemokratische Stammpublikum ansprach, zielte der Kanzlerkandidat Gerhard Schröder primär auf unzufriedene Unionsanhänger. Mit der Doppelforderung nach sozialer Gerechtigkeit und Innovation wurden die Interessen sowohl von „traditionalistischen“ als auch von „modernisierungsorientierten“ Wählerschichten, die Interessen also der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft und der „neuen Mitte“, berücksichtigt [11]. Jedenfalls gewann die SPD rund drei Millionen Zweitstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl 1994 hinzu, vor allem ehemalige Wähler der CDU/CSU und frühere Nichtwähler. Damit wurde sie nicht nur Mehrheitspartei bei den Arbeitern (das war sie schon 1994), sondern auch bei den Angestellten [12].

Dieser „historische Wahlsieg“ [13] war jedoch mit erheblichen Risiken verbunden: Die SPD hatte mit ihrem Versprechen von Innovation und Gerechtigkeit hohe Erwartungen bezüglich der Schließung der Gerechtigkeitslücke geweckt, die sie kaum erfüllen konnte. Denn zum einen musste sie angesichts der hohen Einheitsschulden einen harten finanzpolitischen Konsolidierungskurs fahren und zum anderen war sie weder programmatisch noch politisch-konzeptionell auf die Regierungstätigkeit vorbereitet. Anders als 1972 verfügte die SPD 1998 nicht über attraktive Programmalternativen, sondern nur über den „kunstvoll aufgebauten Orientierungsrahmen ‚Innovation und Gerechtigkeit‘.....“ [14], der erst noch konkretisiert werden musste. Das Wahlergebnis von 1998 signalisierte nur, dass die Rahmenbedingungen für einen SPD-Erfolg (Versagen der Union) günstig waren. Die eigentliche Gratwanderung im politischen Alltagsgeschäft zwischen Anpassung und Profilierung stand der Partei noch bevor.

#### **IV. Die Akzeptanzkrise der SPD nach der Bundestagswahl 1998**



Entgegen der üblichen Nachwahleuphorie, die der Siegerpartei stimmungsmäßig nützt, ging der Anteil der SPD-Anhänger in den ersten Wochen nach der Wahl zurück und die Union gewann an Boden. Danach folgte eine kurzzeitige Erholungsphase um die Jahreswende, doch nach der Landtagswahl in Hessen vom 7. Februar 1999 mit dem klaren Wahlsieg der CDU (trotz leichter SPD-Gewinne) überholte die Union die SPD in der politischen Stimmung auch bundesweit. Der Rücktritt Oskar Lafontaines führte zu einem weiteren kurzzeitigen SPD-Abschwung, danach stabilisierten sich die Werte auf niedrigem Niveau und bei der Bürgerschaftswahl im kleinen Stadtstaat Bremen am 6. Juni konnte die SPD zusammen mit ihrem Koalitionspartner CDU sogar einen Erfolg verbuchen. Kurz danach jedoch, bei der Europawahl am 13. Juni, die wie immer zum nationalen Stimmungstest stilisiert wurde, zeigte sich die deutliche Mobilisierungsschwäche der SPD erstmals in einem bundesweiten Wahlergebnis [15]. Der Schock der verlorenen Europawahl und vor allem das nachfolgende „Sommertheater“ mit dem anhaltenden parteiinternen Streit um die Regierungspolitik schlugen sich in einem weiteren Rückgang der SPD-

Anhängerschaft nieder und schon vor der Serie von Landtagswahlen im Herbst war die Partei in der Wählergunst so stark gesunken, dass ihr nicht einmal jeder fünfte Wahlberechtigte seine Stimme geben wollte [16] .

Die Landtagswahlen brachten dann eine Niederlage nach der anderen: Bei der Wahl in Brandenburg am 5. September musste die SPD erdrutschartige Verluste von 14,8 Prozentpunkten hinnehmen, bei der gleichzeitig stattfindenden Wahl im Saarland verlor sie 5,0 Prozentpunkte, eine Woche später in Thüringen erlebte sie ein erneutes Debakel mit einem Verlust von 11,1 Prozentpunkten, am 19. September in Sachsen rutschte sie um 5,9 Prozentpunkte ab und der SPD-Verlust bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 10. Oktober 1999 fiel mit 1,2 Prozentpunkten nur deshalb relativ moderat aus, weil die Partei in der Bundeshauptstadt schon bei der vorherigen Wahl mit 23,6 Prozent einen historischen Tiefststand erreicht hatte und gar nicht viel tiefer hätte fallen können [17] . Wenn auch die Landtagswahlergebnisse des Wahlherbstes primär durch landesspezifische Faktoren bestimmt waren [18] und die Mehrheit der Wähler ihre Wahlentscheidung nach landespolitischen Gesichtspunkten getroffen hatte, so zeigten die Wahlumfragen doch, dass die Bundespolitik gerade bei denjenigen, die die SPD diesmal nicht mehr gewählt haben, eine große Rolle spielte [19] . In Bezug auf die Richtung der Wählerwanderungen ließ sich für die drei ostdeutschen Bundesländer ein klares Muster ausmachen: Die SPD verlor etwa zu gleichen Teilen an die Nichtwähler, die CDU und die PDS [20] .

Bundesweit hatte die SPD etwa ein Jahr nach der Bundestagswahl fast die Hälfte, im Osten sogar fast drei Fünftel ihrer Wählerschaft von 1998 verloren [21] . Von denen, die der Partei seither den Rücken gekehrt haben, waren jedoch gut drei Fünftel noch nicht zu einer anderen Partei abgewandert, sondern hinsichtlich ihrer Parteipräferenz unentschieden oder aber zur Nichtwahl entschlossen. Die restlichen zwei Fünftel haben sich größtenteils der CDU zugewandt, im Osten liebäugelte ein Achtel der Abwanderer mit der PDS. Fächert man die SPD-Verluste nach ausgewählten Berufsgruppen auf, so zeigt sich zunächst, dass die SPD flächendeckend und nicht nur bei einer spezifischen Gruppe verloren hat. Allerdings sind Abstufungen erkennbar: Die SPD verzeichnete die größten Verluste bei den Arbeitslosen und bei den Selbstständigen mit geringem bzw. mittlerem Einkommen, also bei den Gruppen, die durch die Politik der neuen Bundesregierung am stärksten enttäuscht wurden, da ein schneller Abbau der Arbeitslosigkeit nicht gelang und die kleinen und mittleren Selbstständigen durch die Gesetzesvorhaben zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und die Scheinselbstständigkeit am stärksten betroffen waren.

Maßgeblich für diese enormen Verluste an Zustimmung waren zunächst die schwierigen Beziehungsstrukturen der Führungstrioika Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping. Die permanente Krise der Regierung begann damit, „dass das Zweckbündnis Lafontaine/Schröder mit dem Tag des Machtwechsels zerbrach“ [22] . Im folgenden Machtkampf, der auch Rudolf Scharping beschädigte [23] , wurde Lafontaine wegen seiner Dominanz in den Koalitionsverhandlungen und des Ausbaus des Finanzministeriums zu einem zweiten Machtzentrum

neben dem Kanzleramt von der Medienöffentlichkeit zunächst immer stärker als eine Art „Gegenkanzler“ stilisiert, sah sich dann aber durch das Kanzleramt unter Bodo Hombach zunehmend vom Informationsfluss abgeschnitten und mit der Tatsache konfrontiert, dass Schröder aufgrund seiner Richtlinienkompetenz als Kanzler am längeren Hebel saß. Nach Lafontaines Rücktritt am 11. März 1999 und der Übernahme des Parteivorsitzes durch Schröder schien der Machtkampf in der SPD-Führungsspitze endgültig beigelegt. Doch schon wenige Monate später wurde von den Medien ein neues Duell ausgemacht, indem nun Rudolf Scharping zum „Reserve-Kanzler“ ausgerufen wurde, dessen Treueschwüre gegenüber dem Bundeskanzler „wie Kriegserklärungen“ klangen [24]. Die anfängliche Existenz zweier Machtzentralen in Gestalt des Kanzleramts und des Finanzministeriums, von Erhard Eppler als grundsätzlicher Konstruktionsfehler der rot-grünen Koalition bezeichnet [25], trug wesentlich zur zweiten Gruppe von Ursachen für die Schwierigkeiten der Bundesregierung bei: den prozeduralen Problemen in Gestalt von Koordinierungs-, Professionalitäts- und Vermittlungsdefiziten. Gravierende Koordinationsprobleme zeigten sich nicht nur innerhalb der Regierung, auch die Abstimmung zwischen Regierung, Partei, Fraktion und SPD-regierten Bundesländern funktionierte nicht. Es fehlte eine - in der heutigen extrem ausdifferenzierten Organisation des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses funktional notwendige - Steuerungszentrale und ein eingespieltes Frühwarnsystem, mit dem Fehlentwicklungen frühzeitig hätten erkannt und korrigiert werden können. Zudem war die Regierungsarbeit immer wieder von handwerklichen Fehlern geprägt. Man wollte zu vieles zu schnell, so dass sich unzureichend vorbereitete Gesetzesentwürfe und in ihren Konsequenzen nicht ausreichend durchdachte politische Vorhaben mit späteren Korrekturen und ständigen Nachbesserungen häuften, wie die Beispiele Atomausstieg, Steuerreform, Ökosteuer, Rentenreform, 630-DM-Jobs, Scheinselbstständigkeit und in neuester Zeit das Verwirrspiel um die Gesundheitsreform verdeutlichen. Hinzu kam, dass mit dem Wahltag die Kommunikationsdisziplin aufgehoben war und dadurch die Vermittlung der Politik an die Bürger des Öfteren zum Fiasko geriet. Dass keine einheitliche Kommunikationsstrategie in der Politikvermittlung gefunden werden konnte, lag insbesondere daran, dass bei den beteiligten Akteuren über die politischen Inhalte kontroverse Auffassungen vorherrschten.

Da sich auch innerhalb der SPD große Unzufriedenheit mit dem Erscheinungsbild und der Politik der Bundesregierung angestaut hatte, bemühte sich der Bundeskanzler und Parteivorsitzende, seine Politik im Vorfeld des Berliner Parteitages (7.-9. Dezember 1999) auf vier Regionalkonferenzen zu verteidigen, und betonte dabei vor allem den sozialdemokratischen Grundwert soziale Gerechtigkeit, was Balsam für die Herzen der enttäuschten Sozialdemokraten war [26]. Schröders Rettungsaktion für den Holzmann-Konzern, der harmonisch verlaufende Parteitag, auf dem über das Regierungsprogramm und über erste Schritte für ein neues Grundsatzprogramm der SPD beraten wurde, und schließlich die Parteispendenaffäre der CDU bewirkten einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zugunsten der SPD [27]. Partei, Bundestagsfraktion und Bundesregierung schienen unter der Ägide von Gerhard Schröder wieder vereint worden und

gewillt zu sein, endlich gemeinsam die drängenden Fragen von Innovation und Gerechtigkeit anzugehen. Viele Parteimitglieder hoffen nun, dass die SPD das nach der Bundestagswahl 1998 verlorene Terrain zurückgewinnt und ihre Position als stärkste Bundespartei behaupten kann.

#### **V. Das programmatische Dilemma der SPD** ▲ ▼

Sozialdemokratie bedeutet nach Thomas Meyer die „historische Verpflichtung auf die innere und unauflösliche Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit“ [28]. In diesem Geist seien die Wohlfahrtsstaaten unseres Jahrhunderts entstanden, welches Ralf Dahrendorf als „sozialdemokratisch“ etikettiert hatte. Nun aber, so die umstrittene [29] Weissagung des Liberalen aus dem Jahr 1983, „erleben wir das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts in der OECD-Welt“ [30]. Dass die weltweiten tiefgreifenden ökonomisch-sozialen Veränderungen die SPD vor existenzielle Herausforderungen stellen könnten, ahnten bis vor kurzem nur wenige weitsichtige Sozialdemokraten. Anders als die bedeutendsten ihrer europäischen Schwesterparteien, hatte die SPD die notwendige Grundsatzdebatte über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der globalisierten Informationsgesellschaft verdrängt. Im Zentrum ihrer Zukunftsdiskussionen standen eher Aspekte der Parteireform [31]. Als sie im Herbst 1998 an die Macht gelangte, hatte sie folglich kein überzeugendes Konzept für soziale Gerechtigkeit und kein populäres Innovationsprojekt im Gepäck. „Zum Innovationsprojekt ist - der Not und Notwendigkeit gehorchend - die Sparpolitik avanciert.“ [32] Und die Sparpolitik musste bald auch als Instrument zur nachhaltigen Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit herhalten.

Die SPD provoziert mit ihren beiden Fundamentalzielen einen enormen Erwartungsdruck bei den Teilen der Bevölkerung, die mit dem Status quo unzufrieden sind und auf grundlegende politische Reformen (heute vor allem auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit) hoffen. Diese Erwartungen sind mit der Existenz der SPD schlechthin verbunden und lassen sich auch nur zum Preis des Identitätsverlusts revidieren. An ihnen wird sie gemessen, unabhängig davon, ob sie (bzw. die Politik) überhaupt strukturell und finanziell in der Lage ist, die erwarteten sozioökonomischen Steuerungsleistungen zu erbringen. Die SPD kann daher nicht erfolgreich sein, wenn sie den Weg des geringsten Widerstands geht und dem Reformdruck durch Anpassung ausweicht. Sie muss ihre historische Mission im Parteiensystem erfüllen. An der Schwelle zum neuen Jahrtausend muss sie vor allem die Frage beantworten, wie sie ihrer „Verpflichtung auf die innere und unauflösliche Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit“ nachzukommen gedenkt, wenn der Gestaltungsspielraum der Politik gegenüber der Wirtschaft immer enger wird. Gingen im „goldenen Zeitalter“ [33] der Sozialdemokratie soziale Gerechtigkeit und Innovation noch Hand in Hand, weil Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung auch den Arbeitnehmern zugute kamen (Wohlfahrtsstaat, Lohnerhöhungen), so findet in der postindustriellen Gesellschaft eine Entkoppelung von beidem statt: Die Modernisierung schafft nicht notwendigerweise neue Arbeitsplätze und von ihr profitiert nur ein Teil der Gesellschaft, eben die Modernisierungsgewinner. Die soziale Ungleichheit zwischen Gewinnern und Verlierern wächst, Unzufriedenheit, Politik- und Systemverdrossenheit sowie Rechtsextremismus

breiten sich aus.

Dass die SPD auch in den goldenen Jahren des sozialdemokratischen Jahrhunderts nur die zweite Position im Parteiensystem der Bundesrepublik einnahm, lag in erster Linie daran, dass der demokratische Sozialstaat im Nachkriegsdeutschland vor allem das Werk der CDU/CSU und der Gewerkschaften bzw. Unternehmerverbände war. Die SPD stand der sozialen Marktwirtschaft zunächst skeptisch bis ablehnend gegenüber und söhnte sich mit ihr offiziell erst im Godesberger Programm (1959) aus. Mit dieser Anpassung war der Grundstein für eine Wählerkoalition aus Arbeiterschaft und Mittelschichten gelegt, die freilich erst dann zur Blüte gelangte, als die Union zu Beginn der Sechzigerjahre innen- und außenpolitisch versagte und die SPD mit ihrer keynesianisch orientierten Wirtschaftskonzeption und mit ihrer entspannungsorientierten Ostpolitik eine eigenständige, innovative und attraktive Alternative anbot.

Dies galt nicht für 1998/99. Die programmatische Bringschuld der SPD mündete auch deshalb bei ihren Mitgliedern und Anhängern in ein „Orientierungsvakuum“ [34], weil die Partei weithin vom neoliberalen Zeitgeist ergriffen war und es daher nicht verstand, sich in der Parteienlandschaft gegenüber ihren Konkurrentinnen zu profilieren. Im Bundestagswahlkampf wurde diese Profillosigkeit sogar kultiviert, um Wechselwähler von den Unionsparteien zu gewinnen (Verluste an die PDS nahm man offenbar in Kauf). Nach der Wahl sollte sich dieses Manko jedoch bitter rächen.

Bereits Mitte der siebziger Jahre hatte eine massive antietatistische und monetaristische Kritik am sozialdemokratischen Keynesianismus eingesetzt, der angesichts der damaligen „stagflationären“ [35] Tendenzen und der wachsenden Massenarbeitslosigkeit in eine heftige Krise geriet. Eine übertriebene wohlfahrtsstaatliche Politik - so die Kritiker - habe die öffentlichen Haushalte überlastet, die Selbststeuerungskräfte des Marktes geschwächt, unternehmerische Initiative behindert und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt schwer geschadet. Um ihr zu neuer Blüte zu verhelfen, müsse sie von ihren bürokratischen Fesseln befreit und staatliche Intervention auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Für die Lösung der sozialen Probleme seien in erster Linie die Bürger selbst verantwortlich, staatliche Leistungen sollten nur bei Härtefällen gewährt werden. Mit der Bildung der neoliberalen und neokonservativen Regierungen unter Margaret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1980), deren Programm auf die Kurzformel ‚freie Wirtschaft plus starker Staat‘ gebracht wurde, gerieten alle sozialdemokratischen Parteien unter starken politischen Druck, zumal sich die Wirtschafts- und Finanzkrisen in den westlichen Industriegesellschaften weiter vertieften. Vor die Alternative gestellt: „soziale Bändigung des Kapitalismus oder Rückverlagerung der Probleme von der planenden Verwaltung auf den Markt“ [36], neigten sie zunächst zu „zögerlichem Abwarten“, dann zu „schleichender Anpassung“ [37]. Auch die SPD nahm die Grundzüge der neoliberalen Pläne zum Umbau des Sozialstaats ab Mitte der achtziger Jahre „unter den gegebenen Bedingungen in einem graduellen Anpassungsprozess zunehmend als unausweichlich hin“ [38].

Dieser Anpassungsprozess muss aber auch im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Grünen gesehen werden, die mit ihren postmaterialistischen, antietatistischen und fortschrittskritischen Vorbehalten gegenüber dem sozialdemokratischen „Modell Deutschland“ erfolgreich jüngere Mittelschichtwähler des linken Spektrums mobilisierten. Nach dem Machtwechsel von 1982 (die Grünen rückten erstmalig in den Deutschen Bundestag ein) geriet die SPD in eine komplizierte Wettbewerbslage: Sie musste sich gegenüber den Parteien der Regierungskoalition unter Helmut Kohl abgrenzen, die im Vergleich zu den Regierungen in Großbritannien und den USA einen eher moderaten neoliberalen bzw. neokonservativen Kurs steuerten, und sie musste sich gegenüber den Grünen behaupten, die sich nun gemeinsam mit der SPD die Opposition im Bundestag teilten. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik war der SPD eine ernsthafte Konkurrenz im linken Lager erwachsen, die ihre scheinbar auf Lebenszeit verliehene Hegemonie in diesem politischen Spektrum beendete. Und dies auch noch zu einem Zeitpunkt, wo die SPD politisch-programmatisch gescheitert war. Anstatt eine inhaltliche Gegenposition zur „geistig-moralischen“ und ökonomischen Wendepolitik der Unionsparteien in Form eines „rot-grünen“ Reformprojekts als Machtalternative zu entwickeln, schwankte sie hilflos und von Selbstzweifeln geplagt zwischen neoliberalen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen hin und her, wobei ihr offenbar die Abgrenzung gegenüber den Grünen wichtiger erschien als die Ablösung der Kohl-Regierung.

Das Grundsatzprogramm der SPD von 1989 (welches das Godesberger Programm ablöste) und die darauf gegründeten Projekte [39] machten kaum erkenntlich, dass sich die SPD „auf die innere und unauflösliche Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit“ verpflichtet fühlt. Die Begriffe „demokratischer Sozialismus“ und „soziale Gerechtigkeit“ wurden zumeist nicht im Sinne von konkreten politischen Zielsetzungen, sondern von Traditionsbestimmungen oder unspezifischen Normen verwandt [40]. „In der Grundrichtung der (Berliner) Neuorientierung geht es vor allem um eine Europäisierung der gesamten Politik, mithin um die Zerstörung der Illusion, man könne in einem Nationalstaat isoliert die Arbeitslosigkeit bekämpfen oder die Umweltrisiken begrenzen. Außerdem stehen die ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft sowie - last but not least - die Durchsetzung eines neuen Rollenverständnisses der Frau im Vordergrund.“ [41]

## **VI. Die Herausforderung des Neoliberalismus** ▲ ▼

Das Berliner Programm blieb nicht zuletzt auch deshalb folgenlos, weil es keine spezifische Orientierung für die Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands, insbesondere für die ökonomische Transformation der neuen Bundesländer, und schon gar keine Alternative zum Konzept der Bundesregierung bot. Gleichzeitig erwuchs der SPD in der PDS eine weitere Konkurrenz im linken Spektrum des Parteiensystems, die den Begriff „demokratischer Sozialismus“ für sich vereinnahmen konnte, weil sich die (Ost-) SPD gerade von ihm verabschiedet hatte. Mehr noch: Seit Mitte der neunziger Jahre wurde die PDS in Ostdeutschland zunehmend mit dem Grundwert soziale Gerechtigkeit identifiziert. Dass dies mittelfristig eine Schwächung der Konfliktposition der SPD [42] bedeuten könnte - zumal die Sozialdemokratie kaum Anstrengungen unternahm, aktiv gegenzusteuern -, wurde von

den sozialdemokratischen Führungsgruppen (mit wenigen regionalen Ausnahmen in den neuen Bundesländern) nicht erkannt. Überhaupt neigte die SPD mehrheitlich dazu, die PDS als Machtfaktor zu unterschätzen [43], ihre Reformfähigkeit zu übersehen und sie wegen ihrer Herkunft als Nachfolgepartei der stalinistischen SED auszugrenzen. Als möglicher Bündnispartner für die Ablösung der konservativ-liberalen Koalition auf Bundesebene kam sie folglich nicht in Betracht.

Nach der Bundestagswahl 1998 geriet die SPD in Sachen Grundsatzprogrammatik unter massiven Handlungsdruck. Wegen der sinkenden Zustimmungswerte und der Wahlniederlagen verdichtete sich die Kritik der vermeintlichen „Traditionalisten“ an den angeblichen „Modernisierern“, weil letztere dem sozialdemokratischen Grundwert soziale Gerechtigkeit zu wenig Bedeutung beimäßen. Abgesehen davon, dass beide Begriffe wechselseitig in polemischer Absicht verwendet werden, ist die Terminologie auch sachlich unzutreffend, denn die Notwendigkeit einer „Modernisierung“ von Programm und Praxis der SPD ist nicht umstritten. Unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch über den künftig einzuschlagenden Weg. Die „Traditionalisten“ verkörpern ebenso wenig die Stammwählerschaft der SPD, wie die „Modernisierer“ die Wechselwähler oder gar eine „neue Mitte“ repräsentieren. Als „Modernisierer“ gelten die Sozialdemokraten, die mit dem marktorientierten Kurs von „New Labour“ unter Tony Blair in Großbritannien sympathisieren und sich vorzugsweise auf Anthony Giddens [44] berufen. Die „Traditionalisten“ lassen sich nur teilweise vom Weg der französischen Sozialisten unter Lionel Jospin inspirieren, der betont staatsfixiert und vor allem auf Umverteilung bedacht ist. Sie erkennen vielmehr den großen Modernisierungsbedarf an, warnen aber davor, den Grundwert soziale Gerechtigkeit zu vernachlässigen. Mit der Formel „Innovation und Gerechtigkeit“ können beide Positionen leben; strittig ist vor allem, welchem der beiden Ziele Vorrang einzuräumen und was unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist.

Das Schröder-Blair-Papier vom Juni 1999 ist insoweit neoliberal geprägt, als es sich gegen „massive staatliche Interventionen“, für eine „angebotsorientierte Agenda“, für die „notwendige Kürzung der staatlichen Ausgaben“, für „Steuerreformen und Steuersenkungen“, für die Senkung der Lohnnebenkosten, für die Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraums und für die Modernisierung des Sozialstaats ausspricht. Zugleich grenzen sich beide Staatsmänner aber gegenüber dem Laissez-faire-Neoliberalismus ab und fordern eine „neu definierte Rolle für einen aktiven Staat“.

Die Kritiker dieses Papiers glauben, dass sich seine Autoren dem Neoliberalismus zu stark angepasst, es mit der Verlagerung ehemals staatlicher Aufgaben auf die Bevölkerung zu weit getrieben und der sozialen Gerechtigkeit zu wenig Beachtung geschenkt haben. In der „Berliner Erklärung“ heißt es beispielsweise: „Eine moderne Sozialdemokratie muss sich darüber im Klaren sein, dass wir es mit einem neuen Typ von Kapitalismus zu tun haben. Daher wäre es auch falsch, die im ‚sozialdemokratischen Zeitalter‘ der Nachkriegszeit entwickelten Ansätze unverändert in die neue Realität zu übertragen. Genauso wenig aber kann es um einen Bruch mit den wirtschaftspolitischen Instrumenten, ArbeitnehmerInnenrechten

sowie wohlfahrtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften gehen. Sie müssen weiter entwickelt werden. Es muss uns gelingen, die Auswirkungen der Globalisierung sozialpolitisch abzufedern und gleichzeitig die Autonomie der Individuen zu stärken, um die Überforderung des Sozialstaates einzudämmen und gleichwohl Gerechtigkeit walten zu lassen." Hinsichtlich der Vorrangigkeit von Innovation oder Gerechtigkeit heißt es in der Erklärung klipp und klar: „Die Identität der Sozialdemokratie wurzelt im Streben nach sozialer Gerechtigkeit.“ [45]

Die Diskussion über das Verhältnis von Politik und Ökonomie in der globalisierten Informationsgesellschaft wird die SPD noch einige Zeit beschäftigen. Anliegen des Schröder-Blair-Papiers war es, die Debatte medienwirksam auf die Tagesordnung der SPD zu bringen. Die Reaktionen darauf fielen im Sommer/Herbst 1999 mit Blick auf die anstehenden Wahlen teilweise panisch und polemisch aus und erwiesen sich letztlich als wenig hilfreich für die Selbstdarstellung der Partei. Eine ernsthafte und sachbezogene Grundsatzdebatte muss allerdings mehr leisten als die Anpassung der Programmatik der SPD an die veränderten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gegebenheiten. Die SPD muss sich zugleich eine attraktive Alternative zum Neoliberalismus erarbeiten und ein deutliches Profil gegenüber den Unionsparteien gewinnen. Diese neigen keineswegs zum Marktradikalismus, sind durchaus auf ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit bedacht und streben ebenfalls eine zukunftsorientierte Bildungspolitik an (es sei daran erinnert, dass Bayern auf diesem Gebiet sehr ambitionierte Ziele verfolgt). Angesichts der Tatsache, dass sich die „neue soziale Frage“ zu einer bedeutsamen Konfliktlinie im bundesdeutschen Parteiensystem entwickelt [46], muss sich die SPD bei der Privatisierung der sozialen Gerechtigkeit außerordentliche Zurückhaltung auferlegen. Die Akzeptanzkrise nach der Bundestagswahl 1998 sollte ihr eine Warnung sein.

## VII. Fazit ▲ ▼

An der Schwelle zum neuen Jahrhundert befindet sich die SPD in einer prekären Lage. Sie hat bei der letzten Bundestagswahl einen außerordentlichen Sieg erreicht, scheint die darauf folgende Akzeptanzkrise überwunden zu haben und kann nun alles daran setzen, ihre 1998 erworbene Majorität zu bewahren. Das muss ihr allerdings unter den Bedingungen asymmetrischer Machtchancen gelingen. Als zweite Partei im Parteienwettbewerb kann sie nur erfolgreich sein, wenn sie dem neoliberalen Mainstream nicht durch Anpassung nachgibt, sondern eine profilierte Alternative anbietet, die neben innovativen Projekten eine moderne Version von sozialer Gerechtigkeit umfasst, die den gesellschaftlichen Marginalisierungstendenzen wirksam begegnet. Dass die SPD bislang zumeist als „zweiter Sieger“ abgeschnitten hat, folgt gewiss keinem Naturgesetz, ist aber auch kein Zufall. Selbst wenn sie ihre Wettbewerbsnachteile durch ein auch für Wechselwähler attraktives Programm, durch hohe Kompetenzzuweisungen und populäre Spitzenkandidaten kompensiert, wird sie ihre Majorität nur so lange aufrechterhalten können, wie sich die Unionsparteien in schlechter politischer Verfassung befinden. Sollte die CDU/CSU wieder auf den („ihren“) ersten Platz vorrücken, wäre damit nicht notwendigerweise ein Machtwechsel verbunden. Denn die SPD kann die Asymmetrie des Parteiensystems durch eine

vorausschauende Bündnispolitik unterlaufen.

#### ■ Fußnoten

- 1 Vgl. Karl Schmitt, Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.), Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 185-218.
- 2 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 113 ff.
- 3 Die kleine Gruppe der Jungwähler kann in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden.
- 4 Auch die Annahme, dass die SPD ihre Stammwähler nur aus der Arbeiterschaft und ihre Wechselwähler nur aus den Mittelschichten rekrutiert, ist spätestens seit 1961 unzutreffend.
- 5 Hans-Dieter Klingemann, Kontinuität und Veränderung des deutschen Parteiensystems, 1949-1998, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch 1999, Berlin 1999, S. 126.
- 6 Vgl. Richard Stöss, Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im „Superwahljahr“ 1994, Opladen 1997, S. 79 ff.
- 7 Zum Wahlergebnis vgl. Werner Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Bonn 1973; Dieter Just/Lothar Romain (Hrsg.), Auf der Suche nach dem mündigen Wähler. Die Wahlentscheidung 1972 und ihre Konsequenzen, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 101, Bonn 1974.
- 8 Zur Wahlkampfstrategie der SPD vgl. Albrecht Müller, Willy wählen '72. Siege kann man machen, Annweiler 1997.
- 9 Zum Wahlergebnis vgl. Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30(1999)2, S. 215-251; Matthias Jung/Dieter Roth, Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/1998, S. 3-18. Zum Wahlkampf vgl. Oskar Niedermayer, Die Bundestagswahl 1998: Ausnahmewahl oder Ausdruck langfristiger Entwicklungen der Parteien und des Parteiensystems?, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 9 ff.
- 10 Renate Köcher, In der neuen Lage hat die CDU neue Aufgaben - der Vertrauensverlust und die Niederlage bahnten sich seit langem an, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 10. 1998, S. 5. Vgl. auch Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau vom 2./3. 10. 1998, S. 12.
- 11 Vgl. Richard Stöss/Gero Neugebauer, Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland, Berlin 1998 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 2), S. 15 f.
- 12 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998, Mannheim 1998, S. 21 ff., 71 ff.
- 13 R. Stöss/G. Neugebauer (Anm. 11).
- 14 Joachim Raschke, Eine Partei, die nicht weiß, was sie tut, in: Die Tageszeitung vom 6. 12. 1999, S. 10.
- 15 Gegenüber der Europawahl 1994 verlor die SPD 1,5 Prozentpunkte, die Union gewann 9,3 Prozentpunkte. Gegenüber der Bundestagswahl 1998, die in der öffentlichen Diskussion häufiger als Vergleichsmaßstab herangezogen wurde, verlor die SPD 10,2 Prozentpunkte und die CDU/CSU legte 13,6 Prozentpunkte zu.
- 16 Bei der Bundestagswahl 1998 konnte die SPD noch über ein Drittel der Wahlberechtigten für sich mobilisieren.
- 17 Gerd Mielke, Dieses Jahr hat das Zeug zum Schicksalsjahr - Die Sozialdemokratische Partei im Abwärtststrudel, in: Frankfurter Rundschau vom 6. 12. 1999, S. 7.
- 18 Sehr deutlich wurde dies z. B. bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl. Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 10. Oktober 1999: Der gescheiterte Machtwechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31(2000)1, (i. E.).
- 19 Ergebnisse der Infratest dimap Vorwählerhebungen.
- 20 Vgl. Wahlberichterstattung Infratest dimap.
- 21 Kumulation der forsa-Umfragen des Zeitraums, in dem die Landtagswahlen stattfanden (36. bis 40. Woche; 11 444 Befragte).
- 22 Gerhard Spörl, Das rote Gespenst, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 4. 10. 1999, S. 24. Zum Machtkampf zwischen Schröder und Lafontaine bis zu dessen Rücktritt vgl. Horand Knaup/Jürgen Leinemann/Hartmut Palmer/Ulrich Schäfer/Hajo Schumacher, Der lange Weg zum kurzen Abschied, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 4. 10. 1999, S. 116-130.
- 23 Auf Betreiben Lafontaines musste Scharping gegen seinen Willen den Fraktionsvorsitz aufgeben.
- 24 Der Stern, Nr. 48 vom 25. 11. 1999, S. 43, und Der Spiegel, Nr. 46 vom 15. 11. 1999, S. 26.

- 25 Vgl. H. Knaup u. a. (Anm. 22), S. 125.
- 26 Vgl. Gerhard Schröder, Starke Partei, in: Vorwärts, Dezember 1999, S. 8.
- 27 In der politischen Stimmung verbesserte sich die SPD im Dezember 1999 gegenüber dem Vormonat um zehn Prozentpunkte auf 41 Prozent. Die CDU/CSU verschlechterte sich in diesem Zeitraum von 55 Prozent auf 43 Prozent. Siehe Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, Nr. 12/1999, S. 1.
- 28 Thomas Meyer, Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 9.
- 29 Vgl. Wolfgang Merkel, Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Frankfurt/M. - New York 1993.
- 30 Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983, S. 17.
- 31 Vgl. Karlheinz Blessing (Hrsg.), SPD 2000. Die Modernisierung der SPD, Marburg 1993.
- 32 J. Raschke (Anm. 14).
- 33 W. Merkel (Anm. 29), S. 128.
- 34 G. Mielke (Anm. 17).
- 35 Stagflation ist ein Kompositum aus Stagnation und Inflation.
- 36 Jürgen Habermas, Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders., Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985, S. 155.
- 37 Jens Borchert, Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie, in: ders./Lutz Golsch/Uwe Jun/Peter Lösche (Hrsg.), Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel, Opladen 1996, S. 60.
- 38 J. Borchert, ebd., S. 61.
- 39 Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Parteiparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1990. Vgl. Peter Glotz, Neue Projekte der Linken, in: Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Aufbrüche: Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, Marburg 1990, S. 75-83.
- 40 Vgl. T. Meyer (Anm. 28), S. 171 ff.
- 41 P. Glotz (Anm. 39), S. 75.
- 42 Vgl. R. Stöss (Anm. 6), S. 171 ff.
- 43 Die erheblichen Zugewinne der PDS bei der Bundestagswahl 1998, die teilweise zulasten der SPD gegangen waren, deuteten bereits eine Tendenz an, die sich bei den ostdeutschen Landtagswahlen des Jahres 1999 fortsetzen sollte. Zum Bundestagswahlergebnis der PDS: Gero Neugebauer/Richard Stöss, Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?, in: O. Niedermayer (Hrsg.) (Anm. 9), S. 119-140.
- 44 Vgl. Anthony Giddens, Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/M. 1997; ders., Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M. 1999.
- 45 Die „Berliner Erklärung“ dreier SPD-Arbeitsgemeinschaften von Rudolf Dreßler (AfA), Karin Junker (ASF) und Benjamin Milkfeld (Jusos) vom November 1999 kann unter „<http://www.spd.de/jusos/aktuell>“ abgerufen werden.
- 46 Vgl. Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Die neue Konfliktlinie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43 (1998) 11, S. 1291-1296.

---

[top ▲](#)

Themen | Wissen | Veranstaltungen |  
Publikationen | Lernen |  
Die bpb | Bestellen | Newsletter | Presse | Partner |  
Impressum | Kontakt | Home

Nr. 23 • 13. Juli 2006

**Volkswirtschaft**

Vorteil Ostdeutschland: Arbeitskosten unter Westniveau

**Wettbewerb**

Ausschreibung des Preises „Freiheit und Verantwortung“

**CSR Germany**Unternehmen tragen  
gesellschaftliche Verantwortung**Impressum**

Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
Verantwortlich: Dr. Uwe Mazura  
Redaktion: Andreas Groß  
Gestaltung: Claudia Jungkowsky  
Telefon: 030 / 20 33-1800  
Fax: 030 / 20 33-1805  
E-Mail: info@bda-online.de

Offizielle Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sind als solche gekennzeichnet.

**Soziale Sicherung****Unfallversicherung: Enttäuschung über Eckpunkte der Reform**

Laut Koalitionsvereinbarung soll die überfällige Reform der Unfallversicherung bis zur Mitte dieser Legislaturperiode abgeschlossen sein. Die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe jetzt vorgelegten Eckpunkte der Reform sind jedoch ein herber Rückschlag. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt kritisierte vor allem, dass die entscheidenden Reformmaßnahmen erneut nicht angegangen werden.

Arbeitgeberpräsident Hundt nannte die Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Unfallversicherung enttäuschend. Zwar würden einige Vorschläge der Arbeitgeber zur Reform der Unfallrenten berücksichtigt. Mit den jetzt in den Eckpunkten enthaltenen Maßnahmen lasse sich jedoch allenfalls eine geringfügige Beitragsentlastung erreichen. „Nicht auszuschießen ist sogar, dass die Vorschläge kurzfristig zu Mehrbelastungen führen“, sagte Hundt.

In der gesetzlichen Unfallversicherung ist eine Beitragsentlastung der Unternehmen überfällig. Im Verlauf der letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Arbeitsunfälle halbiert, die Beitragsbelastung der Betriebe ist aber weitgehend unverändert geblieben. Das daraus resultierende Beitragssenkungspotenzial muss endlich ausgeschöpft werden. Diese Chance wurde jedoch vertan: Wesentliche notwendige Reformmaßnahmen sind in den jetzt beschlossenen Eckpunkten nicht enthalten.

Das gilt vor allem für die langjährige Forderung der Arbeitgeber, die Wegeunfälle aus dem Leistungskatalog der Unfallversicherung auszugliedern. Dieser fehlende Mut ist um so unverständlicher als der Bundestag gerade erst die Pendlerpauschale mit der Begründung gekürzt hat, die Arbeit beginne am Werkstor. Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit gehören zum allgemeinen Lebensrisiko, auf das der Arbeitgeber keinen Einfluss hat.

Statt der erforderlichen Entlastung der Betriebe bei den Beiträgen zur Unfallversicherung werden die Eckpunkte für viele Gewerbebranchen sogar zu einer Verteuerung führen. Die geplante gesetzliche Nivellierung der Beitragssätze bedeutet für Unternehmen mit geringeren Risiken und damit entsprechend niedrigerem Beitragssatz, eine Erhöhung der Belastungen, weil sie die Lasten anderer Branchen mitfinanzieren müssen. Insbesondere wird der Prävention ein Bärendienst erwiesen, da erfolgreiche Prävention nicht mehr in gleichem Umfang zu niedrigeren Unfallversicherungsbeiträgen führt.

Die Vorgaben zur Schaffung einer gemeinsamen Spitzenkörperschaft von Berufsgenossenschaften und Unfallkassen laufen auf eine feindliche Übernahme der gewerblichen Berufsgenossenschaften durch die öffentliche Hand hinaus. Die Arbeitgeber der privaten Wirtschaft sollen diese Spitzenkörperschaft mit 9/10 finanzieren, Entscheidungen können sie jedoch ohne die öffentliche Hand, die nur 1/10 finanziert, nicht treffen. Es darf nicht sein, dass die Wirtschaft zahlen soll, aber nicht entscheiden kann, kritisierte Arbeitgeberpräsident Hundt: „Finanzierung und Entscheidungsverantwortung gehören zusammen!“

Red

## Volkswirtschaft

## Vorteil Ostdeutschland: Arbeitskosten unter Westniveau

In den neuen Bundesländern lagen die Arbeitskosten je geleistete Stunde im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Jahr 2004 mit 21 Euro mehr als 28 Prozent unter dem Niveau der alten Bundesländer. In Westdeutschland kostete eine Arbeitsstunde 29,36 Euro, die gesamtdeutschen Arbeitskosten lagen bei 28,18 Euro. Dies sind erste Ergebnisse der alle vier Jahre nach europaweit einheitlichen Standards durchgeführten Arbeitskostenerhebung 2004 des Statistischen Bundesamtes.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen ist der Abstand zwischen Ost und West zum Teil deutlich. Im Verarbeitenden Gewerbe war er mit 40,5 Prozent am größten und im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, bei Erziehung und Unterricht sowie bei Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen war der Abstand der Arbeitskosten je geleistete Stunde mit Werten zwischen 14 und 15 Prozent am geringsten.

Die Gründe für die Ost-West-Diskrepanz: Deutlich geringere Kosten je Vollzeitbeschäftigten und eine erheblich längere Arbeitszeit. Im Verarbeitenden Gewerbe lagen die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten um 36 Prozent unter dem Westniveau und die geleisteten Arbeitsstunden mit 7,5 Prozent über dem Westniveau. Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor insgesamt lagen die Arbeitskosten 25,5 Prozent unter dem Westniveau und die Arbeitsstunden 3,3 Prozent über dem Westniveau.

In Stunden ausgedrückt arbeiteten Vollzeitbeschäftigte im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor insgesamt in den neuen Bundesländern im Jahr 2004 1.720 Stunden. Das sind 55 Stunden oder 3,3 Prozent mehr als in den alten Bundesländern ein-

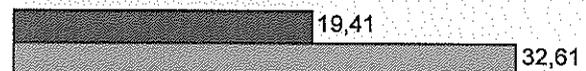
schließlich Berlin. Hintergrund ist vor allem die längere vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten. Im Osten betrug sie durchschnittlich 39,5 Stunden und im Westen 38,2 Stunden. Die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten lagen damit in den neuen Bundesländern um ein Viertel niedriger als in den alten Bundesländern.

Im internationalen Vergleich zählt Deutschland unverändert zu den Ländern mit den geringsten tariflichen Jahressollarbeitszeiten. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, brauchen die Betriebe daher mehr Gestaltungsspielräume beim Arbeitszeitvolumen. Nach der Arbeitskostenerhebung 2004 des Statistischen Bundesamtes weist der Weg der neuen Länder bei der Arbeitszeitflexibilisierung in die richtige Richtung.

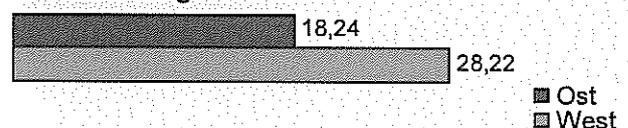
*Dr. Hans-Jürgen Völz*

#### Arbeitskosten in Ost- und Westdeutschland in Euro je Stunde, 2004

##### Verarbeitendes Gewerbe:



##### Dienstleistungen:



Quelle: Statistisches Bundesamt

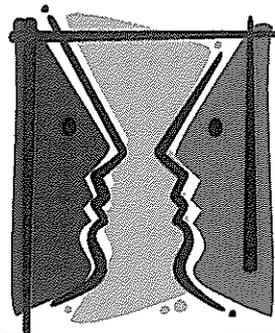
## Kurznachrichten

**Ausbildung und Ausbildungsvergütung** – Die Arbeitgeber haben die Ankündigung der Gewerkschaften begrüßt, Vereinbarungen über einen gebremsten Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen, einen Stopp oder sogar eine Kürzung mit zu tragen. Hohe Ausbildungsvergütungen – in der Spitze über 900 Euro – sowie Übernahmeverpflichtungen sind vielfach ein echtes Ausbildungshemmnis. Unter anderem könnten tarifliche Öffnungsklauseln, die eine Absenkung der Vergütung ermöglichen, mehr Ausbildung erschließen. Beim morgigen Treffen der Partner im Ausbildungspakt wird außerdem das Thema „Ausbildungsfähigkeit“ im Mittelpunkt stehen. Die Details werden der Öffentlichkeit bei der anschließenden Pressekonferenz vorgestellt. Weitere Informationen im Internet unter [www.bda-online.de](http://www.bda-online.de).

**Deutscher Internetpreis 2006** – Der Deutsche Internetpreis zeichnet in diesem Jahr erneut innovative ITK-Anwendungen in mittelständischen Unternehmen aus. Gesucht werden Best-Practice-Beispiele in den drei Kategorien „Unternehmensübergreifendes E-Business“, „Mobile Anwendungen“ und „Innovative Nutzung von Breitbandinternet“. In jeder Kategorie ist ein Preisgeld von 25.000 Euro ausgelobt.

Der Deutsche Internetpreis wird in diesem Jahr erstmals vom Branchenverband BITKOM und Partnern aus der ITK-Wirtschaft vergeben. Die Schirmherrschaft hat Bundeswirtschaftsminister Michael Glos übernommen. Mittelständische Unternehmen können sich bis zum 31. August 2006 für den Preis bewerben. Weitere Informationen im Internet unter [www.internetpreis-deutschland.de](http://www.internetpreis-deutschland.de).

# WETTBEWERB



## Initiative Freiheit und Verantwortung

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT prägt Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Kennzeichen sind unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung. Die deutsche Wirtschaft versteht sich in einer solchen Ordnung als tragendes Element einer aktiven Bürgergesellschaft.

VIELE UNTERNEHMEN übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen. Um dieses Engagement weiter zu fördern und den resultierenden Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft zu mehren, haben die WirtschaftsWoche und die vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks die „Initiative Freiheit und Verantwortung“ be-

gründet. Bundespräsident HORST KÖHLER hat die Schirmherrschaft übernommen.

DIE INITIATIVE vergibt jedes Jahr den Preis „Freiheit und Verantwortung“ in drei Kategorien: kleine, mittlere und große Unternehmen. Mit dem Preis wird herausragendes, nachahmenswertes und nachhaltiges gesellschaftliches Engagement von Unternehmen gewürdigt. Mögliche Felder dafür sind etwa Bildung und Weiterbildung, Kultur, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Integration von Minderheiten oder die Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie.

UM DEN PREIS können sich Unternehmen mit Sitz in Deutschland bewerben. Die Bewerbungsunterlagen müssen bis zum 15. September 2006 eingereicht werden. Die Siegerurkunden werden im Rahmen einer Festveranstaltung im Dezember 2006 in Berlin überreicht.

Ausschreibungsunterlagen und weitere Informationen zur Initiative  
im Internet unter [www.freiheit-und-verantwortung.de](http://www.freiheit-und-verantwortung.de)  
oder unter [corporate.citizenship@vf-holtzbrinck.de](mailto:corporate.citizenship@vf-holtzbrinck.de)

  
Bundesverband der  
Deutschen Industrie & V  
[www.bdi-online.de](http://www.bdi-online.de)

  
BUNDESVEREINIGUNG  
DER DEUTSCHEN ARBEITGEBER-  
VERBÄNDE  
[www.bda-online.de](http://www.bda-online.de)

  
Deutscher Industrie- und  
Handelskammertag  
[www.dihk.de](http://www.dihk.de)

  
ZENTRALVERBAND DER  
DEUTSCHEN HANDWERKER  
[www.zdh.de](http://www.zdh.de)

Wirtschafts  
Woche  
[www.wiwo.de](http://www.wiwo.de)